~~Cl. 132~~. B II. 20

4° Jur. opp.
48 n

Strube

Liedmannshart.
1795.

<36606546130011

<36606546130011

Bayer. Staatsbibliothek

David Georg Struben

Königl. Großbritanniſchen und Churfürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſchen Vicecanzlers

Rechtliche Bedenken.

Fünfter Theil.

Nebſt deſſen

Gründlichen Unterricht von Regierungs- und Juſtitzſachen ꝛc.

und

einem Hauptregiſter über alle fünf Theile.

Neueſte Ausgabe.

g. n. 2955

Darmſtadt, 1788.

Im Verlag der Herausgeber der beſten Juriſtiſchen Werke.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Inhalt
der Rechtlichen Bedenken fünften Bandes.

I. Von dem Widerruf einer ertheilten Anwartſchaft. Seite 1
II. Das Beneficium inventarii iſt denjenigen nicht zu verſagen, welche einen Nachlaß in Beſitz genommen, ohne ſich ſolches ausdrücklich zu bedingen. 3
III. Wiefern Forſtſachen Regierungs- oder Juſtitzſachen ſind. 3
IV. Dem Dienſtherrn ſtehet nicht die mindeſte Guthsherrſchaft an den Höfen zu, wovon ihm nur der Dienſt geleiſtet wird. 5
V. Die Obrigkeit, welche einen Contract beſtätiget, iſt nicht ſchuldig zu unterſuchen, ob deſſelben Inhalt der Wahrheit gemäß, und ein Gläubiger dadurch hinlängliche Sicherheit erlanget, wenn es nicht von ihr begehret wird. 5
VI. Von den Gründen, woraus der Evangeliſchen Reichsſtände Gerechtſame in Kirchenſachen herzuleiten. 7
VII. Ein vom Erben errichtetes Inventarium iſt zu Recht beſtändig, wenn gleich nach des Erblaſſers Tode der Nachlaß nicht verſiegelt worden. Jedoch muß der Erbe es alsdenn auf Erfordern beſchwören. 10
VIII. Derjenige, welcher ſich als Vormund beſtellen laſſen, und nicht angegeben hat, daß er ein Gläubiger des Mündlings iſt, verlieret ſeine Schuldforderung. 11
IX. Das auf dem Billard gewonnene Geld mag nicht eingeklaget werden. 13
X. Daß der Reichsſtände Lande und Leute Schulden halber bisher nicht ſubhaſtiret worden, deſſen Urſach iſt kein beſonders Herkommen, ſondern die gemeine Lehnrechte ſamt der Reichsverfaſſung, und der Gläubiger Convenienz behindern es. 15
XI. Das Wort Amt bedeutet vielfältig eine Graf- oder Herrſchaft. 16
XII. Vom Debito primipilari. 17
XIII. Wiefern Teichſachen vor die Gerichte gehören. 20
XIV. Ein zwiſchen Erben errichteter Vergleich iſt ungültig, wenn einem derſelben verheelet worden, worin der Nachlaß beſtehet. 23
XV. Von Erbgeldern. 24
XVI. Vom Mühlenzwang. 28
XVII. Von der Fiſchereygerechtigkeit in einem öffentlichen Fluß. 29

)(XVIII.

Seite.

XVIII. Von den Erforderniſſen einer Beſcheinigung. 31

XIX. Eine Nunciatio novi operis realis wird nicht durch die Wegräumung der zum Bau beſtimmten Materialien verrichtet. Was in continenti geſchehen heiſſet? 32

XX. Ob dem Beſitzer einer Hypothek das Beneficium excuſſionis zu ſtatten komt, bevorab wenn man den Kläger an auſſer Landes belegene Güther verweiſet. 34

XXI. Von Anlegung neuer Korn- und Sägemühlen im Fürſtenthum Calenberg. 35

XXII. Ein Teſtamentum nuncupativum muß entweder vor Notarien und Zeugen errichtet, oder von den leztern mit einem Eide beſtärket werden. 36

XXIII. Von Beſtellung der Bauermeiſter und Vorſteher der Gemeinde eines Dorfs. 37

XXIV. Von der Beſtellung eines Curatoris bonorum und Contradictoris nach entſtandenem Concurs. 39

XXV. Eine Parthey kann die dem Procurator ertheilte Vollmacht nach Willkühr widerrufen. 40

XXVI. Es wird nur erfordert, daß vom Kläger eine Cauſa debendi der eingeklagten Schuld wahrſcheinlich dargethan werde. Der Curator bonorum iſt nicht ſchuldig, ſich auf eine Klage einzulaſſen, die das Corpus bonorum nicht, ſondern allein den Cridarium betrift. 41

XXVII. Ob in foro domicilii des Schuldners deſſen auſſer Landes befindliche Güther nach entſtandenem Concurs den Gläubigern zu vertheilen ſind? 42

XXVIII. Von der Adjudication kann derjenige, welcher eine Sache ſub haſta erſtanden, von dem gethanen Both zurück treten. 43

XXIX. Ein Richter iſt unbefugt, ſeine Erkenntniſſe wider die deſſen Gerichtszwang nicht Unterworfene zu vollſtrecken, wenn ſolche ſein Gericht betreten. 44

XXX. Die Mehrheit der Stimmen verbindet keinen Miteigenthümer. 45

XXXI. Die Theilung der Paſſiv-Schulden des Erblaſſers, welche ſeine Erben beliebet haben, kann die Gläubiger nicht verhindern, jeden derſelben pro rata zu belangen, wenn derjenige, welcher die Zahlung übernommen, nicht bereit iſt, ſolche ſofort zu thun. 46

XXXII. Ein Gerichtsherr muß in ſeinen eigenen Sachen nichts protocolliren, noch dieſelbe entſcheiden. 48

XXXIII. Wiefern eine adeliche Wittwe in dem zu ihrem Leibgeding gehörigen Walde Holz fällen laſſen darf. 49

XXXIV. Ob den Erben eines Leibzüchters aus den von ihm genutzten Meyergüthern fructus ultimi anni gebühren. 50

XXXV. Ob die Gläubiger des Cridarii Kinder aus deſſen Vermögen dotiren, alimentiren und beerdigen laſſen müſſen. 50

XXXVI. Das Wittum gebühret einer Wittwe alsdenn nur aus dem Lehn, wenn es aus dem Erben nicht erfolgen kann. 51

Seite.

XXXVII. In welchen Fällen eine vom Teſtirer im Teſtament angeführte Urſache ſeines Vermächtniſſes, welche hinweg fällt, oder irrig befunden worden, ſolches entkräftet. 52

XXXVIII. Die Lotterir-Direction iſt zwar verbunden, für ihre Collecteurs einzuſtehen, nicht aber dieſen ohne ihr Verſchulden betrügeriſcher Weiſe entwandte Looſe zu bezahlen. 53

XXXIX. Ob die Actio judicati verlohren gehet, wenn ſie innerhalb 30 Jahren nicht angeſtellet worden? 56

XL. Von Beſtrafung der Hausdiebe. 57

XLI. Ein Guthsherr kann ohne erhebliche Urſachen die Ehen ſeiner Meyerleute nicht hindern. 62

XLII. Ein Sohn iſt nicht gehalten, die nach der ihm geſchehenen Uebergabe des Meyerhofes auf der Leibzucht gemachte Schulden ſeines Vaters zu bezahlen. 63

XLIII. Ein Schiffer muß die ihm zu überbringen anvertrauete gehörigen Orts nicht gelieferte Sachen dem Eigenthümer vergüten; er erwieſe denn, daß ſie durch einen unabwendlichen Zufall verlohren gegangen. 64

XLIV. Der Meyer muß die beſte Art des verſprochenen Korns dem Guthsherrn liefern, die auf dem Meyerlande gewachſen iſt. 68

XLV. Der Befugniß, künftig unentbehrliche Alimenten zu fordern, kann niemand auſſergerichtlich entſagen. 80

XLVI. Vom Notario abgehörte Zeugen kann der Richter nach Eröfnung des Rotuli über dieſelbe Articul eidlich vernehmen. 81

XLVII. Das Jus retorſionis wider Fremde mag kein Richter ohne des Geſetzgebers Erlaubniß ausüben. 82

XLVIII. Wiefern Privat-Inſtrumente wider einen Dritten beweiſen. 83

XLIX. Von dem Vermächtniß des nöthigen Hausgeräths, ohne zu beſtimmen, worin es beſtehen ſolle. 84

L. Von der Strafe einer Mutter, die ihr Kind von ſich geleget, und dadurch deſſen Tod veranlaſſet hat. 86

LI. Der nächſte Agnat ſchlieſſet die entferntere von der Lehns Succeſſion in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen aus. 87

LII. Aus einem Stipendio ad Studia iſt kein Legatum alimentorum zu machen. 89

LIII. Bey Beſtimmung des dem Pächter gebührenden Nachlaſſes müſſen ihm die Beſtellungskoſten zu gute kommen. 92

LIV. Ob den rückſtändigen Brautſchatz den Schweſtern eines Vaſallen die Lehnsfolger oder die Landerben bezahlen müſſen. 93

LV. Von der Befugniß eines Vaters, ſeiner Kinder mütterliche unbewegliche Güther zu veräuſſern. 94

LVI. Das Recht eines Bürgen wider den Schuldner kömt keinesweges einem Gläubiger wider den andern zu ſtatten. 95

Seite.
LVII. Ob demjenigen, welcher zur Bebauung einer wüſten Stelle Geld hergeliehen, oder auch die benöthigte Materialien geliefert, und die erforderliche Arbeit verrichtet, ein ſtillſchweigendes Pfand- und Vorzugsrecht zuſtehet? 97
LVIII. Die nach der Kriegesbefeſtigung empfangene Früchte gebühren dem obſiegenden Theile, nebſt dem ihm zuerkannten Guth. 98
LIX. Von der Strafe des Straſſenraubes, und ob derjenige, welcher deſſen hinlänglich überführet iſt, ſeines halsſtarrigen Leugnens ohngeachtet, mit ſelbiger beleget werden dürfe? 100
LX. In der Grafſchaft Hoya ſtehet dem Erſtgebohrnen kein mehreres Recht an den Lehnen zu, als ſeinen jüngern Brüdern. 102
LXI. Von der Beſtrafung der einem Edelmann von einem weit geringern zugefügten Real-Injurie. 104
LXII. Von Beſtellung der Holzknechte. 105
LXIII. Wem die Schäfereygerechtigkeit an einem Ort zuſtehet, der kann nicht behindern, daß jeder Eigenthümer ſeinen Garten mit eigenen Schaafen dünge, wenn er ſie auf öffentlichen Wegen dahin bringen kann. 106
LXIV. Der Gläubiger darf keine Zinſen beym Schuldner in ein Capital verwandeln. 107
LXV. Der Wittwe des Meyers gebühret eine Leibzucht, wenn mit ihrem Eingebrachten der Hof im Stande erhalten worden. 110
LXVI. Daß zur Vollkommenheit eines Contracts deſſen ſchriftliche Verfaſſung nothwendig, kann, wenn es gleich nicht ausdrücklich verabredet iſt, aus den Umſtänden geſchloſſen werden. 111
LXVII. Ein Meyer iſt nicht verbunden, des Leibzüchters Verſprechen zu erfüllen. 112
LXVIII. Wenn dem Eigenthümer des Waldes das Eichelnleſen erlaubet wird, ſo kömt die Sprang- und Nachmaſt dem zur Hud und Weide Berechtigten nicht zu. 112
LXIX. Eine Subhaſtation kann vom Schuldner angefochten werden, wenn er über die Hälfte verletzet iſt.
Gedeihet dieſem das Beneficium adjudicationis an, ſo muß der Gläubiger die Sache für den taxirten Werth annehmen. 113
LXX. Ob die Actio pignoratitia wider den dritten Beſitzer angeſtellet werden kann? 115
LXXI. Von dem Beweiß durch Teſtes ſingulares. 116
LXXII. Die geiſtlichen Rechtshändel der Evangeliſchen ſind in keine weltliche verwandelt, und gehören deßwegen nicht für die höchſte Reichsgerichte. 116
LXXIII. Von einer blödſinnigen Kindermörderin. 119
LXXIV. Von dem Foro der Pächter Landesherrlicher Vorwerke. 121

LXXV.

Seite.

LXXV. Ob alle Privilegien durch einen zehenjährigen Nichtgebrauch verlohren gehen? 123

LXXVI. Ob ein Unterthan, ohne der Landesobrigkeit Genehmigung und Vorbewuſt, ſich in ein anders Land begeben, oder auch unter zweyen Landesherren einen Wohnſitz haben dürfe? 124

LXXVII. Einer verſchwenderiſchen Ehefrau, welche ihr Eingebrachtes durchbringen helfen, kommen nach enſtandenem Concurs über ihres Mannes Vermögen die in den Rechten ihr zu gute verordnete Beneficia juris nicht zu ſtatten. 125

LXXVIII. Welchergeſtalt der Herrendienſt zu leiſten ſeye? 127

LXXIX. Ob es ein unerlaubter Handel iſt, wenn ein Cammerbedienter, der bey der Verpachtung gebrauchet worden, mit dem Pächter eines herrſchaftlichen Vorwerks Vortheil und Schaden theilet, ohne der Herrſchaft Einwilligung erlanget zu haben? 129

LXXX. Es entſchuldiget ein ungewiſſes Gerücht den Richter nicht, der deſſentwegen wider einen Unſchuldigen zur Inquiſition ſchreitet. 130

LXXXI. Von Gränzſteinen und Gränzbäumen. 132

LXXXII. Ob Zinſe von einem ſäumigen ſachfällig gewordenen Schuldner von der Zeit zu bezahlen ſind, da die Schuld annoch illiquid war? 133

LXXXIII. Ohne eine Ceſſion oder beſondern Vertrag erlanget niemand des mit ſeinem Gelde bezahlten Gläubigers Rechte 134

LXXXIV. Vom Beweiß eines unverſöhnlichen Haſſes, welcher die Ehe trennet. 135

LXXXV. Vom Mühlenrecht im Fürſtenthum Grubenhagen. 136

LXXXVI. Ein im ſiebenden Monat gebohrnes vollſtändiges Kind kann nicht ehelich ſeyn. 138

LXXXVII. Dem Landesherrn ſtehet die Hud und Weide mit ſeinen Schaafen auf den Ländereyen der Unterthanen, Kraft eines Eigenthums, keinesweges zu. 140

LXXXVIII. Ein zur Sicherheit erkannter Arreſt begründet das Forum des incompetenten Richters in der Hauptſache nicht. 142

LXXXIX. Von dem Widerruf eines zugeſchobenen und acceptirten Eides. 143

XC. Wie mit Atteſtaten ein Herkommen zu erweiſen. 144

XCI. Eines Pfarrers Wittwe und Kinder ſind nicht ſchuldig, im Gnadenjahr die vicarirende Geiſtliche abholen und zurück bringen zu laſſen. 145

XCII. Ob die Actio Pauliana Statt findet, wenn vom Cridario zum Nachtheil ſeiner Gläubiger etwas veräuſſert iſt, bevor ein Concurſus formalis entſtanden? 146

XCIII. Vom Haggericht. 147

XCIV. Der Dienſt iſt auch in der Saat- und Erndtezeit zu leiſten, nicht aber zu halben Tagen zu fordern. 150

Seite
XCV. Von den Pfandungen, welche nicht auf friſcher That geſchehen. 150
XCVI. Die Conſtitution de 1712 von den Veräuſſerungen bürgerlicher Güther, iſt durch den Nichtgebrauch keinesweges abgeſchaffet.
Dem Landesherrlichen Fiſco ſtehet nur im Lande und wider Unterthanen eine Hypotheca tacita in den Güthern der Adminiſtratorum zu. 153
XCVII. Wem der Beweiß oblieget, daß die Güther eines Adminiſtratoris poſt contractum cum fiſco initum erworben ſind. 155
XCVIII. Ob demjenigen, dem der Eigenthümer einer Wieſe das davon zu erndtende Gras verkaufet hat, Nachlaß angedeihen muß, wenn ſolches durch eine Ueberſchwemmung verlohren gehet? 156
XCIX. Ein Dienſtbothe kann wegen groſſer Nachläſſigkeit zur Unzeit abgeſchaffet werden. 157
C. Ein Fundus dotalis kann von dem Mann nicht veräuſſert werden, wenn gleich die Frau mehrmal darin gewilliget hat.
Verſpäthete Interventiones ſind ad ſeparatum zu verweiſen. 159
CI. Eine Proteſtation entkräftet keinen Actum poſſeſſorium, wenn ſie nicht in continenti geſchehen, oder auch ohne Würkung und unverfolget geblieben. 162
CII. Von den durch einen Notarium, ohne Zuziehung einiger Zeugen vidimirten Copeyen. 163
CIII. Ein Legatum dotis iſt nicht immer der Legatariæ nur alsdenn zu reichen, wenn ſie zur Ehe ſchreitet. 165
CIV. Vom Beweiß durch die Bücher der Kauf- und Handwerksleute. 166
CV. Von der Königl. Aemter Braugerechtigkeit im Fürſtenthum Calenberg. 168
CVI. Ein Vergleich muß erfüllet werden, wenn keine ſo wichtige Veränderung ſich begeben, welche ſeine Genehmigung behindert hätte, wenn man ſie vorher geſehen. 169
CVII. Ein Document, worin geſaget wird, daß man von jemand Geld empfangen, iſt nur alsdenn von einem Anlehn zu verſtehen, wenn es nicht eben ſowohl eine Quittung seyn kann 170
CVIII. Von der Weigerung einiger Glieder einer Gemeinde den ihnen zugeſchobenen Eid zu leiſten. 170
CIX. Ob der Viehſchatz von der Ländereyen entrichtet wird? 171
CX. Ob, wenn jemand dem einen einen Garten, und dem andern deſſen Genuß auf Lebenszeit vermachet, alsdenn jenem der halbe Niesbrauch gebühret? 173
CXI. Bey der Königl. Hannöverſchen Juſtitzcanzley iſt kein Terminus probatorius legalis beſtimmet. 174
CXII. Diejenige, welche einen Weg vor andern gebrauchen, müſſen ihn im Stande erhalten. 175
CXIII. Von den Anzeigen einer Vergiftung. 176
CXIV. Ob einer befugt iſt, durch die Erhöhung ſeines Ufers den Lauf des Fluſſes zum Schaden der Nachbarn zu verändern? 177
CXV. Ob die Alimenta, welche ein Kind ſeiner Mutter ſchuldig geblieben, eingeklaget werden können? 178

Seite.
CXVI. Von der Strafe einer Frau, die ihrem Mann mit Fliegenſtein vorſetzlich vergeben hat. 179
CXVII. Die Jurisdiction des Oberrichters iſt hinlänglich begründet, wenn nach Einſicht der Acten, ohne Appellations-Proceſſe zu erkennen, der Appellat angewieſen iſt, die Nothdurft auf dem Libellum appellationis zu verhandeln, und er ſolches gethan. 180
CXVIII Der Landesherr kann die Freyheit der Unterthanen, von ihrem Eigenthum nach Willkühr zu disponiren, einſchränken, nicht aber der Gerichtsherr. 181
CXIX. Vom Vogtding. 183
CXX. Die von einer adelichen Familie zu Lehn getragene Wieſe kann nicht mit des Senioris familiæ und Lehnträgers, wohl aber mit ſämtlicher Lehnsherren ausdrücklichen Genehmigung, oder wenn dieſelbe in 30 Jahren, von der Zeit da ſie klagen können, ſolches unterlaſſen, jemand antichretice ſo lang pfandweiſe eingethan werden, als der Lehnsherren Mannsſtamm vorhanden. 192
CXXI. Von Holzgreffſchaften. 194
CXXII. Von einer Injurienklage, wegen eines veränderten Grabmahls und verſagten Tituls. 202
CXXIII. Der Richter, welcher einen an ſich nichtigen Contract beſtätiget, muß der Parthey den daraus entſtehenden Schaden erſetzen. 203
CXXIV. Von den Milderungs-Urſachen der Strafen des Criminis de reſiduis. 205
CXXV. Ob propter inofficioſam donationem die ganze Schenkung oder nur ſofern ſie den Pflichttheil derjenigen ſchmälert, welchen ſolcher gebühret, übern Haufen gehet. 206
CXXVI. Ob eine Acceptation der Schenkung vor des Donatoris Tode erfordert wird, und wenn zu vermuthen, daß ſolche bey ſeinem Leben geſchehen. 209
CXXVII. Einem Kaufmann gebühren nicht mehr als 5 pro Cent Zinſe. 209
CXXVIII. Von Policey-Sachen. 210
CXXIX. Von den Alimenten, welche ein Sohn dem Vater zu reichen ſchuldig iſt. 212
CXXX. Die Zurückgabe der Empfangſcheine erweiſet nicht immer die Bezahlung des Kaufgeldes. 213
CXXXI. In den Chur-Braunſchweigiſchen Landen wird der von Militair-Perſonen begangene Straſſenraub härter beſtraft, als wenn ihn andere verübet haben. 213
CXXXII. Einem mit ſehr ſchweren Abgaben belaſteten Erbenzinsmann gebühret ſowohl Remißion als dem Meyer. 214
CXXXIII. Von Beſetzung der Meyerhöfe im Fürſtenthum Calenberg, woran mehrere Guthsherren Theil haben. 215
CXXXIV. Vom Heckenrecht. 218

Seite.
CXXXV. Von der Strafe zum Dienſt geforderter und ausgebliebener Dienſtpflichtigen. 219
CXXXVI. Welchergeſtalt wider eine des Kindermords Beſchuldigte zu verfahren, welche ſich weigert, den Reinigungseid zu leiſten. 220
CXXXVII. Wegen einer Verletzung können die vom Richter beſtätigte Erbtheilungen angefochten werden. 222
CXXXVIII. Der Exceß einer Pfändung mildert die Strafe des dadurch veranlaſſeten Todſchlages. 222
CXXXIX. Ob ein Gläubiger, dem 4 pro Cent Zinſe verſprochen ſind, 5 pro Cent fordern kann, wenn das Capital nicht zu gehöriger Zeit abgeführet worden? 223
CXL. Eines Meyers Wittwe kann die Leibzucht nicht genommen werden, wenn ſie ſich ſchwängern laſſen, noch iſt ſelbige zu vermindern, dafern ihre Kinder in den Stand kommen, ihr Brod verdienen zu können. 224
CXLI. Demjenigen, welcher wegen des geleiſteten Erfüllungs-Eides obſieget, ſind nicht jedesmal die Unkoſten abzuerkennen. 225
CXLII. Ob jemand Vieh auf die gemeine Weide bringen darf, welches nicht mit den Aufkünften ſeines Landes im Winter erhalten werden kann? 225
CXLIII. Ob der Abſchoß von auſſer Landes belegten Capitalien, auch vom Brautſchatz zu entrichten? 226
CXLIV. Wegen eines widerrufenen Bekenntniſſes iſt niemand zum Tode zu verdammen. 226
CXLV. Ob eines Bauren Wittwe von dem geführten Haushalt ihren Kindern Rechnung ablegen muß? 227

Erſte Abtheilung.

Gründlicher Unterricht von Regierungs- und Juſtizſachen, mit einem beſondern Regiſter verſehen.

Sectio
I. Vom Urſprung der höheren Gerichte in den teutſchen Fürſtenthümern, Graf- und Herrſchaften. Seite 1
II. Was eigentlich Regierungs- und Juſtizſachen ſind. 21
III. Die der Landesfürſtlichen Cammergüther und Gerechtſame halber zwiſchen den Aemtern und Unterthanen entſtandene Zwiſtigkeiten ſind ordentlich von den Juſtitz Collegiis, mithin ſowohl von den Hofgerichten als Canzleyen zu entſcheiden. 36
IV. Wie ferne Policeyſachen und die aus Landesfürſtlichen Privilegiis zu entſcheidende Streithändel für die Landesregierungen und Juſtitz-Collegia gehören? 89
Supplementa. 97

Zweyte Abtheilung.

Hauptregiſter über alle 5 Theile der Rechtlichen Bedenken.

I. Bedenken.

Von dem Widerruf einer ertheilten Anwartſchaft.

Der Magiſtrat zu N. hatte am 2ten Auguſt 1758 dem Titio eine Anwartſchaft auf die Stadthauptmannsſtelle gegeben, weigerte ſich aber nach deren Erledigung ihm ſolche zu ertheilen, und zwar 1) deswegen, weil Titius nach der Zeit unter das Jägercorps gegangen, und alſo auf die Stadthauptmannsſtelle ſtillſchweigend einen Verzicht gethan, maſſen dieſe ſeinen beſtändigen Aufenthalt in der Stadt erfordert (a). 2) Sollte derſelbe die Geſundheit im Kriege verlohren haben, und er geſtunde, daß ſeine linke Hand gelähmet ſey (b). Auch waren 3) deſſen häusliche Umſtände nicht die beſten, und man beſchuldigte ihn 4) eines Forſtverbrechens.

Nun war 1) der Magiſtrat allerdings unverbunden, die Expectanz von 1758 zu erfüllen, nachdem Titius in andere Kriegesdienſte getreten. Aber er hatte nach der Verabſchiedung aus ſelbigen, die Anwartſchaft 1763 beſtätiget, daher ihm dieſer Behelf überall nicht zu ſtatten kommen konnte, und Titius war 2) zu ſolcher Zeit bereits am Leibe geſchwächet (c). Wegen veränderter Umſtände wird ein Vertrag nur für unverbindlich gehalten, wenn der Hauptendzweck deſſelben nicht erreichet werden kann (d). Aus der von dem Magiſtrat übergebenen Eydesformel erhellete aber, wie das Amt des Stadthauptmanns nur darin beſtehet, daß er für die Beſtellung der Wachten ſorgen, viſitiren und Ronde gehen, unter der Bürgerſchaft Diſciplin halten, die Thorſchlüſſel niemand als dem Bürgermeiſter einhändigen laſſen; und auf den Wall, auch was zu der Stadt-Veſte gehöret, aufmerkſman ſeyn muß. Zu allen dieſen Verrichtungen

tungen gebrauchte Titius die linke Hand nicht, ſondern konnte ſie auf das Beſte verrichten. 3) Hat der Stadthauptmann weder Einnahme noch Ausgabe, und deswegen kann man dieſes Amt auch Unbemittelten anvertrauen. Endlich 4) machen nur ſolche Verbrechen einen Expectivirten ſeines Rechts verluſtig, welcherwegen man einem Vaſallen das Lehn, und einem Bedienten ſein Amt nehmen kann (e). Dieſes mag nur grober Verbrechen halber geſchehen (f). Den Titium beſchuldigte man aber, daß mit ſeinem Vorwiſſen für 24 mgr. Holz aus der Waldung entfremdet ſey, deſſen er jedoch nicht überführet worden, und welches Verbrechen ſeiner Mutter Knechte begangen haben ſollten. Es wurde daher von Königl. Hannöverſcher Juſtiz-Canzley 1772 erkandt: Weilen die Anno 1758 dem Kläger ertheilte Expectanz, ſeiner genommenen Kriegesdienſte ohnerachtet Anno 1763 an Beklagten beſtätiget worden, und zwar zu einer Zeit, da deſſen Körper bereits geſchwächet war, die Lähmung der linken Hand ihn auch nicht untüchtig machet, alles dasjenige zu verrichten, was der von den Beklagten ad acta gebrachte Stadthauptmannseyd erfordert, und gleichwie eine Expectanz nur ſolche Verbrechen entkräften, weche Bedienten ihres Amts verluſtig machen, wofür das geringe unerwieſene Forſtverbrechen nicht zu achten, noch von dem Stadthauptmann erfordert wird, daß er bemittelt ſey, da man ihm keine Gelder anvertrauet, ſo ſind Beklagte die ertheilte Expectanz zu erfüllen, mithin den Kläger als Stadthauptmann zu beſtellen, und demſelben die durch ihre widerrechtliche Weigerung entzogene Nutzungen ſolches Amts zu vergüten ſchuldig, wie wir alſo ſchuldig erkennen, die Proceßkoſten aber aus bewegenden Urſachen vergleichen.

(a) Renuntiatio expectativæ fit tacite, adſumendo officium quod cum expectato geri ſimul nequit. LEYSER *de Iniquitate & recto uſu expectantiarum* §. 50. KOCH *de Expectativis & inveſtitura eventuali* Cap. I. §. 23. HELFFRICH *Caſus potiores extinctæ expectativæ.* §. 14. Lit. l.

(b) Quælibet conceſſio hanc tacitam conditionem continet ſi, apertura contingente, promiſſarius habilis fuerit. BORN *de Expectativis*, Cap. 9. §. 5.

(c) IDEM d. l.

(d) MEVIUS Conſ. 61. num. 62. 63. 64. EBERHAHRDS Beyträge zur Erläuterung des Teutſchen Rechts Part. I.

(e) BORN d. l.

(f) KRESS *de Jure officiorum & officialium* Cap. 6. §. 5.

II. Bedenken.

Das Beneficium inventarii iſt denjenigen nicht zu verſagen, welche einen Nachlaß in Beſitz genommen, ohne ſich ſolches ausdrücklich zu bedingen.

Es hält zwar Mevius Part. V. Dec. 145. dafür, das Beneficium inventarii könne demjenigen nicht angedeihen, qui res hereditarias attigit, adminiſtravit, circa illas tanquam proprias diſpoſuit, multo minus cum diminuit, vel alienavit, niſi proteſtatione quadam aliam mentem declaraverit, vel cauſa ſubſit, cur ita exiſtimari non debeat. Aber es ſind die Umſtände entweder dergeſtalt beſchaffen, daß man zu zweifeln Urſach hatte, ob die Erbſchaft ohne Schaden angetreten werden könne, oder der Erblaſſer wurde für einen reichen Mann gehalten, und das Gegentheil ergab ſich nachher unerwartet. Erſternfalls iſt nicht zu vermuthen, daß die Erben ſich des Beneficii inventarii ohne alle Nothwendigkeit begeben haben, und kein Geſetz verordnet, daß derjenige es verlieret, der es nicht ſofort begehret (a). Letzternfalls gedeihet aber dem Erben billig contra aditionem reſtitutio in integrum an (b), wenn er nemlich die verſchuldete Umſtände des Erblaſſers nicht wiſſen können.

(a) Gregorius Tholosanus *in Syntagm. Juris univerſi* Lib. XLVI. Cap. 3. num. 10. Barry *de Succeſſionibus* Lib. XI. Tit. 10. n. 3. [illegible] *de Solennitatibus & effectibus inventarii heredis* Cap. I. §. 7.

(b) Oddus *de Reſtitutione in integrum* Part. II. Quæſt. 63. num. 133. Bardili *de Hereditatis aditione* §. 58.

(c) Vinnius *ad Inſt.* Lib. II. Tit. 19. §. 5. num. 5.

III. Bedenken.

Wiefern Forſtſachen Regierungs- oder Juſtitzſachen ſind.

Man wollte zu N. der Unterthanen hergebrachtes Recht, zur Conſervation der Forſten, ſchmälern, und ihnen weniger Holz anweiſen, als ſie bisher empfangen. Dieſes kann nun allerdings der Geſetzgeber verfügen (a). Das Recht Verordnungen nach Willkühr in Forſtſachen zu machen, flieſſet aus der Landeshoheit her (b), und es ſtehet keinem bloſſen Forſtherrn zu. An den mehreſten

Orten ſind die Forſtſachen mit zur Cammer gezogen (c), und daß es auch in dieſigen Landen geſchehen, ergeben die Landesordnungen Cap. 6. welches viele von der Königl. Cammer gemachte Verfügungen in Forſtſachen enthält. Einer ſolchen gemäß ſollte nun die Anweiſung zu N. geſchehen, und ob die geſetzgebende Gewalt mißbrauchet wird oder nicht, darüber kann kein Juſtitzcollegium erkennen. Allein man muß die ſuperioritatem territorialem mit der Jurisdictione foreſtali nicht vermiſchen (e). Vermöge der leztern kann ein Forſtherr der Holzgerechtigkeit Schranken ſetzen, wenn ſolches die Conſervation der Forſten erfordert (f). Dieſes geſchiehet alsdenn nicht durch ein neues Geſetz, ſondern den eingeführten Rechten gemäß. Unternimmt der Forſtherr ohne Nothwendigkeit eine ſolche Einſchränkung der Befugniſſe der Intereſſenten, ſo iſt dieſes ein Mißbrauch ſeines Juris foreſtalis, welchen der Richter abſtellen kann und muß. Da auch der Königl. Cammer keine geſetzgebende Gewalt zuſtehet, und die von ihr in Forſtſachen abgelaſſene Verordnungen dergeſtalt beſchaffen ſind, daß ſie auch ein adlicher Forſtherr, um den Ruin des Holzes abzuwenden, machen können, ſo competiret derſelben keine Superioritas, ſondern nur eine Jurisdictio foreſtalis, und ſie mag niemandes Recht willkührlich ſchmälern, mithin den Unterthanen den Weg Rechtens nicht verſperren, wenn ſie durch ihre Reſolutiones beſchweret zu ſeyn vermeynen.

(a) SECKENDORF im Fürſtenſtaat Part. III. Cap. 3. Sect. 6. §. 6. KREBS *de Ligno & lapide* Part. I. Class. 4. Sect. 17. §. 2. REINHARD *de Jure foreſtali Germanorum* Sect. I. §. 6.

(b) Dieſer Rechtlichen Bedenken II. Theils im Beytrag zum LXXIV. Bedenken.

(c) STISSERS Forſt und Jagd-Recht Cap. 10. §. 42.

(d) Dieſer Rechtlichen Bedenken III. Theils CXX. Bedenken.

(e) REINHARD d. l. Sect. II. §. 2. *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. II. Dec. 256. num. 2. Dieſer Rechtlichen Bedenken II. Theils CXIII. Bedenken.

(f) BECK *de Jurisdictione foreſtali* Cap. 7. §. 2. ESTORS Bürgerliche Rechtsgelehrſamkeit der Teutſchen Part. I. §. 1783.

IV. Bedenken.

Dem Dienſtherrn ſtehet nicht die mindeſte Guthsherrſchaft an den Höfen zu, wovon ihm nur der Dienſt geleiſtet wird.

Die Beamte zu N. hatten 1741 erkandt, daß Königl. Cammer zugleich die Guthsherrſchaft an denen ihr dienſtpflichtigen Ländereyen zuſtehe, weil der Dienſt mehr importiret als das Zinskorn. Dieſe Meynung iſt ganz irrig. Der Dienſt wird im Fürſtenthum Calenberg gemeiniglich dem Gerichtsherrn geleiſtet. Wenn der Guthsherr nicht ſolche Contracte mit ſeinem Meyer ſchlieſſet, welche dieſen auſſer Stand ſetzen, die ihm obliegende Laſten zu tragen, ſo bedarf er weder des Königl. Amts, noch eines andern Gerichtsherrn Genehmigung. Als die jetzige Beamte ſich auf ihrer Vorfahren Reſolution bezogen, wurde ihnen von Königl. Hannöverſcher Juſtizcanzley 1772 folgendergeſtalt reſcribiret: „Wir befinden nun das von euren Anteceſſoren in Officio und euch angenommenen Principium, daß nemlich dem Dienſtherrn zugleich die Gutsherrſchaft über die ihm dienſtpflichtige Meyergüter zuſtehe, weder in der Natur der Sache, noch in den Landesgeſetzen und Herkommen gegründet, maſſen dadurch daß jemand eines andern Fundum mit Dienſtbarkeiten beſchweret, er keine Particulam dominii, ſondern nur ein Jus in re aliena erlanget, daher dann der Dienſtherr an den Bemeyerungen mit dergleichen Gütern, auch den Abmeyrungen der Colonorum nicht den mindeſten Theil nimmt, und nur alsdenn zu widerſprechen Urſach hat, wenn der Guthsherr ſolchergeſtalt von den Höfen diſponiret, daß der Herrendienſt nicht füglich erfolgen kann.

(a) Meine Commentation *de Jure Villicorum* Cap. 3. §. 12.

V. Bedenken.

Die Obrigkeit, welche einen Contract beſtätiget, iſt nicht ſchuldig zu unterſuchen, ob deſſelben Inhalt der Wahrheit gemäß, und ein Gläubiger dadurch hinlängliche Sicherheit erlanget, wenn es nicht von ihr begehret wird.

Mevia hatte dem Cajo 250 Thlr. geliehen, und die Obligation, worin ihr gewiſſe Grundſtücke verhypotheciret worden, das Amt N. confirmiret. Als aber die Gläubigerin ihre Hypothek angreifen wollte, ergab ſich, daß 1½

Morgen Landes zur Zeit der ertheilten Amts-Confirmation der Schuldner nicht mehr im Beſitz gehabt, ſondern daß ſie von ihm bereits im Jahr 1753. mit Vorwiſſen des Amts dem Sempronio verkaufet worden, daher die Gläubigerin aus den ihr verſchriebenen Grundſtücken nur 107 Thlr. 18 gr. erhielte, und 142 Thlr. 18 gr. nebſt Zinſen und Unkoſten verlohren giengen. Dieſe forderte ſie nun von den Beamten, weil die obrigkeitliche Beſtätigung der Contracte, welche Bauersleute eingehen, erfordert werde, um allen Betrügereyen vorzubeugen, daher die Obrigkeit vor ertheilter Confirmation unterſuchen müſſe, ob die Hypothek dem Schuldner gehöret. Es vermeynet auch BROKES Obſ. 100. peccare judicem, qui ultra vera oppignoratæ pretium conſentit, qui rem quam ad alium pertinere ſcire potuit, oppignorandum curat, qui ulteriorem hypothecam improvide pro prima habet. Ich räume es ein, wenn dem Gericht die Unzulänglichkeit der Hypothek bekannt geweſen. Ihre Unwiſſenheit iſt aber ſowohl zu vermuthen, als daß der Landesherr ſie nicht mit einer von niemand begehrten Unterſuchung beläſtigen wollen, ob alles, was der Contract enthält, der Wahrheit gemäß ſey, welche den größten Aufenthalt anderer Geſchäfte veranlaſſen müßte. Der Geſetzgeber ſuchet nur zu behindern, daß unverſtändige Bauersleute ihre Contracte undeutlich abfaſſen, und dadurch zu Rechtshändeln Anlaß geben. Wenn der Gläubiger zweifelt, daß die ihm verſchriebene Güther dem Schuldner zuſtehen, mithin ſolche zu ſeiner Sicherheit hinreichen, ſo muß er deſſen Unterſuchung vom Richter begehren, daher BOEHMER Tom. II. Dec. 1236. num. 15. mit gutem Grunde die Obrigkeit zur Schadloshaltung condemniret hat, welche um die Bewandniß der Hypothek befraget worden, weil ſie einen Creditorem davon zu informiren, und wenn es nicht geſchehen, dafür zu ſtehen ſchuldig ſey. Dieſe Meynung hegen die mehreſte Rechtslehrer, und abſolviren die Gerichte, wenn keine ſolche Anfrage der Gläubiger gethan (a), und iſt alſo von Königl. Juſtitzcanzley in Sachen von Borch wider Wedemeyer im Jahr 1769 erkandt, welchen Spruch das Königl. Oberappellationsgericht im Jahr 1772 beſtätiget hat. In gegenwärtiger Sache lautete die bey Königl. Juſtitzcanzley eröfnete Urthel alſo: „Weilen keine Obrigkeit ſchuldig, dafern es nicht von ihr begehret worden, zu unterſuchen, ob die beſtellete und zu confirmirende Hypothek dem Gläubiger hinlängliche Sicherheit verſchaffet, ſo ſind Beklagte von angeſtelleter Klage zu entbinden.

(a) CARPZOV Part. II. Conſt. 23. Def. 26. num. 7. WERNHER Tom. III. Part. III. Obſ. 94. SIBBER an ex confirmatione hypothecæ judex ad id quod intereſt, teneatur §. 3. 9. 11.

VI.

VI. Bedenken.

Von den Gründen, woraus der Evangeliſchen Reichsſtände Gerechtſame in Kirchenſachen herzuleiten.

§. I.

Der Herr Etatsrath MOSER ziehet in den Abhandlungen von den Teutſchen Kirchenrechten die von vielen gelehrten Männern angenommene Meynung in Zweifel, daß ein guter Theil des Evangeliſchen Kirchenrechts, nicht der Landesherrſchaft, ſondern der Kirche zuſtehet, und von dieſer jener übertragen worden.

Er führet dawider an 1) man finde in den Reichsgeſetzen und Friedenshandlungen keine Spur von einer ſolchen Uebertragung. Die Fürſten hätten ſich blos auf ihr obrigkeitliches Amt, und die Beyſpiele der Könige in Iſrael und Juda bezogen.

2) Sey der ganze Art. V. des Osnabrückiſchen Friedensſchluſſes auf das Principium gebauet, daß das Jus reformandi von der Landeshoheit abhänge.

3) Wäre die Uebertragung von der Kirche an den Landesherrn eine Idee aus einem Platoniſchen Staat, ſo wie man den Urſprung der Regierungen dem freywilligen Auftrag des Volks im Traume zuſchreibe. Dieſe Meynung ſey eine ganz neue Geburt, welche der Canzler Pfaf auf die Bahn gebracht habe.

4) Schadete die Lehre derjenigen, welche das Jus circa ſacra aus der Landeshoheit herleiten, den Evangeliſchen nicht, weil ſo bald es der Landesherr mit Unterthanen von anderer Religion zu thun hat, ihm das Entſcheidungsjahr die Hände binde, die Catholiſche ſich auch wenig darum bekümmerten, wenn unſere neue Theologen und Rechtsgelehrten von dem abgehen wollten, was alle Evangeliſche Reichsſtände bisher behauptet und die anſehnlichſten Rechtsgelehrte noch zu unſern Zeiten gelehret haben.

§. II.

Nun lieſſen ſich freylich I. zur Zeit der Reformation die Evangeliſche Gemeinden nicht einfallen, daß ihnen diejenige Jura collegialia zuſtünden, welche jetzt viele den Kirchen beylegen, mithin ſie befugt wären, ſolche ſelbſt zu üben, oder dem Landesherrn zu übertragen.

In der erſten Kirche maſſeten ſich die Lehrer keine nach den göttlichen Rechten ihnen zuſtehende Kirchengewalt an. Die Beſtimmung des Orts, allwo der öffentliche Gottesdienſt zu verrichten, auch die Art und Weiſe deſſelben, die Beſetzung der Kirchenämter ꝛc. muſte alſo nothwendig von den chriſtlichen Gemeinden abhängen, welche ihre Befugniß gröſtentheils den frommen Lehrern übertrugen. Als die chriſtliche Religion die herrſchende wurde, und noch vielmehr zu der Zeit, wie der Römiſchen Kirche zugethane Mönche ſolche in Teutſchland einführten, überredete man die Layen, daß Gott die Kirchengewalt der Geiſtlichkeit anvertrauet habe, und niemand durfte, ohne ſich der ſtrafbarſten Ketzerey theilhaftig zu machen, das Gegentheil behaupten. Zur Zeit der Reformation hätten die Kirchenſachen wieder in den urſprünglichen Zuſtand kommen ſollen. Aber dieſer war den Gemeinden unbekannt, und die Evangeliſche Theologen lehreten den Ungrund des Juris Epiſcopalis divini nicht, ſondern hielten vielmehr dafür, daß die Reichsſtände nur als Biſchöfe in Kirchenſachen etwas zu verfügen befugt wären (a), welches auch die mehreſten Fürſten glaubten (b). Aus dieſem allen folget jedoch keinesweges, daß man einen Theil des Reichsſtändiſchen Evangeliſchen Kirchenrechts nicht auf die Uebertragung der Kirche bauen könne. Daß mit der Unterthanen Genehmigung die Landesherrn ſich der ehemaligen Biſchöflichen Gewalt unterzogen, leidet keinen Zweifel. Daß ſie aber den wahren Grund dieſer Gewalt nicht gewuſt, iſt unerheblich, weil eine falſa cauſa non finalis keinen Contract entkräftet, und wenn die Leute rechte Begriffe von der Sache gehabt, ſie dennoch gethan hätten, was geſchehen, maſſen dieſelbe auf andere Art ihre Religions- und Gewiſſensfreyheit unmöglich behaupten können. Auf gleiche Weiſe leitet man die Rechte der Regenten über ihre Unterthanen aus Verträgen her, ohne einen Unterſchied zu machen, ob ſolche aus erheblichen oder unerheblichen Urſachen, durch Zwang oder Irrthum veranlaſſet worden.

(a) Reichs-Fama Part. VII. Cap. 8. num. 10.

(b) Mosers Abhandlungen aus den teutſchen Kirchenrechten.

§. III.

Der Weſtphäliſche Friedensſchluß Art. V. handelt 2) von dem Jure reformandi, welches keinesweges das ganze Jus circa ſacra unter ſich begreifet (a). Er muß aus den Principiis erkläret werden, welche ſowohl die Catholiſche, als die Evangeliſche bey der Handlung billigten. Man ließ die Frage unentſchieden: Ob das Jus circa ſacra der geiſtlichen oder weltlichen Obrigkeit zuſtehet?

Herr

Herr Moser führet an, der Chur Bayerſche Staatsminiſter, Freyherr von Kraitmeyer ſchreibe in den Noten ad Cod. Civilem Bavaricum Part. V. die Proteſtanten hätten das Jus reformandi für ein Stück der Landeshoheit, die Catholiſche aber für ein Jus Epiſcopale oder Papale gehalten, und ſolches aus den Titul der Landeshoheit nicht haben wollen. Es ſey alſo auf die Praxin communem gegründet (b), folglich träget der Weſtphäliſche Friedensſchluß zur Entſcheidung der Frage: Ob die Jura collegialia, wenn man die Natur der Sache betrachtet, der Landesobrigkeit oder den Gemeinden zuſtehet? nicht das mindeſte bey.

(a) Meine Sammlung einiger Schriften von der Selbſthülfe und dem Simultaneo exercitio religionis pag. 210. 235.

(b) Ibid. pag. 162. 203. 204. 235.

§. IV.

Den Urſprung aller Regierungen ſchreibet man 3) dem Freywilligen Auftrag des Volks keinesweges zu. Selbiger ſey freywillig oder aus Zwang geſchehen, ſo gründet er ſich doch immer in einem Vertrage. Ob ſolcher mit Recht oder mit Unrecht veranlaſſet worden, können wir wegen Unwiſſenheit des Urſprungs der Staaten, nicht beurtheilen, und auch letzternfalls hat er Verbindlichkeit, wenn die Unterthanen ſich ausdrücklich oder ſtillſchweigend gefallen laſſen, daß ein Regent über ſie herrſche (a). Ich abſehe keinesweges, wie auf andere Weiſe die obrigkeitliche Gewalt zu rechtfertigen ſtehet.

Daß der Canzler Pfaf zuerſt den Unterſchied zwiſchen denen von der Landesherrſchaft abhangenden und den Collegialrechten der Kirche gemacht, hat ſeine Richtigkeit. Aber die Proteſtanten dürfen keine Meynung verwerfen, weil ſie neu iſt. Dieſes waren Luthers mehreſte Lehren, als er das Pabſtthum verließ. Das geiſtliche und weltliche Staatsrecht iſt heutiges Tages in ein weit gröſſeres Licht geſtellet, als worin es ſich zur Zeit der Reformation und Abfaſſung der mehreſten Reichsgeſetze befande.

(a) Huberus *de Jure civitatis* Lib. I. Sect. 2. Cap. 3. num. 12. Cap. 4. num. 3. Cap. 5. num. 19. Heineccii *Elem. jur. natur.* Lib. II. §. 109. 113. Griebner *Princip. Jur. nat.* Lib. II. Cap. I. §. 3. num. 3. Ganzii *Diſcipl. moral.* §. 1084. 1087.

§. V.

Wenn man 4) vorausſetzet, daß die Catholiſche ſich wenig darum bekümmern, was die Evangeliſche lehren, ſo iſt es vergebens, mit ihnen über das Kirchenrecht der den Catholiſchen Landesherrn unterworfenen Evangeliſchen Unthanen zu ſtreiten. Faſt gleiche Bewandniß hat es mit den Zwiſtigkeiten groſſer Herren, die keinen Richter haben. Man will jedoch vor der Welt ungern für einen Ungerechten gehalten werden, und ſuchet daher in den Maniſeſten ſein Verfahren ſo viel möglich zu rechtfertigen. In der Catholiſchen und Evangeliſchen Streitigkeiten in Teutſchland kömt es aber nicht allein darauf an, daß man ſeinen Gegentheil überzeuge, ſondern auch darauf, daß den Evangeliſchen Reichsſtänden begreiflich gemachet werde, wie die Evangeliſche Unterthanen Catholiſcher Landesherren nichts Ungerechtes begehren, und alſo billig um ihrer Glaubens-Verwandten Hülfe anſuchen.

Es machet Eindruck, wenn man Catholiſcher Seits ſich in den Lehren der Evangeliſchen Rechtsgelehrten gründet, welche das Jus circa ſacra aus der Landeshoheit herleiten. Denn dieſe ſtehet den Catholiſchen Reichsſtänden über ihre Evangeliſche Unterthanen auſſer Zweifel zu. Herr Moser wirft ein, das Entſcheidungsjahr binde denenſelben die Hände. Aber es iſt nicht immer ſo klar, wie zu ſolchen Zeiten die Kirchenverfaſſung beſchaffen geweſen, daß man daraus eine Deciſion nehmen kann (a).

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. I. CLXXXII. Bedenken, und Part. IV. IV. und V. Bedenken enthalten davon Exempel.

VII. Bedenken.

Ein vom Erben errichtetes Inventarium iſt zu Recht beſtändig, wenn gleich nach des Erblaſſers Tode der Nachlaß nicht verſiegelt worden. Jedoch muß der Erbe es alsdenn auf Erfordern beſchwören.

Die Römiſche Rechte verbinden keinen Erben vor Errichtung des Inventarii den Nachlaß des Erblaſſers verſiegeln zu laſſen (a). Es hält zwar Leyser Spec. 364. Med. 4. dafür, id rectam rationem exigere, quia ſine obſignatione inventario nulla poſſit eſſe fides. Aber wenn gleich der Geſetzgeber Urſach hat zu verfügen, daß jedesmahl eine Verſiegelung geſchehen ſolle, ſo mag jedoch der Richter ſolches in Ermangelung eines Geſetzes nicht erfordern. Es iſt

immer

immer zu vermuthen, daß der Erbe, als ein ehrlicher Menſch, nichts veruntreuet hat, und wer das Gegentheil behaupten will, muß den Beweiß übernehmen. Dieſes könnte wenigſtens durch die Eydesdelation geſchehen. Man erfordert jedoch vom Erben, wenn er ſich gleich nicht beſonders verdächtig gemachet hat, den Reinigungseyd (b), und zwar auch alsdenn, wenn er mit Gläubigern im Streit befangen iſt (c).

(a) STRYCK U. M. Tit. *de Jure deliberandi* §. 3. KNORRE *de Obſignatione judiciali* Cap. 2. §. 1.

(b) MOVIUS *de Specificatione jurata* Cap. 2. §. 12.

(c) CARPZOV Part. III. Conſt. 33. Def. 10. BOEHMER Tom. II. Part. III. Reſp. 498. n. 17.

VIII. Bedenken.

Derjenige, welcher ſich als Vormund beſtellen laſſen, und nicht angegeben hat, daß er ein Gläubiger des Mündlings iſt, verlieret ſeine Schuldforderung.

Es iſt in der Nov. 72. Cap. 4. verſehen: Tutorem vel curatorem, qui in initio tacuit, ſe creditorem pupilli eſſe, omni actione adverſus illum caſurum. Dieſer Fall hatte ſich begeben, als Cajus die Vormundſchaft der Kinder ſeines Bruders Mevii übernahm, ohne anzuzeigen, daß er ihrem Vater 200 Rthl. geliehen habe.

Ihm ſchiene jedoch zu ſtatten zu kommen, daß aus einem Briefe erhellete, wie der Bruder denſelben gebeten, über ſeine kleine Kinder Vormund zu werden, und da er in dieſes Begehren gewilliget hatte, ſo vermeynte man, es ſey eine Tutela pactitia vorhanden, welche nach einiger Rechtslehrer Meynung ſelbſt in den Römiſchen Rechten Grund hat (a), von andern aber aus den Teutſchen Rechten hergeleitet wird, die allen Erbverträgen verbindliche Kraft beylegen (b). Man hält ſie für eine Art der Tutelæ teſtamentariæ confirmatæ (c), welche kein Teſtament, ſondern nur eine Bitte des Vaters erfordert (d). Auf einen Tutorem teſtamentarium ſoll aber die Nov. 72. keine Anwendung finden (e).

Aber die mehreſte Rechtslehrer wollen von einer Tutela pactitia nichts wiſſen (f), und dieſe Meynung verdienet Beyfall. Denn die Römiſche Rechte,

 aus

aus welchen man ſelbige herleiten will, ſetzen jedesmahl eine Tutelam teſtamentariam voraus, und wollen nur, daß wenn jemand verſprochen, die Vormundſchaft der Kinder ſeines Schuldners zu übernehmen, ihn die Schuldforderung nicht berechtiget, dem Verſprechen zuwider zu handeln, keinesweges aber daß die Conſtitution an ſich einen lezten Willen nicht erfordert.

Das von den Erbverträgen genommene Argument iſt auch unbündig. Niemand zweifelt, daß die Römiſche Geſetze, welche ſolche entkräften, bey uns nicht angenommen ſind. Ein gleiches aber kann man von denjenigen keinesweges ſagen, was beſagte Geſetze von Vormundſchaften verordnen, welches ganz andere heilſame, auch bey uns Platz findende Gründe hat. Die Nov. 72. iſt zwar ſofern einzuſchränken, daß ein Gläubiger der Kinder ſeines Schuldners Tutor teſtamentarius ſeyn kann. Aber daraus folget keinesweges, daß ihm nicht eben das zu thun oblieget, was zum Beſten der Unmündigen die Rechte von andern Vormündern fordern (g). In beſagter Nov. Cap. 3. wird zwar geſaget: illum qui recuſat ſuſcipere tutelam, debere id oſtendere apud eum, qui dedit judicem, und deswegen ſchränket COCCEJUS ſolches auf die Tutelam dativam ein. Aber daraus folget nicht, daß der Tutor teſtamentarius unverbunden iſt, ſeine Schuldforderungen, bey Verluſt derſelben anzuzeigen. Es wurden daher die Mündlinge von der Bezahlung der 200 Thlr. zu ihrem Antheil, nicht aber die eine Tochter, welche zur Zeit Ablebens des Vaters mündig geweſen, abſolviret.

(a) LEYSER Spec. 328. Med. 9. DARRIES *de Tutela pactitia tam in jure Romano quam Germanico fundata, ejusque in foro noſtro uſu* §. 28. 29. HÖPNER *de Tutela Pactitia* Cap. I.

(b) GLAFEY *de Tutela pactitia.* SENCKENBERG *de Tutelis* §. 3. KEMMERICH *ad Inſt.* Lib. I. Sect. IV. Tit. 27. num. 15.

(c) S. STRYCK U. M. Tit. *de Tutelis* §. 14.

(d) KRESS in Spec. Jurisprud. Lib. VII. Tit. 6. §. 6.

(e) BERLICH Part. II. Dec. 257. num. 16. COCCEJUS *Jur. controv. Tit. de Tutelis* Quæſt. 4.

(f) HILLERI *Figmentum tutelæ pactitia per tot.* KNORRE *de Tutela pactitia Romanis incognita per tot.* XANTROPII *Meditat. de Fictitio tutelæ pactitiæ fundamento in Jure Romano per tot.* HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1303.

(g) Purga-

(g) Purgatur quidem fraudis ſuſpicio per approbationem defuncti, qui optime liberis conſulere præſumitur. Neceſſe tamen eſt, ut libere ſe creditorem vel debitorem eſſe, tutor datus profiteatur RICHTER *ad Auth. minoris* Lib. V. Tit. 34. num. II. MANZIUS *de Tutelis* Part. I. Tit. I. Quæſt. 5. num. 64.

IX. Bedenken.

Das auf dem Billard gewonnene Geld mag nicht eingeklaget werden.

In dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils CXXXI. Bedenken, habe ich die Urſachen angeführet, welcherwegen die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley dieſer Meynung Beyfall gegeben. Ihr Urtheil iſt in der Supplicatiosinſtanz von der Frankfurthiſchen Juriſtenfacultät beſtätiget, mit Anführung folgender Gründe. Obwohl des Appellaten modo Supplicanten angeführte Gründe rechtlichen Grund zu faſſen ſcheinen mögten, ſintemahl 1) das Billard bekanntermaſſen ein unverbothenes, mithin ein erlaubtes Spiel iſt, was alſo in ſolchem erlaubten Spiel verlohren worden, bezahlet werden müſſe. Ferner 2) da das Billard kein verbothenes Spiel ſey, ſo könne der bekannte L. fin. Cod. de Aleatoribus allhier nicht Platz finden. 3) So wären die Lotterien eben ſowohl als das Billardſpiel ein würkliches Spiel. Nun aber könne das darin gewonnene Geld, wie ſich öfters zugetragen, eingeklaget werden. 4) Auf gleiche Weiſe es ſich mit dem ſogenannten Ballſpiele verhalte, deswegen dasjenige halber, was darin gewonnen, eine Actio ſtatt finde. 5) So verbiethe die allerhöchſte Landesverordnung vom $\frac{12}{24}$ Dec. 1732 keinesweges, daß das im Billard, als einem erlaubten Spiel gewonnene Geld, eingeklaget werden könne. 6) Eines dortigen wohllöbl. Magiſtrats Policeyordnung vom 20ſten Jan. 1769. könne auch nicht entgegen geſetzet werden, zumahlen dieſe nur von verbothenen Spielen, mithin keinesweges von dem Billard handele. Endlich 7) ſo ſey unleugbar, daß Appellant modo Supplicat, da er die Bezahlung der in quæſtione befangenen 80 Thl. über ſich genommen, demſelben ex conſtituto ſolches Debitum zu entrichten und abzuführen, nothwendig obliege

L. 1. §. 6. ff. de Conſtituta pecunia

Dennoch aber und dieweil quoad 1 & 2. ſowohl nach dem angeführten L. fin. Cod. de Aleatoribus die bekannte Diſtinction unter nicht erlaubten und erlaubten Spielen alsdenn wegfällt, wenn in denen ſonſt erlaubten Spielen in modo

ludendi excediret worden, indem die Worte des Legis deutlich beſtimmen: Sed nec permittimus etiam in his ludis ludere ultra unum ſolidum; als auch bewehrte Rechtslehrer dafür halten, illos, qui fide habita luſerunt, non habere actionem ad pecuniam illam exigendam

Stryck U. M. Tit. de Aleatoribus §. 7. ibique citatus Carpzov.

ad 3. die Vergleichung des Billardsſpiels mit den Lotterien in dieſem Fall keinesweges könne angeſtellet werden, weil die Lotterien von der hohen Landesobrigkeit zum Beſten des Publici verordnet, und deswegen publica autoritate angeſtellet worden.

de Selchow Jur. Germ. §. 597. & ibi citati.

Hingegen der Nutze aus andern Spielen dem Gewinner allein zuflieſſet.

ad 4. Die Beziehung auf das vormahlige künſtliche Ballſpielen aus der Urſach vergeblich iſt, weil ſolches bereits längſtens nicht mehr geſpielet wird.

ad 5. die angeführte Landesordnung auf alle Spiele in ſo weit zu extendiren iſt, in wie weit hierdurch jemand Schaden an ſeinem Vermögen leidet, mithin aus dem Stillſchweigen dieſer Verordnung nicht inferiret werden mag, daß das im Billardſpiel gewonnene Geld eingeklaget werden könne.

ad 6. Die Policeyordnung des dortigen Magiſtrats mit ausdrücklichen Worten das hohe Pariren beym Kegelſpiel verbietet, obgleich ſonſt das Kegelſpiel ein erlaubtes Spiel iſt.

Endlich ad 7. nach Vorſchrift des L. fin. Cod. de Aleatoribus data ſuper alea luſu cautio, worunter generatim alle Spiele begriffen, & chirographum a poſſeſſore condici poteſt, wie auch Stryk cit. loc. wohl bemerket, quod petitio hujus pecuniæ ſimpliciter interdicta ſit, nec fidejuſſor pro eo, quod in ludo perditum, ſpondens, conveniri poſſit, ſo fällt von ſelbſt eine Expromiſſio oder Conſtitutio über Spielgeld hinweg. Da aber doch Appellat, modo Supplicant ein Decretum in prima inſtantia vor ſich hat, und deshalb die Proceßkoſten zu compenſiren, ſo hat überall, wie geſchehen, erkandt werden müſſen.

X.

X. Bedenken.

Daß der Reichsſtände Lande und Leute Schulden halber bisher nicht ſubhaſtiret worden, deſſen Urſach iſt kein beſonders Herkommen, ſondern die gemeine Lehnrechte ſamt der Reichsverfaſſung, und der Gläubiger Convenienz behindern es.

Es iſt kein Exempel vorhanden, daß Schulden halber eines Reichsſtandes Lande und Leute ſubhaſtiret worden, und zwar wie MOSER im Teutſchen Staatsrecht Part. XXIV. will, „weil bey einem ſolchen Verkauf die Reichs-Crays- und Collegial-Verfaſſung leiden würde, daher es wie der Praxi, alſo auch der Billigkeit gemäß nur des Debitoris Privatgüther anzugreifen, maſſen Land und Leute, auf welchen Sitz und Stimme, wie auch die Reichs-Crays- und Collegial-Onera haften, ſich ordentlicher Weiſe nicht veräuſſern, oder vereinzeln laſſen, dem der Cammergerichtsaſſeſſor von CRAMER in den Wetzlariſchen Nebenſtunden Part. XI. gewiſſermaſſen beypflichtet, wenn er behauptet, daß der Reichsſtände Debitweſen nicht juxta regulas ordinarias proceſſus concurſus zu beurtheilen, ſondern als eine Adminiſtrations-Commiſſion eines oberirten Standes anzuſehen ſey.“ Auch ſchreibet KOB de Pecunia mutuaticia tuto collocanda §. 38. Proceribus imperii ſecularibus, ſive ipſi debitores ſint, ſive debitores ſucceſſores, propter vel ſuum, vel deceſſorum æs alienum, de ſubſtantia neque mobilium inprimis pretioſorum, neque bonorum allodialium vel feudalium, ſive oppignoratio eorundem conſenſu agnatorum munita ſive deſtituta ſit, nedum ipſius territorii, juriumque, quidquam eripitur, haſtæ publicæ committitur, diſtrahitur, venditur aut creditoribus addicitur, ſed non niſi ſoli annui reditus, ſive vectigalia (die Einkünfte und Gefälle) ſequeſtrationi, aut, uti leviori vocabulo audit, adminiſtrationis commiſſioni cuidam demandatæ, ſubjiciuntur: *Ex* quibus deinceps creditoribus, procedente tempore, ſenſim ſenſimque ac *particulatim*, quoad fieri poteſt, aut ſine aut cum prælationis ordine, ſecundum ſchema præſcriptum, nach dem darüber errichteten und beſtätigten Schuldenplan, ſatisfaciendum eſt. Dem beypflichtet WITTICH de Insigni differentia inter proceſſum conturbationis vulgo concurſus illuſtrium & privatorum §. 96. Solche Meynung ſcheinet die Wahl-Capitulationen zu beſtärken, wenn ſie dem Kayſer Art. I. §. 4. unterſaget, einen Reichsſtand der Landesregierung zu entſetzen.

Meines

Meines Ermeſſens gründet ſich die Praxis in keinem beſondern Herkommen, ſondern in den gemeinen Lehnrechten, der Teutſchen Reichsverfaſſung, und ſelbſt der Gläubiger Convenienz. Man vermeynet den Satz, welchem ich nicht beypflichten kann, beym GAILIO Lib. I. Obſ. 117. zu finden. Dieſer handelt jedoch von keiner conſentirten Lehnſchuld. Er wirft die Frage auf: Utrum bona feudalia in defectum allodialium absque domini conſenſu a creditore capi poſſunt? und von dieſem Caſu ſaget er, quod victor in poſſeſſionem bonorum feudalium in ſubſidium mitti, & fructus atque reditus ex iis percipere poſſit; woran niemand zweifelt.

Man wird ſchwerlich erweiſen, 1) daß in den Fällen, in welchen Kayſerl. Adminiſtrations-Commiſſionen angeordnet worden, der Lehnsherrliche und Agnaten-Conſens in die Schuldenlaſt vorhanden geweſen, auch 2) daß die Gläubiger eine Subhaſtation des Landes, oder auch nur die Immiſſion in ſubſtantiam feudi, und den Gebrauch der höhern keinen Nutzen bringenden Regalien begehret haben, welcher Privatleuten, wie die mehreſte Gläubiger ſind, nur zur Laſt und Beſchwerde gereichet. Freylich kann 3) eine Vereinzelung zum Nachtheil der Reichs- Crays- und Collegial-Verfaſſung nicht geſchehen. Aber nicht alle Subhaſtationen ganzer Graf- und Herrſchaften thun ſolchen Verfaſſungen Abbruch. Die Kayſerl. Wahlcapitulation findet allhier keine Anwendung, weil ſie den Kayſer nicht behindert, ohne des Reichs Conſens einem Reichsſtand Land und Leute abzuerkennen, maſſen ſonſt die wichtigſte Rechtshändel auf dem Reichstage erörtert werden müſſen. Nur in Achts- und Privationsſachen ſind dem Reichshofrath die Hände gebunden.

XI. Bedenken.

Das Wort Amt bedeutet vielfältig eine Graf- oder Herrſchaft.

Das Wort Amt hat viele Bedeutungen, und wird wohl von Lehnen gebrauchet, welchen überall keine Regalien ankleben, vielfältig aber auch von Herrſchaften, die damit begabet ſind. Es lehret du FRESNE in Gloſſario voc. *ambactus* ambachtenheeren, Belgico idiomate. Ambactorum quaſi dynaſtæ intelliguntur, aut certe tales viri, penes quos eſt rerum ſumma, & in coloniis teritoriisque dominatus. Regiones ipſæ in ambactias diſtribuuntur, unde pro in comitatu Engelberti aliquando in diplomatibus legere eſt, in Engelbrechti Ambachte, und BEYER in Spec. Jur. Germ. Lib. I. Cap. 7. §. 43. Legimus de Ammanis iisque vel ſuperioribus, qui comitatibus æquiparati, vel inferioribus, qui iidem

cum

cum ſcultetis eſſe videntur. Beſage FRANCKENBERGS Europaiſchen Herolds Part. I. wird in den Lehnbriefen, welche die Fürſten von Schwarzburg über die Herrſchaft Leutenburg vom Kayſer empfangen, dieſe ein Amt genennet, welche mit Schloß, Stadt und zugehörigen Regalien den Fürſten verliehen iſt. Auch adeliche Güther, die mit Ober- und Untergerichten verſehen ſind, nennet man wohl in Lehnbriefen und andern Documenten Aemter, welche Benahmſung denen im Braunſchweigiſchen und Hildesheimiſchen befindlichen adelichen Gerichten Bodenburg, Wallmoden, Heinde und Lechſtett beygeleget wird.

XII. Bedenken.

Vom Debito primipilari.

Dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils CXXXII. Bedenken, enthält ein Erkenntniß der Königl. Hannöverſchen Juſtizcanzley, mittelſt deſſen die Frau eines Proviantverwalters verurtheilet worden, mit ihren eigenthümlichen Güthern die Königl. Kriegescanzley zu befriedigen, weil des Mannes Vermögen, und die für ihn geleiſtete Bürgſchaft dazu nicht hinreichten. Von der Gießiſchen Juriſtenfacultät iſt dieſer Rechtsſpruch in der Supplicationsinſtanz aus folgenden Urſachen gebilliget: Der Proviantverwalter Schweers iſt der Königl. Krieges-Canzley eine nahmhafte Summe ſchuldig geblieben, zu deren Tilgung weder deſſelben Vermögen, noch durch Bürgen geſtellete Cautionsſumme hinreichet. Des Proviantverwalters Ehefrau, welche auf 300 Thl. ebenfalls für ihren Mann Bürgſchaft geleiſtet, hat ein von ihrem Vater ererbtes bey Königl. Cammer ſtehendes Capital à 500 Thlr., wovon der Mann den Genuß gehabt. Dieſes ganze Capital hat die Königl. Kriegescanzley ſich auszahlen laſſen, und eignet ſich daſſelbe theils wegen der von der Frau für ihren Mann auf 300 Thl. geleiſteten Bürgſchaft, theils aber aus dem Grunde, weil es eine res dotalis, mithin ob debitum primipilare dem Fiſco ſtillſchweigend verpfändet ſey, zu.

Die Schweeriſche Ehefrau will ſich zwar die Cautionsſumme abziehen laſſen: Verlanget aber die Zurückgabe des Ueberſchuſſes ad 195 Thl. 16 gr. weil eines Theils dieſes Capital nicht ad dotalia, ſondern ad paraphernalia gehöre, andern Theils die Königl. Kriegescanzley auf den Ueberreſt dieſes Capitals, wenn man ſolches auch als eine rem dotalem anſehe, um ſo weniger Anſpruch machen könne, da de re dotali extante die Rede ſey, welche die Ehefrau vindiciren könne; wogegen der Anwald Königl. Kriegescanzley vorangeführte Grün-

de excipiendo vorſtellig gemachet, und von der Implorantin eine eydliche Manifeſtation ihrer Illatorum dotalium verlanget hat.

Es iſt hierauf am 23ſten April 1771 erkandt: Daß da wegen eines Debiti primipilaris das ganze dem Ehemann inferirte Patrimonium, und alle Poſſeſſiones dotales einer Frau, nicht aber nur die Dotalia conſumta Königl. Kriegescanzley verhaftet ſind, Implorantin ſchuldig, was ſie zur Zeit der vollzogenen Heyrath ihrem Ehemann zugebracht, eydlich zu manifeſtiren. Gegen dieſe Urtel hat Implorantin das Remedium ſupplicationis eingewandt, auch ihre Gravamina deduciret, und um Transmiſſion der Acten gebeten, womit, nachdem Supplicat gegenſchließlich gehandelt, auf Koſten der Supplicantin an unſer Collegium gewillfahret iſt.

Ob nun wohl Supplicantin anführet, daß ſich in dem

L. 4. in quibus cauſis pignus &c.

von einer dem Fiſco ob debitum primipilare in bonis uxoris dotalibus gegebenen Hypotheca tacita nichts finde, ſondern das Geſetz nur relativiſch rede, inzwiſchen eine Hypotheca tacita als ein Jus ſingulare, nicht anders ſich behaupten laſſe, als wenn eine klare Verordnung des Geſetzes deshalb vorhanden ſey, dannenhero gedachtes Geſetz um ſolches mit andern zu conciliiren, und in Harmonie zu ſetzen e. g.

L. 1. Cod. de Privilegiis fiſci.
L. 30. Cod. de Jure dotium.
L. 3. Cod. de Primipilo.

de dote conſumta, nicht aber de dote in natura adhuc extante erkläret werden müſſe, daß die Ehefrau eines Primipili, wenn ſie aus dem Concurs ihres Mannes den Dotem conſumtam, als eine eigentliche und wahre Creditrix fordert, dem Fiſco nachſtehe, nicht aber daß ſie ihren dotem extantem ex jure dominii vor dem Fiſco nicht repetiren könne, ſondern demſelben auch ſogar der dos mulieris extans verhaftet ſey, allermaſſen die Worte

L. 1. Cod. de Privilegiis fiſci:

Bona mariti tui, ſi ob reliqua adminiſtrationis primipilariæ a fiſco occupata ſunt: res, quas tuas eſſe liquido probaveris, ab aliis ſeparatæ tibi reſtituantur allgemein ſeyn, und ſowohl de dotalibus als paraphernalibus extantibus ſecundum analogiam juris verſtanden werden müſten, anerwogen die bona dotalia nicht de-

terioris

terioris conditionis als die paraphernalia ſeyn könnten, vielmehr dotis cauſa in den Rechten ſehr begünſtiget ſey, folglich das oben angezogene Geſetz ganz ungegründet, nur von den bonis paraphernalibus extantibus erkläret werde; ſolchemnach und da die Ehefrau eines Primipili ihre illata extantia, ſie mögen dotalia oder paraphernalia ſeyn, jure dominii ex concurſu vindiciren könne, es gleichviel ſey, ob dasjenige, was von ihren bonis annoch in natura vorhanden, die qualitatem dotalium oder paraphernalium habe, folglich es einer desfallſigen Manifeſtation keinesweges zu bedürfen ſcheinet.

Dennoch aber und dieweil eines Theils die Rubric des Tituls, in quibus cauſis pignus vel hypotheca tacite contrahitur, andern Theils der wörtliche Inhalt des unter dieſer Rubric befindlichen L. 4. Satis notum eſt, & ratione conſtitutum, bona earum in dotem data, quæ nuptæ ſunt, his, qui primipili ſarcinam ſubeunt, obnoxia neceſſitati ejus teneri: verum certo ordine, ut ſcilicet tunc demum ad hoc periculum melieris patrimonium reſpiciat, ſi univerſis viri ac nominatorum facultatibus exhauſtis, nihil reſiduum invenietur; unwiderſprechlich beweiſet, daß die bona dotalia und zwar extantia eines Primipili dem Fiſco tacite hypothecæ nexu verhaftet ſind, anerwogen die bona dotalia uxoris erſt alsdenn, ſi univerſis viri ac nominatorum facultatibus exhauſtis, nihil reſiduum invenietur, obnoxia neceſſitati ſeyn ſollen, folglich de bonis dotalibus extantibus die Rede ſeyn muß, angeſehen der Fiſcus wegen der bonorum dotalium non extantium ſeu conſumtorum, ſo die Ehefrau als creditrix ex concurſu mariti fordert, der Ehefrau ohnehin ex privilegio vorgehet, ſodann das Jus hypothecæ eine rem extantem erfordert, und in re conſumta nicht mehr ſtatt findet

L. 8. pr. Cod. quibus modis pignus &c.
L. 18. Cod. de Pignoribus.

ſolchergeſtalt dann dasjenige, was im L. 1. Cod. de Privilegio fiſci ſtehet, de rebus paraphernalibus extantibus verſtanden werden muß, zumahl in dieſer Sache von denen Geſetzen um ſo mehr inter dotalia & paraphernalia ein billiger Unterſcheid gemachet werden können, da der Ehemann über den Dotem das Dominium bekömmt, und deſſen Rechte auf den Dotem gröſſer als auf die Paraphernalia ſind.

Hiernächſt die bewehrteſte Rechtslehrer dieſ.n Erklärungen beyſtimmen:

Brunnemann ad Cit. L. 1 & 4.
Lauterbach in Coll. th. pr. Lib. 20. Tit. 2. § 7.

 Bachov

Bachov in tr. de Pignor. Lib. I. C. 9. n. 1.
Hertel in Diſſert. de Primipilatu.
Braun in Diſſ. de Debito primipilari §. 7. ſeqq.

bey welcher der Sachen Bewandtniß es allerdings dermahlen darauf ankömmt, welche von denen noch vorhandenen Güthern der Supplicantin Dotal oder Paraphernal ſind, mithin dieſelbe ſich der eydlichen Manifeſtation nicht entſchlagen kann, ſo ſind wir die vorige Urthel zu beſtätigen, zugleich aber auch wegen der über die Erklärung der Geſetze vorhandenen controverſiæ juris die Koſten dieſer Inſtanz, ausgenommen die Transmiſſionskoſten, ſtillſchweigend zu compenſiren, bewogen worden. Gieſſen, Menſe Martio 1772.

XIII. Bedenken.

Wiefern Teichſachen vor die Gerichte gehören.

Das Amt N. befahl einem Unterthanen, deſſen Wieſe an der Weſer lieget, ſie wider die Ueberſtrömung zu ſeinem und ſeiner Nachbaren Beſten, mit einem Teich zu verſehen, und als er ſich deſſen weigerte, weil der Wieſe die Ueberſchwemmung heilſam ſey, und die Benachbarte ſich durch einen weit kürzern und ſicheren Teich ſelbſt ſchützen könnten, wurde ohne weitere Unterſuchung verfüget, daß der Teich auf des Mannes Koſten verfertiget, und durch ſein Heuland geleget werden ſolle, welches zum Theil geſchahe. Die Beamte wollten das darauf verwandte Geld durch Pfandungen von dem Beſitzer der Wieſe beytreiben, und als dieſer ſich darüber bey Königl. Hannöverſcher Juſtizcanzley beſchwerte, zogen ſie deren Gerichtbarkeit in Zweifel, und vermeynten, es ſey dieſe eine Regierungs- und Policeyſache.

Nun bleibet das Geſchäft zwar ein ſolches, wenn gleich eine Policeyverfügung Streitigkeiten über der Privatleute Gerechtſame veranlaſſet (a). Derjenige, welcher das Policeyweſen zu beſorgen hat, ſtellet auch billig, ohne vorhergegangene Klage, dasjenige ab, ſo den Geſetzen zuwiderlaufendes geſchehen (b), und die Regierung beſtimmet, wie derjenige ſchadlos zu halten, der andern zu Beſten das Seinige aufopfern muß (c).

Es hat allerdings ſeine Richtigkeit, daß wenn die Landesregierung es nöthig zu ſeyn erachtet, des gemeinen Beſtens halber, einen neuen Teich anzulegen, diejenige, welche ſich dawider ſetzen, keineswegen von den Gerichten Hülfe begehren können, maſſen dieſe darüber nicht zu erkennen haben: Ob die

geſetzge-

geſetzgebende Gewalt gebührend und ohne Misbrauch geübet wird. Aber der Geſetzgeber hatte an dieſer Sache bisher nicht den mindeſten Theil genommen, und in Ermangelung eines Policeygeſetzes kann der Magiſtrat niemandes Recht ſchmälern, und ſich der richterlichen Erkänntniß entziehen, wenn er gleich vermeynet, die gemeine Wohlfahrt dadurch zu befördern (d), maſſen Unterobrigkeiten keine geſetzgebende Gewalt zuſtehet, wie dahier vielfältig erkandt worden (e). Ihnen lieget nur ob, über den Geſetzen zu halten, keinesweges aber jemand zu nöthigen, das Seinige andern zum Beſten herzugeben, damit deren Ländereyen wider Ueberſtrömungen gedecket werden. Iſt auch ſolches nöthig, und den Landesgeſetzen gemäß, ſo muß dennoch die Obrigkeit für die Indemniſation derjenigen ſorgen, deren Grund und Boden zu den Teichen gebrauchet wird (f).

Die Beamte wandten ein, der Kläger müſſe nicht ſie, ſondern diejenige belangen, denen daran gelegen ſey, daß der Teich gemachet würde, und mit ihnen ausmachen, worin eines jeden Teichpflicht und Freyheit beſtehet. Ihre Verfügungen beträfen nur die innere Verfaſſung und Sicherheit der Feldmark. In der Celliſchen Teichordnung §. 23. heiſſe es: „In Teichſachen als cauſis celerrimæ expeditionis ſoll keine Appellation oder ander Suſpenſivmittel zugelaſſen werden, und ein jeder was ihm auferleget wird, unverlängt leiſten.„

Aber man kann auch die ihr Amt misbrauchende Obrigkeit belangen, und die Spolienklage wider ſie anſtellen (g). Die Teichordnung thut dem angeführten hinzu: „wenn das geſchehen; (nemlich das Befohlene, ſo keinen Aufſchub leidet) und jemand hat ſich mit Fug zu beſchweren, mag er ſolches bey ſeiner nächſten Obrigkeit, oder da ihn ſolche graviret, bey der Höhern thun, und von derſelben ohne Weitläuftigkeit den Spruch Rechtens erwarten, dabey es gelaſſen werden ſoll.„ Es wird daher ohne alle Ausnahme demjenigen, der ſich beſchweret zu ſeyn erachtet, über die Verfügungen in Teichſachen bey den höhern Gerichten Klage zu führen, und alſo von dem übel verfahrenden Richter Indemniſation zu begehren, verſtattet.

Man hätte nicht mit der Execution den Anfang machen, ſondern zuförderſt die Teichpflicht erörtern, und damit den Kläger keinesweges ad ſeparatum verweiſen ſollen. Es fiel in die Augen, daß den Teich alle diejenige errichten müſſen, deren Ländereyen er decket, weswegen man ſie dazu anhalten, nicht aber die ganze Laſt dem Kläger zuſchieben, und ihn nöthigen ſollen, ſeinen Regreß wider die Intereſſenten zu nehmen. Das Erkänntniß Königl. Juſtitzcanzley lau-

tete daher folgendergeſtalt: „Nachdemmahlen keine Unterobrigkeit befugt iſt, durch ihre Verordnungen die Rechte der Unterthanen zu ſchmälern, ſolches zu verhindern, das oberrichterliche Amt erfordert, und nicht verſtattet, jemand zu nöthigen, zu ſeinem Nachtheil auf eigene Koſten andern zum Beſten, Teiche anzulegen, mithin da ſolches in gegenwärtigem Fall, ohne vorgängige erforderliche Unterſuchung geſchehen, Bekagte ſich allerdings eines Spolii theilhaftig gemachet haben, ſo ſind dieſelbe ſchuldig, dem Kläger allen dadurch verurſachten Schaden zu erſetzen. Da aber ob der Teich qu. alſo wie er angefangen, vollführet werden muß, von dem Urtheil des Teichweſens kundiger Männer abhänget, auch wenn ſolches nöthig zu ſeyn erachtet würde, vorgängig zu beſtimmen iſt, welchen Beſitzern der Grundſtücke der neue Teich Vortheil bringet, maſſen dieſe alle die Koſten übernehmen, und den Kläger indemniſiren müſſen, dafern ihm eine mehrere Laſt wie andern Intereſſenten auferleget wird, als haben zu deſſen Unterſuchung der Kläger und ſämtliche vom Amt nahmhaft zu machende Intereſſenten, welche die Errichtung des Teichs verlangen, Commiſſarien in Vorſchlag zu bringen, und ergehet ſodann darauf ferner was Rechtens.

Die Beamte wendeten ſich an Königl. Regierung, und ſuchten ſelbige zu bewegen, keinen Proceß in dieſer Teichſache zu verſtatten. Sie wurden aber von ihr am 28ten Jun. 1773. angewieſen, ſolche bey Königl. Juſtitzcanzley fortzuſetzen und zur Endſchaft zu bringen.

Die Gefahr im Verzuge, welche gemeiniglich bey Teichſachen haftet, haben Se. Königl. Majeſtät bewogen, in der Grafſchaft Hoya nicht nur eine beſondere Teich- und Schlacht-Aufſicht unter unmittelbarer Direction Höchſtdero Landesregierung mittelſt Verordnung vom 29ſten Sept. 1775. zu beſtellen, ſondern auch §. 16. feſtzuſetzen: „Uebrigens ſoll in Teichſachen, als worin eine Entſcheidung, ohne Aufenthalt geſchehen, und befolget werden muß, keine Appellation an Unſere Juſtitz-Collegia, oder ein ander Suspenſiv-Mittel zugelaſſen werden, ſondern ein jeder dasjenige was ihm auferleget wird, unverlängt leiſten. Wenn aber das zuforderſt geſchehen, und er hat ſich gegen ſeine Mitunterthanen mit Fug zu beſchweren, ſollen demſelben ſeine vermeyntlichen Beſchwerden durch den Weg Rechtens auszuführen freygelaſſen werden.“

A. d. H.

(a) Cammergerichtsaſſeſſor von Cramer in den Wezlariſchen Nebenſtunden Part. LXX.

(b) Justi Grundſätze der Policeywiſſenſchaft.

(c) Vice-Präſident von Pufendorf Tom. IV. Obſ. 216. §. 8.

(d) Mevius Part. III. Dec. 154.

(e) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. III. XXXIX. Bedenken. Part. IV. CLXIII. Bedenken. S. auch B. von KREITMAYER Grundriß des Teutſchen Staatsrechts Part. III. §. 188.

(f) HACMANN *de Jure aggerum* Cap. 6. num. 141. Cap. 10. num. 224. 226. von PUFENDORF Tom. IV. Obſ. 216. §. 6. 7. BROKES Obſ. 524.

(g) GAIL Lib. II. Obſ. 76. num. 3. MEVIUS Part. VIII. Dec. 386. HERTIUS Vol. II. Dec. 141. num. 4. Referens Cameralis apud Cramer Opuſc. Tom. III.

XIV. Bedenken.

Ein zwiſchen Erben errichteter Vergleich iſt ungültig, wenn einem derſelben verheelet worden, worin der Nachlaß beſtehet.

In einem Erbvergleich wurde geſaget, es mögten die Conferenda des Miterben Titii den ihm bekannten Betrag des väterlichen Nachlaſſes wohl überſteigen, und ſein verſtorbener Bruder Cajus hätte, wie ihm wohl wiſſend, wenig nachgelaſſen, daher die drey Schweſtern aus Mitleiden ein übriges gethan, indem ſie demſelben gegen einen Verzicht auf die väterliche und brüderliche Erbſchaft 600 Thlr. gezahlet hätten. Titius war 23 Jahr in einem weit entfernten Lande geweſen, und man hatte über die Verlaſſenſchaften keine Inventaria errichtet, mithin konnten ihm ſolche nicht vorgeleget werden, noch er das mindeſte von dem Vermögen der Erblaſſer wiſſen, als was ihm die Schweſtern ſagten. Haben dieſe die Erbſchaften nicht richtig angegeben, ſo iſt der Vergleich nichtig (a). Denn eines jeden Miterben Pflicht verbindet ihn treulich anzuzeigen, was von dem Nachlaß zu ſeiner Wiſſenſchaft gelanget iſt (b). Auch thut der dem Vergleich beygefügte Eyd nicht das mindeſte zur Sache. Wegen der brüderlichen Erbſchaft war voraus geſetzet, daß Cajus wenig nachgelaſſen habe, und gleichwohl ſuchten die Schweſtern nachher zu behaupten, ſein Nachlaß habe keine 3000 Thlr. betragen. Es wurde daher von der Königl. Hannöverſchen Juſtitzcanzley anno 1772 erkandt: Nachdemmahlen aus dem Vergleich de 1762 erhellet, und Beklagte in keine Abrede ſtellen, wie bey deſſen Errichtung ſupponiret worden, daß der Vater und Bruder wenig nachgelaſſen, mithin dem Kläger aus ſchweſterlichen Mitleiden 600 Thlr. gezahlet worden, die ſchlechte Umſtände der Erblaſſer dem 26 Jahr in der Fremde geweſenen Bruder nicht anders als aus der Miterben Bericht bekannt ſeyn können, mithin wenn deſſen

Unrichtigkeit ſich ergiebet, der Vergleich den bekannten Rechten nach nichtig iſt, Beklagte aber ſchon einräumen, daß eine jede der drey Schweſtern aus der väterlichen Erbſchaft 600 Thl. und aus der Brüderlichen ſie ſämtlich über 2000 Thl. erhalten, ſo ſind dieſelbe ſchuldig binnen vier Wochen eine ſolche Specification der Verlaſſenſchaft ihrer Eltern zu ediren, welche ſie mittelſt körperlichen Eydes zu beſtärken im Stande ſind. Ein gleiches lieget ihnen wegen der brüderlichen Erbſchaft ob, ſie könnten denn erweiſen, daß Cajus den Kläger durch einen zu Recht beſtändigen letzten Willen von ſeiner Erbſchaft ausgeſchloſſen habe.

(a) L. 9. §. 2. *ff. de Transactionibus*, worüber NOODT *de Pactis & transactionibus* Cap. 15. alſo commentiret: Heres cum coherede tranſegit, cum ignoraret univerſa, quæ in vero erant, nec tamen ſimpliciter, ſed per fallaciam coheredis plurima, ut videtur, ex hereditate ante amoventis aut celantis. Deinde facto transactionis inſtrumento apparent ſurrepta aut celata. An ſervanda eſt transactio? Abſit. Sed, ut Ulpianus ait in propoſito heres non tam pactus quam deceptus videtur.

(b) BOEHMER Tom. II. Conſ. 94. num. 22.

(c) WERNHER Tom. I. Part. IV. Obſ. 151. num. 168.

XV. Bedenken.

Von Erbgeldern.

Das in dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils CVI. Bedenken befindliche Urthel, hat die Halliſche Juriſtenfacultät 1772 aus folgenden Urſachen beſtätiget: „Obwohl die Imploranten in den Gedanken ſtehen, daß eines Theils denen ſämtlichen ihnen in ſententia claſſificatoria von num. 5. oder, nachdem ſie num. act. 95. die Lüdemänniſche Kinder erſter Ehe ex lite zu laſſen ſich erkläret, von num. 6. bis num. 11. incluſive vorgeſetzten Gläubigern, andern Theils aber doch wenigſtens dem darunter begriffenen Senatori Müller kein Vorzugsrecht vor ihnen zuſtehe, ſintemahl, ſo viel die ſämtliche ihnen ſub num. 6. bis 11. vorgezogene Gläubiger betreffe, ſie in Abſicht auf dieſelbe nicht nur daher das Vorzugsrecht hätten, weil das Capital, welches ihre verſtorbene Mutter zu fordern gehabt, würkliches Erbgeld ſey, und auch ſolches geblieben, wenn ſie gleich von dem Cridario eine Verſchreibung angenommen, und ſich Zinſen verſprechen laſſen, immaſſen hieraus noch keine Novation zu erzwingen ſtehe,

Voetius ad Tit. ff. de Novat. §. 3.
Boehmer Conſ. & Dec. T. 3. P. 3. Dec. 488. num. 14. 15.

ſondern auch daher, weil ihrer Mutter ſchon damahlen, als der Cridarius Eigenthümer des Guts Burgtorf geworden, eine Hypothek darauf zugeſtanden habe, geſtalten derſelbe dieſes Guth, welches ein Stück der Erbſchaft ihres verſtorbenen Vaters geweſen, von deſſen hinterlaſſenen Erben, wozu ſie mit gehöret, gekaufet, und ſie, ſo viel ihren Antheil an dieſem Guth betreffe, deſſen Eigenthum auf ihn als Käufer nicht ehe transferiret, als bis ſie ihm den Antheil, welcher ihr an das Kauf-Pretium zugeſtanden, als ein Capital ſub hypotheca auf dem Gut zu laſſen ſich erkläret, und die darüber ausgeſtellete Obligation angenommen, folglich indem das Eigenthum des Guts Burgtorf an den Cridarium übergegangen, auch ihre Hypothek darauf zu haften angefangen, ein ſolcher Verkäufer aber, der ſich eine Hypothek vorbehalten habe, allen Gläubigern vorgehen müſſe.

Carpzov P. 2. C. 23. Def. 16.
Mevius P. IV. Dec. 280.

Sodann den ihnen unter den übrigen Concreditoribus vorgezogenen Senatorem Müller beſonders anlangend, deſſen Hypothek pro hypotheca quaſi publica keinesweges gehalten werden könne, weil ſie nicht coram notario & teſtibus conſtituiret worden, indem aus der in der Obligation befindlichen Unterſchrift des Notarii nur ſo viel erhelle, daß derſelbe wegen der geſchehenen Interceſſion und dabey vorkommenden Renunciation der Ehefrau des Cridarii bey der Contrahirung dieſer Schuld adhibiret worden, folglich daß die Hypothek des Senatoris Müller eine bloſſe hypotheca privata ſey, welche viele Jahre jünger, als die, welche ihre verſtorbene Mutter gehabt, er ihnen alſo nachgehen müſſe; Solchemnach als ob reformatorie zu erkennen geweſen, es das Anſehen gewinnen will.

Dennoch aber und dieweil ſo wenig dazu, daß die Imploranten denen ſämtlichen ihnen im Erſtigkeits-Urtel ſub num. 6. bis 11. vorgeſetzten Mitgläubigern, als wenig dazu, daß ſie beſonders den ſub num. 11. claſſificirten Senatori Müller vorzuſetzen, ein hinreichender Grund vorhanden iſt, anerwogen ſo viel die ſämtliche ihnen vorgeſetzte Mitgläubiger betrift, der erſte Grund, weswegen ſie den Vorzug vor dieſelben ſich anmaſſen, weil nemlich das Capital, welches ihre Mutter zu fordern gehabt, Erbgeld ſey, wegfällt, indem wenn auch zu behaupten ſtünde, es ſey dadurch keine würkliche Novation geſchehen, daß ihre Mutter ſich über dieſes Capital eine Schuldverſchreibung ſub hypotheca

bonorum von dem gemeinen Schuldner ausſtellen laſſen, jedoch ſo viel gewiß, daß eine weſentliche Eigenſchaft des Erbgeldes ſey, pecuniam coheredi pro ſua portione, absque præcedente venditione, ex cauſa diviſionis, ſicque titulo familiæ herciſcundæ deberi

Philippi Obſ. jur. pract. Dec. 7. Obſ. 1.

welches weder von dem ganzen Capital qu. noch auch von den darin ſteckenden 1347 Thl. 6 gr. geſaget werden kann, da der gemeine Schuldner, als ein Schwiegerſohn des verſtorbenen Großvaters der Imploranten des Secretarii Chappuzeau, nicht vermöge der Theilung unter deſſen Erben das Gut Burgtorf erhalten, ſondern er ſolches den geſamten Erben, nach klaren Inhalt des von Imploranten ſelbſt num. act. 11. ſub lit. A. ad acta gebrachten Auszuges aus dem über dieſe Theilung geſchloſſenen Erbreceß gekaufet, mithin die Mutter der Imploranten das Capital qu. nicht von dem gemeinen Schuldner als ihrem Miterben ex cauſa diviſionis, tanquam pecuniam ei pro ſua portione aſſignatam fordern konnte, ſo wie ſie in Abſicht auf die 52 Thl. 27 gr. 6 pf. welche ſie zugeſchoſſen, damit das Capital auf 1400 Thl. erhöhet werde, offenbar ex mutuo entſtanden, ſo auch dieſelbe in Abſicht der ihr aus der väterlichen Verlaſſenſchaft zuſtehenden Erbportion der 1347 Thl. 6 gr. originarie nichts anders als eine ex emtione venditione entſtandene Schuld geweſen, welche ſie deren Käufer, gegen die darüber ausgeſtellete Schuldverſchreibung, ſub hypotheca bonorum gelaſſen, und alſo nimmer die Eigenſchaft des Erbgeldes gehabt, daher auch darüber, ob es dieſelbe verlohren habe, zu diſputiren unnöthig iſt; Eben wenig auch aus dem zweyten von den Imploranten angeführten Grunde ſich als wahr behaupten läſſet, daß ihnen der prätendirte Vorzug zuſtehe, immaſſen aus dem, was von dem wahren Urſprung der Schuld bereits angeführet worden, zu Tage lieget, daß ihre Mutter keinesweges zu der Zeit, als der gemeine Schuldner das Gut eigenthümlich an ſich gebracht, eine Hypothek darauf gehabt, oder auch zu der Zeit, da er Eigenthümer geworden, dieſelbe entſtanden, mithin das bekannte Privilegium dererjenigen, deren Hypothek von dieſer Art iſt, ihnen nicht zuſtehet, geſtalten ſo viel gewiß iſt, daß der Imploranten Mutter damahlen, da zwiſchen ſie und die übrige Miterben, als Verkäufer an einem und dem gemeinen Schuldner als Käufer am andern Theil der Kaufcontract über das Gut Burgtorf geſchloſſen worden, noch keine Hypothek wegen des Capitals qu. auf dieſes Gut gehabt, mithin ſie dieſelbe erſt nachher erworben haben müſſe, welchemnach es nur darauf ankömmt, ob ſolches ante translatum in emtorem dominium, oder doch wenigſtens zu eben der Zeit, da

das

das Eigenthum an den Käufer übergangen, geſchehen, oder ob nicht vielleicht erſt nach der Zeit, da er bereits Eigenthümer war, die Hypothek entſtanden ſey, und denn daß lezteres der Wahrheit gemäß ſey, daher auſſer Zweifel iſt, daß die Hypothek in der Schuldverſchreibung num. act. 1. welche der Debitor communis über die 1400 Thlr. ſo er der Imploranten Mutter theils ex mutuo, theils ex emtione venditione ſchuldig geworden, ausgeſtellet, durch die Worte

und übrigens der Frau Creditricin Dero Behuef beydes das acquirirte Gut Burgtorf und meine übrige geſamte Haab und Güter zur Sicherheit und Hypothek hiemit bündigſt verpfände,

conſtituiret worden, dadurch aber, daß die Mutter der Imploranten ſich das acquirirte Gut zur Sicherheit und Hypothek verpfänden ließ, ſie den Käufer ſchon als Eigenthümer anerkandt, nicht zu gedenken, daß überhaupt dazu, wenn ein Verkäufer ſich die Hypothek zur Sicherheit des Kauf-Pretii reſerviren will, dieſes bey dem Kaufcontract geſchehen, und ganz anders eingerichtet werden müſſe.

Wahl de Validitate & effectu reſervationis dominii & hypothecæ in ſecuritatem reſidui pretii Sect. II. §. 20.

Hiernächſt den denen Imploranten mit vorgezogene Mitgläubiger Müller beſonders anlangend, deſſen Hypothek, wenn ſie gleich jünger, doch als eine Hypotheca quaſi publica den Vorzug haben muß, immaſſen beſage der Unterſchrift des Notarii, welche ſich bey der Schuldverſchreibung num. act. 72. findet, derſelbe bezeuget, es ſey die Schuldverſchreibung von dem gemeinen Schuldner in ſeiner und der Zeugen Gegenwart unterſchrieben worden, folglich da in dieſer Schuldverſchreibung die Hypothek ausdrücklich conſtituiret iſt, dieſelbe allerdings für eine beglaubte Hypothek zu halten, wenn gleich die Conſtitutio hypothecæ nicht durch den Notarium oder mit ſeiner Einwilligung geſchehen iſt, als welches alles zu einer Hypotheca quaſi publica nicht erfordert wird, ſondern genug iſt, daß aus der Unterſchrift erhellet, es habe mit der Conſtitution der Hypothek und der Zeit, da ſie geſchehen ſeyn ſoll, ſeine Richtigkeit

L. 11. Cod. qui potiores impignore

als ſind wir wie im Urtel geſchehen, zu erkennen bewogen worden.

XVI. Bedenken.

Vom Mühlenzwang.

Von dem Rechtshandel der Gemeinde Beßinghauſen wider das Amt Grohnde handelt dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils CLXXXVI. Bedenken. Die Halliſche Juriſtenfalcultät hat in dieſer Sache 1772. folgendes Urthel abgefaſſet: „Nunmehro quoad gravamen I. & II. aus den Acten ſo viel zu befinden, daß die Supplicaten mit dem Beweiſe, wie bey denen in den Jahren 1692, 1694 und 1702 zuerkandten Landgerichtsſtrafen, es an der erforderlichen vorgängigen cauſæ cognitione und Publication ermangelt habe, und daß dieſe ſo wenig, als die in dem Jahr 1742 erkandte Strafen zu ihrer Wiſſenſchaft nicht gediehen, nicht zu hören, ſondern daß es in Anſehung dieſer beyden Beſchwerden, bey der am 16. Sept. 1769 publicirten und num. act. 61. befindlichen Sentenz billig zu laſſen; Dahingegen es im übrigen, des eingewandten Remedii ſupplicationis ohngeachtet, bey dem am 25. Jan. dieſes 1772ſten Jahrs publicirten num. act. 124. befindlichen Urthel lediglich verbleibet.„

Die rationes decidendi lauten alſo: „Obwohl der erſten und zweyten Beſchwerungspuncten halber, es das Anſehen haben mögte, daß voriges Urtel auch in dieſen Paſſibus zu beſtätigen geweſen, nachdemmahlen daraus, daß die allegirte Brüche denen Beßinghäuſer Eingeſeſſenen dictiret worden, noch nicht folget, daß dabey die gehörige cauſæ cognitio angeſtellet worden, die Publication gebührend geſchehen, und die Supplicantin davon Wiſſenſchaft erlanget, weshalb wenigſtens ein Gegenbeweis Statt finde; Im Gegentheil quoad gravamen 3 Supplicanten den nachgelaſſenen Beweis wegen des Beſitzes der Mahlfreyheit von 1702 bis 1740. darum für unzuläſſig halten, weil bereits jetzo das Petitorium liquid, angeſehen das Grund und Lagerbuch von 1669. ſub D. num. act. 85. bewehre, daß die Supplicaten in der Ober-Börrier-Mühle zu Zwang mahlen mußten, welches Documents Supplicanten, ohnerachtet es in der Sentenz vom 16ten Sept. 1769. übergangen worden, ſich dennoch ferner bedienen könnten, da ſolches nicht ſowohl aberkandt, als nur unnöthig gehalten ſey, und Supplicanten durch deſſen Uebergehung in erwehnter Sentenz ſich bisher nicht graviret erachten können, weil die erſte Sentenz gänzlich abſolutorie vor ſie ausgefallen, nunmehro aber da die erſte Sentenz in etwas abgeändert werden wollen, ihnen ſich dieſes Documents wiederum zu bedienen frey verbleiben müſſe. Hiernächſt ein Document von 1679. num. 138. ſub. O. den Beſitz der Zwanggerechtigkeit, ſo die Oberbörrier Mühle gegen die Supplicaten ſchon da-

mahls in den vorigen Zeiten exerciret, zu Tage leget, daher Supplicanten eine Präſcription von 30 Jahren vor ſich hätten, die Supplicaten hingegen, durch den zu erweiſenden Beſitz ihrer Freyheit von 1702 bis 1740. nichts ausrichten würden, weil es dabey am bona fide fehle, auch dadurch noch nicht 40 Jahr heraus kämen, welche in præſcriptione contra fiſcum erforderlich wären.

Alldieweilen aber aus den inducirten Bruchregiſtern und Landgerichts-Rügen erſichtlich, daß von Zeit zu Zeit vielen Eingeſeſſenen zu Beßinghauſen, die Strafe wegen Contravention gegen den Oberbörrier Mühlenzwang nicht nur dictiret, ſondern auch beygetrieben und verrechnet worden, und die Erkennung der Rügen bey öffentlichem Landgericht geſchehen iſt, mithin die Publication ſich daraus von ſelbſt ergiebet, die cauſæ cognitio ſelbſt in den Documentis lieget, und ſich ein Gegenbeweis, ſo jetzo denen Supplicaten dagegen zu ſtatten kommen könne, nicht wohl gedenken läſſet; anbey es nicht darauf ankomt, daß die jetzige Supplicaten von denen Rügen Wiſſenſchaft erlanget, wenn nur ſolches bey denen jedesmahligen Eingeſeſſenen der Zeit, wie die Rügen beygetrieben worden, geſchehen iſt; dieſe Wiſſenſchaft aber die jedesmahlige Einwohner erlanget haben müſſen, weil die Beſtrafung bey öffentlichen Landgerichten geſchehen, allenfalls ignorantia deren Supplicaten craſſa & affectata auch nicht unverſchuldet ſeyn würde, welche denen Supplicaten nicht helfen könnte; Im Gegentheil das Document ſub J. nicht eigentlich von einem Zwangrecht redet; das Document ſub O. aber der Supplicatiſchen Gemeinde gar nicht erwehnet, von 1692 bis 1702 hingegen noch keine rechtsverjährte Zeit heraus kömt, mithin wenn wegen der Zeit von 1702 bis 1740 eine continuitas poſſeſſionis auch präſumiret würde, ſolche dennoch probationem contrarii admittiret, und es alſo darauf ankömt, ob ſeit 1702 Supplicanten noch ferner in dem ruhigen Beſitz der Zwangsgerechtigkeit ſich befunden, oder von denen Supplicaten dieſer Beſitz interrumpiret ſey, als ſind wir, wie im Urthel geſchehen, zu erkennen bewogen worden.

XVII. Bedenken.

Von der Fiſchereygerechtigkeit in einem öffentlichen Fluß.

Der Major von Mandelsloh zu Düendorf machte den Bürgern der Stadt Wunſtorf die Fiſchereygerechtigkeit in der an ſeiner Ländereyen herflieſſenden Süder-Aue ſtreitig, und beyde Theile lieſſen zu Behauptung ihres vermeynten Rechts Zeugen abhören.

Den beklagten Bürgern ſchiene zu ſtatten zu kommen, daß man gemeiniglich denen Unterthanen den Gebrauch öffentlicher Flüſſe gönnet, an welchen ſie ſogar Mühlen bauen können, wenn es die Landesgeſetze nicht verbiethen (a). Wer auf fremden Grund und Boden, und alſo auch in Flüſſen ein Jus prohibendi behaupten will, muß die actionem finium regundorum anſtellen, mithin ſein angemaſſetes Recht erweiſen (b). Die Süder-Aue gehöret aber, obangeführtem nach, dem von Mandelsloh keinesweges eigenthümlich. Er hatte zwar dargethan, einigemahl Wunſtorfiſchen Bürgern Fiſchkörbe, die ſie in den Fluß geſtellet, genommen zu haben. Aber dergleichen Pfandungen ſchaden nur denjenigen, welche ſie erlitten, und nicht immer einer ganzen Gemeinde (c).

Hingegen begründeten die Klage des von Mandelsloh verſchiedene Pfandungen, wobey es die Bürgerſchaft gelaſſen. Man hatte nicht den Wunſtorfern mehrmahlen die Körbe genommen, ſondern ihnen auch deren Zurückgabe verſaget, warum ſie angeſuchet. Dergleichen Pfandungen gereichen allerdings einer ganzen Gemeinde zum Nachtheil, wenn erweislich, oder zu vermuthen iſt, daß ſie ſolche in Erfahrung gebracht, und gleichwohl zur Vertheidigung ihres vermeynten Rechts, nichts dawider vorgenommen (d). Sowohl die Probatorial- als Reprobatorial-Zeugen deponirten, daß ſeit 30 und mehreren Jahren die Bürger nur auf der andern Seite des Fluſſes, welche Heſſiſch iſt, gefiſchet haben, und es war ganz unglaublich, daß die Gepfändete um die Zurückgabe der ihnen genommenen Körbe zu erlangen, keine Hülfe von der Bürgerſchaft begehret und erhalten hätten, wenn man geglaubet, ihnen ſolche mit guter Würkung widerfahren laſſen zu können. Zwar wurde eingewand, der Fluß ſey an einigen Orten ſo enge, daß man mit Fiſchkörben und dem Zuggarn darin nicht fiſchen könne, ohne das Düendorfiſche Ufer zu betreten. Aber hieraus folget keinesweges, daß der von Mandelsloh ſolches geſchehen laſſen müſſe, ſondern daß den Wunſtorfern dieſe Art zu fiſchen, an ſolchen Orten unerlaubet iſt, und ſie mittelſt der actionis negatoriæ behindert werden können, die Fiſcherey daſelbſt zu üben, wenn ſie von ihnen nicht binnen rechtsverjährter Zeit hergebracht worden. Die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte daher 1772 folgendergeſtalt: „Weil daraus daß etwan mit dem Zuggarn und Körben in der Süder-Aue an einigen Orten nicht gefiſchet werden kann, ohne das Düendorfiſche Ufer zu berühren, keinesweges folget, daß der Implorant ſchuldig, ſolches geſchehen zu laſſen, ſondern vielmehr daß die Wunſtorfer dieſer Art zu fiſchen, ſich an ſolchen Orten enthalten müſſen, auch die erwieſenen Pfandungen der von den Wunſtorfiſchen Bürgern an der Düendorfiſchen Seite geſezten Körbe, und die

Auſſagen

Auſſagen der Probatorial- und Reprobatorial-Zeugen, daß ſie ſeit ſo vielen Jahren die Wunſtorfer nur an der Heſſiſchen Seite der Aue fiſchen ſehen, auſſer Zweifel ſtellen, daß wenn ſolches jemals ohne des Implorantens Vorbewuſt, an und auf dem Seinigen geſchehen, es keine manutenible Poſſeſſion würken können, ſo bleibet es billig bey der Sententia a qua." Mittelſt dieſer war am 29. November 1770 erkandt, "daß der Kläger in dem privativen Beſitz der Fiſcherey-Gerechtigkeit in der Süderaue an ſeinen Ufern, und auf dem zum Gute Düendorf gehörigen Grund und Boden ſo lange zu ſchützen, bis Beklagte ein anders in petitorio ausgemacht haben.

(a) HORN Claſſ. 5. Reſp. 2. HOMMEL Obſ. 216.

(b) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CXX. Bedenke.

(c) WERNHER Tom. I. Part. IV. Obſ. 217.

(d) IDEM d. L. num. 3.

XVIII. Bedenken.

Von den Erforderniſſen einer Beſcheinigung.

Als einem Spoliato auferleget wurde, zu beſcheinigen, worin der ihm durch die widerrechtliche Wegführung und verſagte Zurückgabe ſeiner Ochſen zugefügte Schade beſtehe, lieſſe er zwey Schlächter endlich abhören, welche beſtimmeten, wie ſehr der Preiß des Viehes vermindert werde, wenn man es von einer fetten Weide in eine magere bringet, und Anlaß giebet, daß es darin eine gewiſſe Zeit verbleibet. Nun erfordert die Praxis, beſonders in odium ſpoliatorum, zur Beſcheinigung nur einen Teſtem omni exceptione majorem (a). Sie hält auch zwey Teſtes non omni exceptione majores für hinlänglich zur Demonſtration. In dieſem Fall war an der Zeugen Perſon nichts auszuſetzen. Die Beſtimmung des Taxati iſt zwar immer eine mißliche Sache. Aber zur Beſcheinigung reichen leviores probationes hin (b). Man verurtheilte daher den Beklagten 1772 Klägern das Taxatum zu erlegen.

(a) PHILIPPI de Demonſtratione Cap. 4. §. 8.

(b) LEYSER Spec. 259. Med. 2. PUFENDORF in Proc. civ. Part. III. Cap. 3. §. 12.

XIX. Bedenken.

Eine Nunciatio novi operis realis wird nicht durch die Wegräumung der zum Bau beſtimmten Materialien verrichtet.

Was in continenti geſchehen heiſſet?

Die Gemeinden Döhren, Wülfel und Lazen haben eine Samthude auf dem Rümbruch. Auf ſelbigen erbaueten Wülfel und Lazen, ohne Einwilligung der Döhrner einen Nachtſtall, den dieſe zu Grunde richteten. Jene beſchwerten ſich darüber beym Amt Coldingen, und erhielten nach unterſuchter Sache folgenden Beſcheid: „Nachdemmahlen beklagte Gemeinde Döhren, die Geſamthude auf dem Rüembruche mit den Pferden und Hornvieh, denen beyden klagenden Gemeinden Wülfel und Lazen eingeſtanden, auch nicht abzuleugnen vermogt, daß die Pferde bisher auch des Nachts darauf geweidet worden, ſo bleibet dieſen letztern unbenommen auf den Rümbruche zu Verhütung des Schadens eine Verwahrung oder Nachtſtall, an einem unſchädlichen Ort, dafür aber der Platz zwiſchen des Obriſtleutenant Friederichs und Hofrath von Bobers Campe nicht angenommen, ſondern dieſem dadurch Schade zugefüget werden kann, anzulegen. Würden aber Kläger ferner darauf beſtehen, daß die gemeinſchaftliche Weide getheilet werden ſolle, ſo ſind die Beklagte ſchuldig, ſich ſolche Theilung gefallen zu laſſen, wenn Kläger die zu der Vermeſſung, ohne welcher die Theilung nicht bewerkſtelliget werden kann, erforderliche Koſten vorgeſchoſſen. Als auch beklagte Gemeinde Döhren ſich dadurch ſelbſt Recht verſchaffet, daß ſie, ohne es dem Amt anzuzeigen, und über das gegentheilige Unternehmen zu klagen, den Stall niedergeriſſen, und das daran verbrauchte Holz entzwey gehauen, ſo wird ihr nicht nur dieſerhalb die Landgerichtsſtraſe vorbehalten, ſondern ſie wird auch ſchuldig vertheilet, den dadurch verurſachten Schaden zu erſetzen, wenn zuförderſt deſſen Betrag erwieſen worden.

Beklagte appellirten von dieſem Erkenntniß an die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley. Ihnen ſchiene entgegen zu ſtehen, daß eine nunciatio realis novi operis per disjectionem operis jam perfecti unerlaubet iſt (a), und die Demolition in continenti geſchehen muß. Klägere aber behaupten wollten, man habe ſie des andern Tages zu einer Zeit vorgenommen, da der Nachtſtall bereits völlig fertig geweſen, und die Worte in continenti zeigeten einen ſolchen unmittelbaren Zuſammenhang zweyer Handlungen an, daß kein Intervallum temporis Statt finde, ſondern beyde actus müßten uno eodemque tempore zuſammen

treten,

treten, mithin hätte es den Beklagten obgelegen, ſogleich in der Nacht, als des Tages zuvor der Stall errichtet worden, ihn wegzuräumen.

Allein 1) beſtehet die Nunciatio novi operis per jactum lapilli keineswe- ges in einer Demolition des erbaueten Werks (b). Der Nachtſtall war auf einem gemeinſchaftlichen Grund und Boden errichtet, und deswegen bedurften die Appellanten keiner nunciationis novi operis, ſondern konnten ihn wegräu- men (c).

Zwar muß eine ſolche Defenſio privata in continenti geſchehen. Aber dieſe verſtattet ein Intervallum temporis (d), und es geſchiehet früh genug, wenn man dazu ſchreitet, ſo bald es thunlich geweſen (e). Der Gemeinde Döhren war alſo nicht anzumuthen, ſich des Nachts zu verſammlen, ſondern es geſchahe früh genug am folgenden Tage, da von ihr die Wegräumung beliebet und ver- richtet wurde, weswegen die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte: „Weilen dahier von keiner Nunciatione novi operis die Frage iſt, und die De- ſtruction desjenigen, ſo zu eines Condomini Nachtheil in fundo communi erbauet worden, wenn ſie wenige Zeit nachher geſchiehet, die Rechte erlauben, ſo ſind Appellanten von angeſtellter Klage zu entbinden, es könnten denn Appellaten binnen vier Wochen erweiſen, daß jene zu ihrem Nachtheil das niedergeriſſene Holz in Stücken zerhauen, als welchenfalls ſie ſelbige zu entſchädigen verbunden ſind, wie wir hiemit abſolviren, reſerviren, und die Proceßkoſten vergleichen.

(a) CARPZOV Lib. I. Reſp. 6. num. 9. VOET ad ff. *de Operis novi nun- tiatione* num. 6. BOEHMER Tom. II. Reſp. X. num. 18.

(b) SCHILTER Ex. 42. §. 16. HEINECCIUS ad ff. Tit. *de Operis novi nunciatione* §. 96. VOET ad ff. d. t. num. 2.

(c) FRIDERUS *de Mandatis* Cap. 30. num. 21. SCHILTER d. l. §. 17. HERTIUS Vol. I. Reſp. 170. num. 1. MULLER ad Struv. Ex. 39. §. 3. lit. d.

(d) LEYSER Spec. 426. Med. 3.

(e) In continenti ſit, quod ſit, quamprimum id fieri potuit, ſecundum arbi- trium judicis circumſtantias recte ponderantis LANCELLOTTUS *de Attentatis* Part. II. Cap. 4. Lim. 1. num. 28. 29. 30. POSTIUS *de Manutenendo* Obſ. 58. num. 24. 35. 36.

XX. Bedenken.

Ob dem Beſitzer einer Hypothek das Beneficium excuſſionis zu ſtatten komt, bevorab wenn man den Kläger an auſſer Landes belegene Güter verweiſet.

Es iſt eine der ſtreitigſten Rechtsfragen: Ob das Beneficium excuſſionis dem Beſitzer einer Special-Hypothek zu ſtatten kömt. Solches verneinet CONRADI in Diſſert. de Beneficio excuſſionis poſſeſſori hypothecæ ſpecialis non competente §. 8. 13. woſelbſt er viele ihm beypflichtende ältere und neuere Rechtslehrer anführet. Wenn man aber auch ſeiner Meynung den Beyfall verſaget, ſo entſtehet dennoch kein geringer Zweifel, dafern die Güther, an welche der Beklagte den Kläger verweiſet, auſſer Landes belegen ſind (a). Es wird jedoch ſolches billig bejahet (b). Der Beklagte erlanget durch die ausgewirkte gerichtliche Immiſſion eine Special-Hypothek (c). Die Lehre, daß der Kläger nicht an des Schuldners in benachbarten Landen gelegene Güter verwieſen werden könne (d), iſt nur alsdenn zu billigen, wenn dargethan wird, daß er aus ſelbigen ohne groſſe Beſchwerlichkeit zu dem Seinigen nicht gelangen könne.

(a) STRYCK *de Beneficio Excuſſionis*. Cap. 3. num. 40. GUNDLING *de Beneficio excuſſionis* Cap. 5. §. 13.

(b) COCCEJUS *Jur. controv.* Tit. *de Pignoribus* Quæſt. 14. HERTIUS Vol. II. Reſp. 982. num. 1. WERNHER *de Beneficio excuſſionis poſſeſſori extraneo adverſus creditorem ſive ex generali ſive ex ſpeciali hypotheca agat contra ſpurium* Nov. 112. Cap. 1. interpretationem competente per tot. TATIUS *ad Lauterbach* Obſ. 658. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1084.

(c) Creditor cui generalis hypotheca conſtituta eſt, ſi dein certa ſibi bona, ex quibus ipſi ſatisfieri debeat, aſſignari patiatur, hypothecam ſpecialem in his conſequitur. LEYSER Spec. 225. Med. 4.

(d) CARPZOV Part. II. Conſt. 18. Def. 14. COCCEJUS d. l. Tit. *de Fidejuſſoribus* Quæſt. 12. CANZ *de Beneficio excuſſionis* §. 17.

XXI. Bedenken.

Von Anlegung neuer Korn- und Sägemühlen im Fürſtenthum Calenberg.

Die Gevettere Wedemeier zu Eldagſen beſchwerten ſich darüber, daß der Müller des Kloſters Wülfinghauſen Keller, ſeiner Oehl- und Mahlmühle eine Sägemühle anhängen wolle, zum groſſen Nachtheil der Ihrigen.

Nun heiſſet es im Gandersheimiſchen Landtagsabſchied Art. 13. „Niemand ſoll ohne des gnädigſten Landesfürſten ausdrückliche Bewilligung von neuen Waſſer- oder Windmühlen zu bauen zugelaſſen werden, gleichwohl daß ſelbige, wenn es auf einem ohnſtreitigen eigenthümlichen Grund und Boden zu Beförderung des gemeinen Beſtens ohne Schaden, Nachtheil oder Abgang der benachbarten Mühlen geſchiehet, und die deswegen Intereſſirende, ſo vorhero vom gnädigſten Landesfürſten darauf zu hören, nichts beſtändiges dawider einzuwenden haben, und alſo cum cauſæ cognitione vergünſtiget werden.„ Da denn durch das Wort Abgang ein lucrum ceſſans verſtanden wird, wie die Königl. Landesregierung dieſes Wort erkläret und reſcribiret hat, „daß der Gandersheimiſche Landtags-Abſchied als ein pactum publicum alle Mühlenherren, auch ratione lucri ceſſantis des Juris prohibendi theilhaftig mache.„ Nun vermindert ein jeder neuer Mühlenbau der benachbarten Müller Verdienſt, daher es das Anſehen gewinnen wollte, als liege Beklagten zu erweiſen ob, daß es in gegenwärtigem Fall nicht geſchiehet.

Es hat aber die im Gandersheimiſchen Landtags-Abſchied enthaltene Verordnung ein Gravamen der Landſtände veranlaſſet, welche begehrten, daß keine neue Mühlen erbauet werden mögten, weil man deren Gottlob allenthalben der Nothdurft habe. Dieſes ſtehet nun von Sägemühlen nicht zu behaupten, mithin iſt wegen derſelben und der Kornmühlen keine Identitas rationis fürhanden, und da alle Einſchränkungen der natürlichen Freyheit ſtricte zu erklären, ſo muß man den Gandersheimiſchen Landtags-Abſchied von derjenigen Art Mühlen verſtehen, mit welcher das Land hinlänglich verſehen war. Dieſes ſind aber die Kornmühlen (a).

Ueberdem berechtiget der Landtags-Abſchied niemand eines geringen, ungewiſſen Abgangs halber die Erbauung neuer Mühlen zu verhinden (b). Er erfordert, daß die Intereſſirende etwas wider den Bau einzuwenden haben. Sie müſſen alſo auſſer Zweifel ihre Einwendungen erweiſen, und dazu reichet nicht hin, daß bisher einige wenige Eichenblöcke von entferntern Orten auf der

Wedemeierſchen Mühle geſchnitten ſind, die vielleicht künftig zur Klöſterlichen Mühle gebracht werden mögten. Es wurde daher 1772 erkandt: Weil wenn auch ſchon der Gandersheimiſche Landtags-Abſchied von Sägemühlen handelte, wie nicht, gleichwohl kein ſolches beträchtliches Lucrum ceſſans erwieſen, noch zu vermuthen iſt, daß deſſen Verluſt für eine zu Recht beſtändige Einwendung zu achten wäre, Beklagter von angeſtelleter Klage zu entbinden, auch demſelben zu verſtatten, den Bau qu. lite pendente gegen Caution in caſum ſuccumbentiæ fortzuſetzen, wie wir alſo abſolviren, verſtatten, und die Proceßkoſten vergleichen.

(a) REINHART *de Eo quod circa exſtructionem molendinorum juſtum eſt* Sect. I, Cap. 3. §. 44.

(b) Si lucrum ceſſans eſt vel incertum nimis, vel nimis longe petendum, ejus ratio habenda non eſt. VOET *ad ff. Tit. de Verborum obligationibus* §. 9. *& probare debet actor intereſſe lucri ceſſantis.* ENGELBRECHT *de Intereſſe damni emergentis & lucri ceſſantis* §. 32.

XXII. Bedenken.

Ein Teſtamentum nuncupativum muß entweder vor Notarien und Zeugen errichtet, oder von den leztern mit einem Eyde beſtärket werden.

Andreas Schmidt ſezte in einem gerichtlichen ad protocollum gegebenen Teſtament ſeinen Schwager Conrad Boden und deſſen Ehefrau zu Erben ein. Er änderte aber nachher ſeinen Willen, und verordnete vor ſieben Zeugen, daß ſein ſämtliches Vermögen ſeines verſtorbenen Bruders Jobſt Schmidts Kinder haben und behalten ſollten. Der Unterrichter hielte dieſes Vermächtniß für ungültig, weil 1) nicht erhelle, daß das leztere Teſtament uno actu errichtet, auch daſſelbe 2) nur von drey Zeugen unterſchrieben, und für der übrigen Namen Kreuze gemachet worden, ohne daß man wiſſe, von wem ſolches geſchehen; Ferner 3) es an der Unterſchrift des Teſtirers mangele, und 4) die Inſtitutio heredis ſehr dunkel abgefaſſet ſey.

Allein 1) iſt unerwieſen, daß die unitas actus mangelt, und wer behaupten will, es habe der Teſtirer die erforderliche Solennitäten nicht beobachtet, muß ſolches darthun (a). 2) War das Teſtamentum qu. ein nuncupativum, welches weder der Zeugen noch 3) des Teſtirers Unterſchrift erfordert; End-

lich

lich 4) geſchiehet die Inſtitutio heredis, wenn geſaget wird, daß jemand etwas haben und behalten ſolle (b).

Da jedoch der Erblaſſer ohne eines Notarii Zuziehung ſeinen lezten Willen den Zeugen eröfnet hatte, ſo mußten dieſe ihr Zeugniß beſchwören (c), und wurde von Königl. Hannöverſcher Juſtitzcanzley 1772 erkandt: Würden die Zeugen mittelſt leiblichen Eydes bekräftigen, daß ſie die act. prim. inſtant. num. 2. befindliche Verordnung aus des Teſtirers Munde gehöret, ſo iſt dieſelbe für ein zu Recht beſtändiges weder beſagten Teſtirers noch der Zeugen Unterſchrift erfordernedes Teſtamentum nuncupativum zu halten.

(a) MANZIUS *de Teſtamento valido & invalido* Tit. 5. Quæſt. 5. n. 77. LYNCKER Vol. I. Reſp. 117. num. 53.

(b) Habeto ſoll haben vix aliud eſt, quam dominus eſto. Conſtat autem heredis inſtitutionem fieri poſſe his verbis. Hereditatis meæ dominus eſto L. 48. pr. *ff. de heredibus inſtituendis.* Vice-Präſident von PUFENDORF Tom. IV. Obſ. 45.

(c) MEVIUS Part. IX. Dec. 149. CARPZOV Part. III. Conſt. 3. Def. 36. 37. STRYCK U. M. *ff. Tit. qui teſtamenta facere poſſunt* §. 20. LUDOLF Symph. Vol. I. Conſ. 44.

XXIII. Bedenken.

Von Beſtellung der Bauermeiſter und Vorſteher der Gemeinde eines Dorfs.

Die Gemeinde Wollershauſen beklagte ſich darüber, daß, obwohl ſie von undenklichen Jahren das Recht gehabt, den Gerichtsherren jährlich vier Männer zu präſentiren, woraus ſodann zwey zu Vorſtehern und Bauermeiſtern von ihnen genommen worden, der von Minnigerode jedoch ſeit einigen Jahren eigenmächtig zwey Vorſteher beſtelle, und wenn ſie ſich für die Gemeinde verwendeten, dieſelbe unter allerley Vorwand des Dienſtes entſetze, woraus ihnen der Nachtheil zuwachſe, daß, wenn Vorſteher ihr Amt eine Zeitlang bekleiden wollten, ſie dem Gerichtsherrn und deſſen Juſtitiario in allem zu Willen ſeyn müßten. Der Beklagte wandte hierwider ein, die Gemeinde habe nimmer ein Jus præſentandi gehabt, ſondern von je her das Gericht die Vorſteher erwählet und bey ihrem Dienſt geſchützet, ſo lange ſie die Pflichten rechtſchaffener Vorſteher erfüllet. Als aber Meckler ſeine Partheylichkeit zu weit getrieben, und nicht zwey Herren dienen können, ſey er abgeſetzet worden.

 und

Nun ſind dieſe Leute eigentlich Vertheidiger der Gemeinden (a), welchen oblieget die gemeine Güther zu verwalten, und nach Möglichkeit allen Schaden von der Dorfſchaft abzukehren (b). Es ſcheinet alſo nichts natürlicher zu ſeyn, als daß dieſelbe von den Gemeinden erwählet werden, deren Geſchäfte ſie beſorgen, welches auch an manchem Orte geſchiehet. Die Vermuthung fällt jedoch hinweg, wenn ſie zugleich Schulzen, und alſo nicht nur der Gemeinde, ſondern auch des Gerichtsherren Diener ſind (c). Aber zu Wollershauſen fande ſich auſſer den Vorſtehern ein Gerichtsſchulze. Es kömmt lediglich auf jeden Orts Obſervanz an. Der Canzler von OPPEL de Jurisdictione patrimoniali §. 26. num. 8. ſchreibet: Jus Heimburgios (alſo nennet man in Sachſen die Vorſteher) conſtituendi nonnunquam univerſitati ex præſcriptione vel aliunde eſt quæſitum; und im Dorf- und Landrecht *Cap.* 8. §. 38. 39. heiſſet es: „Die Macht einen Bauermeiſter zu erwählen, kömt regulariter dem, der die Gerichte hat, zu. Dafern aber die Gemeinde ſolches Recht hat, iſt doch dem Gerichtsherrn die Confirmation vorbehalten.„ Die Kläger geſtunden auch, daß wenn der Beklagte fortführe, ihnen das Präſentationsrecht zu verſagen, ſie den Beweiß übernehmen müßten.

Die Abſetzung eines Vorſtehers kann jedoch nicht willkührlich, und am wenigſten deswegen geſchehen, weil er die Rechte der Gemeinde wider den Gerichtsherrn vertheidiget. Die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley erkandte daher 1772: „würden die Kläger daß und wiefern ſie eine Concurrenz bey der Vorſteherwahl hergebracht haben, binnen vier Wochen, als einer dazu anberahmten Präjudicialfriſt erweiſen, ſo ergehet alsdenn ferner was Rechtens.„ Uebrigens ſtehet allerdings dem Gerichtsherrn die Befugniß zu, die Vorſteher, welche ihr Amt nicht gebührend verrichten, abzuſetzen, wenn ſelbige zuförderſt zur Beſſerung vergebens ermahnet worden. Keinesweges aber mag ſolches geſchehen, wenn ſie die Gerechtſame der Gemeinde ihren Pflichten gemäß wider den Gerichtsherrn vertheidigen, maſſen ſelbige ſofern nicht deſſen, ſondern der Gemeinde Diener ſind.

(a) FRITSCH *de Jure ac ſtatu pagorum Germaniæ* Cap. 10. §. 4. HARTUNG *de Scultetis, Heimburgiis & Scabinis paganicis* Cap. XI. §. 21. LEYSER *Jur. Georg.* Lib. III. Cap. 5. Num. 34.

(b) HALTAUS *in Gloſſ. voc. Heimburge.* SPECHT *de Scultetis et Scabinis* Num. 4. Dorf- und Landrecht Cap. 8. §. 39. KLINGNERS Dorf- und Baurenrecht Part. I. Cap. 4. §. 16. 17.

(c) HARTUNG d. l. §. 10.

XXIV. Bedenken.

Von der Beſtellung eines Curaroris bonorum und Contradictoris nach entſtandenem Concurs.

Daß der Richter die Curam bonorum eines Schuldners demjenigen anvertrauen muß, welchen die mehreſten Gläubiger in Vorſchlag bringen, verordnet der L. 2. pr. ff. de curatore bonis dando folgendergeſtalt: De curatore conſtituendo hoc jure utimur, ut prætor adeatus, isque curatorem curatoresque conſtituat ex conſenſu majoris partis creditorum; und im L. 8. ff. de Pactis heiſſet es: Majorem eſſe partem pro modo debiti, non pro numero perſonarum placuit. Ob aber ein gleiches vom Contradictore zu behaupten ſtehet, daran zweifelte jemand, weil dieſer denen Gläubigern widerſprechen, und ihre Forderungen beſtreiten muß, wenn ſie nicht ganz liquid ſind, daher man vermeynet, es könne die Beſtellung vom Richter ex officio geſchehen (a).

Aber wenn die Schulden des Cridarii den Werth ſeiner Güter überſteigen, und deswegen nicht alle Gläubiger bezahlet werden können, ſo iſt jenen wenig daran gelegen, wem dieſelbe zu Theil werden, ob ein dritter ſie behält, oder man ſelbigen zur Herausgabe nöthiget, und alſo das Corpus bonorum zum beſten einiger Gläubiger vermehret. Eine in etwas andere Bewandniß hat es, wenn des Cridarii Vermögen gröſten Theils in Lehngütern beſtehet, den Gläubigern des Lehnsherrn und der Agnaten Conſens mangelt, mithin die Zahlung nur ex fructibus feudi geſchehen muß. Denn ſolchenfalls iſt noch Hofnung vorhanden, daß nach vielen Jahren die Schulden getilget, und den Nachkommen das Lehn wieder frey anheim fallen werde. Dieſe Hofnung iſt jedoch gemeiniglich ſehr entfernt, und den Gläubigern mehr daran gelegen, daß ein tüchtiger unverdächtiger Curator und Contradictor beſtellet werde, der vielfältig ihre Gerechtſame mehr gegen den Cridarium ſelbſt, als gegen andere zu vertheidigen, und wieder herbey zu bringen hat, was dieſer verheelet, oder in fraudem creditorum veräuſſert hat (b), wie denn ſeine Obliegenheit vornehmlich darin beſtehet, daß er das Beſte der Gläubiger befördere (c).

Iſt derſelbe auch ſonſt wegen ſeiner Verbindung mit dem Schuldner verdächtig, ſo kann er, wenn nur ein Creditor widerſpricht, nicht zum Curator und Contradictor beſtellet werden, weswegen dieſes Amt keinem Schwager des Cridarii aufzutragen (d), und ein gleiches iſt vielmehr von deſſen ehemahligen Conſulenten und Advocaten, den er gegen die Gläubiger gebrauchet hat, zu ſagen.

gen. Denn dieſer darf nicht vertheidigen, was er ehemahls angefochten hat, ohne eine Prævarication, oder wenigſtens das Crimen falſi zu begehen (e), wenn er gleich vorgeben wollte, die Sache jetzt beſſer einzuſehen als vorhin, und von der Ungerechtigkeit der Einwendungen des Schuldners überzeuget zu ſeyn (f).

(a) BOEHMER Tom. III. Part. III. Dec. 698. num. 4. 5.

(b) MARA *de Concurſu creditorum* Lib. IV. Tit. I. num. 12.

(c) Curator revera non tam Debitoris quam creditorum negotium gerit. STRUV Ex. 44. §. 71. MULLER ad Struv. d. l. lit. ꝫ. BOEHMER Tom. II. Reſp. 438. num. 56.

(d) BOEHMER Tom. III. Part. III. Dec. 711. num. 6.

(e) RICHTER Part. I. Conſ. 19. num. 4. 5. BRUNNEMANN ad L. I. Cod. *de Advocatis fiſci.* ZIEGLER *in Rabuliſtica* Cap. 25. §. 9. LEYSER ſpec. 554. Med. 14.

(f) ZIEGLER d. l. §. 13.

XXV. Bedenken.

Eine Parthey kann die dem Procurator ertheilte Vollmacht nach Willkühr widerrufen.

Ein Procurator wurde von ſeinem Principal der Untreue beſchuldiget, und er ſtellete deswegen eine Injurienklage wider ihn an, weswegen ſelbigem dieſer die Prucuratur aufkündigte. Es entſtund daher die Frage: ob ſolches ohne erhebliche Urſachen geſchehen könne? Beym Kayſerl. Reichs-Cammergericht hält man es nicht dafür (a), und einige Rechtslehrer fordern cauſas in Cap. 2. de Procuratoribus in 6to adductas (b).

Aber dieſe legen unſern Procuratoren ein Dominium litis bey, welche Meynung jedoch irrig, weil ſie Miniſtri (c) und Mandatarii (d), oder vielmehr locatores operarum ſind (e), daher die Aufkündigung der Anwaldſchaft verſtattet wurde.

(a) FAFINGER *Inſt. jurisprud. Camer.* §. 258.

(b) STRAUSS *de Revocatione procuratoris tacita* §. 5.

(c) BOEH-

(c) Boehmer I. E. P. Lib. I. Tit. 38. §. 52. & *Diſſ. de Dominio litis*, Cap. 3. §. 12. Martini ad O. P. S. Tit. 7. §. 7. num. 115.

(d) Stryck U. M. Tit. Mandati §. 18.

(e) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CLXXII. Bedenken.

XXVI. Bedenken.

Er wird nur erfordert, daß vom Kläger eine Cauſa debendi der eingeklagten Schuld wahrſcheinlich dargethan werde.

Der Curator bonorum iſt nicht ſchuldig, ſich auf eine Klage einzulaſſen, die das Corpus bonorum nicht, ſondern allein den Cridarium betrift.

Die Wittwe Schomburg forderte aus dem Türkiſchen Concurs ein Anlehn, welches ihr verſtorbener Ehemann dem Cridario, nachdem er bereits bonis cediret, vorgeſtrecket hatte. Sie begriff jedoch endlich wohl, daß ihr ſolches nicht gebühre, ſo lange der Concurs dauret, und begehrte nur, daß man die Forderung für liquid erkennen möge, damit ſie nach deſſen Endſchaft zu dem Ihrigen gelangen könne.

Nun war der Schein, woraus geklaget wurde, dunkel, und die cauſa debendi erhellete nicht ganz daraus, welche jedoch immer dargethan werden muß (a). Aber es iſt genug, wenn man ſelbige muthmaſſen kann (b), und nicht zu zweifeln, daß ein Darlehn vorhanden, wenn der Schuldner meldet, er habe von jemand Geld empfangen, und es in ſeinen Nutzen verwandt (c). Nun wird in dem Document geſaget, daß Schomburg von Piepern 200 Thl. angeliehen, wegen der Türken, die er denſelben baar vorgeſchoſſen, und ſie ihm auf künftigen Michael wieder bezahlen oder verzinſen wollen. Es leidet alſo keinen *Zweifel*, daß der Schein von einem Mutuo handelt, und wenn die Klägerin deſſen *Ausſteller* belangte, ſo wäre ſelbiger ſchuldig, ſich darauf einzulaſſen (d). Aber wider den Curator fande dieſe Klage überall keinen Platz. Ihm lieget ob, der Gläubiger Beſtes zu befördern, und zu verhindern, daß das Corpus bonorum Schaden leide (e). Selbigen iſt überall nicht daran gelegen, ob nach ihrer Befriedigung die Klägerin von den Türken etwas erlanget oder nicht. Es wurde daher von der Königl. Hannöverſchen Juſtitz-Canzley 1772 erkandt: Weil Beklagter nach geendigtem Concurs die Gerechtſame der Türken zu vertheidigen, unverbunden iſt, ſo wird derſelbe von angeſtelleter Klage abſolviret, und Klägerin in die durch dieſen Proceß verurſachten Koſten vertheilet.

(a) CARPZOV Part. I. Conſt. 17. Def. 39. num. 3. STRYCK *de Cantelis contractuum* Sect. 2. Cap. 7. §. 5.

(b) SCACCIAS *de Judiciis*, Lib. II. Cap. XI. num. 274. *Deciſiones Caſſelanæ*, Tom. I. Dec. 124. num. 3.

(c) CARPZOV d. l. num. 8.

(d) Vicepräſident von PUFENDORF Tom. I. Obſ. 176.

(e) S. oben das XXIV. Bedenken.

XXVII. Bedenken.

Ob in foro domicilii des Schuldners deſſen auſſer Landes befindliche Güter nach entſtandenem Concurs den Gläubigern zu vertheilen ſind.

Von ſolcher Frage habe ich bereits in dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CXVIII. Bedenken gehandelt. Sie entſtund abermals 1772, als die Fürſtl. Hildesheimiſche Regierung begehrte, daß man ihr die ſämtliche in dem Hannöverſchen Territorio befindliche und zu dem Hauptgute in Gronau Stifts Hildesheim gehörige Böckiſche Aufkünfte verabfolgen laſſen möge, weil die Obriſtin von Bock zu Hildesheim ad concurſum provociret habe. Am angeführten Ort iſt von mir bemerket, wie es ſehr zweifelhaft, ob das was die Römiſche Geſetze hievon verordnen, ſich auf die Gerichte mehrerer Reichsſtände ſchicket, und nicht wenn die Güter des Cridarii in verſchiedener Reichsſtände Landen befindlich, in jedem ein beſonderer Concurs erreget werden müſſe. (a). Dieſes hält auch der Vice-Präſident von PUFENDORF dafür, wenn die Gläubiger ohne ihren Nachtheil ſich in foro domicilii nicht einlaſſen können, und behauptet es Tom. I. Obſ. 217. alſo: „Finge autem alia jura in foro concurſus, alia in foro rei ſitæ oppignoratæ obſervari, veluti circa uſuras vel ordinem collocandorum creditorum, & hypothecarios creditores, quorum intereſt, forum rei ſitæ potius deligere, neglecto & recuſato foro generali domicilii, vix eſt, ut hoc caſu hypothecarii creditores inviti adigi poſſint, ut in foro generali concurſus nomina ſua profiteantur. Nam etſi continentiæ cauſarum magna vis ſit, tamen ejus ratio duntaxat in facilitate liticam expediendarum conſiſtit. Quoties igitur continentia cauſæ actori vel reo damnoſa foret, & cauſam ejus deteriorem gravioremque efficeret, forum continentiæ cauſæ merito ceſſat. Neque enim invito jus adimi, ratio legum permittit. Dieſer Fall iſt nun hier vorhanden, da zu Hildesheim die Zinſen mit den Capitalien, nicht aber in dem Hannöverſchen,

bezahlet

bezahlet werden, folglich die jüngere Gläubiger ſehr übel fahren, wenn man ſie an die Hildesheimiſche Regierung verweiſet. Dieſe hatte auch in Sachen des Behrenſchen Curatoris wider die Frau von Brabeck und in den Rößingiſchen, Bennigſchen, Radiſchen und andern Concursſachen ſich geweigert, die Hildesheimiſche Güter und Aufkünfte anhero ad forum domicilii verabfolgen zu laſſen. Ihr wurde aber auch ſolches verſaget, und zu Gemüth geführet, wie dieſelbe in beſagten Sachen das Principium beſtritten habe, worauf ſie anjezt ihre Requiſition gründete.

(a) BOEHMER Tom. II. Reſp. 414. num. 13. H. H. ab ENGELBRECHT Obſ. 35. *Deciſiones Caſſellanæ*, Part. II. Dec. 224. num. 1.

XXVIII. Bedenken.

Von der Adjudication kann derjenige, welcher eine Sache ſub haſta erſtanden, von dem gethanen Both zurück treten.

Es hatte Cajus bey einer Subhaſtation den höchſten Both gethan. Er konnte aber das Kaufgeld nicht herbey ſchaffen. Solcherwegen wurde alſo eine zweyte Subhaſtation vorgenommen, und bey ſolcher von dem plus licitante weniger geboten als von Cajo. Man muthete ihm alſo an, das Mangelnde zu erſetzen. Aber vor der Obrigkeit Genehmigung iſt ein Kauf zu keiner Vollkommenheit gediehen, und lehret mit gutem Grunde TITIUS ad Lauterbach Obſ. 519. num. 3. in ſubhaſtationibus ante adjudicationem licitatorem pœnitere poſſe, cum hactenus emtio ſit imperfecta, ac in terminis nudi tractatus conſiſtat. Es iſt auch von Königl. Hannöverſcher Juſtitzcanzley 1767 in Sachen des Kloſters Ilefeld wider Siegmann erkandt, daß der Amtmann von Wüllen ſeine in termino licitationis gethane Offerte, für die Siegmanniſche Immobilia 3000 Thlr. zu geben, wegen nicht geſchehener obrigkeitlicher Ratification widerrufen könne. In gegenwärtigem Fall hatte man unter der Bedingung, wenn die Zahlung erfolgte, dem Cajo die Adjudication verſprochen, mithin fiele dieſe hinweg, da das Verſprechen unerfüllet bliebe.

XXIX. Bedenken.

Ein Richter iſt unbefugt, ſeine Erkänntniſſe wider die deſſen Gerichtszwang nicht Unterworfene zu vollſtrecken, wenn ſolche ſein Gericht betreten.

Ein Gerichtsherr hatte fremde Gerichtsunterthanen wegen unerlaubten Hütens und Holzſtehlens eingewruget, und als ſie die Strafen nicht erlegten, ließ er ihnen ihr Vieh, wie es durch ſein Gericht getrieben wurde, nehmen und verkaufen. Dieſes billiget STRYK de Jure pignorandi, Cap. 3. num. 45. alſo: „Denegatio ſervitiorum eſt juſta pignorationis cauſa. Si ruſticus ſervitia debens ſub aliena jurisdictione degit, is, cui ſervitia debentur illum pignorare non poteſt, ſed implorandum regulariter eſt auxilium illius, qui eum ſub jurisdictione habet. Quod ſi vero deprehendatur in illo loco, ubi dominus ſervitiorum jurisdictionem habet, puto eum ibi pignorari poſſe, cum ſic nulla alienæ jurisdictionis turbatio aut violatio concurrat. Es verdienet aber ſolche Lehre meines Ermeſſens keinen Beyfall. Denn durch dergleichen Executiones wird die Jurisdiction des Richters, dem der Gepfändete unterworfen, allerdings geſchmälert. Dieſer hat darüber zu erkennen, wenn nicht der Rechtsſpruch, ſo exequiret werden ſoll, ſondern die Art der Execution angefochten wird. Verweigert der darum gebetene Richter demjenigen, welcher die Strafe dictiret hat, ſolche beyzutreiben, ſo muß dieſer den Oberrichter angehen, wie alſo mit gutem Grunde PUFENDORF in Proc. civ. Part. V. Cap. 6. Sect. 1. §. 18. lehret: Arreſto perſonali locus eſt, ſi in domicilio debitoris magiſtratus aliquoties pro juſtitiæ debito incaſſum fuerit imploratus, quod tamen contra ejusdem principis ſubditos ceſſet, utpote judicem ſuperiorem habentes. Die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte daher 1769: „Nachdemmahlen keinem Unterthanen, der oberrichtliche Hülfe erlangen kann, ſich ſelber Recht zu verſchaffen erlaubet iſt, mithin Beklagter durch die unternommene Pfandung ſich eines widerrechtlichen Spolii theilhaftig gemachet hat, wenn ſie gleich in ſeinen Gerichtsgränzen geſchehen wäre, ſo iſt derſelbe den Werth der gepfändeten und verkauften Kühe, ſobald Klägere ſolchen beſcheiniget haben, ſamt Zinſen und allen verurſachten Koſten zu erſtatten ſchuldig.„ Dieſen Spruch hat die Leipziger Juriſtenfacultät 1771 beſtätiget, deren Rationes decidendi alſo lauten: „Ferner wenn Klägere auf ſeinem Grund und Boden Vieh geweidet, oder Holz entwendet, ſelbige zu pfänden, auch bey ihm als in foro delicti, nach Unterſuchung der Sache zu ſtrafen wohl frey geſtanden, demſelben aber ohnerachtet der ihm zuſtehenden Jurisdiction nicht die Macht zukömt, wegen vorhero und ehedem verwürkter Strafen, von denen er nicht ein-

mahl,

mahl, daß ſie legitime und cauſa cognita dictiret worden, beyzubringen vermogt, Klägere nachher zu pfänden, all ihr Vieh einzutreiben, und alle deren Kühe, die ſich bey ihm vergangen haben ſollen, zurück zu behalten, ſelbige zu verkaufen, und auf dieſe Art Leute aus ihrer ganzen Nahrung zu ſetzen, ſondern ſie bey ihrer Obrigkeit zu verklagen, und wenn dieſe ihm kein Recht wiederfahren laſſen, höhern Orts Beſchwerde zu führen, obgelegen, Beklagter alſo widerrechtlich gehandelt, und ein Spolium begangen, dahero er Klägern ſolches reſtituiren, auch ihnen ihre erweisliche Schäden und Unkoſten denen Rechten nach erſetzen muß.„

(a) BRUNNEMANN in *Proc. civ.* Cap. 29. num. 12.

XXX. Bedenken.

Die Mehrheit der Stimmen verbindet keinen Miteigenthümer.

Es ſuchet HOMEL in Rhapſodia, Obſ. 187. zu behaupten, in quæſtionibus de rebus ad univerſitatem pertinentibus plerumque vota plurium valere, unde ſi pluribus proſit, rem univerſitatis vendi, unum vel alterum diſſentientem conſentire cogi poſſe. Derſelbe verwirfet den Unterſchied inter res univerſitatis, quarum uſus ſingulis patet, & inter patrimonium civitatis, und zwar 1) deswegen, quia quod univerſis prodeſt, illud & ſingulis. Er beziehet ſich auf den Beyfall des Klockii, Hornii, Leyſeri und Wildvogels. Nimt auch 2) ein Argument daher, quod creditores orto concurſu tranſigere cogantur, ſi majori parti, hoc ita placuit. Endlich 3) ſoll, wenn man es auf die Mehrheit der Stimmen ankommen läſſet, kein Decretum univerſitatis zum Stande gebracht werden können.

Allein es heiſſet im L. 28. ff. Communi dividundo: Sabinus, in re communi neminem dominorum jure facere quicquam invito altero poſſe, unde manifeſtum eſt prohibendi jus eſſe. In re enim pari potiorem cauſam eſſe prohibentis conſtat. Die von Hommel angeführte Rechtslehrer reden keinesweges von dem Fall, ubi de juribus ſingulorum eſt quæſtio KLOCKIUS Tom. I. Conſ. 20. num. 241. handelt von den Caſibus publicam neceſſitatem vel utilitatem concernentibus, LEYSER aber ſpec. 283. Med. 10. davon, wiefern ein Membrum univerſitatis für ſelbige zeugen könne, und er vermeynet, ein Bürger ſey zum Zeugniß nicht zuzulaſſen, wenn über das Patrimonium civitatis geſtritten wird. Ich zweifele ſehr daran, wie aus dieſen Rechtlichen Bedenken I. Theils, II. Bedenken, §. I. erhellet. Inzwiſchen folget aus des Leyſeri Lehrſatz keinesweges,

daß jemand ſich ſeiner Miteigenthümer Mehrheit der Stimmen ſchlechterdings unterwerfen müſſe. Er lehret ſpec. 118. Med. 3. das Gegentheil alſo: Conventio a majore conſortium parte inita circa rem communem, non conſentientes non obligat. Ubi plures enim in communionem rerum ſuarum inciderunt, tunc quia ſingulorum in ſingulis cauſis, maxime intereſt, iniquum foret, uni a reliquis per plura ſuffragia præjudicium afferri. HORN Claſſ. 16. Reſp. 27. num. 3. 4. will, daß in ſolchen Fällen, da ſinguli bey der Sache ein Intereſſe haben, majora vota nicht ſtatt finden, und WILDVOGEL Reſp. 239. num. 52, in rebus non univerſos ſed ſingulos concernentibus non valere majora, welches der Vice-Präſident von PUFENDORF Tom. I. Obſ. 125. alſo beſtärket: In cauſis univerſitatum & collegiorum major pars definit. Id non procedit in cauſis ad utilitatem pertinentibus ſingulorum. Neque enim penes univerſitatem vel collegium jus eſt extra cauſas univerſitatis de rebus ſingulorum definiendi, ſed etſi res communis ſit, tamen dicendum eſt, in re communi potiorem eſſe conditionem prohibentis. 2) Iſt es etwas auſſerordentliches, welches nicht ad conſequentiam zu ziehen, daß in gewiſſen Fällen die mehreſten Gläubiger, die wenigere zu etwas verbinden können (a). Endlich 3) bleiben die Sachen nicht unentſchieden, wenn gleich keine majora gelten. Denn der Richter hat darüber zu erkennen, ob ein Miteigenthümer ſich dem andern aus guten Urſachen, oder aus Eigenſinn widerſetzet, und alſo ihm ſchadet, ohne ſein Beſtes zu befördern (b).

(a) ANDLER *Jurisprud.* Lib. I. Tit. 5. Part. 10. num. 14.

(b) SANDE Lib. III. Tit. 8. Def. 1. LYNCKER Vol. II. Reſp. 134. num. 10. THIER *de Jure condominii* §. 33. LEYSER ſpec. 118. Med 4. 5.

XXXI. Bedenken.

Die Theilung der Paſſiv-Schulden des Erblaſſers, welche ſeine Erben beliebet haben, kann die Gläubiger nicht verhindern, jeden derſelben pro rata zu belangen, wenn derjenige, welcher die Zahlung übernommen, nicht bereit iſt, ſolche ſofort zu thun.

Als von Cajo die Bezahlung einer Schuld ſeines Erblaſſers pro rata gefordert wurde, wandte derſelbe ein, er habe ſich mit Titio ſeinem Miterben dahin verglichen, daß ein jeder gewiſſe auf der Erbſchaft haftende Schulden abtragen ſolle, und vermöge dieſer Convention ſey nicht er, ſondern Titius verbunden, den Kläger zu vergnügen,

Ihm

Ihm kam die Lehre STRYCKII I. U. M. Tit. Fam. erciſc. §. 10. zu ſtatten, welcher will, heredem, qui pacto diviſorio liberatus eſt a ſolutione nominis, ſi conveniatur, coheredem alterum, qui onus actionis in ſe recepit, ſubſtituere poſſe, ſupponendo eum ſolvendo eſſe. Aber dieſe Meynung iſt ungegründet, wenn nicht der Miterbe bereit iſt, den Gläubiger ſofort zu bezahlen. In dem L. 25. Cod. de Pactis heiſſet es: Debitorum pactionibus creditorum petitio nec tolli, nec mutari poteſt, und im L. 23. Cod. Fam. erciſc. Licet pacto diviſionis adverſus ſingulos actio pro hereditariis portionibus creditori parata mutari non poſſit, tamen ad exhibendam fidem his, qui convenerant ſtipulationis & juris adhibitio remedio, qui placitum excedit, urgeri poteſt, cum & hoc omiſſo, ſi non contrarium, conveniſſe probaretur, præſcriptis verbis conveniri potuiſſet; welchemnach ex pacto diviſionis zwar ein Miterbe von dem andern belanget, nicht aber der Gläubiger verhindert werden kann, jeden Erben ſeines Schuldners zu nöthigen, die Schuld pro rata zu bezahlen.

Man mögte zwar dafür halten, der L. 3. ff. Fam. erciſc. verordne das Gegentheil folgendergeſtalt: Licet libera poteſtas maneat creditoribus cum ſingulis experiendi, tamen ex his libera poteſtas eſt, ſuo loco ſubſtituendi eos, in quos onera actionis officio judicis translata ſunt. Aber er handelt von einer richterlichen Theilung, vermöge deren einem Erben dieſe und dem andern jene Schuld abzutragen, auferleget worden (a). Den Fall, wovon ich handle, entſcheidet VOETIUS ad ff. Tit. Fam. erciſc. §. 27. alſo: Si non ex judicis adjudicatione, ſed mutua coheredum conventione placuerit, ut ſinguli coheredes ſingula debita alii alia exſolverent, nullum inde creditoribus præjudicium naſci poteſt, quo minus heredes ſingulos, quos pactio exoneraverat, pro hereditaria conveniant portione, cum cogi nequeat creditor, alium debitorem admittere (b). Es wurde daher von Königl. Hannöverſcher Juſtizcanzley 1773 des Caji Einwendung verworfen, und er ſchuldig erkandt, die ratam des eingeklagten Capitals zu bezahlen.

(a) FABER *in Rationalibus*, ad L. 3. ff. Fam. erciſc. FROMMANN *de ſtatu obligationis dividuæ*, poſt mortem potiſſimum primi debitoris §. 33.

(b) Ihm pflichten bey MEVIUS, Part I. Dec. 32. num. 3. WISSENBACH ad L. 25. Cod. de Pactis. FROMMANN d. l. CRELL *de Diviſione nominum interdum neceſſaria*, num. 8.

XXXII. Bedenken.

Ein Gerichtsherr muß in ſeinen eigenen Sachen nichts protocolliren, noch dieſelbe entſcheiden.

Manche gründen das Recht der Gerichtsherren von ihren Gerichten, die Streitigkeiten entſcheiden zu laſſen, welche zwiſchen ihnen und ihren Unterthanen entſtehen, in einem allgemeinen teutſchen Herkommen (a). Dieſes ziehen billig andere in Zweifel (b). Es hat jedoch HEINECCIUS in Diſſertat. de Dominis ſubditos ſuos in judicio ſuo convenientibus §. 3. ſeqq. dargethan, daß in vielen teutſchen Provinzen dieſes Recht eingeführet iſt. Von dem Fürſtenthum Calenberg bezeuget es der Vicepräſident von PUFENDORF de Jurisdictione Germanica Part. I. C. 3. §. 41. alſo: Præſertim autem in terris Calenbergicis univerſim obtinet, ut ſi inter judicem patrimonialem & ſubditum controverſia ſit, lis in prima inſtantia contra judicem coram ejus judicis mandatario agitanda ſit. Der Gerichtsherr muß ſelbſt kein Urtel fällen (c), ſondern der Gerichtshalter (d), und dieſer thut wohl, wenn er die Acten verſchicket (e). Eben deswegen kann auch der Gerichtsherr kein Protocoll führen, daher die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley 1772 erkandte, daß die vom Beklagten Gerichtsherrn in ſeiner eigenen Sache niedergeſchriebene Annotation keine vim protocolli judicialis habe.

(a) SCHILTER Ex. 6. §. 16.

(b) *Deciſiones Caſſellanæ*, Tom. I. Dec. 77. 78. Meine *Vindiciæ juris venandi nobilitatis Germanicæ*, Cap. I. §. 28.

(c) MEVIUS Part. VIII. Dec. 198. SCILTER d. l. MENCKEN *de Jure conveniendi ſubditos in proprio judicio* §. 22. OPPEL *de Jurisdictione patrimoniali* §. 20. HEINECCIUS d. l. §. 18.

(d) MENCKEN d. l. OPPEL d. l. HEINECCIUS d. l. §. 18.

(e) PUFENDORF d. l.

XXXIII. Bedenken.

Wiefern eine adeliche Wittwe in dem zu ihrem Leibgeding gehörigen Walde Holz fällen laſſen darf.

Einer adelichen Wittwe wurde beygemeſſen, daß von derſelben ein zu ihrem Leibgeding gehöriges Holz verwüſtet worden, weil ſie viele Eichbäume fällen laſſen, und zum Theil verkaufet hatte.

Nun erlauben zwar die Römiſche Rechte demjenigen, dem der bloſſe Niesbrauch einer Sache gebühret, nicht, daß er groſſe Bäume haue (a), und inſonderheit ſoll keine Wittwe in ihrem Leibgeding dazu befugt ſeyn (b). Man ſchränket jedoch die Regul auf den Fall ein, wenn das Hauen nicht haushälteriſch, ſondern zum Verderb der Holzung geſchiehet (c). Alsdenn iſt es keinem Vaſallen erlaubet (d). Dieſe Befugnis aber, beſonders nach den Teuſchen Rechten, mit dem Niesbrauch verknüpfet, und ſtehet alſo einer Wittwe am Leibgeding zu (e). Die Zeugen, mit welcher man die Verwüſtung darthun wollte, ſagten vielmehr aus, es ſey nur pohlſores Holz, und einiges gutes gefället, um Raum zum Zupflanzen zu machen, welches Forſtmäſſig und von keinem guten Haushälter unterlaſſen werden darf, daher Anno 1773 Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley die Beklagtin von angeſtellter Klage entbunden hat.

(a) L. 10. ff. *de Uſufructu.*

(b) Myler *in Gamologia* Cap. II. §. 5. 6.

(c) Krebs *de Ligno & Lapide*, Part. I. c. 4. 5. §. 517. num. 3. §. 18. num. 1. Endter *de Jure Uſufructuario parochi in parochialibus bonis ſpeciatim ſylvis*, ſect. 2. §. 3.

(d) Struv S. J. F. Cap. 6. §. 11. num. 2. Krebs d. l. §. 2. Hornius *Jurisprudent. feud.* Cap. 7. §. 17. Schweder *de Meliorationibus feudi*, Cap. 4. §. 8.

(e) Schilter Ex. 17. §. 12. 19. 20. Krebs d. l. §. 18. num. 1. Nettelbladt *de Dotalitio* §. 49. Heineccius *Elem. jur. Germ.* Lib. II. §. 37. 38. Engau *Elem. jur. Germ.* Lib. II. §. 404. Chladen *Jus viduæ doariæ.* §. 4.

XXXIV. Bedenken.

Ob den Erben eines Leibzüchters aus den von ihm genutzten Meyergütern fructus ultimi anni gebühren.

Die Leibzucht der Bauren iſt ein Niesbrauch (a). Deren Erben gebühren alſo keine uneingeerndete Früchte (b). Die Calenbergiſche Meyerordnung iſt demnach den gemeinen Rechten ganz gemäß, wenn es darin Cap. 7. §. 6. heiſſet: „ Was den alten Leuten von der Stelle, vom Hausgeräth und Vieh überlaſſen worden, ſoll nebſt dem Korn, ſo auf dem zum alten Theil ausgeſetzten Lande annoch auf dem Halm befindlich iſt, nach ihrem Tode dem Hofe verbleiben.„ Es wurde daher von Königl. Hannöverſcher Juſtitzcanzley 1772 erkandt: „Weilen die Leibzüchter Uſu fructuarii ſind, deren Erben aber, den bekannten Rechten nach fructus naturales, welche noch auf den Halmen und Bäumen befindlich, nicht gebühren, ſo findet die eingewandte Supplication, wegen Unerheblichkeit der Gravaminum, keine Statt. Es iſt jedoch der Appellatin die Einſaat der Leibzuchts-Ländereÿ, welche der Appellant erndtet, zu erſtatten.„

(a) KRAUSS *de Jure reſervatorum ruſticorum.* Cap. 2. §. 3.

(b) ORTH *de Fructibus ultimi anni* th. 16.

XXXV. Bedenken.

Ob die Gläubiger des Cridarii Kinder aus deſſen Vermögen dotiren, alimentiren und beerdigen laſſen müſſen.

Dieſe Frage verneinen die Rechtslehrer einmüthig. Es ſchränken jedoch einige ſolches auf den Fall ein, wenn die Schulden nicht auf dem Lehn haften (a). Ich laſſe es gelten, dafern die Aufkünfte der Lehngüter den Gläubigern nicht ſowohl gebühren, als die Erbgüter. Widrigenfalls abſehe ich nicht, wie die Kinder mehr dieſe, als jene, den Gläubigern des Vaters entziehen können. Das Königl. Celliſche Oberappellationsgericht hat daher erkandt, „daß zwar ein Schwiegerſohn, wegen ſeiner Frauen Brautſchatz, vom Concurs nicht abzuweiſen ſeÿ, bis die Güter von Schulden befreyet ſind, nach geendigter Ehe aber, auch die mit einem Pfandrecht nicht verſehenen, jedoch an ſich ältere Gläubiger vom Hauptſtuhl, und den nach geendigter Ehe anfangenden Zinſen, ihre Befriedigung ſuchen können. Es war daſelbſt die Frage de caſu, ubi maſſa

concur-

concurſus plurima feuda continebat, ex quorum fructibus creditores ordine ſuo paulatim dimitti poterant (b). Wer des verſtorbenen Erbe nicht worden, noch etwas von ihm empfangen hat, iſt keinesweges ſchuldig, ſelbigen beerdigen zu laſſen, wohl aber, wenn kein Allodium vorhanden, der Lehnsfolger (c).

(a) CARPZOV Part. II. Conſt. 46. Def. 17. MEVIUS Part. III. Dec. 364. num. 8.

(b) Vice-Präſident v. PUFENDORF Tom. I. Obſ. 66.

(c) ZIEGLER Dec. 6.

XXXVI. Bedenken.

Das Wittum gebühret einer Wittwe alsdenn nur aus dem Lehn, wenn es aus dem Erben nicht erfolgen kann.

In einigen Ländern und beſonders in Sachſen iſt das Wittum ein onus principale feudi, welches nicht die Landerben, ſondern die Lehnsfolger übernehmen müſſen (a). Aber dieſes Recht iſt keinesweges überall in Teutſchland eingeführet (b). Die gemeinen Lehnrechte beſchweren die Lehne ſolchergeſtalt nicht (c), ſondern nur in ſubſidium, wenn kein zur Verſorgung der Wittwe hinreichendes Erbe vorhanden (d). Dieſe ſind in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen angenommen, und das Sachſenrecht iſt daſelbſt abgeſchaffet (e). Ein hieſiger Unterthan, deſſen Tod gegenwärtige Frage erregte, beſaß Lehngüter in Mecklenburg. Daß aber auch allda daſſelbige Recht gilt, bezeuget BEEHR Rer. Meclenburg Lib. VIII. Cap. 19. alſo: Licet maritus prudens gnarusque dotem non ſolutum iri, ſponte in pactis dotalibus uxori conſtituerit dotalitium, allodiales heredes illud præſtare tenentur pro hereditatis relictæ quantitate, quæ ad illos pervenit. Die Lehnsfolger können ſich dieſer Laſt entledigen, wenn ſie erweiſen, es ſey kein Brautſchatz in das Lehn nützlich verwendet (f), deſſen Verſion auch das Sachſenrecht erfordert.

(a) STRUV S. I. F. Cap. 14. §. 9. num. 1. HILDEBRAND *de Excuſſione allodii ante feudum* Cap. 3. §. 4. JCti HALLENSES Tom. II. Lib. II. Reſp. 12. num. 47.

(b) HEESER *de Bonorum conjugalium communione* Part. II. Loc. 10. num. 85.

(c) KOEPPEN Quæſt. 39. num. 40. MAIER S. I. F. Cap. 27. §. 4.

(d) Senckenberg *Jur. feud.* §. 422. Hellfeld *Elem. jur. feud.* §. 433.

(e) Engelbrecht *de genuinis deciſionum fontibus in terris Brunſuico-Luneburgicis* §. 18.

(f) Tornov *de Feudis Megapolitanis* Part. I. Sect. 2. Cap. 3. §. 23.

XXXVII. Bedenken.

In welchen Fällen eine vom Teſtirer im Teſtament angeführte Urſache ſeines Vermächtniſſes, welche hinweg fällt, oder irrig befunden worden, ſolches entkräftet.

Titius verordnete im Teſtament, daß, weil ſeine beyde jünſte Töchter von den Zinſen ihres Erbtheils keine ſtandesmäſſige Erziehung bekommen könnten, der Sohn ihnen einen gewiſſen Zuſchuß thun ſollte. Da nun eine dieſer Töchter nach des Vaters Tode verſtarb, und der Ueberbleibenden Umſtände dergeſtalt verbeſſert wurden, daß ihre Revenües zu den Erziehungskoſten hinreichten, ſo vermeynte der Sohn dieſer Laſt entlediget zu ſeyn.

Aber es werden vielfältig in Teſtamenten, anſtatt der wahren Urſachen, ſolche angeführet, womit der Teſtirer den Vorwurf der Unbilligkeit abzulehnen ſuchet; daher man nicht verſichert ſeyn kann, er habe nur unter der Bedingung jemanden etwas vermachet, wenn dasjenige, ſo ihn, ſeinem Angeben nach, dazu bewogen, richtig iſt und fortdauret (a). Es wurde daher der Sohn ſchuldig erkandt, den Zuſchuß ferner zu thun.

In eben dieſem Teſtament diſponirte der Vater, daß, wenn ſein Sohn der Stiefmutter die ihr jährlich vermachten 1000 Thlr. nicht richtig abführte, er derſelben zur Strafe jedesmahl 100 Thlr. bezahlen ſolle. Dieſer wurde von ihm nicht ſchuldig erkandt, die 1000 Thlr. allein herzugeben, ſondern vorausgeſetzet, daß die Rechte es erforderten, welches für keine Diſpoſition zu halten iſt. Verba enim, quæ ſupponunt aliquid nil diſponunt ſuper eo, quod ſupponunt (b). Daß aber des Teſtirers Suppoſitum irrig, erhellet aus dem im vorhergehenden Bedenken Geſagten. Geſezt es wäre jedoch eine Diſpoſition vorhanden, ſo entkräftete dieſelbe doch der Irrthum, aus welchem ſie hergefloſſen (c). Die Beſtimmung der Strafe geſchahe nicht zum Beſten der Allodialerben, ſondern der Mutter, welcher es gleichgültig ſeyn konnte, ob die 1000 Thlr.

aus

aus dem Lehn oder aus dem Erbe bezahlet würden. Hätte der Vater den Sohn allein mit dem Wittum beſchweren wollen, ſo hätte er ſolches auf eben die Weiſe verordnet, wie er ihn angewieſen, ſeinen Schweſtern einen gewiſſen Dotem aus dem Lehn zu reichen, obwohl ein hinlänglicher Brautſchatz, wenigſtens gröſten Theils, aus dem Allodio erfolgen konnte.

(a) Falſa cauſa legatum non vitiat, quia cauſa vera, quæ teſtatorem movet ad legandum, legato non uſque additur, ſed frequenter alia exprimitur dicis cauſa, quæ vere non movit, quæ autem vere movit in mente retinetur dum teſtatores ſæpe nolunt aliis illas, quibus ad legandum inducuntur, rationes notas eſſe. Voet ad ff. Lib. XXXV. Tit. I. num. 9. Huber ad Inſt. Lib. II. Tit. 20. num. 29. Thomasius *ad Huberum de Jure civitatis* Lib. I. Sect. 3. Cap 2. num. 19.

(b) Lauterbach *de Procuratore ſubſtituto*. Cap. 3. §. 4.

(c) Falſa cauſa, quæ ingreditur voluntatem teſtatoris v. g. ſi inſtituit aliquem ut conſanguineum heredem, qui talis non eſt, aut ſi legata dos, quæ dotalitio diu præſtito evanuit pridem, nullam reddit inſtitutionem Tuschus lit. E. Concl. 323. num. 6, 13, 14. Reyger *in Theſaur. juris* voc. Error addit. num. 6. Berger O. J. Lib. II. Tit. 4. §. 25. Not. 3. Beyer *de Legato liberationis ab indebito* §. 13. licet collator non expreſſerit diſpoſitionem ſuam eſſe conditionatam. Molina *de Juſtitia & jure* Tr. 2. Diſp. 209. num. 2. 3. 6. Diſp. 211. num. 3. Inter falſam demonſtrationem & falſam cauſam multum intereſt. Nuda enim demonſtratio conjecturam haud ſuppeditat, cur teſtator minus fuiſſet liberalis, ſi de falſitate, demonſtrationis certior fuiſſet. Ubi vero quid aliud accedat, id ſi deſit, magis movere in contrarium teſtatorem, atque adeo conditionem facere intelligitur, Beyer d. l. Ein ſolcher Umſtand iſt nun die irrige Meynung, daß das Gegenvermächtniß de jure ex feudo entrichtet werden müſſe.

XXXVIII. Bedenken.

Die Lotterie-Direction iſt zwar verbunden für ihre Collecteurs einzuſtehen, nicht aber dieſen ohne ihr Verſchulden betrügeriſcher Weiſe entwandte Looſe zu bezahlen.

Die in dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils CLX. Bedenken befindliche Urtel iſt von der Göttingiſchen Juriſtenfacultät 1773 beſtätiget, und zwar

aus folgenden Urſachen: „Weil die Lotterie-Direction für die von ihr beſtellete Collecteurs nicht allein bey jedem, nach Vorſchrift und Inſtruction, eingegangenen Handel, ſondern auch dafür, daß dieſe in dem anvertrauten Vertrieb der Looſe die gebührende Treue und Vorſicht gebrauchen, einzuſtehen ſchuldig iſt, immaſſen die Lotterie-Direction durch das bekannt gemachte Avertiſſement eine unter öffentlicher Garantie unterſtützte Verſicherung vertheilet, daß alle mit der Direction Unterſchrift verſehene Looſe beglaubiget und gültig ſeyn ſollen, mithin durch die zu deren Betrieb beſtellete Collecteurs, daß die dergeſtalt qualificirte Looſe die Eigenſchaft einer gültigen Waare im Publico erhalten, bewürket, und deshalb für die in ihrem Namen handelnde Collecteurs und deren Fehler in officio eben ſowohl, wie ein Dominus negotiationis die vom Inſtitore in officio begangene Fehler,

L. 5. pr. & §. 8. D. de Inſtitoria actione ibique Brunemannus.

und wie ein Mandans für ſeinen Mandatarium wegen desjenigen, ſo tacite im mandato enthalten.

L. 46. D. Mandati.

L. 21. C. eod.

einzuſtehen verbunden iſt, wohlfolglich die Erörterung deſſen, ob ein Collecteur bey dem empfangenen Auftrag beglaubte Lotterie-Looſe unterzubringen, eines Fehlers in der erforderlichen Vorſicht ſich ſchuldig gemachet, in Anſehung der darauf beruhenden Verbindlichkeit der Lotterie-Direction allerdings für gegründet und erheblich zu halten; und dann im gegenwärtigen Fall die Lotterie-Direction gegen die erhobene Klage excipiendo eingewandt, daß der Jude Lehmann Wulf, von welchem Kläger die in Frage ſtehende Looſe erhandelt zu haben angeführet, mittelſt nachgemachter Hand des Schutzjuden Wolf Moſes, dem Kaufmann Wegener, als Collecteur, dieſelbige Looſe abgeliſtiget und entwendet; dabey aber darauf, ob das Falſum von der Art und Eigenſchaft geweſen, daß von dem Kaufmann Wegener es nicht leicht zu entdecken geweſen, allerdings es ankömt, indem im widrigen Fall, und wenn darunter eine Unvorſichtigkeit eingetreten ſeyn ſollte, die Lotterie-Direction, inſofern Kläger dieſelbe Looſe unter gänzlicher Unwiſſenheit des Vorfalls erhandelt, der Verbindlichkeit dieſe Looſe gegen ſich gelten zu laſſen, ſich nicht entledigen würde, dannenhero auf Production der Originalbriefe ſub A. B. C. num. 9 & 10. actorum, als worauf der Beſtand der vom Beklagten vorgeſchützten Exception ſelbſt beruhet, rechtlich zu erkennen geweſen, und daraus nicht allein die vom beklag-

ten

ten Theile eingewandte Supplications-Beſchwerde ſich erlediget, ſondern auch, ſo viel die von Klägern eingewandte Nichtigkeitsklage und reſtitutionem in integrum betrift, die Erheblichkeit der vorangeführten Erörterung und Production gedachter Briefe in Rückſicht auf die erhobene Klage ſich ergiebet, immaſſen Kläger dadurch, daß er die in Frage ſtehende Looſe weder von einem Directeur der Lotterie, noch von einem beſtellten Collecteur, ſondern von dem durch Hildesheim reiſenden Juden Lehman Wulf erhandelt zu haben angegeben, mit der Lotterie-Direction weder unmittelbar noch mittelbar gehandelt zu haben einräumet, folglich wenn der Jude Lehmann Wulf dieſe Looſe durch das begangene Falſum dem Kaufmann Wegener in der Maaſſe, daß dieſer denſelben Betrug mit aller Vorſicht zu entdecken nicht vermogt, abgeliſtiget, und ſie an Klägern verkauft, Kläger durch die entwandte Waare vom gedachten Juden hintergangen worden; hergegen derſelbe aus dieſem erlittenen Betrug einen Anſpruch an die Lotterie-Direction um ſo weniger zu machen vermag, als dabey aller Grund einer Beymeſſung wegfällt, und ſo ſtrenge auch die Verbindlichkeit derſelben, wegen der öffentlichen Verſicherung iſt, dennoch dieſe auf einen Unglücksfall der bey einem Collecteur an den Looſen erwächſet, und welcher in allen Verträgen ausgenommen verbleibet, ſich nicht ausdehnen läſſet: demnächſt der Beſitz und Ankauf beglaubigter Looſe zwar alsdenn, wenn ſolche von den Directeurs, oder Collecteurs, oder ſolchen, die ſie von dieſem rechtmäſſig erhalten, herrühren, zur Begründung des Anſpruchs an die Lotterie-Direction hinreichet; dahergegen, wenn das Gegentheil davon ſich offenbahret, und ſonſt aller Grund einer Beymeſſung wegfällt, jener keinen rechtlichen Anſpruch begründet, und eben ſo wenig die öffentliche Verſicherung auf Looſe, die der Lotterie Direction oder ihren Mandatariis gegen alle gebrauchte Vorſicht entwendet worden, gedeutet werden kann; ſolchemnach des Klägers Vorgeben, daß er mit keinem Collecteur gehandelt, unerheblich iſt, immaſſen da er auch die quæſtionirte Looſe von keinem Directeur, oder von einem Dritten, welcher die Looſe von einem Dritten derſelben rechtsbeſtändig empfangen, erhalten hat, deſſelben Anſpruch an die Lotterie-Direction gänzlich wegfallen würde, wenn nicht, daß die Looſe, durch Unvorſichtigkeit eines Collecteurs, in die Hände eines Falſarii gefallen, und Kläger ſie bona fide erlanget haben ſollte, bey der erkandten weiten Erörterung ſich noch zu Tage leget, als ſind wir, wie geſchehen, zu erkennen, und da beyde Theile der Rechtsmittel gegen das vorige Urtel ſich bedienet, die desfalls ergangene Koſten zu vergleichen bewogen worden.

XXXIX.

XXXIX. Bedenken.

Ob die Actio judicati verlohren gehet, wenn ſie innerhalb 30 Jahren nicht angeſtellet worden?

Die Frage iſt allerdings zu bejahen, wenn man ſie nach den Römiſchen Rechten entſcheidet. Wird aber vorausgeſetzt, daß die præſcriptio actionum perſonalium nach den päbſtlichen Rechten bey uns bonam fidem erfordert, ſo glaube ich nicht, daß dieſe Meynung zu behaupten ſtehet (a). Wer weiß, daß dem andern ein Recht zukömt, welches er nicht ausgeübet hat, kann ſolches keinesweges durch die Verjährung an ſich bringen (b). Es iſt einerley, ob ihn eine ausgeſtellte Schuldverſchreibung oder ein rechtskräftiges Urtel davon überzeuget. Die Greifswaldiſche Juriſtenfacultät hat daher mit gutem Grunde erkandt, daß derjenige, welcher contra rem judicatam handelt, ſich in mala fide befindet (c). Es iſt irrig, daß die Præſcription nur in pœnam negligentiæ eingeführet worden (d). Immittelſt erkennen die hieſige Gerichte, daß die actio judicati binnen 30 Jahren präſcribiret wird (e), weil vermöge der Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landesgeſetze das Kayſerliche Recht dem Päbſtlichen vorgehet, wenn nicht des letzteren Obſervanz dargethan iſt (f), deſſen Gegentheil aber in dieſem Fall die Præjudicia ergeben. Die Braunſchweig-Lüneburgiſchen ältern Geſetze gelten in der Grafſchaft Sternberg nicht, weswegen die Greifswaldiſche Rechtsgelehrte nach den päbſtlichen Rechten die Frage entſchieden haben (g).

(a) STRYCK *Diſput. Hall.* Vol. II. Diſp. 14. §. 5. von PUFENDORF Tom. I. Obſ. 117. Tom. II. Obſ. 114.

(b) LEYSER Spec. 110. Med. 5.

(c) Dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils VI. Bedenken.

(d) von PUFENDORF Tom. I. Obſ. 115. §. 7.

(e) IDEM Tom. I. Obſ. 115. §. 7. Obſ. 117.

(f) ENGELBRECHT *de Genuinis Deciſionum fontibus in terris Brunſuico-Luneburgicis* §. 20.

(g) I. H. BOEHMER I. E. P. Lib. I. Tit. II. §. 73.

XL. Bedenken.

Von Beſtrafung der Hausdiebe.

§. I.

Welche ſchwere Stafen die Chur-Braunſchweigiſche Landesgeſetze den Hausdieben androhen, erhellet aus dieſer Rechtlichen Bedenken II. Theils CVII. Bedenken. Solche Geſetze ſind durch die Conſtitution vom 24. Nov. 1772 verbeſſert, indem Se. Königl. Majeſtät die Strafen theils gemildert, und theils bisher unentſchiedene Fragen entſchieden haben.

Milderungen ſind es I. wenn der Art. 1. und 2. verordnen, „ daß der oder diejenige Dienſtbothen, ſo in eines andern Koſt und Lohn ſtehen, oder nebſt dem Lohn, ſtatt der ordentlichen Beköſtigung, Koſtgeld, oder ein gewiſſes Deputat erhalten, worunter auch die Kaufmannsdiener, Kramer- und Handwerksgeſellen und Lehrpurſchen, wenn gleich letztere auſſer der Koſt keinen Lohn empfangen, ſie mögen übrigens Lehrgeld geben oder nicht, mit zu rechnen ſind, welche ſich unternehmen, ihren Haus- und Dienſtherrn, oder Haus- uud Dienſtfrauen, etwas von ihren Sachen, Gelde, Silber, Pretioſis, Kleinodien, Linnengeräth und andern Meublen und Effecten boshaft und vorſetzlicher Weiſe zu entwenden, oder auch Eß- und Trinkwaaren ſchnöden Gewinnſtes halber verpartiren, in dem Falle, wenn der Thäter über 20 Jahr alt iſt, und der Werth des auf einmahl, oder nach und nach geſtohlenen auf 15 Thl. ſpecies oder 30 nach dem Leipziger Fuß ausgeprägte Gulden ſich beläuft, mit dem Strange beſtraft werden ſollen. Wenn aber der Hausdieb das zwanzigſte Jahr noch nicht vollbracht, oder der Werth des Geſtohlenen die vorhin beſtimmte 15 Thl Species nicht erreicht, ſo ſoll der Hausdieb in den Karren oder in das Zuchthaus auf Zeit Lebens verurtheilet werden.„

Nach der Conſtitution von 1725 ſind II. Eß- und Trink-Waaren nicht ſchnöden Gewinnſtes halber entwendet worden, die Hausdiebe mit perpetuirlicher Condemnation ad operas publicas oder dem Werk oder Spinnhauſe zu beſtrafen. In der neuen Conſtitution Art. 3. heiſſet es aber: „Dafern auch ein Dienſtbothe ſich unterfangen ſollte, ſeiner Haus- und Dienſtherrſchaft Eß- und Trink-Waaren nicht in der Abſicht, um Gewinnſt davon zu machen, ſondern ſolche für ſich allein, oder mit andern zu verzehren, diebiſcher Weiſe zu entwenden, oder ſolche einem Dritten zubringet, ohne davon zu genieſſen; ſo ſoll derſelbe mit harter Leibesſtrafe beleget, und dem Befinden nach zum Feſtungsbau

oder Zuchthausarbeit condemniret werden; mithin ſoll die Condemnation nicht auf Lebenszeit geſchehen.

III. Iſt zwar beſage Art. 5. derjenige Dienſtbothe, dem ſein Herr etwas anvertrauet, und in Verwahrung gegeben, es mögen ſolche Schreiber, Hausverwalter oder andere Hausbediente ſeyn, welcher es veruntreuet hat, einem Hausdieb gleich zu achten, jedoch nur mit dem Strange zu beſtrafen, wenn der Werth des veruntreueten Geldes oder Guts 100 Thl. ſpecies beträget, ſonſt aber, wenn der Thäter das zwanzigſte Jahr noch nicht zurück geleget, er zur Karren- oder Zuchthausſtrafe auf Zeit Lebens condemniret werden, es wäre denn, daß die Summe des veruntreueten Geldes oder Guts nur zwanzig Thl. ſpecies betrüge, in welchem Fall die Strafzeit auf gewiſſe Jahre, nach dem Ermeſſen des Richters, beſtimmet werden ſoll.

IV. Iſt beſage Art. 7. die vorgeſchützte Wiedererſtattung nicht gänzlich verworfen, ſondern wie weit ſie dem Diebe zu ſtatten kömt, der Vorſchrift der gemeinen peinlichen Rechte überlaſſen.

V. Heiſſet es im Art. 6.: „Diejenigen Dienſtbothen, welche ihren Mitdienſtbothen oder Fremden Anleitung oder Vorſchub geben, ihre Brodherrſchaften zu beſtehlen, oder den intendirten Diebſtahl gefährlicher Weiſe verheelen, ſollen zu harter Leibesſtrafe condemniret werden. Sollte auch ein ſolcher Dienſtbothe, der zu Beſtehlung ſeiner Herrſchaft vorerwehntermaſſen Anleitung gegeben, ſich gelüſten laſſen, nachmals von dem geſtohlenen zu participiren: ſo ſoll derſelbe, wenn er gleich bey der Ausübung des Diebſtahls ſelbſt nicht mit Hand angeleget, dennoch denen Hausdieben gleich geachtet, und nach dem Maaſſe ſeines Alters, und desjenigen, ſo er von dem geſtohlenen zu ſeinem Antheil bekommen, mit einer härteren Leibesſtrafe, wie in dem erſteren Falle, auch dem Befinden nach, mit der Lebensſtrafe beleget werden.„

Endlich VI. lautet der Art. 8. alſo: „Es ſoll auch bey denen Hausdiebſtählen oder Veruntreuungen kein Unterſchied gemacht werden, ob das entwandte Geld, oder Gut der Brodherrſchaft eigenthümlich gehöret, oder derſelben nur zur Verwahrung oder Verwaltung gegeben worden; allermaſſen der Brodherr auch in Anſehung dieſer ihm anvertraueten Sachen billig in Sicherheit geſetzet werden muß.

Se. Königl. Majeſtät haben anbey allergnädigſt per reſcriptum zu erkennen gegeben, daß ſie aus angeſtammter Milde zu Abänderung der den Haus-

dieben

dieben dictirten Todesſtrafe in einzelnen Fällen geneigt wären, und Höchſt-Denenſelben daher ſowohl die Provocation der Inquiſiten auf ihre Gnade, als die darauf gerichtete Anträge der Richter nicht mißfällig ſeyn würden.

§. II.

In dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CXXV. Bedenken, II. Theils XCIV. Bedenken und im IV. Theil, LXXX. Bedenken habe ich bereits angemerket, daß die bisherigen Strafen der Hausdiebe zu hart, und von keinem groſſen Nutzen ſind, weil die Menſchlichkeit nicht verſtattet hat, ſie öfters zu vollſtrecken, und daß nicht alle Diebe, ſondern nur ſolche Böſewichter, zu deren Beſſerung keine Hofnung vorhanden, zum Tode zu verdammen ſind.

Es iſt zwar ohne empfindliche Strafe der Uebelthäter die gemeine Wohlfahrt nicht zu erhalten, und ſind Todesſtrafen zu erkennen, wenn entſetzliche Verbrechen, oder ſolche begangen worden, die zwar nicht den gröſten Grad der Bosheit zu erkennen geben, jedoch der Folgen halber einen Staat ins Verderben ſtürzen können. Vorſetzlichen Mord und Mordbrand begehen nur die boshafteſte Menſchen, und wenn man ſie nicht auf das ſchärfeſte ſtrafet, ſo werden der Obrigkeiten und Unterthanen Leben und Güter der gröſten Gefahr ausgeſetzet. Daß ein Unterthan, und beſonders ein Soldat ſeiner Obern Befehle zuwider handelt, auch daß jemand durch Liſt und Betrügerey viele Menſchen um das Ihrige bringet, und manchen in Armuth ſtürzet, ſind keine ſo entſetzliche Verbrechen, als der Mord, und mit groſſer Gewaltthätigkeit verübte Raub aber dem gemeinen Weſen eben ſo ſchädlich. Gleiche Bewandniß hat es mit den gefährlichen Diebſtählen, und denenjenigen, die Böſewichter verüben, welche vom Stehlen Profeſſion machen, ſich in Banden begeben, und alſo den Vorſatz haben, auf anderer Koſten ein faules, üppiges Leben zu führen, von denen ſelten Beſſerung zu hoffen iſt. Ihnen geſchiehet nicht zu viel, wenn man ſie aus dem Lande der Lebendigen vertilget (a).

Daß aber ein Dieb, der, ohne Inſtrument zu gebrauchen, womit er ſich wider den Beſtohlenen vertheidigen könnte, durch eine Wand mit den Händen gebrochen, und auch eingeſtiegen und etwas weniges geſtohlen hat, zum Tode verdammet werde, auch daß dieſes einem Hausdiebe widerfähret, der fünf Species-Thaler entwendet hat, wenn aber das Geſtohlene nur in einer Kleinigkeit beſtehet, man ihn auf Lebenszeit ad operas publicas condemniret, iſt ſehr hart. Aus kleinen Diebereyen entſtehet kein ſo groſſes Unheil, daß die Billigkeit und gemeine Wohlfahrt erfordert, ſie gleich den gröbſten Verbrechen zu ahnden.

Die mehreſten Hausdiebe ſind junge Leute, welche eine mäſſige aber empfindliche Strafe beſſern kann. Wenn alſo der Diebſtahl dem Beſtohlenen nicht ſehr nachtheilig iſt, ſo ſchadet es dem Staat vielmehr, als daß es deſſen Beſtes befördert, wenn man ſolche Verbrecher tödtet, oder auf Lebenszeit in die Karre ſendet.

Bisher ſind auch dahier die ſcharfe Geſetze wider die Hausdiebe ſelten vollſtrecket worden, ſondern man hat ſie ſofern begnadiget, daß geringere Diebſtähle mit der Condemnation ad operas publicas auf einige Zeit, die beträchtliche aber auf Lebenszeit, oder auch, dafern groſſe Summen entwendet worden, mit dem Tode beſtrafet worden ſind.

Zwar ſollte man billig keine Geſetze machen, die ſelten vollſtrecket werden können. Ein vernünftiger Schweitzer ſchreibet in ſeinen kleinen Schriften über philoſophiſche und politiſche, ſowohl bürgerlicher als peinliche Gegenſtände. „Wenn das Geſetz ſehr ſelten einer Ausnahme bedarf, ſo kann durch eine kleine Abänderung leicht geholfen werden. Findet es ſich aber, daß daſſelbe deren gar zu öftere erfordert, ſo kann es nicht länger beſtehen. Es zeiget einen Grundfehler an ſich ſelbſt, und dieſer mag alsdenn von ihm ſelbſt oder von veränderten Sitten und Zeiten herrühren, ſo erheiſchet er eine gänzliche Abſchaffung.“ Auch folgende Lehre des CANZII in Diſcipl. moralibus §. 3704. verdienet bey Beſtimmung der Strafen die gröſte Aufmerkſamkeit: Danda opera erit, ne pœnæ ſint delictis mitiores vel acriores. Mitiores enim aut & perpetua indulgentia vileſcunt, quod majus malum eſt ac ipſum delictum. Rigidioribus vero crudelitatis ſpecies præbetur, quæ iterum plurimum mali reipublicæ affert. Man hoffet durch die angedrohete Schärfe Leute vom Stehlen abzuſchrecken, und dieſes kann auch bey vielen gute Würkung haben, wenn gleich andere, die wiſſen, daß ſelten ein Hausdieb auf Lebenszeit zum Feſtungsbau oder in das Zuchthaus verurtheilet wird, jene Strafe nicht fürchten.

Man mögte einwenden, I. es würden nach der neuen Verordnung die Hausdiebe gelinder als andere Diebe beſtrafet, welche zum Galgen zu verdammen, wenn ſie fünf Ducaten entwendet haben, dahingegen jene nur mit ſolcher Strafe zu belegen, dafern 30 Gulden von ihnen geſtohlen und 100 Thaler veruntreuet worden.

II. Gewinnet es das Anſehen, als ſolle nur die Todesſtrafe ſeltener wie bisher erkandt werden, in den mehreſten Fällen aber bey der Condemnation ad operas publicas auf Lebenszeit verbleiben.

III.

III. Iſt es zweifelhaft, in welchen Fällen die Wiedererſtattung des Geſtohlenen von der Todesſtrafe befreyet.

Allein wie I. der Strang in der peinlichen Halsgerichtsordnung Art. 160. auf einen zum erſtenmahl begangenen groſſen Diebſtahl nicht ausdrücklich verordnet, ſondern dem Richter überlaſſen worden, wiefern derſelbe nach ſeinem Ermeſſen dieſe Strafe billig findet (b); ſo erkennet man ſie auch gemeiniglich nur, wenn die geſtohlene Sache ſehr beträchtlich, und die Bosheit des Diebes den höchſten Grad erreichet hat (c).

II. Mildert die Condemnation ad operas publicas Königl. Landesregierung, ohne Sr. Königl. Majeſtät davon Bericht abzuſtatten, und es iſt nicht zu vermuthen, daß die neue Conſtitution dieſe Gewalt einſchränket.

III. Ob die Reſtitution in einem gefährlichen auch zu dreyenmahlen begangenen Diebſtahl die Strafe mildert, iſt ſtreitig. Es verneinen ſolches einige (d). Hingegen bejahen es andere (e). In furto ſimplici zweifelt meines Wiſſens niemand daran (f).

Es iſt auch ein Mitigans, wenn der Beſtohlene dem Inquiſiten das ihm Entwendete ſchenket (g), und zwar aus guten Urſachen. Die Wiedererſtattung geſchiehet öfters von dem ärgſten Böſewicht, wenn er das Geſtohlene noch nicht herdurch gebracht, ſonſt einiges Vermögen hat, oder die Anverwandte ihn retten wollen. Hingegen iſt die Erlaſſung des Brodherrn ein ſtarkes Zeugniß der vitæ antea bene actæ.

(a) PUFENDORF *de Jur. nat. & Gentium*, Lib. VIII. Cap. 3. §. 18. HEINECCIUS *ad Grotium de Jure belli & pacis* Lib. II. Cap. 20. §. 28. ANDREÆ *de Juſta delictorum & poenarum quantitate* Cap. I. §. 2.

(b) EISENHARTS Rechtshändel, Part. II.

(c) KRESS *ad C. C.* Art. 60. BOEHMER *ad Carpzov. Quæſt.* 78. Obſ. 8. KOCH *Inſt. crim.* §. 202. Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. II. CVII. Bedenken.

(d) REYHER *de Furto tertium patrato*, §. 21. LEYSER ſpec. 535. Med. 16. KOCH d. l. §. 205.

(e) LYNCKER Reſol. 466. ENGAU Part. III. Dec. III.

 (f) KOCH

(f) Koch d. l. §. 212. Quistorps Grundſätze des peinlichen Rechts, §. 287.

(g) Lyncker Reſ. 466. Wernher Tom. I. Part. IV. Obſ. 212. Engau Part. III. Dec. 61. num. 3. Brokes Obſ. 613.

XLI. Bedenken.

Ein Gutsherr kann ohne erhebliche Urſachen die Ehen ſeiner Meyerleute nicht hindern.

Die in dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils CXCII. Bedenken befindliche Urtel hat die Göttingiſche Juriſtenfacultät aus folgenden Urſachen 1773 beſtätiget: „Weil aus dem num. 2. in originali beygebrachten Meyerbriefe ſich klar ergiebet, daß der Supplicatin im Jahr 1760 der ſtreitige Vollmeyerhof nach Entrichtung des behandelten Weinkaufs, von dem damahligen Gutsher n zu Meyerrecht übergeben worden, und alſo ſelbige vermöge der in der Grafſchaft Hoya hergebrachten Supplicantiſcher Seits unbeſtrittenen Gewohnheit nach der Clauſul längſt Leib längſt Gut ihrem verſtorbenen erſten Ehemann in ſothanem Meyerhofe unleugbar als überlebender Theil ſuccediret.

Palms Entwurf des Leibeigenthums-Rechts, inſonderheit in der Grafſchaft Hoya, Cap. 5.

folglich, da ſie dem Hofe als Weibsperſon nicht vorſtehen kann, das ihr daran zuſtehende Erbrecht auf ihren zweyten Ehemann den Rechten nach allerdings transferiren mögen; nächſtdem die Supplicatin eingeſtandenermaſſen, um den Conſens zur Heyrath ſowohl, als um Ausfertigung eines neuen auf ihren zweyten Ehemann zu extendirenden Meyerbriefs gebührend nachgeſucht, Mitſupplicantiſcher Vormund der Herr von Behr zu Häuslingen, auch ſeinem eigenen Geſtändniß nach, in die Heyrath gewilliget, wohl folglich der Supplicat durch dieſe Ehe, den Rechten zufolge, in den Mitgenuß aller ſeiner Ehefrauen zuſtehende Rechte getreten, und ſolchemnach ein gegründetes Recht zur Mitbemeyerung in dem in Frage befangenen Vollmeyerhof erhalten; ſodann ein Gutsherr die von ſeinen Colonis zu vollziehende Ehen nicht ohne Rechts erhebliche Urſachen zu behindern vermag.

Mevius vom Zuſtande und Abfolgung der Bauren, Quæſt. 2 num. 159.

Herr Vice-Canzler Strube de Jure villicorum, Cap. 3. §. 17. und Tom. IV. der Rechtlichen Bedenken CXCII. Bedenken.

in ſolchem Betracht auch in der Königl. Verordnung vom 14. April 1719 klar verfüget worden, daß, dafern der Gutsherr ohne erhebliche Urſachen in die Eherecеſſe nicht conſentiren, noch ſelbige unterſchreiben wollte, die höhere Dicaſteria ſolchen Conſens allenfalls ex officio ſuppliren, und die Eherecеſſe an des Gutsherrn Statt zu unterſchreiben befugt ſeyn ſollen: in dem vorliegenden Fall die der Supplicatin Ehemann vorgeworfene Urſachen der Untüchtigkeit insgeſamt altioris indaginis ſind, und allenfalls dem Supplicanten deren Ausführung durch das vorige Urtel ausdrücklich vorbehalten iſt: ſodann die beſchuldigte Deterioration und Vernachläſſigung des Hofes vom Supplicaten gänzlich ins Leugnen geſtellet worden, und falls ſelbige auch erwieſen werden könnte, wenigſtens in Gefolg der Verordnung, wie es mit

Retintegrierung der Meyergüter zu halten ſey, Cap. 1. §. 8.

dem Supplicanten eine ſchriftliche Loskündigung auf reſp. drey oder ſechs Monathe in Gegenwart zweyer Männer geſchehen ſollen, mithin, da ſolche zur Zeit nicht geſchehen, zu Abmeyerung des Supplicaten, falls auch alle demſelben Schuld gegebene Umſtände in der Folge bewahrheitet werden könnten, vorläufig nicht geſchritten werden mögen; Solchergeſtalt alſo die wider das vorige Urtel angebrachte Beſchwerden in allem Betracht ungegründet ſind, als iſt, wie im Urtel enthalten, von uns billig erkandt worden.

XLII. Bedenken.

Ein Sohn iſt nicht gehalten, die nach der ihm geſchehenen Uebergabe des Meyerhofes auf der Leibzucht gemachte Schulden ſeines Vaters zu bezahlen.

Wenn ein Vater ſeinen Meyerhof dem Sohn geſchenket hätte, ſo wäre dieſer gleichwohl nicht ſchuldig, die von jenem nach gethaner Uebergabe gemachte Schulden zu bezahlen (a). Der Leibzuchts Contract iſt aber ein dem Verkauf nahe kommender Contractus innominatus (b), mithin der neue Hauswirth ein Succeſſor ſingularis, der ſeines Vorwirths Facta nicht präſtiren muß, dagegen aber auch, wenn nicht ein anders hergebracht iſt, nach des Leibzüchters Tode ſich deſſen Nachlaß keinesweges anmaſſen darf, dafern dieſer von ſelbigem diſponiret, oder nähere Anverwandten hat. Es heiſſet daher in der Calenbergiſchen Meyerordnung Cap. 7. §. 6. „Was aber die Leibzüchter von eigenem, auch auf der Leibzucht erworbenen Vermögen beſitzen, darüber können ſie nach

Gefallen

Gefallen diſponiren, oder es fällt ſolches, in Ermangelung einer Diſpoſition, ihren nächſten Anverwandten zu, wogegen dieſe die Begräbnißkoſten übernehmen.„

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CLXXVIII. Bedenken.
(b) WEBBER *de Contractu vitalitio* Cap. 1. §. 2. Cap. 2. §. 3.

XLIII. Bedenken.

Ein Schiffer muß die ihm zu überbringen anvertrauete gehörigen Orts nicht gelieferte Sachen dem Eigenthümer vergüten; er erwieſe denn, daß ſie durch einen unabwendlichen Zufall verlohren gegangen.

§. 1.

Der Schiffer Bendel zu Rinteln nahm von dem Kaufmann Grote in Bremen 5 Laſt 32 Scheffel Weitzen in ohnverſiegelten Säcken, beſage des ertheilten Frachtbriefes, an, um ſie für 116 Thl. nach Münden zu bringen. Bey der Lieferung fand ſich ein Mangel von 4 Malter 3½ Himten, und deswegen wollte man ihm die bedungene Fracht nicht völlig bezahlen. Als er deswegen bey Bürgermeiſter und Rath der Stadt Münden Klage erhob, wurde von ſelbigem am 21 Jul. erkandt: Nachdem die Säcke, worin laut vorliegenden Frachtbriefes, der qu. Weitzen zu liefern geweſen, weder verbleyet, noch ſonſt verſiegelt befunden, und ſogar auch deren Anzahl nicht einmahl in dem Frachtbriefe bemerklich gemachet worden, folglich die Lieferung der in dem Frachtbriefe ausgedruckten 5 Laſt 32 Scheffel keinesweges nach Säcken beurtheilet werden mag, ſondern ſchlechterdings Laſt und Scheffelsweiſe berichtiget werden muß; und dann dieſes Quantum nach dem bekannten Verhältnis 94 Malter $1\frac{31}{41}$ Himten hieſigen Gemäſſes ausmachet, ſtatt deſſen beſage beygebrachter Beſcheinigung nur 88 Malter 3½ Himten ausgemeſſen worden, ſo iſt Kläger allerdings verbunden, dem Beklagten das Fehlende geforderter maſſen mit 4 Malter 3½ Himte, nach dem Preiſe, wozu dieſer Weitzen bereits vom letztern hat wieder verkaufet werden können, zu vergüten: Gleichwie demnach des Klägers unerhebliches Geſuch, um eydlicher Abhörung ſeiner Schifleute, inſofern er ſeine gegenwärtige Intention damit zu unterſtützen vermeynet, nicht zu fügen ſtehet, alſo verbleibet demſelben hingegen vorbehalten, falls in Anſehung des gegenſeitigen auf jedes zu vergütende Malter zu 11 Thl. Caſſemünze gemachten Anſchlages etwas erhebliches einzuwenden haben ſollte, ſich annoch damit vernehmen zu laſſen, und weitern rechtlichen Beſcheides darüber zu gewärtigen.„

Von

Von dieſem Erkenntniß appellirte Bendel an die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley, welche aber den 3ten Decembr. 1772 das Mündiſche Judicatum beſtätigte, und zwar deßwegen, weil ein Schiffer denjenigen Schaden erſetzen muß, wodurch die Eigenthümer um die ihm anvertrauete Waaren kommen, wenn er nicht erweiſet, daß ein erlittener Unglücksfall deſſen Urſach geweſen (a). Einen ſolchen wuſte aber der Schiffer nicht einmahl anzugeben, und vielweniger zu erweiſen, daher nothwendig durch ſeine oder der Seinigen Nachläſſigkeit, bey der Lieferung ins Schiff zu Bremen, oder auf der Fahrt, oder beym Ausladen der Verluſt entſtanden, maſſen jedesmahl culpa leviſſima vorhanden iſt, wenn ſich kein unvermeidlicher Unglücksfall begeben (b). Zwar hatte man dem Schiffer und ſeinen Leuten einen Eyd abgenommen, daß ſo wenig von ihnen, als von andern ihres Wiſſens etwas abhanden gebracht, oder veruntreuet ſey. Aber von Beklagten war dieſer Eydesabnahme ausdrücklich widerſprochen, und ſie vom Richter ſalvo jure tertii geſchehen, daher ſelbige nicht die mindeſte rechtliche Wirkung haben konnte (c). Ueberdem fiel des Eydes Unerheblichkeit in die Augen. Denn wenn es gleich vollkommen der Wahrheit gemäß, daß weder der Schiffer noch ſeine Leute etwas veruntreuet haben, noch wiſſen, daß es von andern geſchehen, ſo folget doch hieraus nicht, daß ein Caſus fortuitus den Verluſt veranlaſſet hat.

(a) Es heiſſet im L. 3. §. 1. ff. Nautæ, caupones &c. Hoc edicto omnimodo qui recepit, tenetur etiamſi ſine culpa ejus res perierit, vel damnum datum eſt, niſi quid damno fatali contingit. Ein ſolches damnum fatale muß derjenige erweiſen, welcher es vorſchützet, LAUTERBACH C. T. P. d. tit. §. 18. COCCEJUS *Jur. controv.* d. tit. Quæſt. 2. BERGER O. I. Lib. III. Tit. 6. §. 8. Not. 7. De omni alio damno indiſtincte tenentur nautæ. MÜLLER *ad Struv.* Ex. VIII. §. CXI. lit. ꝺ. HEINECCIUS ad ff. Lib. IV. Tit. 9. §. 551. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 489.

(b) Inter culpam leviſſimam & caſum fortuitum nihil medium eſt, FABER *in Rationalibus* ad L. 3. §. 2. Nautæ, caupones &c. Unde culpa imputata ſemper adeſt, quod quis non accuratius res cuſtodierit, ſi caſus fortuitus non acceſſerit. STRYCK *ad Lauterbach*, d. tit. verb. *citra culpam* & nunquam creditur juramento aſſerentis rem absque culpa ſua eſſe amiſſam, CARPZOV Part. II. Conſt. 26. Def. 17.

(c) CARPZOV Part. I. Conſt. 12. Def. 34. Part. IV. Conſt. 17. Def. 15. num 3. 4.

§. II.

Die Göttingiſche Juriſtenfacultät hat dieſe Erkenntniſſe aus folgenden Urſachen gebilliget: Weil ein Schiffer, in Anſehung der ihm anvertraueten Fracht, zu einem gröſſern Grad des Fleiſſes und der Achtſamkeit als ein bloſſer Conductor verbunden, und was die Römiſche Rechte hierunter im

L. 3. §. 1. ff. Nautæ, caupones, ſtabularii &c.

verordnen, auch noch heut zu Tage dergeſtalt im Gebrauch iſt.

STRYCK U. M. Pandect. Lib. IV. Tit. 9. §. 1. & in Tr. de Actionibus forenſibus Sect. 1. num. 9. §. 33. ſeqq.

LEYSER Spec. 66. Med. 2.

HEINECCIUS in vermiſchten Anmerkungen und rechtlichen Gutachten, Conſ. 19.

de PUFENDORF Tom. IV. Obſ. 150. §. 3.

daß, wofern kein Caſus fatalis, worauf ſich Impetrant nicht einmal bezogen, erwieſen wird, derſelbe für die Schuld einſtehen muß.

CARPZOV Part. II. Conſt. 26. Def. 10.
STYPMANN in Jure maritimo, Part. IV. Cap. 15. num. 324. ſequ.
LAUTERBACH C. T. P. Lib. IV. Tit. 9. §. 18.
KRAUSIUS in Diſſert. de Actione de recepto caſum fortuitum non perſequente §. 11. ſequ.

es mag der dadurch verurſachte Schade herrühren, von wem er wolle.

STAMM de Servituto perſonali, Lib. II. Cap. 14. num. 11.
WERNHER Part. II. Obſ. 403.
BOEHMER Introd. in jus digeſtorum Lib. IV. Tit. 9. §. 6. ſequ.

Der Impetrant, der ſich auf die zeitige und trockene Lieferung, als worauf es allein nicht ankömt, umſonſt berufet, und überdies von deſſen Kunſterfahrenheit bey ſeiner locatione operarum der gröſte Fleiß verlanget wird.

JOH. GEORG WAGENER in Schediaſm. de arbitrio judicis circa quæſtiones de præſtatione culpæ in contractibus obveniente, §. 26. & 34.

die

die groſſe und noch mehr als eine culpam leviſſimam ausmachende Nachläſſigkeit ſich ſelbſt zu imputiren hat, daß er nach Anzeige des in act. prim. inſtantiæ num. 2. befindlichen Frachtbriefes eine darin beſtimmte Qualität von 5 Laſt 32 Scheffel Weitzen in Säcken, deren Zahl nicht einmahl dabey bemerket iſt, bey Verluſt der Fracht den 21ten Jun. 1771. zu liefern übernommen, ohne ſich ſolche weder zumeſſen, noch die Säcke verſiegeln oder verbleyen zu laſſen, als welche Vorſichtigkeit, wenn er, daß ihm nicht ein mehreres an Frucht abgefordert werden können, als er in der That überkommen, verhüten wollen, derſelbe eben deswegen, weil die Säcke unverſiegelt geblieben, nothwendig gebrauchen müſſen, obſchon Impetrat zu deren Verſiegelung keine Ordre geſtellet; der als ein möglicher Fall vorgeſtellete Irrthum im Ein- oder Ausmeſſen hingegen dadurch ſich widerleget, daß in dem von ihm ſelbſt beygebrachten und obangeführten Atteſtats des beeydigten Bremiſchen Schlachtſchreibers Lüder Fuhrmanns, welcher ſich darin zugleich auf den gleichfalls beeydigten Meſſer Bohm beziehet, neben der Säckezahl von 116 Stück, auch die Maaſſe von 5 Laſt 32 Scheffel Weitzen, worin die ganze Ladung beſtanden, ausdrücklich bemerket, und daß dieſes ſeine Richtigkeit hat, von Otto Groten und Compagnie als Abladern in Bremen, darunter, vermittelſt ihres Siegels und Unterſchrift beſcheiniget worden; daß aber zu Münden aus des Impetranten Schiffe der ebenfalls beeydigte Fruchtmeſſer, Johann Chriſtoph Netz, nicht mehr als 88 Malter 5 Himten, und aus einem Sacke im Hauſe $4\frac{1}{2}$ Himten gemeſſen habe, deſſen Atteſtat num. 3. actorum primæ inſtantiæ zu erkennen giebet, mithin nach dem bey der erſten Sentenz, welche in appellatorio confirmiret worden, als bekannt angenommenen Verhältniß des Bremiſchen und Mündiſchen Maaſſes, wovon Impetrant die vermeyntliche Diſcrepanz beyzubringen nicht vermogt, an der Lieferung vier Malter $3\frac{1}{2}$ Himten gefehlet, und ſolchergeſtalt derſelbe den dem Impetraten erwachſenen Schaden zu erſetzen verbunden iſt.

THOMASIUS de Larva Legis Aquiliæ detracta actioni de damno dato receptæ in foris Germaniæ §. 2.

de PUFENDORF de Culpa, Part. III. Cap. 3. §. 5.

daher nicht anders als geſchehen, zumal bey der in den Entſcheidungsgründen des vorigen Beſcheides ſattſam gezeigten Irrelevanz des ohnehin vom Richter erſter Inſtanz nur ſalvo jure tertii vorläufig abgenommenen Eydes füglich erkannt werden mögen, folglich Impetrant den Proceß vergeblich verzögert hat, ſo ſind wir beſchehenermaſſen confirmatorie zu ſprechen bewogen worden.

XLIV. Bedenken.

Der Meyer muß die beſte Art des verſprochenen Korns dem Gutsherrn liefern, die auf dem Meyerlande gewachſen iſt.

Solchen Satz habe ich in dieſer Rechtlichen Bedenken III. Theils, CXII. Bedenken mit Gründen und Præjudiciis zu beſtärken geſucht. Der Kloſtermeyer wollte aber behaupten, daß in den vor 1719 ertheilten Meyerbriefen nur Rauchhabern zu liefern verſprochen, und dieſer angenommen ſey, obwohl vor und nach der Zeit beſtändig Weisbaber auf dem Meyerlande gewachſen. Die Acten wurden an die Helmſtädtiſche Juriſtenfacultät geſandt, und dieſe erfandte 1769: Daß es des eingewandten Remedii reſtitutionis in integrum, ohnerachtet bey der am 8ten Oct. 1767 eröfneten Urtel nochmals billig verbleibet, es könnte und wollte denn Supplicant, mit Vorbehalt des Supplicatens Gegenbeweiſes, beyder Theile Eydesdelation und anderer rechtlichen Nothdurft binnen vier Wochen gehörig erweiſen, daß in den vor 1719. ertheilten alten Meyerbriefen ausdrücklich Rauchhaber beſchrieben zu befinden, oder aber, daß vor und ſeit 1719 beſtändig Weisbaber auf des Supplicanten Meyerlande gebauet worden, ſo ergehet dieſerhalben ſowohl, als wegen der angezeigten in den neuern Meyerbriefen befindlichen Zuſätze ferner was Rechtens. Die Rationes decidendi lauten alſo: „Dieweil aber dennoch 1) bey einem Meyer-Contractu es hauptſächlich auf die perſöhnliche Verbindlichkeiten der Contrahentium ankomt, keinesweges aber der Fundus ſelbſt, weswegen contrahiret wird, die Verbindlichkeit giebet, da bekanntlich blos pro uſu fundi und zwar nicht ſowohl das, was der Fundus ſelbſt an Früchten hervor bringet, ſondern ein gewiſſes pro mercede gegeben wird; Dahero denn 2) in Betracht, daß der diesfalls zu präſtirende Merces nicht allein ſeiner Natur und Eigenſchaft nach, ſondern auch der täglichen Obſervanz und Erfahrung gemäß, in Gelde, Früchten, & quavis alia re beſtehen kann, ſelbiger lediglich nur ein Debitum ſpeciei ausmachet; Und wenn auch gleich 3) gegenwärtig von der in Cultur gegebenen Ländereyen der Zinß in gewiſſen benannten Kornfrüchten ſtipuliret worden, dennoch auch dieſe nicht anders als in genere, von allen Früchten der Art, keinesweges aber in ſpecie von den Früchten, welche auf dem Meyerlande gezogen ſeyn müſſen, zu verſtehen, immaſſen ſonſt nothwendig der Meyer ſich in einen Colonum partiarium, quippe qui fundum pro parte fructuum colit, & damnum & lucrum cum domino partitur, verwandeln würde, und die uniformitas canonis als ein Haupt-Requiſitum des Meyercontracts ohnmözlich beſtehen könnte; Geſtalt 4) wenn der Meyer jedesmahl

mahl die benannten Sorten Kornfrüchte in ſpecie entrichten ſollte, ſo wie ſie ſeines Orts auf dem Meyerlande gebauet werden, derſelbe ohnſtreitig in dem freyen Gebrauch der Ländereyn behindert würde, und beſtändig die Aecker mit dergleichen Kornfrüchten beſaamen müſte, oder aber der Gutsherr ſelbſt, im Fall der Meyer durch Hagelſchlag oder Mißwachs auſſer Stande wäre, dergleichen Früchte von dem Meyerlande zu erndten, alsdenn gar keinen Kornzins zu prätendiren vermögte, welches aber 5) offenbar wider die Eigenſchaft des Meyercontracts ſtreiten, und von Jahren zu Jahren eine Veränderung des Canonis verurſachen; dieſes aber zu unaufhörlichen Streitigkeiten Anlaß geben würde, zugeſchweigen, daß auf Seiten des Gutsherrn dergleichen Zuſätze mit der Zeit noch immer weiter ausgedehnet, und endlich wohl gar von allen Arten der Kornfrüchte, die auf dem Meyerlande gebauet würden, interpretiret werden könnten, dieſes aber eben die in daſigen Landesgeſetzen ſo hart verbothene Erhöhung des Canonis per indirectum bewürken würde; Solchergeſtalt 6) in Beurtheilung und richtiger Beſtimmung des ſtreitigen Canonis allerdings auf den Contract ſelbſt geſehen, und auf die Zeit deſſelben Errichtung zurück gegangen werden muß, angeſehen eben daraus die Abſicht der Contrahentium am ſicherſten herzunehmen, und darnach nicht anders zu vermuthen ſtehet, als daß die von ihnen dero Zeit einmal beſtimmte Qualitas & Quantitas des Zinſes pro futuro unverändert bleiben ſollen, da bekanntlich alle Verbeſſerungen des fundi durante contractu dem Meyer zu Gute kommen, der Gutsherr aber darauf keinen Anſpruch machen kann; In welcher Betrachtung 7) ſich nunmehro die Qualität des in dem ältern Meyerbriefe de 1719 bloshin benannten Hafer leicht beurtheilen läſſet, und nach denen in actis vorkommenden Umſtänden von ſelbſt folget, daß dieſer Haberzinß nicht anders als von Rauchhaber verſtanden werden kann: Anerwogen das Supplicatiſche Kloſter ſelbſt act. num. 11. & 58. nicht in Abrede ſtellen können, daß zu Anfange der conſtituirten Meyerländereyn nichts als Rauchhaber darauf gebauet ſeyn müſſe, und nur die Unwiſſenheit vorſchützet und vermeynet, daß die bisherige Annahme des Rauchhabers keinesweges in der Abſicht geſchehen ſey, niemahlen beſſern Haber zu fordern; Hingegen 8) daraus ſchon die vom Anfang der Meyerſtätte beſtimmt geweſene Qualität des Zinshabers genugſam erhellet, ſolche aber noch mehr aus dem act. num. 2. in copia vidimata producirten Quittungsbuche des ſupplicatiſchen Kloſters ſich beſtätiget, angeſehen daſſelbe von dem Anfange des Jahrs 1720 bis ad Annum 1765 in una quadam ſerie allemahl die in dem Meyerbriefe benannte 4 Malter Haber ausdrücklich mit Rauchhaber entweder in natura, oder aber nach jedesmahligem Marktpreiſe in Gelde präſtiren laſſen, und auch beſtändig nur auf Rauch-

haber quittiret hat. Welches denn 9) ganz ungezweifelt die beſte Erklärung des Meyerbriefes hierin giebet, bevorab ſothane Annahme des Rauchhabers über volle 44 Jahre und alſo über rechtsverjährte Zeit gedauret hat; Wider einen ſolchen Ablauf von ſo vielen Jahren aber dem ſupplicatiſchen Kloſter ſo wenig ein Error oder ignorantia als negligentia adminiſtratorum zu ſtatten kommen kann,

Auth. Mala fide C. de præſcription. longi tempor.
Novella 119. Cap. 7.
Leyser Spec. 454. Med. 6. ſeqq. & Spec. 657. Med. 24.

welches alles alsdenn noch vollends ſeine richtige Anwendung gegen das ſupplicatiſche Kloſter erhält, wenn Supplicant, wie er bereits offeriret, gehörig erweiſet, daß in den ältern Meyerbriefen ausdrücklich 4 Malter Rauchhaber geſetzt, oder aber daß vor und nach dem Jahre 1719 beſtändig Weishaber auf dem Meyerlande gebauet worden: Hierwider auch 10) ſupplicatiſches Kloſter ganz vergebens einen malam fidem reget, und ſolchen daher den Supplicanten imputiren will, weil er wiſſe, daß derjenige, der dem Gutsherrn den Zins zu entrichten verſprochen, ſich dadurch anheiſchig gemacht, ſolchen in Früchten zu bezahlen, die auf dem Meyerlande gewachſen, in näherm Betracht dieſem gemachten Einwurf in alle Wege an einer richtigen Conſequenz ermangelt, anbey bekannteſten Rechten nach die præſcriptio longiſſimi temporis loco tituli iſt, und nach ſolcher bona fides ſo lange präſumiret wird, bis das ſupplicatiſche Kloſter malam fidem ſeu præſcriptionem vitioſam gebührend erweiſet,

Harpprecht Diſp. de Præſcript. immunit. a colleƈt. Cap. 2. th. 57. & 87. & Conſil. 30. num. 76. ſeqq.

wozu aber 11) die von dem Supplicaten ganz ohne Grund präſupponirte und mit nichts bewieſene Wiſſenſchaft gar nicht hinreichend ſeyn will, immaſſen der verſprochene Zins, wie gedacht, ſowohl in Gelde als Kornfrüchten und quavis alia re präſtiret werden kann, hier auch würklich beſage der act. num. 2. befindlichen Quittungen ſtatt des verſprochenen Zinshabers in Gelde angenommen iſt, mithin gegenwärtig nicht ſowohl de poſſeſſione rei alienæ, zu deren Präſcription eigentlich bona fides erforderlich iſt,

C. ult. x. de Præſcript.

ſondern lediglich de mercede præſtanda, & ſic de debito in genere geſtritten wird,

Boehmer in Jure eccleſ. proteſt. lit. de Præſcript.

Nicht

Nicht zu gedenken, 12) daß der bona fides eigentlich in ignorantia juris alieni beruhet,

BERGER Oecon. Jur. Not. 4. & §. 21.
TITIUS in jure privato Lib. 2. Cap. 9. §. 16.

und alſo Supplicanten um ſo weniger zur Laſt zu legen, daß er keinen andern als Rauchhaber gezinſet hat, da ſupplicatiſches Kloſter ſich niemahls anzuführen getrauet, daß zuvor Weishaber gezinſet worden, folglich de alia præſtatione nicht conſtiret, und alſo auch Supplicant in Ermangelung einer ihm diesfalls geſchehenen Bekanntmachung ein anders nicht wiſſen können; Sodann 13) allererſt aus dem zu führenden Beweiſe, ſich die act. num. 49. angezeigten in dem neuen Meyerbriefe befindliche Zuſätze am ſicherſten beurtheilen laſſen, mithin deren Entſcheidung bis zu künftiger Endurtheil ausgeſetzet werden müſſen; Inzwiſchen 14) durch dieſes neue Momentum und dem deshalb nachgelaſſenen Beweis den Supplicanten von aller Protractione litis frey ſpricht und die Compenſationem expenſarum hujus inſtantiæ nothwendig machet,

L. 13. §. 6. de Judiciis, Nov. 82. Cap. 10.

ſo iſt, wie in dem Urtel enthalten, von uns billig erkandt.

Das Kloſter ſupplicirte von dieſem Urtel, und die Acten wurden zum Spruch Rechtens an die Juriſtenfacultät zu Bützow geſandt, welche am 2ten Jun. 1772 erkandte: „Würde Supplicat dem ſupplicantiſchen Kloſter den Gegenbeweiß und alle rechtliche Nothdurft vorbehältlich, binnen 4 Wochen, die hiezu als eine peremtoriſche Friſt anberahmet werden, wie Recht erweiſen, daß in den vor 1719 ertheilten alten Meyerbriefen Rauchhaber ausdrücklich beſchrieben, zu befinden, oder aber daß vor und ſeit 1719 nur allein Weishaber und kein Rauchhaber auf deſſelben Meyerländerey gewachſen, das ſupplicantiſche Kloſter auch dieſes wohl gewuſt, und nichts deſto weniger wiſſentlich Rauchhaber theils in natura angenommen, theils aber über deſſen Bezahlung quittiret habe, ſo ergehet alsdenn dieſerwegen, und wegen der ſupplicatiſcher Seits num. act. 19. in dem neuen Meyerbriefe befindlichen Zuſätze ferner was Rechtens.„ Die Rationes decidendi lauten alſo: „Weil in Abſicht des zum Gravamine geſetzten Beweißpuncts das in voriger Urtel zu beweiſen auferlegte für genüglich nicht erkandt werden mag, maſſen aus der bisherigen Präſtation des Rauchhabers ſtatt Weishabers, wenn gleich auf dem Lande Weishaber gebauet worden, entweder wie jetziger Supplicant und num. act. 34. ſelbſt anführet, ein tacitus conſenſus

ſenſus des ſupplicantiſchen Kloſters, oder eine Präſcription gefolgert werden ſoll, jenes aber per ſe ohne die Wiſſenſchaft des ſupplicantiſchen Kloſters nicht möglich iſt, quum tacitus conſenſus ſupponat ſcientiam ejus, in quod conſentiendum eſt, ideoque non conſentiunt, qui errant

L. 15. D. de Jurisdictione.

quippe error non habet conſenſum

L. 2. D. de Judiciis.

Quid enim tam contrarium conſenſui eſt, quam error, qui imperitiam detegit,

cit. L. 15. D. de Jurisdictione.

letztere aber, nemlich die Präſcription theils ebenfalls ſcientiam domini erfordern würde, maſſen ſonſt nicht gedacht werden kann, daß der Præſcribens in poſſeſſione ſey etiam invito domino die beſtimmte Getreideart zu liefern, wogegen die in Rationibus decidendi angeführte Stelle

Des Herrn Vice-Canzler STRUBEN III. Theils Rechtlicher Bedenken LXIV. Bedenkens §. 4.

nicht angeführet werden mag, weil daſelbſt von der Præſcriptione immemoriali, die eigentlich gar keine Præſcriptio, ſondern nur eine legalis præſumtio juſtæ adquiſitionis ob diuturnitatem temporis, cujus contraria non extat memoria, iſt

Vid. BOEHMER Introd. in jus digeſt. Tit. de Uſurpationibus & uſucapionibus §. 44.
SAMUEL de Cocceji Jur. controv. d. tit. Quæſt. 32.

im Entgegenſatz der wahren Præſcriptionis die Rede iſt, andern Theils aber wegen der Præſcriptionis noch andere wichtige Zweifel in ſubſtrato vorwalten. Denn wie hier eine Præſcriptio 40 annorum erforderlich seyn würde, man mag das ſupplicantiſche Kloſter ex jure piorum corporum

Nov. III. Cap. I. Nov. 131. Cap. 6. X. de Præſcriptionibus,

oder jure rerum patrimonialium principis

L. fin. Cod. de Fundis patrimonialibus

oder jure rerum fiſcalium

L. 4. Cod. de Præſcriptione 30 vel 40 annorum,

beurtheilen,

beurtheilen, ſo fehlet es nicht nur anhero an einer Beſcheinigung, wegen einer continuæ poſſeſſionis von ſo vielen Jahren, maſſen das num. act. 2. producirte Quittanzbuch, welches bisher in actis nicht bemerket worden, nur die Quittungen von den Jahren 1719, 1720 und 1745 bis 1764 enthält, ſondern es ſind auch von dieſen letztern Jahren die Kriegesjahre billig abzurechnen, obgleich binnen denenſelben kein Juſtitium in dortigen Landen geweſen, wie ſolches gründlich beweiſet

Der Herr Vice Canzler STRUBE in der Rechtlichen Bedenken III. Theils VI. Bedenken.

folglich bey den im Quittanzbuch vorkommenden Lücken von anno 1721 bis 1744 incluſive, und die Abrechnung der Kriegesjahre nicht einmal die Suite von 29 Jahren, welche ſonſt in den Jahren 1745 bis 1764 incluſive lege, vorhanden seyn würde, und daher bey fehlendem Beweiſe einer hier erforderlichen Præſcriptionis ſchlechthin auf den tacitum conſenſum des ſupplicantiſchen Kloſters Rückſicht zu nehmen, und daher der Beweis, daß das Kloſter dieſe Lieferung des Rauchhabers, wohl wiſſend, daß nur allein Weishaber auf dem Meyerlande gebauet worden, um ſo mehr erfordertich ſeyn würde; nächſtdem aber auf den Fall, daß die ältere Meyerbriefe, wie man ſupplicantiſcher Seits ſaget, entweder nicht vorhanden wären, oder gleichfalls nur die Generalbenennung des Habers, nicht aber ſpecialem denominationem des Rauchhabers enthielten, es nicht blos darauf, ob Weishaber auf dem Meyerlande gebauet, ſondern vielmehr darauf, ob kein Rauchhaber daſelbſt gewachſen, ankomt, anerwogen, unter jener Vorausſetzung, daß der Meyerzins nur überhaupt in Haber conſtituiret worden, der Meyer, wenn er auch Rauchhaber bauete, als Debitor das Jus eligendi hätte, indem er ſeiner obligationi Haber, der auf ſeinem Felde gewachſen war, zu liefern, ſchon ein Genüge leiſtete, wenn er nur Rauchhaber lieferte, von der Zeit an aber, da er gar keinen Rauchhaber mehr erndtete, und alſo den als Zins zu liefernden auffaufte, nur allererſt ſeine Verbindlichkeit anfing; dieſem allen auch dasjenige, was zu Anfang in Rationibus dubitandi obmoviret worden, theils nicht entgegen ſtehet, theils gar leicht aus dem Wege zu räumen iſt, maſſen es allerdings richtig iſt, was dort angeführet worden, daß der Meyercontract nur eine Art der teutſchen Pacht, und dem Meyer kein dominium utile, ſondern von ihm der Meyerzins nur tanquam merces in locatione conductione pro uſu fundi villicalis präſtiret werde, dahingegen es aber grundirrig ſeyn würde, wenn man den Grund davon, daß der Meyer den Fruchtzins in eben dem Getreide, welches er auf ſeinem Meyerlande bauet, liefern ſolle, daraus herleiten wollte, weil der Zins, als ein acceſſorium fundi, und

als ein Debitum ſpecie & ipſi rei inhærens anzuſehen wäre, vielmehr der Grund hievon in ipſa origine der Meyergüter und in ratione antiquiſſimorum Germaniæ temporum & penuria pecuniæ zu ſuchen iſt, ut eleganter docet.

Perill. STRUBE Comment. de Jure villicor. Cap. 2. §. 12. & Cap. 4. §. 1.

Demnächſt aber die Folge unrichtig iſt, daß merces nicht allemahl in fructibus beſtehen müſſe, auch nicht nöthig ſey, daß derſelbe in fructibus beſtehe, die auf dem Meyerlande gewachſen; anerwogen freylich, wenn der Zins überhaupt nicht in fructibus, ſondern in pecunia oder aliis rebus beſtehet, es eine abſurda & domitiana quæſtio ſeyn würde, wenn man fragte, ob merces in fructibus in fundo natis zu präſtiren ſey? welches eben ſowohl eintreten würde, wenn fructus ſtipuliret worden, welche auf dem Meyerlande gar nicht wachſen, welches letztere doch wohl ſchwerlich geſchehen dürfte. Iſt hingegen in dem Meyercontract eine Art von Früchten feſtgeſetzt, welche auf dem Meyerlande wächſet, ſo iſt unſtreitig die Verbindlichkeit des Meyers da, kein ſchlechteres Korn zu liefern, als er ſelber auf dem Meyerlande bauet, und er verletzt dieſe Verbindlichkeit, es ſey nun, daß im Meyercontract nur ein genus frumenti remotum & varias ſpecies ſub ſe comprehendens ausgedrücket worden, und das gelieferte Korn von einer andern geringhaltigern Specie iſt, als das Gebauete, oder es ſey, daß im Contract die Species ganz genau beſtimmet worden, das gelieferte Korn hingegen zwar ejusdem ſpeciei, als das im Contract genannte, aber bonitate interna ſchlechter, als das auf dem Meyerlande gewachſene iſt, maſſen wenn gleich die Geſetze in den beygefügten Erläuterungen nur von dem letzteren Fall reden, dagegen zu erwegen iſt, 1) daß gleichwohl die eigentlichen verba diſpoſitiva legum allgemein reden, und wollen,

daß das Zinskorn von dem Meyer mit ſolchem Korn zu bezahlen, wie es an ſeinem Ort gewachſen und gedroſchen iſt.

welches beyde vorgedachte Fälle mit begreift, und beſonders 2) daß der Fall, wo ein genus frumenti remotius & plures ſpecies ſub ſe comprehendens im Contract ausgedrückt wird, ein gar ſeltener, und wohl gar nur dieſer einzige iſt, wenn Haber überhaupt im Contract zum Zinskorn geſetzt worden, als welche Benennung als eine generiſche, die Species des Rauchhabers unter ſich begreift, anerwogen was jetziger Supplicat num. act. 49. von dem Weitzen und deſſen Unterarten hieher ziehen wollen, hieher nicht paſſet, indem Weitzen und Buchweitzen nicht zwey ſub generali denominatione des Weitzen begriffene Spe-

cies ſind, ſondern beym gänzlichen Mangel einer identitatis genericæ nur] blos eine ſimilitudo vocum übrig bleibt, die wegen des Zuſatzes Buch und Buchweitzen nicht einmahl eine eigentliche æquivocationem, geſchweige denn zwey ſpecies ejusdem generis ausmacht, welcherhalben denn ſich hieher ſchickt, was

L. 3. 4. & 5. D. de LL.

enthalten, aus dieſem Geſichtspunct auch was

der Herr Vice-Canzler STRUBE l. c. C. 6. §. 8.

vom deteriore frumento ſaget, beurtheilet werden muß, um ſo mehr, da man deſſelben Meynung in dem hier vorſeyenden Fall allerdings aus

deſſelben rechtlichen Bedenken III. Theils 112 Bedenken

erſiehet, und in ſofern der Bezug auf dieſe Stelle für unſchicklich nicht zu halten, daneben auch aus der bey totalem Mißwachs nicht in totum zu concedirenden Remiſſion die pugna der Landesgeſetze und jenes Grundſatzes von dem mit den auf dem Meyerlande gewachſenen Früchten zu entrichtenden Fruchtzins nicht geſchloſſen werden mag, maſſen freylich auf dieſen Fall der Fruchtzins zwar nicht aus den auf dem Meyerlande gebaueten Fructibus, weilen gar nichts gebauet iſt, geliefert werden kann, dieſes aber als eine Exceptio a regula anzuſehen, die ſich ganz von ſelbſt verſtehet, indem überhaupt die ganze Lehre de Remiſſione fructuum nur blos auf eine æquitatem naturalem beruhet, mithin wie viel remittiret werden ſolle, auf das Arbitrium legislatoris & contrahentium beruhet, daher denn auch in der

Hildesheimiſchen Dienſtordnung §. 30.

ſogar in dem Fall der gänzlich aufgebrandten ſchon eingeerndten Früchte der Zins gänzlich erlaſſen worden,

Vid. STRUBEN de Jure villic. C. 6. §. 7. in fine.

hier auch ſich daher, daß der Meyerzins quantitate minor, als ſonſt merces in locatione conductione ſimplici zu ſeyn pflegte,

STRUBEN Acceſſ. ad jus villic. Acceſ. 14.
AYRER l. c. Sect. 2. §. 10.

um ſomehr eine Ratio angeben läßt, als ſelbſt heut zu Tage bey den wenigſten Pachtcontracten auch bey totalen Mißwachs eine gänzliche Remiſſion des Locarii concediret zu werden pflegt, wie denn überhaupt der Satz, daß der Frucht-

zins aus den Früchten des Meyerlandes beſtehen müſſe, nicht ſo nude & abſolute zu verſtehen, ſondern vielmehr nur ſo viel ſagen will: Der Meyer darf, wenn die Art des zum Zins verſchriebenen Korns auf ſeinem Felde wächſt, kein ſchlechteres Korn, i. e. quod neque ſpecie, neque bonitate interna deterioris conditionis eſt, als es auf ſeinem Meyerlande gewachſen iſt, zum Zins liefern, die Specialis obſervantia auch in dieſem Fall nur alsdenn obtiniret, wenn bewieſen worden, was jetzt zu beweiſen auferleget iſt, nemlich daß das Kloſter den Rauchhaber wohlwiſſend, daß nur allein Weishaber auf dem Meyerlande gebauet worden, angenommen habe, wobey denn beſonders in Obacht zu nehmen, was bisher in actis noch gar nicht bemerket worden, daß nemlich in dem ältern Meyerbriefe de anno 1719 der in gerichtlich vidimirter Abſchrift num. act. 37. befindlich iſt, gleich nach der Benennung des zu brennenden Fruchtzinſes folgende Worte befindlich ſind:

> Sollten ſich auch Gefährlichkeiten des Krieges halben eräugnen uf den Event ſoll Hans Jürgen Lampe hiemit verpflichtet ſeyn, ſobald er ſein Korn eingeſammlet, damit er dem Stift in keine Schuld gerathe, ſolches alſofort einzuliefern.

als aus welcher Stelle ganz klärlich und unläugbar erhellet, daß das Kloſter unter dem vorbenannten Haber auch ſolchen verſtanden, den der Meyer ſelbſt eingeſammlet, mithin bey der Generalbenennung des Habers, unter der ſelbſt eingeſtandenen Vorausſetzung, daß er nur allein Weishaber baue, auch dieſer ex mente contrahentium, der ohnehin auch der Grund jener ein gleiches disponirenden Landesgeſetze iſt, zum Zins zu liefern iſt, wie denn auch dieſe Stelle in der Abſicht ſehr merklich iſt, daß wegen der darin enthaltenen interpellationis die Präſcription, wenn man ſich ſupplicantiſcher Seits darauf gründen wollte, allererſt nach 1719 zu rechnen angefangen werden muß, da ſich denn von ſelbſt ergiebet, daß ſeit dieſer Zeit bis anno 1764, da der neue Contract geſchloſſen worden, mit Ausſchluß der Kriegeszeit, eine vierzigjährige gleichförmige Lieferung zu beweiſen ſeyn würde, dannenhero denn von ſelbſt wegfällt, was von der interpretatione contra locatorem & ſtipulatorem facienda gegenſeits bemerket worden, nicht zu gedenken, daß

> BOEHMER in Diſſ. de interpretatione adverſ. eum qui clarius loqui debuiſſet, §. 26. Tom. II. Ex. ad D. 30.

den Mißbrauch und Mißdeutung jener römiſchen Geſetze, non obſtante eo, quod

> LEYSER Spec. 41. Med. 4.

contra

contra monuit, gar gut gezeiget hat. Sodann auch vorausgeſetzt, daß die alte Meyerbriefe nicht ausdrücklich Rauchhaber zum Zins ſtipuliren, (als welches Supplicaten daher zu beweiſen nachgelaſſen) und geſetzt, daß hievon nicht ſchon in anno 1719 wegen des obgedachten Beyſatzes mit Conſens beyder Theile in tantum abgegangen, daß, wenn nunmehro nur allein Weisshaber gebauet würde, auch ſolcher präſtiret werden ſolle, (als welches zu dem ſupplicantiſchen Kloſter reſervirten Gegenbeweis gehören würde) der uniformitati canonis ſeu mercedis nullo modo geſchadet würde, indem die partes contrahentes unter dem allgemeinen genere des ſtipulirten Habers, nach vernünftigen, auf Landesgeſetze gegründeten Regeln der Auslegungskunſt und Analogiæ juris, nothwendig den auf dem Lande gebaueten Haber verſtanden haben müſſen, daher denn, wenn nur Rauchhaber, wie geſtändlich, vormahls gebauet worden, der Zeit auch nur Rauchhaber, wenn aber gegenſeits nur Weisshaber, wie jetzo geſtändlich gebauet wird, auch dieſer zum Zins geliefert werden muß, welche Variatio alſo nicht eine Abweichung vom Contract ausmacht, ſondern vielmehr in deſſen Conformität und nach deſſen Vorſchrift geſchahe, an ſich auch nur in accidentali variatione culturæ ſich gründet, mithin der geſetzlich erforderten Uniformitati, die nur auf das gehet, was im Contract ſtipuliret und feſtgeſtellet worden, ganz unſchädlich iſt, dabenebſt auch, daß hiedurch aus Meyerland Theilland werde, gar nicht zu befürchten iſt, da der wahre Begrif des Coloni partiarii darin beſtehet, daß er eine partem quotam, ſeu intellectualem fructuum fundi, quem colit, alieni dem Domino liefere, welcher daher ein wahrer ſocius, und inter contrahentes ein würklicher contractus ſocietatis geſchloſſen wird, in quo dominus fundi rem, colonus vero operas confert,

Vid. L. 25. §. 6. in fin. D. Locati conducti eſt, L. 52. §. 2. D. pro ſocio.

daher die vulgaris DDrum opinio, als ſey dieſe ein Contractus ex ſocietate & locatione conductione mixtus,

Vid. LAUTERBACH ſig. Diſſert. de Colono partiario.

ungegründet iſt, hingegen ein ſolcher Contract, wo certa pars actualis ſeu quanta fructuum, i. e. per ſe jam determinata quantitas fructuum geliefert wird, ſelbſt nach römiſchen Rechten, ein wahrer Contractus locationis conductionis bleibet,

L. 21. C. de Locato conducto.

add. STRUBEN Comment. de Jure villicor. Cap. 2. §. 12.

welches auch ſelbſt die dortigen Landesgeſetze ganz klärlich beweiſen, maſſen es

in Declaratione Conſtitutionis de Anno 1719 d. 30. Jul. de dato §. 30. Jan. 1720.

in Corp. Conſt. Calenb. P. IV. C. V. n. 50. p. 119.

ausdrücklich heißt:

der Verſtand ſolcher Unſerer Verordnung dict. Art. aber eigentlich dahin gehet, daß keine Meyer- und Zinsgüter in Theilland, noch der alt hergebrachte Canon in Theilkorn, nemlich auf den 2. 3. 4. 5ten Theil (en partem quotam ſeu intellectualem) der auf dem Lande ährlich wachſenden Feldfrüchte, verändert werden ſollen;

womit alſo auch von ſelbſt die Befürchtung, als ob man auch von Erbſen, Linſen und andern Früchten, die auf dem Meyerlande gebauet werden, obwohl davon kein Zins verſprochen, dennoch den Zins mit der Zeit fordern könne, als ungegründet und eitel wegfällt, ſonſten der in rationibus dubitandi aus

des Herrn von PUFENDORF Tom. III. Obſ. 207.

angeführte Zweifel ſich durch die Diſtinction unter die ältern und neuern Zeiten, da jene nur unbillige, dieſe aber alle Steigerung des Meyerzinſes ſchlechthin verbieten,

STRUBE l. c. Cap. 4. §. 2.

würde heben laſſen.

Uebrigens ein von einer Obligatione ad meliorandum hergenommenes Argumentum zwar freylich irrig und unerfindlich ſeyn würde, dadurch aber der Satz ſelbſt ſo wenig wegfällt, als ein ſchlechter und irriger Beweis überhaupt einen Satz unwahr machen kann, die natürliche Billigkeit aber hiebey nicht leidet, indem der Dominus nicht allen Vortheil des Fleiſſes des Meyers ziehet, und auf die qualitatem fundi villicalis, daß er einer ſolchen beſſern Cultur überhaupt fähig iſt, wohl ſo viel zu rechnen iſt, als das geringe plus austrägt, welches er wegen der verbeſſerten Früchte intuitu des Meyerzinſes profitiret; ſonſt aber von den LLbus Romanis in hoc inſtituto juris Germanici eine ſobria adplicatio zu machen iſt.

Endlich aber da Supplicat nicht nur ein Urthel vor ſich hat, ſondern auch die jetzige Reformatoria in effectu nur limitationem prioris ſententiæ enthält,

hält, wiewohl die Sache aus einem ganz andern Geſichtspunkt und nach ganz andern Grundſätzen betrachtet worden, daher die rationes und alſo anima ſententiæ hujus der Helmſtadienſi plane contraria, und prioribus in loco & a Dnis Gieſſenſibus conceptis in der That beyfällig iſt, indem die angehängte Freylaſſung des Beweiſes würklich ex novo in reſtitutionis inſtantia contra ſententiam Gieſſenſem demum allato hergefloſſen, folglich darauf in den beyden erſten Urteln nicht erkandt werden können, mithin probabilem cauſam quæ a temerario litigio excuſat, vor ſich hat, ſo iſt von uns allenthalben, wie im Urtel enthalten, billig erkandt worden.

Als auch wider dieſen Spruch man remedia juris einwandte, und Königl. Juſtizcanzley die Sache entſchiede, ſo reſervirte ſelbige Klägern den Beweis, daß vor 1765 ganzer 44 Jahr, nach Abzug derjenigen Zeit, da in dieſiger Gegend und der Nachbarſchaft Krieg geführet worden, von ihm Weisshaber gebauet, oder aber in den vor 1719 ertheilten Meyerbriefen nur Rauchhaber ausgelobet ſey. Man legte dieſem Erkenntnis zum Grunde 1) daß die Continuitas poſſeſſionis zu vermuthen, wenn deren Anfang und Ende erwieſen worden (a), daß auch 2) Kirchengüter nur binnen 44 Jahren präſcribiret werden (b), und es 3) den Lauf der Präſcription nicht hemme, wenn in einer ſolchen Entfernung Krieg geführet wird, daß kein feindlicher Einfall zu fürchten (c). Daß endlich 4) in præſcriptione longiſſimi temporis die Wiſſenſchaft desjenigen vermuthet wird, welcher durch die Verjährung etwas verlohren (d).

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CLI. Bedenken.

(b) BERGER O. J. Lib. II. Tit. 2. §. 23. Not. 2. HORN Claſſ. 6. Reſp. 14. num. 10. BOEHMER *in Princip. Jur. Eccleſ. proteſtantium* Cap. 10. §. 19. LEYSER Part. VII. Spec. 459. Coroll. 1.

(c) Dieſer Rechtlichen Bedenken III. Theils VI. Bedenken. §. 3.

(d) MANZIUS *de Servitutibus* Tit. I. num. 153. MÜLLER *ad Struv. Ex.* 13. th. 38. lit. Θ.

XLV. Bedenken.

Der Befugnis, künftig unentbehrliche Alimenten zu fordern, kann niemand auſſergerichtlich entſagen.

Als der Wittwe Teikenberg zu Hameln Tochter den Zieſenis heyrathete, wurde in der Eheſtiftung feſtgeſtellet, daß, wenn eines der drey Kinder das väterliche Haus annehme, ſolches den beyden Geſchwiſtern, wie auch der Mutter, jedem 100 Thl. herausgeben, und die letztere auf Lebenszeit die freye Wohnung darin haben, wenn es aber verkaufet würde, Mutter und Kinder in den Ueberſchuß des Kaufgeldes zu gleichen Theilen gehen ſollten. Das letztere geſchahe, und der Käufer bezahlte für das Haus 620 Thl. Als Zieſenis den vierten Theil des Ueberſchuſſes forderte, wurde eingewandt, es ſey mit dieſem Gelde die achtzigjährige Mutter ſeit neun Jahren alimentiret worden, welche Laſt der Kläger pro rata übernehmen müſſe, und ſolchergeſtalt wären die eingeklagte 55 Thl. per compenſationem längſt getilget. Der Kläger vermeynte aber, weil die Mutter Kindestheil angenommen, ſo gebührten ihr keine Alimente, und der freyen Wohnung im Hauſe habe ſie ſich durch den in deſſen Verkauf ausdrücklich ertheilten Conſens begeben.

Allein es kann niemand auf zu Recht beſtändige Weiſe den ihm gebührenden Alimenten entſagen, wie der L. 8. Cod. de Transactionibus alſo verordnet: De alimentis præteritis ſi quæſtio deferatur, tranſigi poteſt. De futuris autem ſine prætore ſive præſide interpoſita transactio nulla autoritate juris cenſetur. Kann nun ſolchergeſtalt niemand ſich der Alimenten begeben, die ihm ſtreitig gemacht worden, ſo kann es um deſtoweniger von demjenigen geſchehen, dem ſelbige auſſer Zweifel gebühren (a). Am wenigſten mögen Kinder ſich ſolchergeſtalt der Pflicht entledigen, ihre arme Eltern zu ernähren (b). Es kam alſo nicht darauf an, was der Mutter, vermöge oberwähnter Eheſtiftung gebühret, ſondern ob und wie lange dieſelbe in ſolchen Umſtänden geweſen, daß der Kindestheil zu ihrem Unterhalt nicht hingereichet hat, und ſie ſich auſſer Stand befunden, mit der derſelben bedungenen freyen Wohnung, den 100 Thlrn. und was ſie durch Gewerbe oder ihrer Hände Arbeit verdienet, ſich den Lebensunterhalt zu verſchaffen. Die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte daher 1773: „daß obwohl der Befugnis, von ihren Kindern Alimente zu fordern, keine Mutter auf zu Recht beſtändige Weiſe entſagen kann, gleichwohl da ſelbige bey Theilung der Güter mit ihren Kindern ſich ſolche nicht bedungen, zu vermuthen iſt, daß der erhaltene Kindestheil, ihr Gewerb und Hände Arbeit

dazu hinreichend geweſen, dem Supplicaten oblieget, binnen vier Wochen rechtlicher Gebühr zu erweiſen, daß und ſeit welcher Zeit die Mutter nicht anders als durch ihrer Kinder Hülfe den nöthigen Lebensunterhalt ſich verſchaffen können, und ergehe dann darauf ferner was Rechtens.„

(a) TUSCHUS Lit. A. Concl. 308. num. 1. 2. BOEHMER Tom. II. Reſp. 584. num. 3. 10. WERNHER Tom. II. Part. X. Obſ. 493.

(b) SURDUS *de Alimentis*, Tit. I. Au. 17. num. 5. Tit. 8. priv. 56. num. 19. 21.

XLVI. Bedenken.

Vom Notario abgehörte Zeugen kann der Richter nach Eröfnung des Rotuli über dieſelbe Articul eydlich vernehmen.

Die von Hasberg gründeten eine der Hud und Weide halber erhobene Klage wider die Schlüterſche Erben, auf einiger vom Notario vorgenommener Zeugen Ausſagen, welche aber zum Beweis nicht hinreichten, weil man in poſſeſſorio ordinario verſirte. Da jedoch, wenn ein Zeugenverhör Mängel hat, und z. E. von einem incompetenten Richter, oder ohne Interrogatoria vom Gegentheil zu fordern, aufgenommen worden, es nach der Publication zu wiederholen iſt (a), ſo kann auch ſolches geſchehen, dafern die Zeugen von einem Notario abgehöret worden. Es bemerket GONZALEZ TELLEZ ad Cap. 17. X. de Teſtibus, num. 5. permitti C. 50. de Teſtibus, ut recipiantur depoſitiones teſtium coram arbitris productorum vel iidem teſtes iterum admittantur, quia cauſa non coram judice ſed coram arbitris agitabatur, qui jurisdictionem non habent, quapropter etiam poſt publicata teſtimonia teſtes recipi poſſint. Eben dieſe Ratio findet auch bey den Notarien Platz, und iſt allhier kein ſolcher metus ſubornationis vorhanden, als wenn nach Eröfnung des Rotuli der Beweisführer den Mangel des Beweiſes durch anderer Zeugen Auſſagen ergänzen, oder das Gegentheil erweiſen will. Wollten die Zeugen im letzten Verhör die Sprache ändern, ſo müſſen ſie ſich ſelbſt des Meineydes, oder den Notarium eines falſi beſchuldigen. Es wurde daher 1767 in Sachen des Obriſten von Uslar wider des Weyl. Oberhauptmanns von Uslar zu Rudolpshauſen nachgelaſſener Kinder Vormund den Syndicum Jacobi die Wiederholung eines ſolchen Zeugenverhörs erkandt, welches auch 1773 in Sachen von Hasberg wider die Schlüterſche Erben folgendergeſtalt geſchahe: Würden die von Hasberg rechtlicher Gebühr erweiſen, daß ſie ſich in præ-

ſentanea poſſeſſione befindet, den Schlüterſchen Kamp, wenn die Felder von Früchten ledig ſind, mit den Schweinen zu behüten, und zu dem Ende Articulos probatoriales exhibiren, über welche auch die vom Notario am 7ten Octobr. 1771 abgehörte Zeugen vernommen werden mögen, ſo ergehet alsdenn ferner was Rechtens.

(a) Hartmann Pistor Lib. I. Quæſt 41. 43. num. 11. Mevius Part. III. Dec. 314. J. S. Stryck *de Reprobatione inprimis poſt publicates atteſtationes* Cap. 3. §. 21. Pufendorf Tom I. Obſ. 157.

XLVII. Bedenken.

Das Jus retorſionis wider Fremde mag kein Richter ohne des Geſetzgebers Erlaubniß ausüben.

Die Hildesheimiſche Richter verſagten bey einem im Stift entſtandenen Concurs den Hannöverſchen Unterthanen, denen des Cridarii unter ihrer Gerichtbarkeit belegene Güther verhypotheciret waren, alle Hülfe, und vertheilten ſie den in dem Hildesheimiſchen wohnhaften Gläubigern. Die Billigkeit erforderte daher, daß man auch die im Hannöverſchen befindliche Güther des Cridarii nur den Hannöverſchen Unterthanen zuerkenne. Einige halten dafür, daß jeder Richter dazu befugt iſt (a). Aber dieſe Meynung hat keinen rechtlichen Grund. Das Edictum quod quisque juris &c. findet hier nicht Platz (b). Nur der Geſetzgeber, welcher weiß was, die regulæ prudentiæ verſtatten, kann Retorſiones erkennen (a). Mit gutem Grunde ſchreibet Hellfeld Jurisprud. for. §. 213. 214.: Judici non eſt permiſſum ſecundum alia jura, quam quæ in ſua obtinent civitate judicare. Ergo ut retorſio locum habeat, requiritur imperantis conſenſus. Es wurde daher von der Königl. Hannöverſchen Juſtitzcanzley 1773 erkandt: Nachdem nunmehro erhellet, daß mit Königl. Landesregierung Genehmigung die Hildesheimiſche Unterthanen deswegen von dem beym Amt Erichsburg entſtandenen Concurs ab, und an das Amt Hundsrück verwieſen worden, weil dieſes die hieſige Unterthanen, ihres an den im Hildesheimiſchen belegenen Güthern habenden Rechts ohnerachtet, abgewieſen, ſo wird der Spieſiſche Curator wider das Judicatum vom 17ten April 1772 hiemit in integrum reſtituiret, und verbleibet es billig bey der Sententia a qua.

(a) Stryck U. M ff. Tit. Quod quisque juris &c. §. 5. Slevogt *de Retorſione in moratorio non competente* Cap. I. §. 10.

(b) Bardili *de Retorſione juris* §. 18.

(c) Voet ad ff Tit. Quod quisque juris &c. §. 4. Titius *ad Lauterbach.* Obſ. 41. Rechenberg *in Bello legum contra leges retorſione ementita metuendum* §. 3. 8. Brokes Obſ. 207.

XLVIII. Bedenken.

Wiefern Privat-Inſtrumente wider einen Dritten beweiſen.

Privat-Inſtrumente enthalten unbeſchworne Zeugniſſe, und ſind res inter alios actæ, welche wider einen Dritten nichts erweiſen (a). Es legen jedoch den leztern einige vim ſemiplenæ probationis bey (b), und Leyser will Spec. 572. Med. 1. daß aus ſolchen eine Vermuthung entſtehe. Ja er lehret daſelbſt Med. 4. res inter alios actæ verdienten plenam fidem, wenn nicht zwiſchen dem Kläger und Beklagten, ſondern mit einem Dritten etwas verhandelt worden. Dieſer Fall ſchiene vorhanden zu ſeyn, als Leute, welchen man die Zehendfreyheit ſtreitig machte, ſolche durch Kaufbriefe von 40 und mehreren Jahren erweiſen wollten, in welchen das Land ihren Vorfahren als Zehendfrey verkaufet war. Ich halte dafür, daß ſolche einen halben Beweis machen, wenn keine Vermuthung eines Betrugs, ſondern vielmehr Umſtände vorhanden ſind, welche es ungläublich machen, daß die Contrahenten zum Nachtheil des Zehendherrn etwas Falſches in die Kaufbriefe geſetzet haben. Es war aber 1) nicht abzuſehen, was ſie vor einen Vortheil dadurch erlangen können, dafern ſich der Zehendherr in dem Beſitz des Zehendrechts befunden, als welchen er eines ſolchen irrigen Vorgebens halber nicht hätte fahren laſſen. Der Verkäufer machte ſich dadurch anheiſchig, dem Käufer Eviction zu leiſten. Dieſes wäre eine unvernünftige Handlung geweſen, wenn er die Zehendpflichtigkeit der Aecker gewußt. Da nun 2) die Poſſeſſion des Verkäufers zu vermuthen, und die Nachkommen des Käufers ſich noch jezt darin befinden, ſo entſtehet daher eine præſumtio continuitatis poſſeſſionis (d). Wenn wider einen Beſitzer aus Lehnbriefen geklaget wird, ſo begründet ſolches die Klage nicht, weil in den mehreſten Lehnbriefen ſich Güther finden, die weder der Lehnmann noch der Lehnsherr beſitzet, ſie jedoch vielleicht mit oder ohne Grund in Anſpruch genommen, oder auch auf zu Recht beſtändige Weiſe verlohren hat, und die entweder aus Fahrläſſigkeit der Verfaſſer, oder um ein vermeyntes Recht dermahleinſt gelten zu machen, in den Lehnbriefen ſtehen blieben. Ganz eine andere Bewandniß hat es mit Kaufbriefen, wenn die verkaufte Sache in des Käufers Händen iſt.

Die angeführte Vermuthungen wurden 3) dadurch beſtärket, daß ſich einige hundert Morgen Landes in der Feldmark befanden, welche unſtreitig Zehendfrey waren, weil dieſes die vor den Zehendherrn ſonſt ſtreitende Vermuthung ſehr ſchwächet. Es ſind daher die Beklagte von der Königl. Juſtizcanzley 1773 zum Erfüllungseyde gelaſſen worden.

(a) WESENBEC Part. I. Conſ. 42. num. 40. EVERHARD *de Fide inſtrumentorum* Cap. 9. num. 177. HARPPRECHT Reſp. 86. n. 67.

(b) TUSCHUS lit. R. Concl. 265. num. 58. STRYCK *de Probatione ſemiplena* Cap. 4. §. 12.

(c) GULICH *ad Mynſinger* Cent. V. Obſ. 79.

(d) LAUTERBACH C. T. P. Tit. *de Uſurpationibus & uſucapionibus* §. 30.

XLIX. Bedenken.

Von dem Vermächtniß des nöthigen Hausgeräths, ohne zu beſtimmen, worin es beſtehen ſolle.

Es iſt in des Mevii und ſeiner Frauen errichteten Teſtamento reciproco enthalten, daß wenn Titius Mevii Schweſter Tochter heyrathen würde, die Teſtirer ſie mit nöthigen Meublen und gutem Hausgeräth verſehen wollten. Nach vollzogener Ehe forderten die junge Eheleute dieſes Legatum von des Mevii Wittwe, welche ſich aber weigerte, über die denenſelben bereits gegebene Meublen ihnen ein mehreres zu reichen. Der Stadtmagiſtrat erkandte jedoch den Legatariis ſolcher Forderungen halber 1200 Thlr. zu, von welchem Judicato an die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley appelliret wurde.

Wenn man mit dem Unterrichter vorausſetzet, daß von einem promiſſione dotis die Frage iſt, ſo entſtehen Anſchein habende Zweifel wider deſſen Erkenntniß. Es heiſſet in L. I. Cod. de Dotis promiſſione: Fruſtra exiſtimas actionem tibi competere, quaſi dos promiſſa tibi, nec præſtita ſit, cum neque ſpecies ulla, neque quantitas promiſſa ſit, ſed hactenus nuptiali inſtrumento adſcriptum quod ea. quæ nubebat, dotem dare promiſerat. Deswegen ſind groſſe Rechtsgelehrte der Meynung, talem promiſſionem ob incertitudinem non valere, ubi extraneus dotem promiſit, ſi non fuerit determinatio relicta arbitrio tertii (a). Es machet jedoch der L. 3. Cod. de Dotis promiſſione die Sache zweifelhaft, welcher will, ſi quis promiſit dotem, non addita quantitate, ſed quodcunque arbitratus

fuiſſet

fuiſſet pro ea daturum videri boni viri arbitrium ſtipulationi inſertum eſſe, und die Conciliationes dieſer Geſetze, welche Huber und andere erſonnen haben, ſind groſſen Schwierigkeiten unterworfen.

Aber die Endſcheidung gegenwärtiger Sache hänget davon nicht ab. Hier iſt keine Frage von einer promiſſione dotis, ſondern von einem Legato dotis. Es behauptet THOMASIUS de obligatione ex promiſſione rei incertæ §. 6. 68. daß a jure circa incertas dotes legatas diſponente ad promiſſionem rerum incertarum kein Schluß zu machen, und alſo kann es auch von der Promiſſione dotis ad legatum dotis nicht geſchehen. Pacta ſind ſtricte zu erklären, und es iſt gläublich, daß ſich in Verträgen keiner zu einem mehreren verbunden, als was deren Worte enthalten, mithin daß einer die Abſicht gehabt, den Brautſchatz, welchen er aus Güte geben wollte, willkührlich zu beſtimmen. Hingegen aber iſt zu vermuthen, daß ein Teſtirer, was er legiret hat, dem Legatario zu gute kommen laſſen, und es nicht in ſeines Erben Willkühr ſtellen wollen, ob ihm das Vermachte zu Theil werde oder nicht (b), welches aber erfolgte, wenn ſelbiger den Legatarium mit dem Minimo abfertigen könnte.

Hier war auch keine ſolche Dunkelheit vorhanden, welche es ungewiß machte, was der Teſtirer gewollt. Meublen bedeuten bey uns ſuppellectilem domeſticam (c), und unter das Hausgeräthe iſt alles gehörig, was man zum täglichen Gebrauch nöthig hat, wozu bey einem im Wohlſtand lebenden Bürger leicht 1200 Thlr. erfordert werden. Die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley beſtätigte daher 1773 des Unterrichters Erkänntniß.

(a) PEREZ *ad Cod.* Lib. V. Tit. XI. num. 4. VOET ad ff. Tit. *de Jure dotium* §. 8. LAUTERBACH C. T. P. d. t. §. 27. COCCEJUS *Jur. controv.* d. t. Quæſt. 5. THOMASIUS *de Obligatione ex promiſſione rei incertæ* §. 34. 67. LEYSER Spec. 40. Med. 1.

(b) MANTICA *de Conjecturis ultimarum voluntatum* Lib. III. Tit. 2. num. 13. BARBOSA *Loc. commun.* Lib. XVIII. Cap. 15. §. 55. Unde valet legatum favore ſtudii factum, licet quantitas expreſſa non ſit, & certum reddetur arbitrio judicis ex qualitate perſonæ & ſtudii, cui ſcholaſticus operam dabit. BARRY *de Succeſſionibus* Lib. IX. Tit. 4. n. 38.

(c) STRYCK U. M. ff. Tit. *de Rerum diviſione* §. 16. THOMASIUS *ad Huberum* d. t. §. 2. LEYSER Spec. 390.

(d) HOMMEL Obſ. 438. *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. I. Dec. 127. num. 5.

L. Bedenken.

Von der Strafe einer Mutter, die ihr Kind von ſich geleget, und dadurch deſſen Tod veranlaſſet hat.

Derjenige, welcher einen Menſchen tödtet, den er nur zu verwunden die Abſicht gehabt, wird als ein Todtſchläger mit dem Schwerdt beſtraft (a). Dieſes widerfähret auch der Mutter, die ihr Kind an einen ſolchen Ort von ſich geleget hat, allwo es vermuthlich umkommen würde (b). Nettelbladt de Homicidio ex intentione indirecta commiſſo §. 27. vermeynet, daß auch eine ſolche Expoſition die Todesſtrafe verdienet, wenn gleich die Mutter das Kind beym Leben zu erhalten geſuchet. Seine Worte lauten alſo: Licet expoſitio ita facta, ut adſint veſtigia ſollicitudinis matris de conſervanda vita infantis, inde tamen non niſi hoc ſequitur, quod maluerit vitam quam mortem infantis, id quod tantum abeſt, ut tollat intentionem indirectam mortis, ut potius ad eam requiratur, ſicque nihilominus adeſt necandi animus. Allein der Animus indirectus hat Stuffen, und machet eine That bey gewiſſen Umſtänden ſtrafbarer als bey andern (c). Wer jemand mit einem Inſtrument erſchläget, welches ſelten den Tod verurſachet, von dem wird deswegen dafür gehalten, daß er weniger die Abſicht gehabt, einen Mord zu begehen, als derjenige, welcher einen im Duell entleibet (d). Aus eben der Urſache iſt die Strafe zu mildern, wenn die Mutter mit Vernunft glauben konnte, daß ehe jemand ihr Kind finden und aufnehmen, als daß ſelbiges umkommen würde, daher einer ſolchen That halber die Anne Marie Engerten deren todt gefundenes Kind an einen Ort ausgeleget war, wohin viele Leute zu kommen pflegten, von Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley auf zehen Jahr in das Zuchthaus verdammet worden.

(a) Pufendorf *in Proc. crim.* Cap. 25. §. 47. Leyser Spec. 603. Med. 8. G. F. Harpprecht Dec. crim. 87. num. 69. 70. Koch *Inſt. jurisprud. crim.* §. 440.

(b) Boehmer *J. E. P.* Lib. V. Tit. XI. §. 13. Pufendorf d. l. Cap. 25. §. 40. Kress *ad C. C.* Art. 132. Koch d. l. §. 477.

(c) Leyser Spec. 603. Coroll. 2.

(d) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. IV. LIV. Bedenken.

LI. Bedenken.

Der nächſte Agnat ſchlieſſet die entferntere von der Lehns-Succeſſion in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen aus.

Nach Abſterben des Ernſt Chriſtian Friederich Carl von Röſſing, maſſete ſich ein entfernterer Agnat der Lehnsſucceſſion an, weil er mit ſelbigen einige Lehne gemeinſchaftlich, andere aber der nähere Agnat deſſen Bruder und Bruder Kinder beſeſſen hatten. Selbiger gründete ſich 1) auf den Textum feud. 50. Er vermeynte, wenn es auf die Proximitatem gradus ankomme, ſo wäre Herzog Georgen von Braunſchweig-Lüneburg das Fürſtenthum Grubenhagen nicht zuerkandt.

Allein 1) hatten der Kläger und der verſtorbene Vaſall die Lehne qu. keinesweges gemeinſchaftlich beſeſſen. Es ſchlieſſet auch 2) der Teſt. 2. Feud. 50. die Proximitatem gradus nicht aus (a). In der Grubenhagiſchen Succeſſionsſache kam es 3) nicht darauf an, wer zur Zeit der beym Kayſerl. Reichshofrath eröfneten Urtel, ſondern zur Zeit des tödtlichen Hintritts Herzogs Philipp zu Grubenhagen deſſen nächſter Agnat geweſen, und dieſes waren die Lüneburgiſche Herzoge (b). Die Acten wurden zum Spruch Rechtens nach Leipzig geſchicket, und daſige Juriſtenfacultät erkandte am 13ten Septembr. 1769. „Daß Klägers Suchen nicht Statt hat, jedoch werden die auf dieſen Proceß verwandte Unkoſten billig aufgehoben, immaſſen wir ſolche hiemit gegen einander compenſiren und aufheben.„ Die Rationes decidendi lauten alſo: Obwohl Kläger ſich auf die im Lehnrecht 2. feud. 50. vorkommende Worte: Si ille, qui feudum habet, exceſſerit, nullo filio relicto, feudum perveniet ad omnes, qui ex linea ſunt, ex qua iſte fuit, ſed omnibus ex hac linea deficientibus, omnes aliæ lineæ æqualiter vocantur, beziehet, wannenhero da mit Abgang des letzten Beſitzers die Otto Heinrichſche Linie ausgeſtorben, er aus dem Curd Hildebrandiſchen Stamm eben ſo gut als Beklagte, ſo aus der Hermann Friederichſchen Linie abſtammen, im Lehn zu folgen berechtiget ſey, behauptet und nichts zur Sache thut, daß Beklagter dem Grade nach näher ſey, ſintemahl daß es auf die Nähe der Verwandſchaft nicht ankomme, die Worte: omnes aliæ lineæ æqualiter vocantur, ſattſam zu erkennen geben, und geſetzt, daß er aus dieſem Grunde nicht fort kommen ſollte, derſelbe annoch zur Nothhülfe mit ſolchem nur gedachten Grunde ſeiner Klage einen andern, nemlich daß in denen ungetheilten Lehnen die Lehnsfolge der Seitenverwandten nach denen Linien, und nicht nach denen Graden zu beurtheilen ſey, beygefüget, zu welchem Behuef er anfüh-

anführet, wasmaſſen Jans von Röſſingen Nachkommen ſich zwar getheilet, jedoch dergeſtalt, daß die Curd Hildebrandiſche Linie, woraus ſelbiger entſprungen, und diejenige, worin der letzte Beſitzer Ernſt Chriſtian Friederich Carl geſtanden, die Hannöverſche Lehne inne haben und gebrauchen, hingegen die Hildesheimiſche Güter, die Otto Heinrichſche Linie (ſoll heiſſen die Herrmann Friederichſche) aus welcher Kläger ſich herſchreibet, behalten ſollen, welchen Vertrag Beklagter ausdrücklich genehmiget, wannenhero wegen ſothaner Theilung Klägere mit dem Verſtorbenen zwar nicht dem Grade, doch aber der Linie nach mehr als Beklagter verbunden zu ſeyn, in den Gedanken ſtehet.

Dennoch aber und dieweil die in dem angezogenen Texte vorkommende Worte: omnes aliæ lineæ æqualiter vocantur nicht die Bedeutung haben, als ob ohne allen Unterſchied der Nähe und Entfernung die in den übrigen Linien vorkommende Perſonen im Lehne folgen ſollten, ſondern dadurch nur ſo viel angedeutet wird, daß nunmehro die Lineal Succeſſion aufhöret, und ſtatt deren die gemeine nach Ordnung der Grade eintrete

Hommel Oblect. Jur. Feudal. Obſerv. 18.

nach welcher letztern Beklagter dem letztverſtorbenen näher als der Kläger iſt, ſondern der andere Klagegrund eben ſo hinfällig wird, ſintemahl die Natur und Geburt, nicht aber die Theilung die nähere und weitere Linien verurſachet, und Kläger, daß er mit dem verſtorbenen Ernſt Chriſtian Friederich Carl die Lehne ungetheilt beſeſſen, nicht anführen kann, ſondern vielmehr, daß ſie getheilet worden, zugeſtehet, mithin dieſes ihm mehr ſchädlich als nützlich iſt.

II. Tom. Cap. 12.
Sächſ. Lehnrecht Cap. 32.
Schwäb. Lehnrecht Cap. 65. §. 1.
Vetus auctor de Beneficiis §. 83. 84.

ſintemahlen die Regel, ſo in den Ländern, wo die Lehnfolge kraft der Mitbelehnſchaft vor ſich gehet, eingeführet iſt, nemlich Theilung bricht geſamt Hand, nicht auf diejenige Lehne zu erſtrecken, wo die Folge nach der Geburt und Kraft der Sippe geſchiehet, als in welchem letztern Fall allemahl, wo die Lineal-Succeſſion aufhöret, alsdenn die Nähe des Grades lediglich in Erwegung kömt, welchem allen annoch beytritt, daß Beklagter ſich zwar die Theilung gefallen laſſen, jedoch ausdrücklich, daß ſolche der Lehnfolge nicht ſchaden ſollte, im zehenden Articul des Vergleichs ſich vorbehalten; unterdeſſen da Kläger eines und

das andere nicht ohne alle Wahrſcheinlichkeit vorzubringen gewußt, ein ſolches ihn ſo viel die Unkoſten betrift von der ſonſt in den Rechten auf vermeſſene Streitſucht geſezten Strafen nicht unbillig befreyet, ſo iſt, wie im Urtel enthalten, von uns billig erkandt.„

Als der Kläger ſich an das Königl. Oberappellationsgericht wandte, erfolgte am 21. Dec. 1771 folgende Confirmatoria: „Daß wohl geſprochen, übel appelliret, und Sententia a qua ſchlechterdings zu beſtätigen, ſolchemnach Appellant der in Frage befangenen vorhin durch die Receſſe feſtgeſetzten zweyen eilftel Theile von denen Röſſingiſchen in anno 1724 denen eilf Gevettern von Röſſing anheim gefallenen Lehne, nach erfolgtem Abſterben des Ernſt Chriſtian Friedrich Carl von Röſſing, ſich weder ganz noch zum Theil anzumaſſen berechtiget, ſondern ſelbige dem Appellatiſchen Geheimten-Rath von Röſſing, als proximo agnato einzuräumen und lediglich zu überlaſſen, demſelben auch die daraus genoſſene Früchte, von Zeit des Abſterbens gedachten Ernſt Chriſtian Friederich Carl von Röſſing zu erſtatten ſchuldig ſey, immaſſen wir alſo erkennen, beſtätigen und ſchuldig vertheilen, ſämtliche auf dieſen Proceß verwandte Unkoſten aber, ſo wohl voriger als dieſer Inſtanz, aus bewegenden Urſachen, gegen einander vergleichen und aufheben.„

(a) STRUV S. J. F. Cap. 9. §. 7. num. 7. SCHILTER *de Natura ſucceſſionis feudalis* Cap. 3. §. 4. SENCKENBERG *Jur. feud.* §. 316. FLEISCHER *Inſt. feud.* Cap. 13. §. 6.

(b) LUNIG *Selecta ſcripta illuſtria.*

LII. Bedenken.

Aus einem Stipendio ad Studia iſt kein Legatum alimentorum zu machen.

Titia hatte in ihrem lezten Willen verordnet, daß von 6250 Thl. Capital die Zinſe denjenigen, welche aus ihrer und ihres Ehemannes Mevii Familie ſich den Studien ergeben, drey Jahre gereichet werden ſollen. Nach ihrer Diſpoſition kömt es nicht darauf an, in welcher Facultät die Stipendiaten zu ſtudiren belieben tragen. Nur ſoll das Stipendium zu Gottes Ehren und des Nächſten Aufnahme angewendet, der Nahme Gottes dadurch verherrlichet, und geſchickte Leute gemachet werden. Es heiſſet ferner im Teſtament: „Das Stipendium brauchet eben nicht würklich auf der Univerſität verzehret zu werden. Denn

M wenn

wenn etwa zwey zu gleicher Zeit, oder kurz hintereinander nach Univerſitäten gehen, ſo genieſſet erſt einer, hernach aber der, welcher ihm in der Ordnung folget, wenn er auch gleich ſchon wieder von der Academie weg wäre, und kann er inzwiſchen Geld zu ſeinen academiſchen Studiren leihen, und durch das Stipendium die Schuld hernach bezahlen, damit er zu rechter Zeit nach Academien komme. Genug alſo wenn das Stipendium behuef academiſchen Studirens angewendet werden wird.

Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte am 20. Septembr. 1770 inſofern Seniores dagegen nichts Erhebliches zu erinnern finden ſollten, die Perception des Stipendii dem in Göttingen ſtudirenden Cajo proviſionaliter zu; wowider aber die die Aufſicht über das Vermächtniß habende Seniores vorſtelleten, es habe Cajus vor etwa 10 Jahren, und alſo bey der Teſtirerin Leben bereits ſtudiret. Er ſey verheyrathet, und nur deswegen auf eine Univerſität gegangen, um ſeinen bekannten ſchlechten Vermögenszuſtand durch das Stipendium zum Nachtheil würdiger Stipendiaten auf einige Zeit zu verbeſſern. Dieſes laufe dem Willen der Stifterin gerade zuwider, welche gewollt, daß das Stipendium zu Gottes Ehren und des Nächſten Aufnahme verwendet werde. Cajus wandte hierwider ein, in dem Teſtament würde kein Unterſchied gemacht zwiſchen denjenigen, welche einmal und zweymal ſtudiren. Er habe gegen ſeine Neigung auf des Vaters Befehl Jura ſtudiret, nunmehro aber ſich auf Cameralia geleget. Die Stifterin ſchlieſſe von dem Stipendio keine Verheyrathete aus. Er gebe auf der Univerſität ſeinen Kindern die beſtmöglichſte Erziehung, wodurch Gottes Nahme verherrlichet, und des Nächſten Aufnahme befördert werde. Selbiger brachte auch ein Atteſtat bey, beſage deſſen er ſich auf verſchiedene mathematiſche Wiſſenſchaften, die Oeconomie, Chymie, Mineralogie und Naturkunde mit anhaltendem rühmlichen Fleiß geleget habe.

Nun kömt 1) auch nach vollendeten academiſchen Jahren ein Familien-Stipendium dem Stipendiario billig zu ſtatten (a), und die Stifterin hat ausdrücklich verordnet, daß diejenige, welche während academiſchen Jahren zum Genuß des Stipendii nicht gelangen können, inzwiſchen Geld leihen, und durch das Stipendium die Schuld hernach bezahlen mögen. Es iſt auch 2) ein Studioſus philoſophiæ deſſen fähig, und die Stifterin hat es dem Willkühr der Stipendiaten überlaſſen, in welcher Facultät ſie zu ſtudiren Belieben tragen, mithin ſcheinet es dem Cajo nicht im Wege zu ſtehen, daß er ſich nur auf mathematiſche Wiſſenſchaften und die Naturkunde leget. Daß auch derſelbe 3) Frau und Kinder hat, dabey aber unbemittelt iſt, da über ſein Vermögen ein

Con-

Concurſus creditorum entſtanden, ſolches ſchlieſſet ihn an und vor ſich von dem Stipendio nicht aus.

Es komt jedoch hier lediglich auf die Abſicht und eigentliche Willensmeynung der Stifterin an (c). Ihr lezter Wille muß dergeſtalt erkläret werden, daß er derſelben deutlich geäuſſerten Endzweck zu erreichen nicht verhindere (d). Nun erhellet aus ſelbigem, daß ein Stipendium ad ſtudia und kein Legatum alimentorum fundiret werden wollen. Dieſe Intention wird aber vielfältig behindert, wenn Cajus das Stipendium erhält. Denn es kann in der Titiä und Mevii Familien nicht wohl an Armen fehlen, welche ihre Umſtände verbeſſern, wenn ſie ſich einige Jahre auf eine Univerſität begeben, ohne die Abſicht zu haben, ſich durch die Studien zu nützlichen Gliedern des gemeinen Weſens zu qualificiren. Dieſe ſchlieſſen ſodann die jungen Leute von dem Stipendio aus, denen es jedoch die Teſtirerin gewidmet hat. Wäre der Implorant bemittelt, ſo könnten die Studia, welche er zu treiben vorgiebet, ihn der Welt vielleicht nützlich machen. Aber in drey Jahren wird er es nicht weit darin bringen, noch ſetzen ihn dieſe Wiſſenſchaften in den Stand, ſein Brod zu erwerben, mithin iſt das Studiren ein bloſſer Vorwand, um auf einige Jahre Alimente zu bekommen. Die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley erkandte daher 1773: „Nachdemmalen, wenn man diejenige, von denen nicht zu vermuthen, daß ſie ihres Alters und anderer Umſtände halber durch academiſche Studia ihr eigenes und das gemeine Beſte befördern, ſondern nur mit ihrer Familie einige Jahre Alimente erlangen werden, den jungen Leuten, welche das Stipendium zu ihrer Qualification anwenden wollen, vorziehet, ſolches die Abſicht der Stifterin vielfältig vereiteln muß, mithin derſelben Intention für ungemäß zu halten, daß aus einem Stipendio ad ſtudia ein Legatum alimentorum werde, ſo iſt der Implorant, wenn er gleich erweislich machte, einige mathematiſche öconomiſche und dergleichen Collegia frequentiret zu haben, dennoch des Stipendii unfähig und davon auszuſchlieſſen, wie wir ihn denn ausſchlieſſen, und die Proceßkoſten vergleichen.„

(a) SCROETER an Stipendium familiæ ei ſit concedendum, qui ob prærogativam alterius illud durantibus annis academicis conſequi haud potuit §. 12.

(b) CLAPROTH *de Stipendiis familiæ* §. 70.

(c) HEINECCIUS Reſp. 45. num. 24.

(d) Eſt abſurditas, ubi operatio eſt contraria fini, ad quem directus erat actus. DOERING Bibl. JCtorum voc. abſurdum. HORN *de Interpretatione juridica* Cap. 4. §. 11.

LIII. Bedenken.

Bey Beſtimmung des dem Pächter gebührenden Nachlaſſes müſſen ihm die Beſtellungskoſten zu gute kommen.

Es iſt nach den Römiſchen Rechten zweifelhaft, ob die Einſaat dem Pächter vergütet werden muß, wenn ihm wegen erlittener Unglücksfälle ein Nachlaß billig angedeihet, weil es im L. 15. §. 7. Locati heiſſet: Ubicunque remiſſionis ratio habetur, non id, quod ſua intereſt, conductor conſequitur, ſed mercedis exonerationem pro rata, ſupra denique *damnum ſeminis ad colonum (pertinere) declaratur* (a). Es führet WEGE de Locatione & conductione Cap. 8 num 128. folgende Rationem dieſes Juris an: Semen deducendum non eſt, quia conductor finito conductionis contractu agros ſeminatos, aut ſemen, ſicut accepit, reddere tenetur, & perinde ſit, ac ſi mutuo tantum accepiſſet. Seminis crediti autem dominium ad conductorem tranſit, ideoque periculum ejus eſt. Aber dieſem widerſprechen die Inſt. Lib II. Tit. 1. §. 31. 32. alſo: Si Titius alienam plantam in ſolo ſuo poſuerit, ipſius erit. Et ex diverſo, ſi Titius ſuam plantam in Mævii ſolo poſuerit, Mævii planta erit: ſi modo utroque caſu radices egerit: ante enim quam radices egerit: ejus permanet, cujus fuerat. Adeo autem ex eo tempore, quo radices egerit planta proprietas ejus commutatur, ut ſi vicini arbor ita terram Titii preſſerit, ut in ejus fundum radices egerit, Titii effici arborem dicamus. Ratio enim non patitur ut alterius arbor eſſe intelligatur, quam cujus in fundum radices egerit. Et ideo circa confinium arbor poſita, ſi etiam in vicini fundum radices egerit, communis fit. Qua ratione autem plantæ, quæ terræ coaleſcunt, ſolo cedunt, eadem ratione frumenta quoque, quæ ſata ſunt, ſolo cedere intelliguntur (b). WINCKLER von Kriegesſchäden *num.* 33. hält dafür, es rede Ulpianus von ſolchen Unglücksfällen, wodurch alle Früchte verderbet worden, und von dieſem Fall ſage er, daß in ſolchem der Pachter dem Verpächter keinen Zins geben dürfe, weil jener ohnehin durch den verlohrnen Saamen Schaden leide. Dem ſey aber wie ihm wolle, ſo iſt doch die Meynung des MEVII Part. IX. Dec. 116. und *in Reſol. in cauſis proprietariorum & penſionariorum* num 19. wegen ihrer Billigkeit nicht nur in den Gerichten, ſondern auch in den Landesherrlichen Rentcammern angenommen, und heiſſet es vielfältig in denen über die Domainen gerichteten Pachtcontracten, daß wenn ſich bey der Wardirung befinde, daß der Pächter nach Abzug der darauf verwandten Koſten, nicht die Hälfte des ausgelobten Locarii erlangen können, ihm eine billigmäſſige Remiſſion angedeihen ſolle.

(a) HELL-

(a) Hellfeld *Jurisprud. for.* §. 1056.
(b) Coccejus *de Jure feminis* Sect. I. §. 4. Voet ad ff. Tit. *in quibus cauſis pignus &c.* num. 2.

LIV. Bedenken.

Ob den rückſtändigen Brautſchatz den Schweſtern eines Vaſallen die Lehnsfolger oder die Landerben bezahlen müſſen.

In einem brüderlichen Erbtheilungs-Vergleich hatten zwey Brüder übernommen, zwey Schweſtern den Brautſchatz zu entrichten. Es geſchahe ſolches von dem einen nicht, und als er ohne männliche Erben verſtarb, entſtund die Frage: Ob deſſen Bruders Sohn der Lehnsfolger, oder ſeine Töchter den rückſtändigen Brautſchatz abzuführen ſchuldig? Wenn ſolches aus den Aufkünften des Lehns geſchehen können, ſo lieget es allerdings den Landerben ob (a). Es wäre höchſt unbillig, wenn der Vaſall ſelbigen zum Beſten etwas erübrigte, und dem Lehnsfolger die Bezahlung der Schulden aufbürdete, für welche das Lehn nur in ſubſidium haftet (b).

Sind aber die Lehns-Revenüen nicht dergeſtalt beſchaffen, daß nach Abzug desjenigen, ſo zum Unterhalt des Vaſallen und ſeiner Familie erfordert wird, der Brautſchatz erſparet werden können, ſondern dieſer rückſtändig geblieben, oder mit angeliehenem Gelde bezahlet iſt, ſo muß der Lehnsfolger die Schuld übernehmen, oder das Bezahlte, als eine Melioration den Landerben erſetzen (c). Zinſe vom Brautſchatz ſind nur a temporæ moræ, und zwar von den Allodialerben des jedesmaligen Beſitzers der Lehne zu entrichten (d). Daher die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley 1773 erkandte: „Nachdemmalen die Lehnsfolger ihre Schuldigkeit die Schweſtern zu dotiren, anerkannt haben, folglich derſelben dadurch nicht entlediget worden, daß der Brautſchatz in ſo geraumer Zeit weder entrichtet, noch deswegen Klage erhoben iſt, mithin er als ein onus feudale auf den Lehnsfolger devolviret worden, ſo lieget dem Beklagten ob, denſelben zu entrichten, er könnte denn binnen vier Wochen erweiſen, daß ſolcher Brautſchatz ganz oder zum Theil aus dem großväterlichen Allodio erfolgen können, oder auch daß die Lehns-Revenües ſo beträchtlich geweſen, daß ſie nicht nur zum Unterhalt des Vaſallen hingereichet, ſondern ihn auch in den Stand geſetzet, aus ſelbigem den Dotem abzuführen. Zinſe aber gebühren den Klägern nur von Zeit der erwieſenen Anmahnung, und zwar ſind ſelbige von den Allodial-Erben der jedesmaligen Beſitzer des Lehns von der Zeit ſolches

Beſitzes zu bezahlen, wie wir alſo reſp. ſchuldig erkennen, abſolviren, reſerviren und die Proceßkoſten vergleichen.

(a) LUDOLF Symph. Vol. I. Faſc. 2.
(b) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils I. Bedenken §. 3. XCIX. Bedenken.
(c) BOEHMER Tom. I. Part. II. Reſp. 123. num. 17.
(d) LEYSER Spec. 304. Med. 7.

LV. Bedenken.

Von der Befugniß eines Vaters, ſeiner Kinder mütterliche unbewegliche Güter zu veräuſſern.

Cajus verkaufte ſeiner Kinder von ihrer Mutter ererbtes Haus und Ländereyen dem Richter des Orts für 280 Thlr. welcher für die bloſſe Ländereyen vom Sempronio 360 Thlr. erhielte, mithin hatte er das Haus umſonſt an ſich gebracht. Des Caji Kinder fochten dieſe Veräuſſerung an, und der Richter ſuchte ſich dadurch zu rechtfertigen, daß er vorgab, einige Gläubiger hätten auf ihre Bezahlung gedrungen, das Haus ſey nicht ausgebauet geweſen, und der minderjährige Sohn habe den Contract eydlich beſtärket.

Nun iſt es zwar andem, daß ein Vater ſeiner Kinder unbewegliche Güter verkaufen darf, ſowohl wegen ihrer dringenden Schulden (a), als auch wenn dadurch derſelben Beſtes augenſcheinlich befördert wird (b). Aber nur wenige Gläubiger hatten auf die Zahlung gedrungen, und dieſe konnten die vom Richter erkandte Subhaſtation des Guts keinesweges fordern, da nicht zu vermuthen, daß es an Mitteln fehlte, ſie auf andere Weiſe zu befriedigen. Die Schulden hatte auch gröſtentheils der Vater gemacht, und ſie beſtunden fürnemlich in rückſtändigen Oneribus publicis, deren Abtragung nicht den Kindern, ſondern ihm ſowohl oblag (c), als das Haus in Bau und Beſſerung zu erhalten (d). Da ſelbiges in Dach und Fach wohl verwahret war, ſo durfte man es nicht eben ſofort inwendig ausbauen. Durch den wohlfeilen Verkauf wurde daher der Kinder Beſtes keinesweges befördert, ſondern ihnen vielmehr geſchadet.

In dem Protocoll, welches der Richter in ſeiner eigenen Sache niedergeſchrieben, heiſſet es: „Nach vorgängiger Admonition de perjurio vitando, und Erklärung der Rechte der Minderjährigen, entſagte N. N. denen Beneficiis mino-

rum und genehmigte die Auszahlung, welche geſchehen.„ Kein Eyd beſtärket aber der Minderjährigen Contracte, wenn ſie nicht von ihren Rechten umſtändlich unterrichtet worden (e). Man hatte ſelbſt nach des Richters Angabe dem Unmündigen nur angemuthet, ſich der Rechtswohlthat der Wiedereinſetzung in den vorigen Stand zu begeben, da man ihm vielmehr ſagen ſollen, ſein Vater ſey unbefugt, das mütterliche Gut zu verkaufen, dafern er nicht in ſolche Veräuſſerung willige, und ſeinen Conſens mit einem Eyde beſtärke. Nicht zu ſolchem Ende wurde der Eyd gefordert, ſondern vielmehr weil ein Sohn, welcher in väterlicher Gewalt ſtehet, wegen ausgezahlt erhaltener Gelder, ſich nicht gültig verbinden könne, mithin verheelte der Richter dem Minderjährigen ſein Recht, und ſetzte die Verbindlichkeit des Contracts als ohngezweifelt voraus. Nur zur Beſtärkung der über die Kaufgelder ausgeſtelleten Quittung wurde ein eydlicher Verzicht erfordert, welcher jedesmal im engſten Verſtande zu nehmen (f).

(a) WERNHER Part. III. Obſ. 35.

(b) FROMMANN *de Adminiſtratione adventitiorum legitima* §. 76.

(c) CARPZOV Part. III. Conſt. 16. Def. 12. & Lib. I. Tit. 10. Reſp. 105. RICHTER Part. I. Dec. 20. n. 3. 7. 8. LAUTERBACH *de Uſufructo paterno* Th. 32. FROMMANN d. l. §. 46.

(d) RICHTER d. l. num. 4. LAUTERBACH d. l. th. 31.

(e) J. S. STRYCK *de Certioratione jurium renunciandorum* Cap. 2. num. 16. 17. Cap. 3. num. 19. Cap. 4. num. 4.

(f) BOEHMER *de Contractu non prælecto* Cap. 2. §. 7.

LVI. Bedenken.

Das Recht eines Bürgen wider den Schuldner kömt keinesweges einem Gläubiger wider den andern zu ſtatten.

Titius hatte dem Cajo im Jahr 1754. 2600 Thaler geliehen, und ſich Sempronius dafür verbürget. Ueber Caji Vermögen entſtund ein Concurs, ſein Haus wurde für 2010 Thl. verkauft, und ſolches Geld dem Titio ausgezahlet. Dieſem blieben alſo an Capital 590 Thl. und an Zinſen 515 Thl. 13 gr. rückſtändig. Er belangte daher den Bürgen, und deſſen Haus wurde für 1428 Thl. ſub haſta verkauft, wovon Titius ſein rückſtändiges Capital und Zinſe erhielte,

hielte, jedoch gegen Caution de reſtituendo, wenn jemand ein Vorzugsrecht vor ihm darthun würde. Dieſes wollte nun Mevia behaupten, weil ſie dem Sempronio im Jahr 1704, 800 Thlr. geliehen, ihr aber von den Hauskaufsgeldern nur 302 Thlr. 26 gr. zu Theil worden. Der Stadtmagiſtrat erkandte 1772, daß der Mevia wegen ihres Capitals der Vorzug vor den dem Titio gebührenden Zinſen zuſtehe, mithin der leztere von den gegen geleiſtete Caution erhobenen 515 Thlr. 23 gr. Zinſen ſo viel an erſtere herauszugeben ſchuldig, als zur Ergänzung des Capitals erforderlich ſey.

Von dieſem Erkänntniß appellirte Titius an die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley, und wollte behaupten, daß da ein Bürge die Zinſen, welche er für den Schuldner bezahlet hat, zum Capital ſchlagen, und Zinſen darauf fordern dürfe, ſo gebührten ihm auch ſolche. Durch die Zahlung, welche der Bürge gethan, wäre die ganze Schuld verändert, und Appellant hätte Capital und Zinſen ſogleich an andern Orten zinsbar belegen, oder dafür Grundſtücke kaufen können, wenn nicht die Zahlung unterblieben.

Allein es iſt der Schluß von den Rechten eines Bürgen wider den Schuldner auf die Befugniß eines Gläubigers wider den andern ganz unbündig, weil zwar jenem das lucrum ceſſans gebühret (a), nicht aber dieſem (b). Der Appellant hatte von dem Bürgen keine Jura ceſſa erlanget, und damit war ihm auch nicht geholfen, weil ſelbigem nur die actio perſonalis mandati zuſtunde, mittelſt welcher er kein Vorzugsrecht vor der Mevia, als einer hypothecariſchen Gläubigerin behaupten konnte. Daß die Natur der Schuld verändert, und aus den Zinſen ein wahres Sempronii Haus afficirendes Capital worden, iſt irrig, weil die Uſuræ uſurarum von Bürgen nur actione mandati contraria, folglich mittelſt einer Perſonalklage gefordert werden können. Geſezt jedoch, die Zinſen wären in ein ſolches Capital verwandelt, ſo hätte gleichwohl das weit ältere Capital der Mevia den Vorgang. Es wurde daher die Sententia a qua beſtätiget.

(a) Mandati actio contraria fidejuſſori competit, ad omne id, quod ipſius intereſt. In eo autem, quod intereſt, etiam lucrum continetur. Ergo & uſuras conſequi debet ejus quantitatis, quam impendit, ut puta ſi quis a debitore ſuo pecuniam exegerit & ſolverit, cum ab eo uberrimas uſuras conſequeretur. FABER *in Rationalibus* ad L. 12. §. 9. ff. Mandati. LUDOLF Tom. I. Obſ. 24. COCCEJUS *de Anatocismo* Sect. 2. §. 8.

(b) Creditori non debentur uſuræ uſurarum, licet propter moram debitoris ab alio pecuniam ſumere, & uſuras uſurarum ſolvere fuerit coactus STRUV Ex. 27. §. 50.

LVII.

LVII. Bedenken.

Ob demjenigen, welcher zur Bebauung einer wüſten Stelle Geld hergeliehen, oder auch die benöthigte Materialien geliefert, und die erforderliche Arbeit verrichtet, ein ſtillſchweigendes Pfand- und Vorzugsrecht zuſtehet?

Es ſtehen nur denjenigen hypothecæ tacitæ zu, welchen ſie der Geſetzgeber beygeleget hat (a). Der Stadtmagiſtrat zu N. erkandte deswegen 1770: „Demnach aus dem, in Anſehung des Supplicanten Forderung, abgehaltenen Zeugenverhör nur erhellet, daß Supplicantens Vater die Baumaterialien zum Behuf der Erbauung des dem Cridario zuſtändig geweſenen Hauſes hergegeben, keineswegs aber Supplicanten Vater dem Cridario Geld zur Erbauung des gedachten Hauſes vorgeliehen, mithin dem Supplicanten, in Anſehung ſeiner Forderung, eine hypotheca tacita privilegiata nicht zugeſtanden werden mag; als läßt man es, Einwendens ohnerachtet, bey der Sententia prioritatis lediglich bewenden. Dieſes Urtel wurde zwar von der Königl. Hannöverſchen Juſtitz-Canzley 1772, jedoch aus einer andern Urſach, folgender Geſtalt beſtätiget: Wenn gleich demjenigen, der zu einem Hausbau nur die benöthigten Materialien geliefert, und die erforderliche Arbeit dabey verrichtet, eben ſowohl ein ſtillſchweigendes Pfand- und Vorzugsrecht, als demjenigen gebühret, welcher zu dem Ende baares Geld hergeſchoſſen; Alldieweilen jedoch die Geſetze, welche dem ad reſtaurationem vel refectionem ædium vorgeſtreckten Gelde ein ſolches Pfand- und Vorzugsrecht beylegen, nur auf reſtitutionem ædium zielen, dahin aber die Errichtung eines Hauſes auf einen vormals unbebaueten Gartenplatz nicht gerechnet werden mag; als iſt hierin wohl geſprochen, übel appelliret, und ſofern des Appellanten Beſchwerde zu verwerfen (b).„ Die Urſach, weswegen die Koſten ſo zur Wiederaufbauung eines eingefallenen oder verbrandten Hauſes privilegiret ſind, beſtehet darin, daß es eine Stadt verunzieret, wenn in ſelbiger ſich baufällige und verfallene Häuſer befinden (c). Eine andere Bewandniß hat es aber mit den Gärten, welche man in den ſchönſten Schädten antrift, und die ſelbigen vielfältig zur Zierde gereichen. Der Liquidant erwieſe aber nächſtdem, daß hier von keinem Garten, ſondern von einer an der Straſſe belegenen Bauſtelle die Frage war, welche, weil ſie nach den Landesgeſetzen bebauet werden mußte, der Magiſtrat caduciret, und dem Cridario angewieſen hatte. Dieſes durfte nicht geſchehen, dafern der Platz ſich zum Garten geſchicket, und dazu erlaubter Weiſe gemachet wäre. Es verunzieret allerdings eine Stadt,

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

wenn an den Straſſen, wo Häuſer ſtehen können, ſich wüſte Stellen, oder auch Gartenplätze befinden, in welchen man etwa Kohl oder Rüben bauet, oder einige Bäume gepflanzet hat. Auch ein Jus ſingulare iſt auf eben dieſelbe Fälle zu erſtrecken, wenn nicht etwa nur eine paritas, ſondern eine Identitas rationis fürhanden (d). Es wurde daher in dem Urtel d. a. 1773 der Liquidant mit ſeiner Forderung, als ein Creditor hypothecarius privilegiatus, in die zweyte Claſſe, nach des Cridarii Ehefrau geſetzet.

(a) CARPZOV Part. I. Conſt. 28. Def. 113. num. 1. BERGER O. J. Lib. II. Tit. 5. §. 1. Not. 3. REINHARD *de Nonnullis pragmaticorum erroribus circa doctrinam de tacita hypotheca §. 6.*

(b) KLIPSCH *de Jure tigni in concurſu creditorum* per tot.

(c) VINNIUS *in Selećt. quæſt.* Lib. II. Cap. 4.

(d) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. III. CXIX. Bedenken. KLIPSCH d. l. §. 15. 18.

LVIII. Bedenken.

Die nach der Kriegesbefeſtigung empfangene Früchte gebühren dem obſiegenden Theile, nebſt dem ihm zuerkannten Guth.

Es heiſſet zwar im L. 25. §. 7. ff. de Hereditatis petitione : *Si ante litem conteſtatam*, inquit, *fecerint.* Hoc ideo adjectum quoniam poſt litem conteſtatam omnes incipiunt malæ fidei poſſeſſores eſſe: quinimo, poſt controverſiam motam. Quanquam enim litis conteſtatæ mentio fiat in ſenatusconſulto, tamen & poſt motam controverſiam omnes poſſeſſores pares fiunt, & quaſi prædones tenentur. Et hoc jure hodie utimur : cœpit enim ſcire rem ad ſe non pertinentem poſſidere ſe is, qui interpellatur, qui vero prædo eſt, & ante litem conteſtatam doli nomine tenebitur: hic eſt enim dolus præteritus. Weil aber im L. 40. d. t. folgende Lehre Pauli gebilliget wird: Illud quoque, quod in oratione Divi Hadriani, ut, poſt acceptum judicium, id actori præſtetur, quod habiturus eſſet, ſi eo tempore quo petit, reſtituta eſſet hereditas, interdum durum eſt. Quid enim ſi poſt litem conteſtatam mancipia, aut jumenta, aut pecora deperierint? Damnari debebit ſecundum verba orationis: quia potuit petitor, reſtituta hereditate, diſtraxiſſe ea. Et hoc juſtum eſſe in ſpecialibus petitionibus Proculo placuit. Caſſius contra ſenſit. In prædonis perſona Proculus recte exiſtimat in bonæ fi. ei poſſeſſoribus

ſoribus Caſſius. Nec enim debet poſſeſſor aut mortalitatem præſtare, aut propter metum hujus periculi temere indefenſum jus ſuum relinquere; So halten einige Rechtslehrer dafür, es ſetze ULPIANUS im L. 25. voraus, daß ſich der Succumbent in mala fide befunden (a). Wenn daher jemand, vermöge des geleiſteten Erfüllungseydes, den Obſieg davon träget, ſo könne er keine Früchte fordern, die für deſſen Leiſtung ſein Gegner empfangen (b).

Allein es handelt PAULUS in L 40. nur von der Frage: ob man denjenigen, welcher eine gerechte Sache zu haben glaubet, nöthigen könne, die caſus fortuitos zu übernehmen, mithin den Werth der ſtreitigen Sache ſeinem obſiegenden Gegner zu vergüten, wenn ſie nach der Kriegsbeveſtigung, ohne deſſen Schuld verlohren gegangen? Es iſt allerdings hart, ihm ſolches aufzuerlegen, nicht aber, daß man den bisherigen Beſitzer, welchem die Sache nicht zukömt, und der weiß, daß man ſie ihm ſtreitig macht, ſchuldig erkenne, die währenden Proceſſes genoſſene Früchte, nebſt dem im Streit befangen geweſenen Guth, herauszugeben. Solche Früchte zu behalten kann derſelbe mit Billigkeit nicht fordern, weil er, obwohl irrig, ſich für den Eigenthümer der Sache gehalten. ULPIANUS ſaget keinesweges, daß ſolcher ein Prædo ſey, ſed eum teneri quaſi prædonem, und des PAULI die Härte dieſes Rechtsmildernde Lehre hat der Kayſer Juſtinianus gebilliget. Es vertheidiget dieſelbe FABER in Rationalibus ad L. 40. de Hereditatis petitione meines Ermeſſens ſehr wohl alſo: Poſſeſſor bonæ fidei, a quo tempore per litis conteſtationem cœpit eſſe dubius de jure ſuo, potuit & debuit fructus aſſervare, ut eos reſtitueret, ſi quandoque vinci contingeret. At non debuit æque præſtare immortalem eam rem, quæ mortalitati erat obnoxia. Nicht nur die ältere, ſondern auch die mehreſte neueren Rechtslehrer halten demnach dafür, daß nach der Kriegesbeveſtigung die erhobene Früchte dem obſiegenden Theil zuzuerkennen ſind (c).

(a) LEYSER Spec. 94. Med. 3. Spec. 99. Med. 6. & Coroll. I. Spec. 450. Med. 3. 4. BROKES *de Litisconteſtatione malam fidem non inferente* per tot & Obſ. 9. CANZMANN *de Bonæ fidei poſſeſſore fructus a tempore litisconteſtatæ reſtituente & non reſtituente.* Sect. 2. §. 14.

(b) LEYSER Spec. 99. Coroll. I. BROKES *d. Diſſ.* §. 37.

(c) CARPZOV Part. III. Conſt. 32. Def. 30. num. 10. STRYCK U. M. ff. Tit. *de Reivindicatione* §. 14. COCCEJUS *Jur. controv.* d. t. Quæſt. XI. HERTIUS Vol. I. Reſp. 268. num. 7. HEINECCIUS ff. Tit. *de Hereditatis petitione* §. 68. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 590. HOMMEL *Rhapſod.* Obſ. 234.

LIX. Bedenken.

Von der Strafe des Straſſenraubes, und ob derjenige, welcher deſſen hinlänglich überführet iſt, ſeines halsſtarrigen Leugnens ohngeachtet, mit ſelbiger beleget werden dürfe?

Eine Diebesbande beraubte bey Duderode, Amts Weſterhofe, den Poſtwagen, misbandelte die darauf befindliche Kaufleute, und nahm ihnen an Gelde und Geldes Werth über 2000 Thaler. Dieſe Leute hatten auch eine Menge ſolcher Diebſtähle begangen, deren jeder den Strang verdienet. Unter ihnen waren drey Gebrüder Wackermäuler vom Eichsfeld gebürtig. Der Aelteſte geſtund alle Verbrechen. Die beyden jüngſten leugneten ſie aber alle auf das hartnäckigſte. Der Straſſenraub wird nach der peinlichen Halsgerichts-Ordnung Art. 26. mit dem Schwerdt beſtraft, und es iſt faſt überall hergebracht, daß man die Körper der Räuber auf das Rad flechtet (a), welche Strafe dem Galgen gleich geachtet wird, womit man gefährliche und groſſe Diebſtähle ahndet (d). Die Strafe des Raubes muſte nun denjenigen zu Theil werden, welche ihr Verbrechen bekannten. Es entſtund aber die Frage: ob der Jacob und Dyoniſius Wackermaul durch die Tortur zum Bekenntniß zu nötdigen, oder als überzeugte Straſſenräuber gleich ihrem Bruder zum Tode zu verdammen wären?

Bey dieſen Leuten hatte man 1) geraubte und geſtohlene Sachen gefunden. 2) Jhre Mitverbrecher, beſonders aber deren leibliche Mutter und der Bruder gaben ſie als Räuber und Diebe an. Sie wurden 3) vieler Lügen überführet, und Dyoniſius ſuchte 4) im Gefängniß ſeine Brüder ſchriftlich zu bewegen, die Unwahrheiten zu beſtärken, welche er vorgebracht hatte. Dieſer Leute Vater war 5) ein berüchtigter Dieb, welchen man in flagranti ergriffen, der zu Wolfenbüttel im Gefängniß geſtorben, und die Söhne zur Dieberey angeführet hatte.

Es will zwar die peinliche Halsgerichts-Ordnung Art. XXII. daß um einigerley Verdacht nur die peinliche Frage, die peinliche Strafe aber allein aus einem Bekennen oder Beweiſung erkandt werden ſolle (c).

Die Reichsſtände ſind jedoch nicht dergeſtalt an ſelbige gebunden, daß ſie anſtatt der Tortur keine Lebensſtrafe erkennen können, wenn einiger vernünftiger Zweifel nicht vorhanden, daß der Inquiſit die That begangen, ſeine Halsſtarrigkeit

rigkeit aber glauben machet, daß er es auf die Tortur ankommen laſſen, und ſelbige ausſtehen werde (d).

Daß man jemand zum Tode verdamme, dazu iſt nur eine certitudo moralis nöthig. Es ſchreibet THOMASIUS de fide Juridica §. 46: Dantur vero ſimilitudines, quæ in vita civili æquipollent moraliter tamdiu veritatibus logice certis, quamdiu non docetur contrarium, und MEIER in den philoſophiſchen Betrachtungen über die chriſtliche Religion II. Stücks. „Die moraliſche Gewißheit beſtehet in einem ſolchen hohen Grade der Wahrſcheinlichkeit, vermöge deſſen man nicht zwar klar und deutlich erkennet, daß die wahrſcheinliche Sache nothwendig ſey, der aber doch zureichend iſt, einen Menſchen vernünftiger Weiſe zu bewegen, ſie für wahr zu halten, und auf eine ihr gemäße Art ſein Verhalten einzurichten.„ Was konnte aber der Inquiſiten Mutter und Bruder, mit denen ſie in der genaueſten Freundſchaft gelebet, und jener von den geraubten Sachen groſſe Präſente gemachet hatten, bewegen, dieſelbe fälſchlich ſo vieler Verbrechen zu beſchuldigen. Wollte man eine mehrere und ſolche Gewißheit erfordern, welche das Gegentheil unmöglich macht, ſo könnte überaus ſelten ein Uebelthäter zum Tode verdammet werden. Es iſt glaublicher, daß Zeugen aus Bosheit oder Unverſtand wider einen Inquiſiten ein falſches Zeugniß ablegen, als daß es von einer Mutter und dem Bruder geſchiehet. Auch ſind viele Exempel fürhanden, daß Inquiſiten aus Furcht für der Marter, oder durch ſelbige genöthiget worden, Verbrechen zu bekennen, die ſie nimmer ausgeübet haben, und dennoch träget man kein Bedenken, dergleichen Leute am Leben zu ſtrafen.

Die Königl. Hannöverſche Juſtiz-Canzley hat daher, nach dem Beyſpiel der Halliſchen Juriſtenfacultät beym BOEHMER I. E. P. Lib. V. Tit. I. §. 71. der Königl. Landesregierung anheim gegeben: ob die Inquiſiten pro convictis zu halten, und mit der pœna ordinaria zu belegen, oder man ſuchen ſollte, ſie durch die Marter zum Bekenntniß zu nöthigen? Das letzte wurde beliebet, jedoch die Art der Tortur ungewöhnlich geſchärfet, und dadurch die Inquiſiten zum Geſtändniß gebracht, folglich ihrer vier enthauptet, und die Körper auf das Rad geleget.

(a) MEVIUS *ad Jus Lubec.* Lib. IV. Tit. 2. Art. I. num. 8. ENGELBRECHT ad ff. Tit. *vi bonorum raptorum* §. 43. LAUTERBACH C. T. P. d. t. §. 20. HERTIUS Vol. I Reſp. 570. BOEHMER *ad Carpzov Quæſt.* 90. Obſ. 2. & ad CC. Art. 126. §. 9. LEYSER Spec. 539.

539. Med. 13. Hommel Obſ. 412. Quistorp in den Grundſätzen des peinlichen Rechts. §. 302.

(b) Carpzov Quæſt. 91. num. 52. 53. Berger E. J. C. Part. I.

(c) Leyser *de Maleſico convicto, ſed non confeſſo* §. 7. Barth *de Convicto non confeſſo*, Cap. 2. §. 16. Lentin *de Eo quod circa reum ex præſumtionibus convincendum & condemnandum juſtum eſt.* §. 18.

(d) I. H. Boehmer J. E. P. Lib. V. Tit. I. § 79. I. S. Boehmer ad C. C. Art. 69. §. 2. Lentin d. l. §. 19. 20. Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. II. CXVII. Bedenken.

LX. Bedenken.

In der Grafſchaft Hoya ſtehet dem Erſtgebohrnen kein mehreres Recht an den Lehnen zu, als ſeinen jüngern Brüdern.

Der Hauptmann von Hasberg wollte behaupten, die Lehne, welche ſeines Vaters Bruder beſeſſen, müßten ihm allein, mit Ausſchlieſſung ſeines jüngern Bruders, zu Theil werden. Er gründete ſeine Forderung in einem Herkommen des Landes und beſonders ſeines Geſchlechts, welches folgende Worte eines brüderlichen Erbtheilungs-Receſſes de 1686 erweiſen ſollten: „Zum andern ſo iſt beliebet, nach landüblichen Gebrauch, daß der älteſte der Herren Brüdern jetzo Albert Erich von Hasberg, die Güter plenarie und vollkömmlich an ſich nehmen, für ſich ſie adminiſtriren, und als ſein Eigenthum, doch nach Art und Eigenſchaft des Lehnrechts haben, behalten, genieſſen, und poſſediren mag und kann, geſtalt er ſie auch hiemit würklich übernimmt, und das Dominium cum poſſeſſione acceptiret und antritt.„ Dieſer Receß war ferner in einem Anno 1707 errichteten Theilungsvergleich zum Grunde geleget, und dem Aelteſten das Lehngut überlaſſen.

Aber von einem ſolchen Hoyaiſchen Herkommen weiß 1) niemand etwas. Vielmehr iſt in Herzog Chriſtians Celliſcher Policeyordnung von 1618. Cap. 22. folgendes verſehen: „Laſſen zwar die Lehnrechte zu, daß gemeine Lehne getheilet werden können und mögen. Alldieweilen aber deswegen nicht allein Diviſiones, ſondern auch Subdiviſiones dermaſſen vielfältig vorgehen, daß etliche Unſerer Landſaſſen ihr Auskommen von ihren ihnen zugefallenen Antheilen nicht haben können, auch oftermals keiner in familia ſo viel in Vermögen behält, daß

daſs er den Nothleidenden aus ihrem Geſchlecht in etwas die Hand biethen kann, ja Uns an Roßdienſten, Contributionen, auch daß groſſe Schulden auf die Lehngüter gemachet werden, ein merkliches abgehet, zu geſchweigen, daß wenn ein Haus in viele Theile zerriſſen wird, oftermals die geſamte deſſen Bewohnungen groſſe Uneinigkeiten und andere Ungelegenheiten zwiſchen den adelichen Perſonen und ihrem Geſinde erwecket und verurſachet, ſo ſeynd Wir zwar gar nicht gemeynet, Unſern Landſaſſen die Diviſiones und Subdiviſiones zu verbiethen, verſehen Uns gleichwohl gnädig, ſie werden für ſich gewillet ſeyn, ſich dabey alſo zu moderiren und zu mäſſigen, daß ſie und ihre adeliche Geſchlechter bey gutem Vermögen und Reſpect erhalten, die Lehngüter mit Schulden ohnbeſchweret bleiben, Uns auch und Unſern Nachkommen der Roßdienſt deſto bequemer, gewiſſer und verfolglicher davon geleiſtet werden könne und möge.„ Sind nun die Lehngüter theilbar, ſo kann ſie der älteſte Bruder nicht allein prätendiren. Dieſe Policeyordnung iſt beſage Cap. 55. §. 2. nicht nur den beyden Fürſtenthümern Celliſchen und Grubenhagiſchen Theils, ſondern auch des Geſetzgebers Graf- und Herrſchaften, mithin der Niedergrafſchaft Hoya vorgeſchrieben, weswegen dann die Hoyaiſche Reſolution de 1697 Art. 5. ſich auf beſagte Policeyordnung gründet.

2) Setzen die Hasbergiſche Receſſe von 1686 und 1707 voraus, daß dem älteſten das Guth verbleiben, er aber davon ſeine Brüder mit Gelde ablegen müſſe, und alſo ſollte er nicht mehr, wie ſelbige erhalten. Aber es ſtammeten die im Streit befangene Brüder von dem Verfaſſer ſolcher Receſſe nicht ab, mithin verbanden ſie den jüngſten Bruder nicht. Als auch zwiſchen Hartmann Curd von Hasberg und ſeinem Bruder dem Cämmerer Georg Albert von Hasberg, wegen der Conpoſſeſſion des Lehnguts qu. eben der Streit entſtunde, welcher jezt entſchieden worden, Königl. Juſtiz-Canzley aber dem jüngſten Bruder die Conpoſſeſſion zuerkandte, und deswegen der ältere ſich an das Königl. Oberappellationsgericht wandte, wurden ihm die nachgeſuchte Proceſſe am 14. Septembr. 1754. aus folgenden Urſachen verſaget. „Weil dem Imploranten zur Erlangung des Beſitzes in ordinario das Interdictum quorum bonorum allenfalls zu ſtatten kommen würde, mithin eine Manutenenz dagegen in ſummariſſimo, da das Ordinarium klar iſt, nicht eintreten kann, das in einer andern Linie vermeyntlich hergebrachte Jus primogenituræ aber in cauſa des weyl. Oberforſt- und Jägermeiſters Gottlieb Auguſt Aſchen von Hasberg, wider den Hasbergiſchen Curatorem allhier bereits vorlängſt rechtskräftig verworfen worden, folglich Gravamen überall ungegründet iſt.„ Die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley erkandte daher am 1ſten May 1773. „Nachdemmalen vermöge

der

der in der Grafſchaft Hoya eingeführten Lehnrechte dem ältern Bruder kein mehreres Recht an den ihm angefallenen Lehnen zuſtehet, als dem jüngern, noch die von der erloſchenen Hasbergiſchen Linie errichtete Vergleiche, wenn ſie auch ein üblich geweſenes Jus primogenituræ erwieſen, wie nicht, den Imploranten verbinden, ſo iſt derſelbe in die Conpoſſeſſion und den Mitgenuß ſämtlicher von Curd Hartmann von Hasberg hinterlaſſener Lehne zu ſetzen, und Implorat eine Deſignation der gehobenen Lehnfrüchte, wie er ſich getrauet, ſie mittelſt Eydes zu beſtärken, folglich Imploranten deren Halbſcheid, ſofern ſie nicht durch die von ihm agnoſcirte Gegenforderung getilget iſt, zu erſtatten, auch alle das Lehn betreffende Documente gleichfalls ſub juramento zu ediren ſchuldig.„

LXI. Bedenken.

Von der Beſtrafung der einem Edelmann von einem weit geringern zugefügten Real-Injurie.

Der Jägerpurſche, welcher einem zur Jagd berechtigten von Adel die Flinte nahm, weil er vermeynte, der Ort ſey im Königl. Gehege belegen, allwo die Pfändung geſchahe, konnte den von ihm geforderten Eyd nicht leiſten, daß er dem Edelmann, welcher ſich weigerte die Flinte fahren zu laſſen, keine Ohrfeige ertheilet, noch ihn gedutzet habe, vorgebend, er ſey ungewiß ob es geſchehen, und erinnere ſich deſſen nicht. Ein ſolcher wird nun pro confeſſo und convicto gehalten (a). Dergleichen herbe Injurien verdienen die Landesverweiſung auf Lebenszeit (b), bevorab wenn ein Geringerer ſie einem Vornehmern zufüget (c). Weil aber der Ort, wo die Flinte genommen worden, ehemals zum Königl. Gehege gehöret hatte, und die damit vorgegangene Veränderung dem Jägerpurſchen unbekannt geweſen, mithin er bona fide ſeinen Pflichten gemäß gehandelt zu haben geglaubet, immitteſt der Exceß unverantwortlich war, ſo verdiente derſelbe auf ein Jahr des Landes verwieſen zu werden.

(a) WERNHER Tom. I. Part. IV. Obſ. 204.

(b) CARPZOV Quæſt. 94. num. 38. HERTIUS Vol. I. Reſp. 558. num. 17. BERGER *Elect. Jur. crim.* Part. II. MEISTER *Jur. crim.* Sect. II. Part. Cap. XI. §. 13.

(c) CARPZOV d. l. LYNCKER Vol. II. Reſp. 89. num. 5. HERTIUS Vol. I. Reſp. 149. num. 7. JCti Hallenſes Tom. I. Lib. I. Conſ. 325. num. 20.

LXII. Bedenken.

Von Beſtellung der Holzknechte.

Als das Amt Harſte einen Holzknecht zu Elliehauſen beſtellete, thate dieſe Gemeinde bey ſelbigem dawider Vorſtellung. Sie erhielte aber von beſagtem Amt folgende Reſolution: „ Nachdem bekannte herrſchaftliche Forſtverordnungen ſchon längſt denen Beamten die Aufſicht über die unter ihrem Gerichtszwang belegene Gemeinde Hölzer anvertrauet, und dazu nicht allein die Beſtellung der Unteraufſeher gehöret, ſondern auch das Recht ſolche anzuſetzen, welches ab Seiten hieſigen Amts bis hieher ohne Widerſpruch ausgeübet worden, ſo kann der Bitte obbemeldeter Gemeinde, ſtatt des beſtelleten Holzknechts Gehle einen andern anzuſetzen, um ſo weniger deferiret werden, da dieſelbe gegen deſſen Perſon keine erhebliche Einwendungen zu machen weiß. „ Hiervon appellirte ſelbige an die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley, erboth ſich zum Beweiß, die Wahlen der Holzknechte hergebracht zu haben, und wurde dazu gelaſſen.

Nun halten zwar nicht wenige Rechtslehrer die Beſtellung der Forſtbedienten, auch inſonderheit der Holzknechte, für ein der förſtlichen Obrigkeit anklebendes Recht (a). Andere aber vermeynen, daß ſelbige den Eigenthümern des Waldes zuſtehe. In der Weimarſchen Jagd- und Forſtordnung IV. Hauptpunkt §. XI. heiſſet es: „ Alle Gemeinden, ſo Gehölze unter Uns liegend haben, ſollen ſchuldig ſeyn, ſich alsbald, nach Verkündigung der Forſtordnung, eines oder mehr Förſter unter ihnen, entweder auf eine ziemliche Belohnung, oder auf den Abwechſel und Umgang, wie ſichs am füglichſten ſchicken will, über gemeldete ihre gemeine Hölzung zu vergleichen, und den- oder dieſelbe ihre beſtellete oder erwählte Förſter jährlich, entweder um Michaelis oder Lichtmeß, dem Beamten und Oberforſtmeiſter vorzuſtellen, damit ſie denſelben an Unſerer Statt in Pflicht nehmen, ob dieſer Ordnung auf bemeldeten ihren anbefohlenen Holzungen alles mit getreuem Fleiß, und wie ſichs gebühret, zu halten, und die Verbrecher jedesmal an gebührende Orte zur Strafe anzuzeigen „ (c).

Ich vermeyne, daß im Zweifel dem Eigenthümer das Recht zuſtehet, Holzknechte zu erwählen. Denn der Forſtherr iſt befugt, den Mißbrauch des Waldes zu behindern (d), dazu aber hinlänglich, wenn die förſtliche Obrigkeit keinen von den Eigenthümern erwählten Holzknecht annimt und beeydiget, dafern deſſen Untüchtigkeit erhellet. Immittelſt hängen die Rechte eines Forſtherrn von der Obſervanz ab (e), und da in den Chur-Braunſchweigiſchen

Landen die Holzknechte gemeiniglich nicht von den Intereſſenten, ſondern von der Obrigkeit erwählet werden; ſo legte man klagender Gemeinde den Beweiß ob, daß ſie ſolches Recht hergebracht hätte.

(a) KRAISER *ad Conſtitutionem foreſtalem Bavaricam* beym Fritſch *in Corpore juris venatorio-foreſtalis* Part. I. p. 186. LEYSER *Jur. Georg.* Lib. III. Cap. XI. num. 66. KNIPSCHILD *de Civitatum imperialium juribus* Lib. II. Cap. 7. num. 46. BECK *de Jurisdictione foreſtali* Cap. 6. §. 1. REINHARD *de Jure foreſtali Germanorum.* Sect. 2. §. 6.

(b) KLOCK Tom. I. Conſ. 29. num. 479. und *de ærario* Lib. II. Cap. 2. num. 43. STISSER in der Forſt- und Jagdhiſtorie Cap. 6. §. 23. JCti Tubingenſes in dieſer Rechtlichen Bedenken Part. II. CII. Bedenken.

(c) FRITSCH d. l. Part. III. pag. 120. 25.

(d) KREBS *de Ligno & lapide* Part. I. Claſſ. 4. Sect. 16. §. 17. BOEHMER Tom. III. Part. I. Dec. 120. num. 7.

(e) BECK d. l. §. I. p. 99.

LXIII. Bedenken.

Wem die Schäfereygerechtigkeit an einem Ort zuſtehet, der kann nicht behindern, daß jeder Eigenthümer ſeinen Garten mit eigenen Schaafen dünge, wenn er ſie auf öffentlichen Wegen dahin bringen kann.

Zwar mag 1) im Fürſtenthum Calenberg derjenige, welchem die Schäfereygerechtigkeit an einem Ort zuſtehet, den Eigenthümer behindern, auf ſeiner eigenen Ländereŋ mit Schafen zu hüten (a).

Cajus wollte auch 2) behaupten, daß der Weg, auf welchem Titius Schafe von einem fremden Ort in ſeinen Garten treiben laſſen, keine Heerſtraſſe, ſondern ein ſolcher Weg ſey, deſſen Gebrauch die Dorfſchaft Fremden zu verwehren berechtiget wäre.

Allein 1) iſt das Calenbergiſche Herkommen auf die Oerter eingeſchränkt, welche der mit der Schäfereygerechtigkeit verſehene behüten darf. Nirgend aber erlaubet man demſelben, ſeine Schafe in die Gärten der Einwohner des Orts wider ihren Willen zu bringen, obwohl ihm in den Feldern die alleinige Schä-

ferey-

ſereygerechtigkeit zuſtehet. Will derſelbe nicht geſtatten, daß jemand ſeine Gärten mit andern Schafen dünge, ſo ſetzet man ihm billig die Exceptionem deficientis intereſſe entgegen.

2) Heiſſet es im L. 3. ff. de Locis & itineribus publicis: Viæ vicinales, quæ ex agris privatorum collatis factæ ſunt, quarum memoria non extat, publicarum viarum numero habentur (b). Von Königl. Hannöverſcher Juſtitzcanzley wurde daher 1773 erkandt: „Nachdemmalen nicht nur die Heerſtraſſen, ſondern auch die von einem Dorf zum andern führende Wege, den Rechten nach, gemeiniglich öffentliche Wege ſind, deren ſich ein jeder bedienen darf, auch die dem Cajo zuſtehende privative Schäfereygerechtigkeit ſich über die Gärten nicht erſtrecket, daraus aber folget, daß kein Eigenthümer behindert werden mag, ſolche mit eigenen Schafen zu düngen, wenn er ſie ohne Schmälerung des einem andern in der Feldmark competirenden juris paſcendi dahin bringen kann, ſo iſt die von dem Imploranten auf dem Wege zwiſchen N. und R. verfügte Pfändung keinesweges zu rechtfertigen, mithin ſelbiger dem Imploranten allen dadurch verurſachten Schaden und Koſten zu erſetzen, und ihn an dem Gebrauch der Trift qu. künftig nicht zu behindern ſchuldig.„

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CXXII. Bedenken.

(a) Sande Lib. V. Tit. 5. Def. I. Struv Ex. 45. th. 55. Voet ad ff. Tit. *de Locis & itineribus publicis* §. 1. Etiam via campeſtris der Feldweg, omnibus ejusdem regionis vicinis patet. Brokes Obſ. 175.

LXIV. Bedenken.

Der Gläubiger darf keine Zinſen beym Schuldner in ein Capital verwandeln.

Titius ſtellete dem Cajo eine Obligation über 5000 Thl. aus, welche jenem in vollwichtigen Louisd'or zu 5 pro Cent geliehen worden. Er hatte aber einen groſſen Theil dieſes Geldes nimmer baar empfangen. Ihm wurden vielmehr nicht nur rückſtändige Zinſen und Advocaturgebühren, auch 70 Thl. vor die Negotiation eines Capitals, ſondern überdem 1052 Thl. Zinſe auf die 5000 Thl. angerechnet, deren Pränumeration ſich der Gläubiger bedungen hatte, welche jedoch allererſt nach fünf Jahren verzinſet werden ſollten. Es entſtund alſo die Frage: Ob dieſer Contract zu Recht beſtändig ſey? Einige Rechtsgelehrte

halten es für erlaubet, Zinſe zum Capital zu ſchlagen, welches Mevius Part. IV. Dec. 213. alſo rechtfertiget: Non apparet ratio, cur alicui liceat uſuras ſolutas eidem debitori reddere, & in novum mutuum convertere, & tamen uſuras ipſas penes debitorem, velut ſolutas, non relinquere, cum perinde ſit, an quis acceptas iterum ſolvat, an relinquat, quia hoc eſt brevi manu mutuari & ſolvere. Dieſe Lehre billiget der Cammergerichts-Aſſeſſor von Cramer Tom. I. Obſ. 432. und Boehmer Tom. II. Dec. 442. num. 8. vermeynet, es könnten Zinſen in ein Capital verwandelt werden, wenn der Debitor, um ſie zu bezahlen, ſonſt Capitalien aufleihen müſſen, und der Creditor dadurch nicht profitiret, weil er, wenn man ihm die Zinſe bezahlte, ſolche anderwärts austhun, und davon Zinſen ziehen können. Man gründet auch dieſe Lehre auf ein Teutſches Herkommen, und einige behaupten, daß ſie den Römiſchen Rechten nicht zuwider laufe (a). Cajus war ein Proxeneta, dergleichen es in allen Ständen giebet (b), dem ein Proxeneticum gebühret, wenn es gleich nicht verſprochen wäre (c). Allein es heiſſet im L. 26. §. 1. Cod. de Uſuris: Interdicta licentia creditoribus ex pecuniis fœnori dandis aliquid detrahere, vel retinere ſiliquarum nomine vel ſportularum, vel *alterius cujuscunque cauſæ gratia.* Nam ſi quid hujusmodi factum fuerit, principale debitum ab initio ea quantitate minuetur, & tam ipſa minuenda pars, quam uſuræ ejus exigi prohibeantur. Hier wird ohne Ausnahme verbothen, cujuscunque cauſæ gratia ex pecuniis fœnori dandis aliquid detrahere; Daher die mehreſte Rechtslehrer dafür halten, non licere uſuras in ſortem redigere, & inde novas ſtipulari, præſertim cum alioquin inanis foret anatociſmi prohibitio (d). Zwar wendet Mylius de Anticipatione uſurarum §. 13. darwider ein, Juſtinianum frequenter rem unam binis, ſed idem ſignificantibus verbis enunciare, folglich ſey in 26. nur von Siliquis und Sportulis die Rede. Dieſes geſchiehet nun wohl, um die Sache zu erläutern. Man verdunkelt ſie aber, wenn eine Species angeführet, und demnächſt geſaget wird, das Verbot gehe auf alle Species, dafern des Geſetzgebers Wille iſt, nur von jener zu diſponiren. Wer das Geringere zuerſt nennet, zeiget an, daß ſeine Verordnung vielmehr vom Gröſſern gelten ſoll.

Des Mevii Zweifel laſſen ſich nur hören, wenn ein reicher Mann, dem keine nachtheilige Bedingungen aufgedrungen werden können, Zinſen zum Capital ſchläget, wie Cramer d. l. einräumet, und die Doctrinam Mevianam mißbilliget, quoties miſeri debitores, cum ſolvere per inopiam nequeant, rigore creditorum ad convertendum mutuum in uſuras adiguntur, nec inde aliquid lucri vel commodi habent (e). In gegenwärtigem Fall war Titius des Geldes

höchſt

höchſt benöthiget, wegen eines imminirenden Concurſes. Er mußte daher, um ein Anlehn zu erlangen, in der Obligation geſtehen, mehr empfangen zu haben, als ihm vom Cajo gezahlet war, und verſprechen, nach fünf Jahren 1250 Thl. zu verzinſen, auch demnächſt zu bezahlen, die er nimmer empfangen hatte. Vergebens berufet man ſich auf ein Herkommen, welches erlaubet, Zinſen zum Capital zu ſchlagen. Dieſes wird nicht überall, ſondern nur in einigen Ländern verſtattet (f), und mir iſt kein hieſiges ſolche Lehre beſtärkendes Præjudicium bekannt, welches auch nichts wirken könnte, da die angebliche Obſervanz eine irrige Auslegung der Römiſchen Rechte veranlaſſet haben müßte, welche die Chur-Braunſchweigiſche Gerichte nicht beachten dürfen (g).

Verdiente gleich Cajus ein Proxeneticum, ſo war er doch nicht befugt, es von dem auszuleihenden Capital abzuziehen.

Die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte daher 1773: „Nachdemmalen die Rechte keinem Gläubiger verſtatten, mit eines verſchuldeten Debitoris Genehmigung Zinſen zum Capital zu ſchlagen, ſie mögen bereits fällig oder ihre Pränumeration bedungen ſeyn, und eben wenig ſolches wegen der Negotien- und Deſervitgelder geſchehen mag, wenn ſie gleich dem Creditori gebühren; ſo ſind alle dieſe in des Caji Abrechnung aufgeführte Pöſte vom Capital der 5000 Thaler zu kürzen.

(a) MYLIUS *de Anticipatione uſurarum* per tot. ENGAU Part. I. Dec. 213. num. 4.

(b) LEYSER Spec. 681. Med. 7. SILBERRAD *de Senſualibus* Cap. 3. §. 8.

(c) HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1991. SILBERRAD d. l. Cap. 4. §. 12.

(d) STRYCK U. M. Tit. *de Uſuris* §. 18. 25. WISSENBACH ad L. 26. Cod. *de Uſuris.* HERTIUS Vol. I. Reſp. 38. num. 10. COCCEJUS *Jur. controv.* Tit. *de Uſuris* Quæſt. 10. HEINECCIUS ad ff. Tit. *de Uſuris* §. 94. LEYSER Spec. 243. Med. 9. v. PUFENDORF Tom III. Obſ. 68.

(e) S. auch FROMMANN *de Anatociſmo* §. 32. CARRACH *de Anatociſmo licito & illicito* §. 8.

(f) FROMMANN d. l. th. 31.

(g) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils LXXXVI. Bedenken.

LXV. Bedenken.

Der Wittwe des Meyers gebühret eine Leibzucht, wenn mit ihrem Eingebrachten der Hof im Stande erhalten worden.

Die Wittwe eines Lehnmannes kann von dem Lehnsherrn und Agnaten nur alsdenn ein Leibgedinge fordern, wenn mit ihrem Eingebrachten das Lehn ſolchergeſtalt verbeſſert iſt, daß deſſen Werth erhöhet, folglich dem Lehnsfolger Nutzen geſchaffet worden (a), nicht aber, wenn damit Schulden bezahlet worden ſind, die nur auf dem Erbe hafteten, man Gebäude errichtet, oder repariret, folglich das Allodium vermehret, auch die Beſtellungskoſten vom Brautſchatz genommen hat (b).

Aber es läſſet ſich von Lehngütern auf Meyergüter in gegenwärtigem Fall nicht ſchlieſſen. Denen Lehnsherren und Agnaten iſt keine Alimentation der Wittwe des Lehnmannes anzumuthen, wenn ſie nicht durch ihr Eingebrachtes den Werth des Lehns verbeſſert hat. Ihnen iſt gleichgültig, ob des Lehnmanns Gläubiger bezahlet, und die Gebäude verbeſſert ſind, deren Werth den Allodialerben erleget werden muß. Eine andere Bewandniß aber hat es mit Meyergütern. Wenn durch die Verbeſſerung des Allodii der Meyer im Stande erhalten wird, ſo gereichet ſolches dem Gutsherrn zum Beſten. Dieſes geſchiehet durch die Reparation der Gebäude, die Bezahlung der den Geſchwiſtern des Meyers gebührenden Ablagen, und die Tilgung ſeiner Schulden, weil, wenn ſolche unterbleibet, ein Concurs entſtehet, und alsdenn dem Gutsherrn ſchwer fällt, einen Meyer zu finden, der das des Cridarii Gläubigern zugehörige Allodium bezahlen kann. Fordert man eine Verbeſſerung des Meyerguts, die deſſen Werth erhöhet, ſo gebühret ſehr wenigen Wittwen der Meyerleute eine Leibzucht. Vermöge der Calenbergiſchen Meyerordnung Cap. 7. §. 2. ſoll bey derſelben Beſtimmung darauf Rückſicht genommen werden, ob die abgehende Meyer Schulden abgetragen, und neu gebauet haben, mithin iſt die Verbeſſerung des Allodii hinlänglich, der Wittwe eine Leibzucht zu verſchaffen.

Eine Meyerfrau erwieſe mit unverwerflichen Zeugniſſen, daß ihr eingebrachter Brautſchatz, zu Abtragung der gutsherrlichen rückſtändigen Gefälle, Verbeſſerung der Gebäude, und bey theuren Zeiten zum Ankauf des Saatkorns verwendet worden. Derſelben wurde daher 1773 von Königl. Juſtitzcanzley auferleget, ſolche Zeugniſſe mit dem Erfüllungseyde zu beſtärken, welches um deſtomehr geſchehen mußte, da kein vollkommener Beweiß erfordert wird (c).

(a)

(a) Hellfeld *Elem. jur. feud.* §. 458.

(b) Non reſtituuntur meliorationum impenſæ, quæ perpetuam rei utilitatem non concernunt. Knipschild *de Fidei commiſſis familiæ.* Cap. 12. num. 185. Schweder *de Meliorationibus feudi* Cap. 4. §. 9. Majer *Jur. feud.* p. 900.

(c) Stryk *de Succeſſione ab inteſtato* Diſſert. 4. Cap. 2. §. 11. v. Pufendorf Tom. I. Obſ. 239.

LXVI. Bedenken.

Daß zur Vollkommenheit eines Contracts deſſen ſchriftliche Verfaſſung nothwendig, kann, wenn es gleich nicht ausdrücklich verabredet iſt, aus den Umſtänden geſchloſſen werden.

Viele Rechtslehrer halten dafür, daß wenn die Partheyen über den Inhalt eines Contracts ſich vereiniget haben, ſelbiger zur Vollkommenheit gediehen ſey, wenn nicht ausdrücklich verabredet worden, daß ſolches allererſt durch die Unterſchrift geſchehen ſolle (a), und obwohl Wilhelm Leyser das Gegentheil zu behaupten geſucht, ſo geſtehet jedoch ſein Sohn Augustinus Spec. 272. Med. 1. 2. uſum fori ejus ſententiam deſeruiſſe. Titius geſtunde, daß er mit ſeinem Bruder Cajo über den Inhalt eines Vergleichs einig geweſen, und ſich die Handlung nur deswegen zerſchlagen habe, weil er von ſelbigem beleidiget worden.

Aber die Uſus fori Saxonici hat bey uns keine geſetzliche Kraft, und Præjudicia verbinden den Richter nicht, ſelbigen gemäß zu erkennen, wenn er ſie für übel gegründet hält. Mann kann durch Facta zu erkennen geben, daß der Contract ſchriftlich verfaſſet werden, und ehe ſolches geſchehen, nicht verbindlich ſeyn ſolle (b). Dieſe Meynung beſtärket der L. 17. Cod. de fide inſtrumentorum, worüber Wissenbach alſo commentiret: Niſi iis inter quos res geritur, initio placuerit, ut contractus in ſcriptis fieret, tunc non niſi perfecto inſtrumento negotium perfectum intelligitur, tunc, inquam, contractus vel negotium non ante ullas habet vires, quam res inſtrumento comprehenſa & in mundum redacta atque ſubſcriptione contrahentium firmata fuerit. Es war ein ſchriftlicher Contract entworfen, und beyde Theile gaben durch ihr Betragen zu erkennen, daß ſie dem ohngeachtet den Vergleich vor der Unterſchrift nicht für verbindlich hielten. Denn ſonſt hätte Titius ſolche nicht verweigern, noch Cajus äuſſern können,

daß

daß er es, obwohl ungern, geſchehen laſſen müſſe. Der Vergleich wurde daher für unvollkommen gehalten, und demjenigen, welchem Cajus 200 Thlr. verſprochen, wenn er ihn zu Stande brächte, dieſelbe 1773 aberkandt.

(a) STRYCK *de Cautelis contractuum* Sect. II. Cap. 8. §. 3. WERNHER Part. II. Obſ. 384.

(b) SAM. COCCEJUS *Jur. controv. Tit. de Contrahenda emtione* Quæſt. I. FLEISCHER an pacta dotalia a marito quidem non vero ab uxore ſubſcripta ſint valida §. 22.

LXVII. Bedenken.

Ein Meyer iſt nicht verbunden, des Leibzüchters Verſprechen zu erfüllen.

Wenn ein Meyer einen Hof übergiebet, und ſich die Leibzucht bedinget, ſo kann der Leibzüchter dieſe mit Schulden nicht beſchweren, wenn man auch eine Donationem omnium bonorum, mit Vorbehalt des Niesbrauchs der Leibzucht, vorausſetzet (a). Vielmehr aber iſt der Leibzuchtscontract ein dem Verkauf ſehr nahe kommender Contractus innominatus (b), mithin der neue Hauswirth ein Succeſſor ſingularis, der die nach der Uebergabe gemachte Schulden ſeines Vorwirths keinesweges bezahlen darf, dagegen aber auch, wenn nicht ein anderes hergebracht, nach des Leibzüchters Tode ſich deſſen Nachlaß nicht anmaſſen muß, daher es in der Calenbergiſchen Meyerordnung *Cap. 7. §. 6.* heiſſet: „Was aber die Leibzüchter von eigenem auch auf der Leibzucht erworbenen Vermögen beſitzen, darüber können ſie nach Gefallen diſponiren, odes es fällt ſolches, in Ermangelung einer Diſpoſition, ihren nächſten Anverwandten zu, wogegen dieſe die Begräbnißkoſten übernehmen.„

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. I. CLXXVIII. Bedenken.

(b) WEBER *de Contractu vitalitio* Cap. 1. §. 2. Cap. 2. §. 3.

LXVIII. Bedenken.

Wenn dem Eigenthümer des Waldes das Eichelleſen erlaubet wird, ſo kömt die Sprang- und Nachmaſt dem zur Hud und Weide Berechtigten nicht zu.

In Sachen Vörie contra Holtenſen, wurde durch Zeugen erwieſen, daß 1) wenn die Vörier wegen Mangels hinlänglicher Maſtung ihr Holz nicht betrieben,

trieben, ſie dennoch die Eicheln abſchlagen und aufleſen laſſen, auch den Holtenſer Hirten verhindert haben, bevor ſolches geſchehen, unter den Eichbäumen zu hüten. Daß ſie 2), wenn wenig Maſt vorhanden geweſen, das Holz auf vierzehen Tage betrieben, oder 3) in der Rediſchen daranſtoſſenden Holzung Maſt dazu gekaufet, und alſo ihre Schweine fett gemachet haben. Dieſes alles lieſſe ſich nun mit dem Vorgeben der Holtenſer, daß die Sprang- und Nachmaſt den Hud- und Weide-Intereſſenten zukomme, überall nicht reimen. Denn ſolchenfalls hätten ſelbige ſo wenig das Eichelnleſen geſchehen laſſen, als zugegeben, daß die wenige Maſt von der Vörier Schweinen in vierzehn Tagen verzehrt worden. Es ſind daher dieſe abſolviret, weil der Probatorial- und Reprobatorial-Zeugen Auſſagen ergaben, daß auch die geringe Maſt ihnen zu Theil geworden, welche ſie den Holtenſern nur alsdenn ohne Nothwendigkeit überlaſſen, wenn dieſelbe es nicht der Mühe werth geachtet, durch das Eichelnleſen, oder auf die eben erwähnte Art ihr Recht zu gebrauchen.

LXIX. Bedenken.

Eine Subhaſtation kann vom Schuldner angefochten werden, wenn er über die Hälfte verletzet iſt.

Gedeihet dieſem das Beneficium adjudicationis an, ſo muß der Gläubiger die Sache für den taxirten Werth annehmen.

Titius, welcher auf des Caji Haus 1800 Thlr. geliehen hatte, und ſolche darauf nicht länger wollte ſtehen laſſen, begehrte deſſen Subhaſtation. Sie wurde auch vom Stadtmagiſtrat erkandt, und Titius thate in termino licitationis den höchſten Both mit 1606 Thlr. welchen der Richter für billig erkandte. Es appellirte aber von dieſem Spruch Cajus an die Königl. Juſtiz-Canzley, verlangte das Beneficium adjudicationis oder dationis in ſolutum, und erhielte ein Reſcriptum de emendando dahin, daß das Haus taxiret werden ſolle. Als dieſes geſchahe, wurde deſſen Werth auf 2226 Thlr. 23 gr. 5 Pf. beſtimmet und darauf ſtellete Titius vor, es ſey keine læſio ultra dimidium fürhanden, und er erbietig, binnen vierzehen Tagen das Haus einem jeden vor 1606 Thlr. zu überlaſſen, allenfalls aber, wenn er deſſen Eigenthum nicht behaupten ſollte, wolle er daſſelbe als Creditor immiſſus benutzen, und deſſen Aufkünfte bis zur Tilgung der Schuld berechnen.

Es entſtunde daher I. die Frage: ob die Adjudication von dem Cajo mit Beyfall Rechtens angefochten werden könne? Nun ſind viele Rechtslehrer

der Meynung, daß, wenn eine Sache ſub haſta erſtanden worden, das Remedium L. 2. Cod. de Reſcindenda venditione überall keinen Platz finde (a), welches hingegen andere für zuläſſig halten (b). Die Chur-Braunſchweigiſche Landesgeſetze, und inſonderheit die Calenbergiſche Canzley-Ordnung Tit. 36. §. 12. 13. verordnen, daß allerdings dem Schuldner das Remedium adjudicationis angedeihen müſſe, wenn ein Ungleiches für die ſubhaſtirte Sache geboten worden. Aber ſie beſtimmen nicht, wie groß die Læſion ſeyn müſſe, worüber der Schuldner ſich zu beſchweren Urſach hat, ſondern wollen nur, daß kein ſo gar ungleiches Pretium anzunehmen, daß der Schuldner notorie zu hart vernachtheiliget werde. Einige meynen, es geſchehe ſolches, wenn er den ſechſten Theil des wahren Werths verlieret (c). Es iſt jedoch zu vermuthen, daß der Geſetzgeber ſo wenig den Gläubiger als den Schuldner benachtheiliget wiſſen wollen. Jener litte aber in gegenwärtigem Fall, wenn er ein Haus, wofür niemand über 1606 Thaler geboten, und welches der Cajus 1767 für 2310 Thlr. gekaufet, nachdem ſolches durch die unterlaſſene Reparation verſchlimmert worden, mit 2226 Thlr. 23 gr. 5 pf. bezahlen müßte. Daß die Læſio in ſexta parte zur Entkräftung der Subhaſtation hinreichet, iſt in keinem Geſetz verſehen, und die Teutſche Rechtslehrer halten mit gutem Grunde dafür, daß ſie nur geſchehen könne, wenn dem Schuldner weniger als die Hälfte des taxirten Werths zu gute kommet (d). Dieſe Meynung iſt in den hieſigen Gerichten angenommen (e). Es war auch um deſtoweniger eine beträchtliche Læſion zu vermuthen, da ſich Titius erbothen hatte, einem jeden andern, der ſich binnen 14 Tagen meldete, das Haus für 1606 Thlr. zu überlaſſen (f), daher dem Cajo die nachgeſuchte Proceſſe verſaget wurden.

Hätte ſelbiger aber II. die Adjudication entkräftet, und auf die Bezahlung gedrungen, ſo wäre freylich Titius verbunden geweſen, das Haus pro taxato pretio anzunehmen (g), wie er denn auch in der Oberappellationsgerichts-Ordnung Part. II. Tit. 15. §. 22. ausdrücklich dazu angewieſen wird.

(a) PHILIPPI *de Subhaſtationibus* Cap. 4. Comm. 22. num. 2. WERNHER Tom. I. Part. III. Obſ. 132. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1030.

(b) STRYCK *de Beneficio dandi in ſolutum* Cap. 5. num. 34. BOEHMER Tom. II. Dec. 365. num. 7.

(c) TUSCHUS Lit. L. Concl. 292. num. 3. POSTIUS *de Subhaſtationibus* Inſpect. 57. num. 34.

(d) COCCE-

(d) Coccejus *Jur. controv. Tit. de Reſcindenda venditione* Quæſt. 3.
(e) v. Pufendorf Tom. III. Obſ. 78.
(f) Postius *de Subhaſtationibus* Dec. 219. num. 35. 46.
(g) Manzius *in Patrocinio debitorum* Decad. 2. Quæſt. 10. num. 48. 49. 50.

LXX. Bedenken.

Ob die Actio pignoratitia wider den dritten Beſitzer angeſtellet werden kann.

Dieſe Frage verneinen groſſe Rechtsgelehrte (a), und andere bejahen ſie (b).

Es ſtehet Boehmer ſamt der Halliſchen Juriſtenfacultät in den Gedanken, aus dem eine Klage wider den dritten Beſitzer zulaſſenden Cap. 6. X. de Pignoribus erhelle nicht, mit welcher Action der Kläger das Pfand wieder gefordert habe, und ſey zu vermuthen, daß ſolches reali actione geſchehen. Es wird aber in beſagtem Capitulo vorausgeſetzt, probaſſe actorem ex prædii obligati proventibus tantum fuiſſe a poſſeſſoribus perceptum, ut fructus poſſint ſorti adæquari, und Leyser bemerket ſehr wohl, hanc probationem in reivindicatione inutilem fore, ubi poſſeſſor domino rem gratis reſtituit. Er thut auch ſehr gründlich hinzu, convenire æquitati, ut debitor pignus non gratis per reivindicationem recuperet, ſed hoc ipſum, quod a creditore accepit, bonæ fidei poſſeſſori reſtituat, nec lucrum cum hujus damno quærat. Die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley hat in Sachen des Obriſten Adam Heinrich von Uslar, wider den für Weyl. Oberhauptmanns von Uslar zu Radolphshauſen nachgelaſſener Kinder beſtellter Vormund, den Syndicum Jacobi, 1767 dieſer Meynung gemäß erkandt.

(a) Boehmer *J. E. P.* Lib. I. Tit. 2. §. 72. Coccejus *Jur. controv. Tit. de Pignoratitia* Quæſt. 14. Schneider *de Incompetentia actionis pignoratitiæ contra tertium per tot.* Hellfeld *Jurisprud. for.* §. 875.

(b) Berger O. J. Lib. III. Tit. 2. §. 17. Not. 3. Kress *Spec. Jur. civ.* Lib. III. Tit. 13. § 32. Leyser Spec. 155. Med. 5. *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. I. Dec. 41. num. 2.

LXXI. Bedenken.

Von dem Beweis durch Teſtes ſingulares.

Ein Verwalter gabe vor, das Tagelohn den Arbeitsleuten in Caſſengelde bezahlet zu haben. Dieſe aber bezeugten, daß ſie auch ſchlechtere Münze empfangen, und ihre Ausſagen erwieſen vollkommen, obwohl ſie von verſchiedenen Handlungen deponirten (a).

Zwar hält dafür HAHN ad Weſenbec Tit. de Teſtibus num. 6. verb. *tunc velut ſingulares:* teſtes ſingulares cumulative quidem probare, ſed non niſi vel ſemiplene locumque facere juramento in ſupplementum. Aber ihm widerſpricht mit gutem Grunde STRYCK de Semiplenæ probationis exiſtentia Cap. 4. §. 3. num. 26. 31.

Es erhellete jedoch nicht, daß durch die geſchehene Zahlungen dem Herrn, auch den Arbeitsleuten ein Schade zugefüget worden, weil zu den Zeiten, als ſie geſchehen, man im Handel und Wandel die Münzſorten nicht ſo ſorgfältig unterſchieden, als es Wechsler thun, und war ungläublich, daß die Leute eine Verkürzung des Lohns ohne Widerſpruch geſchehen laſſen, wenn ſie die ſchlechte Münze nicht für voll ausgeben können: daher der Beklagte 1772 von angeſtellter Klage losgeſprochen wurde.

(a) Omnis res, quæ plures actus comprehendit, a teſtibus ſingularibus probatur. PACIANUS *de Probationibus* Lib. I. Cap. 14. num. 18. Quin pro ſingularibus habendos non eſſe, qui de diverſis actibus ad unum eundemque finem tendentibus deponunt volunt LYNCKER Vol. I. Reſp. 30. num. 26. Reſp. 192. num. 22. STRYCK d. l. Cap. 4. §. 3. num. 27. WILDVOGEL Reſp. 195. num. 23.

LXXII. Bedenken.

Die geiſtlichen Rechtshändel der Evangeliſchen ſind in keine weltliche verwandelt, und gehören deßwegen nicht für die höchſte Reichsgerichte.

Es will Herr Hofrath RIBBEL in den Critiſchen Betrachtungen über verſchiedene Staatsfragen in des I. Theils II. Stück behaupten, vermöge der Reichsgeſetze klebe das Jus reformandi der Landeshoheit an. Dieſes Recht und

und die Jurisdictio eccleſiaſtica ſey nach dem Geiſt des Geſetzes, der Geſetzgeber und deſſen Gebrauch einerley. Hieraus folgert er, daß die geiſtliche proteſtantiſche Sachen die Natur der Civil-Dinge angenommen haben, oder wenigſtens nicht verabſcheuen, in welchen allen dem Kayſer und ſeinen höchſten Gerichten die richterliche Gewalt zuſtehe.

Allein erſtlich redet der Prager Friedensſchluß, in welchem Herr Riefel ſich haupſächlich gründet, von der Einführung einer Religion, die bisher an dem Ort nicht geübet worden, d. i. von dem Jure reformandi. Er vermeynet zwar, man könne dieſes ohne die geiſtliche Gerichtbarkeit nicht begreifen, weil Kirchengebräuche und Kirchenceremonien geändert, Miniſter zur Kirche und dem Gottesdienſt geſetzet, Glaubenspuncte vorgeſchrieben, Conſiſtorien errichtet werden müſſen ꝛc. Daraus aber folget nicht, daß die Deciſion geiſtlicher Rechtshändel dem Jure reformandi anklebet. Ich habe ſchon anderwärts bemerket, daß derjenige, welcher Mißbräuche an einem Ort abzuſtellen befugt iſt, ſich deswegen der ordentlichen Gerichtbarkeit an ſolchem Ort keineswegs anmaſſen könne (a). Jeder Geſetzgeber darf Gerichtsordnungen machen, und die Mängel der Gerichte abſtellen, nicht aber die richterliche Gewalt an ſich ziehen und Proceſſe entſcheiden. Jene und nicht dieſe Gewalt ſtehet der Reichsverſammlung zu. Wie kann man denn ſagen, daß, nach dem Geiſt des Geſetzes, der Geſetzgeber und des Gebrauchs das Jus reformandi und die Jurisdictio eccleſiaſtica einerley ſey? Die erſte iſt nur ein Theil des letztern. Die geiſtlich evangeliſche Sachen haben alſo die Natur und den Richterſtuhl der Civilſachen keineswegs angenommen.

Geſetzt aber auch 2) es wäre ſolches in den evangeliſchen Staaten geſchehen, und könnte von dem Landesherren wider ihre evangeliſche Unterthanen der Riefelſche Satz behauptet werden; ſo müßte man doch weder catholiſchen Ober- noch Untergerichten ein gleiches Recht beylegen. Denn dieſe widerſprechen, nach den Grundſätzen ihrer Religion, ſolcher Lehre. Weil man bey den Weſtphäliſchen Friedenshandlungen ſich hierüber unmöglich vergleichen konnte, ohne die Fundamentalarticul beyder Glaubensbekenntniſſe zu verlaſſen, ſo bliebe die Frage: wem, nach den Reguln des Chriſtenthums, die Kirchengewalt zuſtehet? unentſchieden. Um aber dem verderblichen Kriege ein Ende zu machen, wurde, wie der B. von Kreitmayer in Notis ad Cod. civ. Bavaricum Part. 5. anmerket, beſchloſſen, es bey dem Herkommen zu laſſen, jedoch ſolches auf die Obſervanz des Jahrs 1624 einzuſchränken.

Es iſt daher in dieſem Geſchäfte eine ganz vergebene Unterſuchung, worauf die proteſtantiſche Staatsrechtslehrer der proteſtantiſchen Reichsſtände Jus circa ſacra gründen. Sie handeln keineswegs von dem Recht, welches ihnen der Weſtphäliſche Friedensſchluß beygeleget hat, ſondern von demjenigen, ſo aus dem Weſen des Staats und der Lehre Chriſti herflieſſet. Nicht aus dieſem, ſondern aus jenem ſind aber die Streitigkeiten zwiſchen den Catholiſchen und Evangeliſchen zu entſcheiden (b).

3) Vermeynet Herr RIEFEL, die Reichsgerichte wären im Beſitz, der Evangeliſchen geiſtliche Sachen zu entſcheiden, und hätten ſich darin geſchützet, zu deſſen Beweis der Gläſenerſche Caſus angeführet wird. Mir ſind ſolche actus poſſeſſorii ganz unbekannt. Das Kayſerl. Reichshofraths-Erkenntniß in der Gläſenerſchen Sache iſt ohne alle Würkung geblieben. Hat vielleicht ein oder anderer ſchwacher Reichsſtand ſich nicht getrauet, ſein Recht zu behaupten, (woran ich jedoch zweifele), ſo präjudiciret ſolches anderen keineswegs.

Daß die gegenwärtige Frage nicht vor die Reichsgerichte, ſondern für die Reichsverſamlung gehöret, welche nur befugt iſt, dunkele Geſetze authentiſch zu erklären, dawider wirfet Herr RIEFEL ein, wenn man bey jedem Zweifel eine authentiſche Erklärung verlangen könne, ſo bliebe den Juſtitz-Collegiis nichts übrig. Dieſes haben die Evangeliſchen nimmer, ſondern vielmehr das Gegentheil behauptet (c). Wollte man aber alle über den Sinn der Reichsgeſetze entſtandene Zweifel der Reichsgerichte Entſcheidung überlaſſen, ſo mögte ich wiſſen, in welchen Fällen der Weſtphäliſche Friedensſchluß Art. 5. §. 56. und der Reichsabſchied de 1654 §. 135. ihre Anwendung finden? Wenn die mehreſte evangeliſche Reichsſtände ein Reichsgeſetz anders erklären, als die mehreſte Catholiſche, ſo muß doch wohl der Verſtand für zweifelhaft gehalten, und eine authentiſche Erklärung erfordert werden (d).

(a) Sammlung einiger Schriften von der im Weſtphäliſchen Friedensſchluß erlaubten Selbſthülfe, der catholiſchen Landesherrn geiſtlicher Gerichtbarkeit über ihre evangeliſche Unterthanen, und dem Simultaneo exercitio religionis p. 210.

(b) Eben daſelbſt p. 155. 190. 203. 204. 234. 235.

(c) LUDOLF *de Jure Camerali* Sect. 1. §. 4. num. 8.

(d) Sammlung von Reichshofraths-Gutachten III. Theils pag. 211. Meiner Nebenſtunden IV. Theils XXVII. Abhandlung §. 3.

LXXIII.

LXXIII. Bedenken.

Von einer blödſinnigen Kindermörderin.

Eliſabeth Schröders, eine ledige Perſon, hatte es dem Prediger des Orts, ihres Bruders Frau und einer Bademutter in Göttingen entdecket, daß ſie ſchwanger ſey. Als aber die Geburtsſchmerzen ſelbige überfielen, begehrte ſie keine Hülfe, begab ſich auf einen Heuboden, wurde daſelbſt eines lebendigen Kindes entbunden, und dieſes todt mit einem ihm in den Mund geſteckten Propf von Heu gefunden. Die Inquiſitin geſtunde auch, daß ſie an deſſen Tode ſchuldig ſey, und Königl. Juſtitzcanzley erkandte daher, daß ſelbige wegen des an ihrem lebendig gebohrenen Kinde geſtändigermaſſen verübten Mordes, ſie zur wohlverdienten Strafe, andern aber zum Schrecken und Beyſpiel, mit dem Schwerdt vom Leben zum Tode zu bringen ſey.

Derſelben Vertheidiger begehrte aber, daß man ihm eine ulteriorem defenſionem verſtatten mögte, und als ſolches geſchahe, bemühete er ſich, durch Zeugen zu erweiſen, daß die Inquiſitin den völligen Gebrauch ihrer Vernunft nicht habe. Dieſe ſagten nun aus, ihr Großvater, mütterlicher Seits, ſey nicht völlig verſtändig geweſen, und habe, wenn andere Leute in der Kirche geſungen, ihnen nach dem Munde geſehen, und gethan, als ſinge er mit. Auch der Inquiſitin Mutter wäre ein Gottesmenſch geweſen, und die Schweſter habe wunderliche Streiche angefangen. Sie ſey oft vor den Leuten vorbey gelaufen, habe ſich hinter einen Baum verſtecket, und dann gelachet. Als man die Inquiſitin einſtmal in den Wald geſchicket, um in aller Eile eine Tracht Holz zu holen, wäre ſie erſt nach zwey Tagen wieder gekommen, und von vielen Leuten im Walde angetroffen worden, daß ſie aus einem Buſch in den andern gekrochen. Nach ihrer Wiederkunft, und wie man ſie zu Bette gebracht, habe ſie geſaget, es ſitze etwas auf dem Kaſten vor dem Bette und fliſtere, ſey ſodann aufgeſprungen, um ſich zu ihrer Frau ins Bette zu legen, welches ſelbige jedoch verhinderte. Als dieſe einſtmal mit ihr ausgegangen, habe ſie ſich ohne Schaam öffentlich vor ihr niedergeſetzet, um ihre Nothdurft zu verrichten, und die Mutter geäuſſert, daß ſie eben ſo geweſen, und ſolches in der Natur ſeyn müſſe.

Man forderte hierüber ein Gutachten der Königl. Preuſſiſchen mediciniſchen Facultät zu Halle, und in ſelbigem heiſſet es: „Was den Statum animi der Inquiſitin betrift, ſo bleibet ſolcher allemal ſuſpect, und ſind, nach Auſſage der Zeugen, die daher entlehnte momenta defenſionis nicht auſſer den Augen zu

ſetzen. Denn ohne weitläuftig den Statum antecedentem, und die vorige Facta der Inquiſitin zu wiederholen, ſo hat die verſpürte Angſt wohl vermogt, daß ſie ſelbſt nicht gewußt, was ſie begangen, angeſehen ſie aus ihrer Schwangerſchaft zuvor eben kein Geheimniß gemachet, ſondern deßfalls in Göttingen Pflege geſuchet, aber wild und etwas verrückt ausgeſehen. Wenn nun bey dergleichen Subjectis nicht eben eine ſofort in die Augen fallende Melancholia obwaltet, ſo iſt auch ſolche in denen lucidis intervallis nicht wohl zu erkennen, ſondern ein verſteckter morbus animi, und ſic dicta tacita melancholia machet vielfältig eine groſſe Schwierigkeit bey der Unterſuchung. Es kann daher wohl geſchehen ſeyn, daß, da der Herr R. der Inquiſitin Gemüthsumſtände unterſuchen müſſen, ſie zu der Zeit vernünftig zu ſeyn geſchienen, und vielleicht der ſtarke Blutabgang poſt partum ein gutes Remedium dawider abgegeben; Dahingegen auch nicht gänzlich zu leugnen, daß Inquiſitin bey der zur Zeit der Geburt, und da ſie dem Kinde Heu in den Mund geſtecket, und damit das Geſicht bedecket, verſpürten confuſione idearum ihres Verſtandes nicht völlig mächtig geweſen, und daher nicht vorſetzlich handeln können.

Dieſelbe und ihre Vorfahren waren nur höchſtens fatui. Von ſelbigen ſchreibet STRYCK de Dementia & melancholia Cap. 3. §. 9. Fatui in delictis a pœna ordinaria abſolvendi eſſe videntur. Cum vero a teſtamenti factione non excludantur, tuto hæc ſententia a nemine forſan affirmabitur; und BOEHMER ad Carpzov. Qu. 18. Obſerv. 7. Melancholia primi gradus eſt, ubi imaginatio læſa timidos ac tardos reddit, facultatem autem ratiocinandi integram ſervat, ut ſibi conſcii maneant homines —— Hæc commiſſo parricidio vix veniam meretur, nec directo conſilio multum detrahit adeoque minimum gladium vindicem habet. Sonder Zweifel hatte die Inquiſitin dilucida intervalla, und es erhellet nicht, daß ihr zur Zeit der Niederkunft der völlige Gebrauch ihrer Vernunft gemangelt hat.

Es kömmt jedoch in gegenwärtiger Sache auf das Arbitrium judicis an, und behauptet HOMMEL de Temperandis pœnis ob imbecillitatem intellectus §. 5. Qui aliquali ſaltem cœcitate mentis laborant, ſciunt tamen, quæ agunt, eis venia non in totum datur, ſed ordinaria pœna tantum remittitur; Ceterum arbitrario pro gradu dementiæ plectuntur, in qua re multum judicis arbitrio relictum eſt; Und der eben angeführte BOEHMER ad C. C. Art. 179. §. 6. ſchreibet: Stupidi digni delictorum commiſſorum expiatione, ſed temperata, pro modulo judicii imperfecti, quo facilius a recto tramite aberrare, & ab extantiore malitia alieni eſſe ſolent; Auch will CARPZOV Quæſt. 145. num. 38. talem morbum ſua natura inſanabilem omni tempore durare præſumi, & quamvis interdum dilucida

inter-

intervalla habere videatur, non tamen niſi per accidens ea fieri cenſenda. Dieſe Principia hat man allhier in des Heinrich Lutters Inquiſitionsſache zum Grunde der Deciſion geleget, welcher geſtunde, ſein Stiefkind mit dem Daumen und Zeigefinger am Kopfe gedrücket zu haben, damit es ſterben mögte, welches auch erfolget war. Weil man aber durch Zeugen erwieſe, daß der Inquiſit nicht allemal richtig im Kopfe ſey, zuweilen was kluges und zuweilen thörigtes Zeug ſpreche, auch kindiſche und unkluge Streiche machte, ſo iſt er mit der Todesſtrafe verſchonet, und auf Lebenszeit in die Karre verdammet worden, wie aus dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils CLXXIV. Bedenken erhellet. Bey gleichen Umſtänden widerfuhr der Inquiſitin billig ein gleiches, welche tempore partus ihre Blödſinnigkeit dadurch zu erkennen gab, daß ſie einen Kindermord zu verheelen ſuchte, da doch ihre Schwangerſchaft von ihr nicht verheelet worden, und es bey bewandten Umſtänden unmöglich war, das mit dem Propf getödtete Kind zu verbergen.

LXXIV. Bedenken.

Von dem Foro der Pächter landesherrlicher Vorwerke.

Die Königl. und Chur-Braunſchweigiſche Landesregierung erforderte von der Hannöverſchen Juſtitzcanzley ihren Bericht darüber: Ob der Obſervanz nach die Pächter der herrſchaftlichen Vorwerke den höheren Dicaſteriis unmittelbar, oder in prima inſtantia den Aemtern unterworfen ſind, und wohin allenfalls deren Meynung von dieſer Frage gehe?

Nun fande ſich nicht, daß ſie bisher gerichtlich entſchieden worden. Als aber im Jahr 1771 die Wittwe Schlüter, Pachterin des im Amt Hoya belegenen herrſchaftlichen Vorwerks Memſen, eine Exemtion von gedachten Amts Gerichtbarkeit zu behaupten ſuchte, ſtellete ſelbiges dawider vor: „daß es in Ausübung der Jurisdiction über die herrſchaftliche Pächter in viridi & conſtantiſſima poſſeſſione ſich ſeit mehr als präſcribirender Friſt befinde, davon faſt täglich Beyſpiele vorhanden, und würde die Exemtion der Pächter für die Unterthanen, mit denen ſie wegen Handels, Pfandungen und dergleichen in einem fordaurenden Nexu ſtehen, eine höchſtbeſchwerliche Sache ſeyn.„ Es iſt ferner am 2ten Febr. 1773 von den Beamten zu Herzberg der Canzleyſäſſigkeit des Preuſſiſchen Amtsraths und jetzigen herrſchaftlichen Vorwerks-Pächters zu Pöhlde, Schülers, widerſprochen, auch zu Begründung ihrer Gerichtbarkeit folgendes Cammer-Reſcript beygebracht worden: „Aus dem von euch unterm 20

hujus erſtatteten Bericht haben wir erſehen, daß die Pächter zu Hattorf, Düna und Elbingen, und deren Leute bisher jedesmal auf vorhergegangene Citation ſich vor dortiger Amtsſtube geſtellet haben. Es dient hierauf zu eurer Nachricht, daß dieſem zufolge, auch die dortige Amtshaushalts-Pächtere, nemlich die Amtsverwalterin Eggers und deren Sohn nebſt ihren Leuten, auſſer was die Pachtſachen anlanget, dortiger Amts-Jurisdiction unterworfen, daher ſelbige, wenn wider ſie auſſer den Pachtſachen geklaget werden ſollte, auf ergangene Citation vor euch ſich zu ſiſtiren ſchuldig ſeyen. Ihr habet euch alſo hinkünftig hiernach zu achten, und wir ſeyn euch zu freundlichen Dienſten und Willfahrung geneigt. Hannover den 6ten Sept. 1706.

Churfürſtl. Braunſchw. Läneb. Cammer-Präſident, Geheime-Cammer- auch Cammer-Räthe.

Goertz."

Zwar verändert ein Pächter durch die Pacht ſein Domicilium nicht, und bleibet der Obrigkeit des Orts unterworfen, allwo er bisher gewohnet hat (a), folglich iſt das Gericht des Verpächters, wenn er in ſelbigem ſich aufhält, nur ſein Forum contractus & delicti (b). Aber davon iſt hier die Frage nicht, ſondern ob der Pächter eine gänzliche Ausnahme von des Amts Gerichtbarkeit, und daß man ihn in Sachen, die vor das Forum domicilii & originis nicht allein gehören, vor den höheren Gerichten belangen müſſe? Da ein Pächter adelicher Güther, dem keine Gerichte verpachtet ſind, ſolche Exemtion nicht behaupten mag (c), ſo iſt keinesweges abzuſehen, wie es von einem Pächter landesherrlicher Vorwerke geſchehen könne. Die Beamte üben die Gerichtbarkeit Nahmens des Landesherrn, und ſie ſind aller im Amt wohnenden Obrigkeit, die keine Ausnahme darthun können, welche im gegenwärtigen Fall weder das Herkommen, noch die Landesgeſetze begründen, daher man denn mit gutem Fug in Heſſen dergleichen Pächter den Untergerichten unterworfen hat, wenn ſie nicht mit einem Landesherrlichen Character, als eines Beamten begnadiget worden (d).

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils LXXV. Bedenken.

(b) Berger O. J. Lib. III. Tit. 5. §. 24. Not. 5. von Oppel *de Jurisdictione patrimoniali* §. 21.

(c) Leyser Spec. 216. Med. 4.

(d) *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. I. Dec. 157. num. 5.

LXXV. Bedenken.

Ob alle Privilegien durch einen zehenjährigen Nichtgebrauch verlohren gehen?

Es ſchreibet Modeſtinus im L. 1. ff. de Nundinis: Nundinis impetratis a principe, qui metuit, decennii tempore uſum amittit. Daraus folgert man, daß alle Privilegien verlohren gehen, wenn ſie innerhalb zehen Jahren nicht gebrauchet worden (a). Dieſe Meynung wird darauf gegründet, daß die Römiſche Rechtsgelehrte keine Ausnahmen von den Geſetzen machen, ſondern nur denenſelben gemäß, die beſonders vorkommenden Fälle entſcheiden dürfen, dafern nicht ein anders Geſetz, oder eine Ratio diverſitatis deren Einſchränkung erfordert (b).

Aber es kann eben ſowohl der L. 1. de Nundinis eine beſondere Verordnung des Geſetzgebers, und eine Ausnahme, die ſelbiger von der Regul gemachet hat, als ein allgemeines Geſetz zum Grunde haben, und jenes iſt ſo vielmehr gläublich, da es mit Jahrmärkten die beſondere Beſchaffenheit hat, daß dieſelbe den Kaufleuten des Orts zum Nachtheil gereichen, indem dadurch Fremde des ihnen ſonſt nicht zuſtehenden Juris commerciorum theilhaftig gemachet werden (c). Warum ſollte nur die dreyßigjährige Nachläſſigkeit desjenigen, welcher eine Forderung uneingeklaget läſſet, und eine zehenjährige alle Privilegirte um ihr Recht bringen? Die Privilegien ſind vielfältig in der Abſicht ertheilet, das gemeine Beſte zu befördern. Sie thun es auch öfters würklich (d), und iſt daher vielmehr ihre Conſervation, als deren Verluſt zu befördern. Ich pflichte deswegen denjenigen bey, welche den L. 1. auf die Jahrmärkte einſchränken.

(a) FROMMANN *de revocatione privilegiorum licita* th. XI. STRYCK *de Non uſu juris quæſiti* Cap. 3. num. 3. PUFENDORF *de Privilegiis* Cap. 1. §. 141. 142. 143. 144. & Tom. III. Obſ. 188. §. 42.

(b) WERNHER Tom. III. Part. I. Obſ. 4. num. num. 5.

(c) COCCEJUS *Jur. controv.* Lib. VI. Tit. XI. Quæſt. I.

(d) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. II. LXXX. Bedenken.

(e) LEYSER Spec. 457. Med. 6. 7. REINHARTH *de Eo quod circa amiſſionem jurium & privilegiorum per non uſum juſtam eſt* §. 23. CLAPROTH *de Rebus meræ facultatis* §. 13.

LXXVI. Bedenken.

Ob ein Unterthan, ohne der Landesobrigkeit Genehmigung und Vorbewuſt, ſich in ein anderes Land begeben, oder auch unter zweyen Landesherren einen Wohnſitz haben dürfe?

Dem in dem Hannöveriſchen Antheil ſeines Dorfs Wolmershauſen wohnhaften Engelhard wollte der Major von Uslar nicht geſtatten, in dem Heſſiſchen Antheil beſagten Dorfs einen Krug zu haben. Es bemerket auch der ehemalige hieſige Canzley-Director ELIAS AUGUST STRYCK in Diſſert. de Domicilii mutatione Cap. I. num. 64. 1) plurimis in locis receptum eſſe, ne quis amplius, quam unius civitatis civis ſit. Wenn gleich 2) erlaubet würde, zweyer Landesherrn Unterthan zu ſeyn, ſo vermeynet ſelbiger jedoch d. l. num. 63. Non poſſe ſubditum retento domicilio in priori loco, in præjudicium ſui domini territorialis jus civitatis in alio territorio impetrare, & illius civitatis juribus ac privilegiis in altero domicilio uti. Der Heſſiſche Krug kann aber der Hannöverſchen Licentcaſſe auf mehrere Weiſe Nachtheil bringen. Endlich 3) hält STRYCK d. l. Cap. 2. num. 37. dafür, illum qui alio domicilium transferre vult, diſceſſum ſuum magiſtratui, cum ejus interſit noſſe civium numerum, indicare teneri, woran es Engelhard ſollte haben emangeln laſſen.

Allein 1) iſt unerweislich, daß an den mehreſten Orten man niemanden erlaubet, in zweyen Territoriis das Bürgerrecht zu erlangen, mithin ſolches nimmer zu verwehren, wenn es kein Geſetz verbiethet (a).

2) Kann eines jeden Intereſſe halber man andere nicht verhindern, ihr Recht zu gebrauchen. Daß des Klägers Krugnahrung im Heſſiſchen vielleicht zu Licent-Defraudationen und zur Abnahme der Nahrung in dem Hannöverſchen Theile des Dorfs Wolmershauſen Anlaß giebet, berechtigte den von Uslar nicht, ſolches zu verhindern, da in Heſſen das Jus concedendi cauponas der Gerichtbarkeit anklebet (b), mithin der Heſſiſche Beamte, dem der Heſſiſche Antheil des Dorfs untergeben iſt, die Befugniß hat, in ſelbigem einen Krug anzulegen. Verſtehet Stryck durch das Præjudicium domini territorialis kein ſolches, welches des Landesherrn Rechte ſchmälert, ſondern auch das, ſo ihm nur einen Vortheil entziehet; ſo verdienet ſeine Lehre keinen Beyfall, maſſen ſie die Regul, daß den Unterthanen der Abzug regulariter zu verſtatten (c), übern Haufen werfen würde, weil es immer einem Landesherrn Nachtheil bringet, wenn die Anzahl ſeiner Unterthanen vermindert wird.

Hat

Hat 3) die Landesherrſchaft nicht verordnet, daß der Unterthan ſeine Geſinnung, das Domicilium zu verändern, oder auch an zween Orten einen Wohnſitz zu haben, der Obrigkeit melden ſoll, ſo halte ich deſſen Unterlaſſung nicht für ſtrafbar, daher die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley 1773 mißbilligte, daß man den Engelhard ſolcherwegen geſtrafet hatte.

(a) Mevius *ad Jus Lubec.* Lib. I. Tit. 2. Art. 2. Addit. ad num. 81. Cramer Tom. V. Obſ. 1392. §. 6. Hellfeld *Jurisprud. for.* §. 511.

(b) *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. II. Dec. 273. num. 5.

(c) Mevius d. l. num. 69. Fabri Staats-Canzley Part. XLIX. Mosers auserleſene Reichshofraths-Concluſa p. 407.

LXXVII. Bedenken.

Einer verſchwenderiſchen Ehefrau, welche ihr Eingebrachtes durchbringen helfen, kommen nach entſtandenem Concurs über ihres Mannes Vermögen die in den Rechten ihr zu gute verordnete Beneficia juris nicht zu ſtatten.

Es wurde durch Zeugen erwieſen, daß Cajus und ſeine Ehefrau Mevia deſperat gelebet, mit koſtbaren Eſſen und Trinken in einem Tage verſchwendet, wovon andere eine Woche leben können, von Reichen und Armen mehr geliehen, als ſie zu bezahlen vermogten, alte Weiber, die das Geld angeſchaffet, wohl gefüttert, die übrig gebliebene Braten den Hunden gegeben, und, um Geld zu bekommen, hätte die Frau ihres Mannes Kleider und Degen verſetzet.

Als über des Caji Vermögen ein Concurs entſtand, und Mevia ihr Eingebrachtes forderte, machte man es derſelben ſolcher verſchwenderiſchen Lebensart halber ſtreitig. Nun findet ſich zwar in den gemeinen Rechten keine Verordnung, welche einer verſchwenderiſchen Frau ihres Eingebrachten für verluſtig erkläret (a). Die Chur-Braunſchweigiſche Banqueroutier-Ordnung in den Landes-Conſtitutionen Cap. II. p. 711. diſponiret hievon alſo: „Wenn die Creditores mit Grund darthun und beyzubringen vermögen, daß der Mann durch üppiges verſchwenderiſches Leben, oder ſonſt, durch Verſchulden ſeiner Frau, in übeln Zuſtand und Falliment gerathen, alsdenn ſollen die den Frauen ſonſt in den Rechten zu gute verordnete Beneficia derſelben keineswegs zu ſtatten kommen, ſondern ſie derſelben vielmehr gänzlich verluſtig, mithin von ihrem eingebrachten Dote

 und

und übrigen Illatis ehender nichts zu fordern befugt ſeyn, bis die ſämtliche Creditores, es mögen dieſelbe Hypothecarii oder andere ſchlechte Gläubiger ſeyn, wenn ſie nur, daß die liquidirte Forderungen richtig ſeyn, dociret und beygebracht, ihre völlige Befriedigung erlanget.„ Es entſtund jedoch ein Zweifel, ob dieſes Geſetz allhier ſeine Anwendung finde, da nicht nur die Frau, ſondern auch der Mann den Concurs veranlaſſet hatte.

Allein es wird nirgend erfordert, daß nur jener Verſchwendung, deſſen Urſach, und der Mann auſſer aller Schuld iſt. Seine gleiche Geſinnung mildert die Schuld der Frau. Sie befreyet aber dieſelbe davon nicht. Man kann auch ſolchenfalls ſagen und darthun, daß durch ihr verſchwendriſches Leben der Mann im üblen Zuſtand und Falliment gerathen, welches eine tugendhafte vernünftige Frau vielfältig verhindert, und dazu verbunden iſt, beym CARPZOV Part. I. Conſt. 28. Def. 85. iſt nur der Beweis erfordert, daß die Frau des Mannes Vermögen verzehren helfen (b), und dieſes geſchiehet auch in den Magdeburgiſchen, Nürenbergiſchen und Frankfurtiſchen Conſtitutionen (c). Deſſen Beweis wurde gleichfalls hier nur erfordert, und da ihn der Curator dem angeführten nach beygebracht hatte, von der Königl. Hannöverſchen Juſtizcanzley 1773 erkandt: Weilen das rechtskräftige Urtel vom 4ten April 1771 nur den Beweis erfordert, daß Mevia ihres Ehemanns Vermögen und ihr Eingebrachtes verſchwenderiſch durchbringen helfen, dieſes aber die Depoſitiones aller Zeugen auſſer Zweifel ſtellen, ſo kommen ihr, mithin ihren Gläubigern, der Conſtitution vom 26ſten März 1726 zufolge, die den Frauens ſonſt in den Rechten zu gute verordnete Beneficia keinesweges zu ſtatten.

(a) MARA *de Concurſu creditorum* Lib. II. Tit. 3. num. 50.

(b) Auch die Rechtslehrer erfordern, quo maritus culpa uxoris prave rem familiarem curantis ſit ad inopiam redactus. MEVIUS *ad Jus Lubec.* Part. III. Tit. I. Art. 9. num. 53. MÜLLER *ad Struv.* Ex. 44. th. 49. lit. φ. nicht aber, dem eben angeführten nach, daß ſie allein Schuld an dem Verfall ſey.

(c) MARTINI ad O. P. S. Tit. 43. §. 1. num. 201. 202. 203.

LXXVIII. Bedenken.

Welchergeſtalt der Herrendienſt zu leiſten ſeye?

Die Ackerleute zu Rettmarshauſen, Kerſtlingerode, Beyenrode, Weißenborn und Biſchhauſen, Gerichts Garte, beſchwerten ſich 1772 darüber daß, obwohl ſie ihrem Gerichtsherrn, dem Freyherrn von Wrisberg nur jährlich mit dem Spann vier Tage zu dienen, und im Winter den Miſt, im Sommer aber theils den Miſt, und theils die einzuſcheurende Früchte zu fahren ſchuldig wären, man jedoch, weil der Weg nach dem Lande, wohin der Miſt gebracht werden ſollen, ſo ſchlecht ſey, daß ſie mit den Pferden darin ſtecken blieben, ſolche heraus ziehen müſſen, und deßwegen weniger Fuhren thun können, als ſonſt vielfältig nach den Umſtänden der Zeit, der Witterung und Wege zu verrichten geweſen, dieſerhalben ſelbige von dem Haushaltungsverwalter das Mangelnde am folgenden Tage nachzuhohlen genöthiget werden wollen, obwohl ſie niemals eine beſtimmte Zahl Fuder gefahren.

Nun muß der Dienſtmann gemeiniglich bey Sonnen Aufgang im Dienſt erſcheinen, und beym Untergang aus demſelben erlaſſen werden (a). Westfeld in dem Hannöverſchen Magazin de 1773 p. 892. bemerket ganz recht, daß ſelbiger mehr nach der Zeit, die er im Dienſt zu ſeyn ſchuldig iſt, als nach der Arbeit rechnet, die geſchiehet, welche gegen ſolche, die man durch eigene Leute oder für Geld verrichten läſſet, nur auf die Hälfte oder auf drey Viertheile anzuſchlagen ſey. Im Herzogthum Braunſchweig-Wolfenbüttel, verordnet der Salzthalumſche Landtags-Abſchied 1597 Art. 1. daß die Leute zu rechter Zeit zu Dienſte kommen und wieder abziehen ſollen. Auch heiſſet es in der daſigen Landesordnung Art. 34. „Die Spann- und Handdienſte ſollen im Sommer des Morgens um 5, und des Winters um 7 Uhr ſich einſtellen; und des Abends bey Sommerzeit um 6 Uhr, des Winters aber nach 4 Uhr von der Arbeit abgehen;„ welches das Dienſt-Reglement de 1722. Art. 9. wiederholet. In der Hildesheimiſchen Dienſtordnung §. 4. iſt folgendes verſehen: „Was die Zeit betrift, in welcher ſich die Spann- und Handdienſte zum Dienſt einzufinden haben, und deſſen zu erlaſſen ſind, nachdem ſelbige in dieſigem Hochſtift bisher ſehr unterſchieden geweſen, laſſen wir es bey der rechtlichen Obſervanz eines jeden Orts lediglich bewenden, und ſind nicht gemeynet, zum Nachtheil des Dienſtherrn oder Dienſtpflichtigen, hierunter eine Aenderung zu machen.„ Vermöge des zwiſchen denen von Stockhauſen und ihren Dienſtleuten zu Löwenhagen errichteten Receſſes, müſſen dieſe im Sommer-Halbenjahr Morgens um

6 Uhr den Dienſt antreten, und ſich darin bis Abends um 5 Uhr beſchäftigen, zwoer Ruheſtunden im Mittag vorbehältlich; im Winter-Halbenjahr aber mit Anbruch des Tages den Anfang, Mittags gleichfalls zwoer Ruheſtunden, und mit Sonnen-Untergang Feyerabend machen.„ Dieſe Beſtimmung der Zeit ſetzet voraus, daß nicht beſtimmet worden, wie viel Fuhren die Leute thun, oder Land beſtellen ſollten, weil es ſonſt dem Dienſtherrn gleichgültig wäre, ob es früh oder ſpät geſchiehet. Er darf ſich aber damit nicht vergnügen, daß der Dienſtpflichtige ihm vom Morgen bis an den Abend dienet, ſondern fordert billig, daß derſelbe während dieſer Zeit leiſte, was andere Dienſtpflichtige thun, und wenn man ſich darüber nicht vereinigen kann, ſo beſtimmet der Richter, nach dem Gutachten Haushaltsverſtändiger, den modum ſervitiorum. Dieſes geſchahe von dem Königl. und Chur-Braunſchweigiſchen Oberappellationsgericht 1739. in Sachen von Bodenhauſen wider die Unterſaſſen zu Reckershauſen und Niedergandern ſolchergeſtalt, daß vor Michael auf der in der Ebene ſituirten Ländereÿ, und woſelbſt dieſelbe nicht ſteinigt, $1\frac{1}{2}$ Morgen, nach Michael aber 1 Morgen, wie auch auf dem ſteinigten und bergigten Lande vor Michael 1 Morgen, und nach Michael $\frac{2}{3}$ Morgen zu beackern, von der nahe gelegenen Länderey täglich 6 Fuder, von dem etwas entferntern und bergigten Lande aber 4 Fuder abzufahren, auch der Obſervanz nach 40 Bund Winter- und 50 Bund Sommerfrüchte wenigſtens aufzuladen; endlich mit jedem Wagen jeglichen Tag, ſowohl in Winter- als Sommerzeiten, zwo Holzfuhren zu verrichten ſind (b).

Die klagende Ackerleute ſtelleten in keine Abrede, daß ſie täglich acht mal gefahren, daher zu vermuthen, daß ſolches füglich geſchehen könne; aber dieſes iſt auf den Fall einzuſchränken, wenn die Wege brauchbar ſind, und das eben angeführte Judicatum des Königl. Oberappellationsgerichts erfordert den ſonſt hergebrachten Dienſt nicht, wenn der Weg wegen gar zu groſſer Näſſe oder des tiefen Schnees nicht zu paſſiren ſind (c). Das Nachdienen iſt ſelten hergebracht. Es wurde daher 1773 erkandt: „Weilen, wenn gleich die tägliche acht Fuhren regulariter von Klägern billig gefordert werden, ſolche jedoch alsdenn nicht zu leiſten ſind, wenn es der böſen Wege halber nicht thunlich, ſie in einem Tage zu verrichten, deſſen ſchlechte Beſchaffenheit Beklagter aber in keinen Zweifel ziehet, noch ſie den Ackerleuten des Gerichts Garte, ſondern vielmehr der Obrigkeit beyzumeſſen, daß ſelbige diejenigen, welchen die Beſſerung oblieget, dazu nicht angehalten, ſo iſt den Klägern das geforderte Nachdienen nicht anzumuthen.„

(a) Pott-

(a) Pottgiesser *de Statu ſervorum apud Germanos* Lib. V. Cap. 2. §. 40.

(b) Vice-Präſident von Pufendorf Tom. III. Obſ. 37. §. 1. 2. 3.

(c) Quoties non de jure, ſed de modo operarum litigatur, interpretatio ad exemplum ſervitutum prædialium ſic facienda eſt, ut ſerviens quam fieri poteſt minimo detrimento adficiatur. Leyser Spec. 417. Med 1. Spec. 665. Med. 15. *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. II. Dec. 283. num. 8. Brokes Obſ. 211.

LXXIX. Bedenken.

Ob es ein unerlaubter Handel iſt, wenn ein Cammerbedienter, der bey der Verpachtung gebrauchet worden, mit dem Pächter eines herrſchaftlichen Vorwerks Vortheil und Schaden theilet, ohne der Herrſchaft Einwilligung erlanget zu haben?

Der Pächter eines herrſchaftlichen Vorwerks, Sempronius, welcher das zu Bezahlung des Inventarii erforderliche Geld nicht anſchaffen konnte, erboth ſich, den Cammerrath Titium in ſeinen Contract mit treten zu laſſen, und ſelbigem den halben Pachtgewinnſt zu gönnen, wenn er ihm mit dem nöthigen Gelde aushelfen würde. Dieſes geſchahe, und obwohl der Handel nicht bekannt werden ſollte, ſo gelangte er dennoch zu des Caji Wiſſenſchaft, welcher ihn als eine ſtrafbare Sache denunciirte.

Nun iſt im L. 46. §. 2. de Jure fiſci folgendes enthalten: Quod a præſide ſeu procuratore ſive quolibet alio in ea provincia, in qua adminiſtrat, licet per ſuppoſitam perſonam comparatum eſt, infirmato contractu vindicatur, & æſtimatio ejus fiſco infertur. Nam & navem in eadem provincia, in qua quis adminiſtrat, ædificare prohibetur. Es ſcheinet auch mit dem Amt eines Cammeraths ſich nicht reimen zu laſſen, daß ſelbiger ein herrſchaftliches Guth pachtet, weil der Verpächter und Pächter gemeiniglich ein ſehr verſchiedenes Intereſſe haben, und dem leztern leicht etwas zum Nachtheil der Herrſchaft eingeräumet werden könnte, wenn derjenige, welcher es verhindern ſoll, Pächter iſt.

Aber der angeführte L. 46. ſetzet ein Verboth voraus, etwas an ſich zu bringen, und will denjenigen geſtrafet wiſſen, qui contra prohibitionem legis aliquid acquiſivit. Nirgend aber iſt es in unſern Geſetzen verbothen, zu einem

mit dem Pächter getroffenen Handel Geld zu leihen, oder auch an dem Pachtcontract Theil zu nehmen, wenn dem Landesherrn nicht geſchadet wird, daher die Lehre Leysbri Spec. 571. med. 34. Beyfall verdienet, quod is crimen committat, qui per ſuppoſitas perſonas contractus principi noxios init, ut ad ipſum omne vel potiſſimum emolumentum redundet. Zu Begründung einer Inquiſition wird erfordert, daß dem gemeinen Weſen nicht nur geſchadet worden, ſondern daß es auch aus böſer Abſicht geſchehen (a). Titius wendete ein, der Pachtcontract ſey nach den Principiis verfaſſet, die man bey andern herrſchaftlichen Verpachtungen befolget, und durch ſeinen Handel mit Sempronio dem Landesherrn nicht der mindeſte Nachtheil verurſachet. Hierauf kam es allerdings an, und deßwegen wurde deſſen Beweiß erfordert.

Inzwiſchen iſt dennoch rathſam, dergleichen Contracte überhaupt zu verbiethen, weil es nicht wohl möglich, den Misbrauch zu verhindern.

(a) Es ſchreibet Tuschus lit. S. Concl. 691. num. 11: Pœna ſtellionatus non habet locum, ubi deficit fraus damnoſa, & ideo licet ſit contra bonos mores ſub mendacio contrahere, tamen ſi talis mendax non lucratur, neque aliquid recipit, non poteſt puniri; und Harpprecht *de Crimine ſtellionatus* §. 5. Eventus & damnoſus effectus cum affectu doloſo concurrere debet; Imgleichen der Cammergerichts-Aſſeſſor von Cramer in den Nebenſtunden Part. XXXVIII.: „Der Vernunft nach wird damnum alterius präſupponiret, wenn fraus & dolus malus ſoll angenommen werden.„

LXXX. Bedenken.

Es entſchuldiget ein ungewiſſes Gerücht den Richter nicht, der deſſentwegen wider einen Unſchuldigen zur Inquiſition ſchreitet.

Es wurde zu S. im Brunnen ein todtes vermuthlich neugebohrenes Kind am 29ten Febr. 1765. gefunden, und als die Beamte ſich Mühe gaben, die Mutter ausfündig zu machen, äuſſerten ſich einige; die Leute hielten des Caji eines Oberofficiers Schweſter Tochter Titiam für verdächtig, weil ſie eine Zeitlang krank geweſen, und einen ſtarken Blutfluß gehabt haben ſollte. Dieſe wurde darauf vor das Gericht geladen und ihr vorgehalten, daß ſie des entſtandenen Gerüchts ihrer Krankheit und des Blutfluſſes halber vieles gegen ſich habe. Man lieſſe dieſelbe durch eine Bademutter viſitiren, welche aber keine Milch in ihren

ihren Brüſten gefunden. Es wurde demnächſt der Arzt vernommen, den Titia in der Krankheit zu ſich rufen laſſen. Dieſer bezeugte, „wie er ſie am 17. Januar krank und in einem heftigen Fieber gefunden, daß ſie ſelbigen Tages Blut geſpien, in der folgenden Nacht aber die zurückgebliebene Menſes ausgebrochen, wobey die Patientin ſo krank worden, daß ſie ſich das heil. Abendmahl reichen laſſen. Er hielte die Krankheit für keine Folge einer vorhergegangenen Geburt.„ Da auch das neugebohrne Kind am 28. Febr. in dem Brunnen gefunden worden, ſo könnte es im Januario, als Titia krank geweſen, unmöglich zur Welt gekommen ſeyn. Man muſte daher von weiterer Unterſuchung abſtrahiren. Titia aber ſtellete darauf eine Injurienklage wider die Beamte an, verlangte deren Beſtrafung, und daß man ſie condemniren mögte, ihr eine öffentliche Abbitte zu thun.

Nun haben dieſe allerdings ſehr übel gehandelt, da ſie, ohne zuförderſt den Arzt und andere Leute zu vernehmen, auf ein bloſſes Gerücht wider eine unbeſcholtene Perſon zur Inquiſition geſchritten (a). Zwar hält Leyser Spec. 551. Med. 9. dafür: „Famam publicam nullis aliis argumentis ſubnixam excuſare magiſtratum, qui rumore publico etſi incerto & vago inductus in jus vocat, interrogat, examinat, inquirit, quin carceri mancipat. Aber ich abſehe nicht, was die Obrigkeit entſchuldigen kann, welche auf ein bloſſes Geſchwätz des gemeinen Mannes, ohne deſſen Grund zu unterſuchen, eine Inquiſition wider jemand vornimmt, auf deſſen Leben und Wandel bisher nichts zu ſagen geweſen. Es erfordert ſowohl ihr Amt Sorge zu tragen, daß der Leute guter Name ohne Urſach nicht geſchmälert werde, als daß kein Verbrecher ungeſtrafet bleibe. Die Chur-Braunſchweigiſche Criminal-Inſtruction verordnet Cap. IV. §. 7. „daß, wenn ſich ein gemein Geſchrey erhebet, das Gericht nicht allzuleichtgläubig ſey, ſondern fleiſſige Nachforſchung anſtelle, ob das Gericht von erheblichen und glaubwürdigen oder von liederlichen und unglaubhaften Leuten entſprungen.„ Im gegenwärtigen Fall gründete es ſich auf nichts als die Krankheit der Titia, und daß ſolche unmöglich die Geburt des gefundenen Kindes veranlaſſen können, hätten die Beamte gar leicht in Erfahrung gebracht, wenn ſie von der Zeit Nachricht eingezogen, da Titia krank geweſen. Ein Richter, der aus Unwiſſenheit jemand zu nahe gethan, iſt willkürlich zu beſtrafen (b), nemlich mit Gelde (c), und er muß dem Beleidigten die verurſachte Koſten erſtatten (d).

Die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte daher 1773: daß Beklagte daran, daß ſie bey Ermangelung hinreichender Anzeigen wider Klägerin

inquiſitorie verfahren, ſelbiger, geſtalt das Kind, dem allgemeinen Gerücht nach, aus ihrem Hauſe ſey, vorzuhalten, ſich nicht entſehen, und ſolchergeſtalt veranlaſſet haben, daß ſie ſich die Brüſte durch die Bademutter auf der Amtsſtube beſichtigen laſſen, zu viel und Unrecht gethan, mithin wegen dieſes voreiligen und nichtigen Verfahrens, nicht allein ein jeder in 50 Thlr. Strafe billig zu nehmen, ſondern auch zugleich gehalten ſind, der Klägerin ſolcherhalben eine chriſtliche Abbitte und Ehrenerklärung zu thun, welches jedoch durch einen hinlänglich bevollmächtigten Anwald wohl geſchehen mag, auch ſämtliche auf dieſen Rechtsſtreit verwandte Koſten, nach vorgängiger deren Specification und unſerer Ermäſſigung zu erſtatten ſchuldig und gehalten ſind.„

(a) Non omnis fama ad inſtruendam inquiſitionem ſufficit, ſed ea tantum, quæ probabilem cauſam habet conjunctam, quam ſuggerunt, genius & vita rei ante acta, non ſola multitudo perſonarum in ſiniſtrum de aliquo judicium conſpirantium. Boehmer ad CC. Art. 6. §. 4. Quistorp in den Grundſätzen des peinlichen Rechts §. 508. Alias inquiſitio eſt nulla & judex actioni injuriarum ſe exponit. Koch *Inſt. jur. crim.* §. 713.

(b) Boehmer ad Inſt. Lib. IV. Tit. 5. §. 1. lit. c.

(c) Huber ad Inſt. d. l. §. 2.

(d) Lyncker Vol. I. Reſ. 175. num. 63.

LXXXI. Bedenken.

Von Gränzſteinen und Gränzbäumen.

Zwiſchen der Stadt Görtingen und der Dorfſchaft Groſſen-Lengede entſtund eine Gränzſtreitigkeit, weil jene ſich einen Theil des Dreiſches anmaſſete, dieſe ihn aber ganz zu behaupten ſuchte. Beyde wieſen Steine an, welche die Gränze bezeichnen ſollten, und es waren ſonder Zweifel Gränzſteine, weil man darunter Schärben von Ziegeln, auch der Orten ſonſt nicht vorhandene Sandſteine und Kohlen fande (a). Es wurden zwar überdem Bäume an der der Stadt zuſtändigen Holzung als Gränzbäume angegeben. Aber ihnen mangelten die Gränzzeichen (b). Wenn Gränzſteine Streitigkeiten entſcheiden ſollen, ſo müſſen deren mehrere vorhanden ſeyn, welche in gerader Linie auf einander weiſen (c). Daran fehlete es aber hier, weswegen zu vermuthen, daß die beyde Steine geſezet ſind, um ganz andere Gränzen zu bemerken. Die Groſſen-

Lengeder

Lengeder erwieſen durch Zeugen, daß ſie ſeit 30, 40 und mehreren Jahren bis an gewiſſe abgehauene Stämme, auf dem Dreiſch mit ihrem Vieh gehütet, die daſelbſt befindliche wenige Bäume geköpfet, oder die Maſt von ſelbigen genutzet hätten, auch daß ſolche Bäume mit Wolfsangeln bezeichnet geweſen, daher ihnen der Dreiſch bis an die abgehauene Stämme 1773 von Königl. Juſtitzcanzley zuerkandt wurde.

(a) Lapillos lapidibus finalibus adjiciendos eſſe, non quidem definitum eſt, ſed id ex regionum more depromendum venit, unde acquieſcendum lapidibus talia ſigna referentibus. MYLER *Metrolog.* Cap. 14. §. 13. 14. 19. num. 4. HILDEBRAND *de Diverſitate lapidum finalium eorumque jure* Cap. 2. §. 3.

(b) Die Gränzen werden nur durch Bäume bemerket, die mit Kreutzen, eingehauenen Löchern, oder ſonſt bemerket ſind. BECK *de Jure limitum* Lib. I. Cap. IV. Obſ. I.

(c) Lapides terminos finales tunc tantum probant, ſi recta linea alios lapides terminales reſpiciunt. MYLER d. l. §. 19. num. 6. KREBS *de ligno & lapide* Part. II. num. 6.

LXXXII. Bedenken.

Ob Zinſe von einem ſäumigen ſachfällig gewordenen Schuldner von der Zeit zu bezahlen ſind, da die Schuld annoch illiquid war?

Cajus forderte jährlich 150 Thlr. Penſionsgelder, welche ſeine ehemalige Herren, die Gebrüdere Titius und Sempronius, ihm auf Lebenszeit verſprochen hatten. Der erſte bezeugte eidlich, daß ſolches Verſprechen geſchehen, und erfüllete es zu ſeinem Antheil. Sempronius Söhne weigerten ſich deſſen. Sie wurden aber zur Zahlung condemniret, und Cajus wollte behaupten, daß ihm von den rückſtändigen vieljährigen Penſionsgeldern Zinſe gebührten, welche man demſelben nur von der Zeit an zu entrichten ſich erboth, da die Urtel rechtskräftig worden, weil die Sache Zweifeln unterworfen geweſen, und deßwegen dem Beklagten keine mora beyzumeſſen ſey (a). Aber dieſes hat nur in dem Fall ſeine Richtigkeit, wenn der Kläger ſelbſt, was ihm gebühret, nicht genau beſtimmen kann, oder die Sache ſo dunkel iſt, daß mit Vernunft niemand anzumuthen, ohne richterliche Erkenntniß zu zahlen. Daß die Beklagte ihres Vaters Bruders eydlichen Zeugniß keinen Glauben beymeſſen wollten, entſchuldigte ihre

moram nicht. Wenn, ſo oft keine temeritas litigandi in die Augen fället, der Beklagte ſowohl von Bezahlung der Zinſen, als der Proceßkoſten Erſetzung frey zu ſprechen wäre, ſo würden die wenigſte Kläger jene empfangen.

Aber das dem Kläger geſchehene Verſprechen war eine Schenkung. Denn hatte gleich Cajus ſeiner Herrſchaft nützliche Dienſte geleiſtet, ſo waren ihm doch ſolche mit einem hinlänglichen Gehalt vergütet, und er konnte nach den ſtrengen Rechten kein mehreres fordern (b). Der Schenknehmer iſt aber unbefugt, denjenigen, welcher ihn beſchenket hat, zur Zinszahlung zu nöthigen, wenn gleich die geſchenkte Sache nicht zu rechter Zeit geliefert worden (c).

(a) MEVIUS Part. VII. Dec. 239. SANDE Lib. III. Tit. 14. Def. 9. BERGER *de Uſuris* §. 6.

(b) Donationem remuneratoriam non quæcunque merita præcedentia conſtituunt, ſed illa, ob quæ alias actio vel retentio competeret, vel extra ordinem agi poſſit. HORN Claſſ. X. Dec. 4. num. 1.

(c) L. 22. ff. *de Donationibus*.

LXXXIII. Bedenken.

Ohne eine Ceſſion oder beſondern Vertrag erlanget niemand des mit ſeinem Gelde bezahlten Gläubigers Rechte.

Mevius hatte dem Calpurnio Geld geliehen, und dieſer damit eine väterliche Schuld bezahlet. Jener vermeynte dadurch die Rechte des Creditoris dimiſſi erlanget zu haben. Aber dieſe Meynung iſt ſehr irrig, da im L. I. C. Lib. VIII. Tit. 19. folgende Verordnung enthalten: Non omnino ſuccedunt in locum hypothecarii creditoris, quorum pecunia ad creditorem tranſiit. Hoc enim tunc obſervatur, cum is, qui pecuniam poſtea dat, ſub hoc pacto credat, ut idem pignus ei obligetur, & in locum ejus ſuccedat (a).

(a) Quando extraneus ſolvit hypothecario, ſuccedit quidem ipſe ſine ulla prævia ceſſione in actionibus & juribus dimiſſi perſonalibus, ſed non ſimul in jure hypothecario, niſi expreſſe de eo fuerit conventum. PEREZ ad Cod. Lib. VIII. Tit. 19. num. 4. FABER in Cod. Lib. VIII. Tit. 19. Def. 2. 3. 4. CARPZOV Part. I. Conſt. 28. Def. 133. BORN *de Jure illius, cujus pecunia creditor alterius eſt dimiſſus* Cap. I. §. 2. BECK *de Concurſu hypothecariorum ſimplicium* §. 23.

LXXXIV. Bedenken.

Vom Beweiß eines unverſöhnlichen Haſſes, welcher die Ehe trennet.

Zwiſchen zwey Eheleuten entſtunden bald nach vollzogener Ehe beſchwerliche Irrungen. Die Frau beſchuldigte den Mann eines Ehebruchs, und verlangte deßwegen von ihm geſchieden zu werden. Erwieſe denſelben aber nicht. Der Mann begehrte gleichfalls, daß man die Ehe, wegen des unverſöhnlichen Haſſes, trennen mögte, der nicht ohne Urſach bey ihm wider eine Perſon entſtanden ſey, die denſelben durch falſche Beſchuldigungen nicht nur um die Ehre und um einen beträchtlichen Theil ſeines Vermögens bringen, ſondern ihm auch eine criminelle Strafe zuziehen wollen.

Nun vermeynen viele gelehrte Männer, daß eine Eheſcheidung nicht nur wegen des Ehebruchs und der bößlichen Verlaſſung, ſondern einer jeden Verletzung des Ehevertrages halber erkandt werden möge (a), inſonderheit aber, daß dazu ein groſſer Haß hinreiche (b), welcher zu rechtfertigen ſtehe, wenn ein Ehegatte den andern in Schimpf und Schande zu bringen geſuchet (c). Dieſes hatte die Frau gethan, da ſie den Mann ohne Grund eines Ehebruchs beſchuldiget, und, um zum Beweiſe zu gelangen, falſche Zeugniſſe durch Geſchenke und Gaben beyzubringen geſuchet. Das Königl. Preußiſche Cammergericht zu Berlin hat erkandt, pro inimicitia capitali irreconciliabili notoria haberi poſſe, absque ulla anteriori probatione rigoroſa, enixiſſimum utriusque conjugis conſenſum in divortium (d), welcher Fall obangeführtem nach allhier vorhanden war.

Allein wenn die Eheſcheidung zu erkennen, ſo oft Eheleute in Streit gerathen, und einer des andern müde iſt, ſo würden wir die Ehegeſetze der Juden wieder einführen, welche Gott wegen ihrer Herzens Härtigkeit geduldet, und der Heyland aufgehoben hat (e). Leichtſinnigkeit, die Bemerkung ſolcher Fehler beyder Eheleuten, deren keiner eine Eheſcheidung rechtfertiget, die Hofnung, eine beſſere Wahl zu thun, und viele andere Motiven, können den mutuum diſſenſum veranlaſſen, ohne daß einer den andern tödlich haſſet, und keine Verſöhnung zu hoffen iſt. Das Erkenntniß des Berliniſchen Cammergerichts haben des Königs von Preuſſen Majeſtät ſelbſt weiſeſt eingeſchränkt, als zwey Leute die Ehe, ſo ſie ohngefähr vor drey Monathen mit einander getroffen, wegen der ſchlechten Harmonie ihrer Gemüther wieder zu trennen ſuchten, und heiſſet es in der preiswürdigſten Königl. Reſolution: „Daß ſolches Suchen, in Betracht der gar zu kurzen Dauer ihrer Ehe, nicht Statt habe, indem ſie

binnen

binnen ſolcher kurzen Zeit unmöglich Gelegenheit gehabt, ſich einander recht kennen zu lernen, daher ſie hübſch zuſammen bleiben, und nur einer dem andern mit Vernunft und Liebe begegnen ſolle, alsdenn ſich der jetzt vorgeſchützte Widerwille ſchon von ſelbſt wieder legen wird, geſtalt ſeine Königl. Majeſtät nicht gemeynet ſind, zu erlauben, daß die Leute aus Leichtſinnigkeit wieder auseinander laufen dürfen„ (f). Die Ehe qu. hatte aber nur wenige Monathe gedauret, und ſowohl Leichtſinnigkeit als Haabſucht konnte die Eheleute beweget haben, deren Trennung zu verlangen, die daher keinesweges, ſondern nur die Scheidung von Tiſch und Bett, erkandt wurde, welche öfters veranlaſſet, daß unbeſonnene, zänkiſche Leute zu andern Gedanken kommen (g).

(a) COCCEJUS *Jur. controv.* Lib. XXIV. Tit. 2. Quæſt. 5. PUFENDORF Tom. I. Obſ. 160. §. 28.

(b) GREVE *de Divortio propter inimicitias graviores* §. 7.

(c) JCti Hallenſes Tom. I. Lib. II. Conſ. 73. num. 18.

(d) BOEHMER Obſ. 106.

(e) WERNHER Tom. I. Part. IV. Obſ. 6. num. 6. BOEHMER I. E. P. Lib. IV. Tit. 19. §. 42.

(f) BOEHMER d. l. Wie häufige Eheſcheidungen mit der Zeit ein groſſes Uebel zu werden pflegen, bemerket der Hofrath MICHAELIS im Moſaiſchen Recht Part. II. §. 120.

(g) BOEHMER d. l.

LXXXV. Bedenken.

Vom Mühlenrecht im Fürſtenthum Grubenhagen.

§. I.

In dieſem Lande findet ſich keine Verordnung von den Mühlen. Die davon handelnde Gandersheimiſche und Hannöverſche Landtags-Abſchiede von 1601 und 1639 ſind nur mit den Ständen des Fürſtenthums Calenberg errichtet, und zu der Zeit, als die Celliſche Reſolution von 1686 und die Declaration von 1696 ertheilet wurde, war das Fürſtenthum Grubenhagen nicht mehr Celliſch. Ich habe bereits in dieſer Rechtlichen Bedenken II. Theils XLVIII. Bedenken, die Meynung geäuſſert, daß ein jeder auf dem Seinigen Mühlen bauen dürfe, wenn es keiner Landesherrlichen Verordnung oder dem Herkommen zuwider

wider läufet, und die Lehre des Titii Jur. priv. Lib. VIII. Cap. 16. §. 26. widerſpricht der Meinigen nicht, weil ſie nur erlaubet, die natürliche Freyheit einzuſchränken, wenn es des Landes Wohlfahrt erfordert, nicht aber will, daß ſolche überall eingeſchränket iſt. Die Grubenhagiſche Landesherrſchaft hat zwar 1617 dem Landdroſten von Wobersnou die Erlaubniß ertheilet, auf dem Waſſer, die Dies genannt, eine Mahlmühle zu gebrauchen. Aber daß dieſer Miniſter zum Ueberfluß, um Proceſſe zu vermeiden, eine Conceſſion ausgebracht, ſolches erweiſet keine die natürliche Freyheit einſchränkende Gewohnheit des Landes (a). Ueberdem ſollte die Mühle an einem Fluß erbauet werden, welcher dem von Wobersnou nicht eigenthümlich zuſtunde.

(a) Meine *Vindiciæ juris venandi nobilitatis Germanicæ* Cap. I. §. 35.

§. II.

Hieraus folget von ſelbſten, daß keine Zwangmühle angeleget, noch ein neuer Mühlenbau verhindert werden kann, es gereiche dem einen oder dem andern zum Verderben, und liefe alſo der gemeinen Wohlfahrt zuwider. In dem eben angeführten Wobersnouiſchen Privilegio iſt auch verſehen, daß die Ab- und Zufuhr der Mahlgäſte nicht verhindert werden ſoll, von wannen ſolche kommen mögten, und dennoch ergeben die Amt Rotenkirchiſchen Bruchregiſter, daß ſeit 30 und mehr Jahren diejenige geſtrafet worden, welche nicht auf der herrſchaftlichen Hüllerſer Mühle gemahlen haben.

Der von Daſſel, welcher als Beſitzer der Wellerſer Mühle ſich des Amts Mühlenzwang widerſetzte, wandte dawider ein, 1) ſeine Vorfahren, welche bey den Landgerichten nicht erſchienen, hätten keine Wiſſenſchaft von demjenigen erlanget, was daſelbſt vorgegangen, und daß 2) einige Leute beſtrafet worden, weil ſie die Hüllerſer Mühle vorbey gegangen, präjudicire andern nicht (a).

Allein 1) erfordert die Præſcriptio longiſſimi temporis keine ſcientiam adverſarii (b). Es iſt auch ganz unglaublich, daß, was auf den Landgerichten öffentlich geſchehen, und eine groſſe Menge Leute in Erfahrung gebracht, den Beſitzern der Wellerſer Mühle, welche dabey intereſſiret ware, unbekannt geblieben.

Sonder Zweifel iſt 2) beym Landgericht öffentlich verbothen, die Hüllerſer Mühle vorbey zu gehen, und dieſes allen Dorfſchaften bekannt worden,

S mithin

mithin gereichet es ihnen allerdings zum Nachtheil, daß ſie nicht widerſprochen, und die natürliche Freyheit zu behaupten geſuchet haben (c).

(a) WERNHER Part. IV. Obſ. 217.

(b) MANZIUS *de Servitutibus* Tit. I. num. 153. MÜLLER ad Struv. Ex. 13. §. 39. lit. Θ.

(c) BERGER ad Lauterbach, Tit. *de Acquirenda vel omittenda poſſeſſione voc.* juris eſt. WERNHER d. l. in ſuppl.

§. III.

Es iſt eine ſtreitige Rechtsfrage: ob ein Beſitzer der Mühle verhindern kann, daß ſein Nachbar einen Mühlenzwang einführe, oder ob ſolches nur von denjenigen geſchehen mag, deren natürliche Freyheit man ſchmälern will? Das Letztere wird mit vielem Anſchein behauptet (a). Doch fehlet es auch an Vertheidigern der erſten Meynung nicht (b). Das Königl. Celliſche Oberappellationsgericht pflichtet dieſer bey (c). Aber es geſchahe in einer Sache aus dem Fürſtenthum Calenberg, allwo, wie bereits oben im XXI. Bedenken dargethan worden, niemand auch das Lucrum ceſſans dem Mühlenherrn zu entziehen befugt iſt. Ob alſo ſolches im Grubenhagiſchen ſeine Anwendung findet, daran hat man zu zweifeln Urſach. Dem von Daſſel konnte das Jus contradicendi nicht verſaget werden, da in dem angeführten Landesfürſtlichen Privilegio ausdrücklich verſehen iſt, daß der Wellerſer Mühle die Ab- und Zufuhr der Mahlgäſte nicht verhindert werden ſolle.

(a) REINHARD *de Eo quod circa molendinorum exſtructionem atque bannum inprimis in terris Brunſuico-Luneburgicis juſtum eſt.* Sect. II. Cap. I. §. 57.

(b) CARPZOV Part. II. Conſt. IV. Def. XI. MYLER *Metrol.* Cap. 19. §. 6.

(c) Vice-Präſident v. PUFENDORF Tom. I. Obſ. 226. §. 2.

LXXXVI. Bedenken.

Ein im ſiebenden Monath gebohrnes vollſtändiges Kind kann nicht ehelich ſeyn.

Chriſtoph Möllers Ehefrau kam im ſiebenden Monath mit einem Kinde nieder, welches ſo vollſtändig war, daß, nach der Bademutter Zeugniß,

man

man viele Kinder von neun Monathen findet, welche nicht ſo ſtark ſind. Die Mutter geſtund auch, daß nicht ihr Ehemann, ſondern Conrad Brauns deſſen Vater ſey, und dieſer ſtellete in keine Abrede, mit der Möllerin vor ihrer Heyrath ſich fleiſchlich vermiſchet zu haben. Er wollte jedoch behaupten, das Kind könne ſowohl von Möllern als von ihm gezeuget ſeyn. Jener forderte von dieſem deſſen Alimentationskoſten, und das Amt Lauenſtein erkandte am 11. November 1772: „Daß wenn gleich Beklagter den mit des Klägers Ehefrau vor ihrer Verheyrathung gepflogenen Beyſchlaf abzuleugnen nicht vermag, dennoch das von ihr zur Welt gebrachte Kind, weil ſolches nach der vom Beklagten geſchehenen und vom Kläger nicht abgeleugneten Angabe, nach der in den Geſetzen angenommenen Zeit, nemlich von des Klägers und deſſen Ehefrauen gehaltenen Verlobung und der zugleich geſchehenen fleiſchlichen Vermiſchung anzurechnen, gebohren worden, ſolchem auch das Geſtändniß der Mutter zu keinem Präjudiz gereichen kann, Einwendens ohngehindert, pro legitimo zu achten, und Beklagter daher von der angeſtelleten Alimentationsklage lediglich zu entbinden ſey;„ Von welchem Spruch Möller an die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley appellirte.

Nun wird zwar ein im Anfang des ſiebenden Monaths gebohrnes Kind von vielen für ehlich gehalten (a), noch ſchadet es demſelben, wenn die Mutter angiebet, daß ihr Ehemann deſſen Vater nicht ſey (b), und es fehlet an Aerzten nicht, welche angeben, es könne zu Zeiten ein vollſtändiges Kind im ſechſten Monath gebohren werden (c).

Aber dieſem widerſprechen mit guten Gründen die erfahrenſte Aerzte, welches von HEBENSTREIT Anthropolog. for. alſo geſchiehet: Quamvis vigor parentum, robur maxime matris allegari, excuſationis cauſa, ſoleat, ipſius quoque fœtus incrementum precox a natura haud alienum ſit, cum illud in adoleſcente homine ſimiliter obſervetur; ea tamen celeritate intra adductum tempus vis vitæ matris, ſobolem, ad debitam qua plurimi naſcuntur, ſtaturam evehere nequit, ut, ſi nonimeſtri ſimilis in lucem prodeat, dubium pudoris læſi nullum ſupereſſe poſſit; Dem ALBERTI Jurisprud. medicæ Tom. I. folgendergeſtalt beypflichtet: Ubi in infante omnia completa & legitime conſtituta obſervantur, ſeptimeſtris partus præſumitur illegitimus (d). Nur alsdenn wird ein Kind für ehelich gehalten, wenn gleich die Mutter mit mehreren zu thun gehabt, wenn es vom Vater gezeuget werden können (e), welcher Fall hier nicht vorhanden, daher der Beklagte ſchuldig erkandt wurde, das Kind zu ernähren.

(a) RICHTER Dec. 89. num. 2. BERGER O. I. Lib. I. Tit. 2. §. 2.
(b) Dieſer Rechtlichen Bedenken III. Theils LI. Bedenken.
(c) STRYCK *de Jure ſenſuum* Diſſert. I. Cap. I. num. 41.
(d) S. auch WILDVOGEL *de Partu legitimo* §. 13.
(e) BERGER d. l. not. 7.

LXXXVII. Bedenken.

Dem Landesherrn ſtehet die Hud und Weide mit ſeinen Schaafen auf den Ländereyen der Unterthanen, Kraft eines Eigenthums, keinesweges zu.

Ein Edelmann beſchwerte ſich darüber, daß obwohl ihm die Hud und Weide von dem Dorf N. zuſtünde, das Königl. Amt aber nur befugt ſey, daſelbſt wöchentlich zwey Tage mit den Schafen zu hüten, und in den übrigen vier Tagen ſich der Durchtrift zu gebrauchen, es ihn jedoch verhindern wolle, auf wenige Zeit für Pferde und Hornvieh, wegen Mangel an Fütterung, einen Zuſchlag zu machen, der dem Amt ganz ohnſchädlich ſey, und da er fürchten müſſe, daß man ſich künftig dergleichen Zuſchlägen thätlich widerſetzen mögte, ſo bat er, ſolches dem beklagten Amt zu verbiethen. Dieſes wandte 1) ein, die mehreſte Aemter im Lande wären vormals Caſtra geweſen, die einen weitläuftigen Umfang von liegenden Gründen und Zubehörungen gehabt. Um Schutz zu erlangen, hätten daſelbſt Leute Wohnungen errichtet, und das ihnen zugetheilte Land zu bauen angefangen. Weil ſie aber ohne Viehzucht nicht leben können, ſo ſey ihnen erlaubt, ein und anders Vieh zu halten, die Schäfereyen jedoch der Herrſchaft verblieben, mithin wären dieſe, in Anſehung der Hud und Weide kein Jus ſervitutis, ſondern ein Jus originarium ex dominio profluens. Unterthanen hätten keine Schäfereyen, wenn ſie ſolche nicht durch Belehnungen, herrſchaftliche Conceſſiones, Verjährungen, oder das Herkommen erlanget. Schwerlich werde 2) der erfahrenſte Haushalter ſich erdreiſten, zu beſtimmen, ob genugſame und dienliche Schafweide übrig bleibe, bevorab, wenn die Schäferey auf keine beſtimmte Zahl eingeſchränket wäre.

Allein es iſt 1) unerweislich, daß Schutzes halber die zu den Aemtern gehörige Dörfer bey den Schlöſſern angebauet worden. Vielmehr ſind jene größtentheils Graf- und Herrſchaften geweſen (a). Denen ſolchen Diſtricten vorgeſetzten Grafen nnd Herren ſtunde nicht das Eigenthum der darin belegenen Ländereyen, ſondern nur die obrigkeitliche Gewalt über ſelbige zu. Die Grafen bekamen

kamen von den Königen gewiſſe, keinesweges aber alle Güter und Aufkünfte der Grafſchaften zu Lehn. Noch heutiges Tages wird man ſchwerlich eine finden, worin nur die Grafen etwas eigenthümlich beſitzen.

Geſetzt aber der Satz des Amts wäre eine hiſtoriſche Wahrheit, ſo folgte doch daraus keinesweges, daß die Schäfereyen den Aemtern vorbehalten worden, und alſo für Regalien zu halten ſind, wie denn die wenigſte denen Aemtern ankleben, und durch Landesherrliche Conceſſionen erlanget ſind (b).

Jedoch kam es auf dieſe Frage hier eigentlich nicht an. Denn das Amt mag jure condominii, oder ſervitutis die Hud und Weide vor N. haben, ſo kann es jedoch niemand behindern, das Seinige nach Gutbefinden zu gebrauchen, wenn deſſen Schafen die nöthige Weide nicht entzogen wird.

Es iſt auch ſo wenig einem Condomino, als demjenigen, der jure ſervitutis auf des andern Grund und Boden hütet, erlaubet, die Anzahl der Schaafe nach Willkühr zu vermehren, ſondern er darf nur ſo viel auf die gemeine Weide bringen, wie er im Winter ausfüttern kann (c), und daß dieſes Recht in den Chur-Hannöverſchen Landen üblich iſt, erhellet aus den Erkenntniſſen des Königl. Oberappellationsgerichts (d). Solches Principium hat auch der Amts-Anwald bisher in andern Sachen für richtig erkandt, und beſonders Anno 1769 in Sachen der Gemeinde Esbeck wider das Amt Harſte begehret, daß Königl. Juſtitzcanzley erkennen mögte, es liege klagender Gemeinde zu erweiſen ob, daß die Amts-Schaafe, ſo viel deren das Amt im Winter ausfüttern kann, genugſame Weide behalten, wenn gleich die Eſparcette nicht abgehütet wird. Das Erkenntniß Königl. Juſtitzcanzley von 1774 lautete alſo: „Nachdemmalen Implorat in keine Abrede ſtellet, daß durch den temporellen Zuſchlag qu. der Schäferey des Amts die nöthige Weide nicht entzogen worden, und ſolchenfalls der Implorant befugt, ohne deſſen Genehmigung einen ſolchen anzulegen, maſſen daſſelbe nur unerlaubet iſt, wenn dadurch die Nahrung der Schaafe, welche das Amt im Winter ausfüttern kann, geſchmälert wird, ſo mag es dergleichen Zuſchläge nicht behindern, Implorant aber keine zum Nachtheil der Amts-Schäferey gereichende Neuerungen vornehmen;„ wie wir alſo erkennen, und die Proceßkoſten vergleichen.

(a) Meine *Obſervationes juris & hiſtoriæ Germanicæ* Obſ. 9. §. 2. auch der Nebenſtunden I. Theil III. Abhandlung Cap. 2. §. 5.

(b) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. IV. CXVII. Bedenken.

(c) ENGAU Part I. Dec. 69. num. 3. KLINGNER im Dorf- und Land-recht I. Theil. p. 453.

(d) Vicepräſident von PUFENDORF Tom. I. Obſ. 123. Tom. IV. Obſ. 109.

LXXXVIII. Bedenken.

Ein zur Sicherheit erkandter Arreſt begründet das Forum des incompetenten Richters in der Hauptſache nicht.

Man gründet in dem Reichs-Abſchied von 1594. § 81. die Meynung, daß ein mit Recht erkandter Arreſt die Gerichtbarkeit in der Hauptſache begründet. Es heiſſet daſelbſt: „Und ſo viel die ungleiche Meynungen und Verſtand des Worts Arreſt und daher eingefallene Streit belanget, dieſelbe zu entſcheiden, wollen wir, daß die Conſtitutio arreſtorum ad illicita arreſta facti, quæ fiunt propria auctoritate ſine cognitione cauſæ, und die, ihren rechten Eigenſchaften nach, wahre und in rechten verbothene arreſta genennet werden, zu verſtehen, und ad licita de jure permiſſa arreſta, welche ratione contractus, confeſſati, rei judicatæ, conventionis, pacti, transactionis, conſuetudinis, privilegii, auch gewöhnlicher hergebrachter Nachſteuer, Abzug, rechtmäſſig erlangten und gewöhnlichen Zolls halber ſich zutragen mögten, nicht zu extendiren ſeyn 2c. (a).„

Aber die Reichs-Abſchiede handeln nur von den Arreſten, welche wider unmittelbare Glieder des Reichs erkandt werden (b). In den gemeinen Rechten und unſern Proceßordnungen iſt nirgends verſehen, daß wenn jemand oder deſſen Güter von einem Richter, dem ſie nicht unterworfen ſind, weil periculum in mora, mit Arreſt beleget worden, er daſelbſt wider Willen in der Hauptſache ſich einlaſſen müſſe. Daher lehret LYNCKER de Eo, quod juſtum eſt in arreſto forenſis Cap. 3. §. 17. per judicium ex neceſſitate ſuſceptum non induci litispendentiam; und WAHL de Foro arreſti privilegiato §. 39. läſſet ſich hievon alſo vernehmen: Rationi non convenit ut, ceſſante alia fori, cauſa legitima, ſola poteſtas cogendi, qua judex rei ſitæ vel loci deprehenſionis adigere valet reum ad ſatisfaciendum, ſufficeret ad fundandam per arreſtum jurisdictionem, auch behauptet MEVIUS de Arreſtis Cap. 12. num. 1. 20. quo in loco quis ſolvere non tenetur, ibidem nec arreſta adverſus eum eſſe licita, niſi ob periculum in mora.

Wenn alſo zur Sicherheit jemandens ein Arreſt erkandt wird, ſo kann man weder den Arreſtanten noch den Arreſtaten nöthigen, die Hauptſache von dem arreſtirenden Richter entſcheiden zu laſſen, wenn ſeine Gerichtbarkeit ſonſt keinen Grund hat, und iſt alſo von Königl. Hannöverſcher Juſtitzcanzley anno 1761 in Sachen Sagramoſa wider der Grafen von Bar, anno 1766 in Sachen Gobhard contra Klunder und Scharf, auch anno 1774 in Sachen Andreas Chriſtoph Schwartzkopf wider den Anwald Königl. Cammer erkandt worden.

(a) PUFENDORF *in Proc. civ.* Part. V. Cap. 6. Sect. 1. §. 21.

(b) LYNCKER *de Eo, quod juſtum eſt in arreſto forenſis* Cap. 3. §. 17. CRAMER *in Syſtem. proceſſus imperii* §. 912. TAFINGER *Inſt. Jurisprud. Cam.* Sect. III. Tit. 8. §. 572. BOLLES *de Arreſtis* Cap. 1. §. 4. HOLLAND *de Arreſtis* Cap. 7. th. 2.

(c) MEVIUS Part V. Dec. 221. BRUNQUEL *de Proceſſu arreſti ad effectum ſiſtendi* §. 50. HOLLAND d. l.

LXXXIX. Bedenken.

Von dem Widerruf eines zugeſchobenen und acceptirten Eydes.

Verſchiedener Rechtslehrer Meynung nach kann ein zugeſchobener und acceptirter Eyd von dem Deferenten widerrufen werden, wenn er ſich zum Beweiß erbiethet (a). Die Chur-Braunſchweigiſche Oberappellations-Ordnung *Part. II. Tit.* 8. *Sect.* 3. §. 5. verſtattet ſolches nicht, als worin es heiſſet: „Wenn auch einer das ihm deferirte Jurament einmal angenommen, vermag der Deferente nicht davon wieder zurück zu treten, er mögte denn mit einem Eyde erhalten, daß ihm neue Mittel zum Beweiſe, die er vorhin nicht gehabt oder gewußt, zukommen.„ Iſt aber auch eben dieſes zu erkennen, wenn ſich ſolche Umſtände hervor thun, die denjenigen, der ſchwören will, eines Meyneides ſehr verdächtig machen, z. E. man brächte in Erfahrung, daß er keinen Gott glaubet, oder bereits eines geſchwornen falſchen Eydes überführet iſt? Dieſes hält Herr HOMMEL in Rhapſod. Obſ. 298. für unerheblich, quia ob metum per jurii probabilem nemini auferri debet jus per acceptationem quæſitum. Wer würde aber wohl jemand in ſeiner eigenen Sache zum Richter und Zeugen machen, wenn er wüßte, daß ſelbiger ein gewiſſenloſer Menſch iſt, und dafür hält, es verbinde ihn kein Eyd? Wer dieſe Meynung verheelet, der veranlaſſet die Zuſchiebung des Eydes betrieglicherweiſe, und ein ſolcher Betrug entkräftet alle

Verträge,

Verträge, mithin auch denjenigen, wodurch man ſich verbindlich machet, es auf des Gegentheils Eyd ankommen zu laſſen (b).

Zwar enthält die Oberappellationsgerichts-Ordnung dieſe Limitation der darin feſtgeſtellten Regul nicht. Aber die Frage: Ob der Metus perjurii revocationem juramenti delati & acceptati wirke? wird darin gar nicht berühret, und des Stillſchweigens halber darf man keinesweges vermuthen, daß eine Lehre verworfen iſt, welche in der geſunden Vernunft den beſten Grund hat.

(a) Mevius Part. III. Dec. 201. Leyser Spec. 138. Med. 1. 2. Schaumburg *in Princip. praxeos judiciariæ* Lib. I. Sect. I. Membr. 3. Cap. 5. §. XI.

(b) Pacta non ſunt obligatoria, ubi quis circumvenit alterum falſis aſſeverationibus. Lyncker Vol. II. Reſp. 192. num. 31. Mencken *de Transactione ex falſa cauſa* §. 20. Engau Part. I. Dec. 154. & ſi ea tacet, quæ ſi ſciviſſet alter, non contraxiſſet Mencken d. l. §. 18. Glafey im Recht oer Vernunft §. 109. Unde juramentum acceptatum revocari poteſt, ſi probabiliter oſtenditur adverſarium pejeraturum. Wernher Tom. III. Part. II. Obſ. 421.

XC. Bedenken.

Wie mit Atteſtaten ein Herkommen zu erweiſen.

Als den Müllern im Amt Sternberg die Königl. und Churfürſtl. Beamte anmutheten, daß ſie die herrſchaftliche Gefälle in grober Münze entrichten ſollten, brachten ſelbige ein Atteſtat des Gräfl. Lippiſchen Archivarii bey, worin bezeuget wird, „daß, nach Ausweiſe der ehemaligen Rechnungen des Amts Sternberg, alle Renten und Gefälle in courſirender Münze, die Louisd'Or zu 5 Rthlr. berechnet, und ſo zur Caſſe eingeliefert worden. Daß auch auf den Lippiſchen Landtagen 1731 und 1732 nicht verſtattet werden wollen, alle Rente zur Halbſcheid in $\frac{2}{3}$ beyzutreiben.„ Zum Beweis eines Herkommens ſind aber ſolche, keine actus, noch die Zeit, ſeit welcher ſie geübet worden, ausdrückende Atteſtate unzulänglich (a). Daß auch auf den Landtägen bedenklich gefunden worden, eine generale Regul wegen der zu liefernden Geldſorten zu beſtimmen, daraus folget nicht, daß mancher Guthsherr oder Verpächter weder grobe Geldſorten, noch deren Aequivalent empfangen. Die Königl. Hannöverſche Juſtiz-

canzley

canzley erkandte daher 1774. „Würde Implorant mit archivaliſchen Urkunden oder ſonſt erweiſen, daß und von welcher Zeit her die herrſchaftliche Gefälle in der Grafſchaft Lippe, beſonders aber im Amt Sternberg, mit Louisd'Or zu 5 Rthlr. bezahlet worden, ſo ergehet alsdenn ferner was Rechtens.„

(a) Hertius Vol. I. Reſp. 536. num. 2. Wernher Tom. III. Part. II. Obſ. 252. num. 120. 122. Kress *de Jure Hageſtolziatus* Cap. 3. §. 7. 8. S. auch dieſer Rechtlichen Bedenken II. Theils LIX. Bedenken §. 4. IV. Theils LXVI. Bedenken.

XCI. Bedenken.

Eines Pfarrers Wittwe und Kinder ſind nicht ſchuldig, im Gnadenjahr die vicarirende Geiſtliche abholen und zurück bringen zu laſſen.

Einer Prediger-Wittwe muthete die Gemeinde an, daß ſie diejenige Geiſtliche, welche währender Vacanz des verſtorbenen Pfarrers Amt verrichten, im Gnadenjahr abholen und wieder zurück bringen laſſen ſollte, weil, wer die Einkünfte der Pfarre genieſſet, auch die darauf haftende Laſten tragen müſſe (a), die Eingepfarrete dergleichen Fuhren niemals verrichtet hätten, und kein Geſetz ſolches von ihnen fordere, daher dann auch des verſtorbenen Predigers Mevii Erben ſolche willig gethan.

Allein es hänget von der Willkühr der Landesherrſchaft ab, welche Wohlthaten den Wittwen und Kindern eines Pfarrers angedeihen ſollen (b). Nicht für die Verrichtung des Pfarramts, ſondern aus bloſſer Gnade genieſſen ſie die Aufkünfte eines Jahrs (c). Das Qui commodum ſentit etiam incommodum ferre debet findet hier keine Anwendung, weil ſonſt die Wittwen den benachbarten Predigern ihre Mühe vergelten müßten, welches nicht geſchiehet (d). Sowohl das Königl. Conſiſtorium als das Amt bezeugte, daß, dem Herkommen nach, die Eingepfarrte den Prediger holen und wieder zurück bringen müßten, welches die Verordnung de 1738 in den Landesordnungen Cap. I. pag. 852. beſtärket, wenn es darinn heiſſet: „Wogegen die Wittwe und Descendenten ſchuldig ſind, demjenigen Prediger, welcher die Sonntagspredigt verrichtet, eine Mahlzeit zu reichen.„ Nicht aber verbindet ſie ſelbige, die Geiſtlichen holen und zurück bringen zu laſſen. In der Magdeburgiſchen Kirchenordnung Cap. 14. §. 7. ſind die Eingepfarrte ſogar angewieſen, denen von ihnen abgeholten nächſt angeſeſſenen Paſtoribus eine Mittagsmahlzeit zur Nothdurft zu reichen.

Man hatte der Gemeinde auferleget, die vorgeſchützte Obſervantiam ſpecialem zu erweiſen, und ſie konnte nur den einzigen Caſum darthun, daß nach des Paſtoris Mevii Abſterben deſſen Erben die Fuhren verrichtet. Dieſes war nun zum Beweis einer Obſervanz unzulänglich (e), und zwar um deſto mehr, da beſagter Paſtor weder Frau noch Kinder hinterlaſſen, und ſeine Erben dieſe zu nichts verbinden konnten (f). Es wurde daher 1774 erkandt: „Weil zu dem erforderten Beweis eines beſondern Herkommens nicht hinreichet, was bey einer Vacanz der Pfarre geſchehen; ſo haben Appellanten das ihnen zu erweiſen obliegende nicht erwieſen, daher Appellaten von angeſtelleter Klage zu entbinden ſind.„

(a) CARPZOV *Jurisprud. Conſiſt.* Lib. I. Def. 205. num. 5.

(b) I. A. HOFMANN *de Anno gratiæ & præcipue quatenus ad collaterales transferriqueat* §. 14.

(c) WERNHER *Principiorum Jur. Eccleſ.* Cap. 4. §. 42. BEYER ad Carpzov d. l. Def. 183.

(d) BOEHMER *Jur. paroch.* Sect. 8. Cap. 2. §. 28. ROHR im Ober-Sächſiſchen Kirchenrecht Lib. II. Cap. 7. §. 1.

(e) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CXXX. Bedenken, IV. Theils LXVI. Bedenken.

(f) Nec ex actum frequentia conſuetudo fluit, quoties privati plurimi qui juri communi ſcripto jus ſuum tueri poterant, ſponte juri ſuo ceſſerunt — Neque enim plures illi facto ſuo efficere poſſunt, ut & alii ſuis tenerentur cedere juribus, ſed magis in hiſce ſimilibusque admittenda foret regula, rem inter alios conſentientes actam nocere non poſſe aliis contradicere atque jus ſuum defendere volentibus. VOET ad ff. Tit. *de Legibus* num. 31.

XCII. Bedenken.

Ob die Actio Pauliana Statt findet, wenn vom Cridario zum Nachtheil ſeiner Gläubiger etwas veräuſſert iſt, bevor ein Concurſus formalis entſtanden?

Dieſe Frage wird von einigen Rechtslehrern bejahet (a). Hingegen erfordern andere, daß die Gläubiger in des Schuldners Güther immittiret ſind (b), welche

welche Meynung ich in den mehreſten Fällen für gegründet halte, weil nicht nur des Verkäufers, ſondern auch des Käufers betriegliche Abſicht die Gläubiger zu verkürzen, dargethan werden muß (c). Dieſe iſt, bevor ein Concurſus formalis entſtanden, keinesweges zu vermuthen, weil, wenn gleich der Verkäufer die in ihn dringende Creditores ſofort zu vergnügen nicht vermag, daraus nicht erhellet, daß die Schuldenlaſt den Werth ſeiner Güther überſteige t (d).

Es kann jedoch bisweilen die betriegliche Abſicht des Käufers dargethan werden, maſſen mancher Schuldner ſeine ſchlechte Umſtände einem Freunde offenbaret, und dieſem deßwegen wohlfeil verkaufet, was den Gläubigern gebührte.

Auch kann das Veräuſſerte, wenn es annoch vorhanden, actione hypothecaria zurück gefordert werden (e).

(a) STRUV S. J. C. Ex. 44. §. 74. KNEUSEL *de Actione Pauliana* §. XI.

(b) ENGELBRECHT ad ff. Tit. quæ in fraudem creditorum &c. BOEHMER *de Actionibus* Sect. 2. Cap. 2. §. 27. RAABE *de Duplici actione Pauliana* Sect. 1. §. 4.

(c) HEINECCIUS ad ff. Tit. *quæ in fraudem creditorum* §. 281. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1831. MENCKEN *de Actione Pauliana* §. 6.

(d) NETTELBLADT *Paulianæ actionis fundamentum* Cap. 2. §. 58.

(e) MENCKEN d. l. §. 3.

XCIII. Bedenken.

Vom Haggericht.

Otto Papen, einen Nienburgiſchen Bürger, wollte der Stadt-Magiſtrat ſtrafen, weil er dem Stadtdiener ein gepfändetes Pferd genommen und ſolches an das Königl. Amt gebracht hatte. Selbiger entflohe, beſchwerte ſich über das Erkenntniß bey Königl. Juſtizcanzley, und ſtellete vor, es finde ſich vor dem Leinthor eine weite Flur, das Bruch genannt, wozu auſſer der Landesherrſchaft beynahe 50 Intereſſenten gehörten. Dieſer Bruch ſey einem Haggericht unterworfen, deſſen Gerechtſame der letzte Graf von Hoya Otto im Jahr 1577 beſtätiget habe. Die Intereſſenten wähleten aus ihren Mitteln einen Hag-

meiſter, und dieſe Wahl ſey auf den Kläger gefallen. Sein Amt beſtehe hauptſächlich darin, daß er durch die Schützen dahin ſehen laſſen müſſe, damit fremdes Vieh den Bruchländereyen keinen Schaden zufüge, wenn es aber geſchehen, ſolches gepfändet, und dem Königl. Amt, als oberſten Hagmeiſter, eingeliefert werde. Solchemnach ſey von ihm nichts ſtrafbares begangen worden, indem er des Mauermeiſter Schulzen im Bruch angetroffenes Pferd dem Stadtdiener genommen, und ans Amt gebracht habe, weil Bürgermeiſtern und Rath in dergleichen Streitigkeiten überall keine Jurisdiction zuſtehe.

Als des Stadtmagiſtrats Bericht erfordert wurde, erſtattete er ihn folgendergeſtalt: „das ſogenannte Bruchhagengericht ſey nichts anders, als eine alte Gewohnheit, vermöge welcher die Intereſſenten wegen auf ihren Bruchländereyen geſchehenen Schadenhütens, Abpflügens, wenn einer die gewöhnliche Wege verläſſet, und dem andern zum Schaden über beſtelletes Land oder Wieſen fähret, oder wegen anderer geringen Feldſchäden ſich unter einander pfänden und ſtrafen könne. Wäre jemand mit dem von der Commune gefundenen Gutachten nicht friedlich, ſo müſſe er die ordentliche Obrigkeit angehen. Die Rechte eines Oberhagmeiſters habe von jeher der Stadtmagiſtrat behauptet, und ernenne bey der jährlichen Umſetzung der bürgerlichen Aemter einen Inſpectorem beym Bruchhagen, ohne deſſen Vorwiſſen und Vorſitz keine Verſamlung der Bruchhagener geſchehen dürfe. Implorant ſuche der Stadt Gerechtſame wider beſſer Wiſſen und ſeinen Bürgereid zu ſchmälern, welches ſtrafbar ſey.

Königl. Juſtizcanzley fande für nöthig, hierüber auch das Amt zu vernehmen, welches berichtete, auſſerhalb des Leinthors hart an der herrſchaftlichen Forſt, dem ſogenannten Nienburger Bruch, liege ein anſehnlicher Tractus von Ländereyen und Wieſen, der Bruchhagen benamet, unter unſtreitiger Amtshoheit, woraus das Amt den Zehenden genieſſe. Die Eigenthümer hätten von uralten Zeiten das Recht gehabt, unter der Direction eines Hagmeiſters, einander durch Strafen und Pfändungen in Schranken zu halten, damit die Waſſerabzüge und Befriedigungen in gehörigem Stande erhalten, keine neue Wege gemacht, auch niemand durch Abpflügen oder ungewöhnliches Hüten beeinträchtiget werde, welches alte Herkommen von Graf Otto zu Hoya durch ein Privilegium 1577 beſtätiget worden. Hierin habe der Landesherr das Amt eines Oberhagmeiſters ſich vorbehalten und verfüget, daß wenn jemand mit ſeinem Vieh muthwillig Schaden verübet, dieſes der Herrſchaft Amtleuten überantwortet und confiſciret werden ſolle. Der Stadtmagiſtat maſſe ſich die Ober-

hagmeiſter-

Hagmeiſterſtelle an, obwohl deſſen in der Bruchhagen Ordnung nicht erwähnet werde.

Nun iſt wohl ſonder Zweifel das Haggericht keine bloſſe Bauerköhr, weil von ſolcher niemand appelliret, welches die Ordnung de 1577 den vermeyntlich Beſchwerten erlaubet. Es iſt vielmehr ein Baurengericht, gleich den Meyerdingen, Hägergerichten und dergleichen an vielen Orten in Teutſchland befindlichen Gerichten, welche weſentlich nicht unterſchieden ſind (a), jedoch verſchiedene Gränzen haben. Die Ordnung de 1577 theilet ſo wenig dem Amt als der Stadtobrigkeit die Oberhagmeiſter-Stelle mit, ſondern will, daß von dem Haggericht an den Landesherrn appelliret werden ſoll, welches gemeiniglich von dergleichen Gerichten nicht an die Aemter, ſondern an die höhere Gerichte geſchiehet (b). Sowohl das Amt als der Stadtmagiſtrat wollte actus poſſeſſorios der geübten Jurisdiction erweiſen. Jenes aber führte nicht einmal an, daß ihm jemals ein Pfand von dem Hagmeiſter geliefert worden. Der Stadtmagiſtrat konnte nach 1577 Rechte erlanget haben, die ihm zu ſelbiger Zeit nicht zugeſtanden, und Otto Pape handelte wider ſeinen Bürgereid, da er zum Nachtheil der Stadt das Amt in eine Poſſeſſion ſetzen wollte, worin es ſich nicht befand (c). Es wurde daher anno 1774 erkandt: Weil aus denen hinc inde producirten Documenten erhellet, wie es keinesweges hergebracht, das vom Hagmeiſter gepfändete ans Amt zu liefern, mithin der Implorant, durch die zum offenbaren Präjudiz der Stadt unternommene Neuerung, ſeinem Bürgereide zuwider gehandelt hat; ſo wird die von Imploraten erkandte Strafe an ihm billig vollzogen, auch er in die der Stadt verurſachte Proceßkoſten hiemit verurtheilet.

(a) GOEBEL *de Jure & judicio ruſticorum* pag. 325. 326. Meine Tractation *de bonis meierdingicis* §. 17.

(b) GOEBEL *de Singularibus quibusdam prædiis ruſticorum* p. 154. von PUFENDORF Tom. I. Obſ. 100. Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. I. CXIII. Bedenken.

(c) Officium civis poſtulat, ut civitatis commoda promoveantur, ejusque damna caveantur. STRYCK *in Conſiliis Hallenſibus* Tom. I. Lib. I. Conſ. 108. num. I. Id enim is promittit præſtans juramentum civium. ZIEGLER *de Juribus majeſtaticis* Lib. I. Cap. 29. §. 15. MENCKEN *de Jurejurando civium* Cap. 4. th. I. & ubi promiſſio non adimpletur, tunc conſideratur civis, tanquam perjurus. MENCKEN d. l. Cap. 6. th. 7. Quin puniendos eſſe cives, qui ſponte adverſus ſenatum deponunt, vult LYNCKER Dec. 82.

XCIV. Bedenken.

Der Dienſt iſt auch in der Saat- und Erndtezeit zu leiſten, nicht aber zu halben Tagen zu fordern.

Die Ackerleute zu N. wollten 1) zur Saat- und Erndtezeit, auch bey ſehr ſchlechter Witterung, keine Kornfuhren verrichten, noch 2) geſtatten, daß man ſie zu halben Tagen zum Dienſt fordere.

Nun muß 1) den Dienſtpflichtigen ſo viel Zeit gegönnet werden, daß ſie ihre Aecker beſtellen und die Früchte einſcheuren können (a). Es findet aber keine andere Dienſtfreyheit Platz, wenn man nicht erweiſet, daß ſie hergebracht ſeye.

Der Billigkeit und dem ordentlichen Herkommen läufet es jedoch 2) zuwider, wenn man den Dienſt auf halbe Tage fordert, und dadurch die Laſt der Dienſtpflichtigen vermehret, weil ſie ſodann die Hin- und Herfuhr zweymal thun müßten (b). Die Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte daher 1774: „Weil keine Befreyung vom Dienſt zur Saat- und Erndtezeit, auch bey ſehr ſchlechter Witterung zu vermuthen, dafern die Dienſtpflichtige nicht verhindert werden, ihre Aecker zu beſtellen und die Früchte einzuſcheuren, ſo lieget denenſelben der Beweis ob, dafern ſie die prätendirte Freyheit zu behaupten ſich getrauen. Hingegen kann der Dienſtherr von ihnen keinesweges zu halben Tagen den Dienſt fordern, wenn es nicht hergebracht iſt.

(a) LEYSER *Jur. Georg* Lib. III. Cap. 27. num. 46. 54. 62. FROMMANN *de Operis ſubditorum & maxime ruſticorum* §. 37.

(b) In Libero dominorum arbitrio non eſt, temporis nulla habita ratione, ſubditis imperare operas FROMMANN d. l. & quando de modo operarum litigatur, interpretatio ad exemplum ſervitutum prædialium ſic facienda eſt, ut ſerviens, quam fieri poteſt, minimo detrimento adficiatur. LEYSER Spec. 417. Med. 1. Spec. 665. Med. 15. *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. II. Dec. 283. num. 8. BROKES Obſ. 211.

XCV. Bedenken.

Von den Pfandungen, welche nicht auf friſcher That geſchehen.

Als die Grasvögte zu Wetſchen und Reden den Holzknecht Schilling und andere, ſo in der Tannenforſt Gras gemehet, deßwegen bey ihren Häuſern

gepfändet hatten, wurde vom Amt Diepholz am 13. Nov. 1772 erkandt: „daß ſelbige wegen ihres Eingrifs in die herrſchaftliche Gerechtſame eingewroget, die Pfande binnen acht Tagen ohnentgeltlich herausgegeben, hiernächſt aber diejenige, welche verbothener Weiſe in den Tannen Gras gemehet, eingewroget werden ſollten.“ Von dieſem Erkenntniß appellirten die Intereſſenten des gemeinen Diepholziſchen Bruchs an die Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley, und wollten behaupten, es gehöre dem Landesherrn die Forſt, ihnen aber die Gräſerey, mithin wären ſie Eigenthümer deſſen, was die Holzung zum Unterhalt ihres Viehes hervor bringet, und könnten andere durch Pfändungen, als einen in allen Geſetzen approbirten modum retinendi poſſeſſionem, davon ausſchlieſſen. Das Recht, bey den Häuſern Pfände aufzuziehen, hätten ſie von undenklichen Jahren hergebracht, zu deſſen Beweiß dieſelbe Articulos probatoriales übergaben, und Zeugen nahmhaft machten. Das Königl. Amt wandte darwider ein, der Gegentheil confundire ſich in den Begriffen von dem Eigenthum und der Servitut. Das Eigenthum des Graſes räume man den Appellanten keineswegs ein. Diejenige, ſo in den Tannen Gras gemehet, wären beſage der Landgerichts- und Forſtbruch-Regiſter zu allen Zeiten vom Amt geſtraft worden. Dieſes müſſe man demjenigen überlaſſen, der Herr des Grund und Bodens, auch judex loci & foreſtalis iſt. Es ſey ein Unterſcheid zu machen unter einer Pfandung des Schuldners Perſon und Güther, und einer ſolchen, die wegen eines an oder auf den unſrigen verüben Schadens vorgenommen worden. Die erſte wäre in den Reichsgeſetzen verbothen, und theils ſehr eingeſchränket, die lezte aber in beſtändiger Obſervanz. Sie müſſe jedoch an dem Ort, wo der Schade geſchehen, auf friſcher That vorgenommen werden.

Da 1) die Bäume dem Landesherrn gehören, ſo iſt er auch Eigenthümer des Grund und Bodens, und den Intereſſenten des Waldes ſtehet nur die Huth und Weide als eine Servitut zu (a).

Es muß zwar 2) die jedem Beſitzer erlaubte Pfandung auf friſcher That nur alsdenn geſchehen, wenn derjenige, welchem fremdes Vieh Schaden gethan, es auf dem Seinigen antrift (b).

Auch ſoll 3) das etwanige Herkommen, durch des Amts Inhibitiones und Strafen mehrmalen interrumpiret ſeyn.

Allein es kömmt hier 1) nicht allein darauf an, ob den Intereſſenten jure dominii oder ſervitutis die Huth und Weide in dem Tannenforſt zuſtehet, weil ſowohl die eine als die andere durch Pfandungen vertheidiget werden kann (c).

Es

Es iſt jedoch 2) jezt keine Frage von einer pro defenſione poſſeſſionis unternommenen Pfandung, ſondern von der Beſtrafung gewiſſer Verbrechen. Denn man erlaubet vielfältig den Landleuten in einigen Fällen, denjenigen, der etwas ſtrafbares begehet, auszupfänden und zu beſtrafen, welches das Bauerköhr oder das Bauerrecht genannt wird (d). Deßwegen hat die Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley 1773 der Gemeinde Gelliehauſen wider das Uslariſche Gericht übergebene Articulos, womit dieſelbe erweiſen will, daß ſie von undenklichen Jahren die Holzverbrechen beſtrafet, und die Wrugen behalten hat, zum Beweiß zugelaſſen. In gegenwärtigem Fall waren mehrere Gründe vorhanden, warum ſolches geſchehen müſſen. Als nemlich der Gräflich Diepholziſche Mannsſtamm 1585 erloſche, fiel die Grafſchaft, wie ein erledigtes Lehn, denen Herzogen von Braunſchweig und Lüneburg an, und in der Theilung erhielte ſie die Fürſtl. Celliſche Linie (e). Die Zelliſche Policey-Ordnung de 1618 hat alſo in ſelbiger geſezliche Kraft, weil Cap. 55. §. 2. auch die Celliſche Graf- und Herrſchaften angewieſen ſind, ſolche zu beobachten. Darin iſt nun Cap. 12. §. 3. verſehen, daß an unterſchiedenen Orten die Tuchten um etlicher Sachen Willen unter ſich ſelbſt Pfändungen zu thun und zu ſtrafen pflegen, ſie auch ſolchen Gebrauch bis auf weitern Beſcheid behalten ſollen.„ Tucht bedeutet ſo viel als Probitas, wie WACHTER in Gloſſario voc. Tucht lehret, und alſo ſind Tuchten ehrliche Leute. Deßwegen nennen die Hannöverſche Bürger ſich die ehrliche Gemeinde. Es leidet alſo nicht den mindeſten Zweifel, daß ein Recht zu pfänden und zu ſtrafen, wenn es gleich nicht auf friſcher That geſchiehet, per præſcriptionem immemorialem erlanget werden kann.

Wäre gleich 3) ſolche Befugniß in den Jahren 1605, 1616 und 1657 angefochten, ſo ſtände ſie dennoch mit den übergebenen Articulis zu erweiſen, maſſen die Präſcription Platz findet, wenn nach dem letzten Widerſpruch die in den Rechten beſtimmte Zeit verfloſſen (f). Manche vom Amt angeführte Actus konnten aber auch nur einigen, nicht aber allen Intereſſenten ſchaden (g). Es wurde daher 1774 erkandt: „Nachdem nalen vermöge der in der Grafſchaft Diepholz geſezliche Kraft habenden Celliſchen Policey-Ordnung Cap. 12. §. 3. diejenige, welche unter ſich zu pfänden und zu ſtrafen pflegen, ſolchen Gebrauch behalten ſollen, mithin die Befugniß qu. durch einen Beſitz von undenklichen Jahren erlanget werden mag; ſo ſind die von den Appellanten übergebene Articuli probatoriales, ſalvis exceptionibus contra perſonas & dicta teſtium, zum Beweiß zuzulaſſen, und hat appellatiſcher Anwald binnen vier Wochen über dieſelbe Interrogatoria einzubringen, da ſodann wegen Abhörung der Zeugen das

Behufige

Behufige verfüget werden ſoll, wie wir ſolchergeſtalt zulaſſen, und den punctum expenſarum bis zu der Sache Endſchaft ausſetzen.

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Th. LXXIV. Bedenken.

(b) STRYK *de Jure pignorandi* Cap. 4. num. 16. 17. Dorf- und Landrecht Part. I. pag. 55.

(c) MEVIUS Part. I. Dec. 34.

(d) Dorf- und Landrecht Part. I. Cap. 18. §. 100. p. 59. von SELCHOW *Elem. Jur. Germ. priv.* §. 62.

(e) REHTMEIERS Braunſchweig-Lüneburgiſche Chronick pag. 1026. 1027.

(f) COCCEJUS Tom. II. Conſ. 503. num. 6. 7. HERTIUS Vol. II. Reſp. 167. num. 3.

(g) Tantum in correali obligatione interruptio contra unum facta reliquis nocet. RHETIUS *de Interruptione præſcriptionis* Cap. 4. §. 5. KRAUSIUS *de Interpellatione præſcriptionis* §. 27.

XCVI. Bedenken.

Die Conſtitution de 1712 von den Veräuſſerungen bürgerlicher Güther, iſt durch den Nichtgebrauch keinesweges abgeſchaffet.

Dem Landesherrlichen Fiſco ſtehet nur im Lande und wider Unterthanen eine Hypotheca tacita in den Güthern der Adminiſtratorum zu.

Als über das Vermögen des ſowohl der Churfürſtl. Hannöverſchen als Fürſtl. Wolfenbüttelſchen Berghandlungs-Adminiſtration geweſenen Factors, Johann Heinrich König, zu Oſterrode, ein Concurs entſtund, und beyde Adminiſtrationen Forderungen an ihn machten, ſo vermeynte die Fürſtl. Wolfenbüttelſche, daß ſie in dem Prioritäts-Urtel der Churfürſtlichen vorzuziehen ſey, weil ihre Hypothek nicht nur älter, ſondern auch vor Notarien und Zeugen beſtellet, mithin quaſi publica iſt, welche den hypotecis legalibus vorgehen müſſe. Churfürſtl. Seits wandte man dagegen ein, das dem fiſco in bonis adminiſtratoris zuſtehende Jus hypothecæ legalis komme der Fürſtl. Cammer tanquam fiſco alterius provinciæ nicht zu ſtatten. Sie habe zwar eine hypothecam expreſſam im Jahr 1724 erlanget. Dieſer aber gehe die ältere hypotheca legalis des fiſci

Regii vor. Ueberdem verordneten die hieſige Provinzialgeſetze, daß es nichtig ſey, wenn bürgerliche unbewegliche Güther verſchrieben werden, ohne vorgängige der ordentlichen Stadt-Obrigkeit davon geſchehene Anzeige, woran es hier manglet. Hierauf wurde Fürſtl. Seits repliciret, die Verordnung de 1712 von den Veräuſſerungen bürgerlicher Güther ſey beſage Conſtitutionis de 1739 nicht zur Obſervanz gedieben, und nachdem die Römiſche Rechte in hieſige Lande eingeführet worden, ſo mache das darin von dem Jure fiſci verordnete die bona administratoris ubicunque ſita ſeinen Herrn ſub nexu hypothecæ verbindlich (a).

Allein es entkräftet der bloſſe Nichtgebrauch kein Geſetz (b), wird auch in der Conſtitution von 1739 nur geſaget, daß die Verordnung von 1712 nicht durchgängig, und keinesweges daß ſie nirgend zur Obſervanz kommen.

Setzet man deren Gültigkeit voraus, ſo kömmt es nicht mehr auf die Frage an: Ob die Hypotheca publica poſterior der privatæ anteriori legali vorzuziehen, welches jedoch ſchwerlich zu behaupten ſeyn mögte. Denn der erſtern wird deswegen ein Vorzug beygeleget, weil die leztere in fraudem anderer Gläubiger antidatiret werden kann, welches von den legalibus nicht zu befürchten, noch alſo ob ceſſantem rationem zu vermuthen iſt, daß indem die hypothecæ publicæ vom Kayſer Leo den ältern Privatis vorgeſetzet ſind, ihnen auch die legales nachgeſetzet worden.

Ferner iſt keine receptio juris Romani zu vermuthen, wenn ſich ein Geſetz auf unſere Verfaſſung nicht ſchicket (c). Die Gewalt der Reichsſtände erſtrecket ſich aber viel weiter, als diejenige, womit die Römiſche Obrigkeiten verſehen waren (d). Was daher die Römiſche Geſetze von dem foro continentiæ verordnen, findet keine Anwendung auf die Territoria der Reichsſtände, welche niemand verbinden kann, zu Minderung der Proceſſe ihrer Unterthanen Rechtshändel auswärtige Richter entſcheiden zu laſſen (e).

Dem Fiſco muß der Beklagte nur Inſtrumente ediren, wenn er ein Unterthan iſt (f), und ein jeder Landesherr ziehet die Güther ein, welche in ſeinem Lande belegen, dafern jemand durch ein Verbrechen ſich deren verluſtig gemachet hat (g), wie es in dem bekannten Tettenbachiſchen Fall geſchehen, da der Kayſer Leopold die in ſeinen Erblanden belegene Güther, Chur-Brandenburg aber die Grafſchaft Regenſtein confiſcirt. Daher ſchreibet BOEHMER Tom. III. Part. III. Reſp. 500. num. 5. 6. „Jura fiſci können nur allein im Lande, und gegen Unterthanen, nicht aber extra territorium exerciret, hingegen auf fremde Unterthanen nicht gezogen, noch weniger in territorio alieno appliciret werden, cum

cum fiſcus jus extra territorium exercere nequeat. „ Die Königl. und Chur-Braunſchw. Hannöverſche Juſtitzcanzley erkandte deßwegen 1774 folgendergeſtalt: „Nachdemmalen die Jura fiſci nur allein im Lande, und gegen Unterthanen exerciret werden können, auch wenn gleich die Conſtitution von 1712 nicht durchgehends zur Obſervanz gebracht worden, ſie dadurch ihre geſetzliche Kraft keinesweges verlohren, mithin ſupplicatiſche Berghandlung ſo wenig durch die dem Cridario aufgetragene Factorey ein Jus hypothecæ erlanget, als die anno 1724 beſtellete der unterbliebenen Ingroſſation halber Wirkung haben kann; ſo iſt ſupplicantiſche Berghandlung vor der Supplicatiſchen zu befriedigen, wie wir alſo erkennen, und die Proceßkoſten vergleichen.

(a) BERGER *E. D. F.* p. 1496. 1498. WERNHER Tom. I. Part. II. Obſ. 418.

(b) Quod ſemel publicæ utilitatis cauſa conſtitutum eſt, id ſolo uſu populi contrario in deſuetudinem abire nequit. Neque enim de utilitate publica contra principis voluntatem aliter ſtatuere ſubditi poſſunt. von PUFENDORF Tom. I. Obſ. 198. COCCEJUS *Jur. controv. Tit. de Legibus* Quæſt. 3. LEYSER Spec. 9. Med. 10. BECK *de Lege non obligante* Cap. 2. §. 14.

(c) BEYER ad ff. Præf. §. 22. GRIEBNER *de Jure incerto* §. 16.

(d) SCHILTER Ex. 6. §. 23.

(e) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils CXVII. Bedenken.

(f) PACIANUS *de Probationibus* Lib. I. Cap. 63. num. 64.

(g) KLOCK *de Aerario* Lib. II. Cap. 136. num. 16.

XCVII. Bedenken.

Wem der Beweiß oblieget, daß die Güther eines Adminiſtratoris poſt contractum cum fiſco initum erworben ſind.

Der Fiſcus hat nur in denen nach dem mit ſeinen Adminiſtratoren getroffenen Contract erworbenen Güthern derſelben ein Jus prælationis (a). Es entſtehet aber die Frage: wem der Beweiß oblieget, zu welcher Zeit die Güther dem Cridario zu Theil worden? Sie ſind im Zweifel für ererbte zu halten (b); jedoch iſt mit MEVIO Part. I. Dec 33. ſolche Lehre dahin einzuſchränken, quod non vincat aliquis ex ſola hac præſumtione, ſed injungenda eſt actori probatio allegatæ qualitatis, und allerdings muß der Kläger den Beweiß übernehmen (c). Wenn Gläubiger hierüber in Streit gerathen, ſo iſt die Sache Judicio commu-

ni dividundo auszumachen (d). Dieſes iſt duplex, und derjenige für den Kläger zu halten, welcher zuerſt Klage erhoben hat (e). In einer Concursſache war es von Königl. Kriegescanzley geſchehen, und nicht gläublich, daß der Cridarius, als man ihn zum Factor angenommen, kein Vermögen gehabt, mithin ſeine viele liegende Gründe nach erlangter Bedienung an ſich gebracht habe. Es wurde daher der Königl. Kriegescanzley nur alsdenn eine Priorität vor den ältern hypothekariſchen Gläubigern zuerkandt, wenn ſie erweiſet, daß die Güther qu. von dem Cridario nach der ihm ertheilten Beſtallung erworben ſind.

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils XXXVII. Bedenken. SCHOTS unpartheyiſche Critick XXXV. Stück p. 365.

(b) CARPZOV Part. II. Conſt. 12. Def. 1.

(c) BERGER Part. I. Concl. 65. num. 123. CARPZOV Part. I. Conſt. 28. Def. 103. num. 9. 10.

(d) SALGADO *in Labyrintho concurſus creditorum* Part I. Cap. 3. n. 5.

(e) VOET ad ff. Tit. *Finium regundorum* num. 3. HELLFELD *Juriſprud. for.* §. 715.

XCVIII. Bedenken.

Ob demjenigen, dem der Eigenthümer einer Wieſe das davon zu erndtende Gras verkaufet hat, Nachlaß angedeihen muß, wenn ſolches durch eine Ueberſchwemmung verlohren gehet?

Die Entſcheidung dieſer Frage hänget davon ab: ob ein Kauf- oder Pachtcontract geſchloſſen worden? Es bemerket FABER in Rational ad L. 65. ff. de Contrahenda emtione tantam eſſe ſimilitudinem adque adfinitatem inter contractus emtionis & locationis, ut plerumque incidat dubitatio, uter contractus ſit an locationis an emtionis, quia iisdem fere juris regulis conſiſtunt. Die contrahirende Theile hatten das Geſchäfte nicht immer einen Kauf, ſondern auch eine Pacht genannt, und es ſcheinet hier eben die Urſach vorhanden zu ſeyn, welcherwegen dem Verpächter kein völliges Pachtgeld gebühret, wenn der Pächter die erwartete Früchte nicht erhalten hat. Der Unterſchied beſtehet aber darin, daß die Heuerndte auf einmal geſchiehet, der Pächter aber das gepachtete Guth zu verſchiedenen Zeiten genieſſet (a). Wer unreife Früchte erhandelt,

überkömt

überkömt zugleich deren Eigenthum, und läufet alſo die Gefahr, ob ſie zur Zeit der Erndte brauchbar ſeyn werden (b). Hingegen wird dem Pächter der Genuß ſolcher Früchte verſprochen, die annoch nicht vorhanden ſind, und deren Eigenthum er alſo zur Zeit des Contracts nicht überkommen. Zwar kann der Pächter nach dem ſtrengen Recht nur fordern, daß ihm vom Verpächter die Befugniß verſchaffet werde, das gepachtete Guth zu nutzen. Der Billigkeit und gemeinen Wohlfahrt gemäß haben aber die Geſetzgeber verordnet, daß, wenn durch Unglücksfälle der Genuß verhindert wird, dem Pächter, nach Verhältniß des erlittenen Schadens, Remiſſion angedeihen ſoll (c), welche in gegenwärtigem Fall dem Käufer des Graſes zu verſagen war, weil ihm deſſen Eigenthum zuſtunde, und einen ſolchen die Geſetze verbinden, die Gefahr zu übernehmen.

(a) LAUTERBACH C. T. P. *de Contrahenda emtione* §. 63. TITIUS ad Lauterbach Obſ. 612. Meine *Commentation de Jure villicorum* Cap. 4. §. 3. lit. a.

(b) COCCEJUS Jur. controv. Tit. *de Contrahenda emtione* Quæſt. 6. n. 4.

(c) G. L. BOEHMER *de Obligationi locatoris ob uſum rei locatæ maxime per bellum impeditum* §. 7. II. Meine *Commentation de Jure villicorum* Cap. 4. §. 4.

XCIX. Bedenken.

Ein Dienſtbothe kann wegen groſſer Nachläſſigkeit zur Unzeit abgeſchaffet werden.

Eine Haushälterin verklagte ihren Herrn, weil er ſie zur Unzeit weggeſchaffet hatte. Er wandte ein, ſie habe nicht verſtanden, was eine Haushälterin wiſſen muß. Die von ihm producirte Zeugen getraueten ſich aber nicht, ſolches zu bejahen, und man kann von einem Dienſtbothen keine Vollkommenheit fordern; wie denn in Sachen Köhler contra Gerken die Göttingiſche Juriſtenfacultät ſich hievon in rationibus decidendi alſo vernehmen laſſen: „Diejenige Verſehen, welche die Magd angeblicher maſſen im Kochen begangen haben ſoll, ſind von der Beſchaffenheit, daß ſie auch einer guten Köchin widerfahren können, und aus dem verſprochenen geringen jährlichen Lohn läſſet ſich ſofort erkennen, daß man die Klägerin nicht für eine vollkommene Köchin angenommen, und kann überhaupt in dergleichen Fällen die gerühmte Eigenſchaft und Wiſſenſchaft eines

Menſchen nicht im höchſten Grad gefordert werden, ſondern die Mittelmäſſigkeit iſt genug per L. 18. 19. §. 4. ff. de ædilitio edicto."

Es deponirte jedoch Interrog. I. ad art. 2. Teſtis I. die Klägerin ſey hin und wieder nachläſſig geweſen, und Teſtis 3. es wäre darüber, daß ſie vieles vernachläſſiget, Klage geführet; imgleichen Interrog. 2. ad art. 6. Teſtis I. daß in der Haushaltung etwas verdorben, wäre mehr aus Unachtſamkeit als durch andere Urſachen erfolget, und Teſtis 2. es wäre aus Nachläſſigkeit geſchehen, imgleichen Teſtis 3., es wäre aus Nachläſſigkeit, auch wohl aus Vergeſſenheit geſchehen.

Die Dienſtordnung erlaubet zwar nicht ausdrücklich, einen Dienſtbothen auſſer der Zeit ſolcher Mängel halber wegzuſchaffen. Allein dieſelbe enthält nicht alle Urſachen, welcherwegen ein Herr ſeinem Bedienten vor Ablauf der gewöhnlichen Zeit den Dienſt aufkündigen kann. Dieſes mag einer groſſen Nachläſſigkeit halber geſchehen (a). Auſſer dem angeführten deponirten aber auch Interrog. ad Art 5 Teſtis I. Klägerin habe nicht gehörig ſowohl nach dem Molkenweſen als nach dem Federvieh geſehen, auch nicht die gehörige Aufſicht über die ihr untergebene Mägde geführet; und Teſtis 2. ſie hätte ſich nicht gehörig um die Mägde bekümmert, daher wäre es gekommen, daß zuweilen etwas in dem Haushalt unterlaſſen worden; auch Teſtis 3. ſie hätte bey dem Molkenwerk ſowohl als bey der Wartung des Viehes eine groſſe Nachläſſigkeit bewieſen. Ferner ad Art. 6 Teſtis I. weil ſie in der Haushaltung nachläſſig geweſen, ſo wäre daher vieles darin verdorben, und Teſtis 2. ſie wäre die mehreſte Zeit in ihrer Stube geweſen, und habe ſich um den Haushalt nicht gehörig bekümmert; auch Teſtis 3. aus Unachtſamkeit hätte ſie vieles umkommen und verderben laſſen, inſonderheit ſoll ſecundum dicta Teſtis I. 2. Interrog. I. ad Art. 4. und ad Art. 8. das Federvieh bisweilen nicht gehörig gefüttert ſeyn, und Teſtis 2. Interrog. 2. ad Art. 8. bezeuget, ſie wäre wohl Schuld daran, daß die Puterzucht umgekommen, welches Teſtis 3. ex auditu bekräftiget, jedoch hinzu thut, es könne auch die damalige kalte Witterung vielleicht zum Sterben des Puters etwas beygetragen haben, dem Teſtis I. & 2. beyſtimmen; Teſtis 2. aber der Klägerin beymiſſet, daß ſie bey üblem Wetter die Puters nicht in den Stall gebracht. Beklagter wurde daher von angeſtellter Klage entbunden. Daß die Puters durch der Klägerin Schuld umkommen, und alſo von ihr, nach des Beklagten Forderung, bezahlet werden müßten, bezeugte nur ein Teſtis und zwar ſehr zweifelhaft dahin, ſie wäre wohl Schuld daran. Man hatte aber zu zweifeln Urſach, daß die Zeugen beſſer als die Klägerin gewußt, wie das Futter be-

ſchaffen

ſchaffen ſeyn müſſe. Dieſe wurde daher zum Purgatorio gelaſſen, maſſen Dienſtbothen die ihnen beygemeſſene Fahrläſſigkeit eidlich ablehnen können (b), welchen Eid man dahin forderte, daß Klägerin, als die Puters umkommen, ihnen zu rechter Zeit das gehörige Futter gegeben, und ſie, wenn es die Witterung erfordert, in den Stall bringen laſſen, mithin ihren Verluſt nicht veranlaſſet habe.

(a) STAMM *de Servitute perſonali* Lib. II. Cap. 26. num. 4. 5.

(b) ENGAU Part. I. Dec. 465. num. 3.

C. Bedenken.

Ein Fundus dotalis kann von dem Mann nicht veräuſſert werden, wenn gleich die Frau mehrmal darin gewilliget hat.

Verſpäthete Interventiones ſind ad ſeparatum zu verweiſen.

Es verſchrieb Bickmeyer ſeinem Schwiegerſohn, dem Licentſchreiber Biel, 1741 den Hof, welchen derſelbe bewohnte, wenn er ſich dermaleinſt entſchlieſſen ſollte, ihn zu übergeben. Sein Sohn Johann Friedrich wurde von der Erbſchaft gänzlich ausgeſchloſſen, weil er den Eltern ungehorſam geweſen, und ſich als Dragoner unterhalten laſſen. Im Jahr 1744 vergliche ſich aber dieſer und ſein Schwager miteinander dahin, daß der leztere nach des Vaters Tode dem erſtern jährlich 4 Thlr. vom Hofe entrichten, ihn 18 Jahr nutzen, demnächſt aber dem Bickmeyer abtreten ſollte. Nach Ablauf ſolcher Zeit fochte zwar Biel den Vergleich nicht an; machte aber an den Bickmeyer verſchiedene Forderungen, und wollte den Hof nicht räumen, bevor er ſolcherwegen vergnüget worden. Das Amt Weſterhofe erkandte auch: „daß, wenn Bickmeyer den Biel austreiben wollte, er ihm vorher das ſämtlich Schuldige in einer Summe bezahlen ſollte.„ Ueberdem intervenirte des Biels Ehefrau 1773, und wollte behaupten, da der Hof von ihr herkomme, und alſo ein Fundus dotalis ſey, ſo habe ihn ihr Ehemann nicht veräuſſern können. Die Sache gediehe per appellationem an die Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley, welche erkandte: „Weil die anmasliche Intervenientin nicht nur Procuratorem ad hæc acta beſtellet, ſondern auch ſowohl in der erſten als Appellations-Inſtanz, und neulich coram Commiſſione denen meiſten Terminen ſelbſt beygewohnet, mithin ihren Conſenſum in dem von ihrem Mann uxorio nomine geführten und rechtskräftig abgeurthelten Rechtsſtreit, ſattſam zu erkennen gegeben; ſo behalte es bey den rechtskräftigen Erkenntniſſen lediglich ſein Bewenden.„

Nun ſind zwar verſchiedene Rechtslehrer der Meynung, daß die Veräuſſerung des Fundi dotalis zu Recht beſtändig ſey, wenn die Frau nach Ablauf zweyer Jahre den ertheilten Conſens nochmals wiederholet hat (a). Dieſe Genehmhaltung ſcheinet geſchehen zu ſeyn, da die Vielen in ſo vielen Jahren den Vergleich von 1744 nicht angefochten, ſondern vielmehr durch die dem Procuratori ertheilte Vollmacht den von ihrem Ehemann geführten Proceß öfters gebilliget hatte.

Allein mit beſſerm Grunde behaupten andere das Gegentheil (b). Es geſtehet LEYSER: nec L. 22. ad SCtum Vellejanum nec. Nov. 61. Cap. I. §. 3. de fundo dotali, ſed alteram de interceſſione, alteram de re propter nuptias donata agere. Er vermeynet jedoch, plane eandem ſubeſſe rationem. Aber dieſes verneinet COCCEJUS jur. contr. Tit. de fundo dotali qu. 4. quia ratio prohibitionis conſiſtit in metu maritali, qui manet, etſi uxor centies conſentiat, und BERGER d. tit. qu. 3. bemerket, da der widerholte Conſens eine für den Mann geleiſtete Bürgſchaft der Frau nicht dergeſtalt verbindlich machet, wie es geſchiehet, wenn ſie ſich für einen andern verbürget hat, ſo könne auch jener keiner Veräuſſerung Kraft mittheilen.

Aber hier iſt keine Frage de Alienatione voluntaria, ſed de transactione. Die Eltern hatten den Sohn von der Erbſchaft gänzlich ausgeſchloſſen, ohne eine dazu erforderliche cauſam exheredationis anzuführen. Es war alſo unglaublich, daß die in der Eheſtiftung enthaltene Diſpoſition zu behaupten ſeyn würde, und dieſes bewegte den Viel, ſich 1744 mit ſeinem Schwager zu vergleichen, welches die Frau genehmigte, und alſo der Vergleich zur Vollkommenheit gediehe (c). Nicht jeder Ungehorſam des Sohns, und daß er ein Dragoner worden, bringet ihn um die Erbſchaft. Die Intervention der Frau wurde daher, jedoch nicht ganz, verworfen, aber weil ſie zu ſpät eingebracht, ad ſeparatum verwieſen.

Man machet zwar einen Unterſchied inter principalem & acceſſoriam interventionem, und will, daß mit jener der Intervenient immer zu hören ſey, wenn ihm gleich der Proceß längſt bekannt geweſen (d). Aber manche Proceß-Ordnungen heben dieſen Unterſchied auf. Es heiſſet in der Chur-Sächſiſchen Erläuterung und Verbeſſerung der Proceß- und Gerichts-Ordnung *Tit.* 15. §. *I.* Die Interventio principalis ſoll bey deren Verluſt in Sächſiſcher Friſt von der Zeit an, da Intervenient von dem angeſtelleten Hauptproceſſe Wiſſenſchaft oder ein Jus interveniendi erlanget, welches er bedürfenden Falls auf des Rich-

ter

ter oder Parths Verlangen, eidlich zu erhalten hat, angeſtellet, nachher aber derſelbe bey ſolchen damit weiter nicht zugelaſſen, ſondern allenfalls zu abſonderlicher Ausführung verwieſen werden; Auch in der Stift Hildesheimiſchen Hofgerichts-Ordnung *Tit.* 14. §. 1. 2. „Wenn jemand bey einem ſchon würklich befangenen Rechtsſtreit einiges Intereſſe zu haben erachten möchte, ſo wird demſelben, ſobald er davon Nachricht und Wiſſenſchaft erhalten, hiemit frey geſtellet, ſich ebenfalls bey unſerm Fürſtl. Hofgericht in ſothaner Sache anzugeben, und entweder wider den Kläger oder Beklagten ſeine Nothdurft interveniendo ſchriftlich einzubringen, oder auch geſtalten Sachen nach ein oder andern von denſelben zu vertreten —— Sollte aber die Sache faſt ſchon zum Beſchluß gebracht ſeyn, ſo ſoll der Intervenient, weil er damit ſo lange an ſich gehalten hat, in illo judicio nicht gehöret, ſondern ad ſeparatum verwieſen werden; Es möchte denn derſelbe beweiſen, oder ſonſt eidlich erhalten können, daß ſothanes Intereſſe erſt de novo emergiret wäre, oder wenigſtens er vorhero gar keine Wiſſenſchaft davon gehabt hätte;“ Auch in der Calenbergiſchen Canzley-Ordnung *Tit.* 16. §. 1. „Wer bey einem Proceß ſich intereſſiret befindet, demſelben ſtehet frey (gleichwohl daß es, ſobald er von der Sache, daß ſie im Recht befangen, Wiſſenſchaft hat, geſchehe) ſich beym Gericht anzumelden, und mit ſeiner Nothdurft gegen Klägern oder Beklagten, oder auch als ein Aſſiſtente einzukommen, jedoch daß er ſein angegebenes Intereſſe ſummariſcher Weiſe in continenti beybringe, welches denn alſobald examiniret, und ob es zuzulaſſen, erkandt werden ſolle. Würde er aber, bis es ſchier zum Beſchluß der Sachen gekommen, damit zurück bleiben, ſoll er in illo judicio nicht gehöret werden, er bewieſe denn, oder erhielte eidlich, daß ſolches de novo emergiret, oder er daſſelbe nicht ehender erfahren mögen, oder von der Klage vorhin keine Wiſſenſchaft gehabt (e).“ Die in Frage befangene Intervention ſey demnach principalis oder acceſſoria, ſo war ſie doch zu ſpät eingeführet, und alſo die Frau in gegenwärtigem Proceß damit nicht zu hören (f), daher erkandt worden: „Daß des Biels Ehefrau mit ihrer zu ſpäth angeſtelleten Intervention ad ſeparatum zu verweiſen, und in ſolchem die Gültigkeit des Vergleichs de 1744 zu erörtern ſey.

(a) Voet ad ff. Tit. *de Fundo dotali* §. 6. Leyser Spec. 311. Med. 3. Hellfeld *Jurispr. for.* §. 1252.

(b) Müller ad Struv. Ex. 30. th. 21. lit. η. Lauterbach C. T. P. Tit. *de Fundo dotali* §. 16. Berger ad Lauterbach d. l. Coccejus d. l.

(c) Voet ad ff. Tit. *de Transactionibus* §. 5.

(d) Wernher Tom. III. Part. I. Obſ. 40.

(e) Pufendorf *in Proceſſu civili* Part. I. Cap. 16. §. 8.

(f) Ei qui intra definitum tempus non intervenit, liberum eſt, utrum ſeparato proceſſu intereſſe perſequi velit, quo tamen caſu interveniens forum actoris ſequi debebit. Berger O. I. Lib. IV. Tit. 27. §. 1. Not. 5. Riccius *de Indole judicii ſeparati a reconventionis judicio diſtincti* §. 48.

CI. Bedenken.

Eine Proteſtation entkräftet keinen Actum poſſeſſorium, wenn ſie nicht in continenti geſchehen, oder auch ohne Würkung und unverfolget geblieben.

Titii Gerichtsunterthanen beſchwerten ſich darüber, daß derſelbe aus ihrer Waldung eine gröſſere Quantität Holzes ſich zueigne, als er bisher empfangen. Dieſes wurde nun von ihm in keine Abrede geſtellet, aber damit gerechtfertiget, daß ſeine Forderung in einem zwiſchen ſeinem Vater und Klägern errichteten Receß gegründet ſey, von welchem die Vormünder in ſeiner Minderjährigkeit nichts gewußt, und deßwegen weniger Holz angenommen als ſie ſollen. Dieſen Receß habe er den Unterthanen vorgeleget, und ſelbigem gemäß den Holzhieb verrichten laſſen, womit der Anfang am 15ten Novembr. gemachet, von den Klägern aber allererſt am 28ſten ejusdem dawider proteſtiret worden, welche jedoch das dem Receß gemäß gebauene Holz durch ihre Vorſteher ſeinem Förſter ohne allen Widerſpruch zuzählen laſſen, daher er ſich in præſentanea poſſeſſione befinde. Es wurde darauf von Königl. Hannöverſcher Juſtiz-Canzley am 24ſten Mart. 1764 den Klägern befohlen, „Beklagten in dem geruhigen Beſitz der Gerechtigkeit, die im Vergleich vom 23ſten Junii 1728 beſtimmte 100 Klafter Holz, a Klafter ſieben Fuß hoch, lang und breit, auf die in gedachtem Transact verabredete maaſſe fällen und anfahren zu laſſen, nicht ferner zu turbiren und zu beeinträchtigen, geſtalten Implorat bey ſothaner Befugniß Kraft dieſes ſo lang manuteniret und geſchützet werde, bis Imploranten, im Fall ſie zu ruhen nicht gemeynet, in ordinario vel petitorio ein anders zu Recht ein- und ausgeführet haben.“ Von ſolchem Erkenntniß ſupplicirten ſelbige, und erhielten von der Greifswaldiſchen Juriſtenfacultät eine Reformatoriam, welche darauf gegründet war, daß actus, die den Proceß veranlaſſen, keine Manutenenz wirken können. Als hierauf der Beklagte ſupplicirte, und man die Acten an die Jenaiſche Juriſtenfacultät ſchickte, beſtätigte ſelbige das Erkenntniß

kenntniß vom 24ſten Mart. 1764., und zwar deßwegen, weil der Kläger Proteſtation zu ſpät geſchehen, ſich Beklagter daran nicht gekehret habe, noch ſolche gehörig verfolget ſey. Hingegen pflichtete in Reſtitutionis Inſtantia die Frankfurtiſche Juriſtenfacultät der Greifswaldiſchen bey. In den Rationibus decidendi wird geſaget, Implorat wiſſe keinen einigen actum poſſeſſorium, daß er das Quantum qu. in einer gröſſern Maas geſchlagen habe, anzugeben, und doch liege ihm zu erweiſen ob, daß er ante litem motam ſich in quieta poſſeſſione befunden. Die geſchehene Occupatio poſſeſſionis ſey voreilig geweſen, und der Kläger Widerſpruch im Anfang des Streits geſchehen. Er habe einer continuirten Contradiction nicht bedurft, ſondern wäre genug, daß die Imploranten weder verbis noch factis davon abgeſtanden.

Nun wird zwar von vielen dafür gehalten, daß ein einziger actus, welchen der Gegner geſchehen laſſen, und der den Rechtsſtreit veranlaſſet hat, keine Manutenenz wirke, wenn er nicht von ihm durch ſeine Handlung genehmiget iſt (a). Aber ich pflichte derjenigen Meynung bey, welche den Satz in dem Fall einſchränket, wenn ſolche actus aus Freundſchaft nicht verſtattet zu werden pflegen (b), und dieſer iſt auſſer Zweifel vorhanden, dafern man jemand mehr Holz zuzählet, als ihm eingeräumet werden will. Der bey dem Anfang des Holzdiebs geſchehene Widerſpruch war weder erwieſen, noch erheblich, da die Kläger es viele Tage dabey bewenden laſſen (c). Es wurde daher von der Königl. Juſtitzcanzley 1772 das Jenaiſche Erkenntniß beſtätiget.

(a) MEVIUS Part. VIII. Dec. 63. BERGER *Elect. proc. poſſeſſ.* §. 24. LUDOLF Obſ. 144.

(b) HERTIUS *de Probatione in poſſeſſorio* Sect. 1. §. 3.

(c) WERNHER Part. VII. Obſ. 113. CRAMER Tom. II. Obſ. 608. §. 8. *Deciſiones Caſſellanæ* Tom. II. Dec. 227. num. 3.

CII. Bedenken.

Von den durch einen Notarium, ohne Zuziehung einiger Zeugen vidimirten Copeyen.

Ein Notarius verdienet nur Glauben, wenn er ſein Amt mit Zuziehung zweyer Zeugen verrichtet (a). Es verordnet die Nov. 73. Cap. 5. Inſtrumentis a tabellione publice confectis licet tabellionum habeant ſupplementum, adjiciatur,

& eis, antequam compleantur teſtium ex ſcripto præſentia, und der gemeine Beſcheid des Königl. und Chur-Braunſchw. Oberappellationsgerichts vom 31. Sept. 1726 verordnet, „daß alle Notarii ſolche Inſtruments-Zeugen, die Schreibens und Leſens erfahren, nicht allein bey ihren Verrichtungen brauchen, ſondern auch unter die Inſtrumenta ſelber der Inſtruments-Zeugen eigenhändige Nahmens-Unterſchrift und Siegel ſetzen laſſen ſollen (b). Auch hält LEYSER Spec. 270. Med. I. 2. dafür, die von einem Notario vidimirte Copeyen, welche keinen völligen, jedoch einigen Beweis machen, erforderten gleichwohl der Zeugen Zuziehung.

Aber die angeführte Novella und der gemeine Beſcheid handeln von Original-Inſtrumenten, welchen kein geringer Glaube beyzumeſſen. Vidimirte Copeyen ſind ſolche nicht, ſondern ſie beziehen ſich auf die Originalien, und beweiſen als ein Referens nichts ſine relato (c). Der Notarius kann ſolchemnach Documente ohne Zuziehung einiger Zeugen vidimiren, und alſo gläublich machen, daß die Originalien vorhanden ſind (d). Sollen dieſe Vidimus ſemiplene probiren, ſo muß nicht nur ſelbiger, ſondern auch zwey glaubwürdige Männer bezeugen, daß ſie den Originalien gleich lauten (e), von welchen Fällen ich den Leyſer am angeführten Ort verſtehe. Befindet ſich der Notarius auſſer Landes, und iſt dem Gericht unbekannt, vor welchem die von ihm verfertigte Inſtrumente und vidimirte Copeyen gebrauchet werden, ſo muß der Producent erweiſen, daß deren Schreiber ein Notarius iſt (f), welches jedoch von ſehr alten Documenten vermuthet wird (g).

(a) LYNCKER Dec. 214. BRINKMANN *de Notariis* Cap. 6. Poſ. 21.

(b) PUFENDORF *in Proc. civ.* Part. III. Cap. 8. §. 2. Ed. nov.

(c) LYNCKER Dec. 1121. BEYER *Volckmannus emendatus.* p. 79.

(d) BERGER *Elect. proc. execut.* §. 25. BECK *de Vidimus* §. 13. BEYER d. l.

(e) STRYCK *de Probatione ſemiplena* Cap. 4. §. 7.

(f) BERLICH Part. I. Concl. 44. num. 35. LAUTERBACH C. T. P. *Tit. de Fide inſtrumentorum* §. 27.

(g) LAUTERBACH d. l.

CIII. Bedenken.

Ein Legatum dotis iſt nicht immer der Legatariæ nur alsdenn zu reichen, wenn ſie zur Ehe ſchreitet.

Es hat Heinreich Leifheit, Bürger zu Einbeck, in ſeinem letzten Willen 1525 verordnet, daß die Zinſen von 400 Gulden jährlich an deſſen Freunde, die zu Ehren berathen werden, und ſich fromm und züchtig verhalten, auch dieſer Hülfe bedürftig ſind, verwand, und ſie damit zu Ehren geholfen, wenn aber dergleichen ſich nicht fünden, mit den Zinſen weis und grau Wand gekauft, und mit ſolchem Arme, die es höchſt vonnöthen haben, gekleidet werden ſollen. Dieſes Capital war bey der Stadt-Cämmerey beleget, und der Camerarius verſagte den Wittwen Köpler und Willen das Legatum, weil ſie 1) damit nicht zu Ehren berathen werden könnten. Man hält auch gemeiniglich ein Legatum dotis pro conditionali, welches keinen Unverheyratheten und Wittwen gebühret, die nicht zur Ehe ſchreiten wollen. Auch zoge man 2) in Zweifel, daß die Wittwen des Teſtirers Anverwandte wären, und der Camerarius weigerte ſich, ſeiner Unwiſſenheit halber, den ihm darüber deferirten Eyd zu leiſten.

Es wird jedoch 1) von einer Legataria nur alsdenn die Heyrath erfordert, dafern unter der Bedingung, wenn ſie heyrathen würde, ihr ein Brautſchatz vermachet iſt, nicht aber wenn es geſchehen, damit ſie zur Heyrath verholfen werde (a). Inſonderheit fällt die Vermuthung pro legato conditionali hinweg, wenn die Umſtände ergeben, daß der Teſtirer mit Billigkeit und ohne des gehabten Endzwecks zu verfehlen, ſein Vermächtniß nicht nur unter einer gewiſſen Bedingung dem Legatario könne gegönnet haben (b). Ungläublich iſt es aber, daß Leifheit, der der Anverwandten Beſtes vorzüglich befördern wollte, ihnen fremde Arme, die keine Bräute waren, vorziehen wollen. Wenn nur denen, die im Begriff ſind, ſich in den Eheſtand zu begeben, das Legatum gereichet werden ſollte, ſo müßte es den Freunden des Teſtirers ſelten gebühren, weil nicht zu vermuthen, daß unter ſelbigen ſich alle Jahre Bräute befinden. Wollte man es aber einer Braut auf viele Jahre zubilligen, ſo lange nemlich bis ein Dos vorhanden, der ſie zur Heyrath verhelfen kann, alsdenn würde es gar wenigen zu ſtatten kommen.

Die Klägerinnen gaben an, daß ſie ſelbſt achtmal, und alſo nicht nur zur Zeit ihrer Verheyrathung das Vermächtniß empfangen. Dieſes müſſen die Regiſter ergeben, und ſolchenfalls wird die angeführte Deutung durch das Herkommen beſtätiget.

Die Legitimation wollten 2) die Klägerinnen durch den dem Camerario zugeſchobenen Eid berichtigen, und er wurde ſchuldig erkandt, ihn zu leiſten. Hier war keine Frage von einem entfernten facto, ſondern wenn der Klägerinnen Mutter und Großmutter, ja ſie ſelbſt das Legatum genoſſen, ſo iſt deren Anverwandſchaft hinlänglich beſcheiniget, als wozu Vermuthungen hinreichen (c). Es wurde daher erkandt: „Weil, wenn gleich des Teſtirers Abſicht dahin gegangen, ſeinen Anverwandten zur Heyrath zu verhelfen, daraus nicht folget, daß nur alsdenn das Legatum ihnen angedeihen ſolle, wenn ſolcher Endzweck erreichet wird, und ſich dann jetzt keine Braut um ſelbiges beworben noch zu vermuthen, daß es jährlich geſchehen könne, und in deſſen Ermangelung der Teſtirer fremde arme Frauen und Wittwen ſeinen Anverwandten, die keine Bräute ſind, vorziehen wollen, mithin das Legatum vielmehr pro modali als conditionali zu halten, woran um deſtoweniger zu zweifeln, wenn es bisher auch ſolche Perſonen, und zwar mehrmalen überkommen, die zu der Zeit keine Bräute waren, ſo iſt die dem Appellaten geſchehene Eides-Delation allerdings relevant, und ſelbiger zu ſchwören ſchuldig, daß er nicht wiſſe noch glaube, daß denen Klägerinnen ihrer Mutter und Großmutter das Legatum gereichet worden, wie er dann um deſtoweniger eine Unwiſſenheit vorſchützen kann, da glaublich, daß die Regiſter ſolches ergeben, welchenfalls dafür zu halten, daß Appellantinnen des Teſtirers Anverwandte ſind, mithin der Legitimationspunct hinlänglich berichtiget worden.„

(a) Legatum factum mulieri ut nubat, vel ita ut nubat, eſt purum, & ſub modo, non ſub conditione relictum niſi teſtator expreſſe conditionem adjecit, veluti ſi dixit: Cajo lego centum dotis cauſa, ſi nupſerit TUSCHUS Lit. L. Concl. 102. num. 28. 35. NETTELBLADT *de Legato dotis conſtituendæ* §. 16. 21.

(b) CARPZOV Part. III. Conſt. 13. Def. 25. num. 11.

(c) CARPZOV Part. III. Conſt. 18. Def. 29. LEYSER Spec. 98. Med. 5. CRAMER Tom. II. Obſ. 646.

CIV. Bedenken.

Vom Beweiß durch die Bücher der Kauf- und Handwerksleute.

Ein Krüger in der Grafſchaft Hoya hatte ſeit 1760 von einem Stadt Bremiſchen Brauer das verſellende Bier auf Credit genommen, einigemal mit

demſelben

demſelben abgerechnet und ihm Zahlungen gethan. Weil aber nach ſolcher Zeit der Krüger nicht ſo viel Bier empfangen haben wollte, als der Brauer angab, ſo belangte ihn dieſer, und ſuchte mit ſeinem Bierbuch, auch dem Contrabuch, welches auf des Krügers Begehren 1763 verfertiget worden, die Schuld zu erweiſen. Beklagter wandte aber ein, dieſes Gegenbuch ſey ſeit einer geraumen Zeit in des Klägers Händen geweſen, der in ſelbiges ſchreiben können, was er gewollt.

Nun iſt zwar in der in denen Landes-Ordnungen *Cap.* 2. *pag.* 640. befindlichen Conſtitution vom 21ſten Mart. 1720 verſehen, daß im Handel, ſo nicht unter Kaufleuten getrieben wird, den Handelsbüchern kein halber Beweiß beyzulegen. Aber dieſes findet auf die in der Stadt Bremen geſchloſſene Contracte ſeine Anwendung nicht (a). Es wurde jedoch 1) in Zweifel gezogen, daß das Bierbuch ein Handelsbuch ſey, und da 2) das Contrabuch geraume Zeit in des Klägers Händen geweſen, ſo fiel deſſen Nutzen hinweg, da er die Schuldpoſten, welche der Beklagte nicht agnoſciren wollte, hinein ſchreiben können.

Dieſer ſtellete aber 1) in keine Abrede, vom Kläger Bier auf Credit empfangen zu haben, und man ſtritte nur über deſſen Quantität. Solchenfalls wird der Kläger zum Erfüllungseide gelaſſen (b). Nicht ohne Anſchein halten viele dafür, es ſey kein beſonders Vorrecht der Kaufleute, daß ihre Bücher wider denjenigen einen halben Beweiß machen, welcher auf Credit Waaren genommen, und es alſo auf den guten Glauben des Verkäufers ankommen laſſen, was ſelbiger in Rechnung bringen würde, da er vielmehr ſogleich ſolche fordern ſollen (c). Die Ratio kömt auch Handwerksleuten zu ſtatten (d), und vielmehr Brauern, welche ordentliche Bücher gleich den Kaufleuten halten.

Das Gegenbuch verdiente zwar 2) bey bewandten Umſtänden nur alsdenn Glauben, wenn ſolches mit dem Bierbuch überein kam. Es wurde daher dem Kläger deſſen Production befohlen, und als ſich die Abrechnungen darin fanden, auch in dem Buch Einnahme und Ausgabe, ſamt der Zeit, wenn ſie geſchehen, gehörig verzeichnet war (e), ſo lieſſe man den Kläger zum Erfüllungseide, und erkandte nach deſſen Leiſtung den Beklagten ſchuldig zu ſeyn, ihm die eingeklagte Bierſchuld ad 233 Thlr. zu bezahlen.

(a) Liber confectus in territorio ſtatuentium libris mercatorum plenam fidem habendam eſſe ad plenæ probationis effectum produci poteſt in alio loco & extra territorium tale quid ſtatuentium. Nam extraneus cum mercatore in loco, ubi ejus fides eſt approbato contrahens, cenſetur ſe conformaſſe con-

ſuetudini

ſuetudini loci, in quo contractus eſt factus, & per conſequens tenetur ſtare ipſius libro ſive agatur ibi, ſive in alio loco, in quo non extat talis conſuetudo. MEVIUS *ad Jus Lubec.* Part. V. Tit. 6. Art. 4. num. 5. KLEIN *de Probatione per libros mercatorum* Cap. 3. num. 45. 46. ROESNER *de Libris mercatorum* Cap. 12. num. 24.

(b) LEYSER Spec. 279. Med. 2. ENGAU Part. II. Dec. 213. Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils XXXV. Bedenken.

(c) SCACCIAS *de Judiciis* Lib. II. Cap. XI. num. 130. MARQUARD *de Jure mercatorum* Lib. III. Cap. 9. num. 49. 50. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1166.

(d) LEYSER d. l. med. 4. *Repertorium juris privati* Part. III. voc. Handelsbuch §. 1.

(e) BOEHMER Tom. II. Reſp. 326. num. 7. 8. 9.

CV. Bedenken.

Von der Königl. Aemter Braugerechtigkeit im Fürſtenthum Calenberg.

Der Landtagsabſchied von 1646 in den Landesordnungen *Cap.* 8. *pag.* 97. erfordert: „daß wenn ſich jemand wegen der Braugerechtigkeit auf ſeine Poſſeſſion vel quaſi temporis immemorialis, oder ein ander Privilegium berufen wollte, ſelbiger mit ſeinen Juribus vernommen, und nach Befinden was recht iſt, unverzüglich angeordnet werden ſolle;„ auch ſind beſage des prooemii der Conſtitution de 1713 die Brau-Privilegia zum Theil titulo oneroſo erlanget, mithin mögte man dafür halten, daß SCHEID de Jure coquendi & vendendi cereviſiam Tractat. ſpecial. §. 19. mit gutem Grunde behaupte in principatu Calenbergico & Goettingano jus braxandi competere præfecturis principalibus, ſed ſine jure cogendi. Denn wenn der Landesherr dieſe Befugniß ſeinen Unterthanen mittheilen kann, ſo iſt zu vermuthen, daß ſie ihm ſelbſt zuſtehet, und durch die Aemter geübet werden mag.

Allein 1) wird in den angeführten Geſetzen nicht geſaget, daß alle und jede landesherrliche Privilegia den Privilegiatum ſchützen, ſondern daß man ihn hören ſolle, wenn er ſich in einem Privilegio gründet, mithin daß darüber zu erkennen, nicht aber daß immer das Privilegium für ein den Rechten gemäſſes zu halten ſey. Manches gereichet niemanden zum Präjudiz, oder es iſt mit der

Intereſ-

Intereſſenten Bewilligung ertheilet. Die Königl. Landesregierung verwieſe daher den Amtsanwald an die Gerichte, um vor ſelbigen die Sache des Amts Bockeloh wider die Stadt Neuſtadt am Rübenberge durch den Weg Rechtens auszumachen, als dieſe jenem das jus braxandi ſtreitig machte.

Daß auch derſelbe immemorialem præſcriptionem erweiſen müſſe, hat er in Sachen Hedemünden contra Brackenberg erkandt, und ſowohl bey Königl. Juſtiz - Canzley als dem Königl. Oberappellationsgericht obſiegliche Erkenntniſſe erhalten, weil der erforderliche Beweiß von ihm beygebracht worden (a).

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theil I. Bedenken.

CVI. Bedenken.

Ein Vergleich muß erfüllet werden, wenn keine ſo wichtige Veränderung ſich begeben, welche ſeine Genehmigung behindert hätte, wenn man ſie vorher geſehen.

Ein Vergleich, vermöge des der Gläubiger ſich mit demjenigen bezahlt machen ſollte, was ſeinem Schuldner aus einem Concurs gebührte, wurde von jenem angefochten, weil man von ihm cautionem de reſtituendo forderte, im Fall jemand ein beſſers Recht an den Geldern qu. darthun ſollte.

Es leidet auch keinen Zweifel, daß alles Verſprechen unter der Bedingung geſchiehet, dafern die Umſtände, welche man voraus geſetzet hat, ſich nicht verändern (a). Aber dieſes findet nur alsdenn Platz, wenn einer Veränderung halber der Hauptendzweck nicht zu erreichen ſtehet (b). Eine ſolche iſt nun die erforderte Cautionsleiſtung keinesweges, bevorab da nicht zu vermuthen, und inſonderheit dem Kläger genau bekannt war, daß keine Reſtitution würde geſchehen müſſen. Es iſt daher von Königl. Hannöverſcher Juſtiz - Canzley 1774 erkandt worden: „daß die veränderte Umſtände, welche den Hauptendzweck des Handels nicht betreffen, den Kläger keinesweges berechtigen, die Erhebung ſeiner Capitalien zu verweigern, und alſo den Contract unerfüllet zu laſſen.

(a) ALTORFINI Vol. I. Reſp. 69. num. 17. WERNHER Tom. I. Part. III. Obſ. 234.

(b) COCCEJUS *ad Grotium d. J. B. & P.* Lib. II. Cap. 16. §. 25. lit. d. HEINECCIUS *ad Grotium* d. l. §. 25. LEYSER Spec. 40. Med. 4. Spec. 510. Med. 1. 2. EBERHARDS Beyträge zur Erläuterung der teutſchen Rechte p. 50-73.

CVII. Bedenken.

Ein Document, worin geſaget wird, daß man von jemand Geld empfangen, iſt nur alsdenn von einem Anlehn zu verſtehen, wenn es nicht eben ſowohl eine Quittung ſeyn kann.

Titius bekannte in einem Schein, von Cajo 100 Thlr. empfangen zu haben, und dieſer forderte von deſſen Erben deren Bezahlung. Im Zweifel wird auch ein Anlehn vermuthet (a). Aber dieſe Vermuthung fällt hinweg, wenn das Document ſowohl eine Quittung als eine Obligation ſeyn kann. Titius und Cajus hatten ſeit vielen Jahren Geldverkehr mit einander gehabt, und deswegen war durch den Schein vielleicht eine Wiederbezahlung geſtanden. Des Titii Erben kam ſehr zu ſtatten, daß der Kläger in eilf Jahren keine Zinſen empfangen, und dennoch den angeblichen Schuldner nicht belanget hatte. Es wurde daher zur Beſtärkung der ihn zu ſtatten kommenden Präſumtion der Erfüllungseid von dem Kläger gefordert.

(a) CARPZOV Part. I. Conſt. 17. Def. 39. num. 7. 8. STRYK *de Cautelis contractuum* Sect. 2. Cap. 7. §. 5.

CVIII. Bedenken.

Von der Weigerung einiger Glieder einer Gemeinde den ihnen zugeſchobenen Eid zu leiſten.

Die Eingeſeſſene zu Collenrade forderten von drey benannten Mitgliedern der Dorfſchaft Beckſtätt darüber einen Eid, daß die Collenrader Maſch mit allem Vieh ohne Unterſchied und zu allen Zeiten, ſowohl die Beckſtätter als Collenrader zu betreiben das Recht haben. Solchen Eid acceptirten die leztern. Die Männer, welche ihn leiſten ſollten, verweigerten es aber nächſtdem, und ſchäzten den Mangel der erforderlichen Wiſſenſchaft für. Solcherwegen erkandte das Amt Diepholz, daß die Beckſtätter nicht befugt, ſich in der Collenrader Maſch oder Moor die Hut und Weide für deren Vieh anzumaſſen. Dieſe hingegen erbothen ſich durch ihre ſämtliche Seniores den Eid zu leiſten, und begehrten reſtitutionem in integrum wider das Urtel; Worauf das Amt am 20ten December 1773 verabſcheidete, daß die Beckſtätter gegen das den 15ten Januar. a c. publicirte Urtel in den vorigen Stand Rechtens zu ſetzen, und drey aus ihren Mitteln zu Abſtattung des vorhin deferirten und acceptirten Eides in

Vor-

Vorſchlag zu bringen hätten, welches Judicatum, als die Sache an Königl. Hannöverſche Juſtitzcanzley gediehe, von ſelbiger beſtätiget wurde.

Es halten zwar viele dafür, daß derjenige, welcher von einer Gemeinde einen Eid fordert, die Mitglieder benennen könne, die ihn leiſten ſollen (a), und es iſt in Sachen von Röſſing wider die Röſſingiſche Hinterſaſſen 1768 dahier alſo erkandt worden, auch in der Chur-Sächſiſchen Verbeſſerung der Proceß und Gerichts-Ordnung Tit. 18. §. 5. verſehen, „daß dem Gegentheil frey ſtehen ſolle, die Perſonen zu benennen, welche anſtatt einer Gemeinde den ihr zugeſchobenen Eid zu leiſten haben.„ In der Königl. und Chur Braunſchweigiſchen Oberappellationsgerichts Ordnung Part. II. Tit. 8. num. 3. §. 9. heiſſet es: „Würde Intereſſenten ein Eid deferiret, ſo ſollen zwey oder drey Senioren, welche der Sache Beſchaffenheit am beſten wiſſen, in ihre, und nach vorher producirter Specialvollmacht in der Sache verwandten Seelen den Eid abſchwören.„ Hier wird zwar verordnet, daß der Eid durch Senioren abgeſchworen werden ſoll, die Frage aber nicht berühret, wer die drey Männer aus den Senioren erwählen ſoll. Das Königl. Oberappellationsgericht iſt aber der Meynung, daß dieſes Recht den Univerſitatibus zuſtehe (b), welchem auch andere beypflichten (c). Hier aber kam es auf die Frage nicht an, weil, wenn auch die von ein oder dem andern Erwählte ſich weigern, den Eid zu leiſten, andere Mitglieder der Gemeinde aber es thun wollen, ſelbige zugelaſſen werden müſſen (d).

(a) MEVIUS Part. IV. Dec. 161. LEYSER Spec. 143. Med. 4. PUFENDORF *in Proc. civ.* Part. III. Cap. 5. §. 18. RIVINUS *de Juramento univerſitatis* §. 8.

(b) v. PUFENDORF Tom. II. Obſ. 124.

(c) MARTINI *ad O. P. S.* Tit. 18. §. 10. num. 32.

(d) RIVINUS d. l. §. 20.

CIX. Bedenken.

Ob der Viehſchatz von der Ländereyen entrichtet wird?

Meſtwerth hatte zwey Wieſen vor Alten-Bruchhauſen gekauft, welche ehmals zu Schloendorfs Stelle gehörten, und wovon er die Contribution ſamt dem Michaeliszins entrichtete. Man muthete ihm aber auch an, den Viehſchatz

zu übernehmen, weil das Vieh von der Länderey unterhalten werde, und der davon zu erlegende Schatz viel oder wenig betrage, nachdem viel oder wenig Vieh auf einer Bürgerſtelle ausgefüttert werden könne, welches vom bloſſen Hauſe unthunlich ſey.

Allein mit den gemeinen Laſten ſind nicht nur die Feuerſtätte und liegende Gründe, ſondern auch vielfältig das Gewerbe beſchweret, und zwar aus guten politiſchen Urſachen (a). Im Herzogthum Lüneburg und der Nieder Grafſchaft Hoya war anfangs der Viehſchatz die einzige Steuer. Es heiſſet im Hoyaiſchen Landtags-Abſchied von 1583: „Dagegen gemeine Landſchaft vor diesmal zufolge den beſchehenen gnädigen Erklären und Suchen hinwieder gutwillig eingangen und gewilliget hat, daß Sr. Fürſtl. Gnaden möge zu Ablegung angezogener Hauptſumme und Beſchwerung der Herrſchaft, jetzo vorerſt die nächſtfolgende vier Jahre den gemeinen Vieſchatz, immaſſen derſelbe in Sr. Fürſtl. Gnaden Fürſtenthum verwilliget wird, bey den gemeinen Unterthanen beſchreiben und einfordern laſſen, das iſt zum einfachen Viehſchatz vom Pferde 2 ßl. vom Rinde 1 ßl. vom Schweine 6 pf. vom Schaafe 4 pf. und von einer Imme auch 4 pf.„ Im Fürſtenthum Lüneburg ſind beſage Oldenſtettiſchen Landtags-Abſchiedes von 1624 Art. 16. 17. „diejenige, welche wenig Vieh und viel Länderey haben, mit beyden Schatzungen alſo beſchweret, daß ſie nach Ermäſſigung Sr. Fürſtl. Gnaden und Dero Schatzverordneten über den Viehſchatz etwas geben, und da ſich Bürger und Bauren befinden, ſo aus Mangel des Viehes oder ſonſt anderer rechtmäſſigen Urſachen zum Schatz nichts geben, gleichwohl ihre Güther und Baarſchaft haben, die ſollen, die Schulden abgezogen, den hundertſten Pfennig von ihrem ganzen freyen Vermögen, an Capital angeſchlagen, dieſe zehen Jahr über jedes Jahr einbringen.„ Im Stift Hildesheim wurde 1692 in Vorſchlag gebracht, daß von jeder Feuerſtätte 7 gr. von jedem Morgen Acker 4 pf. von jedem Morgen Wieſenwachs und Gartenland 6 pf. von jedem Pferde und Kuh 4 pf. von jedem Schweine 2 pf zu entrichten. Damit die Zählung des Viehes nicht jährlich geſchehen müſſe, wären auf 20 Morgen 1 Pferd, auf 15 Morgen 1 Kuh und auf 10 Morgen 1 Schwein zu rechnen. „Ganz recht ſchreibet JUSTI von den Steuren und Abgaben II. Abh. Cap. 5. §. 123.„ Die Landleute entrichten die Steuren auf die unbewegliche Güther blos von der Nutzung ihrer Grundſtücke. Das Vieh wirft noch eine beſondere Nutzung ab, die daſelbſt nie mit in Anſchlag gebracht wird, und iſt in der That eine Nahrungsart oder Gewerbe vor ſich, ob es gleich gemeiniglich mit dem Ackerbau vereiniget iſt. Man beſtimmet hier eben ſo wie bey den Grundſtücken den vierten Theil des

jährlichen

jährlichen Gewinnſtes zu der Viehſteuer.„ Es wurde daher von der Königl. Hannöverſchen Juſtitzcanzley 1774 erkandt: Nachdemmalen der Viehſchatz nicht von der Länderey, ſondern von der Nutzung des Viehes, und alſo von einem Gewerbe entrichtet wird, ſo iſt Beklagter von angeſtelleter Klage zu entbinden.„

(a) GUNDLINGS Discours über die Politick pag. 305. JUSTI d. l. II. Abhandl. Cap. 3. §. 51.

CX. Bedenken.

Ob, wenn jemand dem einen einen Garten, und dem andern deſſen Genuß auf Lebenszeit vermachet, alsdenn jenem der halbe Niesbrauch gebühret?

Es hatte Cajus in ſeinem Teſtament dem Sempronio einen Garten vermachet, jedoch daß, ſo lange ſeine Frau und eingeſetzte Erbin lebe, ſelbige davon den Niesbrauch haben und behalten ſolle.

Deſſen Hälfte forderte der Legatarius bey Lebzeiten der Wittwe, und es heiſſet im L. 19. de Uſu & Uſufructu &c. Si alii fundum alii uſumfructum ejusdem fundi, teſtator legaverit: ſi eo propoſito fecit, ut alter nudam proprietatem haberet, errore labitur. Nam detracto uſufructu, proprietatem eum legare oportet eo modo: Titio fundum detracto uſufructu lego (vel) Seio ejusdem fundi uſumfructum heres dato: Quod niſi fecerit, uſusfructus inter eos communicabitur: quod interdum plus valet ſcriptura, quam peractum ſit (a). Dieſes Geſetz ſoll einiger Rechtslehrer Meynung nach auch bey uns Anwendung finden (b).

Aber die Reception derjenigen Römiſchen Rechte, welche aus dem bey uns nimmer angenommenen jure formulario herflieſſen, iſt keinesweges zu vermuthen. Die Legata wurden von den Römern den Negotiis ſtricti juris begezählet, mithin dieſelbe für ungültig gehalten, wenn ſie der vorgeſchriebenen Formul nicht gemäß waren (c). Heutiges Tages komt es auf den Sinn, den unſer Sprachgebrauch den Worten beyleget, lediglich an (d), und folgende Lehre des TITII ad Lauterbach Obſ. 923. verdienet Beyfall: Licet fundi appellatio alias proprietatem & uſumfructum comprehendat, attamen ſi fundo uni legato, alii ejus uſusfructus indefinite legetur, ſatis utique inde apparet, quod legans fundi nomine ſolam proprietatem intellexerit, welche VOETIUS de Uſufructu & uſu n. 8. alſo billiget: Spreta nimis ſcrupuloſa ratiocinii ſubtilitate moribus talem

non admittimus in uſufructu concurſum, ſed uni proprietatem nudam, alteri uſumfructum ex aſſe adjudicamus.

(a) CARPZOV Part. III. Conſt. 13. Def. 7. LAUTERBACH C. T. P. Tit. *de Uſufructu* §. 18. HUBER ad ff. Tit. *de Uſufructu* num. 3. HEINECCIUS ad ff. Tit. *de Uſu & Uſufructu* §. 140. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1534.

(b) Teſtator niſi aliud clare dixit, jurium diſpoſitioni ſe conformaſſe cenſetur, LEYSER Spec. 384. Med. 3.

(c) STRYCK U. M. Tit. *de Uſu & uſufructu &c.* §. 2. BOEHMER *de Verbis directis & obliquis* §. 13.

(d) KRESS *Spec. Jurisprud.* Lib. II. Tit. 12. §. 18. STRYCK *de Cautelis Teſtamentorum* Cap. 20. §. 23.

CXI. Bedenken.

Bey der Königl. Hannöverſchen Juſtitzcanzley iſt kein Terminus probatorius legalis beſtimmet.

Von dem Königl. Oberappellationsgericht wurde 1741 erkandt: „Nachdem die Hofgerichts-Ordnung Tit. 30. zu Einbringung der gerichtlichen Handlungen Terminum von einer Hofgerichts-Diät zur andern ſetzet, ſo iſt dieſe Friſt auch billig bey Führung des auferlegten Beweiſes (wofern nicht ſolcherwegen ein anderer und noch kürzerer Terminus bey euch hergebracht ſeyn ſollte) zu beobachten (a). In dieſem Erkenntniß gründete ſich eine Parthey bey der Königl. Juſtitzcanzley und wollte behaupten, es müſſe jedesmal binnen vier Wochen der Beweiß angetreten werden. Die Hofgerichts-Ordnung verordnet am angeführten Ort, daß man dem klagenden Theil Zeit zu repliciren, bis zum nächſtfolgenden Gericht, weiter aber nicht, finaliter und endlich vergönnen und anſetzen, auch darüber keine Dilation, dann noch eine peremtoriſche verſtatten ſolle. Die Canzley Ordnung Tit. XI. §. 2. ſcheinet eben dieſes mit folgenden Worten zu verfügen: „Würde der Terminus nicht gebührend reſpectiret, ſoll dadurch dem Gegentheil poſt lapſum termini jus quæſitum zuſtehen, und auf gebührendes Anrufen ſtracks in contumaciam verfahren, auch cauſa in eo puncto pro concluſa gehalten, nicht die geringſte Schrift poſt terminum angenommen, ſondern die acta in dem Punkt ad referendum ausgegeben, und die Partheyen ad audiendam ſententiam

ſententiam vel decretum citiret werden.„ Aber die tägliche Praxis ſetzet auſſer Zweifel, daß dieſes Geſetz in Abgang gerathen, maſſen nach Ablauf des vierwöchigen Termins nimmer in contumaciam verfahren, ſondern nach vorgängig eingebrachter Ungehorſamsbeſchuldigung, ein ſogenanntes Decretum negativum folgenden Inhalts ertheilet wird: „Würden Kläger die ihnen nachgelaſſene Schrift binnen Monats Friſt, nach Erhaltung dieſes anzurechnen, noch nicht einbringen, daß ſodann in contumaciam docta inſinuatione dieſes, erkandt werden ſoll was Rechtens.„ Wie denn auch das angeführte Erkenntniß des Königl. Oberappellationsgericht auf den Fall eingeſchränket wird, wenn kein anderer Terminus hergebracht iſt. Das Decretum negativum tauget überall nicht, aber kein Richter, ſondern nur der Geſetzgeber kann es abſchaffen, welches bisher nicht geſchehen, obwohl das neue Juſtitz-Reglement dergleichen Verbeſſerungen zum Endzweck hatte.

(a) Vice-Präſident von PUFENDORF Tom. III. Obſ. 95.

CXII. Bedenken.

Diejenige, welche einen Weg vor andern gebrauchen, müſſen ihn im Stande erhalten.

Als ein nach dem Brammer Walde führender Weg unbrauchbar und dadurch veranlaſſet wurde, daß ein Mann aus Oberſcheeden über der Milenhäuſer Land gefahren, befahl das Amt Münden deſſen Beſſerung den Dörfern Oberſcheeden, Niederſcheeden und Milenhauſen. Dawider ſetzte ſich die Dorfſchaft Oberſcheeden, appellirte an Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley, und wollte behaupten, der Weg liege in der Milenhäuſer Feldmark, mithin müßten ihn dieſe in brauchbarem Stande erhalten.

Es iſt aber nicht nur der angegebene Situs unerwieſen, ſondern wenn auch die Milenhäuſer domini prædii ſervientis wären, ſo hätten ſie doch den Weg nicht beſſern dürfen (a), ſondern nur verſtatten müſſen, daß es von dem domino prædii dominantis geſchehe (b). Bedarf der dominus prædii ſervientis des Weges, alsdenn iſt er ſchuldig, deſſen Beſſerung mit zu übernehmen (c), welches um deſtoweniger Zweifel leidet wenn er nicht jure ſervitutis, ſondern condominii von mehreren gebrauchet wird (d), und dieſes iſt zu vermuthen, dafern man niemanden verwehret, ihn zu befahren (e) Daß aber auf ſelbigem das Holz aus dem Brammerwalde in die Aemter Friedland und Brackenberg zu fahren, jedem

erlau-

erlaubet wird, berichtete das Amt Münden, und die Partheyen ſtelleten es in keine Abrede; daher die Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley das Judicatum a quo beſtätigte.

(a) HOMMEL *Rhapſ.* Obſ. 189. p. 176.

(b) VOETIUS ad ff. Tit. *Communia prædiorum &c.* num. 16.

(c) TITIUS *de Servitute faciendi* §. 35. GERHARD *de Servitutibus in faciendo conſiſtentibus* Cap. 2. §. 13.

(d) MÜLLER *Reſol. Marchic.* 52. num. 12. TITIUS d. l.

(e) MÜLLER d. l. LEYSER *Jur. Georg.* Lib. III. Cap. 31. num. 4. BROKES Obſ. 175.

CXIII. Bedenken.

Von den Anzeigen einer Vergiftung.

In einem Hauſe ſturben in wenigen Stunden die Hausfrau und ihre Mutter, auch demnächſt verſchiedene Schweine. Der Hauswirth und ſeine Magd wurden zur Haft gezogen, weil man ſie der Giftmiſcherey verdächtig zu ſeyn glaubte.

LEYSER Spec. 609. Med. 2. 3. 4. 5. erfordert zur Feſtſtellung des Corporis delicti 1. luculenta propinati veneni ſigna, 2. ut inquiſitus venenum emerit & 3. conſtet de odio ejus in defunctum vel utilitate, quam ex morte ejus ſperavit. Er hält Med. 6. dafür, quando unum ex illis tribus deeſt, non quæſtionem, ſed jusjurandum vel territionem decernendam eſſe.

Wegen des 1. Requiſiti kömt es fürnemlich auf die Beurtheilung des Medicorum an (a), und es wurde das Gutachten der Göttingiſchen medicinischen Facultät erfordert. In ſelbigem heiſſet es: „Die ſämtliche Zufälle der Frerkingen ſehen einem bloſſen Gallenfieber nicht ähnlich, weil auſſer dem Brechen und Schmerzen in actis nichts von topiſchen Anfällen oder Paroxiſmis eines remittirenden oder intermittirenden Fiebers erwähnet wird. Man bemerket in der Hiſtoria ſymptomatum keine exacerbationes oder Remiſſiones zu gewiſſen Stunden. Ferner, daß die ſämtliche Zufälle beyder Verſtorbenen keine bloſſe paſſio hyſterica geweſen ſind, das wird jeder Arzt, der nur pathologie verſtehet, ganz gerne zugeben. Das heftige Erbrechen, Schmerzen im Leibe und Angſt, wie die Frerkingen erlitten, ſeyen bloſſen Anfällen einer Mutterbeſchwe-

rung

rung nicht ähnlich, ſo wenig als der unauslöſchliche Durſt, und beweiſen, daß hauptſächlich in primis viis dem Magen und Gedärmen die Krankheit und deren Urſach ihren Hauptſitz gehabt.„ Daß ſich kein Gift in den Mägen gefunden, thut nichts zur Sache, wie in dem Reſponſo alſo dargethan wird: „Der Hauptgrund der Unmöglichkeit die phyſiſche Gewißheit, daß die beyden Todesfälle vom Gift, und zwar muthmaßlich von Arſenic entſtanden, völlig zu erweiſen und auſſer Streit zu ſetzen, iſt, wie wir ex actis bemerken, daß kein würklicher Arſenic in den Mägen der beyden Verſtorbenen gefunden worden, und bey Frerkings Frau die contenta ventriculi weder eine Silber- noch Kupfermünze gefärbet haben. Aber allerdings kömt hier folgendes in Betracht, daß bey derſelben durch ſo vieles und heftiges Brechen, würklich genommener Arſenic habe wieder ausgeſpület und weggebrochen werden können, daß die Menge des genoſſenen Arſenics eben nicht groß braucht geweſen ſeyn, und bedauren wir, daß die Inteſtina tenuia, des duodenum und jejunum beſonders nur allzu ſuperficiel bey der Section betrachtet worden, indem es gar leicht möglich, daß durch den Motum periſtalticum der Arſenic ſchon bereits aus dem Magen bis in die Gedärme gelangen können.„ Andere berühmte Medici ſind gleicher Meynung (b).

2) Geſtunde die Magd, Gift gekauft und in das Haus gebracht zu haben, um die Mäuſe zu tödten, welches ſie jedoch anfangs leugnete.

Das 3te Requiſitum, daß ſelbige ihrer Frauen Platz zu vertreten geſuchet, wurde aber nicht hinlänglich dargethan. Man hielte es daher für bedenklich, zur Tortur zu ſchreiten, und erkandte die Territion. Da dieſe kein Bekenntniß heraus brachte, ſo wurden die Inquiſiten abſolviret, weil es nicht unmöglich war, daß das Gift aus Verſehen in die Speiſen kommen.

(a) G. F. HARPPRECHT *Deciſ. crim.* 142. num. 24. J. S. BOEHMER *ad C. C.* Art. 130. §. 1.

(b) ALBERTI *Juriſpr. medic.* Tom. I. p. 277. HEBENSTREIT *Anthropolog.* p. 527.

CXIV. Bedenken.

Ob einer befugt iſt, durch die Erhöhung ſeines Ufers den Lauf des Fluſſes zum Schaden der Nachbarn zu verändern?

Viele halten dafür, man könne durch die Erhöhung des Ufers den vom Waſſer befürchtenden Schaden abwenden, wenn gleich ſolches andern zum

Nachtheil gereichte (a). Es vermeynet LEYSER Spec. 502. Med. 12. id permittendum ex regulis ordinatæ charitatis, quæ a ſe incipit. Zwar ſcheinet der L. un. §. 7. ff. nequid in flumine publico &c. das Gegentheil alſo zu verordnen: Oportet in hujusmodi rebus utilitatem & tutelam facientis ſpectare ſine injuria accolarum. Dieſes aber verſtehet man von dem Fall, wenn die Erhöhung andern groſſen Schaden, und demjenigen, der ſie vornimmt, geringen Vortheil bringet (b). Hier iſt jedoch keine Frage von einem aus dem Rechte der Natur zu entſcheidenden Fall, ſondern wie ihn die Geſetze entſchieden haben. Der angeführte L. un. verordnet ohne alle Ausnahme, daß kein Eigenthümer zur Verbeſſerung des Seinigen den Nachbaren ſchaden ſoll (c). In eben demſelben §. 3. iſt verbothen, mutare curſum aquæ per hoc, quod factum eſt, dum vel depreſſior vel arctior fiat, aqua, ac per hoc rapidior ſit, cum incommodo accolentium. Durch ein incommodum iſt aber bekanntermaſſen kein damnum ingens, ſondern ein Detrimentum und jede Unbequemlichkeit zu verſtehen (d).

(a) HACMANN *de Jure aggerum* Cap. 8. num. 90. HERTIUS *de Servitute naturalites conſtituta* Sect. 2. §. 4.

(b) HACMANN d. l. num. 99.

(c) LYNCKER Reſol. 13. ZIEGLER *de Juribus majeſtaticis* Lib. II. Cap. 15. §. 30.

(d) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils LXXXIX. Bedenken.

CXV. Bedenken.

Ob die Alimenta, welche ein Kind ſeiner Mutter ſchuldig geblieben, eingeklaget werden können?

Die Mutter forderte von der Tochter die ihr ſeit einigen Jahren nicht gereichte Alimenta, und zwar deßwegen, weil es in L. 5. Cod. de Patria poteſtate heiſſet: Filia tua non ſolum reverentiam ſed etiam ſubſidium vitæ, ut exhibeat tibi, rectoris provinciæ autoritate compelletur: MEVIUS aber Part. III. Dec. 367. num. 5. will ex ſolo judicis officio debita quoad præterita non deberi, ſecus veró eſſe, qua illa, quæ lex aſſignat.

Aber bey den Römern wurde durch das Officium judicis nicht alles verſtanden, was der Richter vermöge der Geſetze thun muß, ſondern was aus dem

Jure formulario nicht behauptet werden konnte, gleichwohl aber die Billigkeit erforderte (a). Wenn ſolche Erkenntniſſe dem Corpori juris einverleibet ſind, ſo bleibet doch das daraus jemand gebührende ein Debitum officio judicis. Dahin gehören nun die Cauſæ alimentorum (b), weswegen keine Præterità gefordert werden können, es wäre denn, daß derjenige, welchem ſie gebühren, aus Mangel vorgeliehenem Gelde leben müſſen (c).

(a) Boehmer *de Judice procedente ex officio in cauſa civili* Cap. I. §. 3.

(b) Surdus *de Alimentis* Tit. 5. Quæſt. I. num. 43. Reyger *Theſaur. juris voc. Alimenta* num. 84.

(c) Müller ad Struv. Ex. 30. th. 76. lit. *α.*

CXVI. Bedenken.

Von der Strafe einer Frau, die ihrem Mann mit Fliegenſtein vorſetzlich vergeben hat.

In der peinlichen Halsgerichts-Ordnung Art. 130. iſt verſehen, daß wenn ein Weibesbild jemand durch Gift an Leib oder Leben beſchädiget, ſie ertränket, oder in andere Wege nach Gelegenheit zum Tode gerichtet werden ſolle. Leyser Spec. 610. Med. 2. hält dafür, pœnam culei non temere in gladium convertendam eſſe, und ſie iſt nicht überall abgeſchaft (a). Hat ein Ehegatte den andern ums Leben gebracht, ſo wird die Strafe geſchärfet (b). Bey uns iſt das Säcken nicht gebräuchlich. Wer aber mit Vorſatz einen ſolchen Mord begehet, wird zum Rade verdammet, mit glüenden Zangen gezwicket, oder zum Gerichtsplatz geſchleiffet (c). Solchergeſtalt wäre Anna Eleonora Sudholz zu beſtrafen geweſen, wenn kein Mitigans die Milderung der Strafe angerathen hätte. Ein ſolches iſt das freywillige Bekenntniß des Verbrechens (d), und wird ſolcherwegen die Inquiſitin, an ſtatt mit dem Rade, mit dem Schwerdt ums Leben gebracht (e).

Beym Carpzov am angeführten Ort kam ein Vater unerfordert ins Amt, rügete den Ehebruch ſeiner Tochter, und deßwegen wurde die Strafe gemildert. In gegenwärtigem Fall hat die Inquiſitin gegen ihren Vater freywillig geſtanden, daß ſie ihrem verſtorbenen Mann Fliegenſtein zum Eſſen gegeben, auch nicht widerſprochen, als er geäuſſert, ſelbiges dem Gohgrefen melden zu müſſen.

Zwar hält BOEHMER ad Carpzov Quæſt. 149. Obſ. 1. dafür, Spontaneam confeſſionem pœnam non mitigare, niſi in levioribus, ubi emendatæ voluntatis ratio habetur.

Aber dieſes iſt nicht die einzige Urſach der Milderung, ſondern vielmehr die Reue, welche der Delinquent ſpüren läſſet (f).

Die Sudholzen ſollte daher nach dem Erkenntniß Königl. Juſtitzcanzley mit dem Schwerdt vom Leben zum Tode gebracht, der Kopf auf einen Pfahl geſtecket, und der Körper aufs Rad geleget werden. Es wurde jedoch von Königl. Regierung die Strafe dahin gemildert, daß der Cörper dem Collegio anatomico zur Section ausgeliefert werden ſollte.

(a) I. H. BOEHMER Tom. II. Dec. 1173. KRESS *ad C. C.* Art. 130. §. 1. I. S. BOEHMER ad d. Art. 130. §. 6.

(b) KRESS d. l. §. 6. I. S. BOEHMER d. l. §. 7.

(c) KRESS *ad C. C.* Art. 137. KOCH *Inſtit. jur. crim.* §. 455. 471.

(d) CARPZOV Quæſt. 149. num. 30. HAGEMEISTER *de Cauſis mitigandarum pœnarum* th. 77. BERGER *O. J.* p. 1226. WILDVOGEL Reſp. 296. num. 8. MAYDEL *de Juſtis pœnam mitigandi cauſis in criminalibus* pag. 55.

(e) CARPZOV d. l. num. 31.

(f) Si reus, nondum decreta contra ipſum ulla inquiſitione, morſum ſentiens conſcientiæ factique ſerio pœnitens judicis ſeſe vindictæ ſiſtit, pœna omnino eſt mitiganda. MAYDEL d. l. HERTIUS Vol. II. Dec. 701. num. 4.

CXVII. Bedenken.

Die Juriſdiction des Oberrichters iſt hinlänglich begründet, wenn nach Einſicht der Acten, ohne Appellations-Proceſſe zu erkennen, der Appellat angewieſen iſt, die Nothdurft auf dem Libellum appellationis zu verhandeln, und er ſolches gethan.

In Sachen Schloendorf contra Meſtwerth appellirte der erſte von einem Erkenntniß des Amts Alten-Bruchhauſen an die Königl Hannöverſchen Juſtitzcanzley und beobachtete die Formalien. Man erforderte von dem Amt Bericht

richt ſamt den actis primæ inſtantiæ, und nach deren Einſicht wurde dem Appellanten injungiret, auf dem Appellations-Libell die Nothdurft zu verhandeln, auch, nachdem dieſes geſchehen, die Acten ad referendum ausgeſtellet und ein Urtel abgefaſſet. Es entſtund daher die Frage: ob man vor deren Publication die gewöhnliche proceſſus appellatorios erkennen müſſe?

Solches wurde für nicht ſchicklich gehalten; denn die Appellations-Proceſſe beſtehen in der Citation, den Compulſorialien und der Inhibition (a). Die Citation muß vor Verfertigung des Urtels abgelaſſen werden (b). Es war auch in dieſer Sache geſchehen, weil man den Appellaten angewieſen hatte, auf dem Appellations-Libell die Nothdurft zu verhandeln. Da der Unterrichter die acta primæ inſtantiæ bereits eingeſandt hatte, ſo konnten keine Compulſorialien etwas wirken, noch bedurfte es einer Inhibition, weil nicht zu fürchten, daß der Unterrichter ſeinem eigenen Erkenntniß zuwider handeln würde. Allenfalls war das vitium per comparitionem citandi gehoben (c), denn der Appellat hatte ſich nicht geweigert, in der Hauptſache zu handeln, und alſo der Exceptioni non fundatæ jurisdictionis renunciiret.

(a) PUFENDORF *in Proc. civ.* Part. I. Cap. I. §. 2.

(b) BLUM *Proc. Camer.* th. 56. num. 5. LAUTERBACH C. T. P. Tit. *Quæ ſententiæ ſine appellatione reſcinduntur.* §. 2.

(c) WERNHER *de Citatione aliisque proceſſus capitibus* Cap. I. §. 12. LEYSER Spec. 32. Med. 6. BOEHMER *de Contumacia non reſpondentis* Cap. I. §. 22.

CXVIII. Bedenken.

Der Landesherr kann die Freyheit der Unterthanen, von ihrem Eigenthum nach Willkühr zu diſponiren, einſchränken, nicht aber der Gerichtsherr.

Die Eingeſeſſene des Landes Göttingen waren währenden letzten Krieges nicht nur um den gröſten Theil ihres Vermögens gebracht, ſondern auch in eine ſchwere Schuldenlaſt gerathen. Nach erfolgtem Frieden nahm ſich die Landſchaft ihrer an, und ſandte zu deren Schadloshaltung denen Obrigkeiten beträchtliche Geldſummen zu. Eine derſelben führte damit die dringenſten Schulden ab. Weigerte ſich aber, den Leuten das übrige Geld in die Hände zu geben, und ertheilte denſelben auf ihr Geſuch folgende Reſolution: „Nach dem König-

Regierung des Gerichts Verfahren approbiret, daß nemlich die Gelder gegen vollkommene Sicherheit und gerichtliche Hypotheken zu der Communen wahren und bleibenden Beſten in Verzinſung unterzubringen, darüber richtige Rechnung zu führen, welche auch denen Gemeinden jedesmal ad inſpiciendum vorgeleget werden können; als iſt dem geſchehenen Geſuch auf keine Weiſe zu deferiren.„ Sie beſchwerten ſich hierüber bey Königl. Hannöverſcher Juſtitzcanzley, und führten an, die Gelder qu. wären von der Landſchaft zu einiger Vergütung der Krieges-Preſſuren, geſchehenen Lieferungen, erlegten Traitementsgeldern und Contributionen für ſämtliche Einwohner des Gerichts beſtimmet, als wozu jeder Unterthan ſeinen Antheil geben müſſen. Man räume ihnen das Eigenthum der Gelder ein, und deſſen Würkung ſey die libera facultas de illis diſponendi. Andern Unterthanen des Landes Göttingen wären die Gelder verabfolget worden. Klägere hätten ſich damit aus ihren Schulden theils ganz, theils auf eine merkliche Art bringen, die Unverſchuldete aber ein und anders Stück Landes kaufen können. Viele Einwohner wären Leineweber, welche mit dem Gelde Garn und Flachs anzuſchaffen, mithin den Leinewandshandel in Flor zu bringen, das Vermögen erlanget hätten. Die Landes-Regierung ſey durch einen contrairen Bericht der Gerichtsherren veranlaſſet, deren Verfahren zu billigen.

Nun kann zwar die höchſte Landes-Obrigkeit behindern, ne quis re ſua male utatur (a). Aber dem Gerichtsherrn ſtehet dieſe Befugniß nicht zu (b). Ob die Urſachen, warum jene ſolches gethan, hinlänglich ſind, darüber haben die Gerichte nicht zu erkennen (c). Das von Königl. Juſtitzcanzley abgefaßte Urtel lautete daher alſo: „Obwohl keinem Gerichtsherrn die Befugniß zuſtehet, ſeiner Gerichtsunterthanen Freyheit, von dem Ihrigen nach Willkühr zu diſponiren, deßwegen einzuſchränken, weil er ihr Beſtes dadurch zu befördern vermeynet. Nachdem jedoch von Königl. Regierung der Beklagten Diſpoſition über die Gelder, welche die Landſchaft dem Gericht verwilliget hat, gebilliget worden, und kein Juſtitz-Collegium darüber zu erkennen befugt, ob ſolches aus erheblichen Urſachen geſchehen; ſo bleibt es zwar bey der gemachten Verordnung. Es wird jedoch den Klägern der fernere Recurs an Königl. Regierung, dafern ſie das Gegentheil deſſen, worauf ſich die Diſpoſition gründet, darthun könnten, allerdings vorbehalten; wie wir alſo vorbehalten und die Proceßkoſten vergleichen.„

(a) Boehmer *Jur. publ. univerſali* Part. Spec. Lib. II. Cap. 3. §. 22. Glafey Recht der Vernunft p. 769. Canz *Diſcipl. morales* §. 1464. Moser von der teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten. p. 81.

(b) F. U. Pestel *de Limitibus imperii eminentis* §. 9.

(c) Meine Nebenunden Part. III. CXIX.

CXIX. Bedenken.

Vom Vogtding.

Johann Heinrich Köhler beſitzet in Banteln einen Hof, wobey ſich 197 Morgen ſandigen Landes und 6 Morgen Wieſenwachs befinden. Er will behaupten, daß ſelbiger kein Meyerguth, ſondern ein Vogtsguth ſey, wozu beſage des Vogtdingsbuchs 2½ Hufe, jede zu 36 Morgen und ⅛ Morgen Vogtland gehören. Seinen Vorwirthen ſollen die von Bennigſen ein Capital geliehen, und dafür gewiſſe Korngefälle ſtatt der Zinſe genoſſen, man aber 18 Morgen ſolches Landes 1724 aus Irrthum in einen Meyerzins verwandelt haben. Nun ſind die Vogtdinge Judicia advocati (a). Zur Zeit des Fauſtrechts beſtelleten Stifter und Klöſter zum Schutz und Schirm ihrer Leute Vögte oder Protectores aus dem hohen Adel und der Ritterſchaft, welche ſich anheiſchig machten, die bona monaſterii ab omni rapina & indebitis exactionibus zu bewahren (b). Gleiche Bewandniß hatte es mit den Meyerdingsgüthern. Inſonderheit kamen die Vogtdinge mit ſelbigen und andern teutſchen Baurengerichten darin überein, daß der Herr zwar den Vorſitz im Gericht und verſchiedene Nutzungen hatte, die Entſcheidung der Streitſachen aber den Bauren überlaſſen wurde (c), wie aus folgenden beym Bantelſchen Vogtdinge gehaltenen Protocollis erhellet:

Anno &c. Domini 1587 Donnerſtagks in dem Pfingſten war der 8. Monatstagk Juny habenn die Edle vnnd Ehrenveſte Erich vnnd Johann von Bennigſen binnen dem Dorf Bantelem, auff dem Thieem Vogedinck hegen laßen, darauf Richter geweſen Adelarius Moller Bürger zu Gronaw, Beiſitzer Wilhelm Detmers vnnd Hinrich Schreiber Bürger zu Gronaw vnnd war Curdt Goſeken von Bodenburgk fürſprache, Achteleute, Joſt Tieſemann vnnd Arndt Jungeman, Inwoner des Dorffs Bantelem, Aber keine Vogtmenner, vnnd ſeine der Junckern vnnd Vogtmenners leuthe gerechtigkeitt alle gefraget wurden, die Schreffers Joſt Rodecurts, vnnd Jürgen Greuen, haben wegen der Vogtleuthe Curdt Goſecken, vnnd ſeine obgeſatzte Achteleuthe gebeten, feyn ihnen vergonnet, Leißen fürtragen, daß hiebeuoren vortrag daß alle diejenigen, ſo Vogtgudt haben oder Zinſe davon gebrauchen erſcheinen, oder ſtraffe darumb geben ſolten, waß dan ſein ſtraffe ſeyn ſoll Mattheus Bringkman eingebracht, daß derſelbe ſo auſſenbleibt, vnnd nicht Kranckheit oder Hernſache halber außen Pleibt ſoll einen halben Gulden zu ſtraff geben.

Henni Greue von Peze, beclaget Hanſen Greue, daß er in einen morgen landes gefallen, ſo Jürgen Greuen ſeliger eingehabt, bitte Rechts darumb,

Joſt

Joſt Rodecurts eingebracht, weil der beclagte nicht ritirt, ſei er zu Antwortten nicht ſchuldig. Hiemit iſt daß gerichte weil kein Clage od Clegere mehr vorkommen auffgegeben.

Anno &c. 1588 denn Donnerſtagk in den heiligen Pfingſten wahr der 30 Monatstagk May, hatt der Edler vnnd Ehrenveſter Johan vonn Bennigſen, zu mitbehueff ſeines Bruders Erich vonn Bennigſenn binnen Bantelem auff Barwardt Waſman Hofe ein Vogedingsgericht gehalten vnnd hegen laſſen, worauff Andreas Stangen, deß Junckern Hofemeiſter Richter vnnd Curdt Brauns, vnnd Henrich Düdenſingk beiſitter geweſenn.

Und hatt Johan vonn Bennigſen folgende frage durch Curdt Goſeken vorſprochen, vnnd ſeine zween achteleuthen, Herman Waßman, vnd Bartoldt Gronenn von Gronaw fragenn laßenn, vnnd daruff dieſe Urtheill eingebracht. Erſtlich fragen laßen

Wem die Vogdingsleute daß Vogtgerichte vnnd deßelben recht vnnd gerechtigkeitt zu erkennen, Hans Rump von Gronaw eingebracht, ſie erkennen es niemandt anders zu dan den Junkern von Bennigſen den Obriſten Vogtman.

2) Ferner gefraget

Dieweill nun erkandt daß man daß Vogtgerichte, vnd deßen recht vnnd gerechtigkeitt denen von Bennigſen zu erkandt, ob man auch Ihnen vber dieſelb gueter geſtatte gebott vnd Verbott

Hans Rump eingebracht, Ja ſie haben gebott vnd Verbott darüber ſo weitt vnnd ſo ferne ſie es vorteding konnen.

3) Ferner gefraget

Wan es ſich zu trüge, daß die von Bennigſen Ihre Vogtingesleuthe einem etwaß gebotten vnd verbotten, vnd daßelbe vbertrettenn mitt worten oder mitt der that, ob die denſelben auch zu ſtraffen hettenn.

Hans Rump eingebracht, wan ein Vogtman befunden würde, der ſich gegen die Junckern nicht rechtt verheilte vnnd Ihr gebott verachten, daß konne er nicht vngeſtraft gethan haben.

4) Weiter gefraget

Waß den ſein ſtraffe ſein ſollte. Hans Rump eingebracht, nach Gelegenheit der Sachen, ſoll er geſtraffet werdenn.

5) Weiter gefraget

Wan einer von den Vogtleuten wehre vnnd ihre Zinſe zu rechter gebürlicher Zeitt nicht gebe, wormit dieſelbe ſoll geſtraffet werdenn,

Adolarius

Adolarius Moller eingebracht, woferne der Erbenzinß zu dreyen Jahren nicht ausgegeben wirdt, ſoll derſelbige ſeiner gueter vorfallen ſein, er könne dan erhebliche vnnd beſtendige vrſach, worumb es nicht geſchehen, darbrengen.

6) Ferner gefraget

Wan er aber daß erſte Jmgleichen daß andere Jahr mit den Zinſen außzugeben ſeumig würde, waß dan ſein ſtraffe ſein ſolle

Adolarius Muller eingebracht, der Juncker ſoll den Zinß fordern laßen, vnnd wehr dan denſelbeñ nicht gibt, denſelben ſollen die Junckern nach der gueter gelegenheit gebührlich zu ſtraffen habenn.

7) Weiter gefraget

Wan nun einer der Vogtgudt hette vnd vber 10 od 20 oder 30 vnd mehr meileweges geſeßen weren, von weme dan die Junckern den Zinß fördern laßen ſollen,

Adolarius Muller eingebracht, die die gueter gebrauchen; der ſoll den Zinß ausgebenn.

8) Weiter gefraget

Ob auch Vogtleut bedacht ſein, daß vogedingk in ehren vnd recht zu behalten, wie ſie es von altershero gethan haben,

Wülbrandt Schaper eingebracht, die Vogtleuthe wollen es in voller Craft vnnd macht, wie ſie es von Alters gethan habenn, haltenn.

9) Weiter gefraget

Wan es ſich zu trüge, daß ein gudt verendert würde, ob dan den Junckern vnnd Vogtleuthen von rechts wegenn dauon nicht ſolte ein bekandtnüße geſchehen.

Wülbrandt Schaper eingebracht, dauon ſoll dem Junckern vnd Vogtleuthen eine bekandtnüße beſchehen.

10) Ferner gefraget

Was dan die gebühr vnd billigkeit dauon ſein ſolte.

Wülbrandt Schaper eingebracht, der zwanzigſte Pfenningk.

11) Weiter gefraget

Wan nun einer befunden wurde der ohne der Junckern vorwißen gueter mutwilliger weiſe verkauffte oder verſetzt hett, waß ſein ſtraffe ſein ſolten,

Curdt Schmedt eingebracht, der verkeuffer oder Verſetzer ſoll deß Landes vnd der verkeuffer od Jmetter deß geldes verluſtig ſein.

12) Weiter gefraget

Wan ein Man Vogtgutt hette, vnd mit ſeiner Fraw ſöhne vnd döchter zeugten wie ſich dieſelben kegen einander verhalten ſollen,

Curdt Schmedt eingebracht daß die ſohn die dochter nacht gelegenheit d. guter_ableggen ſollen.

13) Weiter gefraget

So ein Man Dochter vnnd keine Söhne hette ob dan die Dochter nicht müchten die negſten erbenn ſeinn,

Curdt Schmedt eingebracht, Sagt wan dar keine ſöhne ſein, ſollen die Dochter in die ſtedde tretten.

14) Weiter gefraget

Wan ein man vogtgutt hette vnd mit ſeiner ehefrawen kinder zeugte die vogtmann vorſterbe, vnd die Kinder, hernacher auch mit todt abgingen, wehr das Vogtgutt der nachgelaßenen Wittiben vnd Mütter der Kinder zu erbtheil fallen, oder an die negſten Blutsverwandtenn erben, dauon daß gutt herkommen, hinwiderumb vererbett vnd fürfellet werdenn konnen vonn Rechtswegen

Darauf zu rechte erkandt, da er der vogtman mit ſeinen Kindern todts halber abgehet, kann ſeine nachgelaßene wittibe, vnd mutter der Kindern daß geringſt an dieſem vogtguete nicht bekrefftigen noch er Erbenn, ſondern erbet, vnd velt wieder zurück an die negſt Blutverwandten erben, dauon es herkommen iſt.

15) Weiter gefraget

Wan ein Man Sohns vnd Döchter hette die väter verſtürbe vnd die ſöhne legten die Dochter abe, ob die Dochter nicht ſolle vor daß vogedinck kommen vnd den gueter vertticht thun,

Ernſt Brinckman vonn Einen eingebracht, wann die Dochter nach gelegenheit der gueter abgelecht werdenn, ſollen ſie vor daß vogedinck kommen vnd verticht thun.

16) Weiter gefraget

So einer vogtgutt verkauffen will, weme er daß gudt erſtlich anbieten ſoll,

Ernſt Brinckmann eingebracht, dem negeſten Bludtverwandtenn.

17) Weiter gefraget

Wan dan keine Blutsverwandten vorhanden, weme es den angebotten werden ſoll,

Joſt Stillig von Esbeke eingebracht, wann keine Blutsverwandten verhanden, ſoll es den erbenn angebottenn werdenn ꝛc.

18) Weiter gefraget

Wan nun die Erben das gutt auch nicht keuffen od habenn wollenn, ob nicht dan der obriſter vogtman als die vonn Bennigſen ſolches keuffen müg.

Joſt Stilling eingebracht, daß der oberſte vogtmann ſolches woll keuffen müge.

19) Weiter gefraget

Wan nun her oberſte vogtmann daß gutt auch nicht keuffen will, ob dan nicht ein frembder das keuffen müge,

Joſt Stilliges eingebracht, daß müge woll geſchehen wan es mitt des obriſten vogtmans willen geſchicht, vnnd die Junckern vnnd vogtleuthe daß Jhre dauon bekommenn.

20) Weiter gefraget

Wan einer ein vogedinges gudt gewunne durch ordentliche vogtgericht, vnnd die von Bennigſen an berürten gute den Dinſt hetten vnd daß gudt ſolte zurißen werdenn, daß den Junckern Jr gebüerliche Dienſt dauon nicht konne geleiſtet werdenn, ob daß gudt nicht ſolte bey dem Hofe Pleiben vnd der ſo es wumme ſeinen gebuerlichen Zinß dauon nehmen ꝛc.

Hans Gehers von Dunſen eingebracht, der auff dem Hofe ſetzet, ſoll den Junckern den Dienſt thuen, vnd den andern den Zins dauon geben.

21) Weiter gefraget.

Wan nun hiebeuorn aus mißverſtande od verſaumnis Lenderei zerißenn, vnnd ohn vorwißen der Junckern der wenig od viel vom Hofe genommen vnd den Junckern der Dienſt dadurch geſchwechet wie es damit ſoll gehalten werden,

Hans Gers eingebracht, was binnen zehen Jahren dauon genommen, ſoll wiederumb darbey gebracht werdenn.

22) Weiter gefraget.

Wan nun ſich einer dargegen aufflenen vnd vorweigern würde, was ſein bröche ſein ſolle,

Hans Gers eingebracht, ſoll dem obern vogtman ein halb faß biers, vnnd den vogtleuthen auch ein halb faß biers geben vnd es gleich woll thun.

23) Weiter gefraget.

Wan einer Vogtgudt hette, daß Jhme vor dem vogtgerichte nicht auffgedragenn were, ob er dann vor einen vogtman ſolle gehalten werdenn

Hans Schlüter eingebracht, wan Jhme ſollich guet nicht auffgedragenn, ſoll er vor keinen vogtman gehalten werdenn.

24) Ferner gefraget

Wan einer wehre der ein vogtgudt begerte, vnd würd mit ſchein des vogtgerichtes eingeſetzt, waß er der obrigkeit dauon geben od zu thunede ſchuldig ſein ſoltte ꝛc.

Hans Slüter eingebracht nach gelegenheitt des guets, ſoll er der Junckern abtracht machenn.

25) Weiter gefraget

Wan ein Vogtman auf das Verordente Vogtgerichte nicht erſcheine, waß ſein brüche ſein ſoll

Hans Slütter eingebracht, woferne er nicht durch Krankheit od ehehafft, vorhindertt, ſoll er von dem Junckern nach begnadung geſtraffet werdenn, vnnd den Vogtleuthen einen halben Gulden geben.

26) Weiter gefraget

Wann einer wehre der vogtgudt beclagen wolte, wuhr ehr das recht ſuchen ſolte

Tonnies Wolder eingebracht, vor denen vonn Bennigſen.

27) Ferner gefraget

So den Junckern oder vogtleuthen der Clage halben ſchade daruff lieſe, wehr ſolliches ſchaden zu rechte gelten ſolte

Tonnies Wolder eingebracht, woes von den ſchaden herkumpt, ſoll den Junckern vnnd den Erbenn denen gelten.

28) Weiter gefraget

Wan ein man einen beclagt, ob dem beclagtenn auch dilation vergontt vnnd gegeben werdenn ſolte.

Tonnies Wolder eingebracht, zum erſten vnnd andern mahl ſoll man Jhm dilation gebenn, zu dem dritten mahll ſoll er antworttenn.

29) Weiter gefraget

So der beclagte dem Cleger zum dritten mahll nicht Antworten wolte, ob dan der Cleger nicht ins gutt geſetzet werdenn ſolte,

Mattheus Brinckmann eingebracht, wann er zweimahl dilation bekommen vnd zum drittenmahl nicht erſcheinett vnnd ehehafft vnd kranckheit halber nicht verhindertt, ſoll der Cleger ins Gutt geſetzett werden, biß ſo lange er mit rechte dawedder ausgeſatzet wurden.

30) Weiter gefraget

Dieweil die vogtleute dem Junckern vonn Bennigſen, dabevohrn vber die vogtinges gueter gericht vnnd recht, geboth vnnd vorboth, zuerkandt, iſt die frage, ob einer auch müge ann andere orther Ausſplucht holenn

Mattehus

Mattehus Brinckman eingebracht, weill Jhne hie keines Rechten vorweigert, muge er es nicht thun.

31) Weiter gefraget

Wan einer Vogtgudt hette, vnnd wehre außerhalb Landes über ſehe oder Sandt, wie lange daß man demſelbenn ſein gutt ſolte zu gute nach hegenn.

Mattheus Brinckman eingebracht, wan er buten landeß ſey, ſoll es Jme dreißig Jahr und tagk nachgeheget werdenn.

32) Weiter gefraget

Wann nun einer binnen Landes wehre, wie lange man deme ſein gutt, ſeiner Außſprache halber nachegen ſolle.

Henni Greuen Eingebracht, wan er es in zehenn Jahrn vnnd 3 tagen nicht beſpreche ſoll er deßenn vorfallen ſinn.

33) Weiter gefraget

Wan einer ein gudt beclagen will, ob er deß Junckern abtracht machen ſoll ehe er es beclagt,

Henni Greuen eingebracht, wann einer clagen will, ſoll er auff daß gerichte nicht geſtattet werden ehr habe dan deß Junckern abtracht gemacht.

34) Weiter gefraget

Wan ein vogtman gudt verkauffen muſte ſeiner gelegenheit nach, wirtt gefraget, wie theuer er ſollich gudt gebenn ſolle, damit der keuffer nicht verdorben vnd dem Junckern der Dienſt dauon konne gegebenn werdenn.

Henni Greuen Eingebracht, nach Gelegenheit der gueter, waß die gueter verzinſen konnen.

35) Weiter gefraget

Wan ein Frawe vogtgudt hette, vnnd darzu menſiche Erben, ſo vnmundig wehren, ob die frawe auch macht haben ſolte die guetter zu verkauffen.

Joachim Rodecurts eingebracht, es ſolle nicht verkaufft werdenn, Es geſchehe dan mitt deß Junckern und der vogtleuthe wißen vnd willen.

36) Weiter gefraget

Wan ein vogtingesmann eine frawen hette, vnnd keine kinder, vnd derſelbige, die frawenn mitt den gutte beleibzuchtigten wolle, mitt waß ſchein ſolchs geſchehen ſolte

Joachim Rodecurts eingebracht, daß ſolle geſchehen vor dem Junckern alſe den Obriſten Vogtmann, vnnd vor dem offenen vogtgerichte.

37) Weiter gefraget

Ob die Junckern in dieſen od in den vorigen gerichten etwaß verſeumet, ob ſie nicht machtt haben ſollichs allemahl zu repetirn vnd nach zuholen.

Joachim Rodecurts eingebracht, ſo etwaß verſeumet, mugen die Junckern es woll ohne rechts vorweigerung nach holen.

Der Juncker beclaget ſich durch Curdt Göſeken den vorſprachenn, vber Caſper Vogel vnd ſeine mittconſorten, daß ſie zwei Jahr daß vogttgerichte nicht beſucht, Auch den Erben Zins In zweien Jahrn nicht außgegeben, leſt fragen wie er mit demſelben vorfahren ſoll, damitt der Junckern ſeines Zinſes habhafftig vnd ſie zu gebürlicher ſtraffe bringen müge,

Lorenz Schlun eingebracht, man ſolle Jhnen die guter In kummer ſchlahen.

Weiter gefraget

Wann nuhn der Juncker wurde den Vogtleuten zum Saltzhemmendorff nochmahls ankündigen laßen den Erben zins auszugeben vnd würden dan nochmahls daß dritte Jar nicht außgeben, ob dan die Junckern nicht mügen die gueter gantz zu ſich nehmen

Lorentz Schlun eingebracht, wan ſie in dreien Jahren die Zinſe nicht geben vnd keine fügliche vrſache einwenden konnen, ſollen ſie des guts den Junckern vorfallen ſein.

Adolarius Moller durch Curdt Goſeckenn Clagende fürbrengen laßen, vber Curdt Joſt vnd Jürgen Stilliges hetten Jhnen In drefflichen ſchaden geführet, dadurch daß ſie Jhnen etzliches Landes entſetzen wollen, daß er mitt groſem ſchaden an ſich brengen muſte bittet rechts

Lorentz Zluen eingebracht, man ſoll ſie zur Antwortt laden.

Hiruff hatt der Richter die beclagten gefürdertt vnnd ſein erſchienen Joſt vnnd Curt Stilliges bitten um Johanns Grouen vonn Hildeßheimb zum furſprachen

Joſt Stilliges leſt für ſich vnd weg ſeiner Brüder fürbrengen

Dem Beclagten wunder nicht wenig weill er zuuor andern leuthen in ſachen gedienet daß er ſich in ſeinen eigenn ſachen nicht rathenn könne dan Rechtens wan ein mahl in der ſachenn erkandt vnnd der Expens nicht gedacht, könne der ſchade nicht gefürdert werden vnnd ob woll ein dem anderne einen furſtandt geleiſtet, ſo konne doch ſolches nicht anders verſtanden werden, darnacher wurde auch der ſchade nicht nambhafftig gemacht.

Zum andern will die Citatio ein fundament der Clage were vnnd der eine Bruder ſo zu dieſer Clage mitt gehortt, nicht citirt, Als erachtet er ſey zu Antworten allen nicht ſchuldig vnnd fraget darumb ein Vrtheill zu rechte, ob der Cleger deswegen nicht ſchuldig ſey den beclagten die gerichts Exſpens zu erſtatenn und hernacher auff dem negiſten gerichte eine ſpecification, der gefürderten

Exſpens

Exſpens vber zu gebenn, und den andern Bruder Auch darzu zu citirn ſchuldig ſein ſolle.

Urtheill

Curdt Schmidt eingebracht, Adolarius ſolle die brüder ſembtlich citirn laſſen, hiemit iſt das gerichte geendiget.

Das Stift Gandersheim beſaß Güther zu Brüggen und Banteln, deren Beſchirmung es anno 1351 Florino von Dalem und Eilhardo von Doteßen, im Jahr 1360 Johann Bock und 1360 Siffried von Homborg auftrug (d).

Ich zweifele nicht, daß die Ländereÿ qu. wenigſtens größtentheils urſprünglich Vogtland geweſen, weil das allen Glauben verdienende Vogtdingsbuch meldet, daß zu dem Hofe qu. einige ſtarke Hufen Vogtland gehöret haben. Aber daraus folget keinesweges, daß es nicht zum Theil von des Klägers Vorfahren Meyersweiſe cultiviret worden. Denn es konnte ein Vogtsmann ſein Land vermeyern. In dem Vogtdingsbuch pag. 365 heiſſet es: „1661 den 6ten Junii, Heinrich Bock, Amtsſchreiber zu Siedenburg, Salme Rumps Sohn, weil er vor 10 Jahren als Vogtmann vorm löblichen Vogtgerichte conſtituiret, und beſage Protocolli anno 51 den Erben Lob entrichtet, läßt ein Urtel zu Recht fragen, ob nicht die Meyer, ſo deſſen Ländereÿ nutzen, ſchuldig, ſich von ihm bemeyern zu laſſen? Hennie Geers bringet ein: daß die Meyer ſchuldig in dieſem dem Herkommen nach gemäß ſich zu bezeigen.„ Auch meldet beſagtes Buch in dem obangeführten Protocoll num. 17., daß, wenn einer Vogtland verkaufen will, es aber weder die Blutsverwandten noch ein Erbe oder Vogtmann zu bezahlen erbietig iſt, alsdenn der obriſte Vogtmann, als die von Bennigſen ſolches kaufen mögen.' Dieſe konnten alſo Vogtgüther an ſich bringen, und da der Eigenthümer befugt, ſolche zu vermeyern, ſo war auch ihnen dieſes unverwehret, und daß es in gegenwärtigem Fall geſchehen, iſt zu vermuthen, weil von den Beſitzern ſeit langen Jahren davon ein beträchtlicher Kornzins nach Gronau geliefert worden. Wäre aber auch ſolcher anfänglich nur jure antichretico empfangen, ſo hätte jedoch 1724 durch die Annahme eines Meyerbriefes der Contract aus guten Urſachen verändert werden können. Es iſt daher 1774 erkandt worden, daß die urſprüngliche Qualität des Vogtlandes mit der geſchehenen Bemeyerung wohl beſtehen möge, und alſo keinesweges dargethan ſeÿ, daß die von Klägern dem Beklagten nach Gronau gelieferte Kornzinſe keine Meyergefälle ſind.

(a) Hal-

(a) Halthaus *in Gloſſ. voc. Vogtding.*

(b) Harenberg *Hiſtoriæ Gandersheimenſis.* p. 28.

(c) Gercke *Cod. Diplom. Brandenburg.* Tom. I. p. 168. Meine Tractation *de Bonis meierdingicis* §. 29.

(d) Harenberg d. l. pag. 432. 819. 830. 834.

CXX. Bedenken.

Die von einer adelichen Familie zu Lehn getragene Wieſe kann nicht mit des Senioris familiæ und Lehnträgers, wohl aber mit ſämtlicher Lehnsherren ausdrücklichen Genehmigung, oder wenn dieſelbe in 30 Jahren, von der Zeit da ſie klagen können, ſolches unterlaſſen, iemand antichretice ſo lang pfandweiſe eingethan werden, als der Lehnsherren Mannsſtamm vorhanden.

Titius verpfändete dem Cajo eine Lehnwieſe für 215 Thlr. und der Senior des adelichen Geſchlechts, wovon ſie zu Lehn getragen wurde, willigte darin. Sowohl des Schuldners als des Senioris männliche Nachkommen giengen ab. Die Wieſe war durch mehrere Ceſſiones in verſchiedene Hände gerathen, und 1764 von dem bisherigen Beſitzer das daran gehabte Recht dem Mevio übertragen. Wider dieſen ſtelleten die von N. als Lehnsherren reivindicationem an, begehrten die Reſtitution der Wieſe cum omni cauſa, und weigerten ſich, den Pfandſchilling zu bezahlen.

Nun konnte zwar 1) des Lehnsträger Conſens nichts wirken, weil er ein bloſſer Mandatarius der Mitbelehnten iſt (a), und zu ihrem Nachtheil die Lehne mit Schulden nicht beſchweren darf (b).

Man erforderte ſogar 2) Sr. Königl. Majeſtät, als des Oberlehnsherrn Conſens, da weder die Gemeine Lehnrechte noch hieſige Landes-Conſtitutiones einem Vaſallen erlauben, zum Nachtheil ſeines Domini directi ohne deſſen Genehmhaltung einiges Lehnſtück zu veräuſſern, oder auch zu verpfänden.

Zwar wandte 3) der Beklagte die Exceptionem præſcriptionis ein. Die Klägere wollten aber behaupten, daß ihm ſolche nicht zu ſtatten komme, weil das Pfandrecht, vermöge deſſen er ſeinem Geſtändniß nach, die Wieſe beſaß, keinen titulum ad transferendum dominium habilem dem Pfandesinhaber mittheilet.

Allein

Allein 1) wird der Lehnsherrliche Conſens vermuthet, wenn die Lehnsherren 30 Jahr ſtille geſeſſen, und das Lehnſtück nicht in Anſpruch genommen, obwohl ſie es gekonnt (c). Dieſe Zeit war aber mehrmalen verſtrichen, weil die Verpfändung 1612 geſchehen.

2) Sind nur diejenige Veräuſſerungen der Lehne nichtig, mittelſt deren man den Lehnsherrn um ſein Eigenthum zu bringen ſuchet. Als die Königl. Lehncammer eine von denen von Uslar dem Heiſen zu Bishagen ertheilte Afterbelehnung anfochte, die letztere aber declarirten, wie ſie ſich wohl zu beſcheiden wüßten, daß ihr Recht nicht länger daure, als das Jus ſubinfeudantis, mithin der Lehncammer die Exceptio deficientis intereſſe entgegen ſtehe, ſo erkandte die Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley 1760: „Nachdemmalen Beklagte declariret haben, daß ihr Recht nicht länger als das Jus ſubinfeudantis daure, mithin die geſchehene Afterbelehnung Königl. Lehncammer ganz unſchädlich iſt, ſo werden jene von angeſtelleter Klage abſolviret (d); wobey es der Lehnsanwald bewenden ließ. Eben dieſes iſt Rechtens, wenn der Vaſall die Früchte des Lehns jemand verpfändet (e). In Herzog Henrich Julii Declaration von 1612 iſt verſehen, „daß wenn einer oder anderer jemand mit bekenntlichen Schulden verhaftet ſey, und dazu ſeinem Gläubiger nicht etwa aus der Baarſchaft oder in andere Wege verholfen werden könne, auf ſolchen Fall die Immiſſion dem Gläubiger in die Abnutzung des Schuldners Lehngüther erkandt werden ſolle.„ Was aber der Richter zu thun vermag, iſt auch dem Lehnmann erlaubet (f).

3) Erlöſchet die actio feudi revocatoria, wenn ſie binnen 30 Jahren in der Zeit nicht eingeführet worden, da es geſchehen können (g). Hier war keine Frage de Præſcriptione rerum, welche einen Titulum ad transferendum dominium habilem erfordert, ſondern de præſcriptione actionis, die ſich in der Saumſeligkeit und den ſtillſchweigenden Conſens desjenigen gründet, dem ſie entgegen geſetzet worden. Die Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley erkandte daher 1774: „Nachdemmalen von einer dahier dem Oberlehnsherrn nachtheiligen Veräuſſerung des Lehns keinesweges, ſondern von deſſen Genuß die Frage, welche, ſo lange des Afterlehnmanns oder Conſentientis domini directi Mannsſtamm vorhanden, nach den gemeinen und hieſigen Lehnsrechten wohl jemanden antichretice vergönnet werden mag; Der Conſens der von N. auch wegen ihres ſo vieljährigen Stillſchweigens zu vermuthen, oder doch ſolcherwegen die actio revocatoria längſt präſcribiret worden; ſo iſt vom Richter erſter Inſtanz übel geſprochen, wohl appelliret, mithin Appellant nur gegen Erſtattung des Pfand-

 ſchillings

ſchillings die Wieſe qu. denen Appellaten abzutreten ſchuldig, wie wir alſo reformiren, abſolviren, ſchuldig erkennen, und die aufgewandte Proceßkoſten vergleichen.

(a) Dieſer Rechtlichen Bedenken III. Theils CXXIII. Bedenken.

(b) J.S. STRYCK *de Prodomino feudi directo* §. 21. 24.

(c) S. STRYCK *de Obligatione feudi conſenſu munita* Cap. 3. num. 41.

(d) Dieſer Rechtlichen Bedenken I. Theils LIV. und LV. Bedenken.

(e) STRYCK *de Cautelis contractuum* Sect. 2. Cap. 4. §. 14.

(f) Hartmann PISTOR Lib. I. Quæſt. 15. num. 35. 36. Vice-Präſident von PUFENDORF Tom. III. Obſ. 45.

(g) Dieſer Rechtlichen Bedenken Part. IV. XIV. Bedenken.

CXXI. Bedenken.

Von Holzgrefſchaften.

Die von Mandelsloh zu Düendorf ſind vor alters Holz- und Waldgrefen im Gummerwald geweſen, daher ſie bey Haltung des Holzgerichts, und wenn man von der Maſt diſponirte, ihrem Angeben nach, jedesmal von den Beamten dazu eingeladen worden, und ſo viele Schweine in den Wald geſchicket haben, als der Landesherr, wegen der Abbatiſſin zu Wunſtorf; Wenn aber nur halbe Maſt erkandt iſt, ſoll ihnen einer der größten Bäume von wenigſtens ſechs Fuder Brennholz, und bey geringerer Maſt zwey ſtarke Bäume, einer bey Laub und der andere bey Reiß, worin ſich zwölf Fuder Holz befunden, angewieſen ſeyn. Sie beſchwerten ſich bey Königl. Juſtiz-Canzley über die Schmälerung dieſer Rechte. Das Königl. Forſtamt wendete aber dawider ein, mit der ehemaligen Holzgrefſchaft derer von Mandelsloh habe es ſich ſchon von Seculis her ſehr verändert. Dieſe wäre mit der groſſen Laſt verknüpfet geweſen, daß der Holzgrefe die Oberaufſicht über den Gummerwald führen, vor den Knechten oder Holzgeſchwornen bey Tage und Nacht hergehen, und wenn dieſen die Sache zu wichtig, ſie vertreten müſſen. Jetzt führe blos das Königl. Forſtamt die Oberaufſicht, und diſponire von dem ganzen Forſthaushalt. Seit undenklichen Jahren wäre kein Forſt- oder Holzgericht gehalten worden, und alſo dieſes gänzlich in Abgang kommen. Um die Maſt in Anſchlag zu bringen und unter die Intereſſenten zu vertheilen, werde vom Königl. Forſtamt ein Termin anberahmet, worin die Intereſſenten zuſammen kämen. Die von Mandelsloh hätten

ten ihre etwanige Concurrenz zu dem Forſthaushalt durch den Nichtgebrauch und die Verjährung einer unverdenklichen Zeit verlohren. Inzwiſchen geſtunde gleichwohl der Anwald des Forſtamts, daß ſie 1683, als dieſelbe das Holzgrefenamt nicht mehr verwaltet, ſondern der Oberforſt- und Jägermeiſter den Terminum zur Vertheilung der Maſt anberahmet, jedoch ſo viel Schweine getrieben als das Amt, wegen der Abbatiſſin zu Wunſtorf. Daher iſt ſehr gläublich, daß ſie eben deßwegen die geſchehene Veränderung gebilliget haben, weil man ihnen die Laſt abgenommen, die Nutzungen aber gelaſſen. Der letztern halber komt es alſo ſchlechterdings auf die Verjährung an, und wurde deßwegen von Königl. Juſtitzcanzley 1773 erkandt: „Nachdemmalen Königl. Forſtamt in keine Abrede ſtellet, daß denen von Mandelsloh ehemals die Holzgreffſchaft im Gummer-Walde zugeſtanden, dieſelbe auch noch zu der Zeit, als die Oberaufſicht über ſolchen Wald das Königl. Forſtamt bereits hatte, zur Maſtzeit in ſelbigen ſo viel Schweine als die Abbatiſſin zu Wunſtorf getrieben, mithin Beklagter ſeine Einwendung, daß ſolches Recht durch den Nichtgebrauch binnen 30 Jahren vor oder nach entſtandenem Mandelslohiſchen Concurs verlohren gegangen, und die von Mandelsloh keinen mehreren Maſtgenuß als anderthalb Meyer gehabt, zu erweiſen oblieget, hingegen Kläger die vorgegebene Beſchaffenheit der Feuerbäume, und daß er ſolche zu wählen berechtiget, rechtlicher Gebühr darzuthun ſchuldig; ſo wird ihnen hierzu eine vierwöchige Friſt anberahmet. Der Kläger ſupplicirte von dieſem Urtel, und begehrte Transmiſſionem der Acten, welche erkandt, und ſelbige zum Spruch Rechtens nach Gieſſen geſandt wurden. Daſige Juriſten-Facultät beſtätigte das Judicatum a quo mit Anführung folgender Gründe:

Ob nun gleich 1) quoad gravamen I. Kläger durch den dem Beklagten nachgelaſſenen Beweis, daß das Recht ſo viele Schweine als die Aebtiſſin zu Wunſtorf zu treiben per præſcriptionem verlohren gegangen, ſich beſchweret erachtet, indem a) Königl. Forſtamt doch nicht in Abrede ſtellen könne, daß denen von Mandelsloh die Holzgreffſchaft im Gummerwalde zugeſtanden, und effectivement auch noch zuſtehe, mithin ihnen auch das Dominium des Waldes gehöre, judici enim lignario & nomen Domini lignarii tribuitur, adeo ut *Holtgreve & Holther* idem ſit, Quamobrem in ſylvæ dominio ratio jurisdictionis ſita eſſe videtur.

Perill. a Pufendorf de Jurisdictione Germ. Part. III. Sect. I. Cap II. §. 5.

Ceteri vero, etſi in uſu ſilvæ concurrant, & hactenus in communione exiſtant, adeoque & quodammodo condomini habendi ſint, tamen propriȩ domini non habentur. Ex quo conſequitur ſine judicis lignarii conſenſu in re communi nil immutari poſſe

idem ibid. §. 26.

et quatenus uſus ſilvæ ad conſortes ceteros jure non pertineat, judicis lignarii commodo indefinite cedere, ſed ita ut ne ceteris conſortibus vel communitati damnum inferatur &c. Unde glandium paſtus, qui admiſſis ceterorum conſortium portionibus ſupereſt, ad judicis vel domini lignarii compendium paſſim & omnino redit.

it. §. 27.

folglich, wenn auch vom Gegentheil würklich erwieſen werden könnte, daß Klägers Vorfahren ſich 30 Jahre ihres Rechts, ſo viel Schweine als die Aebtiſſin in die Maſt zu treiben, nicht bedienet hätten, dieſes Recht doch als eine res meræ facultatis nicht verlohren ſeyn würde, ſodann

b) der Grund, welcher Beklagter Seits überall angeführet wird, warum die von Mandelsloh ihr Recht, ſo viel Schweine wie die Aebtiſſin zu treiben, verlohren haben ſollen, weil nemlich dieſelbe ehemals gewiſſe Laſten und Obliegenheiten, auch die Aufſicht über den Wald, dargegen gehabt, dem ſie ſich hernach entzogen, nicht anſchlägt, da in der Sententia a qua, welche intuitu des Beklagten rechtskräftig iſt, ausdrücklich geſaget worden, daß des Klägers Vorfahren auch noch damals jenes Emolument genoſſen, als das Königl. Forſtamt den Forſthaushalt und Aufſicht ſchon führte; Hiernächſt

c) vom beklagten Theile ſelbſt zugeſtanden wird, daß dem Kläger, wann keine Maſtung vorhanden, zwey Bäume, jeder von 6 Fudern Brennholz, wenn die Maſtung aber halb oder weniger, ein dergleichen Baum, als ein beſtändiges Emolument des Holzgrefen aus dem Gummerwalde noch jetzo gebühre, welchemnach es deſto ungereimter zu ſeyn ſcheinet, dem Kläger nur ſo viele Schweine, als 1½ Meyer treiben, zugeſtehen zu wollen, da doch das Maſtquantum und das Surrogatum der Bäume in einiger Proportion ſtehen müßten, und hingegen zwey der ſtärkſten Bäume, wozu zwey Tage zwölf Hand- und ſechs Spanndienſte erfordert würden, den Werth deſſen, was 1½ Meyere, beſonders jetzt, an Maſt erhalten, ſehr überſteigen; Ueberdies

d) ſelbſt

d) ſelbſt die Præſcriptio immemorialis alsdenn ceſſiret, wann de principio adquiſitæ poſſeſſionis ex documentis conſtiret, nun aber aus den der Klage num. act. 2. ſeqq. beygelegten Holzungsprotocollen und Maſtbeſchreibungen, auch aus den lit. A—D. num. act. 54. ſeqq. annoch beygebrachten Urkunden erhelle, daß ſeit einem Zeitverlaufe von faſt 100 Jahren, von 1624 bis 1713 Klägers Vorfahren als Holzgräfen mit der Aebtiſſin zu Wunſtorf eine gleiche Anzahl Schweine in die Maſt getrieben, auch kein Zweifel ſey, daß dieſes Herkommen in ſchon viel älterer Zeit ſeinen Grund haben müſſe, wobey es dann auch ferner bis zu des Klägers Großvaters Erich Julius von Mandelsloh im Jahr 1724 erfolgten Abſterben unverändert geblieben, von anno 1721 bis 1746 aber, da Klägers Vater Victor Julius von Mandelsloh verſtorben, und der Concurs eröfnet worden, keine Verjährung ſo wenig als nachher eingetreten ſeyn könne, cum agere non valenti non currat præſcriptio, zumalen das Amt Blumenau ſowohl als Königl. Forſtamt aus den Maſt- und Forſtbeſchreibungen jederzeit ein Geheimniß gemacht, und niemanden von wegen des Guthes Duendorf dazu eingeladen gehabt habe; Sodann

2) quoad gravamen 2. Kläger dafür hält, es bedürfe des ihm in ſententia a qua über die vorgegebene Beſchaffenheit der zu fordern habenden Bäume und Recht zu wählen auferlegten Beweiſes nicht, da

a) ratione der Qualität der Bäume Beklagter Seits in der Exceptionsſchrift Act. num. 21. p. 9. ſelbſt ſchon eingeſtanden worden,

„es ſey nicht zu leugnen, daß die Herren von Mandelsloh bey dem Genuſſe der ihnen wegen der vormaligen Holzgräfſchaft zugeſtandenen Feuerbäume ſich erhalten haben, und daß ihnen jährlich, wenn keine Maſtung geweſen, zwey abſtändige Bäume, jeder von ohngefehr 6 Fuder Brennholz, angewieſen worden.„

überdem in der Anlage F. num. act. 59. Kläger 6 Meyerbriefe produciret hat, worin im Jahr 1722 Victor Julius von Mandelsloh 6 Meyerleute mit dem Hofe zu Gümmer bemeyert hat, und wornach ein jeder derſelben jährlich zwey Fuder Holz aus dem Gümmerwalde nach Duendorf zu fahren pflichtig iſt.

b) So viel das Recht die Bäume zu wählen betrift, ſolches eines Theils ſchon aus dem Begriffe der Holzgräfſchaft folge, und andern Theils ſich aus dem Holzgerichts-Protocolle von 1674 lit. A. num. 54. actor. ergebe, worin es heiſſe:

9. Frage.

Ob der Holzgreve (Victor von Mandelsloh) auch überdies noch mehr zu genieſſen haben ſolle?

Eingebracht:

Wann keine Maſt iſt, gebühren ihm 2 Bäume, einen bey Laube, den andern bey Reiſe, zu Maſtzeiten gebühre ihm nur allein Ein, doch ſolle er darüber ausſuchen.

Aus welcher Urkunde auch

c) das Recht, einen Baum bey Laube und einen bey Reiß zu fordern, begründet zu werden ſcheinet; Hiernächſt

3) reſpectu gravam. 3. das gebetene Mandatum wegen der rückſtändigen Bäume, welches vornemlich auf die ſeit 1770 nicht abgelieferte Bäume gerichtet war, da Beklagter Seits man dem Kläger dieſe Bäume doch geſtändig iſt, und dem Kläger dadurch der Verluſt der zur ſolcher Einbringung erforderlichen Dienſte ſowohl als des Holzes ſelbſt in ſeinem Haushalte veranlaſſet worden, ſo wenig als wegen des 1769 durch Wandelung des ſchon zweymal angewieſenen Baums, woran Kläger durch die verfügte Anweiſung, Fällung und Behauung ſchon ein Recht und Beſitz erlanget gehabt, verurſachten Schadens, hätte verweigert werden ſollen; Endlich

4) ad gravam. 4. die rationes decidendi des Urtels, warum die Einladung zur Maſtbeſchreibung dem Kläger aberkandt worden, nicht gegründet ſeyn mögten, maſſen

a) der Grund, daß ſolche ſeit vielen Jahren unterblieben, eigentlich auf eine Präſcription hinaus laufe, welche doch vom Gegentheil noch nicht erwieſen iſt, und

b) das Argument, daß der vom Königl. Forſtamte zur Maſtbeſichtigung anberahmte Termin allen Intereſſenten auf eine gleiche Weiſe öffentlich kund gemacht zu werden pflege, gegen den Kläger, der hier nicht blos als Intereſſent, ſonder auch als Holzgräfe und Mit-Erbexe in der Gümmer Mark, anzuſehen, nichts erweiſe;

Welchemnach, daß überall anderſt als geſchehen zu ſprechen geweſen, es das Anſehen gewinnen dürfte.

Denno

Dennoch aber und dieweil 1) ſo viel die erſte Beſchwerde des Klägers anbetrift,

a) die Holzgräfſchaft an ſich nicht nothwendig und ſchlechterdings ein Eigenthum des Holzes voraus ſetzt, ſondern auch alio titulo competiren kann.

Herr Vice-Präſident von PUFENDORF in Obſerv. jur. univ. Tom. II. Obſ. 60. §. 2.

Herr Vice-Canzler STRUBE in den Rechtlichen Bedenken Theil I. Bedenken 155. §. 2.

Es mag aber auch b) damit in ſubſtrato beſchaffen ſeyn wie es will, die in rat. dubit. aufgeſtellete Principia hier auch um deßwillen nicht appliciret werden können, weil eines Theils die von Mandelsloh auch vormals nicht allein, ſondern laut der alten Holzprotocolle und Maſtregiſter, noch mehrere auſſer ihnen als Intereſſenten und Erben im Gummerwalde erkandt worden, in welchem Fall die Gerechtſamen eines jeden Intereſſenten durch Verträge, oder ſonſt eingeſchränkt und der Gebrauch des Waldes für einen jeden auf gewiſſe Maaſſe beſtimmet zu ſeyn pflegen,

Dn. a PUFENDORF l. c.
D. STRUBEN l. c.

andern Theils aus den alten Regiſtern und Protocollen ebenwohl erhellet, daß der Landesherr wegen des Amts Blumenau der höchſte Erbe in der Gümmer Holzmark ſey, auch demſelben die Holzung zu ſitzen gebühre, und der Landesherr jedesmal ſo viele Schweine als alle Intereſſenten zuſammen treibe, mithin die von Mandelsloh eigentlich als dem Landesherrn, qua höchſten Erben unterworfene Holzgräfen anzuſehen ſind.

Dn. STRUBE l. c. §. 3.

Dieſemnach alſo c) und da überhaupt dergleichen Gerechtſame nicht überall einerley ſind, in jedem beſondern Falle es allemal darauf ankommt, was eigentlich für Rechte und Nutzungen mit einer Holzgräfſchaft nach den alten Weisthümern oder nach dem Herkommen verknüpft ſind, und dann Kläger in ſeiner Klage die von der Holzgräfſchaft über den Gümmerwald, wegen habenden Emolumenta ſelbſt eigentlich in den Rechten

1) ſo viel Schweine als die Abtey Wunſtorf zur Maſt zu bringen,

2) bey geringerer oder völlig ermangelnder Maſt ein oder zwey Bäume aus dem Walde dafür zu nehmen,

3) Zu

3) Zu den Holz- und Forſtgerichten ꝛc. eingeladen zu werden, geſetzt hat, nun aber

d) nicht abzuſehen iſt, warum nicht ein ſolches Recht entweder in complexu, oder einzelne darin enthaltene Befugniſſe eben ſo gut wie andere ähnliche Rechte per præſcriptionem longiſſimi temporis ſollten extinguiret werden können, und daher, da Beklagter, in Anſehung des Rechts, ſo viel Schweine als die Abtey zu treiben, ſich auf die Verjährung berufen, auf deren Beweiß mit Grunde erkandt worden iſt, im weitern Betrachte

e) da angeführtermaſſen der Gebrauch und Umfang dieſer Befugniſſe Inhalts der alten Holzprotocolle und Maſtregiſter ganz genau beſtimmet, und demſelben jedesmals mit Conſens der übrigen Intereſſenten die gehörige Gränzen geſetzt worden, ein willkührlich auszuübendes der Verjährung nicht unterworfenes Recht hier keinesweges vorhanden iſt, daher dann auch

f) die übrige Zweifelsgründe von ſelbſt leicht wegfallen, maſſen ad

b) es gar nicht darauf ankömmt, aus welcher Veranlaſſung und Urſache die von Mandelsloh ihres Rechts in neuern Zeiten ſich nicht bedienet, indem hier von einer præſcriptione longiſſimi temporis die Rede iſt, wobey kein titulus erfordert wird, ſondern der bloſſe Nichtgebrauch intra legitimum tempus ſolche zu begründen hinreicht, ad

c) Die Befugniß, Schweine in die Maſt zu treiben und bey ermangelnder Maſt dafür Brennholz zu erhalten, zwey verſchiedene Rechte ſind, und wenn ſie gleich einigen Bezug auf einander nehmen, dennoch ein jedes, in Anſehung der Qualität der zu treibenden Schweine und des zu erhaltenden Holzes, beſonders beſtimmet und intuitu des einen mehr als beym andern präſcribiret seyn kann, ohne dem auch aus dem, was Beklagter act. num. 78. p. 4. 5. it. p. 14. 15. angeführet hat, daß die volle Maſt im Gümmerwalde ſeit dem vorigen Jahrhunderte bis jetzt in Anſehung der Zahl der zu treibenden Schweine ſehr verſchieden gerechnet worden, da ehemals bey voller Maſt über 2000 Stück Schweine gefeiſtet, jetzt aber die volle Maſt nur auf 350 Stück gerechnet wird, ſich ergiebet, daß, da in Anſehung des Brennholzes keine Veränderung darnach gemachet worden, die Proportion zwiſchen der Maſt und dem Holze nicht ſo genau beobachtet worden, mithin daraus, daß Kläger jetzo mehr Brennholz bey ermangelnder voller Maſt erhält, als nach Proportion gegen die Zahl Schweine, welche $1\frac{1}{2}$ Meyer treiben, ſeyn müßte, Kläger ſo wenig eine gröſſere Maſtung verlangen kann, als wenig Beklagter daraus, daß Kläger jetzo weniger Maſtung

als

als vordem hat, ſchlieſſen wird, daß ihm auch weniger Brennholz gebühre, ſondern es auch hierbey bey der Regul: tantum præſcriptum, quantum poſſeſſum ſein Bewenden behalten muß, ſodann ad

d) die allegirte Urkunden nur dieſes quod ſtatus rei olim alius fuerit, nicht aber injuſtitiam initii ſtatus præſentis erweiſen, und alſo ad elidendam præſcriptionem immemorialem, wenn es darauf ankäme, nichts beytragen würde, ohnedem aber hier von keiner unvordenklichen Verjährung, ſondern von einer præſcriptione definita tricennali, welche Beklagter zu beweiſen hat, die Rede iſt und alles dasjenige, was Kläger von der præſcriptione impedita, auch von ermangelnder bona fide von Seiten des Königl. Forſtamts vorbringt, hieher noch nicht, ſondern in dem von ihm zu ſeiner Zeit zu führenden Gegenbeweiß gehöret; Sodann

2) quoad gravamen 2. Beklagter dem Kläger nicht præciſe Bäume von vollen 6 Fudern Holz zugeſtehet, ſondern behauptet, daß Kläger mit ſolchen abſtändigen Bäumen, wie ſie in der Forſt vorfielen, zufrieden ſeyn müſſe, hingegen keine ſolche, welche noch zu Bauholz tauglich ſind, begehren könne, ſodann auch Beklagter der Forderung, einen Baum bey Laube zu erhalten, widerſpricht, mithin Kläger die von ihm behauptete Qualität der Bäume überall ordentlich zu beweiſen oblieget, die producirte Meyerbriefe, welche von des Klägers Vorfahren ausgeſtellet ſind, aber gegen das Königl. Forſtamt als tertium nichts vermögen, eben auch das Recht die Bäume zu wählen, ordentlich erwieſen werden muß, die in rat. dubit. angeführte Urkunde von 1671 aber, wogegen dem Beklagten die allenfalls habende Exception in ſalvo bleiben müſſen, ſo viel, daß der Beweiß ſchon für erbracht oder überflüſſig anzuſehen wäre, um ſo weniger würken kann, da Beklagter theils reprobando darzuthun erböthig iſt, daß die Worte in der Urkunde die Kläger allegiret, eigentlich ſo heiſſen müſſen;

doch ſoll er darüber anſuchen;

theils behauptet, daß das Wahlrecht allenfalls per non uſum verlohren worden; übrigens das Argument, daß Kläger als Holzgräfe ſchon an und für ſich zur Wahl der Bäume berechtiget ſey, nachdem, was ad gravamen 1. erinnert worden, wegfällt; Hiernächſt

3) ad gravamen 3. das gebetene Mandatum nicht eher zu erkennen ſtehet, als bis conſtiret, was für Bäume und von welcher Beſchaffenheit dem Kläger eigentlich gebühren, worüber Partes annoch ſtreiten, maſſen ſonſten eben ſolche

Streitigkeiten wie in den Jahren 1767 bis 1769 abermals über dieſen Punkt entſtehen würden, eben ſo wenig wegen der 1769 geſchehenen Wandelung eines ſchon angewieſenen Baums etwas verfügt werden kann, ehe man zu beurtheilen im Stande iſt, ob der Oberförſter Otto Recht daran gethan, daß er anſtatt eines zu Bauholz annoch tüchtigen Baums einen andern abgängigen angewieſen, mithin auch deßfalls der Beweiß über die Qualität der Bäume annoch zu erwarten ſeyn wird: —— ſo haben wir nicht anders als confirmatorie erkennen mögen.

CXXII. Bedenken.

Von einer Injurienklage, wegen eines veränderten Grabmahls und verſagten Tituls.

Sempronia verklagte ihren Stiefſohn, weil er auf dem Grabſtein, worauf deſſen Vater ſeiner beyden Frauen Namen nebſt dem ſeinigen hauen laſſen, den ihrigen weggethan, auch ihr die Ehrenbenennung als Hofſattlerin nicht beygeleget, ſondern ſie blos Wittwe N. geheiſſen. Sie begehrte, daß der Beklagte verurtheilet werden möge, ſtatt des Leichenſteins einen eben ſo guten mit demjenigen, ſo vormals darauf geſtanden, auf ſeine Koſten zu ſetzen, und ihr zur Satisfaction 1000 Thlr. zu entrichten, welche ſie an das Armenhaus geſchenket haben wolle. Der Stiefſohn wandte ein, das Begräbniß ſey ihm, mit Ausſchlieſſung der übrigen väterlichen Erben, allein zugefallen, und die Klägerin könne ſich in re aliena kein Recht anmaſſen.

Nun heiſſet es zwar in L. 27. ff. de Injuriis: Si ſtatua patris tui in monumenta poſita ſaxis cæſa eſt, ſepulchri violati agi non poſſe, injuriarum poſſe labeo ſcribit. Noch ſchimpflicher ſcheinet es zu ſeyn, wenn man jemandes Namen vom Grabſtein weghauen läſſet, und wer ſich an einem Grabmahl vergreifet, kann mit ſechswöchiger Gefängnißſtrafe beleget werden (a).

Es iſt auch eine Injurie, wenn man jemanden den ihm gebührenden Ehrentitul verſaget (b).

Allein wenn die Injurienklage von einer andern Sache abhänget, ſo muß die letzte vor der erſtern entſchieden werden (c). Iſt dem Beklagten die Grabſtätte von ſeinen Miterben zugetheilet, und hatte folglich die Klägerin kein Recht daran, ſo konnte ſie nicht prätendiren, daß man ihren Namen auf dem Grabſtein ſollte ſtehen laſſen, unter welchen ſie begraben zu werden, keineswe-

ges

ges fordern konnte. Gräber ſind bey uns ein Objectum der Erbtheilung (d), und werden demjenigen Miterben zu Theil, der das mehreſte dafür biethet (e). Der Erblaſſer hatte zwar vermuthlich dafür gehalten, daß man die Frau neben ihn begraben würde, nicht aber, daß es umſonſt geſchehen ſolle. Dem ſey auch wie ihm wolle, ſo enthält ſeine Meynung keine zu Recht beſtändige Diſpoſition.

Noch iſt es 2) ein beſonderer Ehrentitul, Hoffattlerin zu heiſſen, und ohne jemand zu injuriiren, kann man ihn nennen ohne ſeines Amts Meldung zu thun (f). Adeliche und andere vornehme Frauen halten ſich nicht für beſchimpft, wenn man ſie Wittwen nennet, ohne ihres verſtorbenen Mannes Ehrenamt mit auszudrücken, ſondern ihnen nur deſſen Zunamen beyleget. Es wurde daher 1774 erkandt: „daß Beklagter zu erweiſen ſchuldig, wie ihm von den Miterben das Begräbniß qu. übertragen worden. In deſſen Entſtehung gebühret ſolches dem das meiſte dafür bietenden W. Erben, und hat die Klägerin ſich zu erklären, ob ſie es dergeſtalt an ſich zu bringen gemeynet iſt, worauf ſodann ferner ergehet was Rechtens.

(a) HOMMEL *Rhapſod.* Obſ. 220.

(b) LEYSER Spec. 549. Med. 3.

(c) HERTIUS Vol. II. Dec. 70. num. 1. BOEHMER Tom. III. Part. I. Reſp. 80. num. 27.

(d) MENCKEN *de Jure ſepulchrorum familiarium* §. 10. BOEHMER Tom. III. Part. II. Dec. 199. num. 3. 4.

(e) BERGER *O. J.* Lib. III. Tit. 6. §. 3. Not. 15. HERTIUS Vol. I. Reſp. 467. num. 3.

(f) Conſulem oppidanum ſuppreſſo hoc titulo, ſolò cognomine appellans ob id injuriarum non tenetur. WILDVOGEL Reſp. 132. num. 9.

CXXIII. Bedenken.

Der Richter, welcher einen an ſich nichtigen Contract beſtätiget, muß der Parthey den daraus entſtehenden Schaden erſetzen.

Mevius begehrte die Amts-Confirmation der von ſeinem Schuldner Cajo ausgeſtelleten Schuldverſchreibung, beſage deren deſſen Frau ſich für den Mann verbürget und den weiblichen Gerechtigkeiten eidlich renunciiret hatte.

Er erhielte dieſelbe, und zwar folgenden Inhalts: „Da nun bey dieſer Pfandverſchreibung, nachdem Debitoris Ehefrau ſich gleichfalls als Mitbürgin anheiſchig gemachet, und wegen ihrer Illatorum allen weiblichen Ausflüchten würklich renunciiret, Amtswegen nichts zu erinnern gefunden, ſo wird die gebetene Confirmation unter des Amts Inſiegel und meiner des zeitigen Amtmanns Unterſchrift damit ertheilet.„ Als aber über des Caji Vermögen ein Concurs entſtunde, wurde deſſen Frau, wegen Mangels der zum Verzicht erforderlichen Requiſiten, gänzlich frey geſprochen, dem Mevio jedoch der Regreß wider den Amtmann vorbehalten, den er darauf belangte.

Nun iſt zwar oben im V. Bedenken dargethan, daß die Obrigkeit, welche einen Contract beſtätiget, nicht ſchuldig iſt, zu unterſuchen, ob deſſelben Inhalt der Wahrheit gemäß, und ein Gläubiger dadurch hinlängliche Sicherheit erlanget, maſſen zu vermuthen, daß, was irrig darin angeführet worden, ihr unbekannt geweſen, und daß der Landesherr ſie nicht mit einer von niemand begehrten Unterſuchung beläſtigen wollen, welche den gröſten Aufenthalt anderer Geſchäfte veranlaſſen mußte. Aber davon iſt hier die Frage nicht, ſondern ob der Richter etwas confirmiren darf, deſſen Nichtigkeit er weiß oder wiſſen ſollte, welches auſſer Zweifel zu verneinen (a); daß aber ein unbeſchworner Verzicht der Ehefrauen auf ihre weibliche Gerechtigkeiten ohne vorgängige Certioration ſie nicht verbindet, muß ein jeder der Rechte Erfahrner wiſſen. Wenn die Erben ab inteſtato einen letzten Willen anfechten, weil die Gerichte dabey nicht beobachtet haben, was ihnen oblage, und dadurch jemanden Nachtheil entſtehet, ſo kann er ſelbige ad præſtandum intereſſe belangen (b). Der Fehler ſtunde um deſtoweniger zu entſchuldigen, da Beklagter einräumte, es wäre die Frau im Gericht vor ihm nicht erſchienen, daher er unmöglich bezeugen konnte, daß ſie auf die erforderte Weiſe Verzicht gethan. Es wurde daher erkandt: „Weil keine Obrigkeit Handlungen confirmiren darf, deren Nichtigkeit ſie weiß, oder doch wiſſen muß; der Beklagte aber die Requiſita einer Renunciation der Ehefrau auf ihre weibliche Gerechtigkeit weder ignoriren, noch daß ſolche geſchehen, bezeugen ſollen, dafern ſie vor ihr nicht erſchienen, ſo iſt er allerdings ſchuldig, Klägern den dadurch verurſachten Schaden zu erſetzen.

(a) In iis, quæ certo jure ſtatuta ſunt, culpa lata committetur, ſi ignorantiam judex prætexere velit, quemadmodum in aliis omnibusque peritiam alicujus rei profitentur, indiſtincte ignorantia illius lata culpa habenda eſt. ZIEGLER *Dicaſtic.* Concl. I. §. 20.

(b) LYNCKER Dec. 1218. HERTIUS Vol. I. Reſp. 586. num. 103. 104.

CXXIV.

CXXIV. Bedenken.

Von den Milderungs-Urſachen der Strafen des Criminis de reſiduis.

In der Chur-Braunſchweigiſchen Conſtitution von 1705 iſt verſehen, daß wenn Bediente, welche mit Landesherrlichen Einkünften umgehen, dieſelbe zu ihrem Nutzen und Gebrauch verwenden, und das Gehobene nicht gehörig berechnen, wenn die Summe ſich zu 100 Thaler oder mehr beläufet, am Leben geſtrafet werden ſollen (a). Nun geſtund ein Bergbedienter, daß er 1423 Thlr. 30 gr. $3\frac{1}{3}$ pf. untergeſchlagen, daß derſelbe die Todesſtrafe verdienet hatte. Die Conſtitution verordnet jedoch nicht, daß keine Milderungs-Urſachen zu beachten. Selbige ſind vel juſtitiæ vel gratiæ. Dem erſten gemäß muß der Richter die Urtel abfaſſen, die letztere hängen aber von der Willkühr des Landesherrn ab, und ſie ſind ohne erhebliche Urſachen nicht anzurathen. Es ſchreibet ZIEGLER de Juribus majeſtaticis Lib. I. Cap. 8. §. 8. 9. hievon: Solent JCti, qui ſententias capitales concipiunt, plerumque monere principem, ſi quanto juri aggratiandi locus eſſe poſſit, additis cauſis, quæ ſibi in ea viſæ fuerint ſufficientes. Für Mitigationes juſtitiæ wurden vom Inquiſiten gehalten 1) daß er die Abſicht gehabt, das Untergeſchlagene zu erſetzen (b), 2) die Armuth, welche ſeiner Frauen langwierige Krankheit, und die Theurung in den Jahren 1771 und 1772 veranlaſſet hätte, ſchützte er vor, daß 3) auf ſeinen Lebenswandel übrigens nichts zu ſagen ſey. Aber 1) war nicht abzuſehen, wie der Inquiſit hoffen können, in die Umſtände zu gelangen, eine ſo groſſe Geldſumme, als er entfremdet, herbey zu ſchaffen (c). 2) Hatte derſelbe ein Salarium von 260 Thlr. wovon er nach ſeinem Stande leben können (d). Die Betrügereyen waren nicht nur in den theuren Jahren, ſondern auch vorher und nachher ausgeübet (e). Es will BOEHMER ad C. C. art. 170. c. 5. crimen de reſiduis a furto hodie non differre, &, qui in illud incidunt, mereri, ut exemplo furum ſerveram & capitalem pœnam ſubeant, daher dem Inquiſiten der Strang oder das Schwerd zuzuerkennen geweſen war. Auf die Mitigationem gratiæ wurde jedoch angetragen (f). Die auſſerordentliche Schärfe der Strafen hat Se. Königl. Majeſtät von Großbrittanien bewogen, per reſcriptum zu erkennen zu geben, daß ſie aus angeſtammter Milde, zu Abänderung der den Hausdieben dictirten Todesſtrafe, in einzelnen Fällen geneigt wären, und Höchſtdenenſelben ſowohl die Provocation auf ihre Gnade, als die darauf gerichtete Anträge der Richter nicht mißfällig ſeyn würden. Eben dieſe Urſach iſt wegen der untreuen Adminiſtratoren vorhanden. Der Frauen Krankheit ſamt der Theurung hat auch vermuthlich

 viel

viel dazu beygetragen, daß die Summe des Untergeſchlagenen ſo ſehr angewachſen, und eine Verdammung zur Karrenſtrafe auf Lebenszeit iſt hinlänglich, andere von ſolchen Verbrechen abzuſchrecken, welche daher Se. Königl. Majeſtät genehmigten.

(a) Chur Braunſchweigiſche Landesordnungen Cap. II. p. 676. 677.

(b) Animus & facultas reſtituendi, luculenter declarata, pœnam criminis de reſiduis mirum in modum mitigat. MEISTER Rechtliche Gutachten in peinlichen Fällen Part. II. Dec. 67. num. 23. KOCH *Inſt. jur. crim.* c. 639.

(c) Non mitigat prætenſus animus reſtituendi pœnam ſi res domeſticæ inquiſiti ita comparatæ ſunt, ut cum ſeria voluntate & ſpe reſtitutionis moraliter certa ſubſiſtere non poſſunt. BOEHMER *ad C. C.* Art. 170. §. 5. MEISTER d. l. Part. I. Dec. 20. num. 13.

(d) Non videtur egeſtate coactus crimen de reſiduis commiſiſſe qui de ſalario ſuo vivere potuit. MEISTER d. l. num. 11. 12.

(e) Dictata eſt adminiſtratori pœna gladii, quia quantitas rerum interverſarum excedebat 100 florenos, pefidia multis annis erat continuata, & hæc non minus quam vulgaria furta inter homines invaleſcebant. MANZIUS Dec. Palat. 87. num. 14. 15. Ob magnitudinem ſummæ & reſtitutionis impotentiam ac diuturnam perfidæ adminiſtrationis continuationem, placuit etiam irrogatio diuturnioris pœnæ arbitrariæ. MEISTER d. l. num. 29.

(f) Secundum praxin interverſores pecuniæ publicæ hodie minori quam ceteri fures pœna afficiuntur. MEISTER d. l. Part. II. Reſp. 67. num. 9. 19. 20.

CXXV. Bedenken.

Ob propter inofficioſam donationem die ganze Schenkung oder nur ſofern ſie den Pflichttheil derjenigen ſchmälert, welchen ſolcher gebühret, übern Haufen gehet.

Der Chirurgus Daßel, ein unehlicher Sohn der verſtorbenen Wittwe Neuring, beſchwerte ſich darüber, daß ſeine Mutter ihr ſämtliches Vermögen dem Amtmann Heinſius geſchenket habe, und bat, daß man ſolche Donation als inofficioſam reſcindiren, mithin dem Beklagten auferlegen möge, eine eidliche

liche Deſignation des Nachlaſſes qu. zu ediren, und was er davon unter ſich habe, heraus zu geben.

Nun competiret demſelben allerdings die Querela inofficiſoæ donationis (a). Ob ihm aber die ganze Erbſchaft, oder nur der Pflichttheil gebühret? iſt mehreren Zwifeln unterworfen.

Es heiſſet im L. 87. §. 3. de Legatis 2: Imperator Alexander Auguſtus Claudiano Juliano Præfecto Urbi: Si liquet tibi, Juliane cariſſime, aviam intervertendæ inofficioſi querelæ patrimonium ſuum donationibus in nepotem factis exinaniſſe: ratio depoſcit, id, quod donatum eſt, *pro dimidia parte* revocari, worüber WISSENBACH ad Cod. Lib. III. Tit. 29. alſo commentiret: In L. 87. §. 3. de Legatis 2. per dimidiam non intelligitur dimidia totius hereditatis, ſed ejus quod illicite donatum eſt vel *quartæ partis* quod ad excludendam inofficioſi teſtamenti querelam adverſus agentem ſufficeret. Solches beſtärket der L. 1. Cod. de Inofficioſis donationibus folgendergeſtalt: Si (ut allegatis) mater veſtra ad eludendam inofficioſi querelam, pene univerſas facultates ſuas, dum ageret in rebus humanis, factis donationibus, ſive in quosdam liberos ſive in extraneos exhauſit: ac poſtea vos ex duabus unciis fecit heredes, easque legatis & fideicommiſſis exinanire geſtivit: non injuria juxta formam de inofficioſo teſtamento conſtitutam ſubveniri vobis, utpote *quartam partem non habentibus* deſideratis, und eben daſelbſt der L. 8. pr. Si liqueat, matrem tuam intervertendæ quæſtionis in officioſi cauſa patrimonium ſuum donationibus in unum filium collatis exhauſiſſe, cum adverſus eorum cogitationes, qui conſiliis ſupremum judicium anticipare contendunt, & actiones filiorum exhauriunt, aditum querelæ ratio depoſcat: quod donatum eſt, *pro ratione quartæ* ad inſtar inofficioſi teſtamenti convicti diminuetur.

Hierwider wendet THOMASIUS de Legitima viventis Cap. 2. §. 19. ein, man habe zu der Zeit, als dieſe Leges gegeben ſind, von keinem ſupplemento legitimæ etwas gewußt, welches allererſt Kayſer JUSTINIANUS mittelſt L. 30. Cod. de Inofficioſo teſtamento eingeführet, und wäre die ältere Verordnung, nach welcher durch die Querelam inofficioſi teſtamenti das ganze Teſtament aufgehoben worden, wenn den Kindern nicht die völlige Quarta geblieben, laut Inſt. de Inofficioſo teſtamento bey Kräften gelaſſen. Aber eine ſolche Verordnung findet ſich Inſt. Lib. II. Tit. 18. §. 6. keinesweges, und die angeführte Leges wollen, daß nur die Donatio inofficioſa zum Theil ungültig ſeyn ſolle, folglich hebet ſie die ganze Schenkung nicht auf (b).

Man

Man ſchränket dieſe Regul jedoch ein, wenn, wie in gegenwärtigem Fall, eine Donatio omnium bonorum geſchehen, weil ſolche eine Præterition mit ſich führet (c), und daß man von der Querela inofficioſi teſtamenti auf die Querelam inofficioſæ donationis ſchlieſſen könne, wird aus dem L. 9. Cod. de Inofficioſis donationibus gefolgert, worin es heiſſet: Non convenit dubitari, quod immodicarum donationum omnibus querela, ad ſimilitudinem inofficioſi teſtamenti legibus fuerit introducta, ut ſit in hoc actionis utriusque vel una cauſa, vel ſimilis exiſtimanda, vel idem (&) temporibus & moribus (d).

Es bemerket jedoch WISSENBACH d. l. daß es an Verſchiedenheiten beyder Querelen nicht fehlet, und daß eine ſolche beſonders in gegenwärtigem Fall vorhanden iſt, alſo: Querela inofficioſæ donationis & querela inofficioſi teſtamenti comparatur; non ſimpliciter, non abſolute & per omnia, ſed ſecundum quid. Utraque reſcindit. Illa donationem inofficioſam, hæc in officioſum teſtamentum. Hactenus vero differunt. Illa tantum reſcindit & revocat, quo minuitur portio debita liberis vel parentibus, hæc reſcindit totum teſtamentum. Ein ſehr beträchtlicher Unterſchied beſtehet darin, daß die Schenkung nicht jeder Exheredation halber, ſondern nur propter ingratitudinem angefochten werden kann, und keine ausdrückliche Urſache des Widerrufs auszudrücken iſt (e), mithin mag auch die Präterition nach den Römiſchen Rechten keine Schenkung annulliren. Es lehret VINNIUS ad Inſt. Lib. II. Tit. 18. §. 6. num. 2. Jure veteri liberis præteritis non tam ideo querelam datam quia præteriti, quam quod per præteritionem privati quarta ſeu legitima portione.

Allein da man ob identitatem rationis, was die römiſchen Rechten von den Teſtamenten verordnen, auf unſere Erbverträge ausdehnet, und dieſelbe wegen der Präterition derjenigen, denen ein Pflichttheil gebühret, für nichtig hält, ſo geſchiehet es auch billig einer Donationis omnium bonorum halber, wie alſo das Königl. Oberappellations-Gericht erkandt hat (f).

(a) LAUTERBACH *de Inofficioſa donationæ* §. 14.

(b) STRUV Ex. 40. §. 14. MÜLLER ad Struv. d. l. lit. *v*. VINNIUS *Quæſt. ſelect.* Lib. II. Cap. 33. VOET ad ff. Tit. *de Donationibus* §. 37. LAUTERBACH d. l. §. 29. COCCEJUS *Jur. contr.* Tit. *de Donationibus* qu. 9. WISSENBACH d. l.

(c) PUFENDORF Tom. III. Obſ. 23. §. 4. HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 1704.

(d) LAU-

(d) Lauterbach C. T. P. Tit. *de Inofficioſo teſtamento* §. 54. Coccejus d. l.

(e) Coccejus d. l.

(f) Pufendorf Tom. II. Obſ. 173. §. 2. Tom. III. Obſ. 23. §. 5.

CXXVI. Bedenken.

Ob eine Acceptation der Schenkung vor des Donatoris Tode erfordert wird, und wenn zu vermuthen, daß ſolche bey ſeinem Leben geſchehen.

Vom Mevio, welchem ſeiner Frauen Schweſter eine Schenkung gethan, forderte man den Beweiß der Acceptation, und wollte behaupten, der Schwager habe den Donationsſchein unter ihren Sachen gefunden, weil ſie in ſeinem Hauſe geſtorben war. Nun iſt es ſehr zweifelhaften Rechtens, ob die Acceptation eines Donatarii poſt mortem donantis etwas würken kann. Die mehreſte Rechtslehrer verneinen es (a). Von einigen aber wird es bejahet (b), und Hommel Obſ. 248. machet folgenden Anſchein habenden Einwurf: Qui heredem habet, nunquam moritur, ſed in hujus perſona vivit. Igitur heredum erit, aut revocare tempeſtive, id eſt ante ſtipulatoris acceptationem, id quod a defuncto promiſſum erat, aut id ſtipulatori præſtare.

In dieſem Fall kam es jedoch nicht darauf an. Denn in dem Schenkungsſchein wurde geſaget, er ſolle vim obligationis haben, und der Donatarius berechtiget ſeyn, das Geſchenk zu fordern, nicht nur nach der Schenkerin Tode, ſondern auch in ihrem Leben. Daher iſt zu vermuthen, daß er dem Kläger von derſelben extradiret worden. Denn niemand fordert von dem Gläubiger den Beweiß, daß ihm der Schuldner die Obligation zugeſtellet hat, und ſie nicht auf andere Weiſe in ſeine Hände gekommen.

(a) Hertius Vol. II. Dec. 374. num. 3. Wernher Tom. I. Part. I. Obſ. 157. Voet ad ff. Tit. *de Donationibus* num. 13.

(b) Grotius *de J. B. & P.* d. l. Huber ad ff. Tit. *de Donationibus* num. 2.

CXXVII. Bedenken.

Einem Kaufmann gebühren nicht mehr als 5 pro Cent Zinſe.

Es heiſſet zwar im L. 26. §. 1. Cod. de Uſuris: Jubemus illos qui ergaſteriis præſunt, vel aliquam licitam negotiationem gerunt, uſque ad beſſem centeſimæ

 uſurarum

uſurarum nomine in quocunque contractu ſuam ſtipulationem moderari, und in Nov. 136. Cap. 4. Sancimus ut uſuræ argentariis non ſolum ex ſtipulatione ſed etiam absque ſcripto præbeantur, nimirum tales, quales ipſas lex ſtipulari permittit, hoc eſt, uſque ad beſſem centeſimæ. Dieſe Verordnungen ſind durch die Reichsgeſetze, welche nur 5 pro Cent zu nehmen erlauben, nicht aufgehoben (a). Daher ſchreibet der Chur-Sächſiſche Vice-Canzler GUTSCHMIDT in Diſſert. de Jure mercatorum in exigendis uſuris ex moral. §. 13. Quæ civitas Romano utitur jure, ejus mercatores, niſi contraria adferatur lex, aut probata legitime conſuetudo, ex mora in ſolvendo mercium pretio facta ſortis beſſes legitime exigunt uſuras, id eſt, quovis anno octo pro Centum. Nun leidet keinen Zweifel, daß die Reception des Römiſchen Rechts in hieſigen Landen zu vermuthen. Aber die angeführte Leges handeln von keinem Recht, deſſen ſich nur ein Kaufmann wider den andern gebrauchen kann, ſondern von allen Zinſen, die ein jeder, auch von den Käufern ihres Verzugs halber zu fordern berechtiget iſt. Daß aber deren keiner ſich in die Gedanken kommen läſſet, 8 pro Cent zu prätendiren, noch ihnen ſolche jemals von den Gerichten zuerkandt worden, iſt notoriſch, folglich ſind die ob angeführte Römiſche Geſetze bey uns nimmer angenommen, und müſſen daher die Kaufleute ſich mit 5 pro Cent vergnügen, wenn ſie kein beſonders Jus ſingulare darthun.

(a) Diſpoſitio ſpecialis per novam generalem non ſolet tolli & abrogari. BRUNNEMANN ad L. 26. Cod *de Uſuris* num. 20. STRYCK U. M. ff. Tit. *de Uſuris* §. 12.

CXXVIII. Bedenken.

Von Policey-Sachen.

Ich habe meine Gedanken von Policey-Sachen in dem Unterricht von Regierungs- und Juſtitzſachen am Schluſſe dieſer Bedenken §. 24. ſeqq. der Nebenſtunden III. Theils XIII. Abhandlung §. 22. und der Rechtlichen Bedenken III. Theils LXXXIV. Bedenken, auch des IV. Theils XXI. Bedenken geäuſſert. Jetzt will ich noch eine Nachleſe hinzu thun, und meine Meynung mit dem Beyfall der Teutſchen Reichsverfaſſung kündiger Männer beſtärken.

Es bleibet immer dabey, daß jede Contradiction der Unterthanen keine Policeyſachen in Juſtitzſachen verwandelt. Dieſes geſtehet CRAMER Obſ. 562. und räumet ein, „daß eine Cauſa politica von des ſupremi magiſtratus ſecundum utilitatem publicam menſurato & modificato arbitrio abhänget; wie auch in

den Wetzlariſchen Nebenſtunden Part. XXXV. „daß die Obrigkeit Kraft der ihr zuſtehenden poteſtatis legiſlatoriæ in cauſis politiæ ſo oft etwas ändern kann, als ſie es dem gemeinen Weſen vortheilhaft findet, welchenfalls keine Berufung auf ein Jus quæſitum Statt habe. Dieſe Lehre billiget Moser von der teutſchen Juſtizverfaſſung Part. I. p. 1053.

Ganz recht behauptet auch Cramer d. l. Part. CII. Part. CIV. und Obſ. 298. §. 2. daß nur alsdenn dem Geſetzgeber ein Jus quæſitum entgegen geſetzet werden könne, wenn durch Verträge vom Landesherrn erlangte Rechte ihm durch Geſetze entzogen, oder in Policeyſachen etwas den Reichsgeſetzen zuwiderlaufendes verordnet werden will.

Mißbraucht ein Reichsſtand, unter dem Vorwand Policeyanſtalten zu machen, ſeine Gewalt offenbar, ſo haben die höchſte Reichsgerichte eine vollkommene Gerichtbarkeit in ſolchen Fällen, keinesweges aber wenn der Landesherr zum Beſten des Staats etwas verfüget, wenn es gleich ein und andern mißfällt, wie Moser d. l. p. 1055. wohl bemerket. Beſage der Reichshofraths Concluſorum Tom. I. Concl. 354. hat der Kayſerl. Reichshofrath in der Oſtfrieſiſchen Sache erkandt, „daß das Hofgericht in denen Fällen, ſo zur Policey gehören, und der Landesfürſtlichen Obrigkeit zur Diſpoſition unterworfen, einfolglich von den Juſtitiariis, ihrer Eigenſchaft nach, ſepariret ſeyn, ſich nicht einzumiſchen, noch einer Cognition über die derowegen ausgehende Fürſtliche Verordnungen, oder ſonſt einer Einſchränkung der Landesfürſtlichen Obrigkeit in denen dahin gehörigen Satzungen und Landes-Accorden anzumaſſen habe.„

Eine andere Bewandniß hat es, wenn das Jus oder Factum zweifelhaft iſt, und darüber zwiſchen den Regierungs- und Juſtiz-Collegiis Streit entſtehet. Wer entſcheidet aber dergleichen Streitigkeiten? Weder das eine noch das andere Collegium kann in propria cauſa Richter ſeyn, ſondern es iſt ſonder Zweifel der Landesherr, der ſowohl dem höchſten Gericht als der Landesregierung die Gewalt ertheilet hat, womit dieſelbe verſehen ſind. Daß er ſie independent machen wollen, und auf einen wichtigen Theil des ihm zuſtehenden Hoheitsrechts Verzicht gethan, wenn gleich verordnet worden, daß die an ein Juſtiz-Collegium in denen für ſelbiges gehörigen Sachen wider deſſen Verfügungen erlaſſene Landesherrlichen Befehle pro ſub & obreptitiis zu halten, läuft aller Vermuthung zuwider, und es ſind dergleichen Geſetze von ohnſtreitigen Juſtiz-Sachen, nicht aber von den Zwiſtigkeiten zu verſtehen, welche über die Beſtimmung ihrer Schranken erreget ſind. Eine ſolche Mittheilung der Independenz führte eine ſchädliche Schmälerung der Landeshoheit mit ſich, und in den meh-

reſten Ländern ſind dergleichen Alienationes durch Verträge oder Teſtamente der Vorfahren verbothen und kraftlos gemachet.

Ueberhaupt muß die zwiſchen dem Landesherrn und ſeinen Unterthanen über die höchſte Regalien entſtehende Irrungen kein Landesgericht, ſondern die höchſten Reichsgerichte entſcheiden, wie alſo in Sachen Chur-Maynz contra Erfurth, Herzog Heinrichs wider die Stadt Braunſchweig, und des Herzogs von Mecklenburg wider Roſtock erkandt, und dem Landesherrn verbothen worden, ſolche Zwiſtigkeiten an ihre Gerichte zu bringen (a). Wie denn auch vermöge Kayſerlicher Reſolutionen der Landesherr in Oſtfriesland von den Unterthanen, nicht vor ſeinem Hofgericht, ſondern nur vor des Reichs höchſten Gerichten zur Verantwortung gezogen werden darf (b).

(a) Electa juris publici Tom. XVII. p. 706.

(b) BRENNEISEN Oſtfrieſiſche Hiſtorie und Landesverfaſſung Tom. I. p. 114.

CXXIX. Bedenken.

Von den Alimenten, welche ein Sohn dem Vater zu reichen ſchuldig iſt.

Vom Titio forderte ſein Vater Cajus Alimente. Selbiger verweigerte ſie ihm, weil über ſein Vermögen ein durch des Vaters üblen Haushalt veranlaſſeter Concurs entſtanden war, und es leidet keinen Zweifel, daß wer ſelbſt nicht zu leben hat, keinen andern ernähren darf (a). Aber Titius war ein Pächter, wovon er einigen Gewinnſt hatte, und mit einer obwohl nicht einträglichen Bedienung verſehen. Die Alimenten ſind nicht nur aus den väterlichen Güthern, ſondern auch aus der Kinder eigenem Vermögen zu reichen (b). Sie dürfen nicht koſtbar ſeyn. Der ſelbſt nothleidende Sohn kann den Vater in ein Hoſpital verdingen (c), oder ins Haus nehmen und an ſeinem Tiſche ſpeiſen (d). Daß er ſolches zu thun nicht vermöge, war weder erwieſen noch zu vermuthen. Er wurde deßwegen dazu ſchuldig erkandt.

(a) TUSCHUS Lit. A. Concl. 284. num. 7. DOERING in Bibliotheca aurea voc. *Alimenta* num. 28. p. 1410. SANDE Lib. II. Tit. 8. Def. 2.

(b) SURDUS *de Alimentis* Tit. IV. Quæſt. XI. num. 20.

(c) REYGER Theſaur. juris voc. *Alimenta* num. 9.

(d) DOERING d. l. num. 260. p. 1473.

CXXX. Bedenken.

Die Zurückgabe der Empfangſcheine erweiſet nicht immer die Bezahlung des Kaufgeldes.

Cajus hatte währenden Krieges dem Entrepreneur Mevio Korn geliefert, und forderte deſſen Bezahlung. Nach entſtandenem Concurs über des Caji Vermögen, wollte der Curator bonorum & ad lites die geſchehene Zahlung mit dem Cridario ausgelieferten Empfangſcheinen erweiſen, der Kläger aber behauptete, daß ſie ſub ſpe futuræ numerationis zurück gegeben wären, welches deßwegen Anſchein hatte, weil die Abrechnung mit Cajo 1762 formiret worden, der Kläger aber, ſeinem Angeben nach, allererſt 1771 Klage erheben wollen, welches wegen des Advocati Säumſeligkeit 1772 geſchehen (a). Es will Boehmer Tom. III. Part. II. Dec. 410. num. 8. 9. Si probatio utriusque partis æqualis eſt, judicem æſtimare debere an ſuppletorium vel purgatorium juramentum locum habeat. Eben dieſes iſt zu ſagen, wenn, wie in gegenwärtigem Fall, für beyde Theile Præſumtiones ſtreiten, und iſt derjenige zum Eide zu laſſen, welcher de veritate ſchwören kann (b). Nun konnte der Curator nicht das mindeſte von dem Geſchäfte wiſſen. Dem Cridario war wenig daran gelegen, ob ſeinen Gläubigern, oder dem Imploranten das eingeklagte Capital zu gute kömt, daher ſelbiger zum Erfüllungseide gelaſſen wurde.

(a) *Ex diuturna ceſſatione exactionis ſolutio præſumitur* Horn Claſſ. X. Reſp. 17. num. 5.

(b) Berger O. J. Lib. IV. Tit. 24. §. 9. Not. 2. Leyser Spec. 148. Med. 5.

CXXXI. Bedenken.

In den Chur-Braunſchweigiſchen Landen wird der von Militair-Perſonen begangene Straſſenraub härter beſtraft, als wenn ihn andere verübet haben.

Ein Straſſenräuber gab vor, daß er ein Dragoner ſey, und vermöge des Chur-Braunſchweigiſchen Krieges Recht Art. 78. in den Landes-Ordnungen Cap. 3. pag. 21. „ſoll derjenige von der Miliz, welcher jemanden beraubet, mit dem Schwerdt gerichtet, und deſſen Kopf auf einen Pfahl geſtecket werden. Sollte aber dabey zugleich Verwundung oder Mord vorgehen, ſo iſt der Thäter mit dem Rade vom Leben zum Tode zu bringen.

Weil jedoch der Commendant des Regiments bezeugte, der Inquiſit ſey nimmer enrolliret geweſen, noch als würklicher Dragoner im Dienſt geſtanden, ſo konnte ihm die Militairſtrafe nicht dictirt werden.

Vermöge der Conſtitution de 1763, „ſoll nun der Raub mit dem Tode beſtrafet werden, wenn jemand an ſeiner Perſon Gewalt leidet, es mag auf öffentlicher Heerſtraſſe, in Hölzern oder Feldern geſchehen, auch wenn die gänzliche Vollziehung durch die Entwendung nicht völlig conſumiret worden. Der Inquiſit hatte den Beraubten tödtlich verwundet, und ob derſelbe wohl beym Leben bliebe, ſo war er doch um ſeine Geſundheit gebracht.

Wie es mit dem Körper des Enthaupteten zu halten, meldet das Edictum nicht. Man pfleget ihn aber auf das Rad flechten (a), und wenigſtens durch die Henkersknechte auf den Gerichtsplatz verſcharren zu laſſen, welches letztere in dieſem Fall geſchahe.

(a) CARPZOV *Prax. Crim.* Quæſt. 137. num. 70. BOEHMER *ad C. C.* Art. 126. §. 8. QUISTORP Grundſätze des peinlichen Rechts §. 302.

CXXXII. Bedenken.

Einem mit ſehr ſchweren Abgaben belaſteten Erbenzinsmann gebühret ſowohl Remißion als dem Meyer.

Es halten zwar gelehrte Männer dafür, daß allererſt nach Einführung des Römiſchen Rechts in Teutſchland Güther zu Erbenzins verliehen worden (a), und daß unſere Erbleihe mit den bonis emphyteuticis einerley ſey (b). Ich finde jedoch zu den Zeiten, als man von dem Römiſchen Rechte nichts wußte, Zinsleute, die ein Erbrecht hatten, und einen geringen Korn- oder Geldzins entrichteten (c). Dieſe konnten wohl erlittener Unglücksfälle halber keinen Nachlaß begehren. Nach dem Römiſchen Rechte verſagte man ihnen ſolchen, wenn gleich der Erbenzins mit dem Werth der Früchte und würklichen Nutzungen mehrentheils überein kam, weil der Colonus die Fruchtbarkeit eines Jahrs mit der Unfruchtbarkeit eines andern aufrechnen mußte (d). Nachdem aber die öffentliche Laſten ſo ſehr erhöhet worden, daß der ſolche tragende Meyer die Nutzungen nicht einmal genieſſen würde, welche einem bloſſen Pächter gebühren, mithin er zum Nachtheil des Landes- und Guthsherrn zu Grunde gehen müßte, wenn man ihm nicht durch Remiſſionen zu Hülfe käme, ſo iſt daher der Guthsherr durch unſere Landes-Conſtitutionen verbunden, ihm ſolche angedeihen zu laſſen, gleichwie auch der Landesherr bey erlittenen Unglücksfällen von den gemeinen Laſten ein beträchtliches nachläſſet.

Eben

Eben dieſe Umſtände erfordern, daß ein mit ſchweren Abgiften und Dienſten überladener Erbenzinsmann, gleich dem Meyer Remiſſion erlange, und deßwegen wurde ihm von Königl. Juſtiz-Canzley 1773. der Beweiß vorbehalten, daß er wegen ſeines Guths bey Unglücksfällen ſowohl als die Meyer einer Remißion bedürfe.

(a) SCHILTER Ex. 16. §. 83. HEINECCIUS *Elem. jur. Germ.* Lib. II. §. 33.

(b) Mein *Jus villicorum* Cap. 2. §. 2. und dieſer Rechtlichen Bedenken IV. Theils LXIV. Bedenken.

(c) LENNEP vom Landſiedelrecht p. 181. 215.

(d) BURI in der Erläuterung des Lehnrechts p. 947. Mein *Jus villicorum* Cap. 4. §. 4.

CXXXIII. Bedenken.

Von Beſetzung der Meyerhöfe im Fürſtenthum Calenberg, woran mehrere Guthsherren Theil haben.

In der Meyerordnung von 1762. Cap. I. §. 6. iſt folgendes verſehen: „Dem, nach vermöge der Verordnung vom 14ten April 1719, in dem Fall, da verſchiedene Guthsherren zu einem Hofe gehören, derjenige für den vorzüglichſten, dem das Recht der Entſetzung und Beſetzung zuſtehet, zu achten iſt, der die alſo genannte Köhrmede, oder in andern Aemtern und Gerichten den Weinkauf, bekömmt: So laſſen wir es dabey bewenden, und ſoll, wenn mehrere Guthsherren den Weinkauf erhielten, darauf geſehen werden, wer unter ihnen den ſtärkſten Zins erhält, oder wer den Weinkauf von dem Hauſe und der Hofſtätte empfängt, wenn nemlich letzterer das Recht den Hof zu beſitzen hergebracht, folglich den Vorzug für jenen haben würde, und muß der Meyer, den ſelbiger ſetzen wird, auch von den übrigen Guthsherren angenommen werden.„

Nun empfieng ein Guthsherr von dem Meyer 7 Malter 3 Himbt Rocken, und 7 Malter 3 Himbt. Haber, das Amt aber 5 Thlr. 28 gr. Dienſtgeld, ein Rauchhuhn, ſamt 4 Himbt. Haber, und ihm wurde jährlich eine Reiſe mit zwey Pferden gethan. Dennoch aber begehrte das letztere die Beſetzung des Hofes, weil 1) die Meyerordnung, vermöge deren ſie demjenigen gebühret, der den ſtärkſten Zins erhält, von Güthern handelt, welche beweinkaufet werden, der Meyer qu. aber niemanden Weinkauf entrichtet. Ueberdem wollte 2) das Amt die Beſetzung hergebracht haben, und der Guthsherr konnte keinen Fall anführen, da ſie von ihm geſchehen

Allein

Allein 1) ſetzet der Geſetzgeber mit Recht voraus, daß die Meyer gemeiniglich ſchuldig ſind, die Güther zu beweinkaufen, und erfordert ſolches keinesweges (a). Dieſer Umſtand iſt nicht die ratio legis, ſondern vielmehr die Vermuthung, daß demjenigen, welcher die meiſte Zinſe bekömmt, die meiſte Pertinenzien des Guths zuſtehen, und er den Hof urſprünglich beſetzet hat, die Meyer aber demnächſt einige Stücke von andern Guthsherren erhalten, daß auch dem, welchem der mehreſte Zins gebühret, am mehreſten daran gelegen, daß der Hof wohl beſetzet, und durch übermäſſige Ablagen nicht zu Grunde gerichtet werde, welche ratio fürhanden, es bekommen die Guthsherren einen Weinkauf oder nicht (b).

Ueberdem war ſehr zweifelhaft, ob dem Amt überall ein guthsherrliches Recht zuſtehe. Denn die Dienſte werden im Fürſtenthum Calenberg gemeiniglich nicht dem Guthsherrn, ſondern dem Gerichtsherrn geleiſtet (c). Der Empfang des Rauchhuhns erweiſet auch daſelbſt keine Guthsherrſchaft (d), und von vielen Meyern der Privat-Gutsherren wird den Aemtern ein ſogenannter Herren Haber geliefert.

2) Heiſſet es in der Conſtitution vom 14ten April 1719: „So ſetzen, ordnen und wollen wir hiemit, daß von nun an Unſere Beamte und Obrigkeiten, auſſer in denen Fällen, da dieſelbe, vermöge Unſerer allergnädigſten Landes-Conſtitution vom 8ten Junii 1691 von Amts und Obrigkeitswegen verbunden ſind, auf die wüſte und mit keinen ordentlichen Familien verſehene Höfe Colonos zu ſetzen, ohne des Guthsherrn expreſſe Einwilligung, keinen neuen Meyer oder Riegemann auf einen Voll-Halb-Meyer- und Kothhof nehmen, noch einige Ehe-Receſſe derer Meyer und deren Kinder eher confirmiren ſollen, bis der Guthsherr darüber vernommen, und da er dabey nichts erhebliches einzuwenden hätte, ſeinen Conſens dazu gegeben, und die Pacta dotalia eigenhändig unterſchrieben (e).

Durch ein Geſetz wird aber die Verjährung interrumpiret (f), und zu deſſen Aufhebung, nach vieler Rechtslehrer Meynung, ein tempus immemoriale erfordert (g). Zwar ſchränket man ſolches auf den Fall ein, wenn das Geſetz zum gemeinen und nicht Privatleuten zum Beſten gegeben worden (h). Dem Staat iſt aber allerdings daran gelegen, daß die Höfe durch Auslobung übermäſſiger Ablagen nicht zu Grunde gerichtet, und mit ſchlechten Wirthen beſetzet werden, welches zu verhindern ſich die Beamten ſelten diejenige Mühe geben, ſo den Guthsherrn ſein eigenes Beſtes anzuwenden, verbindet. Es wurde daher 1775 erkandt: „Weil auf die Präſtation des Weinkaufs ſich keinesweges die Meyerordnung Cap. I. §. 6. gründet, ſondern ſolche von dem Geſetzgeber,

als

als dem Herkommen gemäß, ſupponiret worden, auch von denen dieſes oneris entledigten Höfen zu vermuthen, daß derjenige, welcher den ſtärkſten Zins empfänget, Principal-Guthsherr iſt, folglich ihm die Beſetzung des Hofes zuſtehet, die Præſcription intra ordinarium tempus beklagtem Amt ferner um deſto weniger zu ſtatten kömmt, da die Verordnungen von 1719 und 1772 nicht nur den Guthsherren, ſondern auch dem gemeinen Weſen zum Beſten gereichen, als welchen die üble Beſetzung der Höfe und übermäſſige Ablagen zu groſſem Nachtheil gereichen, auch dahin ſtehet, ob die Präſtation des Dienſtgeldes, Rauchhuhns und Herrenhabers eine Guthsherrſchaft erweiſet, ſo hat beklagtes Amt ſich der Ausübung guthsherrlicher Rechte über den Meyerhof qu. zu enthalten, und deren Beſetzung der Meyerordnung gemäß den Klägern, welche den mehreſten Zins empfangen, zu verſtatten.

(a) ZEPPER *Cynoſur legalis* Cap. 5. num. 133. LAUTERBACH *de Procuratore ſubſtituto* Cap. 3. §. 4.

(b) Non omnes caſus in legibus expreſſe decidi poſſunt, & tunc quod legibus omiſſum eſt religio judicantium ſupplere debet. Eſt hoc cauſam decidere per analogiam, qua ad caſus regulis diſerte nondum deciſos vis præceptorum legitima conſecutione proportioneque applicatur, ut his quoque definitio, quæ inde adornatur, congrua ſit & conformis ENGELBRECHT *de Neceſſitate & utilitate ſtudii juris Germanici* §. 6. Interpretatio extenſiva non deſiderat ut omnes cauſæ congruant, ſi liquido conſtat, unam eorum eſſe efficacem, quæ diſponentem moverit eamque rationum ab eo conſideratam in ſua generalitate PUFENDORF *de J. N. & G.* Lib. V. Cap. 12. §. 17. THOMAS *Jus Jurisprud. Dif.* Lib. II. Cap. 12. num. 92. HORN *de Interpretatione juridica* Cap. 3. §. 8. num. 3.

(c) Meine Commentation *de Jure Villicorum* C. 5. §. 14.

(d) Meiner Rechtlichen Bedenken III. Theils CXXVII. Bedenken.

(e) Chur-Braunſchweigiſche Landesordnungen Cap. 5. pag. 122.

(f) BERGER *O. I.* Lib. II. Tit. 2. §. 26. Not. 12. WERNHER Part. IV. Obſ. 5. num. 117. KRAUSIUS *de Interpellatione præſcriptionis* §. 11. lid. d.

(g) ZIEGLER *de Juribus majeſtaticis* Lib. I. Cap. 5. §. 92. 93. 94. HORN Claſſ. X. Reſp. 7. num. 2. LEYSER Spec. 461. Med. 1.

(h) BOEHMER *de Præſcriptione contra leges prohibitivas.* HOMMEL *Rhapſod.* Obſ. 273.

CXXXIV. Bedenken.

Vom Heckenrecht.

Ein Gartenmann vor Hannover, Barra, wollte nicht verſtatten, daß der Nachbar Droſte die Hecke, welche beyde Gärten ſcheidet, beſchneide. Der Beklagte gründete ſich in dem Heckenrecht, und ihm wurde durch das Urtel vom 19. May 1774. deſſen Beweiß auferleget. Dieſen führte er durch drey Zeugen, welche ausſagten, daß dahier ein Heckenrecht hergebracht ſey, vermöge deſſen, wer ſtatt einer Planke eine Heinbüchen Hecke pflanzen will, drey Fuß auf ſeinen Grund und Boden zurück weichen, mithin drey Fuß auſſerhalb der Hecke liegen laſſen müſſe. Wer hingegen eine Hecke wegnehmen, und dafür eine Planke ſetzen wolle, ſey berechtiget, die drey Fuß wieder einzunehmen, mithin die Planke drey Fuß weiter hinaus zu rücken, als wo die Stämme der weggenommenen Hecke geſtanden. Auch würde drey Fuß Raum erfordert, um eine Heinbüchen Hecke zu binden und zu beſchneiden. In den Acten führte man vernünftige Urſachen dieſes Rechts an, daß nemlich, da die mehreſten Gärten im Ackerlande angeleget worden, ein jeder auf dem Seinigen ſo viel Platz zur Hecke nehmen müſſe, daß der Nachbar an der Cultivirung ſeines Ackers nicht verhindert werde, und den Pflug in die Endefurchen ſetzen könne. Die herumſchlagende Wurzeln der Hecke ſchadeten ihm, und wenn dieſelbe groß würde, ſo entziehe ſie die Fruchtbarkeit dem daran gelegenen Lande; daher denn zu vermuthen, daß ein Eigenthümer der Hecke befugt ſey, auf des Nachbars Seite ſolche zu beſchneiden.

Der Kläger hatte wider das Heckenrecht nichts einzuwenden. Er wollte jedoch behaupten, es ſey des Beklagten Hecke weiter in ſeinen Garten gerücket, als wo ſie ehemals geſtanden, und eine daſelbſt befindliche Grundmauer müſſe beyde Gärten ſcheiden. Es war aber das Vorgeben nicht nur unerwieſen, ſondern erhellete aus den Acten, daß wenigſtens ſeit 1723 keine Verrückung geſchehen, und alſo die Verjährung den Beklagten ſchützete (a), daher die Königl. Hannöverſche Juſtitz-Canzley anno 1775 erkandte: „Nachdemmalen Appellant keinesweges erwieſen, daß die Grundmauer beyde Gärten ſcheidet, und wenn auch ſolches vor Alters geſchehen wäre, Appellat dennoch durch die Verjährung das Land von der Mauer bis an die Hecke längſtens an ſich gebracht hätte, ferner das erwieſene Heckenrecht die Vermuthung würket, daß bey Pflanzung beſagter Hecke, deren Eigenthümer drey Fuß auf ſeinen Grund und Boden zurück gewichen: ſo iſt derſelbe bey dem Lande qu. nicht nur zu manuteniren, ſondern auch befugt, auf des Appellaten Seite ſeine Hecke zu beſchnei-

den,

den, mithin von angeſtelleter Klage zu entbinden, wi wir ihn denn entbinden, und und die Proceßkoſten vergleichen.

(a) Si quis aſſerit fines vicinum transgreſſum eſſe, reivindicatione agere debet HELLFELD *Jurisprud. for.* §. 718. BECK *de Jure limitum* Lib. I. Cap. 12. Obſ. 7. & is qui cum prædio ſuo fines ampliores poſſidet, præſcriptione ordinaria longi temporis ſcilicet 10 annorum inter præſentes & 20 inter abſentes tutus eſt. LEYSER Spec. 558. Med. 10. 11. vel ubi poſſeſſoris deficit titulus, id agri quod 30 annos poſſeſſum fuit, uſucaptum eſt AYRER *de Limitum præſcriptione* §. 21.

CXXXV. Bedenken.

Von der Strafe zum Dienſt geforderter und ausgebliebener Dienſtpflichtigen.

Es iſt eine bekannte Rechtsregul obligatum ad factum, ſi id non præſtiterit, ad intereſſe teneri. Dieſemnach müßte der zum Dienſt geforderte und ausbleibende ſo viel Geld erlegen, womit von einem vor Geld fahrenden und einem Taglöhner derſelbe zu erlangen, auch wenn durch ſeine Widerſetzlichkeit das Korn auf dem Felde verdirbet, er ſolchen Schaden erſetzen (a). Damit jedoch der Bauer conſerviret werde, gehet man gemeiniglich ſo ſtrenge mit ihm nicht um, ſondern der Dienſtherr vergnüget ſich, nebſt dem Nachdienen, mit einer Geldſtrafe. Die Calenbergiſche Amtsordnung will Art. 36. „daß die ausbleibende Dienſte im Bruchregiſter anzuſetzen, und die Brüche bey den Langerichten, der Fürſtlichen Cammer zum Beſten, zu beobachten ſind.„ In dem Wolfenbüttelſchen Dienſtreglement Art. 14. heiſſet es: „Wenn der Dienſtmann die ihm angeſetzte Dienſte unterläſſet, ſo ſoll er dieſerhalb nicht nur zur Wroge geſetzet, und auf dem Landgericht beſtrafet werden, ſondern auch ſchuldig ſeyn, wenn es verlanget wird, des andern Tages nach zu dienen. Dafern er aber auch ſodann den reſtirenden Dienſttag nicht präſtiret, ſo ſoll der Beamte oder Pächter anſtatt ſeiner, Lohndienſte zu nehmen, und wenn es ein Spanndienſt, für jeden in der Erndte oder Saatzeit einen Thaler, auſſer ſolcher Zeit aber einen Mſl. zu exigiren befugt ſeyn,„; und in der Hildesheimiſchen Dienſtordnung Art. 1. muß der Ackermann, der den ſchuldigen Dienſt nicht leiſtet, zur Strafe erlegen für einen jeden Tag einen Mſl. und der Köther 5 Mgr. vorbehältlich des Nachdienens, dafern es in ſelbiger Woche geſchehen kann, oder des gewöhnlichen Dienſtgeldes, wenn der ungeleiſtete Dienſt in derſelben Woche nicht nachgeholet werden kann, welche Geldſtrafe, wofern der Dienſtpflichtige in einem Monath mehr als einmal mit der ihm angekündigten Dienſtleiſtung zurück bleiben würde,

allemal verdoppelt werden ſoll, dergeſtalt, daß von ihm zum zweytenmal zwey Mſl. zum drittenmal drey und zum viertenmal vier, und ſofort, wenn es mehrmalen geſchehe, nebſt dem Dienſtgeld erleget, und ſolche Strafe von demſelben ſofort executive beygetrieben werden ſoll, wie es denn eben ſolchen Verſtand mit den Kötdern nach Proportion haben ſoll (b).„ Es kommt fürnemlich auf jeden Orts Obſervanz an (c), und als ein Dienſtherr für einen ſchuldig gebliebenen Dienſt einen dreytägigen forderte, ihm der Beweiß des Herkommens auferleget wurde, ein von demſelben producirter Zeuge aber ausſagte, daß die Dienſtpflichtige, wenn ſie zum andernmal wieder beſtellet und nicht erſchienen, ſie bisher drey Tage kürzen laſſen, und alſo vermuthlich an zwey Tagen nachgedienet, am dritten aber ſtatt Geldes den Dienſt zur Strafe geleiſtet hatten; ſo erkandte die Königl. Hannöverſche Juſtizcanzley 1775, daß ihnen ein mehreres nicht anzumuthen ſey.

(a) Wildvogel Reſp. 135. num. 11.

(b) Leyser *Jur. Georg.* Lib. III. Cap. 27. num. 82.

(c) Engau Part. II. Dec. 54. num. 2.

CXXXVI. Bedenken.

Welchergeſtalt wider eine des Kindermords Beſchuldigte zu verfahren, welche ſich weigert, den Reinigungseid zu leiſten.

Man fand ein neugebohrnes todtes Kind im Waſſer, an dem ſich kein Zeichen einer verübten Gewalt äuſſerte, uud welches vielleicht wegen nicht verbundener Nabelſchnur geſtorben war. Der Verdacht fiel auf Marie Eliſabeth Oetting, daß ſie ſolches Kind zur Welt gebohren, welches dieſelbe aber beſtändig leugnete. Es wurde von ihr der Reinigungs Eid gefordert, den ſie zu leiſten ſich weigerte, und vermeynte, man müſſe ſie durch Beweisthümer des Kindermords überführen. Es entſtund alſo die Frage, was nun ferner zu erkennen ſey?

Leyser Spec. 142. Coroll. 2. vermeynet, es finde auch in gravioribus delictis die pœna ordinaria Platz, und zwar deßwegen, weil es von Friedebrechern in der Cammergerichtsordnung Part. II. Tit. II. §. 5. heiſſet: „Würde ſich aber der Beſchuldigte der Purgation oder Entſchuldigung in einigen Weg wiedern, oder auf die Fürheiſchung und Vertagung perſönlich ohne glaubliche Anzeigung ehehafter Verhinderung nicht erſcheinen, ſo ſoll er alsdenn des, darinnen er verdacht oder beſchuldiget worden, ſchuldig gehalten und erkennet, und darauf dem Kläger, oder dem Kayſerl. Fiſcal-Ladung zu ſehen und zu hören,

ſich ſolcher That halber in die Acht und Pön des Landfriedens gefallen ſeyn, zu erklären und zu denunciiren, mitgetheilet, auch darauf ohne weitere Beweiſung der beſchuldigten That (es wäre dann, daß der Beklagte ſeine Unſchuld darzuthun gefaßt wäre, in welchem er dann gehöret werden ſoll) in die Pön des Kayſerl. Landfriedens erkläret, denunciiret, und ſonſt in ſolchem, wie ſichs gebühret, procediret und gehandelt werden; und im Cap. 10. X. de Purgatione canonica: Quod ſi forſan in purgatione defecerit (infamatus hæreticæ pravitatis) eum eccleſiaſticæ diſciplinæ mucrone percellas & ab officio & beneficio depoſitum ad agendam pœnitentiam in arctum monaſterium detrudere non omittas.

Allein die Strafen, womit die Friedebrecher der gemeinen Wohlfart halber zu belegen, ſind ausnehmend ſcharf (a), und finden daher auf alle ſchwere die Todesſtrafe verdienende Verbrechen keine Anwendung. Das päbſtliche Recht will nicht, daß man wegen des verweigerten Reinigungs-Eides jemand zum Tode verdamme, noch mit der ſchwereſten geiſtlichen Strafe belege. Vielmehr lehret BARBOSA ad d. Cap. 10. num. 11. neminem privandum eſſe privilegio clericali, niſi convincatur per veras probationes & non per præſumtas. Nimmer wird bey uns ein Todesurtel auf Vermuthungen gegründet.

Die gemeinere Meynung gehet dahin, daß ein Inquiſit ſich der Weigerung halber ſo verdächtig mache, daß man zur Tortur ſchreiten könne (b). Aber dieſe Lehre unterſtützet kein Geſetz, und ſie iſt bedenklich, wenn es ſehr zweifelhaft, ob der Inquiſit das Verbrechen begangen? Man erkandte daher in dem angeführten Fall eine pœnam extraordinariam, nemlich die Verdammung ins Zuchthaus auf zwey Jahr (c). Iſt die Inquiſitin unſchuldig, ſo muß ſie ſich den des verweigerten Eides halber billig auf ſie geworfenen Verdacht beymeſſen (d).

(a) Severæ ſunt pro conſervanda pace publica leges, quibus temporum ratio, violentiæ & latrocinia impune exercita occaſionem dedere LUDOLF *de Jure Camer.* Sect. I. §. 5. n. 5.

(b) CARPZOV Quæſt. 116. num. 82. KOCH *Inſt. Jur. crim.* §. 894. MEISTER *Jur. crim.* §. 756. QUISTORPS Grundſätze des peinlichen Rechts §. 618.

(c) BEYER ad ff. Tit. *de Jurejurando* num. 117. 118. BOEHMER ad C. C. Art. 131. §. 22.

(d) J. H. BÖHMER *de Uſu juramenti purgatorii in criminalibus* §. 27.

CXXXVII. Bedenken.

Wegen einer Verletzung können die vom Richter beſtätigte Erbtheilungen angefochten werden.

Der L. 6. ff. Tit. fam. erciſc. ſetzet auſſer Zweifel, daß wenn über die Theilung einer Erbſchaft geſtritten worden, und dieſer Streit rechtskräftig entſchieden iſt, es dabey verbleiben müſſe, wenn gleich ein Theil kein Miterbe geweſen. Aber dieſes kann nicht geſaget werden, dafern ein Erbvergleich ohne vorgängige Unterſuchung vom Richter beſtätiget iſt, wie einige dafür halten (a). Man weiß, wie gemeiniglich dergleichen Confirmationes ad nuda narrata geſchehen. Mit gutem Grunde lehret BRUNNEMANN ad L. 36. fam. erciſc. num. 2. 4.: Si per judicem adjudicatio facta, vindicatio ceſſat, non autem ſi tantum decretum interpoſitum; und SCHWEDER de Remedio L. 3. Cod. Communia utriusque judicii §. 4.: Loquitur L 36. familiæ erciſcundæ de ſententia lata in judicio contradictorio, quæ tranſivit in rem judicatam, non de diviſione a partibus facta, licet decreto judicis confirmata, vel actis publicis inſinuata, aut ſigillo publico corroborata, vel in præſentia a magiſtratu deputatorum per acta; Dem beypflichtet HARPPRECHT vol. nov. Conſ. 58, num. 177. 178. Wollte man eben auch nicht eine Sententiam in contradictorio latam erfordern, ſo müßte dennoch die Theilung geſchehen, facta coram judice rerum conſignatione & taxatione per peritos (b).

(a) CARPZOV Part. II. Conſt. 34. Def. 4. STRYCK *de Cautelis contractuum* Sect. III. Cap. 4. §. 16.

(b) BERGER O. J. Lib. III. Tit. 6. §. 3. Not. 9.

CXXXVIII. Bedenken.

Der Exceß einer Pfändung mildert die Strafe des dadurch veranlaſſeten Todſchlages.

Man erlaubet in gewiſſen Fällen den Bauren Pfandungen (a), und zwar inſonderheit, wenn jemand zu den gemeinen Ausgaben eines Dorfs den ſchuldigen Beytrag nicht thut (b). Nun verweigerte Beisner den dem Schweinhirten gebührenden Lohn mit andern Dorfseingeſeſſenen zu entrichten. Er widerſetzte ſich, als man ihm ein Pfand nehmen wollte, und verwundete den Bauermeiſter mit einem Meſſer dergeſtalt, daß er bald darauf ſtarb.

Allein, obwohl die Pfandung an ſich erlaubet war, ſo berechtigte ſie jedoch die Bauren nicht, groſſe Gewalt zu gebrauchen, und ſich eigenmächtiger Weiſe Genugthuung zu verſchaffen (c), ſondern es darf nur der Richter die Widerſetzlichkeit ſtrafen (d). In der Celliſchen Policey-Ordnung Cap. 12. §. 2. wird verboten, „bey Abholung der Pfande aus unzeitigem Eifer unnöthige Gewalt zu gebrauchen.„ Diejenige, welche die Pfandung verrichten ſollten, geſtunden, daß ſie des Beisners Widerſetzung ohnerachtet, ihm ein Pfand nehmen wollen, und konnten nicht ſagen, ob dieſer zuerſt mit dem Meſſer nach dem Bauermeiſter geſtoſſen, oder der lezte zuerſt jenen geſchlagen. Wer aber nach empfangenen Schlägen jemand tödtet, verdienet keine Lebensſtrafe (e). Man verdammte daher den Inquiſiten des groſſen Exceſſes halber auf Lebenszeit in die Karre.

(a) Kress *de Privilegiis agriculturæ apud Germanos* pag. 26.

(b) Dorf- und Landrecht I. Theil Cap. 18. pag. 55.

(c) Lyncker Dec. 490. *Repertorium juris privati* Part. III. Voc. Pfändung §. 3. pag. 2252.

(d) Stryck *de Jure pignorandi* Cap. 6. num. 42. Kress d. l.

(e) Leyser Spec. 601. Med. 5.

CXXXIX. Bedenken.

Ob ein Gläubiger, dem 4 pro Cent Zinſe verſprochen ſind, 5 pro Cent fordern kann, wenn das Capital nicht zu gehöriger Zeit abgeführet worden?

Nach den Rechten gebühret des Verzugs halber einem Gläubiger das Intereſſe damni emergentis & lucri ceſſantis (a), und die verſprochene Zinſe, wenn kein Intereſſe erwieſen wird (b). Kann man aber deſſen Beweiß demjenigen anmuthen, dem nur 4 pro Cent verſprochen worden, und der ſich von Zeit des Verzuges mit 5 pro Cent vergnügen will? Der Deputations-Abſchied von 1600. §. 152. billiget ihm ſolche ohne Beweiß zu, jedoch aus der angeführten Urſach, „daß der Creditor vermuthlich ſein Geld a tempore moræ anlegen und zugelaſſener Weiſe zum wenigſten von 100, 5 wohl haben möge.„ Dieſe Vermuthung fällt heutiges Tages in hieſigen Landen hinweg, da man überaus ſelten von Leuten, welche Credit verdienen, 5 pro Cent bekömmt, auch die wenigſte Gelegenheit haben, auſſer Landes Capitalia ſolchergeſtalt ſicher unterzubringen. Das Königl. Oberappellationsgericht verdammet jedoch die ſäumige Schuldner

5 pro Cent zu bezahlen (c). In Sachen Albertiſchen Curatoris contra Burchardi war es 1775 unnöthig, dieſe Frage zu entſcheiden, da der Gläubiger das Dominium der ihm gelieferten Waaren des Schuldners ſich bedungen und aus denſelben bezahlet gemachet hatte, mithin man dem letztern keine moram beymeſſen konnte.

(a) CARPZOV Part. II. Conſt. 30. Def. 10. HAHN ad Weſenbec Tit. *de Uſuris* num. XI. STRYCK *de Cautelis contractuum* Sect. 2. Cap. 1. §. 26. ENGELBRECHT *de Intereſſe damni emergentis & lucri ceſſantis* §. 8.

(b) STRYCK d. l. §. 27.

(c) Vice-Präſident von PUFENDORF Tom. II. Obſ. 132.

CXL. Bedenken.

Eines Meyers Wittwe kann die Leibzucht nicht genommen werden, wenn ſie ſich ſchwängern laſſen, noch iſt ſelbige zu vermindern, dafern ihre Kinder in den Stand kommen, ihr Brod verdienen zu können.

Der Gerichts- und Guthsherr erklärte eine Wittwe der Leibzucht oder des alten Theils für unwürdig, weil ſie ſich ſchwängern laſſen, und befahl ihr, den Hof binnen acht Tagen zu räumen.

Nun halten einige Rechtslehrer dafür, daß wegen begangener Hurerey jemand als ehrlos ſeines Amts entſetzet (a), auch einer Wittwe die Leibzucht genommen werden könne (b). Aber unſere Rechte erlauben nicht, jemand ſolcherwegen aus dem Amt oder der Gilde zu ſtoſſen (c), und noch weniger machet ſie ihn des Meyerrechts verluſtig. Die gemeine Rechte belegen nur mit der Infamia diejenige, welche intra annum luctus Unzucht treiben (d). Die Königl. Juſtiz-Canzley erkandte daher 1775, daß einer Wittwe des begangenen Stupri halber der alte Theil nicht genommen werden könne.

Der Meyer vermeynte, daß, da ſelbiger in Rückſicht auf die Kinder beſtimmet ſey, er zu vermindern wäre, wenn dieſe durch Dienſtleiſtungen bey fremden Leuten ihren Unterhalt ſich ſelbſt verſchaffen können, und der adeliche Gerichtshalter fruge an: Wiefern durch Minderung des alten Theils dem Hofe Erleichterung gegeben werden möge? Ihm wurde aber reſcribiret: „Weil gemeiniglich der alte Theil in den Eheſtiftungen ohne Einſchränkung beſtimmet wird, ohnerachtet man nicht weiß, ob und wie viele Kinder aus der Ehe erfolgen werden, mithin es irrig, daß die Beſtimmung in Rückſicht auf ſelbige

geſchiehet,

geſchiehet, und alſo der alte Theil vermindert werden mag, wenn die Kinder ſich ſelbſt ernähren können; ſo iſt Gerd Heinrich Rippe mit ſeinem widerrechtlichen Geſuch abzuweiſen.

(a) Leyser Spec. 52. Med. 2. 3.
(b) Kraus *de Jure & moribus circa reſervata ruſticorum* Cap. 6. §. 4.
(c) Wernher Tom. III. Part. II. Obſ. 437. Hommel Obſ. 359.
(d) Nov. 39. Auth. *Eisdem pœnis* Cod. Lib. V. Tit. 9.

CXLI. Bedenken.

Demjenigen, welcher wegen des geleiſteten Erfüllungs-Eides obſieget, ſind nicht jedesmal die Unkoſten abzuerkennen.

Es iſt zwar communior aber nicht verior opinio in caſu præſtiti jurisjurandi ſuppletorii adverſarium in expenſas condemnandum non eſſe. Das Gegentheil behauptet Berger E. D. F. pag. 1017. und es lehret Temme de litis expenſis Cap. 9. Sect. 4. num. 7. Judex attentus eſſe debet, ut æſtimet, an probabiliter conſtet de jure vincentis & an victus temere ſe oppoſuerit. Eo apparente condemnandus in expenſas, quia ob defectum aliarum probationum alterum vexare non debuerit; Auch Leyser Spec. 88. Med. 5. Si judex argumenta allata tanti ponderis eſſe animadvertit, ut ipſum fere perſuadent, ſed tamen ad dubium tollendum adhuc jusjurandum ſuppletorium requirit, poſt ejus præſtationem victam in expenſas condemnare poteſt, welcher Meynung die Königl. Hannöverſche Juſtiz-Canzley anno 1775 beygepflichtet hat.

CXLII. Bedenken.

Ob jemand Vieh auf die gemeine Weide bringen darf, welches nicht mit den Aufkünften ſeines Landes im Winter erhalten werden kann?

Dieſe Frage iſt in regula zu verneinen. Solches findet aber bey Bürger-Güthern ſelten Anwendung, als wobey ſich gemeiniglich wenig Ländereyen findet, ſondern Stroh zugekaufet werden muß. Ein gleiches iſt von Burgſitzen zu ſagen, welche vielfältig in einer bloſſen Wohnung beſtehen (a). Wenn aber an einem Ort überflüſſige gemeine Weide vorhanden, ſo erlaubet man einem jeden ſo viel Vieh auf ſelbige zu bringen als er will (b). Sonſt aber muß die Anzahl nach Proportion der Aecker eines jeden beſtimmet werden.

(a) FLEISCHER *Inſtit. jur. feud.* Cap. 5. §. 30. BRUNQUELL *de Feudo Kemminatæ* §. 15. KLOTZ *de Feudo ædificii* §. 6.

(b) v. PUFENDORF Tom. IV. Obſ. 108.

CXLIII. Bedenken.

Ob der Abſchoß von auſſer Landes belegten Capitalien, auch vom Brautſchatz zu entrichten ſeye?

Geſetze haben gemeiniglich nur im Lande des Geſetzgebers verbindliche Kraft. Aber die Jura domicilii gelten auch wegen der Activ-Schulden, ſo auſſer Landes befindlich ſind. Von ſelbigen muß alſo der Abſchoß entrichtet werden (a).

Man pfleget ihn von dem auſſer Landes gehenden Brautſchatz nicht zu fordern (b). Weil die Heyrath zu einer Zeit vollzogen war, da beyde Eheleute hier im Lande wohneten, ſo konnte ihnen ſolches nicht zu ſtatten kommen, als ſie es nachher verlieſſen, und mußten dieſelbe von ihrem ſämtlichen Vermögen den Abſchoß bezahlen, mithin wurde erkandt, „daß Imploratin eine ſolche Specificam deſignationem alles desjenigen, ſo ſie an Mobilien, Baarſchaften und ausſtehenden Capitalien, als Erbin ihrer Eltern, empfangen, oder noch ausſtehen hat, zu ediren ſchuldig, welche dieſelbe mittelſt körperlichen Eides zu beſtärken vermag, des Implorantens Gegenbeweiß vorbehältlich.

(a) BERLICH Part. III. Concl. 52. num. 79. LEYSER Spec. 430. Med. 5. ENGAU Part. II. Sect. II. Reſp. 57. num. 12.

(b) SIMON *de Jure emigrandi* Cap. 4. th. 3. HOMMEL *Rhapſod.* num. 445.

CXLIV. Bedenken.

Wegen eines widerrufenen Bekenntniſſes iſt niemand zum Tode zu verdammen.

Die Wittwe Weers geſtunde, daß ſie mit einem vollſtändigen Kinde niedergekommen, die Nabelſchnur demſelben abgeriſſen, und ſolche nicht verbunden, auch dem Kinde Heede in den Mund geſtopft, weil daſſelbe ſo ſchwach geweſen, daß es nicht leben können, und ſie ihm dadurch eher von der Welt helfen wollen, wie es denn auch nachher würklich geſtorben ſey. In dem Viſo reperto des Medici und Chirurgici wird gemeldet: es wäre zu vermuthen, daß das Kind lebendig zur Welt gekommen, und nachher von einer Verblutung durch die Abreiſſung der Nabelſchnur geſtorben ſey; da aber der Körper bereits

fünf

fünf Wochen, theils im Waſſer, theils in der Erde gelegen, und beynahe in völlige Fäulung übergegangen, ſo unterſtünden ſie ſich nicht, ſolches mit Gewißheit zu beſtimmen. Die Inquiſitin widerrief ihr Bekenntniß, und gab vor, ſolches ſey dadurch veranlaſſet, daß die Gefangenwärterin ſie mit der Tortur bedrohet habe. Es ſey gänzlich unwahr, daß ſie dem Kinde die Heede in der Abſicht in den Mund geſtopfet, um daſſelbe dadurch eher aus der Welt zu bringen.

Nun iſt eines widerrufenen Bekenntniſſes halber, wenn keine glaubwürdige Urſach des Widerrufs erhellet, und das Corpus delicti nicht auſſer Zweifel geſetzet werden mag, zwar wohl eine auſſerordentliche harte, aber keine Todesſtrafe zu erkennen (a). Man kann jedoch die Inquiſitin peinlich befragen (b). In gegenwärtiger Sache wurde es für bedenklich gehalten, weil die Frau vermuthlich nicht wußte, ob das Kind mittelſt der Heede getödtet, oder eines natürlichen Todes geſtorben ſey, und des Conatus halber keine eines Kindermords Beſchuldigte zum Schwerdt zu verdammen (c), auch überhaupt in Zweifeln Lebensſtrafen nicht zu erkennen ſind (d); daher die Inquiſitin auf Lebenszeit in das Zuchthaus verdammet wurde.

(a) LEYSER Spec. 639. Med. 5. 6. 7. HARPPRECHT Dec. crim. 50. num. 47.

(b) HARPPRECHT Dec. crim. 33. num. 21. Dec. crim. 112. num. 23.

(c) BOEHMER Tom. III. Part. III. Dec. 860. num. 7.

(d) WERNHER Part. IV. Obſ. 4. num. 115.

CXLV. Bedenken.

Ob eines Bauren Wittwe von dem geführten Haushalt ihren Kindern Rechnung ablegen muß.

Wenn ein Bauer ſtirbt, und junge Kinder hinterläſſet, die noch nicht vermögend ſind, das Gut anzunehmen, ſo ſetzet die Wittwe den Haushalt fort; man erlaubet ihr, den Hof einem zweyten Mann auf gewiſſe Jahre zuzufreyen, und wenn er ſelbigen einem Stiefkind übergiebt, ſo bekömt er eine Leibzucht, und ſeine Kinder Ablagen (a). In der Meyerordnung Cap. 5. §. 7. heiſſet es: „Wenn ein Meyer mit Hinterlaſſung unmündiger Kinder ſtirbet, ſo ſind ſolchen Vormünder von der Obrigkeit zu beſtellen; der Guthsherr iſt jedoch befugt, wenn er will, deren Rechnung einzuſehen, und dabey Erinnerungen zu machen. Die Wittwe kann mit des Guthsherrn Genehmigung zur zweyten Ehe ſchreiten, und mit deſſen, auch der Vormünder Zuziehung, dem neuen Ehemann den Hof ſo

lange übertragen, bis eines der Kinder, welches der Guthsherr zu erwählen hat, dem Hofe vorſtehen kann. Dieſem Interims-Wirthe gebühret alsdenn, wenn er dem Hofe gut vorgeſtanden, nicht nur vor ſich, ſondern auch, wenn er zu einer anderweiten Ehe, nach Beſchaffenheit der Umſtände, mit guthsherrlicher Bewilligung ſchritte, ſeiner zweyten Frau die Leibzucht vom Hofe, und ſeine auf der Stelle erzeugte Kinder erhalten, nach Inhalt der guthsherrlichen Bewilligung, aus dem Hofe ihre Abfindung, wogegen jedoch ſowohl Vater als Mutter ihr Eingebrachtes, und die während der Verwaltung gemachte Beſſerung im Hofe laſſen müſſen.„ Nach des Mannes Tode darf die Wittwe nicht gleich zur zweyten Ehe ſchreiten. Sie iſt jedoch, bevor ſolches geſchehen, keine bloſſe Verwalterin ihrer Kinder, ſondern lebet, vermöge des faſt überall gebräuchlichen längſt Leib, längſt Gut, mit ſelbigen in Gemeinſchaft; wodurch dieſen ſelten etwas entgehet, weil die mehreſten Bauergüther dergeſtalt belaſtet ſind, daß gute Haushälter wenigen, oder keinen Ueberſchuß haben, ſondern genug thun, wenn ſie den Hof im Stande erhalten; daher man ihnen keine Rechnungs-Ablagen anmuthet. Mit gutem Grunde ſchreibet daher PESTEL de Succeſſione inter conjuges ab inteſtato Cap. 2. §. 7. Quale beneficium fuerit, matrem ad diviſionem cogi nequire, ſi adeo tenuiter & exiliter ad calculos revocanda ſit ipſius adminiſtratio, ut par acceptorum, & in uſus liberorum expenſorum, ratio exigatur.

(a) Meine Acceſſiones ad Comm. *de Jure villicorum* Obſ. 44.

Gründlicher

Unterricht

von

Regierungs- und Juſtizſachen;

worin unterſuchet wird:

Welche Geſchäfte ihrer Natur und Eigenſchaft nach vor die Regierungs- oder Juſtiz-Collegia gehören.

Gedruckt im Jahr 1788.

Vorrede.

§. I.

Gegenwärtige Schrift zu verfertigen, hat mir eine im Stift Hildesheim zwiſchen der Churfürſtl. Canzley und dem Churfürſtl. Hofgericht entſtandene Streitigkeit Anlaß gegeben. Dieſem lezteren legen die Landtagsabſchiede concurrentem jurisdictionem mit der erſteren bey; Wollen aber, daß es ſich in Regierungs- und peinlichen Sachen nicht miſchen ſolle. Es wurde alſo gefraget, was eigentlich Regierungsſachen ſind, welche ihrer Eigenſchaft nach vor eine Regierung gehören? Ich habe als der Stände Syndicus und zugleich Hofgerichts-Aſſeſſor ſolche zu erörtern, mithin die den Unterthanen competirende electionem fori zu behaupten, mich meinen Pflichten nach billig bemühet. Die Preißwürdigſte Gerechtigkeit Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Cöln als Biſchofen zu Hildesheim hat auch dieſe Arbeit nicht fruchtloß ſeyn laſſen, maſſen Höchſt dieſelbe nach vorgängiger ſorgfältiger der Sache Unterſuchung des Hofgerichts concurrentem jurisdictionem in den ſtrittigen Puncten der Stände

unterthänigſten Verlangen gemäß nicht nur in der Anno 1730 publicirten Hofgerichts-Ordnung, ſondern auch, als man nachmals den abgethanen Streit wieder erregen wollen, mittelſt der gerechteſten Reſolution vom 13. Aug. 1733. beſtätiget, und auſſer allen Zweifel geſetzet.

§. II.

Es ſcheinet zwar überflüßig und ungewöhnlich zu ſeyn, in entſchiedenen Sachen rechtliche Ausführungen abzufaſſen, und durch den Druck bekannt zu machen. Obſiegliche Urtheile oder gedeihliche Landesfürſtliche Reſolutiones ſind gemeiniglich der Endzweck einer ſolchen Arbeit. Wer dieſe erlanget hat, kann die Mühe ſparen, von ſeiner Befugniß die Obern oder auch andere zu überzeugen, und veranlaſſet, wenn er ferneren Beweiß führet, nur öfters einen unnöthigen Schriftwechſel.

§. III.

Der unpartheyiſche Leſer wird aber dem ohngeachtet die Publication dieſes geringen Werks hoffentlich billigen, und zwar Erſtlich deßwegen, weil es Sachen enthält, welche nicht allein im Stift Hildesheim Nutzen haben, und nur das Hildesheimiſche Hofgericht betreffen, ſondern wovon auch vielleicht an anderen Orten Gebrauch zu machen iſt. Die Entſcheidung der zu Hildesheim entſtandenen Zwiſtigkeit iſt nicht blos aus beſonderen Conſtitutionen dieſes Landes zu nehmen, ſondern dependiret fürnemlich von der Frage: Welche Schranken in Ermangelung Landesfürſtlicher zu recht beſtändiger Verordnungen das Weſen der Geſchäfte denen Regierungs- und Juſtitz-Collegiis ſetzet? Dieſe iſt bereits mehrmalen in anderen Teutſchen Fürſtenthümern entſtanden, und wird noch öfter künftig entſtehen, bevorab da es an manchen Orten nicht thunlich,

durch

durch willkührliche Verordnungen dergleichen Streitigkeiten abhelfliche Maaße zu geben. Die Urſachen, welche es demnach rechtfertigen, wenn man wichtige Quæſtiones juris publici & privati in öffentlichen Schriften abhandelt, entledigen auch mich von dem Vorwurf, daß die Herausgebung der gegenwärtigen eine überflüßige Arbeit ſey.

§. IV.

Dieſe wird aber nicht nur auſſer dem Stift Hildesheim Nutzen haben, ſondern in ſelbigem iſt ſie überdem Zweytens ganz nothwendig. Einige, welche ihre Rechnung dabey nicht zu finden vermeynen, daß die treugehorſamſte Stände ihres Preißwürdigſten Landesherrn bisher reichlich genoſſene Gnade beybehalten, mögten Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Cölln und Dero hohes Miniſtere gerne überreden, daß den Stift-Hildesheimiſchen Landſtänden in der Anno 1730. publicirten Hofgerichts-Ordnung und ſonſten zum Nachtheil der höchſten Landesobrigkeit verſchiedenes eingeräumet worden. Man vermiſchet das Intereſſe des Herrn und ſeiner Räthe, und will jedermann gerne glauben machen, daß, was der Canzley abgehet, und dem Hofgericht zuwächſet, Ihro Churfürſtl. Durchl. verliehren. Dieſes leztere Dicaſterium ſoll auf Bitten und Flehen der Ritterſchaft und Städte angeordnet, und dem Cotholiſchen Clero ein groſſes vergeben ſeyn, indem man ſelbigen quoad actiones reales von deſſen Jurisdiction nicht ausgenommen. Verſchiedene Contentioſa, welche vermöge der Reichsgeſetze vom Richter zu erörtern, und alſo wahre Juſtizſachen ſind, giebet man vor Regierungsſachen aus, und folgert daher, indem ſelbige der Erkenntniß des Hildesheimiſchen Hofgerichts übergeben worden, ſey die Gewalt der Regierung außerordentlich eingeſchränket, und hingegen die Jurisdiction des

Hofgerichts auf ungewöhnliche Weiſe erweitert. Daß die Stände verlangen, man möge Ihnen die Landesordnungen vor der Promulgation communiciren, und ohne deren Einwilligung ſelbigen nichts einflieſſen laſſen, ſo ihre in dem Herkommen, Landtagsabſchieden und anderen Pactis, auch den Reichsgeſetzen gegründete Jura ſchmählert, will vor einen unverantwortlichen neuerlichen Eingriff in die Landesfürſtliche Vorrechte ausgegeben, und behauptet werden, es hätten ſich die Vorfahren ſolche Prætenſiones nicht in den Sinn kommen laſſen. Auf die Landtags-Abſchiede als verbindliche Pacta ſich beziehen, ſoll eine Vermeſſenheit ſeyn, und den Ständen ſamt denen, ſo ihre Gerechtſame münd- und ſchriftlich zu vertheidigen ſchuldig, entblödet man ſich nicht die gefährlichſte Abſichten und eine ſtrafbare Kränkung der Landesfürſtl. Gerechſame beyzumeſſen. Es wird ganz unverantwortlich von ein und andern inſinuiret, gedachte Stände ſuchten mittelſt der Geldbewilligungen, welche bey Landtagen geſchehen, Jura Principis an ſich zu bringen, und es ſey ihnen ſolches bisher geglücket, inſonderheit da ſie die Publication der Hofgerichts-Ordnung ausgewirket. Wollen die Landſaſſen den Fürſtlichen Aemtern nicht die Befugniſſe, welche dieſe ſich anmaßen, ohne Widerſpruch einräumen, ſondern dasjenige, was ſie durch den Weg Rechtens zu behaupten vermeynen, auf erlaubte Weiſe mainteniren, ſo erkennet man harte Executionen und Perſonal-Arreſte wider dieſelbe, und fällt auf das grundfalſche Principium, daß ein Fürſt nicht ſchuldig ſey, mit ſeinen Unterthanen Proceſſe zu führen, und ſich in einige gerichtliche Diſceptation einzulaſſen, ehe jene, nicht im Gericht, ſondern vor der Regierung titulum derjenigen Gerechtſame ediret haben, welche der Cammer-Conſulent vor Regalien ausgiebet. Bis eine ſolche Editio geſchehen, ſoll die Regierung vi Imperii

die-

dieſenige als Turbatores zu ſtrafen befugt ſeyn, welche wider der Beamten Willen einigen Actum jurisdictionis vel venationis üben, weil man in den Gedanken ſtehet, daß ſecundum praxin totius Germaniæ, wer ſolche Befugniſſe ſich anmaſſet, zuforderſt titulum vel immemorialem præſcriptionem beybringen müſſe, mithin keine Poſſeſſio, wann ſich auch ein Landſaß 10, 20, 30 und mehrere Jahre darin befunden, ihm zu ſtatten komme, und die Kayſerl. Wahl-Capitulationes denen Reichsfürſten die Gewalt mittheileten, aller von den Unterthanen zur Hand genommenen Appellationen ohngeachtet, die Jura, welche ſie prætendiren, durch Zwangsmittel zu behaupten. Endlich will man die Landtags-Abſchiede und in Kraft derſelben bey Landtagen ertheilte Reſolutiones nicht doctrinaliter, ſondern nach Willkühr erklären, unter dem Vorwand, quod ipſius Principis ſit æſtimatio, quem modum beneficii ſui eſſe velit.

§. V.

Natürlich iſt es, daß die Stände die gehäßige Beymeſſungen abzulehnen ſuchen, ſo nur dahin zielen, ſie der Churfürſtl. Gnade verluſtig zu machen, welche zu demeriren, dieſelbe bisher ihre äuſſerſte Kräfte angewendet, und ferner anwenden werden. Es legen die Hildesheimiſche Acta comitialia unwiderſprechlich vor Augen, daß beſagte Stände nichts anders jemals begehret, als was vermöge des faſt allgemeinen Herkommens, bevorab der teutſchen Ertz- und Stifter, auch der heilſamen Reichsgeſetze treueſten Landſtänden zukömmt, und bündige Verträge denen Hildesheimiſchen mittheilen. Deren Wahlſpruch iſt: Parta tueri; welches ihnen mit Vernunft und Billigkeit niemand verdenken kann. Wann die im §. 4. erzählte Principia behauptet werden, ſo iſt ein Fürſtlicher Rath, welcher in Credit ſtehet, vermögend, die Landſaſſen um alles zu bringen. Mit welchen

chen Augen einige Glieder der Stift-Hildesheimiſchen Regierung der Stände Gerechtſame anſehen, geben dieſe ihre Grundſätze ſattſam zu erkennen, und da man bereits den Anfang gemachet hat, ſelbige ad praxin zu bringen, ſo erfordert die ohnumgängliche Nothwendigkeit, daß die Unterthanen wider ſelbige in Sicherheit geſtellet, und zugleich dargethan werde, wie unerfindlich die Auflagen ſind, mit welchen man treugehorſamſte Landſtände bey Ihro Churfürſtl. Durchl. zu verunglimpfen, mithin die ihnen zugefügte Beſchwerden zu beſchönen ſuchet.

§. VI.

In dieſer Abſicht zeige ich in gegenwärtiger Schrift auf das deutlichſte, daß dem Hofgericht die Anno 1730. publicirte Ordnung nicht das geringſte einräumet, was ihm, ohne die Landtagsabſchiede zu verletzen, entzogen werden können, vielmehr aber deſſen Juriſdiction darinn auf ganz ungewöhnliche Art eingeſchränket worden. Ich erweiſe pag. 9., wie die Actiones reales, ſo man wider den Catholiſchen Clerum anſtellet, vor ſelbiges den in Teutſchland üblichen Rechten nach gehören, und pag. 15. 17. daß nicht nur die Evangeliſche Ritterſchaft und Städte, ſondern auch ihre Catholiſche Mitſtände die Errichtung des Hofgerichts, und daß deſſen Juriſdiction nicht geſchmählet werden möge, begehret, daß auch die ehemalige Biſchöffe, inſonderheit aber Churfürſt Ferdinand und Maximilian Henrich p. m. ſolches keinesweges als ein ihrer Hoheit und Gerechtſamen nachtheiliges Dicaſterium angeſehen, ſondern davor gehalten, daß deſſen Anordnung und Conſervation dem ganzen Lande nützlich, ja nothwendig ſey. Was vor eine fehlſame Idee gewiſſe Leute von Regierungsſachen haben, leget die ganze Schrift vor Augen, und lehnet pag. 27. den Vorwurf ab, daß die Hildesheimiſche

Land-

Landſtände ſich eines Eingrifs in die landesherrliche Hoheit theilhaftig machen, und mehr als ihre Vorfahren begehren, wann ſie anſuchen, daß ohne vorgängige Communication mit denſelben keine Landesordnungen promulgiret, noch darin etwas ihren Gerechtſamen nachtheiliges verfüget werden möge. Daß es kein ſtrafbares Verbrechen iſt, wenn das Jus oder Factum zweifelhaft, denen Fürſtl. Cammern und Aemtern etwas im Gericht ſtreitig zu machen, erhellet aus demjenigen, was pag. 53. angeführet worden, und die handgreifliche Nichtigkeit der Meynung, daß ein Landesherr nicht eher gehalten, mit ſeinen Unterthanen viam juris anzutreten, bis dieſe einen Titulum beygebracht, iſt pag. 60. demonſtriret. Wie auch die Kayſerl. Wahl-Capitulationes denen Unterthanen die Commoda poſſeſſionis keinesweges entziehen, habe ich pag. 50. hoffentlich auſſer Zweifel geſetzet, und pag. 94. 95. die fehlſame Meynung, daß ein Fürſt, was er ſeinen Ständen verſprochen, nach Gefallen deuten, mithin unerfüllet laſſen könne, zur Genüge widerleget.

§. VII.

Der gehäßige Vorwurf, daß die Stände durch die bey Landtagen geſchehene Bewilligungen die Landesfürſtliche Vorrechte zu ſchmälern und an ſich zu bringen trachten, erfordert noch allhier eine gründliche Widerlegung. Es iſt zwar allerdings ſeit 11 Jahren der gnädigſten Landesherrſchaft ein gröſſeres Subſidium jährlich verwilliget, als vorhin geſchehen. Auch iſt es der Wahrheit gemäß, daß ſolches fürnemlich in der Abſicht geſchehen, auf die Deſideria Statuum erwünſchte Reſolutiones zu erlangen. Beym Antritt der Regierung Churfürſt Joſephi Clementis p. m. entſtunden zwiſchen ſelbigem und den Hildesheimiſchen Landſtänden beſchwerliche Ir-

rungen. Höchſtbeſagte Ihro Churfürſtl. Durchl. waren mit dem Quanto nicht zufrieden, welches Ihnen die Landſchaft bewilligte, und dieſe vermeynte, man könne es ihr als eine Schuldigkeit nicht anmuthen, ein mehreres zu entrichten. Der Herr und die Unterthanen fuhren übel dabey. Jener, weil er von den Ständen die begehrte erkleckliche Subſidia und ausserordentliche Kennzeichen ihrer Devotion nicht erhielte, dieſe, weil ſie beym Hofe in ihrem Suchen ſchlechtes Gehör fanden, auf die angebrachte Gravamina mit keinen gewierigen Reſolutionen verſehen wurden, und ſich den inſultes verſchiedener übelwollender Bedienten exponiret ſahen. Die hieraus entſtehende böſe Würkungen ſpürete man gar bald, und es wurden die Stände überzeuget, daß es vor die Unterthanen ſchlecht geſorget ſey, wenn man um eine gewiſſe Summe Geldes jährlich zu erſparen, ſich auſſer Stand ſetzete, ſelbigen wider viele erduldende Bedrückungen Hülfe zu verſchaffen, und wie vielmehr die Klugheit erfordere, das äuſſerſte anzuwenden, um der Landesherrſchaft Gnade zu erwerben, mithin die Hinderniſſe aus dem Wege zu räumen, welcherwegen er bisher nicht möglich geweſen, die ſo nöthige Verbeſſerung des Juſtiz- und Policeywesens auszuwirken. Ihro Churfürſtl. Durchl. und Dero hohes Miniſterium befanden auch leicht, wie wenige Urſach Sie hätten, die Stände zu enthören, da ihr Verlangen nicht auf die Beförderung eines Privat Intereſſe, ſondern nur auf die Erhaltung und Vermehrung der Wohlfart des ganzen Landes abzielete, und dergeſtalt beſchaffen war, daß eine jede Landesobrigkeit billig von Amtswegen dasjenige verfügen ſollte, was die Hildesheimiſche Stände begehrten, und durch auſſerordentliche Verwilligungen ihr dankbares Gemüth dagegen zu erweiſen bereit waren. Dieſer-

ſerwegen erhielte man denn Anno 1722. einen in verſchiedenen Puncten denen Deſideriis gemäſſen Landtags-Abſchied, in welchem der Grund zu denen Reſolutionen geleget worden, die bey den folgenden Landtagen ertheilet ſind. Denn Ihro jeztregierende Churfürſtl. Durchl. folgeten dem rühmlichſten Exempel Ihres Durchlauchtigſten Herrn Vorfahren am Hochſtift, und wollten vollſtrecket wiſſen, was Selbiger verheiſſen, wogegen die Stände bey allen Landtagen durch anſehnliche und gröſſere Bewilligungen, als man ſonſt zu thun pflegte, viele werkthätige Proben ihrer vollkommenſten Devotion und verehrungsvollen Erkenntlichkeit des empfindenden Landesväterlichen Eifers, womit Ihro Churfürl. Durchl. vor die Erhaltung und Beförderung der Wohlfart dieſes Hochſtifts ohnermüdet Sorge tragen, bey aller Gelegenheit zu erkennen gegeben haben. Dieſem allen nach iſt es wahr, daß in der Abſicht die Erledigung der Gravaminum politicorum zu erlangen, dem gnädigſten Landesherrn von ſeinen Ständen anſehnliche auſſerordentliche Verwilligungen geſchehen, unwahr aber, daß dieſen dagegen die Landesfürſtl. Gerechtſame ſacrificiret, und das mindeſte eingeräumet worden, was man ihnen mit Billigkeit verſagen können. Um ſolches handgreiflich vor Augen zu legen, iſt es nöthig, von den Reſolutionen eine kurze Nachricht zu geben, welche ſo ſehr beneidet, und mit ſcheelen Augen angeſehen werden. Sie ſind von zweyerley Gattung. Einige enthalten rechtliche Verordnungen, mittelſt welcher verſchiedene auf keine Weiſe zu rechtfertigende Beſchwerden abgeſtellet ſind. Andere beſtehen in ſolchen Verfügungen, die zwar ein Landesherr dem äuſſerlichen ſtrengen Recht nach nicht ſchuldig zu machen, welche er aber, weil ſie das gemeine Beſte augenſcheinlich befördern, ohne

Hindanſetzung ſeiner Pflichten nicht unterlaſſen, und difficultiren mag, wenn die Stände darum anſuchen.

§. VIII.

Zu der Erſten Gattung zähle ich billig, 1) daß die Hofgerichts-Jurisdiction in denen von der Regierung angefochtenen Puncten vor gegründet erkandt und beſtätiget, 2) der dem Schatz-Collegio vermöge der Schatzordnung gebührende, ohne alle Urſache aber entzogene Judenſchatz ſelbigem zugebilliget, und 3) verſprochen worden, daß von dem Ueberſchuß der verwilligten Monatlichen Contributionen niemand einſeitig diſponiren, ſondern ſelbiger zu dieſes Hochſtifts Nutzen und Beſten, wohin Sr. Churfürſtl. Durchl. oder Nahmens Deroſelben Dero heimgelaſſene Regierung und löbl. Landſtände es nothwendig zu ſeyn erachten, verwendet werden ſolle, daß 4) allen Gerichtsperſonen befohlen iſt, von keinen ſtreitenden Partheyen einiges Geſchenk anzunehmen, und verheiſſen worden 5) den Mißbrauch der Jägerzehrung abzuſtellen, 6) mit der Baulebung keinen wider das alte Herkommen zu beſchweren, 7) in den die Fürſtl. Hofkammer und Aemter betreffenden Sachen gleich durchgehende Juſtiz adminiſtriren und Niemanden via facti des ſeinigen entſetzen, noch der Unterthanen hergebrachte Gerechtſame in poſſeſſorio & petitorio kränken, auch endlich 8) bevor einige Criminal Expenſen von denjenigen beygetrieben werden, welche dem Herkommen nach dieſelbe ganz oder zum Theil zu entrichten ſchuldig, ihnen deren Deſignation communiciren und ſpecifice anzeigen zu laſſen, wohin ſelbige verwandt worden. Daß die Hofgerichts-Jurisdiction in denen ſtreitig gemachten Puncten vor Promulgation der Ordnung, und ehe Ihro Churfürſtl. Durchl. die im §. 21. enthaltene Reſolutiones

erthei-

ertheilet, bereits gegründet geweſen, iſt in dieſer Schrift hoffentlich zur Genüge dargethan. Wer vermeynet, es ſey in den übrigen 7 Reſolutionibus etwas den Landesherrlichen Vorrechten nachtheiliges eingeräumet, der muß dafür halten, es könne wider die durch den bekannten Braunſchweigiſchen Haupt-Receſs beſtätigte Schatzordnung der Landſchaft eine Steuer entzogen, und von den gemeinen Landesmitteln ohne der Stände Conſens nach Willkühr diſponiret werden, einem Richter ſey erlaubet, von den ſtreitenden Partheyen Geſchenke anzunehmen, und billig, daß, wenn die Fürſtliche oder auch der Beamten Jäger in den Dörfern das Nachtlager nehmen, die Unterthanen ſie nicht nur an den Orten, wo es erweislich hergebracht, mit nothdürftiger Speiſe und Trank verſehen, ſondern denſelben, ſo viel ſie ſauffen wollen, reichen, die Baulebung oder das Mortuarium können die Aemter auch von denjenigen beytreiben, deren Vorfahren es nimmer entrichtet haben, dieſe, wann ſie mit den Landſaſſen und Unterthanen in Zwiſtigkeiten gerathen, wider ſelbige via facti verfahren, und ſie ſofort aus der Poſſeſſion ſetzen, wann ſie ſich gleich 30, 40, 50, und mehrere Jahre darin befunden, auch müſten die Unterthanen, was man ihnen in folle unter dem Vorwand nöthiger Criminal Koſten abfordert, bezahlen, ohne zu unterſuchen, ob ſolches alles zu Uebung der peinlichen Gerichtbarkeit nöthig, und ob ihnen nicht ein mehreres aufgebürdet werde, als von Alters hergebracht iſt? Der vernünftige Leſer würde es mir ohne Zweifel ſehr verdenken, wann ich die in die Augen fallende Widerrechtlichkeit aller dieſer Sätze, mithin daß denen Ständen in den angeführten Reſolutionibus nur dasjenige eingeräumet worden, was man ihnen ohne Unbilligkeit nicht verſagen können, zu

erweiſen mich bemühete. Ich will erwarten, ob ſich jemand unterſtehen werde, es zu leugnen? und alsdenn darthun, daß ſolche Leute ſich entweder einer groſſen Vermeſſenheit theilhaftig machen, indem dieſelbe von Geſchäften urtheilen, wovon ſie keinen hinlänglichen Unterricht haben, oder ihre Begriffe von den Rechten Teutſcher Landſtände und Unterthanen gar unrichtig ſind, und den Fundamental-Geſetzen des Reichs zuwider laufen. Nur mögte es einigen von der hieſigen Verfaſſung nicht ſattſam informirten einer Erläuterung würdig zu ſeyn ſcheinen, warum Ihro Churfürſtl. Durchl. der Landſchaft nachgegeben, daß ohne ihren Conſens von den aufgekommenen und verwilligten Contributionen nicht diſponiret werden ſoll? auch man es etwan vor zweifelhaft halten, ob den Unterthanen wider die Fürſtl. Cammer und Aemter ein Poſſeſſorium einzuräumen geweſen? Das erſtere will ich in einer Zugabe dieſer Schrift in das nöthige Licht ſtellen, das lezteré aber bey anderer Gelegenheit wider die gemachte Einwürfe nächſtens vertheidigen, wie es auch zum Theil pag. 50 bereits geſchehen.

§. IX.

Zur zweyten Gattung der von den Hildesheimiſchen Landſtänden ausgewürkten Landesfürſtlichen Reſolutionen gehöret: 1) die erlangte Publication der Hofgerichtsordnung, und 2) der Dienſtordnung; daß 3) die Churfürſtl. Canzley angewieſen iſt, beſagte Hofgerichtsordnung gleichfalls, inſoweit derſelben Inhalt ſich auf die Verfaſſung dieſes Dicaſterii ſchicket, zu beobachten, und gnädigſt verſprochen worden 4) die Canzleyordnung, wie auch 5) die Amts- und Untergerichtsordnung revidiren 6) eine Holzordnung abfaſſen, und 7) ein Reglement concertiren zu

laſſen,

laſſen, um den Mißbrauch der Koppeljagd zu behindern, auch 8) die von Alters nicht vergleitete Juden aus dem Lande zu ſchaffen, und 9) denen Städten, ſo viel möglich, zu ihrer ganz darnieder liegenden Braunahrung hinwieder zu verhelfen, daß auch 10) beliebet iſt, in den Setz- und Paarzeiten das Wild zu verſchonen, und 11) wegen der häufig ins Land kommenden fremden Bettler eine heilſame Verordnung gemachet worden. Dieſe Reſolutiones gehen insgeſamt dahin, daß durch heilſame Geſetze die Wohlfart des Landes befördert, inſonderheit aber dem mißlichen Arbitrio der Obrigkeiten und Bedienten Schranken geſetzet werden mögen. Wenn das leztere geſchiehet, ſo verliehret zwar wohl ein und anderer Landesfürſtl. Diener etwas, indem ihm das Vermögen entzogen wird, in vielen Fällen nach Willkühr und Wohlgefallen zu verfahren. Was entgehet aber doch dem Landesfürſten ſelbſt dadurch? Die wahre Wohlfahrt ſeiner Stände und Unterthanen iſt mit der ſeinigen auf das genaueſte verknüpfet, folglich wird ſelbige durch Ordnungen und Geſetze, welche der Billigkeit und dem gemeinen Beſten gemäß, auſſer Zweifel befördert. Hingegen bringet es Ihm nicht den geringſten Nachtheil, wenn man ſeine Räthe und Diener nöthiget, in Handhabung der Gerechtigkeit auch anderen Amtsverrichtungen gewiſſe heilſame zur Verbeſſerung des Juſtitz- und Policeywesens gereichende Regeln zu beobachten. Ich vermeyne alſo unwiderſprechlich dargethan zu haben, daß die von den Hildesheimiſchen Ständen begehrte und ihnen ertheilte Landesfürſtliche Reſolutiones, welche ihre Mißgönner ſo übel abmahlen, der natürlichen Billigkeit und den in Teutſchland üblichen Rechten nicht weniger, als der politiſchen Klugheit und prudentiæ legislatoriæ gemäß ſind.

§. X.

§. X.

Befremdlich iſt es ferner, daß man es gedachten Landſtänden übel deutet, daß ſie die Erfüllung desjenigen, was in den Landtagsabſchieden abgeredet und verſprochen iſt, begehren, und ſich eines ihnen als Compaciſcentibus aus ſelbigen zuſtehenden Rechts rühmen. Man wird in Teutſchland wohl wenig Landſchaften finden, welchen nicht dieſer Ruhm beyzulegen iſt. Die aus dem Weſen eines Staats und bürgerlichen Regiments entſpringende Verbindlichkeit iſt in den mehreſten Königreichen und Fürſtenthümern durch beſondere zwiſchen den Herren und Unterthanen errichtete Verträge noch mehr beſtärket, und die ſowohl der Landesobrigkeit als den Ständen competirende Befugniſſe dadurch auſſer Zweifel geſetzet. Sr. Churfürſtl. Durchl zu Cölln haben gerechteſt zu erkennen gegeben, wie Ihr gnädigſter Wille dahin gehet, daß man mit Dero Landſtänden und Unterthanen ſolchergeſtalt verfahre, daß es bey den höchſten Reichsgerichten könne verantwortet werden. Wie mag man ſich aber die Hofnung machen, bey ſelbigen zu behaupten, es ſey eine Vermeſſenheit, wann die Stände ſich rühmen, Compaciſcentes zu ſeyn, und denen Landtagsabſchieden vim pactorum beylegen? Daß ſolches von dem hochpreißl. Kayſerl. Reichs-Hofrath geſchiehet, erhellet unter andern aus dem in dieſer Schrift pag. 33. angeführten Præjudicio, und des Herrn Cammergerichts Aſſeſſoris von LUDOLF Symphor. 1. Conſult. 6. pag 153. leget vor Augen, wie man bey dem hochpreißl. Kayſerl. Cammergericht keine andere Meynung heget, wann es daſelbſt heiſſet: In imperio Germanico vivitur non legibus ſolum, ſed & conſuetudine recepta, & ubi pacta inter imperantes atque ſubjectos ſunt inita, ea religioſe ſunt obſervanda & in judicio

dicio ſequenda. Der eifrige Vertheidiger der landesherrlichen Jurium wider die Landſtände, Herr ENNO BRENNEISEN, Fürſtl. Oſtfrieſiſcher geheimter Rath und Canzler, träget kein Bedenken in ſeiner Oſtfrieſiſchen Hiſtorie und Landesverfaſſung *Tom* I. *Lib.* I. *Cap.* I. §. 9. alſo zu ſchreiben: Es iſt eine gemeine Lehre der teutſchen Rechtsgelehrten, daß die teutſche landesherrliche Hoheit nicht ungebunden, ſondern durch zwey Stücke *limitiret*, eingeſchränket, und gemäſſiget werde, 1) durch die allgemeine Reichsgeſetze in Anſehung nicht allein Sr. Kayſerl. Majeſtät und des geſamten Reichs, ſondern auch der Unterthanen, 2) durch ein altes im Lande ſelbſt von langer Zeit hergebrachtes ſogenanntes altes Herkommen und zwiſchen Herren und Unterthanen aufgerichtete Landes-*Receſſe* und Verträge. Halten nun alſo die höchſte Reichsgerichte, ſelbſt Fürſtl. Miniſtri, und mit ihnen alle vernünftige Publiciſten davor, daß die Landes-Receſſe die teutſche landesherrliche Hoheit einſchränken, mithin ein Fürſt und ſeine Stände Compaciſcentes ſind; ſo mag es kein Menſch denen Hildesheimiſchen Landſtänden verdenken, wann ſie auch dieſe Meynung äuſſern.

§. XI.

Um ſelbigen nebſt der Landesfürſtl. Gnade den kräftigen Schutz zu entziehen, und die im §. 4. angeführte harte fiſcaliſche Principia zur Uebung zu bringen, bemühet man ſich, Ihro Churfürſtl. Durchl. glauben zu machen, die Klöſter, der Adel, und die Städte erweiterten unbefugter Weiſe ihre Jagd-Diſtricte, und thäten widerrechtliche Eingriffe in die landesfürſtliche Gerechtſame, weswegen man gegen ſie via facti verfahren müßte, damit nicht die Hofkammer und Aemter in unzählbare Proceſſe ver-

wickelt, mithin deren Jura theuer und koſtbarlichſt erſtritten werden müßten. So wenig nun eine Regierung, ehe ſie beyde Theile zur Genüge gehöret, auf einſeitige Berichte der Beamten und Forſtbedienten jemand verdammen, und die Landesherrſchaft verſichern kann, daß in den zwiſchen ihren Aemtern und Unterthanen entſtandenen Jagdſtreitigkeiten das Recht auf der erſteren Seite iſt, und die leztere ſtrafbare Eingriffe vornehmen, ſo wenig mögen auch die Stände behaupten, daß in allen ſolchen Streitſachen vor die Klöſter, den Adel, und die Städte zu ſprechen, mithin dieſe insgeſamt künftig bey unpartheyiſchen Richtern obſiegliche Urtheile erlangen werden, ſondern, um ausfündig zu machen, wer des andern Befugniſſe widerrechtlich ſchmählert, iſt eben ein Proceſs und gerichtliche Erörterung nothwendig. Solche Irrungen entſtehen öfters nicht ſowohl aus Bosheit und ſtrafbaren Vorſatz, eines andern Recht unbefugter Weiſe zu kränken, als vielmehr aus Mißverſtand und Mangel hinlänglichen Unterrichts in Jure vel facto. Es wird daher ein jeder vernünftiger von Vorurtheilen nicht geblendeter Menſch es mißbilligen, daß man diejenige, welche die Aemter in Proceſſe verwickeln wollen, durch ſchwere Geldſtrafen und Perſonalarreſte von ſolchem Vorhaben abzuſchrecken ſuchet, damit die landesherrliche Gerechtſame nicht theuer und koſtbarlichſt erſtritten werden müſſen. Ich habe in folgendem Unterricht §. 12. 13. 14. ſattſam dargethan, daß die Reichsgeſetze denen Unterthanen auch gegen ihre Landesobrigkeit den Weg Rechtens öfnen, mithin es keinesweges ſtrafbar iſt, auf ſelbigem ſein Heil zu verſuchen, und, wenn das Jus oder Factum zweifelhaft, einen Proceſs zu erregen. Hat dieſes ſeine Richtigkeit, ſo handeln diejenige wider die Reichsgeſetze, welche denen

nen Unterthanen den Weg Rechtens auf eben erwähnte Art verſperren. Bewunderungswürdig iſt es, daß man ſich nicht entblödet, ein ſolches Verfahren Ihro Churfürſtl. Durchl. deswegen anzurathen, damit nicht Dero Gerechtſame im Gericht theuer und koſtbarlichſt erſtritten werden müſſen. Wer mit einem ſolchen Bewegungsgrunde etwas auszuwirken vermeynet, muß ſich einen ſchlechten Begriff von der Großmuth ſeines Herrn machen. Ihro Churfürſtl. Durchl. haben davon die ganze Welt und insonderheit Dero treugehorſamſte Unterthanen ſo viele werkthätige Proben empfinden laſſen, daß ſelbige verſichert ſind, es werden dieſe niederträchtige Conſilia vielmehr denen, welche ſie ertheilen, als dem Lande ſchädlich ſeyn, und Ihro Churfürſtl. Durchl. mit Indignation wahrnehmen, daß man Höchſtderoſelben anmuthet, um Advocatur- und Gerichts-Gebühren zu erſparen, wider die Reichs- und Landesgeſetze handeln, und Dero getreueſten Landſaſſen die Adminiſtration der Juſtitz verſagen zu laſſen. Dafern der Herr Cammer-Conſulent (welcher den dieſe motive enthaltenden Bericht mit unterſchrieben, und alſo wider die Stände zugleich fiſcaliſche Klagen übergiebet, und die Reſolutiones darauf abfaſſen hilffet) ſein Unvermögen erkennet, in allen entſtehenden Proceſſen die landesherrliche Jura zu vertheidigen, was können die Stände und Unterthanen davor, und iſt wohl ſolches eine Urſach, keine Proceſſe wider die Aemter zu verſtatten? Wenn dieſe nur poſt productionem tituli ſtatt finden, ſo bedürfen Ihro Churfürſtl. Durchl. gar ſelten eines Amts-Advocati und können alſo ein Ehrliches von der bisher darauf verwandten Koſten erſparen. Wenigſtens machet dieſes Principium allen Jagd-Proceſſen ein Ende, weil es ein leichtes, mittelſt deſſelben ſofort alle Klö-

ſter, den Adel und die Städte ohne einige Gerichtliche Erörterung um die Jagd-Gerechtigkeit gänzlich zu bringen. Denn mit ſchriftlichen Conceſſionen ſind die wenigſten verſehen, und iſt mir noch kein Stift-Hildesheimiſcher Lehnbrief zu Geſichte kommen, worin der Jagden Meldung geſchiehet, obwohl ſie faſt alle Landſaſſen üben. Auſſer einigen wenigen, welche bey entſtandenen Streitigkeiten durch Vergleiche, ſo mit der Landesherrſchaft errichtet worden, dieſe Befugniß in Sicherheit geſtellet haben, fehlet es allen andern an einem Titulo. Nach des Herrn Amts-Advocati Sätzen kann man auch immemorialem præſcriptionem unmöglich darthun, weil derſelbe behaupten will, es ſey ſolche durch ein gewiſſes Landesfürl. Reſcriptum de 1662. interrumpiret, folglich ſtehet es in ſeinem Vermögen, ohne ſich mit einigen Proceſs zu bemühen, aus dem gröſten Theil des Landes ein Fürſtliches Gehege zu machen, und faſt allen Klöſtern, Adelichen Güthern und Städten das Jus venandi zu nehmen, welches jedoch die mehreſte und inſonderheit die Adeliche Landſaſſen ſo lange dieſe Lande von Menſchen bewohnet worden, ohne Widerſpruch geübet haben.

§. XII.

Man wird es auſſer Zweifel ſehr übel empfinden, und gehäſſig auslegen, daß ich die Stift-Hildesheimiſche Stände in einer öffentlichen Schrift vertheidige, daher ich auch ſolches zum voraus rechtfertigen muß. Es iſt ein Zeichen, daß diejenige, ſo ſich hierüber beſchweren, das Urtheil der Unpartheiſchen Welt fürchten, weil es ihnen ſonſt nicht mehr mißfallen könnte, wenn man ſolche als die Obern, welchen die Entſcheidung der entſtandenen Zwiſtigkeiten zuſtehet, von allen Umſtänden gründlich unterrich-

terrichtet. Warum ſollte es doch verbothen ſeyn, was man dem Gnädigſten Landesherrn zu Füſſen legen, und deſſen Miniſterio vortragen darf, durch den Druck bekannt zu machen? Solches geſchiehet am Römiſchen Hofe, auf dem Reichstage und bey den Höchſten Reichsgerichten, auch ſonſt in wichtigen Controverſien vielfältig. Mir kann man aus der Publication gegenwärtiger Schrift ſo viel weniger ein Verbrechen machen, da ſelbige auf die Rechtfertigung der wegen des Hofgerichts ertheilten Landesfürſtl. Reſolutionen fürnemlich abzielet, und von ohnumgänglicher Nothwendigkeit iſt, um die ſchädliche Wirkungen der gefährlichen Inſinuationen zu behindern, welche wider die Stände bevorab aber die Ritterſchaft und Städte oberwähntermaſſen geſchehen. Es iſt nicht möglich, alle diejenige, denen dergleichen vorgebracht worden, auf andere Weiſe als durch eine öffentliche Schrift von deren Nichtigkeit zu überzeugen, maſſen derſelben eine groſſe Anzahl, man ſie auch nicht alle kennet, noch einem jeden münd- oder ſchriftliche Gegenvorſtellung zu thun, Gelegenheit hat, gleichwohl verſichert iſt, daß nicht nur Ihro Churfürſtl. Durchl. ſelbſt und Dero hohen Miniſterio, ſondern auch verſchiedenen Stifts-Hildesheimiſchen vornehmen Geiſtlichen Mitſtänden ſehr harte Beſchuldigungen vorgetragen worden, welche denen, ſo von allen Umſtänden nicht gründlich unterrichtet, gar leicht einen fehlſamen Begriff beybringen, und alſo viel Böſes nach ſich ziehen können. Solches wird hoffentlich dieſe Arbeit verhindern, und diejenige, welche nicht von Vorurtheilen eingenommen ſind, überzeugen, daß die Hildesheimiſche Landſtände weder etwas begehret noch erhalten haben, was man ihnen mit Recht und Billigkeit verſagen können, folglich daß die von einigen übel wollenden

erregte Zweifel theils auf irrige Principia Juris, theils aber auf unerfindliche Facta ſich gründen.

§. XIII.

Die Klagen, welche den Landſtänden ausgepreſſet werden, ſind nicht wider die ganze Churfürſtl. Stift-Hildesheimiſche Regierung gerichtet. Man weiß gar wohl, daß derſelben Illuſtre vorſitzende Glieder an den Bedrückungen, deren in dieſer Schrift Meldung geſchiehet, keinen Theil nehmen, und kennet die Auctores der harten Auflagen, womit man die Stände zu verunglimpfen trachtet. Vielleicht ſuchet ein und anderer Gelegenheit, ſeine Stärcke zu erweiſen, und unternimmt aus Mangel hinlänglichen Unterrichts die Behauptung inſoutenabler Sätze. Denn daß man wider beſſer Wiſſen und Gewiſſen, um ehrlichen Leuten Tort zu thun, zu deren Nachtheil ſo viel redet und ſchreibet, will ich aus chriſtlicher Liebe nicht glauben. Ich eröfne jezt denjenigen, welche denen in dem §. 4. angeführten Sätzen beypflichten, ein weites Feld, ihre Gelehrſamkeit zu zeigen, und will erwarten, wie dieſelbe was ſie avanciret haben, wider dieſe Schrift vertheidigen werden. Irren iſt menſchlich, und ich bin bereit, meine Fehler zu erkennen, wenn man mich deren überführet. Man ſoll mich hingegen aber auch nicht ſäumig finden, die Paralogiſmos derjenigen vor Augen zu legen, welche treugehorſamſten Ständen, ſo ganz ein anders um den gnädigſten Landesherrn verdienet haben, ihre feſt gegründete Befugniſſe zu nehmen trachten. Gleichwie Gott das Durchlauchtigſte Chur-Haus Bayern auserſehen zu haben ſcheinet, um die teutſche Ertz- und Stifter das ſüſſe Regiment des Krumſtabes empfinden zu laſſen, ſo hat auch inſonderheit das Stift Hildesheim ausnehmende Wirkungen da-

von verſpüret. Gegenwärtige Schrift erweiſet, wie ſehr die preißwürdigſte Churfürſten Ferdinand und Maximilian Henrich ſich bemühet, unpartheyiſche Gerechtigkeit handhaben zu laſſen, und dadurch die Wohlfahrt des Landes zu befördern. Eben dieſe rühmlichſte Abſicht hat Churfürſt Joſeph Clement p. m. im Landtagsabſchied de 1722. zu erkennen gegeben, und während der Regierung des Durchlauchtigſten Churfürſten Clement Auguſten iſt kein Landtag geſchloſſen, bey welchem nicht nur auf der Stände unterthänigſtes Anſuchen heilſame zur Verbeſſerung des Juſtitz und Policeywesens gereichende Reſolutiones ertheilet ſind, daher denn das Stift Hildesheim faſt alle gute Geſetze und Ordnungen, welche ſich in ſelbigen finden, dieſen Durchlauchtigſten Fürſten, inſonderheit aber dem gerechteſten Churfürſten Maximilian Henrich, und Ihro jeztregierenden Churfürſtl. Durchl. zu danken hat. Da höchſtdieſelbe bisher in die rühmlichſte Fußſtapfen dieſes preißwürdigſten Vorfahren getreten, ſo zweifeln die Hildesheimiſche Stände keinesweges, daß ſie auch gleich Selbigen Dero Landesfürſtl. Gnade ihnen und den ihrigen unverändert werden angedeihen laſſen. Die tägliche Erfahrung lehret es, daß allen Staaten nichts gedeilicher iſt, als ein gutes Vernehmen zwiſchen Haupt und Gliedern. Dieſes wird unterhalten, wenn den Ständen landesfürſtlicher Schutz widerfähret, ſie in ihren billigen Suchen Gehör finden, und deren Gerechtſame ohngekränket bleiben, dagegen aber ſelbige dem gnädigſten Landesherrn eine wahre Devotion und Treue in der That beweiſen. Die Hildesheimiſche Stände haben es daran bisher nicht ermangeln laſſen, und werden auch künftig bey aller Gelegenheit darthun, daß ihr Eifer vor den Dienſt Sr. Churfürſtl. Durchl. ganz vollkommen, und

unauf-

unaufhörlich iſt, mithin die wider die Rechte und das wahre landesfürſtl. intereſſe lauffende Conſilia ihrer Mißgönner hoffentlich die Wirkungen nicht haben, welche ſich ſelbige davon verſprechen. Man begehret in dieſem von Gott vor vielen andern geſegneten Lande billig nichts ſo ſehnlich, als daß mit der angefangenen Verbeſſerung des Juſtitz- und Policeyweſens fortgefahren, und ſelbige zur Würklichkeit gebracht werde. Solches erwarten rechtſchaffene Patrioten von Ihro Churfürſtl. Durchl. Weltgeprieſener Æquanimität und Gnade, daher denn nicht weniger ihr eigenes intereſſe und das Verlangen die Wohlfahrt des Landes befördert zu ſehen, als die Pflichten, womit ein jeder Unterthan der Landesherrſchaft verbunden iſt, ſie billig bewegen, von Grund der Seelen zu wünſchen, daß Gott höchſtgedachter Sr. Churfürſtl. Durchl. reichen Seegen und Kräfte verleihen wolle, das Ruder des Regiments ſo vieler Chur- und Fürſtenthümer bis auf das ſpäteſte Alter ferner glücklich und glorreich zu führen.

SECTIO I.

Vom Urſprung der höheren Gerichte in den teutſchen Fürſtenthümern, Graf- und Herrſchaften.

§. I.

Eine Bürgerliche Geſellſchaft kann unmöglich beſtehen, wann nicht in ſelbiger Recht und Gerechtigkeit gehandhabet, die erwachſene Streithändel billigmäſſig abgethan, und das Böſe mit verdienter Strafe angeſehen wird. Denn in deſſen Ermangelung iſt es unmöglich, die äuſſerliche Ruhe zu erhalten, und einem jeden den ſicheren Genuß des Seinigen zu verſchaffen. Um dieſen Endzweck zu erreichen, haben jedoch die Menſchen ſich der ihnen ſonſt ſo angenehmen natürlichen Freyheit begeben, und der Herrſchaft anderer unterworfen. Die Richterliche Gewalt klebet demnach der höchſten Obrigkeit als ein weſentliches Stück derſelben an, und haben die Teutſchen Könige vor Zeiten kein Bedenken getragen, ſich öfters ſelbſt auf den Richterſtuhl zu ſetzen, und die vorkommende Zwiſtigkeiten zu erörtern (a), wie man es denn für eine Verſäumniß ihres Amts hielte, wenn ſie ſolches

Könige und Fürſten ſaſſen vor Zeiten öfters ſelbſt im Gericht.

unterlieſſen (b). Auch Fürſten, Grafen und Herren erſchienen noch vor 3-400 Jahren, und wohl zu neuern Zeiten, vielfältig im Gericht, und beurtheileten die Streitigkeiten ihrer Unterthanen (c).

(a) Vid. CONRING *de Judiciis Reipublicæ Germanicæ* § 21. 24 38. Hr. Hofrath KRESS *in Diſſert. de Variis Jurisdictionis criminalis in Germania generibus* Obſ 4. §. 7. Hr. JOH. SAM. BOEHMER *de Majeſtate Imperii Magiſtratuum majorum* C. 2. §. 4. p. 58. In Ludovici Imperatoris *Capitular. addit.* 4. Cap. 82. *apud* LINDENBROGIUM pag. 1192. heiſſet es: Hoc miſſi noſtri notum faciant Comitibus, quod nos in omni hebdomada unum diem ad cauſas audiendas & judicandas ſedere volumus. Inſonderheit gehöreten vor den König die Rechtshändel, welche Fürſten und Herren betrafen, und die Beſchwerden der Partheyen über das Verfahren der Unterrichter. Die *Annales Franc. Fuldenſes ad Annum* 852. enthalten davon folgendes Exempel: Ubi ordinatis & diſpoſitis, quæ videbantur neceſſaria, ſine mora rediens per alveum Rheni fluminis navigio venit Coloniam (Ludovicus Rex). Ubi cum quibusdam ex Hlotharii fratris ſui Principibus habita locutione, profectus eſt in Saxoniam *ad eorum vel maxime cauſas, qui à pravis & ſubdolis judicibus neglecti & multimodis (ut dicunt) legis ſuæ dilationibus decepti*, graves atque diuturnas patiebantur injurias — Igitur in loco qui appellatur Nimia — habito generali conventu tam *cauſas populi ad ſe perlatas de juſto abſolvit examine*, quam ad ſe pertinentes poſſeſſiones juridicorum gentis decreto recepit. Inde tranſiens per Angros, Harudos, Svabos & Hulſingos & per manſiones ſingulas, prout ſe præbuit opportunitas, *cauſas populi judicans* Thuringiam ingreditur. Wie einem jeden erlaubet geweſen, die rechtliche Hülfe, welche er beym ordentlichen Richter nicht erlangen konnte, am Kaiſerl. Hofe zu ſuchen, erweiſen CONRING d. l. §. 36. 97. 98. 99. PFEFFINGER *Vitriar. illuſtr.* Lib. 4. Tit. 3. p. 462. Herr KRESS d. l. Obſ. 3. §. 6. Obſ. 10. §. 2. SELVOGT *de Jure recipiendi provocationes ex ſuperioritate Territoriali oriundo* C. 2. §. 4. Hr. SPENER in der Staatsrechts-Lehre Lib. 2. C. 10. §. 1. lit. d. § 2. lit. b. Daher das höchſte Gericht Palatium regium genannt wurde. OCKEL *de Palatio Regio* th. 86.

(b) Beym ALBERTO STADENSE *in Chronico* pag. 242. Edit. SCHILTER geſchiehet dieſes alſo: Henricus Rex adoleſcentiæ uſus libertate, Saxoniam ſolam ex omni Romano imperio cœpit incolere, principes deſpicere, nobiles opprimere, inferiores ſuſtollere, venatui, luſibus, cæterisque hujusmodi exercitiis *plus quam juſticiis faciendis, ut incuſatus eſt, operam dare* Conf.

CHBO-

Chronicon Halberstadense apud Leibnit. *Rerum Brunſuicenſium* Tom. II. pag. 127.

(c) vid. Hr. Kress d. l. Obſ. 4. §. 4. Wie Landgraf Heinrich von Heſſen in Sec. XIV als zwiſchen den Amtmann, Burgmann, Rath, Zünften und Gemeinde zu Frankenberg Irrungen entſtanden, die Partheien vor ſich berufen, ſie gründlich verhöret, und nach Anweiſung eines Briefes, den er der Stadt darüber gegeben, vertragen habe, berichtet Gerstenberger *in Chron. Francobergenſ.* apud Kuchenbecker *Anall. Haſſ.* Collect. 5. p. 210. Anno 1348. ertheilte Kaiſer Carolus IV. den Söhnen Herzog Rudolphs zu Sachſen alſo die Gewalt in ſeinem Namen das Richterliche Amt zu üben: So thuen wir Ihn mith bedachtem Muthe, und mith Rath unſerer Fürſten und Herren, ſolche Genaden, als hernach geſchrieben ſtehet, und leihen von unſerem Königlichen Gewaldt dem vorgenandten Herzogen Rudolff dem jungern Otten und Wenzlawen ſeinen Kindern unſern lieben Ohemen, oder einem unter ihnen, wehme er das befiehlet, gantze Macht und vollkommene Gewalt allem Gerichte zu ſitzen, die der vorgenandte unſern lieben Ohem ſelber ſitzen ſolten, gleicherweiß als Er daſelbſt kegenwertigk wehre, und alles das ſo geklaget, geantwortet, geurtheilet, und gerichtet wird, das ſoll alle die Crafft haben, als es vor dem ehe genanten unſern Ohemen geſchehen wehre, ahne Wiederſprechen aller Leuthe. Vid. Herr Canzlers von Ludewig *Reliquiæ MSS.* Tom. X. pag. 43. Herzog Ernſt zu Lüneburg verſprach Anno 1592 wofern zwiſchen ſeineu Prälaten und andern Ständen mit ſeinen Aemtern und Voigten Irrung vorliefe, dieſelbe in der Perſohn zur Verhör und Handlung vorzunehmen, oder dazu ſeine Räthe, oder auch uff Benennung andere von Landräthen oder aus der Landſchafft zu *Commiſſarien* zu verordnen, und vermöge des Gandersheimiſchen Landtags-Abſchiedes de 1601. Art. 2. (welchen Herzog Henrich Julius zu Braunſchweig und Lüneburg mit den Ständen des Fürſtenthums Calenberg errichtet hat) ſoll, was im Rath geſchloſſen und *concipiret* iſt, nicht allein Canzlern und Räthen, ſondern auch, wenn es die Nothdurfft erfordert, dem gnädigſten Landes-Fürſten vorgeleſen, auch wann fürnehme Land-Stände ſehr verbitterte und weit ausſehende Sachen unter ſich haben, die *Audientz* vom gnädigſten Landes-Fürſten, im Fall Seine Fürſtliche Gnaden durch andere hochwichtige Fürſtliche Geſchäffte daran nicht merklich verhindert werden, in der Perſon beſuchet werden. Wie einige Clöſter durch beſondere Privilegia von den höhern Gerichten eximiret und ihnen verſprochen worden, daß der Landesfürſt perſönlich die wider ſie angebrachte Klagen verhören und richten ſolle, iſt unten §. 3. lit. c. dargethan. Hingegen ſahen

die Unterrichter des Fürſten perſönliche Gegenwart ungerne, weil ſie ihre Autorität ſchmälerte. In einem der Stadt Caſſel Ao. 1317. von Landgraf Otten und deſſen Gemahlin Adelheit ertheilten Privilegio heiſſet es deßwegen: Inſuper in dicto noſtro oppido non debemus perſonaliter judicio præſidere, niſi ſuper recenti homicidio ſeu ſtupro vel in aliis caſibus, quos forte noſter officiales deficeret judicare. Etiam inhibitiones ſeu mandata in hoc ſæpe dicto oppido absque Scabinorum ſcitu & conſilio promulgare ſeu indicere non debemus, vid. KUCHENBECKERS *Analecta Haſſiaca* Collect. 4. p. 269.

§. II.

Dieſes geſchahe mit Zuziehung der Reichs- und Landſtände.

Gleichwie aber fürmals in Teutſchland die mehreſte Regierungsgeſchäfte mit Zuziehung der Reichs- und Landſtände abgehandelt wurden, ſo entſchiede man auch in den Verſammlungen der Reichsſtände gemeiniglich die wichtigſte Streitſachen (a), und ein gleiches geſchahe in den Provinzen auf Landtagen, oder es wurden die höhere Gerichte mit Landſtänden beſetzet (b).

(a) Vid. CONRING d. l. §. 24. 48. Herr von LUDEWIG *in Notis ad Codicem Legum Normannicarum* Cap. 51. num. 40. *Reliqu. MSS.* Tom. 7. p. 388. Herr SPENER *in* der Staatsrechts-Lehre Lib. 2. C. 10. §. 2. lit. c. g. Herr JOH. SAM. FRIED. BOEHMER d. l. C. 2. p 39. ſeq. § 4. p. 61. 62. 63. 64. In den *Chronico Laurishamenſi* p. 59. findet ſich ein ſogenanntes præceptum evindicatorium Magni Karoli, in welchem der Kaiſer alſo ſchreibet: Tunc *nos una cum fidelibus noſtris* id eſt Hagino, Rothlando, Wichingo, Frodegario Comitibus: nec non & Vaſſis noſtris Theodorico, Bertholdo, Alburino, Frodberto, Gunthmaro, taliter viſi fuimus judicaviſſe, ut de hac cauſa omni tempore ipſe Abbas habeat evindicatum atque elitigatum, & ſit illis in poſtmodum ex hac re ſublata cauſatio. Inſonderheit iſt das Gericht merkwürdig, welches nach dem Bericht BURKHARDI *in Libro de Caſibus Monaſterii S. Galli* Cap. 3. apud GOLDASTUM *Alamannicarum rerum* Tom. I. Part. I. pag. 64. 65. Kaiſer Otto III. mit den Reichs-Fürſten über den von ſeinen Mönchen verklagten Abt des Kloſters St. Gallen gehalten. In der Ladung heiſſet es: Auditis literis, quibus te fratres tui pro loci deſtructione & vitæ tuæ transgreſſione accuſant, *placuit nobis & Regni Principibus* utrosque vos ad præſentiam noſtram vocare, & cauſam veſtram prout juſtitia dictaverit certo fine terminare, und als der Kayſer den Abt

gerne

gerne loshalftern wollte, mußte er ſich Mühe geben, die Einwilligung der Für-ſten zu erlangen, wie aus folgenden Worten des Burkhardi erhellet: Et Rex convocatis Principibus *aſtute eos prævenens* his verbis ad ipſos uſus eſt: Scitis dilectiſſimi quantis regni negotiis nunc obligati tenemur, & ſi accuſationibus horum monachorum conquieſcimus, non citius ad alia vacabimus. Et, *ſi vobis placet*, cauſam ipſorum judicio dimiſſo conſilio tractemus. Cum autem *major pars ejus conſiliis conquieſceret*, alii quibus hæc diſplicebant & ipſi ne Regis offenſam incurrerent altius judicia corrupta gementes conquieſcunt. Daher es glaublich, daß den mehreſten Stimmen gemäß die Schlüſſe abgefaſſet worden. Es ſchreibet zwar DITMARUS *Merſeburgenſis Chronici* Lib. 2. Edit. LEIBNIT. pag. 343. pugnam inter Geronem & Waldonem (in qua Gero defecerat & eapropter à carnifice decollabatur) nulli niſi tantum Archiepiſcopo Adelberto & Thidrico placuiſſe Marchioni, correptumque eſſe Imperatorem ab Ottone Bavariorum Duce Luidulphi filio eodem die veniente & à Comite Bertholdo, quod ob tam vilem cauſam tantus vir nunquam damnari debuiſſet; woraus man folgern möchte, es ſey das nur von zwey Perſonen gebilligte Urtel wider der mehrern Reichsſtände Willen ausgefallen. Allein die Verurtheilung war, wie Ditmarus ausdrücklich meldet, decreto judicum geſchehen. Vermuthlich haben alſo nur diejenige, welche nicht mit im Gericht geſeſſen, den Spruch gemißbilliget, und iſt es allein von dieſen zu verſtehen, wann der Autor ſchreibet, pugnam nulli niſi dicto Archiepiſcopo & Marchioni placuiſſe, maſſen die Entſcheidung dergleichen Streitſachen vielfältig nicht von allen, ſondern nur von denjenigen Ständen bewerkſtelliget worden, welche ſich eben damals bey Hofe befanden. Sonſt thut noch ſolcher Erkenntniſſe der Reichsſtände Meldung DITMARUS d. l. pag. 356. 423. Der AUTOR *Vitæ Meinwerci* num 93. Edit. LEIBNIT. p. 547. 557. und inſonderheit LAMBERTUS SCAFNABURGENSIS *de Rebus geſtis Germanorum* apud PISTORIUM pag. 179. wann er ſchreibet: Miſſis ad Regem nunciis (Otto Dux Bajoariorum) mandavit, ſi tuto cauſam dicere liceret, paratum ſe coram venire & conditione, *quam Principes regni æquam judicaſſent*, crimen, cujus inſimulatus fuerat, refellere. — Poſtera die *Rex Principes Saxoniæ*, quod ex his oriundus eſſet, & hi propter privatas inimicitias maxime inviſum eum haberent, *ſententiam ſuper eo rogavit*, qui eum tanquam manifeſti criminis deprehenſum reum majeſtatis judicaverunt, &, ſi caperetur, capitali in eum ſententia animadvertendum fore decreverunt. Mehrere Exempla finden ſich beym PFEFFINGER d. l. Lib. 1. Tit. 2. pag. 171. 172. Lib. 3. Tit. 2. p. 333. ſeq.

(b) Es lehret LUDEWIG d. l. & p. 161. 153. 197. in re judiciaria Principem ſolum olim nihil egiſſe, ſed uſum fuiſſe conſilio conſenſuque ordinum

Regni aut provinciæ, quin licuiſſe à Principis judicio provocare ad provincialia comitia, welches leztere ich jedoch von allen Teutſchen Landen zu behaupten mir nicht getraue. Conf. HERTIUS *Diſſ. de Conſultationibus*, *Legibus & Judiciis in ſpecialibus Rom. Germ. Imp. Rebuspubl.* §. 21. In Mecklenburg appelliret man noch heutiges Tages von den Fürſtl. Canzeleyen an das Hof- und Landgericht. Jeder Landſtand erwählet einen Ordinarium Aſſeſſorem deſſelben, und überdem ſitzen in dieſem Gericht bey den Quartalrechts Tagen vier Landräthe von Adel, ein Bürgermeiſter aus der Stadt Roſtock, einer aus Parchim, und einer aus Güſtrow, vid. Kurzer Auszug der Kaiſerl. Verordnungen *in* Sachen Löbl. Mecklenburgiſcher Ritter- und Landſchaft Claſſ. 1. Tit. 4. Anno 1471. machte ſich Herzog Friedrich zu Lüneburg alſo verbindlich: Jfft wy wen von unſſen Unterthanen tho beſchüldigen gewünnen, den willen wy vör unſe *Prælaten*, Mannen unſes Rad und dem Rade tho Lüneborch Recht nehmen. Wie auch Herzog Ernſt Anno 1592 ſich erkläret hat, die Irrungen zwiſchen ſeinen Ständen und Beamten in Perſon, oder durch ſeine Räthe, oder auf Benennung durch die Landräthe, oder Commiſſarien aus der Landſchaft erörtern zu laſſen, iſt bereits oben p. 5. gemeldet. Herzog Heinrich der ältere zu Braunſchweig beſtellete Anno 1498 in ſeiner Landes-Ordnung einen aus der Ritterſchaft über ſelbige zum Richter folgendergeſtalt: Tom erſten ſetten wy unde ordnen einen uth unſer Ridderſchop in unſen Landen geſeten, nemlick den Ehrbahren Hanſen von Steinbergk, tho einen Marſchalcke, mit Vorbeholde, dat wy wan uns dat gelegen, einen anderen Marſchalck von der Ridderſchop, de in unſen Landen geſeten ſy, ſetten mögen, de unſen Börgern unde Inwohnern unſer Ståte Brunſchwick, Helmſtädt, Schöningen, Königslutter, Ganderſem, Seeſen und Oldendorp over unſe Riddermatige in unſen Landen geſeten Recht pflege, in allen Saken, darvon tho richtende iſt, unde dar et de ſülven Sake betreften, ſchollen Borgere wederrumme vor den genandten Marſchalcke Recht doen, we ſich averſt beſchwehret düchte, de denne des Sake vor uns gedragen werde. Biſchoff Johann zu Hildesheim übergabe eine ihm ſelbſt angehende wichtige Sache der Erkänntniß ſeiner Stände, wie CHYTREUS *in Saxonia* lib. 8. p. m. 205. alſo erzählet: Tradiderat autem Henrico a Saldren, Burcardi patri, arcem Lawenſtein fruendam, Epiſcopus Bertholdus, pro 9960. aureis Rhenenſibus mutuo acceptis. Quos cum, mortuo Henrico, Epiſcopus ſe filiis ipſius, Burcardo, Hildebrando & Conrado, redditurum certa die, & arcem ac præfecturam illam redempturum ſignificaſſet: & ſummam ad Paſcha depoſuiſſet; Fratres Salderi eam accipere, & arcem Epiſcopo cedere recuſarunt, quod tempus redemtionis in literis expreſſum, non dum effluxiſſet, & Joannes Epiſcopus, Henrico Saldero promi-

ſiſſet,

ſiſſet, ſe, ipſi & filiis ipſius præfecturam illam fruendam, donec ipſe viveret, relicturum eſſe. *Provocantis igitur ad collegii cathedralis & cæterorum diœceſeos ordinum cognitionem*, inter varias & multiplices cum Epiſcopo contentiones, minas, machinationes, & inſidias mutuas, arcem, biennium totum, Epiſcopo invito retinent. Tandem vero *quatuor ordines diœceſeos Hildeſienſis, collegium cathedrale, prælati ſeptem collegiorum intra & ante muros Hildeſienſes, Nobilitas & civitates convenientes, ab Epiſcopo & Salderis cauſam totam, ſuo arbitrio ex æquo & bono decidendam, permitti flagitant. Quo compromiſſo accepto, Levinus a Veldheim præpoſitus, nomine ordinum pronunciat*, ut epiſcopus ad Paſcha ſortem, & ter mille Rhenenſes pro impenſis ædificationis, Salderis perſolvat: Hi viciſſim arcem & præfecturam Lawenſtein Epiſcopo reſtituant atque ita omnes offenſiones & controverſiæ ex hac cauſa exortæ aboleantur, & ſi quid inſuper emerſerit querelarum, ut jure coram quatuor ordinibus, non vi aut inſidiis, eas perſequantur. Es iſt noch eine alte Hildesheimiſche Annotation folgenden Inhalts unter den landſchaftlichen Urkunden vorhanden: *Anno* 1518. haben ſich weges des Hofgerichts die Verordnete vereiniget und vertragen, als wegen des Capitels Albert von Vechelde, Otto von Winckelmann, Brun von Teteleben; Von unſers Gnedigen Herrn wegen Herr Hanß von Steinbergen Ritter, Henni Ruſcheplaten, Evert von Münchhauſen; Von der Ritterſchaft Bartold Bock, Dieterich Freſe, Harborth von Mandelſchlo; Von den Ehrſahmen Rade tho Hildesheim, Henning Brandes, Heinrich Kettelrand, Bürgemeiſtere, Heinrich Breyer, Segger der 24. Mannen. Woraus denn erhellet, wie ſchon in Sec. XVI. mit Zuthuen der Stände ein Hofgericht im Stift Hildesheim angeordnet worden. Daß auch der Hofrichter zu ſelbiger Zeit ein Adelicher Landſaſſe geweſen, behauptete die Ritterſchaft in einer am $\frac{16}{6}$ Septembr. 1631 ihren Deputirten ertheilten Vollmacht folgender Geſtalt: Als auch von Beſtellung des Hof-Richters und *Aſſeſſoren* Erinnerung beſchehen mögte, haben wohlermeldte *Deputirte* unſers Mittels anzuziehen, welchergeſtalt es für der Stiffts-Fehde in ohnverrückter *Obſervanz* geweſen, daß des Hof-Richters Amt einer aus der Ritterſchafft verweſet, wie denn Höchſt ermeldte Ihro Churfürſtl. Durchl. wir aus unſern Mitteln eine *qualificirte* Perſon für dieſer Zeit unterthänigſt fürgeſchlagen haben. Die Ritterſchaft ſtellete Anno 1666 Churfürſt Maximilian Henrichen ſolche ihre Befugniß nochmals unterthänigſt vor, welcher ſie denn auch keinesweges in Zweifel zoge, ſondern vielmehr wohl gegründet zu ſeyn erkandte, indem er unterm 13. Sept. d. a. zur Reſolution ertheilet, daß der ernennte Hofrichter Freyherr von Frenz für ein Mit-Glied der Ritterſchaft zu achten und zu halten, und deswegen dieſelbe allſolcher Beſtallungen halber

der

der Beſchwehrde zu führen keine Urſach habe. Anno 1391 beſetzete Landgraf Hermann zu Heſſen ein peinliches Halsgericht wider einige Caſſelſche Bürger, mit denen von Adel Hermann von Eiſenbach, Otto Grabbe von Gadensperg und Widdekind von Franckenberg, vid. *Congeries* etlicher Geſchichte, welche ſich in Heſſen zugetragen, in KUCHENBECKERS *Annal. Haſſiacis* Collect. I. p. 11. Daß den Bremiſchen Landſtänden an der richterlichen Gewalt ein groſſer Theil zuſtehe, wollten ſie noch Anno 1662 behaupten, und lieſſen ſich in einem ihre Gravamina enthaltenden Memorial folgender Geſtalt vernehmen: Vermöge kundbahren Herkommens ſeyn hiebevorn die Erz-Biſchöfliche Beamte allein in *liquiden* Sachen zu richten und zu *exequiren* bemächtiget, und wann jemand über ihren Spruch ſich beſchwehret, denſelben an das ordentliche Land-Gericht (welches der Landes-Fürſt jährlich in jedem Amt einmahl durch den Land-Droſten und Land-Räthe halten, darin die Streit-Sachen entſcheiden, und der *Delinquenten* Strafen *determiniren*, auch dazu allemahl die Guths-Herren ohnweigerlich *admittiren*, und um *Siſtirung* ihrer Gerichtsfreyen Meyer ſchrifftlich *requiriren* laſſen) zu *remittiren* ſchuldig geweſen, wovon ferner die *Appellationes* an das Ober-Landgericht ergangen. Wie auch die aus den Ständen erwählte Pommerſche Landräthe cauſas Principum & privatorum beurtheilet haben, lehret das *Jus publicum Pomeraniæ* Cap. 9. p. 461. Cap. 15. pag. 493. in LUDEWIGII *Reliqu. MSS.* Tom. 9. und die Hofgerichts-Ordnung des Königl. Preuſſiſchen Pommern diſponiret Tit. 31. §. 6. von denen zwiſchen dem Landesherrn und Unterthanen entſtandenen Irrungen folgender Geſtalt: Es ſoll die Sache für unſere zum Gericht verordnete Räthe, denen wir in dieſem Fall die Eyde, damit ſie uns verpflichtet, erlaſſen wollen, gerichtlich, bis zum endlichen Beſchluß ausgeübet, und nach Beſchluß der Sachen durch die Gerichts-Räthe, und die ſo von der Landſchafft beſchrieben, oder von unſerm Gegentheil zu *adjungiren* gegeben, in derſelben Sache vor ſich, oder mit Rath Rechts-Gelehrter, was recht und billig, ertheilet und geſprochen werden.

§. III.

Urſprung der Aemter und höheren Gerichte.

So wenig heutiges Tages ſich eine gleichförmige Einrichtung des Juſtizweſens in den Teutſchen Fürſtenthümern, Graf- und Herrſchaften findet, ſo wenig bemerket man ſelbige in ältern Zeiten. Aus den ehemaligen Grafſchaften ſind unſere Droſteyen und Aemter gröſtentheils entſtanden (a). Man hat aber den Droſten und Amtleuten diejenige Gewalt bey

weitem

weitem nicht beygeleget, womit die Grafen verſehen waren, und an den meh-reſten Orten die Geiſtlichkeit (b), dem Adel, und die gröſſere Städte denen höheren Gerichtshöfen unmittelbar unterworfen, welche auch wohl Exemtiones von dem Landgericht auswirkten, und nur allein für dem Fürſten ſelber ſtunden (c). Das fremde Recht, ſo man in Sec. XIV. XV. einführete, veranlaſſete eine groſſe Aenderung in den Teutſchen Gerichten. Bisher hatte die höchſte Obrigkeit ſamt den Reichs- und Landſtänden nach ihrem natürlichen Begriff und denen faſt jedermann bekannten Teutſchen Geſetzen und Herkommen die entſtandene Streithändel abgethan. Sie waren aber der Subtilitäten des Päbſtlichen und Römiſchen Rechts unkündig, folglich nicht vermögend, die Zweifelsknoten aufzulöſen, welche mittelſt derſelben geknüpfet wurden. Man fande ſich daher genöthiget, denen Doctoribus Juris Canonici & civilis das Richterliche Amt anzuvertrauen (d), und ordnete Hof-Gerichte an (e), welche, damit die Stände einen geringen Reſt ihres bey Handhabung der Gerechtigkeit bisher geübten Rechts behielten, an verſchiedenen Orten zum Theil aus ihren Mitteln, oder wenigſtens mit derſelben Præſentatis beſetzet worden (f). Dieſe Hofgerichte erörtern nun in einigen Ländern faſt alle Rechtshändel allein, in andern aber haben ſie mit den Landesregierungen concurrentem jurisdictionem (g).

(a) Beyer *in Specim. Jur. Germ.* Lib. 1. Cap. 7. §. 41. ſeq. Spener d. l. Lib. 2. Cap. 10. §. 4.

(b) Ganz ohnſtreitig iſt von allen Zeiten in Teutſchland der Clerus wegen ſeiner Güther und weltlichen Gerechtſame der weltlichen Obrigkeit unterworfen geweſen, und iſt es annoch. Was in folgenden ad lit. C. angeführet wird, erweiſet unwiderſprechlich, daß ſelbiger es als eine Gnade angeſehen, wenn man ihn von den Dorfgerichten eximiret, und den Landgerichten, oder auch den Landesfürſten ſelbſt unmittelbar untergeben. Wie hätte ſolches geſchehen können, und warum wären ſo viele ſpecielle Befreyungen à poteſtate judiciaria Ducum & Comitum dieſem und jenem Stift oder Cloſter in medio ævo mitgetheilet, wenn ſelbige geglaubet, daß ſie citra Privilegium davon befreyet wären? Conf. Conring *de Judiciis Reipublicæ Germanicæ* §. 35. Ockel *de Palatio regio* th. 48. Ihro Kayſerliche Majeſtät und die höchſte Reichsgerichte geſtatten auch nicht, daß die geiſtliche Richter ſich einige Erkenntniß in denen

In Civil- und politiſchen Sachen mithin den Actionibus Cleri erkennet in Deutſchland der weltliche Richter.

denen den Clerum betreffenden weltlichen Sachen anmaſſen. Als zwiſchen dem Prälaten zu Petershauſen und dem Gotteshauſe Creutzlingen eine Präcedenzſtreitigkeit entſtunde, wurde Ao. 1711 gedachtem Prälaten bey Strafe 10 Mark löthigen Goldes von Kaiſerl. Majeſtät befohlen, ſich aller auswendiger Rechts-Nehmung zu enthalten, weil dieſe *Præcedentiam & dignitatem* betreffende Sache ein *civil*- und *politi*ſches Werk ſey, auch Anno 1714 der Prälat und Convent des Gotteshauſes Creutzlingen bedeutet, bey Vermeydung ohnausbleiblicher *Areſtirung* der ſeinem Gotteshauſe zugehörigen und auf dem Reichs-Boden belegenen Güther, Gefällen und Renthen, ſich des zu Rom *incompetenter* ergangenen *judicati* und ferneren *Recurſus* zu enthalten vid. FABRI Staats-Canzley Part. 23. Cap. 13. pag 611. 627. 628. Nicht weniger hat der Kaiſerl. Reichs-Hofrath am 22. Febr. 1726. in Cauſa des Stifts Asbeck contra die Fräulein von Morſey, genannt Piccard, eine Canonicatpräbende betreffend erkandt: Es habe der *Reſignatariæ* von *Morſey* keineswegs gebühret, in dieſer vor Ihro Kaiſerl. Majeſtät als des teutſchen Adels allerhöchſtes Oberhaupt und jetzigen Richter gehörigen *cauſa ſtatus* an das *Officialat*-Gericht zu *recurriren*, noch dieſem darzu zu *cognoſciren* zugeſtanden. vid. Merkwürdige Reichs-Hofraths-*Concluſa* Part. 6. Concl. 36. und in cauſa des Stifts ad St. Gereonem zu Cölln, in ſpecie Grafen von Manderſcheid, Blanckenheim contra den Grafen von Truchſeß Wolfegg. wurde am 25. Jun. 1729. beſagtem Stift von Kaiſerl. Maj. als oberſten Schutz- und Schirmherrn derer teutſchen Stifter und Kirchen, auch ihrer wohlhergebrachten Rechten, Freyheiten und Gewohnheiten anbefohlen, daß wann etwa der Römiſche Hof einige *Citationes*, *Decreta*, Urtheil, *Executoriales* oder andere Verfügung in dieſer Sache gegen den Grafen von Manderſcheid als *legitime* erwählten Probſten zu *S. Gereon* erkennen, und durch den *Nuncium Apoſtolicum* zu Cölln oder auf andere Weiſe *inſinuiren* laſſen wollte, ſolche zu Abbruch der allerhöchſten Kaiſerl. Verordnungen und Nachtheil gedachten Stifts zu *S. Gereon* nicht anzunehmen, noch einige Execution, Sequeſtration oder ſonſten was widriges bey Vermeydung andern ſcharfen Einſehens zu verhengen und zu geſtatten. Vid. Merkwürdige Reichs-Hofraths-*Concluſa* Part. 7. in ſupplem. Num. 42. Als man Anno 1729 zu Rom erkandte, daß nicht der Senior Canonicus Capituli S. Johannis in Hildesheim, ſondern wen ſelbiges ex gremio dazu deputiren wolle, bey Landtagen zu erſcheinen befugt ſey, und der geiſtliche Richter des Senioris Ludgers Erben in expenſas condemnirte, wendete ſich die Churfürſtl. Cöllniſche Stift-Hildesheimiſche Regierung Ao. 1731 an das Kaiſerliche Cammer-Gericht, begehrte excitationem Fiſcalis Cæſarei und ein Mandatum habiti ad Curiam Romanam recurſus caſſatorium, revocatorium & inhibi-

hibitorium S. C. unà cum citatione ad videndum ſe incidiſſe in pœnas juris & Conſtitutionum Imperii wider das Capitulum S. Johannis: Führte auch in Supplica an, es ſey beſagten *Capituli* Unternehmen Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Cöln weltlicher *Jurisdiction* und Gerichtbarkeit höchſt *præjudicirlich*, und könne man nicht zugeben, daß die weltliche Unterthanen an die Römiſche Gerichte gezogen, und die *Cauſa*, nemlich die Erſcheinung bey den Landtagen, und welchem ſolches gebühre, ſo ohnedem *ad ſtatum politicum* gehöre, von hieraus *evociret* werde; worauf denn das Kaiſerl. Cammergericht am 12. Octobr. 1731. ein Mandatum habiti ad Curiam Romanam recurſus caſſatorium, revocatorium & inhibitorium S. C. erkandt hat. Selbiges adjudicirte gleichfalls am 17. Jul. 1727. den Grafen von Naſſau-Saarbrücken als Landesherrn wider das Cloſter Wadgaſſen die Befugniß in Sachen gegen den Abten und *Convent* deſſen Güther betreffend *in realibus*, und wie es ſonſt die Gemeine Rechte zulaſſen mögten, Recht zu ſprechen vid. FABRI Staats-Canzley Part. 53. Cap. 17. pag. 504. und es lehret der Herr Cammer-Gerichts-Aſſeſſor von LUDOLFF *Diſſert. de Jurisdictione officialium in cauſis civilibus* Aphor. 6. lit. t. ad actiones perſonales ſaltem reſtrictam eſſe jurisdictionem officialium excluſis realibus omnibus, quia reales magis ad territorii jura, quæ proinde qualitatem ſpiritualem induere non poſſent, pertinere exiſtimatum fuerit. Er führet auch daſelbſt aus des *Louvrez Recueil des Pais de Liege Comte de Looz* Part. 1. Cap. 3. §. 6. folgende Worte an: Sequenti diſtinctione in patria Leodienſi utimur. Actiones reales, etiam inter Clericos ad judicis ſecularis & territorialis forum ſpectare non dubitamus, in iis vero quæ mere perſonales ſunt, forum rei ſequimur, niſi tales ſint, quæ ratione materiæ ad forum eccleſiaſticum ſpectent. Conf. ESPEN *Jur. eccleſ.* Part. 3. Tit. 1. Cap. 4. n. 7. 10. 15. ſeq. Zu bewundern iſt es demnach, daß ein und anderer in den Gedanken ſtehet, es hätte die Stift-Hildesheimiſche Hofgerichts-Ordnung Tit. IX. §. 4. die den Clerum betreffende Actiones reales dem geiſtlichen Richter billig vorbehalten ſollen, und, da ſolches nicht geſchehen, ſey jenem ein groſſes vergeben. Wann die Landſtände ſich dieſe Reſervation gefallen laſſen, ſo wäre ſie jedoch von Ihro Kaiſerl. Majeſtät nimmer genehmet und verſtattet, daß mittelſt der vorhabenden Einſchränkung der weltlichen Gerichte des Landes man zugleich die Gewalt der höchſten Tribunalien des Teutſchen Reichs einſchränke, und hingegen die geiſtliche Gerichtbarkeit erweitere. Dem Hofgericht allein ſolche Sachen zu entziehen, und ſie der Canzley vorzubehalten, läſſet ſich auch gar nicht thun, weil jenem in denen für die weltliche Gerichte gehörigen Contenſioſis mit dieſer indefinite concurrens jurisdictio einmal beygeleget iſt, und ihm ſolche deßwegen, daß im Hofgericht einige Evangeliſche Aſſeſſores ſitzen, ſo wenig geſchmälert werden

kann, als der Clerus die Gerichtbarkeit der höchſten Dicaſteriorum des Teutſchen Reichs zu erkennen ſich dieſerhalben weigern darf. Selbiger hat auch bisher kein Bedenken getragen, für dem Stift-Hildesheimiſchen Hofgericht öfters Recht zu nehmen, wann er actione reali belanget worden, und das catholiſche geiſtliche oder Officialat-Gericht ſolches willig geſchehen laſſen.

(c) Das Stift St. Heimerani zu Regensburg behauptete Anno 1382 eine Exemtion von dem Dorfgericht und Hofmarch. Der Brief, welchen es darüber erhielte, lautet beym HUND *Metrop. Salisburg.* Tom. 2. pag. 266. alſo: Wir Johannes Land-Grave zum Leuchtenberd, Grave ze Halſe, des Hochgebohrnen Fürſten, unſers gnedigen Herrn, Herzog Albrecht Pfleger in nidern Bayern, bekhennen offentlich mit dem Brief, daß wür von unſers genedigen Herrn Herzog Albrecht wegen, des vollen Gewalt uud ganzen Macht wür haben, mit ſeines offen Briefen angeſehen haben groſſen verderblichen Gebrechen, Verderben und Ueberlaſt, den der Ehrwürdig geiſtlich Herr Abt Alto zu S. Haymeran zu Regenſpurg, und ſein Gots Hauß daſelben lange Zeit gehabt habent, von Dorf Gerichtswegen, daß man auf ſein Guet in den Homarchen gechlagt hat. Nhun hat uns der ehgenant gaiſtlich Herr der Abt zu S. Haymeran zu Regenſpurg beweiſt, von unſers Herrn Rathe, daß er in khainer Dorff-Gericht und Hoffmarch ſein noch ſeines Gotts-Hauß Guet nicht verantworten ſoll, anders dann in unſers genedigen Herrn Herzog Albrecht Land-Gerichten. Graf Berthold zu Henneberg befreyete Anno 1319 das Collegiatſtift zu Schmalkalden ab omni jugo poteſtatis laicæ; Bedunge jedoch alſo dem Landgericht die Jurisdiction über deſſen Leute: Jurisdictione tam plebisciti dicta vulgariter Landgericht duntaxat in hominibus dicti collegii nobis & noſtris heredibus ſpecialiter reſervata vid. KUCHENBECKERS *Analecta Haſſiaca* Collect. I. pag. 138. 139. A. 1215. wurde ein Streit beygeleget, welcher zwiſchen dem Biſchof zu Paſſau und Herzog Leopold von Oeſterreich entſtanden, ſuper generali terræ judicio quod Landgericht nominatur, quod idem Dux in quibusdam bonis jam dictæ Patavienſis eccleſiæ ſuo juri vendicabat, wie aus einem Diplomate beym HUND d. l. Tom. I. p. 253. erhellet. Ich bewundere, daß HERTIUS *in Diſſ. de Conſultationibus, Legibus & Judiciis in ſpecialibus R. G. Imperii Rebuspublicis* §. 21. es für etwas beſonders hält, welches ſonſt nirgend zu finden, daß allhier eines generalis terræ judicii vulgo Landgerichts Meldung geſchiehet, da jedoch nicht nur die angeführte Stellen, ſondern auch viele andere ſolcher Landgerichte Meldung thun, wie aus folgendem erhellet. Denn das Cloſter Oſterhoven wurde Ao. 1245 von dem Landgerichte eximiret, und privilegirte Ot-

to

to Palatinus Comes Rheni Dux Bavariæ daſſelbe alſo: Vt nullus judicum ac officialium de poſſeſſionibus ipſorum quaſi decem aut 20. vel amplius in quieta duxerunt poſſeſſione judicium faciat alicui querelanti. *Perſonaliter namque de ipſis ac eis attinentibus juſtitiæ univerſis proponimus facere complementum.* Die Inſcription dieſes Diplomatis lautet gar merkwürdig alſo: *Ne aliquis nos conveniat in judicio provinciali ſed in Camera Ducis vid.* HUND d. l. Tom. 3. pag. 19. Eine gleiche Befreyung erhielte das Cloſter Seeligenthal von Herzog Albrecht in Bayern mit folgenden Worten: Wir wellen, und gebieten es veſtiglichen, ob das ſey, das den Erbaren geiſtlichen Frawen, der Abtiſſin und dem Convent gemaincklichen des Cloſters zu Säldenthal, bey Landshut dheinerley Gueth oder Urbar von jemand vor ew Anſprach oder claghaft wurden, das ihr doch darumben nichte richtend, noch jemand ander darumb hintz ihn zerichten geſtattent, wann wir die Klag ſelb verhören, und richten wöllen, es wäre dann, daß wir auswendig Landes waren, So ſoll unſer *Vicedomb*, oder wem wir dann unſer Land zu Bayern empfolhen haben, dieſelben Clag an unſer Statt verhören und richtent zegleicher Weis, als wann wir ſelbs engegen wären. vid. HUND d. l. pag. 233. 234. Anno 1296 ertheilte König Adolph dem Kloſter Pfulingen folgendes Privilegium: De noſtra concedimus clemencie poteſtate, quod coram nullo judice niſi ſolum coram Nobili viro de Iſemburg Advocato provinciali, vel eo qui pro tempore fuerit, aut in civitate noſtra Reutlingen ſuper quibusdam actionibus debeant conveniri vid. LUDEWIGS *Reliquiæ* MSS. Tom. 10. pag. 163. Von dem ehemaligen Bremiſchen Landgericht iſt oben Meldung geſchehen. Es waren aber, wie Herr ESTOR *in Miſcellis de Judiciis Haſſiacis* §. 1. beym KUCHENBECKER *Anal. Haſſ.* Collect. 3. pag. 88. 89. wohl anmerket, höhere und niedere Landgerichte fürhanden. Für jene gehöreten ganze Länder, für dieſe ein oder mehrere Dörfer. Den letzteren ſind vermuthlich diejenige beyzuzählen, deren das Oeſterreichiſche Recht beym LUDEWIG *in Reliqu.* MSS. Tom. IV. p. 14. alſo Meldung thut: Es ſoll kein Land-Richter auf keines Grafen Gueth, auf keines freyen Gueth, noch auf keines Dienſtmanns Gueth, die zu Recht zu dem Land gehören, es ſey in Urbar, haben Sye es verlyhen, ſo izz in Vogtey haben, haben nicht zu ſchaffen, iſt aber auf dem vorgenandten Gueth jemand, der den Todt verdienet hat, den ſoll der Land-Richter an den Herrn vordern, auf das Gueth er geſeſſen iſt, und ſoll In davon gewinnen, als recht iſt, nach Gewohnheit des Landes, unde ſoll dem Herrn das Gueth laſſe, und er über den Mann richten. Denn daß der mittelbaren Grafen, Freyen und Dienſt-Leute Güther denen höchſten Gerichten des Landes gemeiniglich unterworfen geweſen, leidet wohl keinen Zweifel.

(d) Dieſes bemerket ſehr wohl CONRING d. l. §. 59.

(e) Der Herr Cammergerichts-Aſſeſſor von LUDOLFF ſchreibet *Obſ. for.* 99. Obſervatione dignum eſt etiam hoc, quod in plerisque regionibus Germaniæ cumprimis majoribus antiquior forma judiciorum fuerit der Hofgerichte, quæ collegia collegiis der Landesregierung fuere diſtincta. Conf. dicta p. 12. 13.

(f) Vid. HUGO *de Statu Regionum Germaniæ* Cap. 4. §. 28. Kurzer Auszug der Kaiſerlichen Verordnungen in Sachen löbl. Mecklenburgiſcher Ritter- und Landſchaft Claſſ. II. Tit. 4.

(g) Vid. Herr von LUDOLFF d. l. Herr Ober-Appellationsrath PUFFENDORF *Introd. in Proc. civ. Electoratus Brunswico Luneburgici provinciarumque ei annexarum* Cap. 3. §. 21. Herr von LUDOLFF hält es für beſſer, daß die Adminiſtration der Juſtiz einem Gericht anvertrauet, als daß zwey Dicaſteria angeordnet werden, weil ſolches gemeiniglich conflictus jurisdictionis veranlaſſe. Da obangeführtem nach die Hofgerichte älter als die mit ordentlicher Jurisdiction verſehene Regierungen oder Canzleyen, auch gemeiniglich jener Gerichtbarkeit ſich in den mit der Landſchaft errichteten Verträgen gründet, ſo würden nicht ſelbige, ſondern die Regierungen verliehren, wenn man nur ein höchſtes Gericht in jedem Lande beybehalten wollte. Es ſupponiret auch der Herr von LUDOLFF, daß das einige Gericht wohl beſtellet ſey, mithin daß deſſen Beyſitzern es weder an Willen noch Vermögen fehle, den Partheyen ſchleunige Adminiſtration der Juſtiz angedeihen zu laſſen. Denn wann entweder die Fürſtl. Canzleyräthe es ihrer Schuldigkeit zu ſeyn erachten, ſolchergeſtalt zu urtheilen, daß das Intereſſe der Landesherrſchaft befördert werde, und ohne ſich Schaden zu thun, dem Fiſco nichts abſprechen können, ja wohl gar in den Gedanken ſtehen, daß ein Fürſt nur via facti verfahren könne, folglich nicht ſchuldig ſey, mit ſeinen Unterthanen Proceſſe zu führen, und in der Fürſtl. Cammer und Aemter Sachen nicht weniger deren Advocatos als Richter abgeben, oder aber mit Geſchäften ſo ſehr überhäufet ſind, daß ſie unvermögend, allen Rechtshändeln ſchleunig abzuhelfen, alsdenn erfordert die höchſte Nothwendigkeit, daß der Fürſtlichen Canzley (wenn ſie auch die ſonſt die älteſte Briefe hätte) ein anders Gericht an die Seite geſetzet, und denen, ſo Recht ſuchen, electio fori gelaſſen werde, als wodurch man nicht nur die Entſcheidung der Sachen befördert, ſondern auch zugleich eine heilſame lobwürdige Aemulation der Dicaſteriorum verurſachet, und ſie anmuthiget, mit gehörigem Fleiß und Unpartheylichkeit zu verfahren, damit nicht die Klägere ſich von ihnen an ein anderes Gericht wenden, und alſo ihre Autorität Abbruch leide.

§. IV.

§. IV.

Der gedoppelte Endzweck, welchen ich bey Verfertigung dieſer Schrift führe, daß nemlich ſelbige nicht nur einen Unterricht von denjenigen Sachen gebe, welche ihrer Art und Eigenſchaft nach für die Regierungen oder Juſtiz-Collegia gehören, ſondern auch die landesfürſtliche Reſolutiones rechtfertige, wodurch des Hildesheimiſchen Hofgerichts Jurisdiction befeſtiget wird, veranlaſſet mich, von deſſen Urſprung insbeſondere zu handeln. Sobald Churfürſt FERDINANDUS p. m. zum Beſitz des Stifts Hildesheim gelanget, hat er ſeine Gedanken gleich darauf gerichtet, daß ein Hofgericht (welches, wie ich oben angemerket habe, ſchon vor der Stiftsfehde vorhanden geweſen) wieder angeordnet werden mögte. Es war ſolches der erſte Punct der Landtags-Propoſition, die er am 29. Jul. 1630. den Hildesheimiſchen Landſtänden eröfnen lieſſe. Anno 1645. wurde ſolcher Vortrag wiederholet, daher es im Landtags-Abſchiede beſagten Jahrs heiſſet: Und ob wohl beym vierten Punkt der Landtags-*Propoſition* die Beſtellung des Hofgerichts betreffend die geſamten (a) Stände Ihro Churfürſtlichen Durchlaucht groſſe Begierde und beharrlichen Eifer zu der werthen Juſtiz und deren Beförderung unterthänigſt erkannt, auch dafür gehorſamſt gedanket, geſtalt dann auch zu *Aſſequir*ung ſolches gemeinnützigen Zwecks dieſelbe nicht unterlaſſen, dieſen Punct in fleiſſige *Deliberation* zu ziehen rc. rc. Der preißwürdigſte Churfürſt MAXIMILIAN HEINRICH p. m. veranlaſſete endlich Anno 1652 die würkliche Anordnung des Hofgerichts. Denn ſelbiger lieſſe den Hildesheimiſchen Landſtänden folgendes proponiren: Nachdemmalen höchſtgedachte Ihro Chur-Fürſtliche Durchlaucht ſich erinnerten, was geſtalt vor dieſem die löbliche Land-Stände ein Verlangen getragen, mehrmalen man auch unterthänigſte Anſuchung gethan, daß ein beſtändiges Hofgericht, da ein jeder Recht nehmen und holen könnte, angeordnet werden mögte, und dann Ihro Chur-Fürſtliche Durchlaucht

Urſprung des Hildesheimiſchen Hofgerichts.

laucht lieber nichts wünſchen, als daß die *Juſtitia*, welche *pro anima* einer jeden ordentlichen Regierung pillig zu achten, aufrichtig, unpartheyiſch und ſchleunig *adminiſtrir*et werde, Selbſt auch wohl anmercketen, daß bey ihrer Canzley allhie wegen anderer täglich vorfallender Landes- und politiſcher Geſchäfften den *contenſioſis* und Partheyen Sachen nicht jedesmal abgewartet, oder in ſolcher Geſchwinde, als es die *litigir*ende Theile wohl gerne ſehen, abgeholfen werden könne, Ihro Chur-Fürſtliche Durchlaucht Sich entſchloſſen, den löblichen Land-Ständen in ihrem *Deſiderio* gnädigſt zu willfahren, und beſagtes Hofgericht in ſeinen Stand und Gang kommen zu laſſen, daſſelbe auch mit ſolcher Ordnung zu verfaſſen, daß ein jeder Gleich und Recht daſelbſt zu erlangen, ſich zu verlaſſen haben könne. Hierauf nun wurde dieſes Gerichts Eröffnung beliebet, und ſelbiges vorerſt mit einem Hofrichter, 3 Ordinariis und 2 extraordinariis Aſſeſſoribus (b); beſetzet; Anno 1664 aber der Numerus ordinariorum annoch mit einer Perſon vermehret, welchen Anno 1731 zwey Extraordinarii hinbey gefüget worden, und alſo nunmehro das Gericht aus dem Hofrichter, 4 Ordinariis und 4 Extraordinariis Aſſeſſoribus beſtehet.

(a) Diejenige irren alſo gar ſehr, welche vermeynen, es ſey das Hofgericht nur auf Begehren der Ritterſchaft und Städte angeordnet. Sämtliche Landſtände haben darum angeſuchet, und Churfürſt Maximilian Heinrich p. m. deſſen Errichtung ſo nothwendig zu ſeyn erachtet, daß er gar anfänglich die Aſſeſſores aus der Cammer beſoldet hat, wie denn auch zum gemeinen Beſten ſowohl ſelbiger als die nachfolgende Biſchöffe und Fürſten dieſes Landes dem Hofrichter das Salarium bis auf gegenwärtige Stunde aus den Cammerrevenües reichen laſſen. Auf der geſamten Stift-Hildesheimiſchen Landſtände übergebene Beſchwerden wurde Ihnen unter andern am 18. Dec. 1669 folgende Reſolution ertheilet: *Ad* 7. Die Hofgerichts-Ordnung ſoll vorgenommen, und über die Puncte, ſo noch nicht erörtert, deliberiret, demnächſt ein *Totum* daraus gemachet, in offenen Truck gebracht, und der *Sportuln* halber ein erträgliches verordnet werden; Und in einem an die Stift-Hildesheimiſche Regierung am 10. Jan. 1670. abgelaſſenen Churfürſtl. Reſcripto heiſſet es: *Ad* 7. haben Wir ſelbſt ungerne geſehen, daß

mit

mit *Publication* der Hofgerichts-Ordnung bishero nicht verfahren, und ſelbige ſo lang ausgeſtellet verblieben, geſtalt Wir dann die Bewandniß darüber von euch gewärtig ſeyn wollen. Auch lieſſen ſich ſämtliche Stände in dem am 6. Octob. 1690. weyl. Biſchoffen Jobſt Edmund p. m. durch ihre Syndicos D. Scheif, Lic. Brinkmann, und D. Oldecop zu Himmelsthür überreichten Gravaminibus communibus alſo vernehmen: Als auch (2) dem hieſigen Fürſtl. Hofgericht, ohnerachtet ſelbiges nach klarem Inhalt des Landtags-Abſchieds *de* 1652 §. wie nun hierüber ꝛc.ꝛc. mit der Canzley *in contenſioſis*, die Regierungs- und peinliche Sachen alleine ausgenommen, *concurrentem Jurisdictionem* und die Prävention ſtatt hat, eine Zeit her vielfältiger Eintrag geſchehen, indem die daſelbſt *introducirte* und Rechtshängige, auch theils allbereit ausgemachte und entſchiedene Sachen unterm Prätext einiger *feudalitæt*, *prætenſi Jurisdictionis conflictus* oder anderer unerheblicher Urſachen *avociret*, *reſuſcitiret*, und aufs neue bey Fürſtlicher Canzley *ventiliret*, ja ſogar *mandata contra mandata* abgegeben, und was ſowohl von dem Hof- als den höchſten Reichs-Gerichten vor Recht erkandt, und dem Hof-Gericht zu *exequiren* anbefohlen worden, wieder umgeſtoſſen, und dem Hof-Gerichte durchaus nicht zu *pariren*, ſogar denen *Judicibus inferioribus* bey willkührlicher Strafe unterſaget werden wollen, ſolches aber nicht allein der Landes-Fürſtl. Autorität und denen Landtags-Abſchieden nicht minder zuwider, als dem *Judicio* ſelbſt höchſt verkleinerlich, denen Partheyen aber, als welche in ihrem Recht dadurch merklichſt behindert, auch öfters mitten *in Proceſſu per indirectum* von dem Hofgericht abgezogen werden, höchſt ſchädlich iſt, aus ſolcher *Confuſion* aber viele Unrichtigkeiten, *inconvenientia*, und dieſes erfolget, daß was das Hofgericht heute gebeut und verabſchiedet, von anderen Morgen wieder *caſſiret* und verbothen, und alſo das Hofgericht und deſſen nöthige *Autoritæt* faſt ganz unter die Füſſe gerichtet wird; So leben Ein Hochw. Thum-Capitul und übrige löbliche Landſtände der gerechteſten Zuverſicht, Ihro Hochfürſtl. Gnaden Dero Hofgericht in denen daſelbſt befangenen und dahin gehörigen Sachen ſeinen ſtarken freyen Lauf vor wie nach ohngehindert zu laſſen, die von den muthwilligen Partheyen zu Umtreibung ihres Gegentheils verlangende denen Rechten zuwider laufende *Avocationes* nicht billigen, weder durch einige *ſub & obreptitiè* erſchleichende Befelcher die von ſelbigem *prævia matura deliberatione* vorhin ertheilte *Decreta* und *Mandata* entkräften und hintertreiben, ſondern den etwan ſich eräugenden *Conflictum* mittelſt einer *Deputation* von beeden Gerichten forderſamſt abthun zu laſſen, was dem bisher zuwider geſchehen aufzuheben, mithin dem Hof-Gericht, wel-

ches nicht minder als die Canzley *ordinariam jurisdictionem* hat, auch alle Befelcher, *Decreta* und *Mandata* unter des Gnädigſten Landes-Fürſten Namen abfaſſet und *publiciret*, die ſo nöthige *Autorität* zu *conſerviren* gnädigſt geneigt ſeyn werden. Worauf ſie von höchſtbeſagtem Biſchof dieſe Reſolution erhielten; Sie (Jhro Hoch-Fürſtl. Gnaden) wollen auch die vom Hof-Gericht gegen die Regierung, und von dieſer hingegen wider jenes geklagte Eingriffe in einer mündlichen *Conferenz* Jhro ſelbſt von beyderſeits darzu verordneten Räthen und *Aſſeſſoren* unterthänigſt vortragen und ſelbige demnächſt ſolcher geſtalt entſcheiden laſſen, daß dadurch der entſtandene *conflictus jurisdictionis* aufgehoben, und vermittelſt einer beſtändigen Canzley- und Hof-Gerichts-Ordnung alle dergleichen *colliſiones* inskünftige verhütet werden. Man fande ſich gemüſſiget, nach tödlichem Hintritt Biſchof Jobſt Edmunds p. m. ſede impedita bey einem Hochwürdigen damals adminiſtrirenden Thumcapitul über die von Fürſtl. Canzley dem Fürſtl. Hofgericht geſchehene Eingriffe alſo fernere Beſchwerde zu führen: 3) Will darin kein geringes *Gravamen* hervor brechen, daß dem Fürſtl. Hofgericht von Fürſtl. Regierung verſchiedentlich eingegriffen, und was jenes Namens E. Hochwürdigen *adminiſtrirenden* Thumcapituls in denen daſelbſt Rechtsſchwebigen Sachen nach Erforderung der Rechte befohlen, von dieſer anmaßlich *contramandiret*, allerhand *colliſiones* und *confuſiones jurisdictionum* dadurch verurſachet, und die vor dem Hofgericht *litigirende* Partheyen an *Proſequir*- und Vollführung ihrer Sachen behindert und aufgehalten, auch eine der Canzley *ratione jurisdictionis* gar nicht zukommende *Prærogativ* unvermerket eingeführet werden wollen, immaſſen *in cauſa* des Münzmeiſter Lüders Ehefrauen *contra* Lauenſtein, *item in cauſa* Steinberg *contra* Bürgermeiſter und Rath der Stadt Bockenem geſchehen. Alldieweilen aber dieſes dem Landtagsabſchied *de* 1652. gerade zuwider iſt, und das Hofgericht mit und neben der Canzley in allen und jeden Sachen, die *feudalia* und *criminalia* alleine ausgenommen, bekanntermaſſen *concurrentem jurisdictionem* hat, auch denen ſämtlichen Landſtänden und Stiftsunterthanen merklich daran gelegen iſt, daß das *per Pacta cum Principe* bey öffentlichen Landtagen vormals feſtgeſtelletes nicht minder als die Fürſtl. Canzley von dem gnädigſten Landesherrn oder *ſede vacante vel impedita* von dem Hochw. Thumcapitul *immediatè dependirendes* Hofgericht in ſeiner behörigen Activität und Authorität erhalten werde, ſo wird auch dieſes *Gravaminis* Landtagsſchlußmäſſige Remedirung E. Hochw. Thumcapitul dahin recommendiret, daß Selbiges belieben wolle, der Fürſtl. Regierung ſich all ſolcher Eingriffe und *Colliſionum* hinkünftig gänzlich zu

äuſſeru

äuſſern, dagegen aber in den Schranken ihrer *Jurisdiction* ſich zu behalten, und dem Hofgericht in denen daſelbſt rechtshängigen Sachen ferner nicht einzugreifen, ſondern demſelben ihren ſtarken ungehinderten Lauf zu laſſen, nachdrücklich aufzugeben und zu *demandiren.* Wie nicht nur Ritterſchaft und Städte, ſondern auch die der catholiſchen Religion zugethane ſieben Stifter unter der Regierung der Durchlauchtigſten Churfürſten zu Cölln Joſephi Clementis p. m. und Clementis Auguſti vielfältig angeſuchet haben, daß die Hofgerichts-Ordnung publiciret, und des Hofgerichts Jurisdiction von der Churfürſtl. Canzley nicht geſchmälert werden mögte, ſolches ergeben inſonderheit die Landtags-Handlungen und Landesfürſtl. Reſolutiones de 1715, 1722, 1725, 1726 und 1728. Iſt auch ein Hochw. Thumcapitul Anno 1731 denen übrigen Landſtänden hierin beygetreten, und hat Ao. 1733 eifrigſt begehret, daß die Hofgerichts-Ordnung zur Obſervanz gebracht werden mögte. Diejenige ſind alſo von dem Lauf der Sache ſehr übel unterrichtet, oder ſchreiben wider ihr Gewiſſen, welche vorgeben, es ſey das Hofgericht und deſſen Ordnung nur auf Bitten und Flehen der Ritterſchaft und Städte zu deren Beſten zum Stande kommen und auf ihr Getrieb beybehalten. Sämtliche Stände haben erkannt, wie Ihnen und allen Unterthanen daran gelegen, daß dieſem Dicaſterio die Gerichtbarkeit ungeſchmälert bleibe, welche ſelbigem der Landtags-Abſchied de 1652 mittheilet, folglich es in allen contenſioſis, ſo für den ordentlichen Richter gehören, concurrentem jurisdictionem mit der Fürſtl. Canzley übe. Die gnädigſte Landesfürſten haben auch ſolches nicht in Zweifel gezogen, Churfürſt Maximilian Heinrich die Errichtung dieſes Juſtitz-Collegii nach allem Vermögen befördert, und ſein Mißfallen darüber bezeiget, daß mit Publication der Hofgerichts-Ordnung nicht verfahren worden, Biſchof Jobſt Edmund und Churfürſt Joſeph Clement ſolche gleichfalls für nothwendig gehalten, und endlich Ihre jetzt regierende Churfürſtl. Durchl. Clement Auguſt ſie würklich bewerkſtelligen laſſen.

Die Hofgerichts-Aſſeſſores ſind Mitrichter.

(b) Um die Hofgerichts-Aſſeſſores auf alle Art zu verkleinern, giebet man vor, ſie wären bloſſe Beyſitzer und Conſulenten, nicht aber ordentliche Mitrichter. Dieſer Vorwurf äuſſert eine groſſe Unwiſſenheit der Verfaſſung unſerer deutſchen weltlichen Gerichte, welcher denenjenigen, ſo ihn machen, ſchlechte Ehre bringen wird. Die Aſſeſſores Dicaſteriorum in Teutſchland ſind von den Römiſchen ſehr unterſchieden, und es iſt nicht weniger abgeſchmackt, wenn man von dieſen auf jene argumentiret, als wenn von den römiſchen Conſulibus: Senatoribus und Judicibus pedaneis auf unſere Bürgemeiſtere, Rathsherren und Richter geſchloſſen wird. (§. 13. lit. b.) SCHILTER ad ff. Ex. 5. §. 23. bemerket dieſen Fehler mit folgenden Worten: Neque Aſſeſſores Magiſtratuum Romanorum

& Aſſeſſores noſtrates Cameræ, *Curiarum provincialium* & Scabini judiciorum municipalium & paganorum eandem habent rationem —— Illi non habuerunt qualitatem judicum, ſed tantum conſiliariorum. Noſtrates contra ipſi una cum Præſide ſuo conjunctim vim ac poteſtatem δικαςικὴν habent, & plurium votorum collectione ſententiam concludunt. Idem Baldus in addit. Speculat. teſtatur circa Aſſeſſores poteſtatum Italiæ, concedi ipſis jurisdictionem. Dem LEYSER ad ff. Spec. 70. Med. I. alſo beypflichtet: Differunt toto cœlo invicem Aſſeſſores veterum Romanorum à noſtris. Illis quippe conſiliarii tantum erant, & à magiſtratu, cui aſſidebant, plerumque deligebantur, quare nec jus dicere, nec aliud negotium expedire ſine Præſide ſuo poterant. At noſtri à Principe fere ſemper adjunguntur judici, Collegæ ejus ſunt & conjudices, ac abſente illo cauſas tractant, ſententias ferunt, & vicem ejus ſupplent. Dieſes beſtärken CARPZOV *in Proceſſu* Tit. 2. Art. 4. num. 24. 25. 26. 27. LAUTERBACH C. T. P. ff. Tit. *de officio Adſeſſorum* §. 3. und BERGER O. I. Lib. 4. Tit. 6. §. 1. Not. I. Es ſcheinet zwar HILTROP *in Proceſſu judiciario* Part. I. Tit. II. dafür zu halten, daß es an einigen Orten in Deutſchland ſolche weltliche Hofgerichts-Aſſeſſores giebet, qui nullam habent juriſdictionem, nec ferunt ſententiam, neque judiciaria poteſtate funguntur, niſi quando judex ordinarius publicis occupationibus præpeditus cognitionem ſuam præbere non poteſt. Nun laſſe ich dahin geſtellet ſeyn, ob ſich dergleichen finden, und inſonderheit die Münſterſche Hofgerichts-Ordnung (welche Hiltrop anführet) den daſigen Beyſitzern keine mehrere Authorität mittheilet? Von den Hildesheimiſchen kann aber unmöglich jemand mit Vernunft dergleichen zu behaupten ſuchen, dem die Verfaſſung des hieſigen Hofgerichts bekannt iſt. Denn in ſelbigem werden die Urtheile u. Beſchwerde nach Mehrheit der Stimmen abgefaſſet, und nicht nur in des Hofrichters, ſondern auch der Aſſeſſoren Namen publiciret. Deßwegen ſind *in proemio* der Hofgerichts-Ordnung pag. 5. in fine die Unterthanen angewieſen, dasjenige was der Hofrichter und *Aſſeſſores* Kraft der Hofgerichts-Ordnung ihnen anbefehlen und gebiethen, gehorſamlich zu vollſtrecken, und alle dieſe ſollen vermöge Tit. I. §. 3. auch Kraft ihres geleiſteten Eides die vorkommende Rechtshändel entſcheiden. Der Hochgelahrte Vice-Canzler HUGO merket in ſeinem Buch *de Statu Regionum Germaniæ* Cap. 4. §. 28. an, daß die Fürſten des Reichs ihre Hof- und Landgerichte nach dem Modell des Kaiſerl. Cammergerichts angeordnet haben. Gleichwie nun in ſelbigem die Herren Aſſeſſores nicht conſultores, ſondern judices ſind, vid. HILTROP d. l. Part. 3. Tit. 32. num. 2. DECKHER *in Vindiciis rei Cameralis ad Ordinat. Cam.* P. I. Tit. I. pag. 86. ſo hat man auch die Aſſeſſores, wo nicht in allen, doch den mehreſten weltlichen Hofgerichten der deutſchen Chur- und Fürſten zu Mitrichtern

richtern gemachet, und zwar aus vernünftigen Urſachen, wie folgende Worte CARPZOVII d. l. n. 24. ſeq. ergeben: Judici adjunguntur in judicio Aſſeſſores, quos jura Saxonica vocant Scabinos, Schöppen, judici ſeu magiſtratui in judicio cauſæve cognitione aſſidentes non ſaltem ut conſiliis ſuis judicem adjuvent, quod olim in republica Romana Aſſeſſorum fuit officium, unde etiam conſiliarii vocantur, ſed etiam una cum judice judicium inſimul conſtituant, de cauſa cognoſcant, eandemque definiant, & juſtitiam adminiſtrent, ne forſan unius, judicis nempe arbitrio, relinquatur, quod plurium requirit vota & exactius judicium. Plures ſiquidem, uti vulgo dicitur, oculi plus vident, quam oculus: Ut hinc Aſſeſſores de autoritate judicis participent, & tanquam membra corpus judicii forment. Quam ob cauſam Aſſeſſores æque ac ipſemet judex ad jurisdictionis exercitum parili obſtringuntur juramento.

SECTIO II.

Was eigentlich Regierungs- und Juſtiz-Sachen ſind.

§. V.

Zwiſchen den Regierungs- und Juſtiz-Collegiis entſtehen vielfältig Colliſiones.

Daß einigen Collegiis nur Regierungsſachen, andern aber allein Juſtizſachen, oder dieſe zugleich nebſt den Regierungsſachen zu beſorgen aufgegeben worden, ſolches hat nicht ſelten beſchwerliche Colliſiones veranlaſſet. Die Menſchen ſind geneigt, ihre Gewalt nach Möglichkeit zu erweitern, und es läſſet nicht leicht jemand ſolche ohne Noth widerrechtlich einſchränken. Vielen Landesregierungen, welche die mehreſte und wichtigſte Stücke der höchſten Landesobrigkeit üben, iſt es empfindlich, wenn ihre Verfügungen auf Anrufen derjenigen, die den Weg Rechtens erwählen, von den Juſtizcollegiis, ſo Ihnen weder an Gewalt noch Würde gleich ſind, nicht ſelten geändert werden. Daher bemühet man ſich, verſchiedene Sachen der Cognition des ordentlichen Richters zu entziehen, unter dem Vorwand, daß in ſolchen des gemeinen Beſtens halber kein Proceſs zuzulaſſen. Hingegen wenden die Juſtitzcollegia ein, es ſey die Richterliche Hülfe Niemanden zu verſagen, welcher klaget, daß ihm von einem andern zu nahe geſchehen,

 und

und ein höchſtgefährliches Werk, die Entſcheidung ſolcher Streithändel, deren objectum öfters ſehr wichtig, und wovon der Menſchen zeitliche Wohlfahrt dependiret, einem Collegio zu übergeben, welches nicht einmal genöthiget werden kann, die eſſentialia Proceſſus zu beobachten, und wider deſſen Erkänntniß gemeiniglich keine Hülfe und Rettung zu finden. Sind ſchon die Landesregierungen zugleich Gerichtshöfe, ſo fehlet es jedoch an eben gedachten Zwiſtigkeiten nicht, weil alsdenn ſelbige, um der ihnen an die Seite geſezten Juſtitzcollegiorum Gewalt zu mindern, viele Sachen unter dem Vorwand, daß ſie vor kein Dicaſterium gehören, an ſich zu ziehen pflegen.

§. VI.

Solche Streitigkeiten verdienen eine ſorgfältige Unterſuchung.

Es iſt daher eine nicht ſelten in praxi entſtehende Frage: Was eigentlich Regierungs- und Juſtitzſachen ſind? Man mögte zwar dafür halten, dieſelbe gebrauche keiner ſorgfältigen Erörterung, weil der Landesherr nach Willkühr ſeinen Regierungs- und Juſtitzcollegiis Schranken ſetzen und verordnen kann, welche Sachen vor dem einen oder andern erörtert werden ſollen. Allein öfters iſt ſelbiger ſo billig, daß er keinem etwas nehmen will, was ihm ſecundum jus conſtitutum zukommt. Vielfältig erlauben auch ſolches die Fundamental-Geſetze des Landes, und mit den Ständen errichtete Verträge keinesweges. Alſo iſt v. g. in dem Stift-Hildesheimiſchen Landtagsabſchied de 1651. Art. 1. verſehen, daß das Hofgericht mit der Canzley *in contenſioſis concurrentem jurisdictionem* und die *prævention* ſtatt haben, jedoch ſich daſſelbe in Regierungs- und peinliche Sachen nicht einmiſchen ſolle. Wollte man nun contentioſa, ſo ihrem Weſen nach keine Regierungsſachen ſind, dem Hofgericht entziehen, und dem Geheimten Rath, oder der Canzley vorbehalten, ſo würde beſagter Landtagsabſchied verletzet, und den Ständen gegründete Urſach zur Beſchwerde gegeben. Es leidet alſo keinen Zweifel, daß die Erörterung der aufgeworfenen Frage groſſen Nutzen hat.

§. VII.

§. VII.

Das Wort Regierung und folglich Regierungsſachen wird im weitern und engern Verſtande genommen. Im weitern Verſtande begreifet es unter ſich alle Theile der Landesfürſtlichen Hoheit, und alſo auch die Erörterung aller entſtandenen Streithändel, als welche, wie oben §. 1. gezeiget worden, ein weſentliches Stück der höchſten Gewalt iſt. Im engern Verſtande aber, wenn die Landesregierung den Juſtitzcollegiis, mithin die Regierungsſachen den Juſtitzſachen entgegen geſetzet werden, verſtehet man durch jene die Geſchäfte, ſo keine Gerichtliche Unterſuchung und Richterlichen Spruch erfordern, ſondern durch Geſetze, Verordnungen und Schlüſſe, mehrentheils pro prudenti imperantium arbitrio, abgethan werden können. Denn, wenn einem Collegio die Regierungsſachen allein vorbehalten ſind, dem andern aber in contentioſis concurrens jurisdictio beygeleget iſt, ſo muß man nothwendig das Wort Regierungsſachen alſo deuten, weil ſonſt eine handgreifliche Contradiction fürhanden wäre, indem der Landesfürſt, welcher die im weiteren Verſtand genommene Regierungsſachen dem Regierungs-Collegio privative zueignet, andern Juſtitz-Collegiis alle Jurisdiction entziehet, mithin dieſen ohne Widerſpruch unmöglich zu gleicher Zeit concurrentem jurisdictionem in contentioſis mittheilen kann.

Regierungsſachen ſind eigentlich diejenige, welche keiner richterlichen Erörterung bedürfen.

§. VIII.

Man wendet zwar hierwider ein, es ſezten die obrigkeitliche Verfügungen gemeiniglich eine entſtandene Zwiſtigkeit voraus, und wenn ſolche insgeſamt die Juſtitz-Collegia entſcheiden ſollten, ſo bliebe den Landesregierungen gar wenig übrig, folglich habe es ſchlechte Wirkung, wenn man Ihnen die Regierungsgeſchäfte vorbehielte. Allein es wird ſelbigen dem ohngeachtet an Occupation nicht fehlen (a), und hat Churfürſt Maximilian Henrich p. m. weiſeſt das Hildesheimiſche Hofgericht angeordnet, weil derſelbe wohl angemerket, daß bey der

Deren ſpeciellere Erzählung.

der Canzley wegen anderer täglich vorfallender Landes ; und politiſcher Geſchäften den *contentioſis* und Partheyen Sachen nicht jedesmal abgewartet, oder in ſolcher Geſchwinde, als es die *litigir*ende Theile wohl gerne ſehen, abgeholfen werden können. Es iſt nemlich I.) die legislatoria poteſtas von einem ſehr weiten Umfang, als vermöge deren in Juſtitz- und Policeyſachen heilſame Geſetze zu machen, dadurch vielen ſchädlichen Mißbräuchen vorzubeugen, und das gemeine Beſte zu befördern. Die Diſpenſationes und Ertheilungen landesfürſtlicher Privilegiorum gehören gleichfalls hieher (b), wie auch die interpretatio authentica legum (c). Nicht nur aber lieget denen Regierungs-Collegiis ob, Sorge zu tragen, daß man gute Landes-Conſtitutiones promulgire, ſondern ſie müſſen auch darüber halten, und pflegen wohl ſelbſt die Verbrecher, ſo wider die Geſetze handeln, zu ſtrafen, wenn ſelbige überführet ſind, und weder das Factum noch das Jus einigem Zweifel unterworfen, folglich keine gerichtliche Unterſuchung erfordert wird (d).

II.) Sind alle Staatsgeſchäfte, als die Handlungen mit den benachbarten und andern Puiſſançen Regierungsſachen. Ob Krieg zu führen, Friede zu ſchlieſſen, Bündniſſe zu machen, die Militz zu vermehren, und Steuren auszuſchreiben? Von dieſen und dergleichen Sachen wird in dem Regierungs-Collegio gerathſchlaget (e). Vor ſolches gehören auch die negotia comitialia, ſo mit den Landſtänden zu pflegen, und muß es

III.) Darauf bedacht ſeyn, daß die Obrigkeitlich- und andere Aemter nur tüchtige Perſonen erlangen, auch dieſe ihren Pflichten ein Genügen leiſten (f) (g).

(a) Die Durchlauchtigſte Herzoge zu Braunſchweig und Lüneburg Rudolph Auguſt und Anthon Ulrich, welche ihrer ausnehmenden Klugheit halber einen unſterblichen Nachruhm erworben, haben in der Anno 1699 abgelaſ-

ſenen

ſenen Verordnung von denen Sachen, welche für Dero Geheimterathsſtube, Canzley und Cammer gehören, einem jeden Collegio ſehr weislich folgender geſtalt Schranken geſetzet: Von Gottes Gnaden Wir Rudolph Auguſt und Anthon Ulrich Gebrüdere, Herzoge zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. uhrkunden hiemit und machen zu wiſſen: Als uns zu mehrmalen vorkommen, welchergeſtalt zwiſchen unſern Geheimbten Rathscanzley und Cammer-*Collegiis*, wegen der vor jedes *Collegium* beſonders gehörenden Sachen ſich zu Zeiten einige Irrungen eräugnen, und über geſchehene Vor und Eingriffe Beſchwehrungen geführet worden. Wir aber ſolches um ſo mehr mißfällig vernehmen, als wir dergleichen *desharmonie* Unſerm Fürſtl. *Intereſſe* für ſchädlich erachten, und uns dannenhero bewogen finden, darunter zeitige *Remedirung* zu beſchaffen, und über die *Diſtinction* erwehnter Unſerer *Collegiorum*, und einem jeden zukommende beſondere *Expeditiones* genau zu halten; So haben Wir eine Nothwendigkeit zu ſeyn ermeſſen, folgendergeſtalt darüber gnädigſt zu ſtatuiren und zu verordnen: (I) Gleichwie Unſer Geheimbte Raths-*Collegium* den *ſtatum publicum* insgemein und in allen Stücken, auch was *ad poteſtatem legislatoriam*, *jus edicendi & conſtituendi*, *Conceſſiones privilegiorum* und dergleichen, wie auch bey dem Policeywesen und Beſtellungen derer Obrigkeiten und Gerichts-Bedienten in Unſern Land-Städten gehörig iſt, einzig und allein zu *reſpiciren*, zu verſorgen und zu *expediren* hat; alſo ſoll auch von ſolchen *Materien*, und was dahin ſeiner Eigenſchaft nach gerechnet werden kann, nichts an andere *Collegia* gezogen werden.

Und weil (II.) Unſere Fürſtl. Canzley (f) zu ordentlicher *Adminiſtration* der Juſtitz in Unſerm Fürſtenthumb u. Landen ſowohl *in civilibus* als *criminalibus*, wie auch zu Beobachtung der Lehn- und Grenz-Sachen eigentlich gewidmet und dazu *authoriſiret* iſt, Wir auch jederzeit geneigt bleiben, zu Vorkommung aller dem Juſtitz-Weſen höchſt ſchädlichen *ſub- & obrebtionem* die bey Uns einlaufende *Supplicata*, Klagen und Beſchwerungen, ſo eine *cognitionem inter partes* und rechtliche Entſcheidung erfordern, an dieſes Unſer Juſtitz-*Collegium* zu *remittiren*, und Uns in ſolchen Sachen zu keinen *extra-judicial-Decretis* bewegen zu laſſen, ſo ſoll dannenhero mehrgedachter Unſer Fürſtl. Canzley ſo wenig von Unſerm Geheimten Rath, als auch von Unſer Fürſtl. Cammer, noch von einigen andern *Collegio* auf keinerley Weiſe eingegriffen, und *in Criminal*-Juſtitz- und Parthey-Sachen weder *Citationes*, *Mandata* oder *Decreta* ausgelaſſen, auch keine *Commiſſiones* gegeben, viel weniger was in dergleichen Sachen von Unſer Fürſtl. Canzley erkandt, verordnet und *exequiret* worden, durch *contraire* Verordnungen

und Befehle geändert, verhindert oder aufgehoben werden. Und obwohl (III.) Unſer Fürſtl. Cammer-*Collegium*, als welchem die *Direction* Unſer Fürſtl. *Domainen* und Cammer-*Intraden* beſonders anvertrauet, demſelben auch die Authorität und Macht beygeleget, in allen dahin gehörigen Sachen, nicht nur an die Droſten, Ober- und Beamten, auch andere Amts-Bedienten und Angehörigen *Mandata*, *Reſcripta* und Verordnungen ergehen, auch Land- und Forſt-Gerichte halten zu laſſen, ſondern auch erheiſchender Nothdurft nach *Commiſſiones* zu *Reglir*- und Verbeſſerung unſers Cammer-*Intereſſe* anzuordnen, nicht weniger auch in ſolchen Sachen mündliche Verhöre und Handlungen vorzunehmen, darinnen auch durch dienſame Vorſtellungen gütliche Vergleichung zu machen, ſo ſoll doch *per modum* einer gerichtlichen *Cognition* und *Deciſion* darinnen nicht verfahren, ſondern ſolche und mehrere Sachen, ſo Rechtsſtreitig oder *criminal*, und ihrer Eigenſchaft nach vor Gericht und oftererwähnte Unſere Fürſtl. Canzley gehören, mit den Cammer-Sachen nicht vermiſchet, ſondern ſo bald in einer oder andern bey Unſer Fürſtl. Cammer vorkommenden Sache ſich hervorgeben würde, daß zwo Partheyen in Streit verfallen, und darin gerichtlich zu *cognoſciren*, und was Rechtens zu erkennen ſeye, die bey unſer Fürſtl. Cammer eingebrachte *Supplicata*, ſamt denen etwa darauf eingelangten Berichten auch gehaltenen *Protocollis* zu unſer Fürſtl. Canzley eingeſchicket, und die Partheyen dahin zu Ausführung ihres Rechtens und Erwartung eines rechtlichen Ausſpruchs verwieſen, und falls bey einem oder andern Punct Unſer Aemter *Intereſſe* angemerket werden ſollte, alsdenn dem Cammer-*Conſulenten* dabey zu *vigiliren* anbefohlen werden. Wenn aber

(IV.) Bey oberwähnten unſern *Collegiis* ſolche Sachen vorfallen würden, wobey Zweifel wäre, wohin ſelbige eigentlich gehören mögten, auf ſolchen Fall ſollen unſere *Collegia* ſich ſolchergeſtalt vernehmen, damit dieſer unſerer Meynung nach gegangen, alle *Colliſion* verhütet, und ſo wenig unſer Cammer als das *publicum intereſſe* verabſäumet werde. Wie denn auch

(V). Wenn unſere Fürſtl. Cammer zu Beförderung Unſers Cammer-Intereſt ſowohl unſers Geheimten Raths als unſer Fürſtl. Canzley Einraths und *Aſſiſtence* vonnöthen hat, derſelben damit jedesmal vertraulich an Hand gegangen werden ſoll. Uhrkundlich unſer eigenhändigen *Subſcription* und beygedruckten Fürſtl. Geheimten Canzley-Siegels. Geben in Unſer Veſtung Wolfenbüttel den 30. *Aug.* 1699.

Rudolph August. (L.S.) Anthon Ulrich.

Daß

Daß in dieſer Verordnung diejenige Klagen und Beſchwerden, ſo eine cognitionem inter partes und rechtliche Entſcheidung erfordern, an die Juſtitz-Collegia verwieſen ſind, iſt folgender wohlgegründeten Lehre des MEVII Part. 4. Dec. 230. Num. 6. gemäß: Jurisdictioni dicatum eſt dicaſterium, publice vero eorum, quæ ad reipublicæ corpus pertinent, curæ regimen. Ut juſtitia adminiſtretur, ejus miniſteria ſint bene conſtituta, hoc ac regimen ſpectat. Sed quomodo in ſingulis cauſis jus dicatur, id judiciorum eſt. Eſt auditum nunquam, regiminis & dicaſterii concurrentem eſſe jurisdictionem, dum ejus in litibus, quæ judiciorum proceſſu aguntur, nulla per ſuperiores eſt attributa, ſed ea judicio applicata actio. Iſta confundere, eſt non parum juſtitiæ curſum turbare & impedire. Der Herr von LUDOLFF pflichtet dieſem bey, wann er von den Landesregierungen *Obſ. for.* 99. ſchreibet, quod ſint Collegia ad politica negotia inprimis quatenus à tractatione litium diſtinguuntur, ordinata. Die Herzogl. Wolfenbüttelſche Conſtitution redet zwar nur von der Canzley, weil deren Colliſio mit andern Collegiis ſolche veranlaſſet hat. Es iſt aber das Hofgericht zu Wolfenbüttel in den Juſtitzſachen, welche der Canzley nicht ausdrücklich vorbehalten worden, mit gleicher Gewalt verſehen.

(b) Regierungen können zwar ſine ſpeciali Mandato Principis weder Geſetze machen, noch Diſpenſationes und Privilegia ertheilen. Vid. MEVIUS *Part.* 4. *Dec.* 420. n. 3. Herr BOEHMER *ad ff. Tit. de Conſtitutionibus Principium* §. 4. MARTINI *Anal. ad O. P. S. Præf.* n. 69. Ob aber eine Verordnung zu machen, zu diſpenſiren und jemand zu privilegiren ſey, ſolches überleget man in demjenigen Collegio, welches dem Fürſten die Landesregierung führen hilft, und er bey Ausübung der ſeiner höchſten Perſon vorbehaltenen Regalien zu Rathe ziehet. Vermöge des uralten Teutſchen Herkommens wird nicht nur der Fürſtl. Regierungs-Räthe, ſondern auch der Landſtände Gutachten vernommen, bevor man Geſetze promulgiret. Es heiſſet in König Rudolphi I. Anno 1287. verfaſſeter, Anno 1291. aber renovirter Conſtitution: Was auch die Fürſten in ihrem Lande mit der Land-Herren Rate ſetzent und machent dieſem Land-Friede ze Beſſerung und ze Veſtenung, das mögen ſie woll thun, und damit brechent ſi des Land-Friedes nicht. Vid. LEHMANNI Speyeriſche *Chronica* Lib. 5. Cap. 108. p. 558. Und Herr LUDEWIG der Halliſchen Univerſität Canzler, auch Königl. Preuſſiſcher Geheimter und Regierungsrath im Herzogthum Magdeburg beſtärket *in Reliquiis MSS.* Tom. 7. ſolches alte Recht der Landſtände alſo p. 150. Eſt hoc homini Germano omnino diſcendum & notandum, quod legislatoria poteſtas, uti in imperio non penes Imperatorem ſolum, verum etiam Ordines in comitiis, ita in provinciis quoque Principi ſoli non licuit, condere leges, niſi in

Wie weit ſich die Gewalt der Regierungs-Collegiorum quoad legislatoriam poteſtatem erſtrecket.

auch die Stände concurriren dabey.

 conſeſſu

conſeſſu conſenſuque procerum provincialium der Landſtände. Ut adeò provinciales leges nomen ſuſtinerent provincialium Receſſuum in vernacula der Landtagsabſchiede; imgleichen p. 175: Jure Romano ad conſuetudinem ſatis fuerat Principis tacita voluntas conſenſusque. Verum ille in noſtris principatibus non ſufficit, ubi legislatoria poteſtas non Principis ſolius ſed ordinum ſimul in comitiis. Igitur eſt opus utriusque voluntate in legibus, & ſilentio utriusque in conſuetudine. Alterutrum ſatis non eſt. Conf. IDEM *tr. de jure clientelari Germanorum* Sect. 3. Cap. 1. §. 1. Lit. e. pag. 142. Gleicher Meynung mit ihm iſt der ehemalige Königl. Schwediſche Vice-Præſident MEVIUS *in Commentario* von wucherlichen *Contracten* Part. 1. Cap. 4. §. 4. pag. 72. allwo er ſchreibet: Wie im Römiſchen Reiche die Form und Maaſſe des Regiments von Alters zwiſchen dem Haupt und Gliedern beliebet, und verfaſſet, daß alle wichtige den *Statum Imperii afficir*ende Sachen, unter denen die *promulgatio legum*, mit Rath und *Conſens* der ſämtlichen Reichsſtände beſchloſſen, und vereiniget werden, alſo iſt ſolche *forma Regiminis* auf die gemeine Freyheit auch in dem Churfürſtenthum und Landen von Alters eingeführet, und hergebracht, daß Churfürſten und Stände dergleichen Wichtigkeiten, alſo auch gemeine Geſetze nicht aufrichten, dann mit Zuziehung ihrer getreuen Landſtände, denen zuerſt davon Bericht geſchiehet, darauf ihr Rath, Gutachten und Mitbewilligung erfordert wird. So ein Theil der teutſchen Freyheit, deren man ſich rühmet, nicht unbillig geſchätzet, und *ex antiqua conſuetudine* alſo *radicire*t zu ſeyn, erachtet wird, daß wie die Kaiſerliche *Conſtitutionen* ohne der Stände Rath und Mitbelieben angerichtet, im Reich keiner Würden und Kraft ſeyn, alſo auch in den Landſchaften die *Leges* ohne der Landſtände Rath und Willen *publiciret*, dieſelbe nicht verbinden, noch *vim Legis* erreichen. Was für Nutzen und Zuträglichkeit zu mehr willigem Gehorſam, Beſtändigkeit, *Authoritæt* und Würkung, ein ſolcher Gebrauch *importire*, iſt hier zu *repræſentiren*, nicht vonnöthen. Herr *F. L. de* BERGER *in Animadverſionibus ad Cocceji Jurispubl. Prud.* Cap. 23. §. 4. pag 323. hält auch dafür, regulariter negotia, quæ politiam & regimen concernunt, ut Religionis, *legumlationis*, tributorum &c. &c. vel defenſionem provinciæ puta belli &c. Principem conſenſu ordinum adhibito debere perficere, und der Chur-Cöllniſche geheimte Rath Herr MOSER bezeuget, *in Compendio Jurispublici* Lib. 4. Cap. 21. §. 8. Daß in den meiſten *Provincien*, wo Landſtände vorhanden ſeynd, die Landesherren nicht völlig freye Hände haben, Geſetze und Ordnungen zum Behuf des Landes zu machen. Es ſtehet jedoch nicht zu läugnen, daß, gleichwie an verſchiedenen Orten in neueren Zeiten die Stände von vielen Regiments-

 geſchäf-

geſchäften ausgeſchloſſen ſind, alſo man auch, ohne ihr Zuthun, vielfältig Geſetze promulgiret, oder doch, wann die Landesherrſchaft ſie ſchon zu Rathe ziehet, nach Willkühr derſelben Gutachten folget, oder es aus der Acht läſſet.

Wenn gleich ſolches in dieſem oder jenem Lande mit Fug geſchiehet, ſo mag jedoch die höchſte Obrigkeit mittelſt keiner Landes-Conſtitution etwas verordnen, welches die durch verbindliche Privilegia, Landesverträge, und ſonſt erhaltene Gerechtſame der Stände und Unterthanen ſchmählert. Denn ſonſt wäre es ein leichtes, dieſe um alles zu bringen, und eine ganz arbitraire Gewalt einzuführen. Geſetze, die der Fürſt nach Willkühr gemachet, kann er nach Willkühr wieder aufheben, nicht aber, was er ſeinen Ständen verſprochen, unerfüllet laſſen, und die Befugniſſe, ſo dieſe erworben, und welche ſie, oder doch deren agnition wohl gar titulo oneroſo erlanget haben, ihnen nehmen. Von dem hochpreißl. Kaiſerl. Reichshofrath iſt in cauſa Mecklenburgiſcher Ritter- und Landſchaft contra den Herrn Herzog zu Mecklenburg in puncto der Landes-Gravaminum hierunter ſehr weißlich ein ſorgfältiger Unterſcheid gemachet, indem derſelbe am 19ten Octobr. 1724. alſo erkandt hat: Wird *authoritate Cæſarea* weiter verordnet, daß in Zukunft *in Eccleſiaſticis*, ingleichen Lehns-Juſtitz-Policey- und dahin gehörigen Sachen, und überhaupt keine allgemeine Landesordnungen ohne der Ritter- und Landſchaft, oder wenigſtens, wann *periculum in mora*, derer Landräthe und engeren Ausſchuſſes vorgängige Zuziehung zu errichten, ſondern vor der *Publication* dieſe mit ihren *Monitis* oder rathſamen Bedenken und Gutachten nothdürftig zu hören, und darauf von Herrn Herzog billigmäſſige Landesväterliche *Reflexion* zu machen, auch ohne gedachter Ritter- und Landſchaft vorhergehende ausdrückliche Einwilligung in denen Landes-*Conſtitutionen* etwas, ſo derſelben *Privilegiis*, Landesverträgen und Herkommen, denen Reichsſatzungen, Kaiſerl. Verordnungen, und Fürſtl. *Reſolutionibus*, einfolglich ihrem dadurch erlangten Rechte zuwider, keinesweges zu verordnen, noch alſo denenſelben etwas neuerliches aufzulegen, vielweniger die nur auf die Fürſtl. Cammergüther gerichtete, und ohne Zuziehung Ritter- und Landſchaft darinn *publicirte* Verordnungen, auch auf dieſe Ritter- und Landſchaft, und der Güther zu *extendiren*. Immaſſen die dergeſtalt ohne vorhergehende *reſpective* Vernehm- und Einwilligung, Ritter- und Landſchaft abgefaſſete *Conſtitutiones*, ſo viel ſelbige betrift, ungültig ſeyn, und von denen Fürſtl. *Judiciis* darauf nicht geſprochen, noch ſonſt *reflectiret* werden, dagegen in denen Fällen, welche nur eine Vernehmung erfordern, dem Herrn Herzog das billigmäſſige *Arbitrium* vorbehalten ſeyn ſolle.

 Vid.

Vid. Merkwürdige Reichshofraths-*Concluſa* Part. 2. Concl. 215. num. 10.

Daß die Stift-Hildesheimiſche Landſtände ein gleiches begehren, kann ihnen demnach niemand zum Verbrechen deuten, und als einen Eingrif in die landesfürſtl. Hoheit anſehen. Wer auch angiebet, es ſey dieſe ihre Prætenſion neuerlich, und von den Vorfahren nicht gemachet, muß in den mit der Landſchaft gepflogenen Handlungen ſchlecht bewandert ſeyn. Am 1. Jun. 1659. ertheilte die Churfürſtl. Cöllniſche Stift-Hildesheimiſche Regierung beſagten Landſtänden folgende Reſolution: Ad 12. wäre man erbiethig die Policeyordnung alſofort zu *communici*ren, und wollte man der Löbl. Stände Erinnerungen darüber gewärtig ſeyn; Und dieſes wurde nachmals in einer Landtags-Propoſition wiederhohlet, worauf ſich ſämtliche Stände alſo vernehmen lieſſen: Daß die Amts-Policey- und Dienſtordnung *reſpective* dermahleins in Druck ausgelaſſen, und darüber mit gehörigem Nachdruck gehalten werden möge, verlangen wir allerſeits unterthänigſt, jedoch daß unſere des Thumcapituls Erinnerungen dabey beobachtet, und wir die ſieben Stifter, wie auch Ritterſchaft und Städte über die Policey- und Dienſtordnung, nachdem uns dieſelbe, dem in der Landtags-*Propoſition* gethanen gnädigſten Erbiethen zufolge, *communici*ret, mit unſern *Monitis* der Gebühr gehöret, und vernommen werden. Als aber dem ohngeachtet die Communication der Policeyordnung anfänglich gar unterbliebe, endlich zwar geſchahe, jedoch der Stände Erinnerungen ohnerwartet, mit deren Publication verfahren wurde, thaten Ritterſchaft und Städte der Stift-Hildesheimiſchen Regierung am 9ten April 1666. folgende Vorſtellung: Es iſt ſowohl im Braunſchweigiſchen Haupt-*Receſſe* als den *Reverſalen*, welche den 11. *Martii* 1645. für dem damaligen Landtage im Namen des dero Zeit regierenden gnädigſten Landesfürſten von der Hochlöbl. Fürſtlichen Regierung, nebſt E. Hochehrwürdigen Thumcapitul ausgeſtellet, wo ſonſt darauf noch eine *reflexio* genommen werden will, die doch billig in ihrem *vigör* unverbrüchlich verbleiben müſſen, genugſam verwahret, daß wir bey unſern ſowohl vor *occupirten* Stifte als nachgehends erlangten *Juribus* und dem Herkommen ohnbeeinträchtiget gelaſſen werden ſollen. Nun iſt aber ein ohnverrücktes Herkommen, welches niemals von jemand in Zweifel gezogen, weniger angefochten worden, daß bey aufrichtenden Ordnungen, wie die Namen haben, die Landſtände, da ihr *Intereſſe* bey verſiret, mit ihren Erinnerungen vernommen werden. So lange unter den Herren Herzogen mit den benachbarten Landſchaften wir *in corpore* geſtanden, iſt es nicht noch auch nach der

Extra-

Extradiction des Stifts anders gehalten. Man gehe nur zurück und *conſiderire* alles was ſieder dem im Stift aufgerichtet an Schatz-Ordnungen und *Inſtruction*, Tax-Ordnung oder dergleichen, dabey die Landſtände *intereſſiret*, ſo wird ſich befinden, daß nicht allein zuſamt und gleich E. Hoch-Ehrw. Thum-Capitul auch wir als Mit-Landſtände darzu gezogen, und mit unſern Erinnerungen darüber vernommen, ſondern auch allenthalben, wo einige Veränderung und Verbeſſerung *reſerviret*, dieſelbe alſo eingerichtet, daß ſolches mit Einraht und Vernehmung der Landſchaft geſchehen ſollte. Ihre Churfürſtl. Durchl. unſer Gnädigſter Landesfürſt und Herr hat auch in dem Landtags-Abſchiede *de Anno* 1652. *art.* Viertens wollen *&c.* gnädigſt verſprochen, die Canzley- und Hof-Gerichtsordnung *revidiren* zu laſſen, auch der Landſtände Gutachten, und nützliche Vorſchläge darüber anzuhören, und zu vernehmen; *Ubi igitur eadem vel major eſt ratio, ibi etiam idem jus eſſe debet.* Man kann aber kein Gutachten, oder womit vernommen werden, was nicht vorhin *communiciret* iſt. Ja es hat ſolches bisher ſogar keine *Difficultät* gehabt, daß E. Hoch-Ehrw. Thum-Capitul ſelbſt befodert, daß die Policeyordnung, wie ſie zu Anfang begriffen geweſen, imgleichen auch das erſte *Concept* der Hof-Gerichtsordnung, welches aber nachgehends auch in viele Wege geändert, *communiciret* worden, wie wir dann davon als ein *perpetuum documentum* noch zweene *Exemplar* in Händen haben, davon eins E. Hochw. Gn., Hoch- und Wohl-Edl., Geſtr. Herrl. und Hochgel. Gunſten hiebey fürgezeiget werden ſoll. Es iſt dero Zeit daſſelbe *non tantum non contradicente ſed Capitulo procurante* verſchiedentlich abgeſchrieben, den *deſcriptoribus* auch *ex publico* die *Copial*-Gebühr entrichtet, welches wir nimmer mit Würden verwilliget haben, wann man *intendiret* hätte, uns davon zu *excludiren*. *In recenti memoria* iſt auch noch, daß die Amtsordnung, ehe ſie gedrucket, *ſine omni contradictione & difficultate communiciret*, und wir mit unſeren Erinnerungen darüber gehöret worden, ja vielfältig mit E. Hoch-Ehrw. Thumcapitul *teſtante deſuper habito protocollo* darüber *communiciret* und *deliberiret* haben. Was uns nun von ſo langer, und dero Zeit recht geweſen, das kann uns anjetzo nicht unrecht ſeyn. Wir werden uns auch von ſolcher unſer kundbaren Befugniß nicht verdringen laſſen können; *&c. &c.* Und in der nachmaligen unterthänigſten Remonſtration in puncto Gravaminum de 8. Dec. 1666. lautet es alſo: 12. Daß Ew. Churfürſtl. Durchl. bey Auslaſſung der Policeyordnung nicht gemeynet geweſen, auch noch nicht gemeynet ſey, jemanden gegen das alte Herkommen zu *præjudiciren*, imgleichen ſich gnädigſt erklären, der Landſtände dienliche Erinnerungen,

wann

wann einige Verordnungen ergehen zu laſſen nöthig, gnädigſt anzuhören, das iſt preißwürdig. Weil nun aber die vorhergehende *Communicatio* dem alten Herkommen gemäß, über das auch, ſo man nicht geſehen, keine Erinnerung thun, noch ein Gutachten eröfnen kann, ſo wird es E. Churf. Durchl. unterthänigſter Zuverſicht nach bey ſolcher herkommenen vorhergängigen *Communication* gnädigſt laſſen. Beſage Landtagsabſchiedes de 1722. inhærirte man bey damaligem Landtag dieſem Begehren folgender Geſtalt: Ad 3tium Erkenneten die Landſtände das Gnädigſte Verſprechen, daß binnen Jahresfriſt die Dienſtordnung *revidiret*, und zum Druck befördert werden ſollte, mit unterthänigſtem Dank. Sie lebten aber anbey der Hofnung, man würde ſolche *Reviſion* ohne ihre Zuziehung nicht vornehmen, maſſen ſowohl die allgemeine Obſervanz faſt aller teutſchen Chur- und Fürſtenthümeren, nach dem Zeugniß Mevii *in Tract.* von wucherlichen *Contracten*, Part. I. Cap. 4. num. 4. pag. 40. als auch das beſondere Herkommen dieſes Hochſtifts, hierinn ihre Gerechtſame überflüſſig *fundirte*, und ergeben die *Acta publica*, daß nicht nur zur Zeit, da die Herren Herzogen von Braunſchweig dieſes Fürſtenthum im Beſitz gehabt, nicht anders, als nach vorgängiger *Communication* mit denen Ständen Geſetze *promulgiret* worden, ſondern auch die Herren Biſchöfe hätten jedesmal geſamte Landſtände zu dergleichen wichtigen *negotiis* gezogen, wie denn *v. g.* die Schatzordnung mit *Conſens* der Stände verfaſſet, und beſtärket, nicht weniger zu Churfürſt *Ferdinandi* glorwürdigſter Gedächtniß Zeiten, mit geſamten Ständen, wegen einer abzufaſſenden Taxordnung und *Conſtitution* die *tempore belli contrahirte* Schulden betreffend, *in comitiis deliberiret* worden, auch Churfürſt *Maximilian Henrich p. m.* Ao. 1652. der Landſtände Gutachten wegen Revidirung der Gerichtsordnungen zu vernehmen, ſich erkläret, und verſprochen hätte, mit deren Zuziehung eine *Contributions*-Ordnung *promulgiren* zu laſſen; Welchem allen die verordnete Churfürſtl. Commiſſion überall nicht widerſprochen, und die angeführten Worte dem Landtagsabſchied einverleibet hat. Als demnach in dem Proœmio der Ao. 1730. publicirten Hof-Gerichtsordnung geſetzet wurde, es ſey dieſelbe nach vorgängiger von Ihro Churfürſtl. Durchl. beliebter *Communication* mit Dero getreuen Ständen dergeſtalt eingerichtet zu ſeyn befunden, daß ſie Landesfürſtlich genehm gehalten worden, und man beſorget, daß dieſe Worte künftig von einer willkührlichen Communication verſtanden werden mögten, ſo haben die Stände keinen Umgang nehmen können, die ihnen zuſtehende Gerechtſame durch eine eventuale Proteſtation und Reſervation gleich ihren Vorfahren, auf erlaubte Weiſe ohngekränket zu bewahren.

(c)

(c) Weil die Interpretatio authentica an keine Regeln gebunden, ſo iſt ſie in der That ein neues Geſetz. Alles was demnach in vorhergehenden von der Stände Concurrenz geſaget worden, findet auch allhier Platz. Inſonderheit alſo mag ein Fürſt ſamt ſeiner Regierung die Landtags-Abſchiede und andere Verträge nicht zu der Stände und Unterthanen Nachtheil willkührlich auslegen, weil er keinesweges befugt iſt, ihnen ihr erlangtes Recht zu entziehen, und wider die errichtete Pacta zu handeln, welche ſowohl den gröſten König als den geringſten Bauren verbinden. Conf. HORN *de Interpretatione juridica* Cap. 6. §. 8. HEDLER *ad Hornium* d. l. lit. m. Von der Interpretatione authentica.

(d) Vid. MEVIUS Part. 3. Dec. 154. Herr von LUDOLFF Symph. I. Conſult. 36. pag. 843. 844.

(e) In einigen Ländern iſt der Geheimte-Rath und das Regierungs-Collegium einerley, wie z. E. zu Hannover. In andern aber ſind die Regierungsſachen unter den erſten und den ſogenannten Hofrath oder Canzley vertheilet, daher die Glieder der letzteren Hof- und Regierungsräthe betitult zu werden pflegen. Solchenfalls aber gehören die Handlungen mit andern Puiſſançen gemeiniglich nur vor das hohe Miniſterium oder den Geheimten-Rath. Die Eintheilung des übrigen Regierungsgeſchäfte und die Autorität der Canzleyen iſt ſehr ungleich. Zu Wolfenbüttel hat die Canzley beſage der Verordnung de 1699 mit keinen Regierungsſachen zu ſchaffen, auſſer denjenigen, ſo die Territorial-Gränzen betreffen. Zu Hildesheim werden die Regierungsgeſchäfte im Geheimten-Rath abgehandelt, welcher nach Befinden dasjenige, was in publicis vorzuſtellen oder auszuarbeiten, unter den Hofräthen vertheilet, und ſich von ſelbigen referiren läſſet, wie aus folgender Churfürſtl. Verordnung erhellet: Von Gottes Gnaden Clement Auguſt, Erzbiſchof zu Cölln, des Heil. Röm. Reichs, durch Italien Erzcanzler und Churfürſt, ꝛc. Nachdem Wir zu beſſerer Beobachtung deren ſowohl *in Publicis*, Regierungs- und Gränzſachen, alſo auch aller anderen Vorfallenheiten unſers Hochſtifts Hildesheim, und abſonderlich, damit Regierungs- und Gränzſachen, alſo auch aller anderen Vorfällen geholfen werden mögen, für nöthig befunden, einen geheimten Rath daſelbſt anzuordnen, um in unſerm Abweſen alles behörig zu beobachten, und zu ſolchem Ende vorläufig nachfolgende Verordnung zu deſſen beſſerer Einricht- und Einfolgung gnädigſt beliebet haben; als ſoll 1) der Geheimter-Rath wöchentlich zweymal, als Dienſtag und Freytag, oder auch mehr, nach Befinden deren Geheimten-Räthen, und zwarn auf unſerer Canzley zu Hildesheim gehalten, darinnen alle vorfallende Regierungsſachen vorgebracht, reiflich überleget, und darüber Von den Geheim-ten-Raths-Collegiis.

verordnet, Sachen von Wichtigkeit aber, und wobey kein *periculum in mora*, ſollen zu unſerer gnädigſten *Ratification* uns zugeſchicket werden. 2) Zu ſolchem Ende ſollen jederzeit wenigſtens drey Geheimte Räthe in unſerer Stadt Hildesheim, und die ſonſt Anweſende alle, ſamt dem Geheimten *Secretario* allein berufen werden, falls aber gedachter unſer Gehmtr. *Secretarius* nicht zu erſcheinen im Stande ſeyn ſollte, ſoll der ihm in ſolcher Bedienung *adjungirter* von Glontz und nicht anderſter zugelaſſen werden. Wann *ſuper protracta aut denegata juſtitia* Partheyen ſich bey unſerm Geheimten Rath beſchweren ſollten, hat derſelbe ſofort bey unſerm Hofrath oder Hofgericht darüber Nachricht einzuziehen, und befundenen Dingen nach, die Partheyen Klaglos zu ſtellen. 3) Wann in Regierungs- oder Gränzſachen zu *referiren*, oder nöthige *Information* einzuziehen, ſoll alsdann der in Sachen *informirter* Hofrath, zum Geheimten Rath berufen werden. 4) Der zeitliche Stadthalter, oder in deſſen Abweſenheit der älteſter Geheimter Rath, ſoll zu Rath anſagen laſſen, darinn *præſidiren*, und *una cum Secretario* die *Expeditiones* unterſchreiben. Ferner ſoll unſer Geheimter Rath dasjenige, was in Regierungs- *Publicis* oder Gränzſachen vorzuſtellen, oder auszuarbeiten vorkommt, unter den Hofrath nach Befinden austheilen, und genau dahin ſehen, daß ſelbiges ohngeſäumt verfertiget werde. 5) Die Unterſchrift ſoll keine andere ſeyn, als: Churfürſtl. Cöllniſche zur Regierung des Hochſtifts Hildesheim, verordnete Stadthalter und Geheimte Räthe. 6) Das Regierungsſiegel, welches bishero bey unſern Hildesheimiſchen Hofrath geweſen, ſoll das Geheimte Rathsſiegel hinführo ſeyn, und bey unſerm Stadthalter, oder in deſſen Abweſenheit bey dem älteſten Geheimten Rath in Verwahr aufbehalten, das Hofrathsſiegel *cum connotato: Sigillum Conſilii aulici*, aber dem zeitlichen Canzlern ausgeliefert werden. 7) Die *Militz*- und *Guarde*-Reuter ſollen ohne Vorwiſſen unſerer Geheimten Räthen zu keiner *Execution* gebrauchet, und ſonſten verſchicket werden. 8) Auſſer denen gewöhnlichen Rathstägen, wie erwähnet, ſoll keiner für ſich allein einer Verordnung ſich unternehmen, ſondern wann *periculum in mora*, und die Sache von der Wichtigkeit wäre, daß ſie einige *Deliberation* erforderte, auch auſſer denen verordneten Tägen, Rath angeſaget werden. 9) Bey dieſem unſern geheimten Rath ſoll alles, was vorkommt, umſtändlich *protocolliret*, und ſolchen *Protocolli* Abſchrift, nebſt einer unterthänigſten *Relation*, was vorgefallen, auch ſonſt zu erinnern, bey Ende eines jeden Monats Uns unterthänigſt zugeſchicket werden. 10) In ſolchem *Protocollo* ſollen die *Præſentes ad marginem notiret* werden, und weilen Uns 11) auch vorkommen, daß in *Militair*ſachen oftermalen nur von ein- oder andern Kriegesrath, und auf deren Befehl, Ver-

ordnung erlaſſen werden, ſolches aber unſerer gnädigſten *Intention* allerdings zuwider iſt, als ſollen ſowohl die *Militair*ſachen, als andere *Publica* von unſerm Geheimen Rath *dependiren*, und darinnen *communicato Conſilio* verordnet werden. Und iſt ſolchemnach unſer gnädigſter Befehl, daß von unſeren Geheimen Räthen obige *Puncta* in allem fleiſſig und treu, eingefolget werden ſollen. Uhrkund Unſers hierunter geſetzten Churfürſtl. Handzeichens und *Secret*-Inſiegels. *Signatum* Münſter den 9. *Januarii* 1726.

Clement Auguſt (L.S.)

Von dem Urſprung der Geheimten-Raths-Collegiorum vid. Hertius *de Conſultationibus, Legibus & Judiciis in ſpecialibus R. G. J. Rebuspublicis* §. 2. Herr Struv *Synt. Jur. publ. C.* 26. §. 56. Herr Kopp *de Inſigni differentia inter S. R. J. Comites & Nobiles immediatos* S. 2. §. 11.

(f) Vid. Mevius Part. 4. Dec. 230. n. 6.

(g) Seckendorff will im Teutſchen Fürſten-Staat Part. 2. Cap. 7. §. 13. es liege dem Geheimten-Rath die oberſte Aufſicht über die Regalien ob, mithin müſſe er beſorgen, daß den Ständen und Unterthanen, welche ſich deren ohne ſonderbares Recht und Vergünſtigung des Fürſten anmaſſen, der Gebühr nach begegnet werde. An vielen Orten laufet ſolches in das Departement der Rentcammer, und ſtatten dieſer die Amts-Advocati und Amtleute davon Bericht ab, wenn ſie vermeynen, daß den Juribus der Fürſtl. Aemter zu nahe getreten wird. Ueberkommen auch von ſelbiger Verhaltungsbefehle, ob und auf was Weiſe ſie ſich den Unterthanen zu widerſetzen haben? Gleichwie aber, oberwehntem nach, gemeiniglich alle Collegia und Bediente auf gewiſſe maſſe dem Geheimten-Rath untergeben, und von ſelbigem zu Beobachtung ihrer Pflichten anzuweiſen ſind, ſo leidet keinen Zweifel, daß ihm auch eine oberſte Aufſicht über die Regalien und Domanial-Rechte zuſtehet, Kraft deren er derſelben Schmälerung auf rechtliche Weiſe zu verhindern befugt und ſchuldig iſt. Die Uebung aller Theile der Landesherrlichen Hoheit, auſſer der Deciſion entſtandener Proceſſen, gehöret eigentlich vor ſelbigen, wie §. 7. angemerket worden, und enthält der §. 8. keine vollkommene Enumeration der Regierungsſachen, ſondern nur die wichtigſte Arten derſelben, womit man gedachte Regul erläutern und darthun wollen, daß, wenn gleich die Rechtshändel den Juſtitz-Collegiis verbleiben, es gleichwohl denen Landesregierungen an Geſchäften und Arbeit nicht fehlen werde.

§. IX.

Einige legen den Regierungs-Collegiis in gewiſſen contentioſis Richterliche Gewalt bey.

Die Schranken, ſo im vorhergehenden den Regierungs-Collegiis geſetzet ſind, ſcheinen einigen ſehr eng zu ſeyn, und man will behaupten, daß auch ſelbigen überdem die Erkenntniß in verſchiedenen Rechtshändeln zuſtehe. Man ſuchet nemlich 1) die Streitigkeiten dahin zu ziehen, welche der Fürſtl. Domainen und Gerechtſame halber zwiſchen den Aemtern und Unterthanen vielfältig zu erwachſen pflegen. Daß ſolches in Pommern geſchehen, lehret Mevius Part. 4. Dec. 230. Im Hochſtift Hildesheim hat nicht weniger ein und anderer dafür halten wollen, es gehöreten alle das Landesfürſtl. Intereſſe betreffende Proceßſachen nur für die Regierung oder Canzley, weil ſelbiger im Landtags-Abſchied de 1651 die Regierungsſachen vorbehalten ſind. Denen Juſtitz-Collegiis bemühet man ſich ferner 2) in allen aus der Policeyordnung entſcheidenden Streitigkeiten, und 3) in cauſis privilegiorum die Cognition zu entziehen, mithin den Canzleyen, ſo zugleich Landesregierungen ſind, ſie privative beyzulegen.

SECTIO III.

Die der Landesfürſtlichen Cammergüther und Gerechtſame halber zwiſchen den Aemtern und Unterthanen entſtandene Zwiſtigkeiten ſind ordentlich von den Juſtitz-Collegiis, mithin ſowohl von den Hofgerichten als Canzleyen zu entſcheiden.

§. X.

Die die Königliche oder Fürſtliche Domainen be-

Was 1) die Königliche oder Fürſtliche Domainen betreffende Streitigkeiten anlanget, ſo ſind zwar viele der Meynung, daß die bürgerliche Geſetze denjenigen nicht verbinden, welcher die höchſte Gewalt in Händen hat, mithin ſelbiger keinesweges gehalten ſey, in einigen ihn

ihn angehenden Zwiſtigkeiten ſich dem richterlichen Spruch zu unterwerfen, ſondern daß die Unterthanen damit friedlich ſeyn müſſen, was der Landesherr ſelbſt recht und billig zu ſeyn erkennet, welcher zwar Gott dem höchſten Richter, nicht aber denen Menſchen von ſeinen Handlungen Rechenſchaft zu geben ſchuldig (a). Allein nicht zu gedenken, daß ſolche Lehre wichtigen Zweifeln unterworfen (b), ſo iſt ſie jedoch allenfalls nur in ſouverainen Staaten applicable. Auch in dieſen gebrauchen ſich ſehr wenige Könige und Fürſten beſagten Rechts, ſondern die mehreſten übergeben die Erkenntniß in ihren eigenen Sachen denen von ihnen beſtelleten Richtern, als wodurch dieſelbe zugleich ihr Gewiſſen beruhigen (c), und ſich auſſer dem Verdacht einer Partheylichkeit ſetzen.

treffende Streitigkeiten werden gemeiniglich von den höheren Gerichten des Landes entſchieden.

(a) Vid. *Obſervationes Hallenſes* Tom. 3. Obſ. 16. §. 1. 2. HOHEISEL *de Principe Legibus Libero* §. 9. 10.

(b) Der gelehrte und ſcharfſinnige NOODT redet davon *in Orat. de Jure Summi Imperii & lege regia* alſo: Feruntur civiles leges ad communis commodum civitatis, nec aliter poſſunt ferri. Neque aliud vult jus civile, quam quod quisque populus ſuæ conducere civitati arbitratus, atque hujus commodi moderator & rector eſt Princeps. Nonne igitur cui credita eſt publica tutela utilitatis, ipſe civilibus teneatur legibus, quas reipublicæ utiles eſſe intelligit? Atqui eſt princeps. Licet, addas, ſuorum caput, aut ſi mavis mens civium, ſed non ideo deſinet eſſe pars civilis corporis. Quidni igitur terminentur ejus actiones civitatis utilitate, qua omnium actiones civium finiuntur?

(c) In Spanien truge König Philippus II. kein Bedenken einem Senatori, welcher ihm von gerichtlichen Händeln, ſo ſein Cameral-Intereſſe betrafen, Relation abſtattete, dieſe Antwort zu ertheilen: Doctor, ſemper in cura habe, & renuncia ſenatui: In dubio ſemper contra me pronunciandum eſſe. vid. LARREA *Allegat. fiſcal. proœm.* n. 9. Und daß in Frankreich die Könige bey den höchſten Dicaſteriis Recht nehmen, berichtet BODINUS in Lib. I. *de Republica* Cap. 8. §. 104. p. m. 163. 164. alſo: Quod ſi Princeps privati cujusquam debitor ſit, judicium accipit, condemnatur ſæpiſſime, damnatus judicatum ſolvit. Sed, ut exteri æque ac cives, poſteritasque ipſa intelligat, qua integritate noſtri Reges fuerint, quaque moderatione animi erga ſubditos ſeſe geſſerint; exemplo ſit illud, quod ex hortis deliciarum Princeps ipſe Curioni decimam exſolvere damnatus ſit judicio

dicio curiæ Pariſiorum anno MCCLXVI. Cum vero Rex alius negligentia procuratoris vadimonium deſeruiſſet, petiit ordinario diplomate, ut in integrum reſtitueretur: Curia Pariſiorum Regem de rogatione propoſita depulit anno MCCCCXIX. Non tanta judiciorum acerbitate cum privatis agitur, qui fere ſemper ex ea cauſa in integrum reſtituuntur. —— Hac igitur animi magnitudine magiſtratus erga Reges noſtros ſeſe geſſerunt; Hac item moderatione reges juſtitiam coluerunt, ut major privatorum quam principis, & reipublicæ quam privatorum ratio in cauſis diſceptandis haberetur. Exſtat etiam in actis curiæ Pariſiorum ſententia adverſus Carolum VII. Regem lata, qua damnatur ſylvam urbi proximam, in Pariſiorum uſum cedere, pretio conſtituto, quam quidem ad rem vix unquam privati adigerentur. Conf. PFEFFINGER *Vitriar. Illuſtr.* lib. 3. tit. 12. §. 16. lit. a. c. p. 888. 889. 890. STRYCK *de Foro principum & privatorum communi* Cap. I.

§. XI.

Wer ſolche bey den Römern beurtheilet hat?

Bey den Römern wurden die den Fiſcum betreffende Proceſſe anfänglich von dem ordentlichen Richter erörtert. Der Procurator Cæſaris und Rationalis hatte damals nur die Einnahme und Ausgabe der fiſcaliſchen Aufkünfte. Nach der Zeit aber und fürnemlich unter dem Kayſer Claudio erhielte er zugleich eine richterliche Cognition in den Zwiſtigkeiten, wobey der Fiſcus intereſſiret war. Dieſe bliebe jedoch zugleich den Obrigkeiten, welche bisher darin die Juſtitz adminiſtriret hatten, und ſtunde dem Procuratori Cæſaris nur concurrens jurisdictio zu, bis ihm endlich Conſtantinus M. durch den *L. 5. C. Ubi cauſæ fiſcales &c.* die Erkenntniß in fiſcaliſchen Sachen allein übergabe (a).

(a) NOODT ad ff. Tit. *de Officio Procuratoris Cæſaris.* BYNCKERSHOECK *Obſerv.* Lib. 2. Cap. 20. 21. LAUTERBACH *de Jure Fiſci* Cap. 4. §. I. Herr LEYSER *de Odio Advocatorum fiſci merito atque immerito* §. 3. Herr GASSER *ad Cod.* Lib. 3. Tit. 26. §. 5.

§. XII.

In Teutſchland gehören ſie für

In Teutſchland haben die Kaiſere kein Bedenken getragen, ſich dem Spruch unpartheyiſcher Richter zu unterwerfen. Die Zwiſtigkeiten,

ten, worin ſie mit den Ständen des Reichs und anderen deſſelben Glie-deren geriethen, wurden auf Reichstagen erörtert und entſchieden (a), auch zum Theil des Pfalzgrafen Erkenntniß übergeben (b). Wann ſich mittelbare Unterthanen über ihre Landesobrigkeit beſchwereten, wendeten ſie ſich an den Kaiſer. Nachdem das Juſtitzweſen auf den heutigen Fuß geſetzet, und die Reichsgerichte angeordnet worden, iſt, um dem Für-ſten eine erſte Inſtanz beyzubehalten, und zugleich den Unterthanen un-partheyiſche Juſtitz zu verſchaffen, dieſen letzteren erlaubet, ihre Herren vor einer der eingeführten 8 unterſchiedenen Arten der Austräge zu belangen (c). Die Beſchwerlichkeit ein austrägliches Gericht, bevorab auſſer Landes zum Stande zu bringen, hat aber jene an den mehreſten Orten veranlaſſet, ſich in den die Landesherrſchaft betreffenden Sachen den ordentlichen Landes-Dicaſteriis zu unterwerfen, welches dieſe gar gerne geſchehen laſſen, weil ſie keine Urſache hat, in die von ihr angeordnete Gerichte ein Mißtrauen zu ſetzen. Selbige entſcheiden demnach die Irrungen, ſo wegen der Fürſtl. Cammergüther und Aemter entſtehen (d) in Oeſterreich (e), Bayern (f), Sachſen (g), denen Preuſſiſchen (h), und Braunſchweig-Lüneburgi-ſchen Landen (i), in Pommern (k), dem Stift Hildesheim (l), Oſt-frießland (m), und, ſo ſoviel mir wiſſend, allen teutſchen Chur- und Fürſtenthümern, Graf- und Herrſchaften. Es iſt daher eine ver-gebene Bemühung, wenn diejenige, welche die Jura principum verthei-digen, um den Lauf der Juſtitz zu hemmen, ſich auf das forum auſtrega-rum berufen, und für den Gerichten des Landes nicht einlaſſen wollen (n).

die ordentliche höhere Dicaſteria.

(a) In den *Annalibus Francorum Fuldenſibus* ad annum 852. heiſſet es: Habito generali conventu (Rex Ludovicus) tam cauſas populi ad ſe perlatas abſolvit examine, quam *ad ſe pertinentes poſſeſſiones juridicorum gentis decreto recepit* Conf. PFEFFINGER *Vitr. Illuſtr.* Lib. 1. Tit. 2. pag. 170. Herr BOEHMER *de Majeſtate Imperii Magiſtratuum majorum* Cap. 2. §. 2. lit. e. pag. 40.

(b) Vid. Schwaben-Spiegel Cap. 20. num. 4. *Jus Feudale Alamannicum* Cap. 42. §. 8. *Aurea Bulla* Tit. 5. §. 3. Herr STRUV S.

F.

J. P. Cap. 24. §. 3. Pfeffinger d. l. Lib. 3. Tit. 12 §. 17. Lit. b. pag. 892.

(c) *Concept* der Cammergerichts-Ordnung Part. 2. Tit. 4. Friderus Mindanus *de Proceſſibus* Lib I. Cap. 17. num. 9. Mynsinger Cent. 5. Obſ. I. num. 2. Roding *Pandect. Camer.* Lib. I. Tit. 4. Cap. 3. num. 39. 40. Stryck *de Proceſſu Auſtregarum* Cap. I. num. 13. *de Foro Auſtregarum* n. 25. *& de via facti principibus permiſſa* c. 2. §. I.

(d) Vid. Seckendorf *im teutſchen* Fürſten-Staat Part. 2. Cap. 7. §. 19. Lyncker *de Gravamine Extrajudiciali* c. 5. S. I. §. 21. Stryck *de Foro Auſtregarum* n. 25. Herr Geheimte Rath Boehmer Part. II. reſp. 19. n. 26. 27. Es iſt jedoch allhier nur die Rede von den Fällen, da ein Landesherr als Privatus, nicht aber als Landesherr betrachtet wird, und ihn die Unterthanen ex jure privato in re vel ad rem beſprechen v. g. wann wider denſelben aus einem Contract Forderungen gemachet werden, oder zu deſſen Nachtheil ſich einer ſolchen Befugniſſe anmaſſet, deren privati fähig ſind, als nemlich der Jurisdiction, Jagden, Holzung, Huth und Weyde ꝛc. ꝛc. Dafern ihm aber jemand die Territorial-Hoheit oder eine Particulam derſelben, als v. g. die Poteſtatem legislatoriam, das Jus belli, collectandi &c. &c. diſputirte, und dergleichen Gerechtſame einſchränken oder independenter behaupten wollte, ſo ſtehet freylich die Entſcheidung der Sache keineswegen den ordentlichen Dicaſteriis, ſondern in erſter Inſtanz denen Austrägen oder nach Beſchaffenheit der Umſtände und Qualität der Beklagten den höchſten Reichsgerichten zu. Denn wann in denen Zwiſtigkeiten, die von der lezten Gattung ſind, jene, (wiewohl an wenig Orten geſchiehet) bisher nicht erkandt haben, folglich ihnen keine Obſervanz oder Vertrag ſolche Gewalt beyleget, alsdenn iſt weder zu vermuthen, daß der Fürſt ſein Forum in legibus imperii fundatum fahren, noch daß die Stände und Unterthanen ſich in ſo höchſt wichtigen Sachen von deſſen Gerichten wollen beurtheilen laſſen, weil alle Handlungen, wodurch man einem erlangten Recht renunciiret, ſtricte zu erklären. Conf. Herr Canzler Brenneisen in der Oſtfrieſiſchen Hiſtorie und Landesverfaſſung Tom. I. Lib. I. Cap. 9. part. 2. pag. 112.

(e) Hertius *de Conſultationibus, Legibus & judiciis in ſpecialibus Romano-Germanici Imperii rebuspublicis* §. 19.

(f) Vid. der ſub Lit. n. befindliche Extractus einer Ingolſtädtiſchen Deciſion. Es führet Schilter ad ff. Ex. 6. §. 15. lit. a. aus den Actis des Reichstages zu Regensburg de Ao. 1598 an, Bayern habe den Brauch, wenn ein Landſaß zu Ihro Fürſtl. Gnaden zu Klagen, daß es vor den Räthen geſchehen müſſe, welche dem Landſaſſen ſowohl, als dem Herrn zu ihrem Rechten geſchworen.

(g)

(g) Es bezeuget ſolches SCHILTER d. l. §. 15. alſo: Elector & Duces Saxoniæ coram Curia provinciali & ſenatu appellationis reſpondet per Procuratorem Cameræ tam agendo quam excipiendo, aſſiſtendo & interveniendo in cauſis Cameralibus & fiſci: qua de cauſa etiam Præſes & ſenatores Judicii appellationis, quantum ad hoc judicium, ceteris vinculis obligatoriis erga Principem ſoluti ſunt, aller anderen Pflicht erlaſſen, ſo viel als das Gericht angehet. Conf. HERTIUS d. l. STRYCK *de Foro principum & privatorum communi* c. 2. n. 93.

(h) Es ſchreibet Herr GASSER *in Comm. ad Codicem Juſtinianeum* Lib. 3. Tit. 36. §. 8. Hodie cauſæ fiſcales coram ſummis in provincia dicaſteriis vel Regiminibus tractantur, ita ut fiſcalis vel actor ſit vel reus, & ſola directio proceſſus dicaſteriis vel tribunalibus relinquatur, ſententiæ v. ab exteris JCtis ferantur, und in der von Jhro Königl. Majeſtät in Preuſſen Anno 1713 publicirten allgemeinen Verordnung die Verbeſſerung des Juſtitzweſens betreffend, ſind folgende güldene Worte enthalten: Verordnen wir wohlbedächtlich, 1) daß in allen Dingen und rechtlichen Handlungen zwiſchen unſerm *Fiſco* an einer, und zwiſchen unſern Vaſallen und Unterthanen an der andern Seite, es ſey der *Fiſcus* ſelbſt, *Actor* oder *Accuſator*, oder zur *Aſſiſtentz* denen Denuntianten zugegeben, inſonderheit wann unſer *Intereſſe* auf einerley Weiſe dabey waltet, unſere *Judicia* und *Commiſſiones* ſich an daſſelbe nicht binden, ſondern lediglich die Juſtitz, als auf welche ſie geſchworen, und beeydiget ſind, zum Augenmerk haben ſollen, ohne an darwider laufende Verordnungen, als welche allezeit vor erſchlichen, und mit dieſer unſerer ernſtlichen Willensmeynung ſtreitend zu halten, im mindeſten ſich zu kehren, und ohne ſich dadurch von denen Wegen der Ge„rechtigkeit ablenken zu laſſen, maſſen ihnen ſolche Verordnungen ſo wenig, „als unſer vorgeſchütztes *Intereſſe* zu keiner Entſchuldigung in dieſem und je„nem Leben dienen mag, und werden wir dergleichen unzulänglicher Ent„ſchuldigungen, ohngeachtet ſolche ungerechte Richter mit aller Strenge beſtra„fen, wann ſie nemlich überzeuget werden können, daß ſie mehr auf unſer, „alsdann an ſich nichtiges, und mit dem Nutzen, der aus rechtſchaffener *Ad*„*miniſtrirung* der Juſtitz entſpringet, nicht zu vergleichendes *Intereſſe*, als „auf die Juſtitz und die Unſchuld ihr Abſehen Gott-Pflicht vergeſſener und „Gewiſſenloſer Weiſe gerichtet. Ja, wir rufen ſelbſt den einigen Hertzenkündi„ger an, daß er die Thränen der Unſchuldigen, welche ſolche abſcheuliche „*Proceduren* auspreſſen mögten, allein auf deren Urheber Kopf kommen „laſſe.

(i) *Vid.* Hr. PUFFENDORF *Introduct. in Proc. civ. Part.* I. *Cap.* 2. §. 5. In der Churfürſtl. Braunſchw. Lüneburgiſchen Ober-*Appellations*-Gerichtsordnung heiſſet es alſo: Und damit unſer *Præſident*, *Vice-Præſident*, und Ober-*Appellations*-Räthe jezt und künftig deſto freyer ohne alle Scheu und Furcht darunter verfahren, ſo wollen wir dieſelbe in den Sachen, ſo uns und unſere *Succeſſores*, unſere Cammer, Aemter und *Jura*, oder unſere *Officiales*, die in unſerm Namen *agiren*, einigermaſſen betreffen, oder dabey wir und unſere *Succeſſores* ſelbſt, oder ſie unſerntwegen ein *Intereſſe* haben könnten und mögten, der auf Beförderung und *Reſpicirung* unſers Beſten, und *Intereſſe* geleiſteten Pflichten und Verbindung erlaſſen haben, dergeſtalt, daß ſie auch bey ſolchen Sachen, wie überall bey *Adminiſtration* ihres Amts, auf nichts als Gott den Allmächtigen, und eine ganz unpartheyiſche Juſtiz ſehen, und in ſoweit und dahin aller Pflichten erlaſſen ſeyn ſollen. Und wollen wir, daß dieſes allemal, wann von denen *Præſidenten* und Ober-*Appellations*-Räthen bey Antretung ihres *Officii* der Eyd abgeleget wird, ſo jederzeit *in pleno* geſchehen ſoll, denenſelben dabey ſoll angezeiget werden. Daß auch in den Herzogl. Braunſchweig-Wolffenbüttelſchen Landen der gnädigſte Landesherr kein Bedenken träget, die ſeine Cammer und Aemter betreffende Rechtshändel von dem Hofgericht entſcheiden zu laſſen, erweiſet folgendes Atteſtat: Des Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Ludewigs Rudolphs, Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. Wir verordnete *Vice*-Hofrichter und *Aſſeſſores* fügen hiemit zu wiſſen. Als die Löbl. Hildesheimiſche Landſchaft uns zu vernehmen gegeben, wie dieſelbe gern benachrichtiget wäre, ob hieſiges Orts das Fürſtl. Hofgericht, und die Fürſtl. Juſtizcanzley in denen mit der Fürſtl. Cammer und den Aemtern vorwaltenden *Proceſſen concurrentem jurisdictionem* habe, mit dem Erſuchen derſelben hierüber ein *Atteſtatum in forma probante* zukommen zu laſſen; So *atteſtiren* wir hiemit Kraft dieſes, daß gedachte beyde *Collegia* allhie von allen Zeiten her erwähnte *Jurisdictionem concurrentem* in den *Proceſſen* mit Fürſtl. Cammer, und denen Aemtern jedesmal gehabt, und noch beſtändig *continuiren*. Uhrkundlich des hieneben gedruckten Fürſtl. Hofgerichts-*Secrets*. Geben im Fürſtl. Hofgericht Wolffenbüttel, den 8. *Aug*, 1733.

(L.S.) G. S. A. von Praun.

Indem alſo die Braunſchweig-Wolffenbüttelſche Hofgerichts-Ordnung von der Hofgerichts-Jurisdiction den Fall ausnimmt, wann ein Beamter, oder Gerichtsherr ſub nomine aut prætextu officii eine Miſſethat begangen, reſerviret ſie

der

der Canzley alle Klagen über die ſub prætextu officii geſchehene Eingriffe der Beamten keinesweges. Wer kann alle ſolche klagbar gemachte Eingriffe für Miſſethaten ausgeben? Dieſe ſupponiren einen Dolum und vorſetzliche Beleidigung. Gemeiniglich aber vermeynet jeder Theil Recht zu haben, wann zwiſchen den Beamten und Unterthanen Streit entſtehet, und iſt entweder das Jus oder das Factum zweifelhaft. Niemals hat man der Herzogl. Wolfenbüttelſchen Beamten Exemtion von der Gerichtbarkeit des Hofgerichts ſo weit auszudehnen geſuchet, und wäre auch ſolches vi ſpecialis legis geſchehen, was könnte man in einem andern Lande, wo ſich keinesweges ein ſolcher Lex findet, ſondern vielmehr das Gegentheil verordnet iſt, vor ein Argument daher nehmen?

(k) MEVIUS Part. 4. Dec. 230. JUS PUBLICUM POMERANICUM Cap. 15. apud LUDEWIG in Reliqu. MSS. Tom. 9. p. 493. STRYK *de Via facti principibus permiſſa* Cap. 2. §. 3.

(l) *Vid.* Die Stift-Hildesheimiſche Hofgerichts-Ordnung Tit. IX. §. 2. 3. worin die Fürſtliche Räthe in denen das Intereſſe Principis betreffenden Sachen ihrer Pflichten losgeſprochen werden, welches auch laut der im §. 19. enthaltenen Reſolution bereits Anno 1657. Churfürſt Maximilian Henrich gethan.

(m) *Vid.* Herrn Canzlers BRENNEISEN Oſtfrieſiſche Hiſtorie und Landesverfaſſung Tom. I. Lib. I. Cap. 9. Part. 2. §. 4. 5. 6. pag. 111. 112. woraus erhellet, daß mittelſt der Anno 1599. errichteten Concordatorum der Graf von Oſtfriesland ſich alſo verbindlich gemachet hat, für dem Hofgericht Recht zu nehmen: Wir haben auch gnädig gewilliget, daß wenn jemand unſerer Unterthanen zu uns Spruch und Forderung gewinnen, daß wir derhalben vor gedachtem unſerm Hofgericht *in perſonalibus & realibus actionibus* zu Recht ſtehen wollen: Und ſollen Hofrichter und *Aſſeſſores* auf ſolchen Fall ihrer Eiden und Pflichten, damit ſie uns verwand, hiemit erlaſſen ſeyn. Dieſe Relaxatio juramenti iſt der Kaiſerlichen Cammergerichts-Ordnung Part. 2. Tit. 4. § 9. gemäß, wo es alſo heiſſet: dieſelbe Räthe (welche ihres Herren Sachen zu beurtheilen ernennet ſind) ſollen auch aller Gelübde und Eyde in der, oder anderen Sachen, die für ſie bracht werden, ſo lange die unentſcheiden hangen, ledig ſeyn und bleiben, ſo viel ſie ſolche Gelübd und Eyd darin Recht zu ſprechen verhindern ſollte oder mögte. Bewundernswürdig iſt es demnach, daß gedachte Erlaſſung des Eides und der Pflichten von jemanden gemißbilliget, und behauptet werden wollen, es ſey ein Fürſtlicher Rath bey Beurtheilung der ſeinen Herrn angehenden Sachen deſſen Intereſſe zu befördern ſchuldig. Die Unpartheylichkeit, ſo man

vom Richter erfordert, ſoll alſo nur in den die Fürſtl. Cammer und Aemter be- treffenden Händeln überflüſſig ſeyn. Weder die Vernunft noch die Civil-Geſetze wiſſen von dieſer Limitation etwas. Wann ein Rath Kraft ſeines geleiſteten Ei- des für den Herrn ſprechen muß, wie kann er denn die Juſtitz gebührend admini- ſtriren? Soll derſelbe aber befindenden Umſtänden nach auch ein dem Cameral-In- tereſſe nachtheiliges Urtheil fällen, ſo wird er billig von dem Eide losgezählet, welcher ihn als einen Diener verbindet, mehr einen Beyſtand und Vertreter, als Richter abzugeben, und nichts wider ſeinen Herrn vorzunehmen, wann er gleich dafür hielte, daß dieſer in einer oder anderen Sache unrecht hätte.

Man kann die klagende Unterthanen nicht ad forum auſtregarum verweiſen.

(n) Wie ſelten und mit welcher Beſchwerde man in Judicio Auſtregarum zum Recht gelange, bemerket Herr von LUDOLF *in Comment. de Jure Camerali* p. 38. Weswegen denn, wie bereits oben erwehnet iſt, die ordentliche Landes-Dica- ſteria faſt überall in den die Fürſtl. Cammer und Aemter angehenden Sachen er- kennen. Wenn nun alſo das Herkommen oder die Fundamental-Geſetze des Landes deren Jurisdiction begründen, ſo weigern ſich die Herrn Amts-Advocati ohne alle erhebliche Urſachen für ſelbigen Recht zu nehmen, und provociren ver- gebens ad Forum Auſtregarum. Die Ingolſtädtiſche Juriſtenfacultät verwarfe Anno 1655. eine ſolche exceptionem fori, und erklärete in Sachen von Veltheim, von Oberg, und von Hammerſtein Klägere an einem contra Droſten und Beam- te zu Peina andern Theils das Hofgericht zu Hildesheim pro judice competente. Lieſſe ſich auch in den Rationibus decidendi unter andern alſo vernehmen: Ob- wohlen uns von Landſchaftabſchieden nichts communiciret worden, ſo wollen Wir doch ſelbige als *rem notoriam*, und daß die Kläger ſelbige Abſchied *fideliter allegiret*, und von den Gegentheilen nie *contradiciret* worden, *præſupponiren*. Zum Andern: Obſchon in den Landſchaftabſchieden nichts herkommen, ſo ha- ben doch die Kläger unſers Erachtens wohl *repliciret*, daß in dergleichen Fällen dahin zu ſehen ſey, *quod in vicinis ducatibus & provinciis fieri conſueverit*. Im- maſſen dann auch allhie in Bayern *cauſæ Camerales* vor der *Juſtiti*-Räthen müſſen gerechtfertiget und erörtert werden, und dahero, wann zu einem *Ex- empel* die Churfürſtl. Hofcammer zu München den Beamten was befehliget, um zu Beförderung des Churfürſtl. *Intereſſe* dieß oder jenes vorzunehmen, ſich aber darüber ein Landſtand, oder auch gemeiner Unterthan beſchwehret zu ſeyn befindet, ſo läſſet der Beſchwehrte die Sache an den Churfürſtl. Hofrath gelangen, und müſſen hierüber nicht allein die Beamten, ſondern auch die Chur- fürſtl. Cammer ſelbſten, gebührende Erkänntniß erwarten. Und dieß iſt zum Dritten den Rechten, und aller Billigkeit gemäß, *nemo enim judex eſſe poteſt in*

propria

propria cauſa, und würde bisweilen von den Beamten entweder *ex malitia*, oder aber aus ungleichem Verſtand, deren von ihnen ausgefertigten Befehlen, die höchſte Ungerechtigkeit verhandelt werden, wann ſie alle ihre *Actiones* mit dem Herrſchaftlichen *Intereſſe* verthätigen, und die beſchwehrte Landſtänd oder Unterthanen *ad proceſſus in altero ſeculo terminandos* verweiſen könnten. In Sachen der Gemeinde Dörnten und Conſorten wider die Churfürſtl. Cöllniſche Stift. Hildesheimiſche Hofcammer wurde Anno 1731. von den JCtis Helmſtadienſibus auf gleiche Weiſe erkandt, und die Urthel mit folgenden Rationibus decidendi unterſtützet: Weil nach einer in Teutſchland durchgehends üblicher Weiſe, wann wegen Cammer- und *Domainen*ſachen Streit entſtehet, ſolcher zwiſchen der Cammer und den Unterthanen vor denen Juſtitz- *Collegiis* erörtert werden könne, über dieſes das *forum Auſtregarum* nach der heutigen *Praxi* gar ſehr in Abgang gerathen, *Textor in comment. ad Ord. Cameral.* D. 3. §. 19. auch auf ſolche Austräge um deſtoweniger zu *reflectiren*, wann die Unterthanen in denen Landesordnungen oder ſonſt an die gewöhnliche Juſtitz- *Collegia* verwieſen werden, *ita Auſtregæ vel ideò adeundæ non ſunt, quoniam in locum eorum ordinatio provincialis ſaltim quoad Principem conſiliarios ejus ſubſtituerat. Lyncker de Gravamine extrajudiciali* Cap. 5. Sect. 1. So haben wir des Cammer-*Conſulenten exceptionem fori declinatoriam* nicht unbillig für ungegründet gehalten. Dieſen Spruch hat die Würzburgiſche Juriſtenfacultät Anno 1733. beſtätiget, und lauten deren Rationes decidendi alſo: So viel den *Punctum auſtregarum* betrift, iſt freylich Ihrer Churfürſtl. Durchl. die erſte *Inſtanz* nicht zu entziehen. Allein warum ſollen die Unterthanen Zeit und Koſten zu erſpahren, nicht befugt ſeyn, die ordentliche Lands- Juſtitz- *Dicaſteria* hierin falls zu erwählen, da zumahlen nicht allein faſt überall dergleichen *lites inter Principem & ſubditos ventilatæ* von denen höhern Landes- *Dicaſteriis* erörtert zu werden pflegen, ſondern auch die *ſub Lit. A. & B. Num.* Act. 26. beygedruckte *Extractus* hierin falls den daſigen Hildesheimiſchen *Praxin* überflüſſig an Tag legen. *Poſſent enim ſubditi, ſi velint, etiam in Curia Domini agere, ac verius eſt, ſubditis facultatem eligendi competere, quamvis princeps eos, ut coram ſuis Conſiliariis actionem inſtituant, compellere nequeat. Nam cum actores de juſtitia ipſis admodum tarde adminiſtrata graviter conquererentur, vehementer inſtantes pro ordinatione juris æqualiter, ac mature reddendi, tandem principes ægre de jure ſuo diſcedentes Anno* 1521. *in plures modos conſenſerunt* O. C. 1521. art. ult. pr. & C. p. 2. t. 4. §. 2. *Cum ſequ. Iſtorum vero modorum octo vias appellamus, quarum ſeptima eſt, ut actor ex omnibus rei conſiliariis uno alterove, quos reus ſibi reſervatos vult, eligat quinque; qui juxta ordinationem de novem Conſilia-*

riis ſancitam procedant, d. t. 4. §. 12. junct. num. 73. *usque* 92. *ita ut cauſa concluſa acta de aſſenſu utriusque partis ad quandam univerſitatem pro concipienda ſententia mittere illis novem Conſiliariis liberum ſit* d. t. 4. n. 15. *atque ita præter Mindanum & Stryckium de Proceſſu Auſtregarum tenet Blum Proc. Cam. de Auſtregis* Tit. 27. wodurch die *ad hunc punctum auſtregarum* obangeregte *rationes dubitandi* kurzum zerfallen.

§. XIII.

Wider die Unterthanen mag kein Teutſcher Fürſt via facti verfahren und ihnen den Weg Rechtens ſperren.

Viel inſoutenabler iſt es aber, wenn man ſich gar weigert, in denen zwiſchen den teutſchen Fürſten und ihren Landſaſſen entſtandenen Irrungen einen Richter zu erkennen, und behaupten will, es wären jene nicht ſchuldig, mit dieſen ſich in gerichtliche Conteſtation einzulaſſen (a), oder auch daß wenigſtens die bey den höchſten Reichsgerichten extrahirte Proceſſe vermöge der Kaiſerl. Wahl-Capitulation keinem Reichsſtand die Hände binden (b). Noch eine befremdlichere und den Landſaſſen verderblichere Meynung hegen diejenige, welche es vor ein ſtrafbares Verbrechen halten, wann die Unterthanen denen Fürſtlichen Cammern und Aemtern einige Befugniß ſtreitig machen, und ſolche durch den Weg Rechtens zu behaupten ſuchen (c).

(a) Man berufet ſich auf die Wahl-Capitulation Ihro jezt glorwürdigſt regierenden Kaiſerl. Majeſtät, und daß in ſelbiger §. 15. verſehen, es ſolle kein Unterthan von der Landesfürſtl. Bothmäſſigkeit und Jurisdiction, wie auch denen rechtmäſſigen hergebrachten Steuren und Schuldigkeiten befreyet, noch ihm gutgeheiſſen werden, ſich des vermöge des jüngſten Reichsabſchiedes ſchuldigen Beytrags zur Ungebühr zu entſchlagen, und die höchſte Reichsgerichte nicht durch Ertheilung unzeitiger Proceſſe unziemliche Verbindniſſe der Unterthanen veranlaſſen. Ad nudam inſtantiam derſelben ſind ferner laut Art. 19. keine Mandata zu erkennen, zuforderſt die Austräge in Acht zu nehmen, wo aber die Jurisdiction fundiret, dennoch ehe und bevor die Mandata ergehen, die beklagte Obrigkeit mit ihrem Bericht und Gegenbericht zu vernehmen, und die Unterthanen zu ſchuldigem Gehorſam gegen ſelbige anzuweiſen.

Nun wird hier offenbar vorausgeſetzet, daß die Steuren und Schuldigkeiten, wozu ſich Landſaſſen und Unterthanen nicht verſtehen wollen, rechtmäſſig und hergebracht ſind, daß ſich dieſe zur Ungebühr des Beytrags entſchlagen,

wozu ſie der Reichsabſchied de 1654. verbindet, und der Landesobrigkeit den ſchuldigen Gehorſam verſagen, auch ihnen unzeitige Proceſſe ertheilet worden. Wie iſt es doch möglich, mit Vernunft hieraus zu folgern, es könne ein Fürſt ohne oberrichterliche Verfügungen zu beobachten, Steuren, ſo nicht rechtmäſſig und hergebracht, von ſeinen Unterthanen wider ihren Willen erheben, ſie zu einem mehreren Beytrag nöthigen, als der jüngſte Reichsabſchied erfordert, und überall einen blinden Gehorſam begehren? Indem die den Reichsſtänden mitgetheilte Befugniß auf die hergebrachte Jura eingeſchränket, nur rechtmäſſige hergebrachte Steuren und Schuldigkeiten ſelbigen vorbehalten, und es gemißbilliget iſt, daß ſich die Unterthanen wider den jüngſten Reichsabſchied des Beytrags zur Erhaltung nöthiger Feſtungen und des Heiligen Reichs Cammer zur Ungebühr entſchlagen, wird auſſer dieſen Fällen denen Landſaſſen der Weg Rechtens eröfnet, mithin die höchſte Reichsgerichte autoriſiret, ihnen auch wider die Landesobrigkeiten Juſtiz zu adminiſtriren. Dieſes erhellet gleichfalls daher unwiderſprechlich, daß vermöge oftgedachter Kaiſerl. Wahl-Capitulation Art. 15. wenn die Unterthanen in beſagten Fällen wider die Landesherrſchaft etwas anzubringen hätten, ſie nicht leichtlich zu hören; Daher ihnen das Gehör keinesweges gänzlich verſaget, ſondern nur geordnet iſt, daß ohne erhebliche Urſachen in dergleichen wegen der pro Principe militirenden Præſumtion keine Proceſſus und Inhibitiones zu erkennen. Es erkläret deswegen LYNCKER *in Comment. ad Capitulat. Joſeph.* Art. 3. Verb. *non facile audietur* dieſe Worte der Kaiſerl. Wahl-Capitulation folgendergeſtalt: Nec enim Cæſar juſta auxilia illis denegare poteſt, ſed ſolum Proceſſibus modum poſuit, ne illi ad ſeditiones provolent, cum ſubditis de Dominis queri integrum eſſe debeat: ſaltim quod mandata de non offendendo non facile dentur ſubditis, ut nec alias protinus & ad nuda narrata, ob præſumtionem, quæ pro Domino & contra ſubditum militat, adverſus Dominum territorii mandatum S. C. decernatur, quod tamen fieri adverſus Dominum nimis rigoroſum in cauſa velut ſuper ſervitiis & oneribus jam pendente poteſt. Quid enim ſi ſubditus contra beneficia Inſtrumenti Pacis vel aliter apertè contra jura ſibi debita gravetur? Nam Schreiben um Bericht cauſas dubias reſpiciunt: und NITZSCHIUS pflichtet ihm *in Comm. in Capitulat. Joſeph.* Art. 7. n. 7. alſo bey: Intelliguntur autem hic proceſſus, non legitimi, quos leges & praxis Imperii etiam ſubditis inique oppreſſis contra ſtatus permittunt, ſed reprobati & illi, qui ex præcipitantia quadam ſtatibus inauditis decerni forte poſſent, ceu verba indicant: Ertheilung unzeitiger Proceſſen. Item: Durch Uebereilung Anlaß gegeben werde. Conf. RHETIUS *de Litteris informatoriis* Cap. 2. n. 10. DECKHERR *ad Proceſſ. Informativ.* Cap. 3. p. 56. 57. 58. Die Worte der Kaiſerl. Wahl-Capitulation

tion Art. 15. in fine: Da aber Strittigkeiten vor dem Richter mit Recht verfangen wären, ſollen ſolche aufs ſchleunigſte ausgeführet, und entſchieden werden; zeigen auch deutlich an, daß es einen Richter zwiſchen dem Landesherrn und ſeinen Unterthanen in Teutſchland gebe, und der *Art.* 19. ſupponiret ſolches gleichfalls, wann er ordnet, daß *ad nudam inſtantiam ſubditorum* keine *Mandata* ertheilet, zuforderſt die Austräge in Acht genommen, wo aber die *Jurisdictio fundiret*, dannoch ehe und bevor die *Mandata* ergehen die Beklagte Obrigkeit mit ihrem Bericht, und gegen Nothdurft zuforderſt vernommen, und wann alsdenn ſich befinden würde, daß die Unterthanen billige Urſach zu klagen haben, dem Proceß ſchleunig, doch mit Beobachtung der *Subſtantialien* abgeholfen, immittelſt gleichwohl ſie zu ſchuldigem Gehorſam gegen ihre Obrigkeit angewieſen werden ſollen. Wann daher die Unterthanen mit unrechtmäſſigen Steuren und Bürden beleget zu ſeyn klagen, ſo muß ſolchen Zwiſt der Richter abthun, welches dann täglich geſchiehet, und iſt bekannt, wie ſehr die Irrungen, ſo zwiſchen den Landesobrigkeiten und Unterthanen erwachſen, die höchſte Reichsgerichte occupiren. Vid SECKENDORF im Teutſchen Fürſtenſtaat Part. II. Cap. 2. §. 2. num. 4. L. B. ab ANDLER *Jurisprud. publ. & priv.* in addit. ad pag. 257. n. 13. Herr von LUDOLF Symphor. I. Conſult. 6. pag 153. Conſult. 10 46. Symphor. II. p. 146. 233. 239. 260. *& Obſ. for.* Contin. append. I. p. 8. 9. append. 2. pag. 22. 23. KULPIS *ad Monzambanum* Cap. 5. §. 6. AUTOR *Meditationum ad Capitul. Joſephinam* Art. 3. Lit. t. HORN Conſult. Claſſ. 2. Reſp. 7. n. 6. 16. p. 98. 99. *& Jur. publ.* Cap. 61. p. 687. J. S. STRYCK *de Cauſis ad Cameram Imperii non appellabilibus* Cap. 3. §. 7. 8. Herr KEMMERICH *de Jure collectarum provincialium* §. 16. 18. COLLECTANEA MECKLENBURGICA Faſc. I. pag. 133. ſeq. Merkwürdige Reichshofraths-*Concluſa* Tom. I. Concl. 25. 26. 269. Tom. 2. Concl. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 283. Tom 6. Concl. 89. Tom. 7. Concl. 515. Tom. 8. Concl. 158. Reichs-*Fama* Part. 6. pag 49. Daß nicht nur verſchiedene mächtige Reichsſtände es gemißbilliget, daß den Landesobrigkeiten eine ohnumſchränkte Gewalt zur Landes-Defenſions-Verfaſſung, Handhab- und Erfüllung der dem Inſtrumento Pacis nicht zuwiderlaufenden Bündniſſe, wie auch zu Erhaltung und Beſetzung der Veſtungen, Oerter und Plätze indefinitè, auch zu Verpflegung der Völker, und anderen hierzu gehörigen Nothwendigkeiten von ihren Ständen und Unterthanen den Beytrag zu erfordern, Ao. 1670. in Comitiis Imperii mitgetheilet, und in dieſen Sachen der Weg Rechtens denen Landſtänden gänzlich geſperret werden wollen, ſondern auch Ihro Kaiſ. Majeſtät ſich ausdrücklich geweigert, ſolches geſchehen zu laſſen, und in die Extenſion des §. Und gleichwie ꝛc. ꝛc. des Reichsabſchiedes de 1654. zu willigen,

erhellet

erhellet aus der umſtändlichen Nachricht, wie, und auf was Weiſe bey noch währenden Reichstag unterſchiedliche Stände des Heil. Röm. Reichs die *Extenſion* §. 180. Und gleichwie ꝛc. ꝛc. des Reichs-Abſchiedes von Anno 1654. in ſo viel den Beytrag der Unterthanen belanget, geſuchet, was das Werk vor einen Fortgang gehabt, und welchergeſtalt es ausgeſchlagen, welche in des Herrn von LUDOLFF *Symph.* 3. num. 1. zu finden. *Conf.* Herr KEMMERICH d. l. §. 13. p. 25. 26. 27. §. 18. p. 46. 47.

Es iſt daher ſo nachdrücklich, als der teutſchen Reichsverfaſſung gemäß, was des Königs von Preuſſen Majeſtät an Hrn. Herzog Carl Leopolds zu Mecklenburg Durchl. am 4ten Octobr. 1718. mit folgenden Worten geſchrieben: Gott der Höchſte ſelbſt wird es auch nach ſeiner Gerechtigkeit nicht ungeahndet laſſen hingehen, und werden es Ew. Durchl. Diener und Räthe, die Sie zu dergleichen in keine Weiſe zu *juſtificir*ender Härtigkeit anreitzen, nimmermehr verantworten können, daß ſie ſich des bey Ew. Durchl. habenden *Credits* dergeſtalt misbrauchen, und Sie ſo tief in das Verderben führen, daß Sie hiernächſt nicht mehr daraus werden zu retten ſeyn. Die *Opinion*, ſo man Ew. Durchl. beybringet, als ob Sie in den Dingen, worinn Sie mit ihrem Adel ſtreitig ſind, nach Ihrem eigenen Gefallen verfahren könnten, und deshalben niemand Rechenſchaft zu geben hätten, iſt irrig, und das *Contrarium* davon, aus denen Reichs-*Fundamental*-Geſetzen, aus der *Obſervance* und aus unzählbaren *Exempeln* im Reich erwieſen worden. Vid. Hiſtoriſcher *Act*enmäſſiger Bericht von dem, was von Anfang der im Monat *Auguſto* 1713. angetretener Regierung Herrn Carl Leopold Herzogen zu Mecklenburg, biß zu der im Monat *Martio* und *April* 1719. ergangenen Kaiſerl. *Execution* von dem Fürſtl. Mecklenburgiſchen *Miniſterio* wider die Mecklenburgiſche Ritterſchaft und Stadt Roſtock vorgenommen worden, in append. n. 768.

Sehr heilſam mahnet auch SECKENDORF im Teutſchen Fürſtenſtaat Part. 2. Cap. 7. §. 19. von eigenmächtigen Verfahren wider die Stände und Unterthanen alſo ab: Zum andern haben wir oben ſchon angezeiget, daß ein Teutſcher Fürſt und *Regent* vor denen Reichs-Gerichten auf eine oder andere Weiſe endlich ſtehen, und demjenigen, der wider ihn klaget, antworten laſſen, und des Beſcheides gewarten müſſe. Wollte es nun gleich ein Herr darauf wagen, und die ſchwere Sünde vor Gott nicht achten, daß er in ſeinem Thun ungerecht ſich erzeiget, ſo gienge doch ſolches auch vor der Welt und des Reichs hohen Obrigkeit nicht an, ſondern er müſſe leiden, daß ihm

ſolches unrechtmäſſiges Fürnehmen und gewaltſame Beſchwerung zu groſſen Schimpf und Schaden eingelegt würde; und da gleich wider etliche ſchwache, geringe, verzagte und arme Unterthanen des Landes, oder fremde unvermögende Perſonen, ein und anders unrechtes vortheilhaftiges Beginnen, wie leyder an manchem Ort geſchiehet, durchgetrieben würde, auch ungeklaget und ungeahndet hingienge, ſo würde er doch einſten einen und andern antreffen, der das Recht gegen ihn mit Beſtande fürnehmen, und hinausführen könnte.

Ein teutſcher Fürſt mag ſich nur bey denjenigē Gerechtſamen wider ſeine Unterthanen ſelbſt manuteniren, in deren Poſſeſſion nicht dieſe, ſondern er befindlich.

(b) So wenig die Kaiſerl. Wahl-Capitulation denen Landſaſſen und Unterthanen den Weg Rechtens verſperret, ſo wenig entziehet ihnen ſelbige die commoda poſſeſſionis. Es iſt zwar darin Art. 15. verſehen, daß Churfürſten, Fürſten und Ständen (die unmittelbare freye Reichs-Ritterſchaft mit begriffen) zugelaſſen und erlaubet ſeyn ſolle, ſich nach der Verordnung der Reichs-*Conſtitutionen* bey ihren hergebrachten und habenden Landesfürſtl. und Herrlichen *Juribus* ſelbſt, und mit *Aſſiſtentz* der benachbarten Stände, wider ihre Unterthanen zu *manuteniren*, und ſie zum Gehorſam zu bringen. Vermöge *Art.* 19. ſind auch dieſe währenden *Proceſs* zu ſchuldigen Gehorſam gegen ihre Obrigkeit anzuweiſen.

Auſſer Zweifel aber wird hier voraus geſetzet, daß ſich die Landesherrſchaft in poſſeſſione befindet, als welches daher erhellet, daß die erlaubte Manutenenz auf die hergebrachte und habende Landesfürſtliche und Herrliche Jura eingeſchränket worden. Die Kaiſerl. Wahl-Capitulation giebet anbey deutlich zu erkennen, wie ſie an beſagtem Ort denen Obrigkeiten kein neues Recht mittheilet, indem dieſelbe nur allein will, daß ſie ſich nach Verordnung der Reichs-*Conſtitutionen* bey ihren hergebrachten und habenden Juribus manuteniren ſollen. Nirgend aber geſtatten die Reichs-Conſtitutiones, daß ein Landesherr wider ſeine Unterthanen via facti verfahre, und wann dieſe auf Richterliche Erkenntniß provociren, ihnen, bevor ſie ſachfällig worden, den Beſitz der in Anſpruch genommenen Güther oder Gerechtſame entziehe. Vielmehr unterſagen ſie allen und jeden, ſie ſeyn hohen oder niedrigen Standes, einen andern zu entſetzen, und ordnen, daß der Entſetzer dadurch das Eigenthum oder die Hauptgerechtigkeit der Güther oder Gerechtigkeit, um die der Streit geweſen, verlohren haben ſolle. *Vid.* Cammergerichts-Ordnung *de* 1521. Tit. 32. §. 1. Widrigenfalls könnte nicht leicht ein Mandatum gegen die Landesobrigkeit erkannt werden, weil der Proceſſus Mandatorum fürnemlich in cauſis poſſeſſionis Platz findet. L. B. ab ANDLER *in Corp. Conſtit. Imperialium* Tom. 2. *voc. poſſeſſio* num. 13. Herr von LUDOLF *de Jure Camerali* pag. 106. 107. Oftgedachte Wahl-Capitu-

lation

lation führet aber Art. 19. deutlich im Munde, daß Mandata wider die Obrigkeit zu ertheilen, weil ſie ſonſt nicht verordnen könnte, daß bevor ſelbige ergehen, die beklagte Obrigkeit mit ihrem Bericht und Gegen-Nothdurft zuförderſt vernommen werden ſolle. Leget man dieſem Reichsgeſetz einen andern Verſtand bey, ſo ſind die Erkenntniſſe der höchſten Gerichte, welche ſie ohne der Reichsſtände Widerſpruch in allen dergleichen vorgekommenen Fällen bisher jedesmal abgegeben, unjuſtificirlich. Nur einige Præjudicia anzuführen, ſo lieſſen 1) am 5. Octobr. 1700. Ihro Kaiſerl. Majeſtät in cauſa Mecklenburgiſcher Ritter- und Landſchaft, contra den Herrn Herzog zu Mecklenburg ein Reſcriptum ab, worin folgende Worte enthalten: *Wann Wir nun in alle Wege dahin zu ſehen haben, daß niemand in ſeinen hergebrachten Juribus und Gerechtſamen turbiret und beeinträchtiget werde, als haben Dero Lbd. ſolch der Supplicanten unterthänigſtes Anbringen mit dem gnädigſten Befehl hiemit einſchlieſſen laſſen wollen, daß ſie dieſelbe in ermeldter ihrer hergebrachten Gerechtigkeit und Poſſeſſion des Juris venandi geklagtermaſſen nicht beeinträchtigen, ſondern ſie derſelben ruhig genieſſen laſſen, auch deswegen an Uns innerhalb Zeit zweyer Monathen unfehlbar berichten ſoll.* Als 2) beſagte Mecklenburgiſche Ritterſchaft von einem Landesfürſtl. Patent das Mülzen, Brauen und Brandteweinbrennen betreffend appellirte, und die Landesherrſchaft eine widrige ſogenannte Proviſional-Verordnung im Lande publiciren lieſſe, befahlen Ihro Kaiſerl. Majeſtät Anno 1704. *pendente lite* mit *Execution* ſothanen *Edicti* bis auf fernere Verordnung vom Oberrichter nichts zu verhengen, ſondern darüber ſo lange in Ruhe zu ſtehen; Inhibirten auch 3) die ohne der Stände Conſens in Contributions-Sachen gemachte Verfügungen zu exequiren. *Vid.* Kurzer Auszug einiger Kaiſerl. Allergnädigſter Verordnungen, welche in Sachen einer löblichen Mecklenburgiſchen Ritter- und Landſchaft ertheilet worden Claſſ. 2. Tit. 9. 10. Claſſ 3. Tit. 13. 4) In cauſa Mecklenburgiſcher Ritter- und Landſchaft gegen den Herrn Herzog zu Mecklenburg in Puncto der Landes-Gravaminum erkannte der Hochpreißl. Kaiſerliche Reichs-Hofrath unter andern am 19. Octobr. 1724: *Wird Autoritate Cæſarea denen Fürſtl. Judiciis nachdrücklich und inſonderheit ſub pœna irriti & caſſationis anbefohlen, nach klarer Diſpoſition derer Aſſecurations-Reverſe* auſſer denen höchſtſträflichen peinlichen Fällen, ſo offenbar ſeyn, nicht mit gewaltſamer That, Zugreiff- und Einziehung derer Güther oder *Execution*, ſondern mit *Citation*, Verhör und Erkundigung der Sachen ordentlich in Zukunft zu verfahren. *Vid.* Merkwürdige Reichshofraths-*Concluſa* Tom. 2. Concl. 215. n. 4. 5) Das Collegium Soc. Jeſu zu Osnabrück manutenirten Ihro Kaiſerl. Majeſtät am 29. Jul. 1720. wider den Landesherrn, *Vid.* Merkwürdige Reichshofraths-

Concluſa Tom. 2. Concl. 57. wie auch 6) die Reichsritterſchaft in Franken Orts Steigerwald wider die Fürſtl. Bambergiſche Regierung in Cauſa des Jus collectandi auf den camerariſchen Güthern betreffend, ibid. Tom. 7. Concl. 266. 267. 7) Vermöge Reichshofräthlicher Concluſorum de 8. Mart. und 7. Jun. 1725. wurde dem Fürſten von Schwartzburg nur der ruhige, billige und rechtmäſſige Beſitz des Juris collectandi reſerviret. ibid. Tom. 1. Concl. 25. 26. und 8) per concluſum de 24. Mart. 1728. die Bibraiſche Unterthanen, welche ratione ſervitiorum ac onerum mit ihrer Obrigkeit litigirten, *in poſſeſſorio ſummariiſſimo* gehandhabet. Ibid. Tom. 6. Concl. 89.

Nicht anderſt erkannte das Hochpreißl. Kaiſerl. und des Reichs-Cammergericht 9) in Sachen ſämtlicher Unterthanen und Eingeſeſſenen des Fürſtenthums Naſſau-Siegen reformirten Theils wider die Fürſtl. Vormundſchaftliche Regierung daſelbſt, indem es nur ſo lange die klagende Unterthanen das Dienſtgeld, wie ſolches ante litem motam entrichtet worden, zu bezahlen anwieſe, bis der *Punct in poſſeſſorio* oder *petitorio* entſchieden. Vid. die Reichsfama Part. 6. Cap. 5. pag. 52. In dieſer Sache injungirte man 10) dem Fürſten die *Execution* auf die Schatzung ſogleich einzuziehen, und *de paritione* zu *dociren*, mit dem Anhang, daß widrigenfalls das *Mandatum de manutenendo* an des Weſtphäliſchen Crayſes Herren ausſchreibende Fürſten auf der Kläger Anrufen ohne ferneren Anſtand aus der Canzley verabfolget werden ſolle. Die Wittgenſteiniſche Unterthanen wurden 11) am 31. Octobr. 1724. in poſſeſſione libertatis ſtatus perſonalis geſchützet und 12) den Einwohnern des Kirchſpiels Ahnhauſen in cauſa wider ihre Landesobrigkeit den Grafen zu Neuwied auferleget, in welchen Waldungen und wie weit ſie berechtiget oder *in poſſeſſione* zu ſeyn *prætendiren*, namentlich und deutlich zu *ſpecificiren*, auch mit welchen ihrer Seits vorbrachten oder aus gegentheiligen *Productis* gezogenen Beweisſtücken ſie in ein oder andern ihre *Intention* in Dero *inſtituirten poſſeſſorio ordinario* erwieſen zu ſeyn vermeynen *ſpeciatim* anzuweiſen. 13) Sollen laut Sententiæ Cameralis de 29. Nov. 1724. die Herzogl. Meinungiſche Unterthanen nur in andern unſtreitigen Sachen des ſchuldigen Gehorſams ſich nicht entziehen. 14) Sind per ſententiam de 20. Dec. 1731. die Hohenzollern Hechingiſche Unterthanen wider Herrn Friederich Wilhelm Fürſten zu Hohenzollern-Hechingen vom Kaiſerl. Cammergericht bey der freyen Pürſch in einem *Diſtrict in poſſeſſorio ordinario*, *ſalvo petitorio*, geſchützet, und wegen eines andern *Tractus* ihnen auferleget, die angegebene *Poſſeſſion vel quaſi* beſſer als bisher geſchehen, darzuthun, auch 15) am 13. Oct. 1713. in cauſa des Herrn Grafen von Schönborn wider die gemeinſchaftliche Herrſchafts-

Deputirte

Deputirte zu Abtſchwind und ſämtliche Gemeindsleute daſelbſt dem Herrn Grafen zu beweiſen injungiret, daß er in dem vorgegebenen alleinigen Beſitz des Eichelleſens von Anno 1687 bis 1711. geweſen. Vid. Herrn von LUDOLFF Symphor. 1. Conſult. 10. pag. 360. Symphor. 2. Faſcic. 13. pag. 146. Faſcic. 17. pag. 239. 244. & *Obſervat. for. Continuat.* append. 1. pag. 8. 9. app. 2. p. 22. 23.

Alle dieſe Judicata ſupponiren, daß ein Poſſeſſorium wider die Landesherrſchaft Platz findet, mithin die Unterthanen in dem Beſitz der von einem Fürſten in Streit gezogenen Jurium, wann ſie denſelben erweiſen, lite pendente geſchützet werden müſſen, folglich ſich die Teutſche Reichsſtände nur bey den hergebrachten juribus manuteniren können. Denn ſonſt hätte man den Mecklenburgiſchen Adel nicht in poſſeſſione juris venandi, die P. P. Societatis Jeſu in dem Beſitz ihres Collegii zu Osnabrück, die Bibraiſche Unterthanen bey der prætendirten Freyheit à ſervitiis & oneribus, die Wittgenſteiniſche Unterthanen in poſſeſſione libertatis perſonalis, und die Hohenzollern-Hechingiſche bey der freyen Pürſch geſchützet. Es wäre auch widrigenfalls dem Herrn Herzog von Mecklenburg allerdings erlaubet geweſen, wegen des Mülzens, Brauens und Brandteweinbrennens pendente lite eine Proviſional-Verordnung zu machen, ſeine abgelaſſene Edicta in Contributions-Sachen zu vollſtrecken, und bis zu rechtlich ausgemachter Sache mit Einziehung der Perſonen und Güther ſeiner Unterthanen willkührlich zu verfahren. Dem Fürſten von Schwarzburg-Rudolſtadt hätte man nach den gegenſeitigen Grundſätzen nicht nur in dem ruhigen, billigen und rechtmäſſigen Beſitz des juris Collectandi laſſen, ſondern ihm ohne alle Einſchränkung ſolches wenigſtens lite pendente zu üben verſtatten, in Cauſa des Fürſten von Naſſau-Siegen wider ſeine Unterthanen gar nicht in poſſeſſorio ſprechen, den Gräfl. Neuwiediſchen Unterthanen keinesweges den Beweiß der Poſſeſſion vorbehalten, noch den Grafen von Schönborn injungiren, und die Herzogl. Sachſen-Meinungiſche Unterthanen nicht nur in unſtreitigen Sachen, ſondern auch in ſtreitigen zum blinden Gehorſam anweiſen ſollen.

(c) Wann obausgeführtem nach, in Teutſchland auch Unterthanen gegen ihre Landesherrſchaft richterliche Hülfe begehren können, ſo mag man unmöglich jene als Verbrecher ſtrafen, dafern ſie, wider die Obrigkeit durch den Weg Rechtens, Güther oder Jura zu behaupten ſuchen. Delicta kann niemand ſine dolo begehen, von demjenigen aber, welcher ſeine Gründe des Richters Erkänntniß übergiebet, man unmöglich ſagen, daß er mit Vorſatz einem andern etwas ungerechter Weiſe nehmen wollen, und alſo eine Strafe verdienet habe. Wider die Vernunft läufet es inſonderheit, den Landſaſſen, welche gegen ihren Fürſten Klage erheben, und ſich durch in Rechten erlaubte Mittel bey einer ihnen ſtreitig ge-

Es iſt nicht ſtrafbar, wenn ein Landſaſſe wider die Landesobrigkeit Güther oder Gerechtſame durch den

Weg Rechtens zu behaupten ſuchet.

gemachten Befugniß mainteniren wollen, gefährliche Abſichten beyzumeſſen. Iſt es wohl glaublich, daß ſich dieſe die Hofnung machen, durch thätliche Widerſetzung und erregte Proceſſe bey den Gerichten des Landes, oder auch den höchſten Dicaſteriis des teutſchen Reichs, das geringſte zu behaupten, wovon ſie überzeuget ſind, daß es ihnen nicht zukömmt? Der Stärkere unterdrücket vielfältig den Schwächern widerrechtlich. Daß aber dieſer jenen in oder auſſer Gerichts offenbar vorſetzlich um das Seinige bringet, und den Richter beweget, ihm zum Beſten Ungerechtigkeiten zu begehen, iſt gewiß etwas ſeltenes. Wann die Regul wahr bleibet, quod omnis præſumtio eſt doli excluſiva, ſo darf man nicht vermuthen, daß Unterthanen bößlicher Weiſe, um die landesherrliche Vorrechte zu ſchmählern, Proceſſe veranlaſſen. Man ſchützet zwar vor, die Eingriffe in eines Fürſten Gerechtſame könnten per mandata pœnalia verhindert werden, und er ſolche durch violente Mittel vertheidigen. Allein hieraus folget nicht, daß derjenige, welcher v. g. einen actum jurisdictionis übet, den ihm der Landesherr nicht geſtehet, dadurch allemal ſtraffällig werde. Will der Fiſcal einen ſolchen propter turbationem criminaliter belangen, ſo muß er deſſen Dolum erweiſen. Dieſer iſt nimmer zu præſumiren, wenn die Sache zweifelhaft, und deren Entſcheidung von ambiguis quæſtionibus juris vel facti dependiret. Mit gutem Grunde ſchreibet daher *Matth.* Wesenbec Part. I. Conſ. 33. n. 47. 48. alſo: Non vim is nec injuriam facit, qui jure ſuo utitur, vel uti ſe putat, nullusque cenſetur dolo facere, qui putat ſe habere probabilem cauſam, cur jus aliquod uſurpare poſſit. Habet autem probabilem cauſam, qui ſe judicio offert, & jus, quod uſurpavit, defendere abſque malo dolo paratus eſt. Und Conſ. 43. n. 131. 133. Mulctæ contemtæ jurisdictionis non committuntur, ubi aliqua cauſa afferri colorata poteſt, & qui probabiliter ſic opinantur & credunt, ex juſtitia feciſſe intelliguntur & pœnis liberantur. Menoch Remed. 3. retin. poſſ. n. 606. 610. 611. beſtärket ſolches mit folgenden Worten: Cum criminaliter agitur contra turbantem ex diſpoſitione juris communis, hoc eſt accuſatione injuriarum, tunc requiritur doli probatio, alioqui ſequi debet abſolutio. Ein Landesherr mag zwar per mandata pœnalia den Landſaſſen das Exercitium ſolcher Gerechtſame wohl unterſagen, in deren Poſſeſſion er allein befangen iſt, dieſelbe aber nur alsdenn vollſtrecken, wenn ſie nicht per remedia juris entkräftet worden, und dennoch die Unterthanen ihnen den ſchuldigen Gehorſam contumaciter verſagen. Das Hochpreißl. Kaiſerl. und des Reichs Cammergericht hat deswegen dem Collegiat-Stift St. Mauritii vor Hildesheim wider ein dieſer Lehre zuwiderlaufendes Verfahren Oberrichterliche Hülfe angedeihen laſſen. Weil die Stiftiſche Gerichtsbediente den Cörper eines in dem Fluß Innerſte ertrunkenen Mannes aufgenommen, und nach vorgängiger

legalen

legalen Inſpection zur Erden beſtättiget hatten, wurde das Capitul von der Chur-fürſtl. Cöllniſchen Stift Hildesheimiſchen Regierung wegen vermeynter Violation der Gerichtbarkeit des Fürſtl. Amts Steuerwald ſofort ohne einige vorgängige Unterſuchung in 1000 Thlr. fiscaliſcher Strafe vertheilet, dieſe auch würklich beygetrieben. Gedachtes Capitul wandte ſich hierauf an das Kaiſerl. Cammergericht, und ſtellete daſelbſt vor, wasmaſſen Biſchof Magnus zu Hildesheim Anno 1427. dem Probſt der Kirche St. Mauritii das Halsgericht, und die Voigtey dergeſtalt mitgetheilet habe, daß er es gebrauchen, und einen Voigt darüber ſetzen mögte, mit Vollborde des Capituls, daher denn auch ab immemoriali tempore zugleich der Probſt und das Capitul die Jurisdiction auf dem Bergflecken exerciret hatten. Die hoch-peinliche auf Hals und Blut gehende Fälle wären zwar eine Zeit her vom Amt Steuerwald geſtrafet, und ſelbigem die Miſſethäter erga reverſales ausgeliefert, andere ad jurisdictionem ſuperiorem gehörige Fälle aber von dem Stift zur Cognition gezogen, und rechtlich geahndet, auch innerhalb 43. Jahren drey todte Cörper aufgenommen. Da man ſich nun alſo in poſſeſſione, & quidem titulata befinde, ſo hätte das Stift ſolche mit Beyfall Rechtens continuiret, und könne deswegen unmöglich beſtrafet werden. Es ſind darauf nicht nur am 10. May 1728. pleni Proceſſus cum Mandato attentatorum revocatorio S. C. erkandt, ſondern iſt auch aller eingewandten Exceptionum ohngeachtet den 14. Sept. 1729. folgende Sententia paritoria publiciret: In Sachen Dechant und Capitularen des *Collegiat-Stifts St. Mauritii* vor Hildesheim, wider die Fürſtl. Hildesheimiſche Regierung und Amt Steurwald *appellationis primæ cum mandato de revocandis attentatis intra decendium factis* iſt *Lt. Jung* ſein unterm 10. *Dec.* nächſthin der *Caſſation Proceſſuum appellationis & mandati* halber beſchehen, begehren hiemit *purè*, *Lt. Brack*, aber *in puncto Declarationis pœnæ, & arctiorum* gethanes Suchen noch zur Zeit abgeſchlagen, ſondern gedachter *Lt. Jung* glaubliche Anzeig zu thun, daß dem ausgangen, verkünd- und *reproducirten* Kaiſerl. *Mandato* mit *Reſtituirung* der *intra decendium poſt interpoſitam appellationem* ab-*exequirten* tauſend Rthlr. *intereſſe & damni liquidatione ſalva*, gehorſamlich gelebet ſeye, Zeit vier Wochen *pro omni termino & prorogatione* von Amtswegen angeſetzet, mit dem Anhang, wo Er deme alſo nicht nachkommen wird, daß ſeine *Principales*, jetzt als dann, und dann als jetzt, in die Strafe berührten *Mandat* einverleibet erkläret, auch ſie die Gerichtskoſten derentwegen bey dieſem Kaiſerl. Cammergericht aufgelaufen, nach vorgängiger *Deſignation* und richterlicher *Moderation* denen Klägeren zu erſtatten ſchuldig ſeyen, auch ſonſten der *arctioren* oder *Mandati de exequendo* halber ferner ergeben ſolle, was Recht iſt. Dieſes höchſte Reichsgericht inhibirte auch am 27.

Januar.

Januar. 1716. dem Herrn Grafen von Neuwied, ſeine Unterthanen des Proceſſus halber weiter mit harten Verfahren, Perſonal Arreſt oder mit beſonderer Einquartirung anzuſehen und zu belegen. Vid. Hr. v. LUDOLFF *Symphor.* 2. p. 147.

Nicht weniger hat der Hochpreißl. Kaiſerl Reichs-Hofrath ſein Mißfallen über dergleichen Procedur mittelſt eines gerechteſten Concluſi vom 3. Nov. 1733. ganz neulich zu erkennen gegeben. Solches iſt durch folgende Geſchichte veranlaſſet. Als der Königl. Preuſſiſche Geheimte und Regierungsrath Baron von Söhlenthal, wie Innhaber des im Stift Hildesheim belegenen adelichen Guths Armſeul, dem Fürſtl. Forſtamt die Mitjagd auf dem Seinigen ſtreitig machte, und deſſen Leute dem Ober-Förſter Bötticher am 4. Octobr. 1732. einen in der Armſeulſchen Feldmark geſchoſſenen Haſen abnahmen, beſchwehrete ſich das Forſtamt darüber bey der Churfürſtl. Cöllniſchen Stift Hildesheimiſchen Regierung. Dieſe erkannte ſogleich ohne einige vorgängige Unterſuchung ad nuda narrata am 14. Oct. 1732 wider gemeldten Baron eine Citation ad videndum ſe incidiſſe in pœnam. Als er aber ſeine Verantwortung einbrachte, und die Gründe vorſtellete, welcher wegen dem Churf. Forſtamt keine ohnumſchränkte Mitjagd in der Armſeulſchen Feldmark zugeſtanden werden könne, lieſſe man ihn faſt ein ganzes Jahr in Ruhe. Allein, am 16. Sept. 1733. wurde ein Unter-Officier mit 10. Soldaten auf das adeliche Guth Armſeul geſandt, welche täglich 4. Thlr Executions-Gebühren begehreten, und den damals abweſenden Baron von Söhlenthal ſelbſt zu ſprechen verlangten, um, wie ſie vorgaben, ihm ihre Ordre vorzuzeigen, als welche dieſelbe ſonſt niemanden wollten ſehen laſſen, jedoch äuſſerten, daß dieſe Execution wegen des faſt vor einem Jahr dem Ober-Förſter abgenommenen Haſens verhenget ſey. Gedachter Baron wendete ſich darauf zuförderſt an die Stift Hildesheimiſche Regierung, und begehrte Communication des etwan wider ihn gefälleten Judicati, worauf demſelben folgender Beſcheid am 18. Sept. mitgetheilet wurde: *Nachdem der von Söhlenthal des denunciirten Facti, daß er dem Landesfürſtl. Oberförſter Bötticher einen von dieſem in Landesfürſtl. Hoheit geſchoſſenen Haſen habe wegnehmen laſſen, in ſeiner ſogenannten gründlichen Verantwortung nicht allein geſtändig iſt, ſondern überdies noch vermeſſentlich vorgeben darf, daß der gnädigſte Landesfürſt auf der Armſeuler Feldmark, dem heiligen Holz, Haßling und kleinen Roſenberge zu jagen nicht berechtiget, ſondern in dieſem ſeinem Jagd-Diſtrikt der Landesfürſtl. Oberförſter ſich des Jagens gänzlich zu enthalten ſchuldig ſey; Als wird Er von Söhlenthal ſeines hierin begangenen Frevels halber, in zweyhundert Goldgulden Strafe hiemit erkläret, annebſt verordnet, daß derſelbe auf dem Hauſe Armſeul ſo lang, bis ſothane Straf dahier erleget, in Arreſt bleiben, und darinn durch die*

dazu beorderte Mannſchaft verwahret werden ſolle. *Decretum in Conſilio, Hildesheim den 1. Sept. 1733.*

Man war alſo am 16. Sept. zur Execution einer Sententiæ condemnatoriæ geſchritten, wovon der Condemnatus erſt 3. Tage nachher auf ſein Geſuch Wiſſenſchaft erlanget. Declarirte es anbey vor ein ſtrafbares Verbrechen, daß der Baron von Söhlenthal behaupten wollen, es müſſe ſich der landesfürſtl. Oberförſter in ſeinem Jagd-Diſtrict des Jagens gänzlich enthalten, und zu Conſervation ſeiner Befugniſſe ihm einen Haſen abnehmen laſſen. Ja es wurde dieſe vermeynte Miſſethat vor ſo wichtig angeſehen, daß man kein Bedenken getragen, um ſolche zu ahnden, einen perſonalen Arreſt wider oftgedachten Königl. Preuſſiſchen Geheimten und Regierungsrath Baron von Söhlenthal zu erkennen. Es iſt allhier zu erörtern unnöthig: Mit wie vielen Nullitæten dieſe Procedur behaftet iſt? Wer einräumet (wie von allen Rechtsverſtändigen geſchiehet) quod ſententia debet præcedere executionem, & hanc præceptum executivum, capturæ locus non eſt, niſi ob delicta, quæ pœnam corporis afflictivam merentur, vel ex cauſa civili, ubi arreſtatus de fuga ſuſpectus eſt, nec immobilia poſſidet, atque arreſtum illegitimè impoſitum pro vi publica eſſe habendum, & injuriarum actione teneri judicem præpoſtere arreſtantem, der muß es nothwendig ſehr mißbilligen, daß mit dem Baron von Söhlenthal dergeſtalt verfahren worden. Ich führe allhier dieſen Caſum nur an, um die Frage: Ob überall ein Corpus delicti vorhanden, und der Landſaſſe einen ſtrafbaren Frevel begehet, wenn ſelbiger dem Fürſtl. Forſtamt die Mitjagd, oder eine andere Befugniß ſtreitig machet? zu erläutern. Derjenige, welcher nur probabilem cauſam beybringet, warum er ſich einer Gerechtigkeit anmaſſet, iſt obausgeführtem nach nicht in dolo, und verdienet alſo keine Strafe. Eine turbatio realis, quæ facto fit, involviret auch eigentlich kein Maleficium, und kann deswegen nicht Criminaliter verfahren werden, wenn ſie non turbandi, ſed jura ſua tuendi animo geſchehen. Vid. WESENBEC d. l. n. 26. 27. 32. 33. Wie mag man den Vaſallen und Landſaſſen, die ein privativum jus venandi auf den ihrigen durch den Weg Rechtens zu behaupten ſuchen, nicht nur ſolcherwegen in groſſe Geldſtrafen vertheilen, ſondern gar mit ſchimpflichen Perſonal-Arreſten belegen, da ſo viele bewährte Rechtslehrer ihnen das Wort reden, und mit tüchtigen Gründen behaupten, conceſſo jure venandi, convenationem reſervatam non videri, mithin dem ohnerwieſenen Aſſerto anderer Dd., welche wollen, daß einem Fürſten auf des Adels Gründen die Mitjagd regulariter zuſtehe, eifrigſt widerſprechen? Vid. HOMBORG *de Jure convenandi* Cap. 1. §. 12. HERTIUS *de Superioritate territoriali* §. 49. BERGER *O. J.* Lib. 2. Tit. 2. § 7. Not. 3. KRESSIUS *in Specim. Jurisprud.* Lib. 1. Tit. 3. §. 9. BEYER *in Specim. Jur.*

Germ. Lib. 2. Cap. 2. §. 72. Es militiret in dieſem Streit auch deßwegen die Præſumtion vor den Adel, weil, wie an anderen Orten gezeiget iſt, und ferner dargethan werden ſoll, ſelbiger gröſtentheils die Jagden nicht durch landesfürſtliche Begnadigungen erhalten, ſondern als eine Reliquie der alten teutſchen Freyheit conſerviret hat. Fürnehmlich aber begehret ein Vaſall mit Fug, daß man ihm die privative Jagdgerechtigkeit auf den Lehnſtücken, wenn nicht ein anders hergebracht iſt, gönne, cum ad eum omne emolumentum rei in feudum datæ tranſeat. Vid. HARPPRECHT ad §. 2. *Inſt. de Rerum Diviſione* num. 187. SIXTINUS *de Regalibus* Lib. 1. Cap. 5. n. 57. RHETIUS *ad Jus feud.* Lib. 1. Tit. 2. §. 1. num. 11. pag. 149. MYLER *de Principibus & Statibus Imperii* Part. 2. Cap. 73. §. 16. STRYK *apud Fritſch. in Corp. Jur. venat. foreſt.* Conſ. 54. pag. 938. n. 11. WERLHOFF *de Alienatione & Conceſſione Jurium, quæ vulgo regalia vocantur* §. 40. MAIER *de Jure venandi Romano-Germanico* Cap. 3. th. 21. In dem benachbarten Herzogthum Braunſchweig-Wolffenbüttel (mit welchem der Theil des Stifts Hildesheim, worinn Armſeul gelegen, über 100 Jahr vereiniget geweſen, und mit demſelben gleiche Jura gehabt) genieſſen die Landſaſſen dieſes Rechts, wie alſo bezeuget HOMBORG d. l. In ſpecie in Ducatu Wolferbytano, ſi nobiles jus venandi per præſcriptionem acquiſivere, Sereniſſimus hactenus (uti à rei venatoriæ peritis accepi) nunquam convenatum prætendit. Die Stift-Hildesheimiſche Ritterſchaft und Städte haben auch am 13. Oct. 1732. bey Jhro Churfürſtl. Durchl. dawider Vorſtellung gethan, als neuerlich prætendiret werden wollen, daß den Fürſtl. Jagdbedienten vermöge der Landesfürſtl. Ober-Jagdgerechtigkeit das Recht der Mitjagd durch den ganzen Hochſtift zuſtehe, da jedoch in vielen adelichen Feldmarken und Diſtricten ſolche bisher niemals exerciret, und in anderen dem Fürſtl. Ober-Jägermeiſter nur jährlich ein Durchzug verſtattet worden, mithin allein an denjenigen Orten dem Forſtamt das ohnumſchränkte cumulativum jus venandi zuſtehe, wo es ſolches erweißlich hergebracht. Dieſes Aſſertum iſt von höchſtgedachter Sr. Churfürſtl. Durchl. keinesweges als ſtrafbar angeſehen, ſondern vielmehr am 22. Oct. 1732. Dero Stift-Hildesheimiſchen Regierung befohlen, was auf der Stände Vorſtellung der Billigkeit nach, zu verordnen ſey, in unterthänigſtem Gutachten an Hand zu geben, dabey auch gerechteſt declariret, wie Jhro Churfürſtl. Durchl. ſo wenig geſinnet, die adeliche Landſaſſen, oder andere in ihren habenden Jagd-Freyheiten zu beeinträchtigen, als Dero habende landesfürſtl. Gerechtſame beſchränken zu laſſen. Sollten aber auch die angeführte Fundamenta der Landſaſſen und Vaſallen Gerechtſame nicht gänzlich auſſer Zweifel ſetzen, ſo befreyen ſie gleichwohl wenigſtens denjenigen, welcher ſich darinn gründet, à præſumtione doli. Man wendet zwar in dem Soh-

ſenthaliſchen Caſu ein, es wäre ſchon zu Biſchof Jobſt Edmunds Zeiten einer von Stöckheim, welchem damals das Guth Armſeul zugeſtanden, weil er die Fürſtl. Mitjagd verhindert, in eine ſchwere Geldſtrafe vertheilet, und ſolche zu erlegen genöthiget. Allein es iſt 1) dieſes bisher mit nichts erwieſen, und ſoll dem äuſſerlichen Verlaut nach, beſagter von Stöckheim deswegen beſtrafet ſeyn, weil er einen Fürſtl. Forſtbedienten mit Schlägen übel tractiret, folglich ſtrafbare Exceſſus begangen. Es iſt auch eine gar ſchlechte Rechtfertigung der vorgenommenen Procedur, daß dergleichen ſchon ehe unter der Regierung Biſchof Jobſt Edmunds geſchehen. Denn auch wohl eher, und eben zu ſolchen Zeiten ſind die Landſaſſen verſchiedentlich graviret, wie ſolches die bey den höchſten Reichsgerichten von ihnen ausgewürkte Mandata und Paritoriæ, auch der Stände übergebene Gravamina ſattſam erweiſen. Ueberdem iſt 2) dem Baron von Söhlenthal von beſagtem einige 30 Jahr, ehe er in das Stift Hildesheim kommen, angeblich vorgegangenen Actu nichts bekannt. Dieſe allen Rechten nach zu vermuthende Ignorantiam facti alieni hat er ſich zum Ueberfluß erbothen, eidlich zu erhalten, ad quod juramentum admittendus eſt ignorantiam allegans, licet minus probabilis ſit, & juraturus præſumtionibus ſcientiæ urgeatur. Vid. BRUNNEMANN, ad L. 21. ff. *de Probat.* n. 3. ESBACH *ad Carpz.* Part. I. Conſt. 22. def. 6. HERTIUS Vol. I. Reſp. 520. num. 16. 17. Er hat ferner inſpectionem Actorum begehret, und gerichtlich declariret, daß wenn daraus erhellete, wie ihm res judicata im Wege ſtehe, und ſeinen Vorfahren die privative Jagdgerechtigkeit aberkannt ſey, er ſich ſolchergeſtalt erklären wolle, daß das Forſtamt davon könne zufrieden ſeyn. Allein auch hierinn iſt Er enthöret, und mit der militariſchen Execution ſo lange fortgefahren, bis man das meiſte zu Armſeul befindliche Vieh und Getraide verkaufet, und daraus weit ein mehreres als die dictirte Geldſtrafe der 200 Goldgülden erhoben. Der Baron von Söhlenthal hat immittelſt dieſes Verfahren bey dem Hochpreißl. Kaiſerl. Reichshofrath klagend angebracht, welcher ſolches höchſtens gemißbilliget, ihm oberrichterliche Hülfe angedeihen laſſen, und die Procedur ſo ganz auſſerordentlich zu ſeyn befunden, daß es faſt nicht zu glauben, daß dergleichen vorgenommen ſey, wie aus folgendem Concluſo erhellet:

Martis 3. Nov. 1733.

Von Söhlenthal Freyherr Rudolph Carl contra die Stift-Hildesheimiſche Regierung, in puncto juris venandi, ſive implorantiſcher Anwald, Andreas Gottlieb von Fabrice ſub præſentato 13. Oct. Nup. ſupplicat humillime pro clementiſſime decernendo mandato caſſatorio & revocatorio, item de non offendendo, abducendo milite, reſarciendis damnis & expenſis, ac via juris non facti procedendo S. C. appon. Lit. A. usque I. incluſ. in duplo.

Idem von Fabrice ſub præſentato 15. ejusdem allerunterthänigſte beſcheinigte Anzeige fortwährender militariſcher Execution, ſupplicat humillime pro clementiſſime maturando petito mandato eoque ad reſtitutionem ablatorum extendendo appon. Lit. K. L. & M. in duplo.

Cum incluſione Exhibitorum de præſentatis 13. & 15. Octobr. nup. reſcribatur dem Herrn Churfürſten zu Cölln, als Biſchoffen zu Hildesheim. Gleichwie Kaiſerl. Majeſtät ſich nicht beygehen laſſen könnten, daß deſſen nachgeſetzte Regierung zu Hildesheim mit der militariſchen Execution gegen Impetranten auf Art und Weiſe würklich hervorgegangen ſeyn werde, gleich derſelbe bey allerhöchſt Deroſelben ſolches angebracht: Als verſeheten Sich Kaiſerl. Majeſtät zu des Herrn Churfürſten bekannter Gemüthsbilligkeit gnädigſt, daß derſelbe obbeſagt ſeiner Regierung den gemeſſenen Befehl zukommen laſſen werde, auf daß ſolche ſofort die militariſche Execution von dem Guth Armenſeul abrufe, die Ablata reſtituire, und über des Impetranten Perſon und Güther etwas thätliches weiter nicht vornehme, ſondern allenfalls dieſelbe den Impetranten länger in Anſpruch zu halten, ſich befugte Urſach glaube, gegen ſolchen nicht via facti ſed juris zu verfahren, folgſam prævia ſufficienti cauſæ cognitione die Acta zum Spruch Rechtens ad impartiales zu verſchicken, und wie allem dieſem nachgelebet worden ſeye, Kaiſerlicher Majeſtät den gehorſamſten Bericht ſub termino duorum menſium zu erſtatten.

Arnold Heinrich von Glandorff.

§. XIV.

Ob ein Proceſſus contra Principem zu verſtatten, darüber müſſen die Dicaſteria und nicht die Landes-Regierungen erkennen.

Was bisher angeführet iſt, erweiſet zugleich den Ungrund des paradoxen Satzes, welchen jüngſthin ein gewiſſer JCtus behaupten wollen, daß nemlich kein Fürſt verbunden ſey, ſich mit ſeinen Unterthanen in Proceſſe einzulaſſen, bevor ſie einen Titulum beygebracht, Kraft deſſen ihnen die Gerechtſame zuſtehen, welche denſelben die Landesherrſchaft ſtreitig machet; und daß die Regierung, nicht aber die Dicaſteria darüber erkennen müſſen, ob ein ſolcher Titulus vorhanden? Man wird wohl ſchwerlich unter der groſſen Anzahl der Rechtslehrer, welche ſich bisher bemühet haben, die Jurisprudenz durch öffentliche Schriften zu erläutern, einen einzigen finden, dem dieſe Theſis jemahls in den

Sinn

Sinn kommen (a). Sie läufet auch der Vernunft, den gemeinen Rechten, Reichs-Conſtitutionen und der täglichen Praxi gerade zuwider, weil ſie in der That denen Landſaſſen und Unterthanen den Weeg Rechtens gänzlich verſperret. Denn wann nicht der Richter, ſondern der Fürſt ſelbſt und ſeine nachgeſezte Regierung zu beurtheilen hat, ob ein Titulus von den Unterthanen zu ediren und der edirte hinlänglich iſt? So werden ja dergleichen Sachen der richterlichen Cognition gänzlich entzogen, und es kann nimmer ein Caſus entſtehen, da die Landesobrigkeit viam juris anzutreten genöthiget iſt, maſſen wann ſelbige den angeführten Titulum für hinlänglich erkennet, alle Fehde ein Ende hat, und es keines Proceſſus bedarf, dafern er aber von ihr für unzulänglich gehalten wird, das Principium, welches ich beſtreite, den Landſaſſen nicht verſtattet, richterliche Hülfe zu ſuchen. Nach allen Rechten der Welt ſtehet es dem Richter und keiner Parthey zu, einem oder andern Theil aufzulegen, was er beybringen ſoll, und darüber zu ſprechen, ob das beygebrachte hinreichig die Intention zu fundiren? Weder das Herkommen, noch die Teutſche Reichsgeſetze nehmen hievon die Cauſas regalium aus, ſondern vermöge derſelben muß ein Fürſt ſeinen geringſten Unterthanen zu Recht ſtehen (§. 12. 13.), und kann nicht nach Gefallen determiniren, ob er ſich mit ſelbigen in einen Proceſs einlaſſen wolle (b)? Wann aus dem Libell die Nichtigkeit der Klage offenbar erhellet (c), ſo darf zwar ein Richter denſelben ex officio verwerfen, und ſolchenfalls keinen Proceſs verſtatten (d). Ob aber die Sache dergeſtalt beſchaffen, daß ſie zu rechtlicher Ausführung anzunehmen? darüber erkennen billig die Juſtiz-Collegia, und nicht die Landesregierungen, und erfordert die Rejectio libelli eine richterliche Diſcuſſion. Freylich kann der Geheimte-Rath oder die Regierung denen Fürſtlichen Aemtern Verhaltungsbefehle ertheilen, auf was Weiſe ſie ſich in dem Beſiz der Landesherrlichen Gerechtſame zu mainteniren haben. Wann aber ein Unterthan klaget, daß man ihm etwas widerrechtlich nehme, und über dasjenige, was auf Befehl der Regierung geſchehen, beym Richter Beſchwerde führet, ſtehet dieſem die Erkänntniß darüber zu;

Ob man erlaubter Weiſe die Jura Principis vertheidiget habe, oder zu weit gangen ſey, und der Unterthanen Befugniſſe widerrechtlich geſchmählert worden? Wie alſo laut pag. 86. 87. die JCti Ingolſtadienſes ſehr gründlich urtheilen.

(a) Wann SECKENDORF im Teutſchen Fürſtenſtaat Part. 2. Cap. 7. §. 13. ſchreibet, es liege dem Landesherrn und ſeinem Geheimten-Rath ob, nicht zu geſtatten, daß ſich ein Stand oder Unterthan des Landes ohne ſonderbares Recht und Vergünſtigung des Herrn oder ſeiner Vorfahren der *Regalien* gegen andere anmaſſe, oder ſich davon nach Gelegenheit ausziehe und frey mache, ſondern es müßten wider ſolches Beginnen Anordnungen gemachet, oder dem, welcher auf des Landesfürſten Befehl nicht *pariren*, ſondern Klage anfangen wollte, der Gebühr nach begegnet werden; ſchlieſſet er keineswegs eine gerichtliche Erörterung aus, und erlaubet den Fürſten nicht, via facti zu verfahren, wie einige dafür halten wollen. Denn es wird den Unterthanen der Gebühr nach begegnet, wenn man die Landesherrliche Gerechtſame per viam juris wider ſie gründlich ausführen, und dafern die Aemter ſich in poſſeſſione befinden, ſolche anbey continuiren läſſet, welches zu verfügen, nicht aber ohne vorgängigen richterlichen Spruch durch harte Bedrückungen und Strafen jemand abzuſchrecken, Klage zu führen, einem Regierungs-Collegio oder auch wohl denen Rentcammern oblieget. Wie beſagten Autoris Meynung nur dahin gehet, erhellet aus dieſen ſeinen am angeführten Ort gleichfolgenden Worten: Insgemein gehöret hieher die Beobachtung aller Gerechtſame und *Regalien*, welche die Aemter des Landesherrn wider die Stände des Landes, oder ſonderliche Unterthanen, oder dieſe hinwider gegen die Aemter *prætendiren*, daß nemlich ſolche gründlich erwogen, oder in Güte, oder gebührliche Wege Rechtens aufgehoben, und unnöthiger Streit, Irrung, daher entſprießende Spildung der Zeit und Koſten ſamt Verbitterung der Gemüther abgeſchnitten und vermieden werde. Denn wann die Streitigkeiten in Güte oder durch gebührliche Wege Rechtens aufzuheben, ſo kann man diejenige, welche klagen wollen, daran nicht verhindern, vielweniger aber deßwegen ſtrafen. Conf. SECKENDORF d. l. §. 19.

(b) Wann daher die Obrigkeiten ihre Unterthanen an Ausführung der wider ſie angeſtellten Proceſſe hindern wollen, ſo verbiethen ſolches die höchſte Reichsgerichte billig. Der Hochpreißl. Kaiſerl. Reichshofrath injungirte am 24. Sept. 1723. dem Herrn Marggrafen zu Bayreuth, ſeinen klagenden Unterthanen an

Fortſetzung des Proceſſes auf keinerley Weiſe Hinderung zu machen, weniger ihnen ſamt oder ſonders den hieher genommenen *Recurs* einigermaſſen in Unguten entgelten zu laſſen; Und am 8. Jul. 1721. dem Herrn Abt zu Kempten, ſeinen Unterthanen die Annehmung eines *Advocati*, von waſſerley *Religion* derſelbe ſeyn mag, ohnweigerlich zu geſtatten; Auch am 24. Merz 1727. dem Thumcapitul zu Lübeck, denen Unterthanen die ſichere Rückkehr und rechtliche Verfolgung ihrer habenden ſämtlichen Proceſſe frey und ohne alle Behinderung zu geſtatten, dabeneben den an Ihro Kaiſerl. Majeſtät genommenen *Recurs* auf eine ungebührliche Art und Weiſe nicht entgelten zu laſſen; *Vid.* Merkwürdige Reichshofraths-*Concluſa* Tom. 2. Concl. 286. 595. Tom. 5. Concl. 615. und wurde Anno 1672. dem Syndico der Mecklenburgiſchen Landſtände ein ſpeciale Protectorium ertheilet. *Vid.* Kurzer Auszug einiger Kaiſerl. Verordnungen in Sachen einer löbl. Mecklenburgiſchen Ritter- und Landſchaft *in Append.* n. 3. 6. Imgleichen erkannte das Hochpreißl. Kaiſerl. und des Reichs Cammergericht am 27. Jan. 1716. in Sachen des Kirchſpiels Ahnhauſen wider Herrn Grafen von Neuwied, daß die Unterthanen des *Proceſſus* halber weiter nicht mit hartem Verfahren, *Perſonal-Arreſt* oder mit beſonderer Einquartirung anzuſehen und zu belegen, und am 26. Sept. 1727. in Sachen ſämtlicher Unterthanen und Eingeſeſſenen des Fürſtenthums Naſſau-Siegen reformirten Theils, wider Herrn Friederich Wilhelm Fürſten zu Naſſau-Siegen, daß ſich die Unterthanen der *Privat-Collectirung* einiger Gelder zu enthalten, auſſer was zu Führung dieſes Proceſſes nöthig iſt; nicht weniger in Sachen Herrn Ernſt Friederich Herzogen zu Sachſen-Hildburghauſen wider die Bürgerſchaft daſelbſt am 29. Octobr. 1717. daß den lezteren ein anderer *Advocatus* bey etwa habender rechtlichen Nothdurft in oder auſſer Landes nicht verweigert, auch allenfalls *ex officio* verordnet werden ſolle. *Vid.* Herrn Cammergerichts-*Aſſeſſoris* von LUDOLF Symphor. 2. p. 147 237. *& Obſerv. for. Continuat.* Append. 1. p. 4.

(c) Es iſt bekannt, daß eine ſehr groſſe Anzahl bewährter JCtorum lehret, dari poſſeſſorium contra Principem, daß dieſer Meynung viele Dicaſteria und Juriſten-Facultæten auch, wie aus den pag. 51. ſq. angeführten Præjudiciis erhellet, die höchſte Reichsgerichte beypflichten, und nicht wenige Gründe zu deren Beſtärkung angeführet werden. Man räumet gerne ein, daß es den Vertheidigern des Gegenſatzes gleichfalls an Rationibus und Autoritatibus nicht fehlet, mittelſt welcher ſie zu behaupten ſuchen, es ſchütze die Poſſeſſio keinen Landſaſſen, wann er ſich regalia jura anmaſſet, dafern nicht derſelbe Titulum vel immemorialem præſcriptionem beybringet. Man verſiret alſo in einer ſtreitigen Rechtsfrage, die des

Richters

Richters Deciſion erfordert, mithin kann die Petitio desjenigen, welcher Manutenenz wider die Fürſtl. Aemter begehret, ohne vorgängige gerichtliche Diſcuſſion keinesweges, als offenbar ungegründet, verworfen werden. Wann in ſolchen Controverſien, die einige JCti für die Fürſtl. Aemter, andere aber wider ſelbige decidiren, es den Ständen und Unterthanen nicht einmal erlaubet iſt, auf dem Wege Rechtens ihr Heil zu verſuchen, ſo befinden ſich ſelbige in einer ſehr betrübten Situation. Denn es hat bisher an Scribenten nicht gefehlet, und wird ferner aus leicht zu errathenden Urſachen daran nicht fehlen, die das Jus domaniale dergeſtalt ausdehnen, daß den Unterthanen wenig übrig bleibet. Hornius ſchreibet *in Jurisprud. feud.* Cap. 8. §. 53. Quod Juſtinianus alicubi effatus eſt, naturam ſemper novas deproperare & edere formas, illud ſane de Patronis fiſci non immeritò ſæpe dici poteſt. Multi enim horum haud bene partibus ſuis defungi poſſe credunt, niſi calumniis eorum provinciæ divexentur, atque ipſi novos quotidie excogitent modos, quibus omnia, quæ ſubditorum ſunt, ad fiſcum trahant. Sæpius proinde fit, ut ad regalia ea referri videris, quæ tamen nec lex nec mores illuc referri patiuntur. Es dürfen ſich alſo die Herren Amts-Advocati mit Vertheidigung der Landesherrlichen Gerechtſame wenig Mühe geben, wann der Beyfall einiger Autorum die Befugniſſe der Fürſtl. Aemter dergeſtalt auſſer Zweifel ſetzet, daß die Unterthanen mit keiner Gegenvorſtellung dawider zu hören.

(d) Mevius Part. I. Dec. 42. beſtärket dieſes alſo: Audire quidem unumquemque acturum *ad Judicis officium* pertinet, nec poteſt ſalva juſtitia obturare contra quenquam aures, ad minime quemvis ad agendum ac litigandum promiſcue admittere, aut quamvis petitionem ſeu aptam ſeu ineptam ad judicialem diſcuſſionem pervenire ſinere debet. *Hoc judicis Officio*, quo amputare lites debet, contrarium eſt. Agere non poſſum, quamvis mea videatur intereſſe, ſed *cognoſcere debet Prætor*, an juſtam & probabilem actionis cauſam habeam, propter quam deſiderem, quæ cognitio inanis futura eſt, ſi non repellere licet deſtitutum actione.

§. XV.

Gründe, mittelſt welcher man die Fürſtl. Cammer und Aemſteria

Es bleibet alſo nur die Frage zu erörtern übrig: vor welches Landesfürſtliche Juſtitz-Collegium dergleichen Sachen gehören? Welche insonderheit im Stift Hildesheim erreget worden. Ich habe bereits oben §. 4. gemeldet, daß in beſagtem Stift zwey höhere Dicaſteria angeordnet ſind, als nemlich die Canzley und das Hofgericht, daß dieſe

dieſe concurrentem jurisdictionem in contentioſis haben, der Canzley aber man die Regierungsſachen allein vorbehalten hat. Damit nun die leztere dem Hofgericht die das Intereſſe der Fürſtl. Cammer und Aemter betreffende Sachen entziehen möge, ſo iſt erſtlich eingewandt, es habe der Fiſcalis ſeinen eigenen Richter. Könnten auch zweytens die Hofgerichts-Aſſeſſores das Forum Auſtregarum nicht repræſentiren, weil die austrägliche Gerichte mit Fürſtl. Räthen zu beſetzen, ſolche Qualitæt aber ihnen fehle. Man urgiret drittens in cauſis regalium, welche der landesfürſtl. Superioritæt ankleben, dürfte ſine ſpeciali Conceſſione principis niemand etwas verfügen, und reſervire ſolche der Canzley (a) die Stift-Hildesheimiſche Canzleyordnung. ter betreffende von der Jurisdiction des Hofgerichts eximiren will.

(a) Selbige diſponiret Art. 13. alſo: Unterdeſſen ſollen gleichwohl unſere Stadthalter, Canzler und Räthe die Sachen und Partheyen an die Canzley (ſo ohnedem mit Land- und anderen dorthin gehörigen Sachen gnugſam beſchäftiget iſt) nicht ziehen, vielweniger von unſeren *Officialen* und Hofgericht, oder andern geiſt- und weltlichen Gerichten *avociren*, es wären dann ſolche Sachen, als Land- und Obrigkeit, *Regalia* und *Politica*, auch Lehn und dergleichen betreffend, darinn ihrer Eigenſchaft und *Qualitæt* nach der *Official* und andere Unterrichter keine *abſolutam cognitionem* hätten, oder Wir, daß die Sache abgefordert, und von unſerer Regierung oder einigen dorthin ernennten *Commiſſariis* vorgenommen werden ſollte, *Special*-Befehl ertheilen würden.

§. XVI.

Nun erhellet erſtlich zwar aus demjenigen, was oben §. 10. angeführet iſt, wie freylich bey den Römern in neueren Zeiten die Cauſæ fiſcales ihren beſonderen Richter gehabt, und ſolche allein von dem Procuratore Cæſaris entſchieden worden. Was mögen aber wohl daher die Canzleyen und Regierungs-Collegia vor ein Argument wider die Hofgerichte nehmen? Jenen kommen die Jura des Procuratoris Cæſaris nicht mehr als dieſem zu. Mit gröſſerm Anſchein könnten die Cauſæ fiſcales gehören in Teutſchland gemeiniglich vor den ordentlichen Richter.

Fürſtliche Cammern ſich derſelben anmaſſen. Denn deren Verrichtungen ſind eben diejenige, welche zu Rom beſagten Procuratori Cæſaris oblagen, und ſchreibet Herr LEYSER *in Diſſert. de Odio Advocatorum Fiſci merito atque immerito* §. 4. mit gutem Grunde: Conditio itaque eorum (Procuratorum Cæſaris) proxime accedere videtur ad dignitatem illorum, qui in noſtrorum Principum aulis fiſco ſeu Cameræ præfecti ſunt atque vulgo Cammer-Präſidenten und Räthe vocantur. Jedoch kömmt auch ſelbigen das Römiſche Recht hierin nicht zu ſtatten, weil es etwas abgeſchmacktes iſt, die Gränzen der teutſchen Gerichtshöfe daraus erlernen zu wollen (a). Die römiſche Dicaſteria waren ganz anders eingerichtet, als ſie bey uns in Teutſchland ſind. Der groſſe Unterſcheid, welcher ſich hierin äuſſert, läſſet demnach nicht zu, daß man von dem Procuratore Cæſaris auf die Fürſtl. Cammer, oder von dem Procuratore, Proconſule und Præſide Romano auf die heutige höhere Tribunalia bündig ſchlieſſe (b). Das Römiſche Recht iſt in Teutſchland nur ſo ferne ſelbiges dem Teutſchen, und unſerer Verfaſſung nicht zuwider läufet, angenommen (c). Es fehlet aber ſo viel, daß unſere Geſetze und Gewohnheiten die Unterthanen verbinden, einige Gerichtbarkeit der Rentcammern in den das Fürſtliche Intereſſe betreffenden Sachen zu erkennen, daß ſie vielmehr vermöge der Reichs-Conſtitutionen überall nicht ſchuldig, bey den Landesherrn und deſſen nachgeſezten Collegiis Recht zu nehmen (§. 12.) Dieſelbe haben ſich zwar durch Verträge oder das Herkommen verbindlich gemachet, den Fürſtl. Juſtiz-Collegiis oftgedachte das Landesherrliche Intereſſe betreffende Sachen zu Richterlicher Deciſion zu übergeben. An wenigen Orten aber laſſen ſie die Rentcammern in dergleichen Urtheilen, als welchen regulariter in Teutſchland weder voluntaria noch contentioſa jurisdictio zuſtehet (d).

(a) KNICHEN *de Jure territorii in Præf.* MEVIUS Part. IV. Dec. 290. THOMASIUS *de Jurisdictionis & Magiſtratuum differentia ſecundum Mores Germanorum* th. 4. Herr von LUDOLFF Obſ. 108. Herr

BOEH-

Boehmer *de Majeſtate Imperii Magiſtratuum majorum* Cap. 2. §. 1. lit. b. c.

(b) Der gelehrte Herr Gebauer ſchreibet davon *in Comment. de Juriſdictione* Cap. 2. §. 2. ſehr wohl alſo: Sane ſi quis hoc ſuſcipiat negotii, ut in aulis Principum prætorio Præfectos, Conſules, Prætores, Aediles, Quæſtores, Tribunos, in Provinciis Proconſules, Præſides, Legatos, Præfectos auguſtales, Procuratores Caesaris, in urbibus Duumviros, Quatuorviros, Seviros, Defenſores, Juridicos, Decaprotos, Icoſaprotos, digito monſtret, & dicat, hi ſunt, ne ille habet æthiopem, quem æternum lavet. Ne quidem majorum minorumve magiſtratuum diviſioni hic ullus locus: Sive enim à majoribus minoribusve auſpiciis eam ortam dicas, expulit has nequitias melior de rebus ſacris perſuaſio: Sive à centuriatis tributisve comitiis, ignorat centuriarum tribuumque rationem noſtra reſpublica. Sive à tribunalibus & ſubſelliis derives, illa etiam inſignia ad noſtram gentem non pervenerunt. Quod ſi quis obvertat, eſſe tamen nobis magiſtratus, ſi dignitatem auctoritatemque ſpectes, alios majores, minores alios, illud uti largior, ita nobis non magis cum Quiritibus quam cum antipodibus commune eſſe exiſtimo; Jam ſi de illius dignitatis auctoritatisque modo & inde profluente magiſtratuum differentia ſuboritur quæſtio, quæ eo faciunt, miſſis ut Incarum ita Quiritium placitis, ex domeſtico jure patriisque Moribus ſund addiſcenda.

(c) Stryck U. M. ff. Tit. *de Juriſdictone* §. 1.

(d) Lyncker Reſ. 322. Es hat deswegen der Hochpreißliche Kaiſerliche Reichshofrath am 19. October 1724. in Sachen Mecklenburgiſcher Ritter- und Landſchaft contra den Herrn Herzog zu Mecklenburg in puncto derer Landes-Gravaminum alſo erkandt: Werden *Autoritate Cæſarea* die fünf Mecklenburgiſche *Collegia* dahin bedeutet, daß die Fürſtliche Rentcammer in Zukunft weder einiger Rechtsſachen noch auch einiger *Juriſdiction* über die von der Ritter- und Landſchaft ſich weiter anmaſſen, ſondern die von ermeldter Rentcammer zeithero wider ſelbige unternommene Befehle gänzlich aufgehoben ſeyn, dagegen wann ſie die Rentcammer oder ſonſt jemand wider die von der Ritter- und Landſchaft zu klagen haben, ſolches allein bey denen zu *Adminiſtration* der Juſtiz im Lande verordneten Fürſtlichen *Judiciis*, als denen bey der Juſtizcanzley, oder aber dem Land- und Hofgericht geziemend anbringen, und daſelbſt der Sachen rechtlicher Erörterung gewärtigen, hiernächſt die Fürſtliche Beamte und Bediente, wann ſie ihrer anbefohlenen Amtsverrich-

tungen halber oder ſonſten vor gedachtem Land- und Hofgericht *in prima inſtantia* belanget würden, ſich daſelbſt einzulaſſen und zu antworten ſchuldig ſeyn ſollen. Auch iſt von dieſem höchſten Reichsgerichte am 10 April 1725. in Cauſa Probſten und Capituli zu Cappenberg folgendes Concluſum abgefaſſet: *Cum incluſione Exhibiti reſcribatur* dem Könige in Preuſſen, als Grafen zur Mark, die geklagte Beſchwerung abzuſtellen, und wie es geſchehen *in termino duorum menſium* an Ihro Kaiſerliche Majeſtät zu berichten; Wie aber im übrigen Ihro Kaiſerl. Majeſtät ſich zu demſelben verſehe ten, er werde bey ſeinen neu aufgerichteten ſogenannten Krieges- und *Domainen*-Cammern ſolche Maß und Ordnung zu halten von ſelbſt billig und nothwendig befinden, womit die Reichsgeſetze, der Länder beſondere Verfaſſung, und eines jedweden Recht und Gerechtigkeit ohnverletzet bleiben, und dahero ſonderlich zu erinnern, wie bereits andermal geſchehen, nicht umgehen können, daß gedachten Cammern zu ſchädlicher Zerrüttung des Juſtizweſens und unſtatthafter Vermehrung der alt-herkommlichen Gerichts-*Inſtantien* ſich eines Richteramts anzumaſſen nicht gebühre; Als wollten Allerhöchſtdieſelbe an Ihn ferner nach voriger Ermahnung das gute Vertrauen geſetzet haben, er hierunter die gebührende Abſtellung zu thun ſich angelegen ſeyn laſſen werde, immaſſen Ihro Kaiſerl. Majeſtät dasjenige, was gemeldte Cammern in Juſtizſachen, wie die iſt, zu verordnen, zu *decretiren* und zu vollführen fernern unternehmen ſollten, für *Sentenzen* oder andere *Actus judicis* keineswegs, vielmehr jederzeit für ohnrechtskräftige und an ſich ohnzuläſſige und ohngültige Handlungen anſehen müſten. *Vid.* Merkwürdige Reichshofraths-*Concluſa* Tom. 1. Concl. 14. Tom. 2. Concl. 215.

§. XVII.

Die Regierungen conſtituiren kein eigentliches Forum auſtregarum, ſondern ſelbige ſowohl als die Hofgerichte urtheilen anſtatt der Austräge.

Eben wenig kann man Zweytens der Fürſtlichen Cammer und Aemter Streithändel des Hofgerichts Jurisdiction deswegen entziehen, weil deſſen Aſſeſſores keine Fürſtliche Räthe ſind, und nur mit dieſen das Forum auſtregarum zu beſetzen. Denn auch die Regierung oder Canzley iſt kein eigentliches Forum auſtregarum. Wer in den leztern handeln will, kann der Fürſtlichen Räthe Erkänntniß gar vermeiden, und vermöge der Cammergerichtsordnung Part. 2. Tit. 4. num. 7. 9. 10. andere Richter begehren. Wann er ſich auch den Spruch der

Räthe

Räthe gefallen läſſet, ſind dennoch nicht ohne Unterſcheid alle diejenige, ſo in der Regierung ſitzen, ſeine Richter, ſondern es müſſen dazu entweder 9 Räthe, worunter 5 von Adel, benennet werden, oder der Kläger mag aus ſolchen 9 Perſonen 7 oder 5 erwählen, oder auch Beklagter aus 9 von dem Kläger in Vorſchlag gebrachten Subjectis 2 nehmen, und hinwiederum dieſen 9 ſeiner Räthe anzeigen, woraus er 3 zu erwählen, oder es werden von dem Kläger zwey unpartheyiſche Subjecta und von dem Beklagten 2 ſeiner Räthe oder andere Geſchickte verordnet und niedergeſetzet. Wo läſſet man aber doch denen bey den Canzleyen wider die Fürſtliche Aemter Klage erhebenden Unterthanen ſolche Wahl? Dieſe und andere Landes-Dicaſteria, ſo Sachen entſcheiden, welche ſonſt vor die Austräge gebracht werden können, conſtituiren demnach kein wahres Forum auſtregarum, ſondern ſie urtheilen an deſſen ſtatt, weil die Fürſten und deren Unterthanen ſich expreſſe oder tacite vereinbaret haben, die zwiſchen ihnen entſtehende Streithändel nicht von den Austrägen, ſondern von den ordentlichen höheren Gerichten des Landes entſcheiden zu laſſen. Man mag daher von denjenigen, ſo in dem letztern Sitz haben, die qualitates nicht fordern, welche bey einem austräglichen Richter fürhanden ſeyn müſſen, wenn deren Mangel ſonſt die gebührende Handhabung der Juſtiz nicht hindert. Warum ſollte doch wohl der Landesherr als etwas eſſentielles anſehen, daß die Membra des Judicii, worin man das Fürſtliche Intereſſe betreffende Sachen rechtlich erörtert, den Titul Fürſtliche Räthe führen? Man wird vielleicht antworten, es wären dieſe der Landesherrſchaft mit Pflichten genauer verwandt als andere. Allein das Suppoſitum iſt nicht nur an manchem Ort fehlſam, ſondern auch die Objection an ſich unerheblich, weilen ja die Räthe, welche in Judicio auſtregali ſitzen, aller Gelübde und Eide vermöge der Cammergerichtsordnung d. l. num. 1. ledig ſeyn, wie bereits oben pag. 43. 44. angemerket worden. Die Ordnung erfordert auch nicht allemal nothwendig Räthe, ſondern d. l. num. 11. Räthe oder andere Geſchickte, und da, wie ſchon erwähnet, nach den Reichsgeſetzen

die Unterthanen gar verhindern können, daß ein Fürſtlicher Rath als austräglicher Richter ihre Sachen beurtheile, ſo iſt keinesweges zu glauben, daß deren Gegenwart nothwendig zu ſeyn erachtet worden, indem man die in foro auſtregarum zu erörternde Rechtshändel der höheren Landes-Dicaſteriorum, mithin ſowohl des Hofgerichts als der Canzley Deciſion übergeben hat, wie dann auch beſage p. 8. 40. 41. nicht weniger die Hofgerichts-Aſſeſſores als Hof- und Regierungsräthe in den mehreſten Ländern ſolche Zwiſtigkeiten erörtern. Was iſt doch wohl für ein Unterſchied zwiſchen einem Juſtitzrath und Hofgerichts-Aſſeſſore auſſer dem nichts bedeutenden Rang und Titul? Beyde haben ſich verbindlich gemachet, die Juſtitz zu adminiſtriren, und nur darin beſtehen die Conſilia, welche beyde vermöge ihres Amts geben. Indem die Reichsgeſetze wollen, daß die Austräge aus den Räthen zu nehmen, ſchlieſſen ſie ſolche Aſſeſſores, wie die unſerige ſind, nicht aus, ſondern thun vermuthlich nur jener ausdrückliche Meldung, weil die Fürſtl. höhere Dicaſteria gemeiniglich mit Räthen beſetzet werden, als welchen Titul auch die Beyſitzer der Hofgerichte an ſehr vielen Orten führen.

§. XVIII.

Die den Fiſcum betreffende Sachen gehören nicht mehr vor die Regierungen als Hofgerichte.

Noch ein ſchwächerer Grund der Regierungs-Collegiorum iſt es Drittens, daß das jus fiſci ad regalia gehöre, und der landesfürſtlichen Superiotität anklebe. Denn wenn hieraus folgete, daß kein ordentlicher Richter darüber erkennen könne, ob der Fiſcus zu weit gehe, und unter dem Vorwand des landesfürſtl. Intereſſe der Stände und Unterthanen Gerechtſame kränke? So ſtünde ſolches nicht mehr der Canzley oder Regierung als dem Hofgericht zu, und käme auf des Landesherrn Willkühr an: Ob von einigen, und welchem Richter er die rechtliche Deciſion in dergleichen Sachen erfordern wolle? Allein dieſe Befugniß ſich ſelber Recht zu ſprechen, competiret entweder gar keiner Landesobrigkeit, wann gleich deren Gewalt nicht durch Geſetze und Pacta limitiret wäre (§. 10.), oder es haben wenigſtens die teutſche Fürſten erkandt, daß

ihre

ihre Superiorität ſolche nicht unter ſich begreife, da ſie geſchehen laſſen, daß in denen zwiſchen ihnen und den Unterthanen entſtandenen Zwiſtigkeiten mittelſt der Reichsgeſetze gewiſſe Richter ernennet, oder durch die Landtagsabſchiede und das Herkommen deren Deciſion in erſter Inſtanz den ordentlichen Landes-Dicaſteriis aufgegeben worden. Geſetzet auch, die Landesherrſchaft könne nach Wohlgefallen einen Richter erwählen, und laſſe ſich daraus, daß ſelbige zwey concurrentem juriſdictionem habende höhere Juſtiz-Collegia angeordnet hat, nicht ſchlieſſen, daß den Unterthanen Electio fori eingeräumet, und verſtattet worden, wider die Fürſtliche Cammer und Aemter bey einem oder dem anderen Gericht Hülfe zu ſuchen, wie ſtehet doch aus dieſem Suppoſito zu folgern, daß dergleichen das landesfürſtliche Intereſſe betreffende Sachen wegen ihrer Art und Eigenſchaft der Canzley, oder dem Regierungs-Collegio vorbehalten ſind? Das Hofgericht übet nicht weniger als ſelbiges nomine Principis das hohe regale juriſdictionis, und iſt in den mehreſten Ländern älter, denn die mit ordentlicher Gerichtbarkeit verſehene Landesregierungen (§. 3. lit. e.), ihm auch an vielen Orten die Juriſdiction in den die Fürſtl. Domainen betreffenden Sachen ausdrücklich mitgetheilet (§. 1. lit. b. §. 12. lit. g. i.)

§. XIX.

Churfürſt Maximilian Henrich hat dem Stift Hildesheimiſchen Hofgerichte Juriſdictionem in den zum Streit gediehenen Cammer- und fiſcaliſchen Sachen beygeleget.

Auch im Stift Hildesheim iſt dieſes geſchehen, und von Churfürſt Maximilian Henrich p. m. dem Hofgericht Anno 1652. concurrens juriſdictio mit der Canzley in contentioſis indefinite beygeleget. Wer die Cammer- und fiſcaliſche zum Streit gediehene Sachen hievon ausnehmen will, der muß behaupten, daß ſie nicht durch richterlichen Spruch, ſondern nach des Landesherrn bloſſen Willkühr abzuthun. Das Gegentheil erhellet aber aus demjenigen, was §. 12. 13. 14. geſaget worden. Es hat auch Churfürſt Maximiliau Henrich den Landtagsabſchied de 1652. alſo erkläret, daß die darinn gemeldete Contentioſa der Fürſtlichen Cammer und Aemter Streitſachen unter ſich begreifen, indem er verordnet, welchergeſtalt vom Hofgericht ſolche Sa-

chen

chen zu erörtern ? (a). Ein gleiches iſt von dem jetzigen gnädigſten Landesherrn Churfürſt Clement Auguſt geſchehen, und in der publicirten Hofgerichtsordnung (b) ſind nur geiſtliche, die Regierungs- und Lehn- (c), auch Meyerdings- Freydings- Pröbſtdings- Höltings und Heger- Gerichtsſachen, ſodann die Criminalia, Contributions-Schatzungs- und der Fürſtl. Aemter Brüchten Sachen von des Hofgerichts Jurisdiction ausgenommen.

(a) Als des Hildesheimiſchen Hofgerichts Jurisdiction in den die Fürſtl. Aemter betreffenden Sachen einige in Zweifel zogen, und etwan inſinuirten, daß deſſelben Ausübung dem Landesfürſtl. Cameral-Intereſſe zum Nachtheil gereichen könnte, wollte Churfürſt Maximilian Henrich p. m. mittelſt eines Temperamenti dieſe Schwierigkeit heben, und ertheilte ſeinen Landſtänden Anno 1657. folgende Reſolution: Zu wiſſen ſey hiemit, daß, obwohl bey gegenwärtigem Landtage die begriffene, und den löblichen Landſtänden zugeſtellte Hofgerichtsordnung ihrer Weitläuftigkeit und Kürze der Zeit halber zur *Publication* nicht gelangen können, und aber gleichwohl Ihro Churfürſtl. Durchl. den eingewandten Klagen, daß den Unterthanen wider die Beamten, wann ſie von denſelben beleidiget, nicht jedesmal die rechtliche Hülfe widerfahren, abgeholfen haben wollen, ſo erklären Sie ſich hiemit, daß dann der berührter Hofgerichts-Ordnung dieſerhalb einverleibter *Paſſus* nichts deſtoweniger unterdeſſen gehalten werden ſolle, welcher lautet wie folget: Wann ſonſten wider unſere Beamten geklaget wird, daß ſie den Kläger mit einiger *Oppreſſion* wider Recht und die Ordnung beſchweren, ſoll darinn unſer Hofgericht anderſt nicht, als mit Zuziehung zween oder drey von Unſern Räthen (welche hiemit zu ſolchen Sachen ihrer Pflichten losgeſprochen werden) nicht verfahren, und alsdann jedesmal Unſere an die Beamte um Bericht geſchrieben, und wann in beſtimmter Zeit kein Bericht einkäme, oder derſelbe für nicht genugſam gehalten, ſollen die *Proceſs* erkannt werden, doch den *Citirten* nicht deſtoweniger ihre gebührende *Exception* gerichtlich vorzuwenden unbenommen, und ſoll demnächſt in ſelbigen Sachen *ſummariè procediret* werden; Dero Stadthaltern, Canzlern und Räthen, auch Hofrichtern und Hofgerichts-*Aſſeſſoren* befehlend daran zu ſeyn, daß demſelben in allen Punkten nachgelebet, und darüber ſteif gehalten, in allen übrigen aber die Hofgerichts-Proceſſe ordentlicher Gebühr dem bisherigen *Stylo* nach geführet werden.

Uhrkund

Urkund Ihrer Churfürſtl. Durchl. Handzeichens und aufgedruckten *Secreti* *Signaturs* Hildesheim den $\frac{27}{17}$ *Aprilis* 1657.

Maximilian Henrich Churfürſt zu Cölln.

Jo. Slam.

Womit ſich dann auch ſelbige aus Liebe zum Frieden begnüget, und wurde daher dem Landtagsabſchied de 1657. folgender Paſſus einverleibet: Obwohl Ihro Churfürſtl. Durchl. den löblichen Landſtänden die begriffene Hofgerichts-ordnung durchzuſehen, zugeſtellet, weilen gleichwohl dieſelbe faſt weitläuftig, und aber höchſtgedachte Ihro Churfürſtl. Durchl. aus gewiſſen hochandringenden Urſachen, Ihre Abreiſe zu beſchleunigen, benöthiget, daß alſo berührte Hofgerichtsordnung der Nothdurft nach nicht zu erwegen, noch die löbl. Landſtände Ihro Churfürſtl. Durchl. mit Ihren unterthänigſten Gutachten, was etwan zu mehrerer Beförderung der Juſtiz dienſam und erſprießlich ſeyn mögte, an die Hand zu geben vermögten, ſo iſt dieſer Punkt, und was demſelben anhängig, zu fernerer *Deliberation* ausgeſtellet verblieben, und vermeynen die löbl. Landſtände ſich dieſerhalb zu gelegener Zeit zuſammen zu thun, und was Ihnen dießfalls zu Gemüth gangen, Ihro Churfürſtl. Durchl. ſchriftlich gehorſamſt zuzufertigen. Unterdeſſen aber hat es wegen deren von den Unterthanen gegen die Beamten (im Fall Sie von denſelben widerrechtlich graviret werden ſollten) beſchehener Verordnung ſein Bewenden. Das Relatum dieſes Landtagsabſchiedes, und die Verordnung, worauf er ſich beziehet, iſt die eben angeführte Churfürſtl. Declaration. Es leidet auch keinen Zweifel, daß hier von ſolchen Oppreſſionen die Rede, welche unter dem Vorwand des Landesfürſtl. Intereſſe geſchehen. Denn daß wider einen Beamten, wenn er als Richter jemanden beſchweret, auch ohne Zuziehung einiger Fürſtl. Räthe das Hofgericht verfahren könne, hat nimmer jemand in Abrede geſtellet, und müſte widrigenfalls dieſes Dicaſterii Jurisdiction nur auf die immediate oder Schriftſäſſige Stände, und deren Gerichtsunterthanen eingeſchränket ſeyn. Die unwiderlegliche Richtigkeit dieſer Deutung erhellet aus einem Reſcripto, welches Churfürſt Maximilian Henrich p. m. am 4. Sept. 1666. an die Stift-Hildesheimiſche Regierung abgelaſſen, und darinn befohlen hat, daß, wenn in der Fürſtl. Aemter und Beamten *jura concernirenden* Sachen Streit vorfallen würde, alsdann jedesmalen, wann dergleichen Streitigkeiten angefangen und vorkommen, ein ſicherer Tag zu deren Abhörung benennet, und allemal 2. oder 3. aus den Fürſtl. Räthen, und ſo oft die Cammer intereſſiret, auch aus Mittel derſelben einige

deputiret, und mit deren Gutbefinden in ſolchen Sachen verfahren, und die Streitigkeiten erörtert werden ſollen. Woraus unwiderſprechlich erhellet, daß der Landesfürſt die Jurisdiction in ſeiner Cammer- und Aemterſachen der Regierung keinesweges vorbehalten wollen, weil indem des Hofgerichts-Jurisdiction in dergleichen Rechtshändeln ſolchergeſtalt limitiret worden, nothwendig fürausgeſetzet iſt, daß es damit verſehen ſey. Man wendet hierwider ein, daß vermöge dieſes Reſcripti nicht in judicio aut forma Proceſſus, ſondern ſummarié absque ſtrepitu judicii die die Fürſtl. Aemter betreffende Streitigkeiten erörtert werden ſollen. Allein iſt denn eine ſummariſche Cognition keine gerichtliche Cognition? Und der Proceſſus ſummarius kein Proceſſus? Wollte Gott, daß alle Rechtshändel ſummariter abgethan würden, wie es vor Alters in Teutſchland geſchehen. Vid. STRYK *de judicio Principis juxta ſolam facti veritatem* § 10. 11. 37. 39. Hr. KRESS *Diſſert. de Rationibus decidendi in variis juribus & Reſponſis* Cap. I. §. 6. ſeq. Niemand würde deswegen in Zweifel ziehen, daß diejenige, welche die entſtandene Zwiſtigkeiten dergeſtalt ſchlichten, das richterliche Amt vertreten. Da auch, wie oben §. 12. 13. 14. dargethan iſt, der Fürſtl. Aemter Rechtsſachen vermöge der Reichsgeſetze und des allgemeinen Herkommens im Gericht zu erörtern, ſo kann man von dem gerechteſten Churfürſten Maximilian Henrich p. m. keinesweges vermuthen, daß er ſie der richterlichen Cognition entziehen wollen. Die Hochlöbl. Chur-Bayerſche Juriſten Facultät zu Ingolſtadt hat deswegen die ihr vorgelegte Frage: Ob der Stift Hildesheimiſchen Aemter Anwald in denen das landesherrliche Intereſſe betreffenden Rechtshändeln ſich weigern könne für dem Hofgericht (wann ſolches mit Zuziehung einiger Fürſtl. Räthe in Sachen erkennen will) Recht zu nehmen? am 14. Oct. 1733. folgendergeſtalt beantwortet: Bey dieſer *Quæſtion* nehmen wür keinen Anſtandt, einhellig dahin zu *concludiren*, daß der Stüfft Hildesheimiſchen Aemteren Anwald von dem Chur Fürſtl. Hof-Gericht in dieſer und anderen das Lands-herrliche *Intereſſe* betreffenden Rechts-Sachen Recht zu nehmen ſchuldig ſeye. Wie nit nur allein *Primo* die allhiege *juridiſche Facultet* beraiths in *Anno* 1655. ſich *conſultando* umſtändig hat vernehmen laſſen, worauf Wür Uns zu beziehen, alle rechtliche Urſach haben; „Ja die 2do von Chur-Fürſtl. Durchl. *Maximilian Henrich* lauth *Act. lit.* „*BB. & CC.* underm *dato* 4. *Dec.* 1666. *in expreſſis terminis* derley Strittigkeiten zu dem Hof-Gericht mit Zuziehung Cammer und anderer Räthen gnädigſt verwieſen: Weilen es ſeine Richtigkeit, und *Obſervantiam* haben ſoll und wird. Das Judicatum, worauf ſich die Herren JCti Ingolſtadienſes allhier beziehen, iſt oben pag. 44. 45. angeführet, und mittelſt deſſen das Hofgericht in den die Fürſtl. Aemter betreffenden Sachen pro foro competente erkannt.

Noch

Noch ein Einwurf muß aus dem Wege geräumet werden, deſſen Schwäche jedoch eben ſo handgreiflich, als derjenigen, ſo bisher widerleget ſind. Man will nemlich behaupten, es beſtärke die Obſervanz der Hildesheimiſchen Canzley alleinige Juriſdiction in den die Fürſtl. Aemter betreffenden Sachen, weil ſie in ſelbigen allezeit privative erkannt habe, hingegen aber zu Zeiten Biſchof Jobſt Edmunds verſchiedene dem Hofgericht nachtheilige Verordnungen ergangen wären. Nun kann man verſchiedene Sachen nahmhaft machen, worinn das Hofgericht ſelbſt, oder auf deſſen Requiſition auswärtige Juriſten-Facultäten die Jura der Fürſtl. Aemter beurtheilet haben, wie dann die eben erwähnte Ingolſtädtiſche Sentenz, deren pag. 44. Meldung geſchehen, ſolches unter andern erweiſet. Immittelſt iſt ohnſchwer zu errathen, warum dergleichen Sachen ſelten an das Hofgericht gebracht worden. Sobald eine Parthey bey ſelbigem Klage erhobe, entſtunde eine colliſio dicaſteriorum. Was das Hofgericht befahl, das inhibirte die Canzley. Die Beamte waren aus verſchiedenen Urſachen williger dem letzteren, als dem erſteren Gericht zu gehorſamen. Alſo ſahen ſich die Partheyen anſtatt eines, in zwey Proceſſe verwickelt, und konnten der erregten Quæſtionis fori halber, in der Hauptſache keine rechtliche Hülfe erlangen. Welcher vernünftige Menſch ſollte wohl bey dieſen Umſtänden nicht aus zwey Uebeln das geringſte erwählet, und lieber bey der Canzley geklaget haben, obwohl deren Membra vor Zeiten insgeſamt zugleich Richter und Advocati der Aemter waren, und in ſelbiger der Cammer-Conſulent noch anjetzt Sitz und Stimme hat, als ſich an das Hofgericht wenden, dem die Kräfte fehleten, ſeine Judicata vollſtrecken zu laſſen?

Was die Landesfürſtl. Verordnungen anlanget, welche wider das Hofgericht ergangen ſeyn ſollen, ſo mögte ſich bey deren Einſicht wohl finden, daß die wenigſte, oder wohl gar keine, von gegenwärtiger Frage, ſondern ſolche vielmehr von Lehn- und der Fürſtl. Aemter Brüchten-Sachen handeln, die man der Canzley privative überlaſſen. Cammerſachen, ſo keine gerichtliche Diſcuſſion erfordern, gehören auch ſo wenig vor die Canzley, als das Hofgericht. Hätten aber auch Herren Canzler und Räthe einen Landesfürſten beweget, Ihnen per Reſcripta mehrere Gewalt beyzulegen, als denenſelben vermöge der Landtagsabſchiede zuſtehet, was würde wohl daher vor ein Argument wider das Hofgericht und die Stände zu nehmen ſeyn, wenn man nicht den aller natürlichen Billigkeit, dem teutſchen Herkommen und Reichs-Geſetzen zuwiderlaufenden Satz zu behaupten ſuchen will, daß die Gewalt der Landesobrigkeit ganz ohnumſchränket, und ſelbige nach Willkühr und Wohlgefallen die Pacta publica ändern könne. Wie mag man gravamina mit gravaminibus rechtfertigen, und aus den dem Hofgericht ehemals geſchehenen Eingriffen eine Obſervanz erzwingen? Dieſe entkräften

der Stände auf Landtagen vorgebrachte Beſchwerden: wie der Herr Reichshofrath von WERNHER *Diſſert. de Præſcriptione immemoriali §. 27.* wohl angemerket. Daß nun die Stände zu Zeiten Biſchof Jobſt Edmunds p. m. ſich über die Schmählerung der Jurisdiction des Hofgerichts beſchweret haben, iſt bereits oben pag. 16. 17. erwieſen. Unter der Regierung Churfürſt Joſephi Clementis p. m. geſchahe es nicht weniger, und wurde in denen Anno 1715. übergebenen Gravaminibus politicis Art. 3. angeſuchet: Die von Fürſtl. Regierung dem Fürſtl. Hofgerichte vor und nach beſchehene Eingriffe, *in ſpecie* in Sachen der Wittwen von Stopler zu Binder, wider das Fürſtl. Amt Wintzenburg, abzuſtellen, und beyden *Judiciis* ſich aller denen *litigirenden* Partheyen ſogar ſchädlicher *Colliſionum Jurisdictionis* gänzlich zu enthalten, Landesfürſtlich aufzugeben. Dieſe Beſchwerde wiederholte man auch Anno 1722. laut Landtagsabſchiedes beſagten Jahrs Art. 17. imgleichen A. 1725. und faſt bey allen folgenden Landtagen, wodurch denn Ihro jetzt regierende Churfürſtl. Durchl. bewogen worden, ſolche endlich gerechteſt abzuſtellen.

(b) Die Worte lauten Tit. IX. §. 2. 3. 4. 5. alſo: Wann aber wider unſere Beamte geklaget würde, daß ſie denen Clöſtern, von Adel, Städten, Gemeinden, und anderen *Privatis* unter dem Vorwand eines Landesfürſtl. *Intereſſe* mit einiger *Oppreſſion* wider die Rechte, Obſervanz und Ordnung beſchwerlich fielen, und ihnen Eintrag zu thun ſich unterfiengen, ſo ſoll unſer Hofgericht darinn anderſt nicht, als mit Zuziehung eines, oder, da es nöthig, mehrerer von unſeren Hof- und Cammer-Räthen (welche zu ſolcher Sachen rechtlicher Erörterung ihrer Pflichten hiemit losgeſprochen werden) verfahren, ſondern die Sachen genau unterſuchen, und da einiges in Rechten begründetes *Intereſſe Principis* vorhanden zu ſeyn befindlich, ſolches geſamter Hand getreulich beobachten, und in ſolchen Fällen jedesmal vorhero der Beamten Bericht darüber erfordern, und wann ſolcher in anberahmter Zeit nicht einkäme, oder aber nicht zulänglich gehalten würde, ſollen die gebetene Proceſſe erkannt, und die *Citirten* die gebührende *Exceptiones* gerichtlich darwider einzubringen zugelaſſen, auch demnächſt *ſummariè* darunter *procediret* werden. Was dann alſo mit Zuziehung eines oder mehrerer beſagter unſerer Räthen in dergleichen Sachen *decidiret*, und anbefohlen wird, deme ſollen unſere Beamte, und ſonſt jedermänniglich, welche es *concerniret*, ohne einige Einrede und Aufenthalt gehorſamlich nachkommen, als lieb ihnen iſt, die denen *Mandatis* einverleibte Strafe zu vermeiden, welche dann der *Fiſcalis* auf Maaß und weiſe, wie vorhin gedacht, beytreiben ſoll. Wir wollen auch und ordnen, daß unſer Hofrichter und *Aſſeſſores* keiner geiſtlichen Sachen, als welche vor den geiſtlichen Richter denen *Canoniſchen*

Rechten,

Rechten und Obſervanz nach gehören, imgleichen keiner Regierungs-Lehen- und *Criminal*-dann ferner *Contribution*-und Schatzungs-auch Unſerer Fürſtl. Aemter Brüchten-Sachen ſich anmaſſen, ſondern ſolche *reſpective* zu Unſerer heimgelaſſenen Stadthalter, Canzler, *Vice*-Canzler, und Räthen, oder Unſerer Lehen-Cammer *Diſpoſition* und *Direction* allein laſſen. Eben alſo ſollen Unſere Hofrichter und *Aſſeſſores in cauſis bona litonica* Meyerdings-Freydings-Probſtdings-Höltings-Heger-Gerichts, und andere dergleichen Güther betreffenden Sachen ihrer beſonderen Beſchaffenheit halber, ſo wenig *in poſſeſſorio* als *petitorio* zu *cognoſciren* befugt, ſondern vielmehr gehalten ſeyn, ſobald ihnen davon glaubhaft kund gethan wird, ſolche von ſich ab, und zu denen Frey-Unter-oder Hohen-Meyerdings-Höltings-Probſtdings-und Heger-Gerichte, als wohin ſolche ihrer Art und Eigenſchaft nach gehören, zu verweiſen, und keine Proceſs oder *Mandata* darinn zu erkennen; Da Wir ihnen ſonſt in anderen dahin gehörigen Sachen mit Unſerer Fürſtlichen Canzley *concurrentem jurisdictionem*, und alſo *locum præventioni*, welche ſowohl *per mandatum*, als *Citationem*, *facta tamen inſinuatione*, Platz finden ſoll, gnädigſt verſtatten. Herr PUFFENDORF *Introduct. in Proc. civ.* Part. I. Cap. 2. §. 5. ſchreibet: Curiæ provincialis Hildeſienſis poteſtas dijudicandi in cauſis, quæ præfecturas Principis concernunt, reſtrictior eſt, ita ut non niſi adhibitis certis Conſiliariis Cancellariæ & Cameræ has cauſas cognoſcere & decidere poſſit. Er ſiehet dieſes mit Fug als eine auſſerordentliche Einſchränkung der Hofgerichts-Jurisdiction an, und gleichwohl vermeynen diejenige, denen deſſen concurrens juriadictio mit der Canzley ſo ſehr mißfällt, es ſey ihm ein auſſerordentliches Vorrecht ohne Nothwendigkeit mitgetheilet.

(c) Die Lehnſachen gehören ihrer Art und Eigenſchaft nach weder vor die Regierung noch vor das Hofgericht, ſondern ſind von den paribus Curiæ zu entſcheiden. Ein ſolches Lehngericht findet ſich noch heutiges Tages in den Erz- und Stiftern Mainz, Cölln, Bamberg, Würzburg und Paderborn, auch in den Chur- und Fürſtenthümern Pfalz am Rhein, Anſpach, Würtenberg, Mecklenburg, Heſſen, Jülich und Berg, und vielleicht noch in vielen anderen Ländern. Vid. LUDOVICI Einleitung zum Lehns *Proceſs* Cap. 65. 76. 78. 80. 82. 83. 84. 85. 87. 88. LUNIG *in Corp. Jur. feud. Germ.* Tom. I. pag. 1283. 1537. 1538. 1674. Hingegen iſt ſolches in Abgang kommen in Bayern, den Magdeburgiſchen, Halberſtädtiſchen, Clevischen, Sächſiſchen, Anhaltiſchen, Pommerſchen und mehr anderen Ländern. Vid. LUDOVICI d. l. §. 62. 63. 68. 70. 71. 72. 79. LUNIG d. l. Tom. 2. pag. 521. 1353. An verſchiedenen Orten gehören die Lehnſachen

Vor welches Gericht die Lehnſachen gehören?

vor die Gerichte, und werden alſo auch in den Hofgerichten beurtheilet, wie in ganz Sachſen und Pommern geſchiehet. Vid. LUDOVICI d. l. §. 62. 63. 68. An anderen Orten ſind ſie hingegen denen Regierungen oder Canzleyen vorbehalten, als zu Cleve, und in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen. Vid. LUDOVICI d. l. §. 79. Herr PUFFENDORF d. l. Part. I. Cap. 3. §. 23. Cap. II. §. 13. Weil der Hildesheimiſche Landtags-Abſchied de 1652. ſelbige von des Hofgerichts Jurisdiction nicht ausnimmt, ſo hat dieſes vorzeiten aus rechtlichen Urſachen darin erkennen wollen, und lieſſe es ſich am 11. May 1670. in einer Beſchwerungsſchrift über die Eingriffe Fürſtl. Canzley folgendergeſtalt vernehmen: *In Sachen Heinen contra König hat das Hofgericht gerne helfen, und dasjenige, was ſchon vor 30. Jahren, und folgend vielfältig erkandt, vollſtrecken wollen, wann nicht die Fürſtliche Canzley dem Executori zu pariren deswegen inhibiret, daß eine Lehnſach wäre, welche an das Fürſtl. Hofgericht nicht gehörete, dadoch in dem Landtagsabſchied de Anno 1652. als das Hofgericht angeordnet, cauſæ feudales nicht, ſondern allein Regierungs- und Criminal-Sachen eximiret.* Es heiſſet daher beym LUNIG d. l. Tom. I. pag. 1634. 1635. gar nicht: *Im Hochſtift Hildesheim werden ſo wenig bey den Belehnungen, als wenn man cauſas feudales decidiret, partes curiæ dazu gezogen, ſondern die Inveſtitur ertheilen den Vaſallen, Canzler und Räthe, die ſtrittige Lehnſachen aber erörtert man in judiciis ordinariis, wiewohl die Canzley ihr ſolche mit Ausſchlieſſung des Hofgerichts zueignet, worüber ſich aber die Stände auf Landtagen gar ſehr beſchweret haben, und electionem fori prætendiren.* Jedoch hat man ſich nach der Zeit dieſer Forderung begeben, und geſchehen laſſen, daß in der Anno 1730. publicirten Hof-Gerichtsordnung mittelſt obſtehender Diſpoſition die Lehnſachen der Canzley vorbehalten ſind. Dieſes iſt etwas auſſerordentliches, nach dem Zeugniß des LUDOVICI d. l. Cap. I. §. 90. wo er alſo ſchreibet: *Ueberhaupt bleibet es wahr, daß in den Stiftern, und ſonſt in anderen Landen, allwo die Stände noch etwas rechtes zu ſagen haben, oder wo die Lehnleute nicht zugleich Unterthanen und Landſaſſen ſind, die Lehnſachen mehrentheils annoch vor denen paribus curiæ entſchieden werden müſſen.* Es fehlet demnach ſo viel, daß die Hildesheimiſche Hofgerichts-Ordnung der Fürſtl. Canzley-Jurisdiction auf ungewöhnliche Weiſe einſchränket, daß ſie vielmehr ſelbige in dieſem Fall auſſerordentlich erweitert. Inzwiſchen redet die Hofgerichtsordnung auſſer Zweifel nur von denjenigen Streithändeln, welche ihrer Art und Eigenſchaft nach, vor das Lehngericht gehören, dafern nemlich die Qualitas vaſallitica beyder über ein Lehn litigirenden

Par-

Partheyen auſſer Zweifel iſt. Wann aber eben darüber geſtritten wird, ob der Kläger oder Beklagter der wahre Vaſall iſt? oder inter Vaſallum & extraneum ſonſt Zwiſtigkeiten erwachſen, die das Lehn betreffen, ſo muß die Sache in foro cummuni erörtert werden Vid. STRUV *S. J. F.* Cap. 16. §. 7. n. 1. LYNCKER *ad Struv.* d. l. § 4. EYBEN *de Cauſis feudalibus* Sect. 8. §. 7. 12. SPECKHAN Centur. 2. Claſſ. 4. Quæſt. 34. num. 14. 15. HORN *Jurispr. feud.* Cap. 25. §. 2. *Ill. Dn. à* LUDOLFF Symphor. 1. Conſult. 45. p. 139. 1391. und gehöret alſo nicht weniger vor das Hofgericht, als vor die Canzley, wie dann dieſe leztere ſich nicht ſelbſt, qua judex feudalis, pro competente erklären kann, als welches nur die judices ordinarii & univerſales vermögen. Vid. HORN d. l.

§. XX.

Die Stift-Hildesheimiſche Canzley-Ordnung redet von der Territorial-Hoheit ſelbſt, nicht aber den dependenter dem Unterthanen mitgetheilten Gebrauch einiger Stücke derſelben.

Wann dieſemnach die Stift-Hildesheimiſche Canzleyordnung Art. 13. der Regierung erlaubet, diejenige Sachen vom Hofgericht zu avociren, welche Lande und Obrigkeit, regalia und politica auch Lehne und dergleichen betreffen, darinn andere Richter ihrer Eigenſchaft und Qualitæt nach keine abſolutam cognitionem haben, iſt ihr ein mehreres nicht mitgetheilet, als was derſelben im Landtags-Abſchied de 1652. vorbehalten worden, nemlich die Sachen, ſo ihrer Eigenſchaft und Qualitæt nach vor kein Juſtiz-Collegium, ſondern vor eine Landesregierung gehören. Was vor Sachen dieſe ſind, und daß der Fürſtlichen Cammer und Aemter Streithändel ſelbigen nicht beyzuzählen, iſt §. 6. 7. 12. 13. 14. hoffentlich ſattſam dargethan. Durch Lande und Obrigkeit, Regalia und Politica betreffende Sachen werden demnach in der Stift-Hildesheimiſchen Canzleyordnung nicht die Controverſien, welche zwiſchen den Fürſtlichen Aemtern und Landſaſſen der Jurisdiction und anderer wichtiger Gerechtſame halber entſtehen, ſondern die Streitigkeiten verſtanden, deren Objectum die Territorial-Hoheit ſelber iſt, wann nemlich jemand ein gewiſſes regale Jus independenter von der Landesherrſchaft ſich anmaſſet. Eigentlich kann kein Unterthan ſolche Jura als particulas ſummæ poteſtatis erlangen, weil er alsdenn in ſo fern kein Unterthan bleibet. Ihm wird alſo nur derſelben Exercitium per modum

Privilegii

Privilegii mitgetheilet, folglich betreffen die hierüber entſtehende Proceſſe nicht das Jus regale ſelber, ſondern nur Befugniſſe, womit die Landſaſſen als privati verſehen ſind (a). Dieſe Deutung wird durch dasjenige, was im §. 19. angeführet iſt, auſſer allen Zweifel geſetzet. Denn da Churfürſt Maximilian Henrich p. m. Anno 1657. zu erkennen gegeben, daß er mit gewiſſer Limitation ſeine Beamte, wann ſie beſchuldiget würden, jemanden mit einiger Oppreſſion zu beſchweren, mithin falls der Aemter Gerechtſame halber Streit vorfiele, ſolche Sachen von dem Hofgericht beurtheilen laſſen wolle, ſo konnte er unmöglich Anno 1665. in den Gedanken ſtehen, daß ſie ihrer Art und Eigenſchaft nach vor die Regierung gehören.

(a) Es lehret hievon ZIEGLER *de Juribus majeſtaticis* Lib. I. Cap. 3. §. 18. alſo: Quando dicitur de conſuetudine privatis concedi Regalia, accipiendum de locatione vel permiſſu emolumentorum, non de ipſis regaliis. Regalia equidem in inferiorem transfundi nequeunt, quod oſſibus Principis inhæreant. Sic licet princeps concedat inferiori jurisdictionem omnigenam altam & infimam, nec non venationes, ob id tamen in vaſallo non ſunt regalia territorio illinita, ſed tanquam commoda loci conceſſi ipſis accedunt, illæſis juribus ſtatus & ſic ſalva ſuperioritate. Et quando ex jure feudi conceduntur, non conceduntur quatenus regalia, ſed ut Privilegia, vel etiam ut uſum ſolum & delatam quis habeat adminiſtrationem ejus, quod jure ſuperioritatis Principibus competit. Conf. WERLHOFF *de Alienatione & Conceſſione Jurium, quæ vulgo regalia vocantur* §. 22.

§. XXI.

Irrige Interpretation der Hildesheimiſchen Hofgerichts-Ordnung und deren Widerlegung.

Nachdem man die Unmöglichkeit geſehen, ſo viele klare in allen Rechten gegründete Landesfürſtliche Reſolutiones gänzlich zu entkräften, hat behauptet werden wollen, 1) es ſey vermöge der Ordnung, wenn das Hofgericht mit Zuziehung eines oder mehrerer Hof- und Cammerräthe erkenne, nicht viritim zu votiren, ſondern den Votis beſagter Hof- und Cammerräthe ſo viele Kraft beyzulegen, als den Stimmen des Hofrichters und aller ſeiner Aſſeſſorum, auch 2) jene keineswegs ſchuldig ſich im Hofgericht einzufinden, ſondern nur an einem dritten Ort mit den

Membris

Membris dieſes Collegii zu conferiren. Endlich 3) könne eine Parthey nur alsdenn wider die Fürſtliche Aemter beym Hofgericht Klage erheben, wann erhellete, daß der Caſus oppreſſionis ſub prætextu des Landesfürſtl. Intereſſe vorhanden. Nun ſoll aber 1) nach dem klaren Buchſtaben der Ordnung das Hofgericht die zwiſchen den Aemtern und Unterthanen entſtehende Streitigkeiten erörtern, mithin in deſſen Namen die Mandata, Decreta und Urtheile abgefaſſet werden, und nur allein ſelbiges einige Hof- und Cammerräthe zu dergleichen Sachen ziehen, damit das in Rechten gegründete Intereſſe Principis beobachtet werde. Sollen nun alſo nicht die höhere Gerichte conjunctim oder ein tertium judicium formatum, ſondern das Hofgericht der Fürſtlichen Aemter Rechtshändel erörtern, ſo muß ſolches per majora vota derjenigen, welche im Gericht ſitzen, geſchehen, und würde widrigenfalls man nimmer zu einem denen Räthen mißfälligen Concluſo gelangen, ſondern entweder das Hofgericht ſich deren Willen accommodiren müſſen, oder paria vota entſtehen, mithin die Rechtshändel ohnentſchieden bleiben, welchenfalls die concurrens Jurisdictio beyder höherer Dicaſteriorum die Adminiſtration der Juſtitz nur hindern, nicht aber befördern könnte; Da im Gegentheil, wenn viritim votiret wird, keinesweges zu vermuthen, daß der Hofrichter nebſt 8 Aſſeſſoren, welche in Landesfürſtlichen Eid und Pflichten ſtehen, und von den Landesfürſten ſowohl Gnade als Ungnade zu erwarten haben, wider deſſen Intereſſe und ihr Gewiſſen die Fürſtliche Räthe zu überſtimmen ſich vereinbaren werden. Soll auch, wie geſagt, das Hofgericht denen Unterthanen wider die Beamte Juſtitz adminiſtriren, ſo muß ſolches 2) an demjenigen Ort geſchehen, welcher vom gnädigſten Landesfürſten dazu einmal angewieſen iſt, und wer in dieſem Judicio votiren, oder eine Unterſuchung anſtellen helfen will, muß ſich nothwendig in ſelbiges begeben. Denen Herren Räthen iſt ſolches um deſtoweniger deſpectirlich, da an beſagtem Ort Nahmens des gnädigſten Landesfürſten von dem ihnen im Rang weit vorgehenden Hofrichter ſamt denen Hofgerichts-Aſſeſſoren die Gerechtigkeit gehandhabet wird, wie dann für Zeiten Fürſten und Herren öfters in

Höchſter Perſon in ſolchen Dicaſteriis erſchienen. Wann es endlich 3) ſchon ausgemacher iſt, daß eine würckliche Oppreſſion vorhanden, und die Beamte unter dem Vorwand des Landesfürſtlichen Intereſſe der Unterthanen Gerechtſame ſchmählern, ſo bedarf man keiner richterlichen Erkänntniß, und kann ſo wenig die Canzley als das Hofgericht ferner cognoſciren. Ob die Beamte mit Fug einiger Oppreſſion beſchuldiget werden, ſolches ſoll gedachtes Hofgericht mit Zuziehung einiger Fürſtlicher Räthe beurtheilen; und iſt ganz unbegreiflich, wie ſelbiges der gegenſeitigen Deutung nach in denen das Landesfürſtliche Intereſſe betreffenden Rechtshändeln jemals wider die Beamte Proceſſus erkennen, exceptiones zulaſſen, ſummariè procediren, etwas decidiren und befehlen könne, welches ihm jedoch vermöge der Hofgerichts-Ordnung Tit. IX. §. 2. 3. oblieget. Es haben deswegen Ihro Churfürſtl. Durchlaucht zu Cölln dieſe Zwiſtigkeit dahin gerechteſt entſchieden, daß, wenn das Landesfürſtl. Intereſſe betreffende Sachen, welche zur Cognition des Hofgerichts qualificiret ſind, in ſelbigem vorkommen, einige Hof- und Cammerräthe, um den Rechten nach das nöthige dabey zu beobachten, im Hofgericht erſcheinen, und gleich dem Hofrichter und Aſſeſſoren ihre vota viritim abgeben ſollen (a).

(a) Das dieſe gerechteſte Entſcheidung enthaltende Churfürſtliche Reſcriptum lautet alſo: Von Gottes Gnaden Clement Auguſt, Erzbiſchof zu Cölln, des Heil. Röm. Reichs durch Italien Erzcanzler und Churfürſt, Biſchof zu Hildesheim ꝛc. ꝛc. Ehrwürdig und Wohlgebohrner, auch Ehrſamb und Hochgelehrter, Lieber, Andächtiger und Getreuer. Es haben Unſers Hochſtifts Hildesheim ſämtliche Landſtände vom Domcapitul, Sieben Stifter, Ritterſchaft und Städten Uns unterthänigſt zu erkennen gegeben, wie daß die auf Unſern gnädigſten Befehl bereits *in Anno* 1730. zum Druck gebrachte und *publicirte* Hofgerichts-Ordnung bis anhero, ob ſchon Wir ſolches annoch den 25. *Januarii* laufenden Jahrs gnädigſt befohlen, nicht beobachtet, noch zur *Obſervanz* gebracht worden; Als befehlen Wir euch wohlerwogenen Umſtänden nach nunmehro hierdurch gnädigſt, noch vor dem Schluß gegenwärtigen Landtages ein ſolches zu verfügen, und zu ſolchem Ende Unſere dortige Hof- und Cammerräthe in Unſeren Nahmen dahin anzuweiſen, daß jedesmal,

desmal, wenn Unſer Landesherrliches *Intereſſe* betreffende Sachen, welche obgedachter Ordnung nach zur *Cognition* unſers Hofgerichts *qualificiret* ſeynd, vorkommen, einige aus ihren Mitteln dabey erſcheinen, um denen Rechten nach das nöthige dabey zu beobachten, wie dann dieſelbe in dem Hofgericht gleich unſerm Hofrichter und Hofgerichts-*Aſſeſſoren* ihre *Vota viritim* abzugeben haben. Wir verbleiben Euch indeſſen mit Churfürſtl. Hulden und Gnaden beſtändig wohl beygethan und gewogen. Haag in Bayern den 13 Aug. 1733.

Clement August, Churfürſt.

M. Kaukol.

Die Aufſchrift war: Denen Ehrwürdigen Wohlgebohrnen, Ehrſamb Hochgelehrten Unſern und Unſers geliebſten Herrn Bruders des Churfürſten in Bayern Liebden Geheimen Rath, auch Unſern Hildesheimiſchen Stadthaltern, *Suffraganeo*, *Vicario in ſpiritualibus generali & Officiali*, Unſerer Thumkirchen zu Hildesheim und Münſter *reſpective* Probſten und *Canonico Capitulari*, Lieben Andächtigen Ernſt Friederich Freyherrn von Twickel Biſchofen zu Botri, und Unſern Canzlern von Franken *Sierſtorpff*.

In Gefolg ſolches Churfürſtl. Befehls ertheilten dann die zum Hildesheimiſchen Landtage verordnete Commiſſarii am 29. Aug. 1733. den Ständen folgende Reſolution: Aus Sr. Churfürſtl. Durchl. Unſers gnädigſten Herrn *ſpecial* gnädigſten Befehl läſſet Churfürſtliche *Commiſſio* geſamten löbl. Landſtänden dieſes Hochſtifts auf derſelben unterm 26. Jun. jüngſthin übergebene *Deſideria politica* hiemit ohnverhalten ſeyn, wie daß der im Jahr 1730. auf Churfürſtlichen gnädigſten Befehl zum Druck gebrachten und *publicirten* Hofgerichts-Ordnung zufolge, noch vor dem Schluß gegenwärtigen Landtages Höchſt-Deroſelben hieſige Hof-Regierungs- und Cammer-Räthe angewieſen werden ſollen, jedesmal, wann Sr. Churfürſtl. Durchl. Landesherrliches, oder derſelben Fürſtlicher Aemter *Intereſſe* betreffende zur *Cognition* des Fürſtl. Hofgerichts-Ordnung nach *qualificirte* Sachen vorkommen, einige aus ihren Mitteln dabey zu erſcheinen, und denen Rechten nach das nöthige zu beobachten, auch in dem Fürſtlichen Hofgericht gleich Sr. Churfürl. Durchl. gnädigſt beſtelleten Herrn Hofrichter und denen Hofgerichts-*Aſſeſſoren* in ſolchen Fällen ihre *vota viritim* abzugeben haben ſollen. Als auch dem ohngeachtet die im Hofgericht erſchienene Herren Hof- und Cammer-Räthe die

Quæſtionem fori annoch vor unentſchieden halten wollen, und ſich ſämtliche Stände beym Landtage darüber höchſtens beſchwereten, erhielten ſie von den Churfürſtl. Herren Commiſſariis am 4. Sept. 1733. dieſe Reſolution: Nachdemmahlen in der bekannten Bockenemſchen Jagdſache die aus Mittel Churfürſtl. Regierung und Hofcammer *deputiret* geweſene Herren Hof- und Cammerräthe im Churfürſtl. Hofgericht erſchienen, ſelbige aber dem beſchehenen Anbringen gemäß, das *Forum* daſelbſt theils in Zweifel gezogen haben, theils aber ſolchen *Punctum* ausſetzen, folglich ſelbigen durch die Churfürſtl. gnädigſte *Reſolution* nicht vor entſchieden halten wollen; So erkläret Churfürſtliche gnädigſt verordnete *Commiſſio* hiemit ausdrücklich, daß Kraft der ergangenen Landesfürſtlichen gnädigſten *Reſolutionen* das *Forum* bey dem Churfürſtl. Hofgericht allerdings *fundiret* ſey, und indem die *Majora* daſelbſt dahin ausgefallen, daß ſtatt des gebethenen *Mandati* die angebrachte Klage dem Oberjägermeiſtern Freyherrn von Weichs zu *communiciren* ſey, ſo läſſet *Commiſſio* es allerdings dabey bewenden, mit der fernern Erklärung, daß in Sachen der Hofgerichts-Ordnung nach weiter zu verfahren, und darin was Rechtens ſey zu erkennen. Das Objectum litis in der Bockenemſchen Sache, deren dieſe Declaration Meldung thut, iſt die privative Jagd Gerechtigkeit, welche die Stadt Bockenem in ihrer Feld-Mark zu behaupten vermeynet, das Fürſtl. Forſt-Amt ihr aber nicht einräumen will. Obwohl es nun alſo keinesweges ausgemachet, daß die Beamte mit einiger Oppreſſion wider die Rechte, Obſervanz und Ordnung der Stadt beſchwerlich gefallen, ſondern eben darüber zu erkennen iſt: Ob ſolches durch das geklagte Exercitium der Mit-Jagd von dem Forſt-Amte geſchehen? So iſt dennoch in dem Churfürſtl. Reſcripto vom 25. Febr. 1733. befohlen, dieſe Sache im Hof-Gericht mit Zuziehung der Hof- und Cammer-Räthe zu erörtern, und ſolcher Befehl durch die angeführte Reſolutiones beſtättiget, wodurch dann alſo die an ſich handgreiflich nichtige Einwendung, daß der Caſus oppreſſionis in den vor das Hofgericht zu ziehenden die Fürſtl. Cammer und Aemter betreffenden Sachen, ehe man ſich an dieſes Dicaſterium wenden könne, erörtert und ausgemachet werden müſſe, auf das deutlichſte verworfen iſt. Wann ſo oft wiederholte nach vorgängiger gründlicher Erörterung mittelſt verſchiedener Landtags-Abſchiede und Landesfürſtlicher Reſcriptorum abgegebene Reſolutiones die jurisdiction des Hildesheimiſchen Hofgerichts in oft erwähnten Sachen nicht auſſer allen Zweifel ſetzen, ſo ſtehet keinesweges abzuſehen, wie man dergleichen Zwiſtigkeiten jemals gründlich heben, und denen Dicaſteriis gewiſſe Schranken ſetzen könne,

§. XXII.

§. XXII.

Ob nun gleich dem bisher angeführten nach alle Contentioſa, wenn ſie gleich das Landesfürſtliche Intereſſe betreffen, ihrer Art und Eigenſchaft nach nicht vor die Landes-Regierungen und Rent-Cammern gehören, ſondern von den Juſtitz-Collegiis zu erörtern ſind, ſo hat man jedoch an einigen Orten gewiſſe Contentioſa den letzteren entzogen, und denen erſteren beygeleget. Herr Gasser *in Prælect. ad Cod.* Lib. 3. Tit. 16. §. 9. bezeuget, daß die Königliche Preuſſiſche Krieges- und Domainen-Cammern mit einer Gerichtbarkeit verſehen ſind, alſo: Cameræ demum domaniales & Steuræ ſeu rerum bellicarum, uti communiter audiunt, Collegia, quæ à potentiſſimo Rege Boruſſiæ combinata ſunt, cauſas adminiſtrationum non tantum tractant, ſed & juſtitiæ, cum calva ſit adminiſtratio ſine imperio. Cauſæ igitur ſubditorum in præfecturis Amts-Unterthanen inter ſe & cum officialibus vulgo denen Beamten aguntur in Camera. Si vero concurrant cum Schrifftſaſſiis & eorum ſubditis in judicio mixto, Regiminis nempe & Cameræ disquiruntur in terris & ditionibus Boruſſicis. Alibi communiter ad collegia juſtitiæ remittuntur (a). Im Fürſtenthum Braunſchweig-Calenberg verordnete am 17. Novemb. 1663. Herzog Georg Wilhelm p. m. daß, wenn die Amtsunterthanen ſich darüber beſchwereten, daß ihnen durch Abforderung der an die Aemter zu leiſtenden Præſtationen oder Schmählerung ihrer Gebühr an Speiſe und Trank, auch in Holz- und Maſtſachen von den Beamten und Forſtbedienten zu nahe geſchehe, ſolche Klagen bey den Gerichten nicht angenommen, ſondern an die Cammer verwieſen werden ſollten (b). Dieſe Verordnung iſt von Ihro Königlichen Majeſtät Georg I. g. m. am 18. Octobr. 1719. nicht nur beſtätiget, ſondern der Rentcammer überdem vorbehalten 1) Die Abſetzung der Bedienten, ſo bey ſelbiger beſtellet werden, wann ſie ſine infamia und ohne anderweite Strafe geſchiehet. 2) Die Adminiſtration und Verpachtung der Domainen, als wider welche kein Proceſs zu verſtatten. 3) Die Ein- und Abſetzung der Meyer, welche der Landesherrſchaft zuſtändige Höfe bewohnen, und 4) Die Determination der Strafen auf den

In einigen Landen ſind gewiſſe Contentioſa der Regierung und Rentcammer Erkänntniß übergeben.

Landgerichten, wovon nicht appelliret werden mag, es wäre denn, daß die Beamten durch ſolche Beſtrafung einem Tertio ein Recht nehmen, oder von dieſen die Cognition und Strafe prætendiret werden wollte. In des jezt regierenden Herrn Grafen Albrecht Wolfgangs zu Schaumburg-Lippe am 21. Dec. 1728. publicirter Gerichtsordnung iſt auch der Cammer eine Juriſdiction über die Arendatores, Voigte, Verwalter, Amtſchreiber und Haushaltungsbediente beygeleget, wann ſie ratione officii beſprochen werden (d).

(a) Vid. Königl. Preuſſiſche und Churfürſtl. Brandenburgiſche allgemeine Ordnung die Verbeſſerung des Juſtitzweſens betreffend Art 4.

(b). Vid. Herr PUFFENDORF d. l. P. I. Cap. 10. §. 13. 14. Wider dieſe Verordnung haben die Calenbergiſche Landſtände Anno 1664. nachdrückliche Vorſtellung gethan, und darauf von der gnädigſten Landesherrſchaft zur Reſolution erhalten, wie Dero Meynung nicht ſey, daß vor Fürſtl. Cammer als einem Judicio formaliter agiret werden ſolle, ſondern nur daſelbſt die Güte verſuchen zu laſſen, in deſſen Entſtehung aber alles an die beyde Judicia ordinaria zu remittiren; Wie dann auch zu ſelbiger Zeit denen Juſtitz-Collegiis die Erkänntniß in ſolchen Sachen verblieben.

(c) Herr PUFFENDORF d. l. Auch wider dieſes Reſcript iſt von der Calenbergiſchen und verſchiedenen andern Landſchaften, inſonderheit aber der erſteren Remonſtration geſchehen, und begehret, es dahin zu declariren, daß 1) die Abmeyerungsſachen, und 2) wenn ratione modi ſervitiorum ſich jemand beſchwere, ſolche Klagen als ihrer Art und Eigenſchaft nach vor die Dicaſteria gehörig, dem Landtagsabſchied de 1639. gemäß, bey der Canzley oder dem Hofgericht fernerhin erörtert, auch 3) von denen auf den Landgerichten geſchehenen Beſtrafungen an beſagte Juſtitz-Collegia zu appelliren den Unterthanen geſtattet werden mögte, welches ihnen der Landtags-Abſchied de 1650. die Canzleyordnung Tit. 2. §. 3. und die Hofgerichts-Ordnung Tit. 25. erlaubet. Meines Wiſſens iſt ſolche Declaration bisher weder erfolget, noch den Ständen verſaget.

(d) Herr PUFFENDORF d. l. §. 14. Dieſe Cammer-Juriſdiction iſt jedoch folgendergeſtalt limitiret: Wann die *Malverſation* eines unter der Cammer

ſtehenden

ſtehenden Bedienten oder Rechnungsführers einmal bey der Cammer unterſuchet, auch wahr und von Importanz befunden, ſoll die Sache *fiſcali* übergeben, *Acta* genau *inventiret*, auch zu unſerer Canzley geſchicket, und daſelbſt, was recht iſt, veranſtaltet werden, ſintemal *in hoc caſu Camera* als *pars* zu *conſideriren*, damit deſtoweniger die einem jeden erlaubte freye *Defenſion* etwa ſchwer gemachet werde, oder jemand wegen *denegirter* Juſtitz ſich zu beſchweren Urſach habe.

§. XXIII.

Ob und wie ferne ein teutſcher Fürſt ſeiner Regierung und Rentcammer die Deciſion einiger Streithändel aufgeben könne? läſſet ſich nicht wohl beurtheilen, ohne von der Verfaſſung eines jeden Landes vollkommen unterrichtet zu ſeyn. Es leidet jedoch keinen Zweifel, daß wider Willen der Unterthanen, ihnen die Beneficia juris nicht entzogen werden mögen, welche denenſelben die Reichs-Conſtitutiones mittheilen. Dieſe öfnen ihnen nun den Weg Rechtens, auch dafern ſie wider die Landesobrigkeit Klage erheben wollen (§. 12.), weswegen dann, wenn gleich ein Fürſt befugt iſt, ſein Regierungs- oder Cammer-Collegium zu authoriſiren, gewiſſe Sachen ohne Weitläuftigkeit abzuthun, welche ſonſt ihrer Art und Eigenſchaft nach, vor die Dicaſteria gehören, ſo mag er jedoch 1) keinesweges zugeben, daß jene die Eſſentialia einer richterlichen Erörterung aus der Acht laſſen, und pro arbitrio Reſolutiones ertheilen, ſondern gleichwie die Regierungen und Rentcammern, in ſofern ſie contentioſa entſcheiden, des Richters Stelle vertreten, und wahre Juſtitz-Collegia ſind, ſo müſſen dieſelbe auch ſecundum acta & probata und den Rechten gemäß erkennen. Wann demnach der Landesherr ordnet, daß in dergleichen ſeiner Regierung oder Cammer vorbehaltenen Sachen kein Proceß zu geſtatten, iſt ſolches auſſer Zweifel von dem Proceſſu ordinario, wie ihn die Gerichtsordnungen erfordern, zu verſtehen. 2) Abſehe ich nicht, wie wider die Erkänntniſſe ſolcher Collegiorum alle Remedia juris denen Partheyen verſaget werden können. Die Reichsgeſetze reſerviren ihnen ſolche auf das ſolgfältigſte, und will der

Wie ferne ſolches den Reichsgeſetzen nach geſchehen kann.

Speyer-

Speyerſche Deputationsabſchied de 1600. §. 16. ſamt dem Receſſu Imperii de 1654. §. 113. daß, wenn die Summe nicht appellable, den Unterthanen wenigſtens das Remedium ſupplicationis zugeſtanden, und die Acta auf der Partheyen Begehren an eine Univerſität oder aber zwey oder drey Rechtsgelehrte ad revidendum verſchicket werden ſollen. Müſten auch die Schweden vermöge des Oßnabrückiſchen Friedensſchluſſus Art. 10. §. 12. ſelbigen in ihren teutſchen Landen die Appellation an ein höchſtes Tribunal verſtatten. Solche Beneficia mag ihnen der Landesherr dadurch nicht entziehen, noch der höchſten Reichsgerichte Jurisdiction ſchmählern, wann er die Sachen von der ordentlichen Juſtitz-Collegiorum Jurisdiction ausnimmt, und durch die Regierung oder Rentcammer erörtern läſſet. Denn dieſe können, wie ſchon geſagt, unmöglich in anderer Qualität, als wie Richter, contentioſa entſcheiden. Wider alle richterliche Erkänntniſſe ſind aber Kraft der Reichsgeſetze den Unterthanen remedia juris zu verſtatten (a). Gleichwie jedoch dieſer ſich jedermann begeben kann, ſo zweifle ich gar nicht, daß, wenn bekannt iſt, daß in einem Lande die Pächter der Domainen vermöge Landesfürſtlicher Verordnungen bey etwa der Pacht halber entſtehenden Irrungen wider der Cammer-Deciſion keine Remedia juris zur Hand nehmen dürfen, derjenige, welcher dem ohngeachtet ſolche Güther pachtet, denen Remediis juris tacite renunciiret, und alſo von den Juſtitz-Collegiis keine rechtliche Hülfe mit Fug begehren kann.

(a) Es werden daher in der Königl. Preuſſiſchen allgemeinen Ordnung die Verbeſſerung des Juſtitzweſens betreffend, remedia ſuſpenſiva wider die Cammerbeſcheide und Urtheile Art. 4. n. 10. alſo zugelaſſen: Wann aber durch die in der Cammer allein in vorbeſchriebenen ihr zukommenden Sachen ergangene Beſcheide und Urtheile ſich jemand graviret befindet, ſoll derſelbe zur Leuterung oder anderen üblichen *Remedio ſuſpenſivo* verſtattet, und darauf die *Acta ad imperiales* zum Spruch verſchicket, und davon *in rebus modici præjudicii* weiter keine Inſtanz verſtattet werden. Sollte jedoch ein oder ander Theil in *Cameral*-Sachen über die Cammer *ratione denegatæ vel protractæ juſtitiæ* ſich zu beſchweren haben, kann er ſolches bey dem

General-

General-Finanz-*Directorio* allhier gebührend anzeigen, welches darunter behörige Verſehung zu machen hat.

SECTIO IV.

Wie ferne Policeyſachen und die aus Landesfürſtlichen Privilegiis zu entſcheidende Streithändel für die Landesregierungen und Juſtitz-Collegia gehören?

§. XXIV.

Sonder Zweifel gehören alle Policeyſachen vor die Landesregierungen. Denn da ſelbigen oblieget, durch heilſame Geſetze ſchädlichen Mißbräuchen vorzubeugen, und über die gemachte Verordnungen zu halten (§. 7.), ſo tragen ſie billig Sorge, daß im Handel und Wandel keiner den andern vervortheile, die Unterthanen durch Verſchwendung und Saumſeligkeit ſich nicht ſelbſt ins Verderben ſtürzen, und zugleich dem gemeinen Weſen ſchaden, Gewerbe und Kaufmannſchaft in Aufnahme gebracht, folglich mittelſt der Beförderung vieler Bürger Wohlfahrt des ganzen Staats Wohl und Gedeihen befördert werde. Diejenige höchſte Landesobrigkeiten, welchen das Recht ſolche Ordnungen zu machen ohnſtreitig zuſtehet, ſind nicht ſchuldig den Unterthanen davon Rede und Antwort zu geben: Ob ihre Verfügungen denen Regeln der Klugheit gemäß und hinlänglich, den führenden Endzweck zu erreichen? Dergleichen Geſetze würden ſelten zum Stande kommen, wann der Unterthan, als Unterthan, ſelbige deswegen anfechten dürfte, weil er ſie ihm inſonderheit nachtheilig, oder auch dem ganzen Lande unnützlich zu ſeyn glaubet. Der Privat-Vortheil eines und des andern iſt dem Vortheil mehrerer, mithin des ganzen Staats nachzuſetzen, und das Weſen des bürgerlichen Regiments beſtehet eigentlich darinn, daß deſſen Glieder ſich müſſen gefallen laſſen, was diejenigen, denen die höchſte Gewalt anvertrauet iſt, heilſam zu ſeyn erachten. Die Frage: Ob dieſes oder jenes in Policeyſachen

Die Frage: was in Policeyſachen durch Geſetze zu verordnen? gehöret vor die Regierungen.

zu verordnen? gehöret demnach überall nicht vor die Gerichte, ſondern vor die höchſte Landesobrigkeit ſelbſt (a), und diejenige, denen ſie aufgegeben, Geſetze und Ordnungen zu machen. (b).

(a) Von deren Verfügungen wird demnach keinem geſtattet, an die höchſte Reichsgerichte zu appelliren. Vid. Deckherr *in Notis ad Proceſſum Informativum* p. 74. Oefters entſtehet aber die Frage: Ob ein Fürſt in gewiſſen Fällen durch Geſetze die Gerechtſame ſeiner Stände und Unterthanen ſchmählern kann, oder ob nicht die mit denſelben errichtete Verträge ſolches hindern? (v. 7. lit. a.) welche allerdings gerichtlich zu erörtern, und des Oberrichters Erkänntniß unterworfen iſt.

(b) Alle Gerichtsobrigkeiten ſind dem teutſchen Herkommen nach befugt, in Policeyſachen, Verordnungen, Geboth und Verboth ergehen zu laſſen, v. g. Markt- Becker- Fleiſcher- Kleider- und Feuer Ordnungen zu machen. Mevius *ad Jus Lubec. Quæſt. prælim.* 2. n. 65. ſeqq. Ertel *de Jurisdictione inferiore Cap. XI.* Mencken *de Statutorum non confirmatorum Effectu th.* 10. Herr Cammergerichts-Aſſeſſor von Oppel *de Jurisdictione patrimoniali* §. 26. Ihnen ſtehet aber keinesweges ein independentes Arbitrium zu, ſondern ſelbiges iſt, dafern ſie nicht mit auſſerordentlichen Vorrechten verſehen, dem Arbitrio der Landesherrſchaft unterworfen, welche, wann ſie dergleichen Ordnungen ſchädlich oder unnützlich zu ſeyn erachtet, ſolche nach Gefallen aufheben kann. Vid. Herr von Oppel *d. l.* Die Erörterung der Frage: ob es rathſam ein ſolches Stututum gelten zu laſſen? gehöret allerdings vor den Geheimten-Rath oder das Regierungs-Collegium, und nicht vor die Landes-Dicaſteria. Wäre aber vielmehr eine Quæſtio juridica als politica zu entſcheiden, v. g.: wenn eine Zunft dem Gerichtsherrn die Befugniß ſtreitet, in gewiſſen Fällen etwas zu verordnen, unter dem Vorwand, daß es ihren vorhin erlangten Privilegiis zuwider laufet; ſo iſt keinesweges abzuſehen, warum nicht die Juſtiz-Collegia darüber erkennen ſollten.

§. XXV.

Man will ihnen auch die aus denen Policeyordnungen nehmende

Damit aber wollen ſich an vielen Orten die Landesregierungen (a) auch andere Collegia (b) nicht vergnügen, ſondern alle aus den Policeyordnungen zu entſcheidende Rechtshändel allein erörtern, als welche ſie insgeſamt vor Policeyſachen ausgeben. Man ſchützet vor, die gemeine Wohlfahrt verſtatte dergleichen Händeln keinen weitläuftigen Proceß,

nur

nur dem Geſetzgeber kommt die Auslegung der Geſetze zu, und da ein Fürſt ſolche überhaupt nach Belieben ändern könne, ſo möge derſelbe auch in beſonderen Fällen willkührlich verfügen, was er gut und nützlich zu ſeyn erachtet. Deciſion der Rechtshändel vorbehalten.

(a) Des Stift-Hildesheimiſchen Hofgerichts-Jurisdiction hat deswegen in Sachen Raphael Jordan contra die Kramergilde zu Hildesheim angefochten und behauptet werden wollen, daß ihm nicht zuſtehe, darüber zu erkennen, ob vermöge der Privilegiorum und Willkühr beſagter Gilde, Jordan ſolche üben möge?

(b) Inſonderheit entſtehet die Frage: was eigentlich Policeyſachen ſind? öfters an denjenigen Orten, wo nur dieſe vor den Stadt-Rath, hingegen aber die Juſtizſachen vor den Gerichts- oder Stadtſchulzen gehören. Vid. OCKEL *de Præſcriptione immemoriali* Cap. 2. th. 28. *& de Palatio regio* th. 44. B. BIER *in Advocato rerum opificialium perito.* Cap. 8. §. 15. n. 575. 576. 577.

§. XXVI.

Man wird hoffentlich einräumen, daß die Policeyſachen den Juſtiz- oder Gerichtsſachen entgegen zu ſetzen (a). Hieraus folget nun, wie diejenige Geſchäfte, welche eine Richterliche Entſcheidung erfordern, ihrer Art und Eigenſchaft nach keine Policeyſachen ſind. Warum ſollte ein Richter nicht ſowohl Policeyordnungen als andere Geſetze auf die vorkommende Fälle appliciren? Wenn das Factum zweifelhaft, bedarf es nicht weniger in dieſen als anderen Sachen einer ſorgfältigen Erörterung. Oefters dependiret der Menſchen zeitliche Wohlfahrt hievon, und die Billigkeit erfordert, daß den Unterthanen auch diejenige Befugniſſe ohngeſchmählert bleiben, welche ihnen die Policeyordnungen mittheilen. Allerdings haben die Richter Fug und Recht die Verdrehungen derjenigen Geſetze, die das Policeywesen betreffen, in Partheyenſachen zu verhindern, gleichwie ſie andere Leges doctrinaliter interpretiren können. Sehr viele ſolcher Zwiſtigkeiten betreffen vielmehr Jura ſingulorum als die gemeine Wohlfahrt, und können ohne Nachtheil des Staats durch einen ordent- Solche ſtehet den Juſtiz-Collegiis zu.

lichen Proceſs ausgemachet werden. Widrigenfalls wäre dieſer Umſtand wohl vermögend, einen Geſetzgeber zu veranlaſſen, in dergleichen Sachen den Beſchwerden ſchleunigere Hülfsmittel als in anderen zu verleihen, keinesweges aber ſelbige der Richterlichen Erkänntniß gar zu entziehen.

(a) Vid. THOMASIUS *in den Anmerkungen* über Melchiors von OSSE *Teſtament* Cap. I. n. 105. p. 213.

(b) Sehr wohl ſchreibet MEVIUS Part. 3. Dec. 154.: Cauſæ politicæ, ut tales ceu quatenus ordinationibus ſuis comprehenduntur & juxta eas exercentur, vel non ſunt appellabiles, vel ſi appellantes audiuntur, tamen ſine ordinario appellationum Proceſſu expediuntur. Tantum ſi vel extra iſtas quædam accidunt, vel *ſub iſtarum ſiniſtra applicatione aliquis gravatur*, *vel ubi res dubia eſt*, *multo magis ſi contra illas quidquam iniquum vel inſolitum irrogatur*, appellationi locus ſit. Proprie loquendo cauſa *non eſt politica*, *ſed juridica*, *ubi non tam de uſibus publicis*, *quam de jure ſingulorum quœſtio eſt.* Quocirca nec obſiſtit, quod præcipue reprehenditur, magiſtratui circa regimen provinciæ vel civitatis ex appellationibus impedimenta injici, & publicas curas turbari. Nam eatenus ut conſulant reipublicæ juxta Ordinationes politicas vel commoda publica, in judicia non vocantur, ſed tantum ut injuriam intuliſſe arguuntur. Conf. BRUNNEMANN *ad L. ult ff. de Appellationibus recipiendis* num. 12. Als auch in dem Churfürſtenthum Braunſchweig-Lüneburg eine Zwiſtigkeit darüber entſtunde, wie ferne die Policeyſachen vor die Landes-Dicaſteria gehören? wurde ſelbige durch ein Königliches Reſcript ſub dato Hamptoncourt den $\frac{5}{16}$ Sept. 1718. alſo entſchieden. Was die Frage von denen Policeyſachen, und wie weit ſelbige vor die Gerichte gehören, betrift, davon iſt unſere bey obverſtandenem *Memorial* Unſers Ober-*Appellations*-Gerichts *ſub Lit. B.* angezogene Verordnung vom 7ten Octob. 1713. wie Euch allen bekannt, vorhanden, dabey es ſein Verbleiben haben, und alſo bey Policeyſachen, da es nicht ſowohl auf eine Verordnung im Policeyweſen, als auf *jura privatorum* nemlich auf einzelner Perſonen oder *Communen* gegen einander *prætendirendes* Recht ankommt, die Gerichte darinn erkennen, und *Appellationes* deswegen angenommen werden müſſen.

§. XXVII.

Wenn die Interpretatio authentica

Die Interpretatio authentica der Geſetze findet nur Platz, dafern deren Verſtand ſo zweifelhaft, daß man des Geſetzgebers Willen

und Meynung auf andere Weiſe nicht erforſchen kann. Wann aber deſſen Worte oder die ratio Legis ſattſam zu erkennen geben, wie ſelbiger zu erklären, ſo iſt es unnöthig, ſich vom Gerichtshofe an den Geſetzgeber zu wenden (a). Iſt nur ſelbiger die über den Verſtand der Geſetze erregte Schwierigkeiten zu heben befugt, ſo bleiben den Juſtitz-Collegiis wenig Sachen übrig. Denn der Senſus dubius legum veranlaſſet die mehreſte Proceſſe, welche daher nach den gegenſeitigen Grundſätzen insgeſamt Regierungsſachen wären, und vom Geheimtenrath nach Gefallen entſchieden werden könnten. Aus dem Recht, willkührlich Ordnungen zu machen, flieſſet die Befugniß keinesweges, ſolche jederzeit willkührlich auszulegen. Denn es iſt die Interpretatio authentica, ſo ferne dieſelbe mit der doctrinali nicht übereinkömmt, ein neues Geſetz (§. 7. lit. b.) Dieſes aber hat ordentlicher Weiſe nur in künftigen, nicht aber in vergangenen Fällen Kraft (b). Wenn demnach eine Obrigkeit ihre gemachte Conſtitutiones dergeſtalt deutet, daß dadurch den Unterthanen ein jus quæſitum entzogen wird, ſo iſt ſelbigen vom Oberrichter keinesweges rechtliche Hülfe zu verſagen (c).

thentica legum Platz findet?

(a) ZIEGLER *de Juribus majeſtaticis* Lib. I. Cap. 6. §. II. *Conf. Rec. Deput. de* 1557. §. 5. DECKHERR *ad proc. inform.* c. I. p. 10.

(b) L. 7. C. de LL. l. fin. C. *de pactis pign.* Cap. I. & fin. X. de Conſtit. LYNCKER Vol. I. Reſp. 92. n. 34. HARPPRECHT Conſ. 58. n. 305. COCCEJUS Vol. I. Conſ. 43. n. 76. Vol. 2. Conſ. 48. n. 14. VOET *ad ff. Tit. de Legibus num.* 17. Herr BECK *diſſ. de Lege non obligante* cap. 2. §. 24.

(c) Eine andere Meynung ſcheinet J. S. STRYCK *in Diſp. de Cauſis ad Cameram Imperii non appellabilibus* Cap. 3. §. 17. zu hegen, wann er ſchreibet: Aut magiſtratus inferior in cauſis opificum in ſpecie ita dictis pronunciavit contra privilegia unius vel alterius opificii ab Imperatore obtenta, aut *contra jura partium ſingularia deſcendentia ex ipſius magiſtratus judicantis legibus* vel ſtatutis opificum inter ſe, iisque vel irrationabilibus vel rationabilibus. Primo caſu appellatio omnino recipienda, cum pars contra privilegia ſe gravatam queritur. *Secundo caſu non recipitur, vel ſi recepta, remittenda eſt &c. &c.* Er vermeynet alſo, daß wenn die Obrigkeit jemanden ein Recht abſpricht,

deſſen er ſich Kraft der von ihr verfaſſeten Geſetze und Statutorum anmaſſet, von einem ſolchen Spruch nicht appelliret werden könne, und berufet ſich auf die Lehre des DECKHERRS *in Notis ad Proceſſum informativum* pag. 74. Dieſe aber ſcheinet mit der ſeinigen nicht gänzlich überein zu kommen. Denn DECKHERR berichtet nur, quando eſt dubium, an non intereſſe ſtatus publici evidenter in lite vertatur, & agatur de juribus, quæ ipſe magiſtratus conceſſerat, tunc cauſas non fuiſſe receptas, vel ſi receptæ, remiſſas, weilen die Obrigkeit jedes Orts ohne das Gewalt habe, dergleichen Statuta nach Gelegenheit der Läuften und Zeiten zu widerrufen und zu ändern. Er redet alſo 1) keinesweges von dem Fall, ubi tantum intereſſe privatum in lite vertitur. Setzet auch 2) aller Vermuthung nach voraus, daß nicht ſowohl de caſu præterito als futuro die Frage ſey. Denn ſonſt wäre ſeine ratio decidendi, daß die Obrigkeit dergleichen Statuta widerrufen und ändern könne, offenbar irrig. Entſtünde alſo (wie in cauſa Jordan contra die Hildesheimiſche Kramergilde geſchahe) darüber ein Rechtsſtreit: Ob einer, der die Handlung nicht gelernet, vermöge der von der Landesherrſchaft confirmirten Privilegien der Gilde als ein früchtendes Mitglied in ſelbige aufzunehmen, und ihm deren Uebung zu erlauben ſey? ſo gienge freylich derjenige, welcher ſolche Befugniß unter dem Vorwand einer Obſervanz wider die Statuta zu erſtreiten begehret, den Oberrichter vergebens an. Denn wann ſchon bisher dergleichen Recht nicht im Gebrauch geweſen, könnte es dennoch die Obrigkeit von neuem einführen, und damit allem Streit ein Ende machen. Hätte hingegen jemand eine Zunft legitime erlanget und alles geleiſtet, was den Statuten nach nöthig iſt, der Magiſtrat aber wollte ſich damit nicht vergnügen, ſondern ein mehreres erfordern, und die würklich angenommene Zunftgenoſſen, denen ſolche neue Requiſita fehlen, von ſelbiger ausſchlieſſen, ſo hätten dieſe Urſach, ihr Jus quæſitum, und daß die Leges nur de caſibus futuris diſponiren, vorzuſchützen. Würde ſie auch der Judex Superior ſchwerlich hülflos laſſen, dafern nicht ein ſolcher Fall fürhanden, in welchem die Geſetze auf facta præterita gezogen werden mögen.

§. XXVIII.

Die Interpretatio doctrinalis privilegiorum, und die aus ſelbigen

Endlich will man auch die Interpretation der Privilegien ſamt der Entſcheidung aller Rechtshändel, welche aus ſelbigen zu nehmen, denen Regierungsſachen beyzählen, und wendet ein, beneficia principalia ipſum Principem interpretari ſolere, & ejus eſſe æſtimationem, quem modum beneficii ſui eſſe velit per L. 43. ff. *de vulgari & pupillari ſubſtitutione*

tione & L. 191. ff. *de diverſis regulis juris*, weswegen auch die cauſæ privilegiorum von des Kaiſerl. Cammergerichts-Jurisdiction eximiret, und dem Kaiſerlichen Reichshofrath vorbehalten wären.

zunehmende Entſcheidung der Rechtshändel ſtehet denen Juſtiz-Collegiis zu.

Nun iſt 1) ein ſorgfältiger Unterſchied zwiſchen denen Conceſſionen zu machen, welche die Landesherrſchaft allein aus Gnaden den Unterthanen mittheilet, und denjenigen Landtags-Abſchieden oder Reſolutionen, wodurch ſie ihnen gewiſſe Befugniſſe einräumet. Dieſe leztere werden zwar wohl auch Privilegia genennet. Gemeiniglich aber ſind es theils Verträge, mittelſt welcher man entſtandene Irrungen gütlich beyleget, oder dem Fürſten vor die erlangte gedeihliche Declarationes wichtige Vortheile accordiret (a), theils aber Juſtitzmäſſige Erkänntniſſe, mithin keine bloſſe Begnadigungen, weil eine jede Landesobrigkeit verpflichtet iſt, alle Beſchwerden der Unterthanen den Rechten gemäß zu erledigen, und das gemeine Beſte zu befördern.

Wäre aber gleich 2) die Frage von einem Privilegio proprie dicto und mero beneficio Principis, ſo kämen dennoch die angeführte textus Juris denjenigen, welche die Richterliche Gewalt oberwähntermaſſen einzuſchränken ſuchen, nicht zu ſtatten. Denn es handelt der L. 43. *de vulgari & pupillari ſubſtitutione* keinesweges von dem Fall, wann inter Privilegiantem & Privilegiatum ſuper mente privilegii Streit entſtehet, ſondern die Frage iſt daſelbſt, de lite inter Privilegiatum & tertium, da denn freylich den Verſtand des Privilegii niemand beſſer wiſſen kann, als der es ſelbſt ertheilet hat, deſſen Deutung hingegen ſchlechten Glauben verdienet, und für Partheyiſch zu halten, wann er bey der Sache intereſſiret iſt, und die Interpretation ihm Nutzen bringet (b). Ueberdem ſetzet beſagter Lex ſonder Zweifel voraus, daß eine Ambiguitæt vorhanden, und die Deutung des Privilegiantis dem buchſtäblichen Inhalt des Privilegii nicht zuwider läufet. Der L. 191. ff. *de Regulis Juris* will auch nur, daß ein Fürſt ſeine ertheilte Privilegia in favorem beneficiarii ausdehnen, nicht aber, daß er ſie nach Gefallen ſchmählern und einſchränken könne. Ver-

gebens

gebens wirft man ein, es wären dergleichen Privilegia widerruflich, weil nicht abzuſehen, warum ein aus Gnaden geſchehenes Verſprechen nicht ſowohl verbindlich ſeyn ſollte, als eine andere Schenkung, wann nemlich die Worte des Privilegii zu erkennen geben, daß man dem Privilegiato ein beſtändig daurendes Recht mittheilen wollen, maſſen es ſolchenfalls unmöglich vor ein widerrufliches Precarium gehalten werden mag.

Ohne allen Grund berufet man ſich endlich auf die Vorrechte des Kaiſerl. Reichshofraths, als welche das Kaiſerl. Cammergericht nicht behindern, die an ſelbiges gebrachte Rechtshändel aus Kaiſerl. Privilegiis zu entſcheiden, und zu verhindern, daß ſelbige übel appliciret werden (d).

(a) Vid. FROMMANN *de Revocatione Privilegiorum licita* th. 17. BEYER *de Obligatione Succeſſoris illuſtris* §. 93.

(b) Der Reichshofrath von BERGER reſpondiret daher Conſ. 52. n. 2. 11. ganz recht, interpretationem privilegiorum, ſi inter concedentem & ſubditos ejus deſuper lis oriatur, non ad concedentem ſpectare ſed ad ejus ſuperiorem, nec poſſe Principem in propria cauſa leges interpretari. Conf. LYNCKER *de Gravamine extrajudiciali* Cap. 3. Part. 2. §. 7. n. 7.

(c) Vid. ZIEGLER *de Juribus majeſtaticis* Lib. 1. Cap. 12. §. 13. 14. LYNCKER d. l. n. 1. FROMMANN d. l. Herr LEYSER *de Aſſentationibus JCtorum* Cap. 4. Sect. 2. §. 35. pag. 114. 115. *& Diſſ. de Odio Advocatorum fiſci merito atque immerito* §. 27.

(d) Der Herr Cammergerichts-Aſſeſſor von LUDOLFF beſtärket dieſes in ſeinem *Jure Camerali* p. 201. mit den Worten: Non agit Camera Imperialis Privilegiorum interpretem ſed ne perperam applicentur cavet, *quod eſt officii Judicis.* Conf. DECKHERR *ad Proc. Inform.* Cap. 1. p. 32.

SUP-

SUPPLEMENTA.

Zu der Vorrede §. VIII.

Diejenige auf den rechten Weg zu helfen, welche es als ſehr befremdlich anſehen, daß die Hildesheimiſche Landſtände aller Zahlung widerſprechen, ſo ohne ihren vorgängigen Conſens aus der Landes-Caſſe geſchiehet, finde ich nöthig, von dem Urſprung dieſes und anderer benachbarter Landſchaftlicher Ærariorum eine kurze aber gründliche Nachricht zu ertheilen, und anbey darzuthun, daß die Reſolution de 1725., kraft welcher im Stift Hildesheim das Recht von dem Ueberſchuß der verwilligten monathlichen Contributionen zu diſponiren, der gnädigſten Landesherrſchaft und denen Ständen gemeinſam zuſtehet, nichts neues enthält, ſondern der Obſervanz, auch den Reichs- und Landesgeſetzen vollkommen gemäß iſt. Ich habe ſowohl in meiner *Commentation de jure Villicorum* Cap. 6. §. 1. ſeq. als in dem Bericht vom Abmeyerungs-Recht p. 1. 2. angemerket, und will es nächſtens aus der teutſchen Antiquität mit mehrerem beſtärken, daß man von denen Steuren und Contributionen, welche heutiges Tages faſt überall aufgebracht werden, in Teutſchland fürmals wenig gewußt, ſolche aber in neueren Zeiten fürnemlich deswegen eingeführet hat, weil, nachdem die Art zu kriegen geändert iſt, und die Landesherrſchaft zu ihrem Standesmäſſigen Unterhalt ein mehreres verwenden müſſen, wie vor Alters geſchehen, man aus den Cammer-Güthern ſo groſſe Koſten nicht beſtreiten können. Die mehreſte Fürſten und Herren geriethen dadurch in eine ſolche Schuldenlaſt, daß das Land ſich genöthiget ſahe, zuzutreten, die Abtragung der Schulden zu über-

nehmen, und zu ſolchem Ende gewiſſe Schatzungen aufzubringen. Dieſes geſchahe nun auch im Stift Hildesheim, und wurde Anno 1425. Biſchof Magno eine Beede oder Schatzung bewilliget, um die verſetzte Schlöſſer Steuerwald, Peina und Wintzenburg einzulöſen, anbey gewiſſen Perſonen aus den Mitteln der Stände aufgegeben, dieſe Schatzung zu erheben und zu Reluition beſagter Schlöſſer anzuwenden, als welches man vom Thumcapitul Johann von Schwiecheldt, Boden von Salder, und Borchert Steinhof, von den Stiftern Johann Dechanten des Stifts Stæ Crucis, Hermann Wrißbergen Canonico St. Mauritii, und Johann Præpoſito in Sulta, von der Ritterſchaft Sievert von Rautenberg, Herman Breſen und Thiele Barner, von den Städten aber Henrich Struing, Bürgermeiſtern zu Alfeld, Störing, Bürgermeiſtern zu Bockenem, und Eggert Wolring, Bürgermeiſtern in Peine committirte. Es machte ſich aber der Biſchof cum Conſenſu Capituli dagegen verbindlich, daß er ferner keine Schatzung von den Ständen begehren und aufnehmen laſſen wollte, ſo lange er Biſchof zu Hildesheim ſey. Biſchof Johann wurde auch Anno 1508. unter der Bedingung eine Steuer verwilliget, daß ſechs Sammler oder Collectores, als nemlich zwey vom Thumcapitul, zwey von den Stiftern, und zwey von der Ritterſchaft ſolche heben, in einen beym Rath zu Hildesheim niederzuſetzenden Kaſten legen, und des Biſchofs Schulden damit bezahlen ſollten. Es iſt bekannt, in was vor einen fatalen Krieg dieſer Herr mit Herzog Erich und Heinrichen von Braunſchweig und Lüneburg verfallen, und daß dadurch der größte Theil des Landes verlohren gangen. Die ſiegende Herzoge theilten ihre Conqueten unter ſich, und incorporirten ſelbige denen Fürſtenthümern Wolffenbüttel und Calenberg. Die Einwohner ſolcher von dem Stift abgeſonderter Lande, hatten demnach ein gleiches Schickſal mit den Ständen und Unterthanen beſagter Braunſchweigiſcher Fürſtenthümer. Auch dieſe ſahen ſich nun genöthiget, ihre Landesherrſchaften von der groſſen Schuldenlaſt, worinn ſie gerathen waren, zu befreyen. Dagegen aber wurde den Landſchaften gleichfalls einge-

räumet

räumet, daß ſie die Streuren erheben, und damit die Gläubiger befriedigen ſollten, welches Herzog Henrich Julius im Fürſtenthum Calenberg zu Eltze Anno 1594. und im Fürſtenthum Wolffenbüttel Anno 1597. auf dem Landtage zu Schöningen verwilligte. Dieſes iſt alſo der Urſprung des Schatz-Collegii und Ærarii, welches bisher ſowohl in den Herzogthümern Calenberg und Wolffenbüttel, als im Hochſtift Hildesheim beybehalten worden, und woraus nicht nur die zur Zeit der Errichtung vorhandene, ſondern auch viele andere nachmals übernommene Schulden bezahlet ſind, und noch jährlich bezahlet werden. In dem ſogenannten kleinern Stift Hildesheim, welches allein dem Biſchof in dem Braunſchweigiſchen Kriege verbliebe, geſchahen nicht weniger währender Dismembration Verwilligungen, um Schulden abzuführen, bevorab Anno 1569. 1587. 1593. 1612. und 1614. Nachdem auch Anno 1643. den bisher in Braunſchweigiſchen Händen geweſenen Stiftstheil Churfürſt Ferdinandus als Biſchof zu Hildesheim durch eine mit denen Herzogen von Braunſchweig getroffene Transaction wieder erhielte, wurde dabey paciſciret, daß die von den Hildesheimiſchen Ständen, wie ſie mit denen Braunſchweigiſchen in einem Corpore geweſen, übernommene Schulden von jenem pro rata abgetragen werden, und, um die Gläubiger vergnügen zu können, die angelegte Schatzungen und Collecten der Braunſchweigiſchen Schatzordnung gemäß in ihrem Lauf bleiben ſollten.

Als dieſe oberzähltermaſſen eingeführet wurden, hoffete man die zur Erhaltung des Landes nöthige Ausgaben damit vollkommen zu beſtreiten. Allein ſolche Hofnung ſchlug gar ſehr fehl, und wurde die Laſt der ſteuerbaren Unterthanen überaus vermehret, als man dieſe überdem mit Contributionen belegen, und alſo nebſt dem Schatz-Ærario noch beſonders eine Contributions-Caſſe errichten mußte. Deren Urſprung iſt in dem 30. jährigen Teutſchen Kriege zu ſuchen. In ſelbigem erhielten die kriegende Partheyen groſſe Armeen auf fremde Koſten. Der Graf Khevenhiller erzählet in ſeinen *Annalibus*

Ferdinandeis Tom. X. pag. 802. daß der bekannte Kayſerliche General Wallenſtein der erſte geweſen, welcher dieſen Modum, Krieg zu führen ohne Entgeld des Kriegesherrn, erfunden. Seine Worte lauten „ daſelbſt gar merkwürdig alſo: „ Weil aber die Länder ſchon viel „ gelitten, denſelben auch nicht zu trauen war, die Cammergefälle erſchöpfet, und allenthalben Mangel erſchienen, iſt man allenthalben „ angeſtanden, bis lezlich Albrecht von Wallenſtein ein Mittel vorge„ ſchlagen, wie Ihro Kayſerl. Majeſtät ein mächtiges Kriegesheer auf „ die Beine bringen, und viele Jahre unterhalten mögte. Er müßte „ aber hiezu in 50000. Mann zu Roß und Fuß haben. Und als die „ Kayſerl. Miniſtri dieſen Vorſchlag für deſperat gehalten, und darauf „ geantwortet, wann man nicht Mittel hätte 20000. Mann zu wer„ ben, und zu mainteniren, wo man erſt 50000. Mann aufbringen „ und bezahlen würde? Hat er repliciret, mit 20000. Mann könnte „ er ja die Länder nicht in Contributionen, wohl aber mit 50000. „ Mann ſetzen. Darauf mit ihm geſchloſſen, daß er erſtlich 20000. „ Mann, und hernach das übrige werben ſollte, und ihm etliche Crayſe „ in Böheim zu Muſter- und Sammel-Plätzen eingeräumet, daraus „ er und aus denen anderen Orten, wo er hinkommen, ſo viel Contri„ bution gezogen, daß er nicht allein das Volk verſammlet, ſondern „ noch ſich und die Seinigen reich gemachet, und alſo der erſte geweſen, „ der dieſen Modum Krieg zu führen, ohne Entgeld des Kriegesherrn „ Beutel gefunden.„ Die Dänen, Schweden, Bayern, Braunſchweiger und Heſſen folgeten dieſem Exempel gar genau, und verſchaffeten alſo nicht nur ihren Armeen nöthigen Unterhalt, ſondern brachten noch überdem zum Theil groſſe Reichthümer zuſammen; wie denn von den Schweden beym PUFENDORF *de Rebus Brandenburgicis* Lib. XI. §. 90. geſaget wird, eos per octodecim annos bellum in Germania geſſiſſe, ac parum pecuniæ é Svecia exportaſſe, plurimum eidem intuliſſe. Währender ſolcher Kriegesunruhe ſind demnach die Länder faſt beſtändig in Contribution geſetzet, und iſt deswegen im Stift Hildesheim An. 1645. einen Ausſchuß der Stände verordnet worden, um die

monat-

monatlich aufbringende Kriegesanlagen billigmäſſig zu vertheilen, und das nöthige zu veranſtalten, wann unverſehener Zufälle halber Nebenanlagen gemachet werden müßten.

Der Weſtphäliſche Friedensſchluß hat den übrigen Kriegesbedrückungen zwar ein Ende gemachet, von der Contributions-Laſt aber die Unterthanen keinesweges befreyet. Zuförderſt mußte man die den Schweden verwilligte Satisfactions-Gelder abführen. Demnächſt fanden es viele teutſche Fürſten nicht rathſam, den Degen aus der Hand zu legen, ſondern ſezten ſich noch wohl in eine ſtärkere Armatur, als worin ſie bisher geweſen. Die ſchwächere Stände wurden von den mächtigern mit Einquartierungen beleget, und ſehr erſchöpfet, welches PUFFENDORF d. l. Lib. 13. §. 2. damit entſchuldigen will, quod utique par ſit, ut qui pro univerſis pugnant, ſaltem ab his alantur; utque hi, dum ab iſtis proteguntur, in aliquam oneris partem veniant. Conf. *L'Hiſtoire du Regne de Louis XIII. Roi de France par* VASSOR Tom. 4. lib. 17. pag. 238. 239. Inſonderheit iſt das Stift Hildesheim mit dieſer Laſt heimgeſuchet worden, und berichtet PUFFENDORF d. l. lib. 18. §. 8. Ducem Hannoveranum Johannem Fridericum opimis in Imperio hoſpitiis graviſum eſſe, ſolo Hildeſienſi præſulatu per eos annos ſexcentis uncialium millibus emuncto. Währenden teutſchen Krieges waren die Länder mit ſchweren Schulden beladen, und dieſe mehreten die gemeldete Kriegesverfaſſungen, mithin mußte die Contributions-Caſſe beybehalten werden, um den Gläubigern daraus Zinſen und Capitalien reichen zu können. Man bewegte auch die Landſchaften verſchiedener onerum, die Fürſtliche Cammer zu entledigen, welche ſie bisher allein tragen müſſen, mithin wurden der Landesherrſchaft vielfältig anſehnliche Subſidia ohne Schuldigkeit zu Bezeigung der Stände wahrer Devotion verwilliget, weswegen dann faſt überall die zur Kriegeszeit eingeführte Steuren annoch entrichtet werden, oder doch nur der modus collectandi und das aufzubringende Quantum verändert iſt. Im Stift Hildesheim bezahlen demnach die

Unterthanen gleichfalls nebſt den Schatz-Collecten jährlich gewiſſe bey Landtagen verwilligte Contributiones.

Gleichwie aber der gnädigſten Landesherrſchaft nicht alles, was von ſolchen Contributionen aufkömmt, ſondern nur gewiſſe determinirte Geldſummen verwilliget werden, ſo folget natürlicher Weiſe daher, daß der Ueberſchuß dem Lande bleibet, und ohne der Stände ausdrücklichen Conſens davon nicht diſponiret werden mag. Deren Einwilligung erfordern die Landesgeſetze ausdrücklich, und heiſſet es im Landtagsabſchied de 1614.: „ So wollen Ihre Churfürſtl. Durchl. ſich „ gleichwohl dahin gnädigſt erbothen haben, was dazwiſchen über die „ Tax des Schuldenlaſts eingebracht, ſolches zu keinem andern En„ de, dann allein zu dieſes Stifts und Dero Ständen ſelbſt frommen „ und Nutz, wozu Dieſelbe es nebenſt Höchſt-gemeldt Ihro Chur„ fürſtl. Durchl. zu verwenden nöthig erachten, deſtiniren, und würk„ lich gebräuchlich zu laſſen. In dem am 26ſten Febr. 1662. formirten, mit Fürſtlicher Regierung und ſämtlicher Stände Inſiegeln beſtärketen Statu Contributionis geſchahe dem Receptori die Bedeutung, daß er über die darinn benannte Poſten nichts auszahlen ſolle, mit dieſen Worten: „ Worüber von Ihme Landrentmeiſtern nicht geſchrit„ ten, noch etwas, es habe Namen und Schein, wie es wolle, „ in Rechnung oder Ausgabe gebracht, ſonſten ſolches nicht paſſiret, „ alles auch mit richtigen Quittungen beſcheiniget werden ſolle. Der Status contributionis de 1665. enthält folgende hieher gehörige Paſſage: „ Was aber über die Zehrung andere gemeine und ungewiſſe Ausgaben „ anlanget, weilen darunter ſo wenig gewiſſe Species als Summen „ geſetzet werden können, ſoll der Land-Rentmeiſter vor der Auszah„ lung nebſt der Fürſtl. Regierung Befehl, auch Einem Hochwürdi„ gen Thumcapitul und den Sieben Stiftern, imgleichen wann von „ der Ritterſchaft und Städten Niemands zur Stelle, auch die Aus„ gabe von der Eilfertigkeit, daß deshalb keinmand herein gefordert „ werden könne, wegen derſelben zum wenigſten der Syndicus Herr

„ Doct.

„ Doct. Friedrich Ulrich Blume dazu gezogen, und von demſelben der
„ Befindung nach, die Bewilligung geſchehen, er der Behuf auch Kraft
„ dieſes dazu genugſam bevollmächtiget ſeyn, und von dem Land-Rent-
„ meiſter demnechſten ein Bewilligungsſchein bey ſeiner Rechnung pro-
„ ducitet werden. In der Union, welche am 30ſten Junii 1668.
zwiſchen Einem Hochw. Thumcapitul, denen Löbl. Sieben Stiftern und
Neun Feld-Clöſtern errichtet worden, verbanden ſich dieſelbe unter
andern §. 22. alſo: Atque ob hunc finem etiam non permittemus,
ut collectæ in quas & nos & reliqui conſtatus noſtri unanimi voto
conſenſimus, in alium quam determinatum finem impendantur. Hinc
in omnibus comitiis debite indictis atque aliis diætis publicis certus
formabitur Status & Receſſus in ſcriptis ſub Regiminis & noſtrum Capituli Cathedralis & ſeptem Eccleſiarum atque cæterorum vel majorum
Statuum conſentientium ſigillis & ſubſcriptionibus ſolitis, in quo ſpecifice deſignetur, in quantum pecuniarum ſummam, item in quem
finem, & quo tempore ſolvandam, nos, modo dictum Capitulum cathedrale nec non ſeptem Eccleſiæ conſenſerimus, atque ne
vel amplius pecuniæ vel alium in finem impendatur, vel citius quam
conventum vel appromiſſum exigi velit, nobis & reliquis Statibus, &
quidem cuique ſingulatim authenticum exemplar hujusmodi Receſſus
tradatur. In dem Convent der Deputirten Fürſtl. Regierung und
Löbl. Stände zum gröſſern Ausſchuß faſſete man laut Protocolli vom
7ten Julii 1699. folgenden Schluß: „ Die an den Vice-Landrentmei-
„ ſter abgehende Befelcher ſollen von allerſeits Ständen Syndicis über
„ die gemeine Ausgaben allemal förmlich unterſchrieben, ſonſten ihme
„ in Rechnung nichts paſſiret werden. Beſage Protocolli d. 24.
„ Maji 1705. wurde (und zwar in Gegenwart des Canzlers von Zim-
„ mermann) gleichfals reſolviret, daß die Syndici Statuum ſammt-
„ lich fortan alle Aſſignationes unterſchreiben ſollen; und als An. 1717.
dem Receptori die Zahlung einiger unverwilligter Gelder angemuthet
wurde, ſo mahneten denſelben ſämtliche Stände davon ab, und erin-

nerten

merten ihn, ſeine Pflichten hierunter wohl vor Augen zu haben, und ſich zu erinnern, wozu ihn der dem Gnädigſten Landesfürſten und geſamten Landſtänden vormals abgeſtattete Eid verbinde.

Dieſes alles beſtärken auch die Reichsgeſetze, indem ſie den Landſtänden nur verbiethen über die Landſteuer, deren Empfang, Ausgabe und Rechnungs-Receſſirung eine privative Diſpoſition an ſich zu ziehen. *Vid. Capitulatio Leopoldina* Art. 3. *Capitulatio Joſephina* Art. 3. *Capitulatio Carolina* Art. 15. Der *Autor Meditationum ad Capitulationem Joſephinam* Art. 3. *voc.* **Landſteuer** ſchreibet daher pag. 80. 81. ganz recht: Jus indicendi tributa & collectas ad ſuperioritatem territorialem pertinet; *Jus autem conſentiendi cum voto negativo*, etiam tributa indicta diſtribuendi, quantum ſcilicet quilibet ad ſummam conventam conferre debet, *ſtatibus provincialibus competere ſolet. Cum itaque Princeps cum ſtatibus ſuis hoc jus conjunctim exerceat*, illiusque maxime interſit, ne unus præ altero gravetur, ſed juſta proportio obſervetur, & tributa à ſubditis exſoluta ad debitum quoque finem erogentur, itaque absque injuria Principis ſui Status provinciales diſpoſitionem circa tributa ſibi ſolis neutiquam privative ſumere, nec eum penitus excludere de jure poſſunt; und Herr von Ludolff lehret in *in Symphor. 1. Conſult. 6.* pag. 153., Capitulationem Carolinam Art. 15. ſatis clare evincere, quod etiam imperantium diſpoſitio excludere non debeat ſtatuum provinciæ concurſum, qui more recepto in Germania ſubditos cæteros repræſentant - - - Hinc ubicunque ſtatus provinciales ſunt in Imperii provinciis, eorumque authoritas depreſſa non eſt, receptores ærarii publici ab ipſis ſtatibus nominari, ab Imperante confirmari, in rationibus etiam ſuſcipiendis ſtatuum Provinciæ eſſe partes. Imgleichen beſtärket dieſes Herr Kemmerich *Diſſert. de Jure collectarum provincialium* §. 19. alſo: Cum in illis provinciis, ubi ordines ad collectas decernendas concurrunt, Dominus cum his jus collectandi conjunctim

ctim exerceat fas eſt, *ut etiam adminiſtratio collectarum decretarum conjunctim geratur*, ita ut neque Status provinciales cum excluſione Domini, diſpoſitionem de collectis ſibi ſumere, neque etiam Dominus concurſum Statuum provincialium ab eadem excludere debeat. Wie es auch ein unrichtiger Schluß iſt, wenn man alſo argumentiret: Das gemeine Beſte erfordert dieſe oder jene Ausgabe, E. müſſen die dazu nöthige Gelder aus der Landes-Caſſe gereichet werden; habe ich bereits an einem anderen Ort dargethan, und gezeiget, daß in Teutſchland gemeiniglich die Fürſtl. Cammergüther alle Onera regiminis tragen, und die Landſtände nur ſolche übernehmen müſſen, 1) wann ſie aus den Domanial-Gefällen nicht beſtritten werden können, 2) die Reichsgeſetze ſollen denen Unterthanen auflegen, und 3) dafern dieſe die Fürſtl. Cammer derſelben entlediget, und ſich zu deren Abführung verbindlich gemachet haben. Vid. Herrn Mosers vermiſchte Schriften, pag. 250. ſeq. Immittelſt ſind nicht wenige politiſche Umſtände vorhanden, welche die Stände bewegen, ihr Recht nicht allemal zu gebrauchen, ſondern der Landesherrſchaft auch alsdenn unter die Arme zu greiffen, wenn ſolches keine rechtliche Nothwendigkeit erfordert. Aus dieſem allen lieget dann klar vor Augen, daß den Hildesheimiſchen Ständen kein neues Recht mitgetheilet, ſondern nur ihre in den Reichs- und Landesgeſetzen unumſtößlich gegründete Befugniß agnoſciret worden, wann ihnen beym Landtag Anno 1725. folgende Reſolution ertheilet iſt: „Soll von dem Ueberſchuß „der verwilligten monatlichen Contributionen von niemanden einſeitig „diſponiret, ſondern ſelbige zu dieſes Hochſtifts Nutzen und Beſten, „wohin Se. Churfürſtl. Durchl. oder Nahmens Deroſelben Dero „heimgelaſſene Regierung und löbliche Stände es nothwendig zu ſeyn „erachten, verwendet werden.

Zur Sect. II. §. VIII. lit. a.

Daß das Herzogliche Wolffenbüttelſche Hofgericht in allen Juſtitzſachen, welche der Canzley nicht ausdrücklich vorbehalten ſind, mit

ſelbiger concurrentem jurisdictionem hat, auch der lezteren die Conſtitution de 1699. nur die Vertheidigung derer Territorrial-Gränzen wider benachbarte Reichsſtände reſerviret, mithin wenn wegen der Jurisdictional-Gränzen zwiſchen den Fürſtlichen Aemtern und adelichen Gerichten Streitigkeiten entſtehen, auch das Hofgericht ſolche entſcheidet, erweiſet folgendes Atteſtatum: „ Des Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Ludewig Rudolph, Herzogen zu „ Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. Wir verordnete Vice-Hofrichter „ und Aſſeſſores: Fügen hiemit zu wiſſen: Demnach die Deputirte „ von der löblichen Ritterſchaft und Städten des Hochſtifts Hildesheim „ Uns zu vernehmen gegeben, wie Sie eines Atteſtati in forma extenſa dahin benöthiget, welchergeſtalt das hieſige Fürſtl. Hofgericht „ nicht weniger, als hieſige Fürſtl. Canzley von Gnädigſter Landes- „ Herrſchaft zu ordentlicher Adminiſtration der Juſtitz gewidmet, und „ dieſer letzteren nur die Criminalia, Lehn- und diejenige Sachen, ſo „ derer mit Ober- und Untergerichten verſehenen Beamten und Gerichts- „ Herren Perſonen betreffen, wenn nemlich die Frage iſt, ob ſelbige „ ſub nomine aut prætextu. Officii eine Miſſethat begangen, ſamt „ denen Quæſtionibus de peregrinitate aut ſtatu civium allein und „ privative reſerviret ſeyn, in allen anderen Cauſis aber, ſo eine „ gerichtliche Cognition erfordern, das Fürſtl. Hofgericht mit der „ Fürſtl. Canzley allhier concurrentem jurisdictionem habe, mithin, „ wenn zwiſchen den Fürſtl. Aemtern und adelichen Gerichten wegen „ der Jurisdictional-Gränzen Zwiſtigkeiten entſtehen, deren Erörter- „ ung ſowohl vor das eine als andere Dicaſterium gehöre, und nur „ die Vertheidigung der Territorial-Gränzen wider benachbarte Reichs- „ ſtände der Fürſtl. Canzley allein obliege. Und dann dieſes alles „ ſowohl der hieſigen Fürſtl. Hofgerichtsordnung vollkommen gemäß „ iſt, als auch die im Fürſtl. Hofgerichts-Archiv vorhandene Acta bezeugen, daß abſonderlich dergleichen Rechtshändel, ſo die Jurisdictional-Gränzen zwiſchen den Fürſtl. Aemtern und adelichen Gerichten „ betreffen, würklich vor Uns ventiliret worden; So haben Wir Uns

„ ſol-

„ ſolches zu bezeugen, nicht entlegen können; Geſtalten Wir dann hiemit „ und Kraft dieſes atteſtiren, daß obiges der Ordnung und Obſervanz „ nach bey hieſigem Fürſtl. Hofgericht ſich in allen alſo verhalte. Uhr„ kundlich des hierunter gedruckten Fürſtl. Hofgerichts-Secrets. Geben „ im Fürſtl. Hofgericht. Wolffenbüttel, den 25. November 1733.

L.S.

Zur Sect. III. §. XII. lit. g.

Es iſt merkwürdig was Franckenberg oder vielmehr der Königl. Pohlniſche und Churfürſtl. Sächſiſche Staats-Miniſter von Zech in dem **Europäiſchen Herold** in des IVten **Haupttheils 4ten Hauptſtück** pag. 922. von der Chur- und Fürſten zu Sachſen Foro, wann ſelbige ihrer Patrimonial-Güther halber in Streit gerathen, ſchreibet. Seine Worte lauten daſelbſt alſo: „ Herzog Wil„ helm zu Sachſen hat Anno 1446. mit ſeiner Landſchaft von Präla„ ten, Grafen, Herren, denen von der Ritterſchaft Adel und Städ„ ten eine ſolche Conſtitution aufgerichtet, daß keiner bey Vermeidung „ der Acht von denen Unterthanen jemand vor ausländiſche Gerichte, „ Geiſt- oder Weltliche ziehen, und daß die Chur- und Fürſten zu „ Sachſen vermöge der Hofgerichtsordnung vor ſolchem Hofgerichte we„ gen ihrer Patrimonial-Güther ſtehen, und Recht geben, oder doch „ gewillkührte Richter aus der Landſchaft niederſetzen wollten. Welches „ auch in Kuntz von Kauffung und Vitzdoms von Apolda Händeln, „ item in Sachen Anton von Schönberg, contra Herzog Georgen „ Anno 1539. in puncto ſeiner der Evangeliſchen Religion, wegen „ eingezogener Güther, ferner Georgen von Collmetſch wider Churfürſt

„ Joh. Friedrich in einer Lehnſach, dem man zween Räthe, und zween „ ſeiner Freunde niederſetzen müſſen, desgleichen in Pancratz von Pöll„ nitz Sache ꝛc. ꝛc. beobachtet worden. In der Schwartzburgiſchen „ Gleitsſache iſt man auch darauf beſtanden, daß die Churfürſten und „ Herzoge zu Sachſen Dero Unterthanen nirgends als vor denen Chur„ und Fürſtl. Räthen zu Recht zu ſtehen Herkommen wäre. Man ſiehet es alſo in Sachſen wie ein Vorrecht der Landesherrſchaft an, daß Sie in dergleichen Sachen in Foro Auſtregarum nicht zu Recht ſtehen darf, ſondern die klagende Unterthanen ſich an die ordentliche Landes-Dicaſteria wenden müſſen. Diejenige Vertheidiger der Landesfürſtl. Gerechtſame, ſo begehren, man ſolle ſelbige von ſolchen Gerichten ad Forum Auſtregarum verweiſen, äuſſern eine ganz contraire Meynung, welche, ob ſie den Regulis politicis gemäß, und einem Teutſchen Fürſten anzurathen, ſeine Unterthanen zu nöthigen ihn vor die Gerichte anderer Reichsſtände zu ziehen? ich dahin geſtellet ſeyn laſſe. Ob gleich die Judicia auſtregalia gröſſere Koſten erfordern, als man bey den ordentlichen Dicaſteriis aufwenden muß, ſo würden doch die Unterthanen bey ſich ſelbſt ſehr übel handeln, wenn ſie nicht dieſe viel lieber aufwendeten, als ſie den Weg Rechtens gar ſperren, und das zu ihrem Untergang reichende Principium einführen lieſſen, daß ihnen nicht einmal wider die Fürſtl. Aemter in Jurisdictions-Jagd- und dergleichen Streitigkeiten eine gerichtliche Klage zu erheben erlaubet, bevor dieſelbe, nicht den Richter, ſondern die Fürſtl. Räthe, und unter dieſen den Cammer-Conſulenten überzeuget haben, daß ſie mit einem hinlänglichen Titulo verſehen ſind.

Zur Sect. III. §. XII. lit. i.

Auch in den Königl. und Churfürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen werden von den Hofgerichten die die Königl. Cammer und Aemter betreffende Rechtshändel entſchieden. Der Calenbergiſche **Landtagsabſchied** de 1639. diſponiret Art. 2. davon alſo: „Se.

„Fürſtl.

„ Fürſtl. Gnaden wollen es dahin richten, daß der Juſtiß ihr ſtarker „ Lauf gelaſſen, und Dero Behuf alle Sr. Fürſtl. Gnaden hohe und „ niedrige Officier, auch Unterſaſſen, Unterthanen, Angehörige und „ Einwohner niemand vom höchſten bis zum niedrigen ausgenommen, „ dem Fürſtl. Hofgericht und der Rathsſtube ohnweigerlich unterwor„ fen, auch der Forſt-Jagd-und Amtsſachen halber an die Fürſtl. „ Rathſtube und Hofgericht auf der Partheyen Anſuchen Proceß er„ kannt, und darinn rechtlich cognoſciret und procediret werden ſolle. In den übrigen Königl. Teutſchen Landen iſt der Hofgerichte Jurisdiction nicht enger eingeſchränket, wie Herr Ober Appellations-Rath PUFENDORF *Introduct. in Proc. civ.* Part. 1. Cap. 2. §. 5. alſo bezeuget: Rex noſter & Elector Sereniſſimus in cauſis quæ Cameram ipſius & præfecturas & jura ſpectant, cognitioni ſeſe tam Tribunalis ſupremi provocationum cauſis conſtituti, quam cancellariarum juſtitiæ & *curiarum provincialium* ſubmiſit.

Zur Sect. IV. §. XXVIII.

Was ich hieſelbſt von denen den Ständen ertheilten Landesfürſtlichen Conceſſionen geſaget habe, beſtärket Herr LUDEWIG *in Reliquiis MSS.* Tom. IV. Præf. pag. 21. 22. alſo: Sed præ aliis omnibus momentoſum eſt Rudolfi I. Imperatoris diploma, quo ipſe munit Styriæ Ordinum libertatem. Neque enim meo judicio hoc privilegii indolem habet: cum ea recenſeat litteris, quæ moribus debentur ordinibus provincialibus ſive Landſaſſiis in Germania. Grotius olim *in Hollandiæ comitatus jure publico ſingulari* talia retulit inter jura Germaniæ provinciarum ſingularia. Quem fruſtra ideo impetiit Conringius. Quaſi finxiſſet ille talia in gratiam Belgii liberioris hodierni. Id volo, fuiſſe hæc jura provincialia propria Germaniæ univerſa; Und Herr von LUDOLFF *Symphor.* 1. *Conſult.* 6. pag. 156. will gleichfalls, daß kein merum Privilegium in denen zwiſchen der Landesherrſchaft, und den Ständen errichteten Receſſen zu vermuthen,

wenn er folgendergeſtalt ſchreibet: Non contradicitur à Domina appellata primum fundamentum Receſſus provincialis, qui de conſtitutione Receptoris agit. De interpretatione tantum laborat, eſſe actum gratiæ, ad conſequentias non trahendum. Ego puto, quod etiamſi ita conventum non eſſet, tamen fuerit juris. Ergo non eſſe actum gratiæ. Deinde ipſe Receſſus nihil de gratia dicit. Quod alioqui caute exprimere ſolent Principes, ſi agant cum ſtatibus provinciæ.

Vielfältig melden die Landtagsabſchiede und Reſolutiones, daß dieſes oder jenes der Fürſt ſeinen Ständen **aus Gnaden** accordiret habe, ohnerachtet die Natur der Sache erweiſet, daß vielmehr ein Actus juſtitiæ als gratiæ geübet worden. Es pfleget gemeiniglich zu heiſſen: Sereniſſimus wolle **Gnädigſt** die Unterthanen bey den wohlhergebrachten Juribus ohngekränket laſſen; welches doch die Gerechtigkeit erfordert. Ich ſtelle keineswegs in Abrede, daß die Landesfürſtl. den Ständen ertheilte Reſolutiones auch wohl Conceſſiones mere gratioſas enthalten. Man findet es aber ſelten, und iſt daher in dubio nicht zu vermuthen.

Regi-

Regiſter.

A.

Aemter.

Deren Urſprung pag 8. 9.

Appellationes.

An die Reichsgerichte binden den teutſchen Fürſten die Hände 51.

Wann ſie wider der Cammer Erkänntniſſe Platz finden? 36. 37.

Oder in Policeyſachen? 90.

Aſſeſſores.

Anzahl der Hildesheimiſchen Hofgerichts-Aſſeſſorum 16.

Sind Mitrichter 14.

Austräge.

Vor ſelbigen können die Unterthanen ihre Landesherren belangen 39.

Wenn deren Rechtshändel den Landesgerichten übergeben ſind, mag man ſie nicht an die Austräge verweiſen 39. 44. 45.

In Foro Auſtregarum gelanget man beſchwerlich zum Recht 44.

Die Landes Dicaſteria ſind kein eigentliches Forum auſtregarum 68.

Ob es dem Landesfürſtl. Intereſſe gemäß, die austrägliche Gerichte in Gang zu bringen? 108.

B.

Bayern.

Der Churfürſt wird daſelbſt von ſeinen Räthen belanget 40.

Braunſchweig-Lüneburg.

In dieſem Churfürſtenthum gehören die das Landesfürſtliche Intereſſe betreffende Sachen vor die Juſtitz-Collegia 41.

Auch vor die Hofgerichte 108. 109.

Bey deren Erörterung ſoll auf nichts als unpartheyiſche Juſtitz geſehen werden 41.

Die Rentcammer hat daſelbſt einige Jurisdiction 85.

C.

Cammern.

Sorgen vor die Beybehaltung der Domanial-Rechte 95. 44.

Ihre den Beamten in Streitſachen zur Beſchwerde der Unterthanen ertheilte Verhaltungsbefehle ſind der Dicaſteriorum Erkänntniß unterworfen 41.

Sie haben gemeiniglich in Teutſchland keine Gerichtbarkeit 66. 67. 68.

Ihnen ſind in einigen Landen gewiſſe Stücke derſelben beygeleget 85.

In ſo fern ſind es Juſtitz-Collegia 87.

Müſſen die Eſſentialia proceſſus in Acht nehmen 87.

Wider ihre Erkänntniſſe finden remedia ſuſpenſiva Platz 87. 88.

Cammergüther.

Dieſelbige betreffende Zwiſtigkeiten werden gemeiniglich von den höheren Gerichten des Landes entſchieden 39. 45.

Auch von den Hofgerichten 40. 42. 43. 44.

Canzley.

Welche Regierungsſachen vor ſie zu gehören pflegen? 33.

Capitulation.

Die Kayſerliche, entziehet den Unterthanen die Commoda poſſeſſionis nicht 46.

Contribution.

Deren Urſprung 93.

Warum ſie bey Friedenszeiten continuiret? 101.

Derſelben Ueberſchuß gehöret dem Lande 102.

Contributions-Caſſe.

Ohne vorgängigen Conſens der Stände, mag daraus keine Zahlung geſchehen 102. 103.

E.

Einquartierung.

In fremden Landen, wie man ſie zu entſchuldigen ſuchet 101.

Eid

Eid und Pflichten.

Deren werden die Richter erlaſſen, ſo in denen den Landesherrn betreffenden Sachen urtheilen ſollen 43. 44.

F.

Facti via.

Wider die Unterthanen zu verfahren, iſt den Teutſchen Fürſten nicht erlaubet 50. 51.

Fiſcus.

Wer bey den Römern dieſelbigen betreffende Zwiſtigkeit erörtert hat? 38.

Deſſen Jura können auch die Hofgerichte beurtheilen 89.

Fürſten.

Saſſen vormals ſelbſt im Gericht, und beurtheilten die erwachſene Rechtshändel 2. 3. ſeq.

Laſſen die zwiſchen ihnen und den Unterthanen entſtandene Zwiſtigkeiten von den Landesgerichten entſcheiden 39.

Wenn ſie nemlich jemand als privatos, nicht aber als Landesherren belanget 40.

Müſſen in allen mit den Unterthanen entſtandenen Irrungen einen Richter erkennen 46. 49.

G.

Geheimte Raths-Collegium.

Vor ſolches gehören an einigen Orten alle Regierungsſachen 33.

An andern ſind dieſe zwiſchen ſelbigem und der Canzley vertheilet 38.

Was der Geheimte Rath abhandelt zu Wolffenbüttel 25.

Zu Hannover 33.

Zu Hildesheim 33.

Deſſen Urſprung 35.

Er hat die oberſte Aufſicht über die Regalien 35. 62.

Geiſtlichkeit.

Würket Exemtiones von den Landgerichten aus 9. 13.

Einige Geiſtliche ſtehen unter ſelbigen 12. 13.

Können vor den weltlichen Gerichten actione reali belanget werden 9.

Kayſerl. Majeſtät geſtatten nicht, daß die Geiſtliche Richter in des Cleri weltlichen Händeln cognoſciren 10. 11.

Die Stift Hildesheimiſche Regierung hat ſich darwider geſetzet 10. 11.

Gerichtbarkeit.

Iſt ein Stück der höchſten Gewalt 2.

Wurde vormals in Teutſchland mit Zuziehung der Reichs- und Landſtände geübet 4.

Gerichte.

In ſelbigen ſaſſen vormals Könige und Fürſten ſelbſt 2. 3. 4.

Ob von den Landesfürſtlichen Gerichten an die Landtags-Verſammlungen appelliret worden? 6.

Ob die Anordnung zwey höherer concurrentem juriſdictionem habender Gerichte nützlich? 14.

Die Gerichte müſſen beurtheilen, ob die Jura principis erlaubter Weiſe von den Beamten vertheidiget worden? 62.

Von den Römiſchen kann man nicht allemal auf die Teutſche ſchlieſſen 66. 67.

Selbigen ſtehet die Erkänntniß darüber zu: Ob eine Obrigkeit Verordnungen zu machen befuget iſt? 90. 91.

Entſcheiden die aus den Policeyordnungen zu decidirende Streitigkeiten 91.

Geſetze.

Werden in den Regierungs-Collegiis concertiret, und von ſelbigen darüber gehalten 24.

Deren Promulgatio erfordert ein ſpeciale Mandatum principis 27.

Auch gemeiniglich eine vorgängige Communication mit den Ständen 27.

Mittelſt derſelben können der Stände Gerechtſame nicht geſchmählert werden 29.

Sie diſponiren regulariter nur de caſibus futuris 94.

Grenzſtreitigkeiten.

So zwiſchen den Fürſtl. Aemtern und adelichen Gerichten entſtehen, erörtern die Hofgerichte 106 107.

Die Vertheidigung der Territorial-Grenzen liegt den Regierungen ob, 25. 33.

H.

Hildesheimiſches Hof-Gericht.

Iſt ſchon vor der Stifts Fehde angeordnet geweſen 7. 8.

Vor ſelbigem kann der Catholiſche Clerus actione reali belanget werden 11. 12.

Churfürſt Ferdinand hat begehret, daß es wieder beſetzet werden mögte 15.

Auch Chur Fürſt Maximilian Henrich 16.

Welcher es eröfnen laſſen 16.

Anzahl

Anzahl der Aſſeſſorum deſſelben 16.

Sämtliche Stände haben deſſen Anordnung begehret 16. 17.

Ueber die dem Hof-Gericht von der Canzley geſchehene Eingriffe ſich beſchweret 17.

Das Hof-Gericht hat concurrentem jurisdictionem mit der Canzley 22.

Welche Sachen von deſſen jurisdiction ausgenommen ſind? 72.

Dieſe iſt ungewöhnlich eingeſchränket 77. 78.

Das Hofgericht erkennet mit Zuziehung einiger Fürſtl. Räthe über der Fürſtl. Cammer und Aemter Streithändel 71. 81.

Die Fürſtl. Räthe votiren darin viritim 81. 83. 84.

Müſſen im Hofgericht erſcheinen 81. 83.

Selbiges beurtheilet: Ob die Beamte mit Fug von den Unterthanen einer Oppreſſion beſchuldiget werden? 82. 84.

Hildesheimiſche Hofgerichtsordnung.

Der Landesfürſt und ſämtliche Stände haben längſt deren Publication begehret. 16.

Hildesheimiſche Landſtände.

Haben die Anordnung des Hofgerichts begehret 16.

Sich über die dem Hofgericht von der Canzley geſchehene Eingriffe beſchweret 17. 75. 76.

Ohne vorgängige Communication mit ſelbigen ſind keine Landesordnungen zu promulgiren 29. ſeq.

Ohne deren Conſens mag aus den Landes-Aerariis keine Zahlung geſchehen.

Hofgerichte.

Deren Urſprung 9.

Sind gemeiniglich mit Ständen oder deren præſentatis beſetzet 9.

Wie weit ſich ihre Jurisdiction zu erſtrecken pfleget? 9.

Sind älter als die mit der Gerichtbarkeit verſehene Landesregierungen 14.

Nach dem Modell des Kayſerl. Cammergerichts angeordnet 20. ſeq.

Beurtheilen der Fürſtl. Cammer und Aemter Rechtshändel in Sachſen 40.

Im Herzogthum Wolfenbüttel 42.

Im Stift Hildesheim 43.

J.

Jagdt, in deren Poſſeſſion werden die Unterthanen wider den Landesherrn geſchützet 51. 52.

Ob ſie regulariter den Landesfürſten in fundis nobilium zuſtehe? 57.
Bevorab aber in den Lehnſtücken 58.

Ignorantia.

Facti alieni wird præſumiret 59.
Juramento erhalten, wenn ſie auch minus probabilis wäre 59.

Interpretatio.

Authentica geſchiehet vom Landesherrn mit Zuziehung ſeiner Regierung 24.
Iſt ein neues Geſetz 33.
Erfordert demnach eine vorgängige Communication mit den Landſtänden 32. 33.
Findet nur Platz, wenn der Verſtand eines Geſetzes ſonſt nicht mag erforſchet werden 93.

Juſtizſachen.

Welches ſolche eigentlich ſind? 23. 26.

K.

Könige.

Saſſen vormals öfters ſelbſt auf dem Richterſtuhl 2.
Ob ſie in den zwiſchen ihnen und ihren Unterthanen entſtehenden Zwiſtigkeiten ſich dem Richterlichen Spruch zu unterwerfen ſchuldig 36. 37. 38.
Wo deren Zwiſtigkeiten in Teutſchland erörtert worden? 39.

Kriegesverfaſſung.

Verurſachet, daß die in Kriegeszeiten eingeführte Contributions-Laſt bey Friedenszeiten continuiret 10.

L.

Landgerichte.

Von ſelbigen wirketen einige Geiſtliche Exemtiones aus 8. 9.
Andere ſtunden unter ſolchen 13.
Es fanden ſich höhere und niedere Landgerichte 13.

Landſtände.

Die Negotia ſo mit ſelbigen zu pflegen, gehören vor die Regierung 25.
Von ihrer Concurrenz ad legislatoriam poteſtatem 27.
Mit ihrer Zuziehung wurden die wichtigſten Streithändel entſchieden 4.

Aus

Aus ihren Mitteln oder mit ihren Præſentatis beſetzet man gemeiniglich die Hofgerichte 9.

Ihnen ſtehet cura ærarii mit dem Landesherrn gemeinſam zu 104.

Lehnſachen.

Vor welches Gerichte ſie gehören 77. 78.

Die inter vaſallum & extraneum entſtehende Zwiſtigkeiten werden in foro communi erörtert 78. 79.

M.

Mandata.

Finden in cauſis poſſeſſionis Platz 50. ſeq.

Auch wider die Landesobrigkeiten 50. 51.

St. Mauritii Stift.

Wird wegen Aufhebung eines todten Körpers beſtrafet 54.

Erſtreitet reſtitutionem der abexequirten Geldſtrafe beym Kayſerl. Cammergericht 55.

Ihm iſt das Halsgericht und die Vogtey verliehen 55.

Befindet ſich in poſſeſſione, die Peinliche Fälle, ſo nicht auf Hals und Blut gehen, zu ſtrafen 55.

O.

Obrigkeit.

Machet Verordnungen in Policeyſachen 90.

Die Landesherrſchaft kann dieſelbe aufheben 90.

Obſervantz.

Selbige entkräften der Stände auf Landtagen vorgebrachte Beſchwerden 90.

P.

Policeyſachen.

Gehören vor die Regierungen, wenn die Frage: ob etwas zu verordnen 89. 90.

Alle Obrigkeiten laſſen darin Gebot und Verbot ergehen 90.

Was eigentlich Policeyſachen ſind? 91. 92.

Gehören vor die Juſtitz-Collegia, wenn ſuper juribus privatorum geſtritten wird 93.

Poſſeſſio.

Deren Commodum entziehet die Kayſerl. Wahl-Capitulation den Unterthanen keinesweges 50.

Iſt eine ſtreitige Rechtsfrage: Ob ein Poſſeſſorium contra principem ſtatt findet? 63. 64.

Preußen.

Der König läſſet daſelbſt die fiſcaliſche Sachen vor den Juſtitz-Collegiis erörtern 41

Will, daß in ſolchen die Richter nicht auf ſein Intereſſe, ſondern auf die Juſtitz ſehen ſollen 41.

Seine Cammern haben in gewiſſen Fällen die Jurisdiction 85.

Privilegia.

Ertheilet der Landesherr mit Zuziehung ſeiner Regierung 25. 26.

Nicht aber die Regierung ſine ſpeciali mandato Principis 26.

Die von den Ständen ausgewirkte Reſolutiones ſind ſelten wahre aus bloſſen Gnaden ertheilte Privilegia 94. 95.

Dieſe können nicht wider den Buchſtäblichen Inhalt gedeutet werden 95. 96.

Ein Richter mag aus ſelbigen Rechtshändel entſcheiden 96.

Nicht aber der Privilegians ſie zu ſeinem Vortheil erklären 95. 96.

Proceſſe.

Solche wider den Landesherrn erheben iſt kein Verbrechen 46. 53. ſeq.

Werden, wenn das Gravamen vor Augen lieget, ohne Erforderung eines Berichts von den Reichsgerichten erkannt 47.

Ob ſolche zu verſtatten? darüber müſſen nur die Gerichte erkennen 60. 61.

Die Reichsgerichte inhibiren denen Obrigkeiten an deren Ausführung die Unterthanen zu behindern 62. 63.

In zweifelhaften Quæſtionibus juris & facti iſt ſolche Hinderung ganz unverantwortlich 63.

Auch die Proceſſus ſummarii ſind im Gericht zu erörtern 24.

Procurator Cæſaris.

Berechnete die Fiſcaliſche Einkünfte 38.

Ihm wurde die Erkenntniß in fiſcaliſchen Sachen beygeleget 38. 66.

Mit ſelbigen ſind unſere Cammerpräſidenten zu vergleichen 66.

R.

Räthe.

Fürſtliche, ob nur dieſe in einem austräglichen Gericht ſitzen können? 69.

Mit deren Zuziehung werden im Hofgericht zu Hildesheim die die Fürſtl. Cammer und Aemter betreffende Sachen entſchieden 71. 90.

Regalia.

Regalia.

Deren Anzahl wird von einigen widerrechtlich vermehret 64.

Die wegen des Exercitii derſelben entſtehende Streitigkeiten beurtheilen auch die Hofgerichte 70.

Ein Unterthan kann ſie nicht independenter erlangen 79. 80.

Regierungen.

Suchen öfters die Gewalt der Juſtiz Collegiorum einzuſchränken 21. 22.

Müſſen andere Bediente zu Beobachtung ihrer Pflichten anhalten 24.

Ueben alle Theile der Landesherrlichen Hoheit, auſſer der Deciſion der Proceſſen 35.

Können den Beamten Verhaltungsbefehle ertheilen, wie ſie die Landesherrliche Gerechtſame zu manuteniren haben 61. ſeq.

Regierungsſachen.

Welches ſolche eigentlich ſind? 23. 27.

Deren wichtigſte Arten 24.

Ritterſchaft.

Ueber ſelbige wurde ein Richter aus ihren Mitteln beſtellet 7.

Der Hofrichter zu Hildesheim muß ein Mitglied derſelben ſeyn 7.

Römiſches Recht.

Iſt in Teutſchland ſo fern es unſerer Verfaſſung nicht zuwider, angenommen 68. 69. 70.

S.

Sachſen.

Die Landesherrſchaft nimmt daſelbſt vor den Hofgerichten Recht 40. 107.

Will ſich nicht vor die Austräge ziehen laſſen 107. 108.

Schatz-Ærarium.

Deſſen Urſprung 99.

Schatz-Collegium

Deſſen Urſprung 99.

Söhlenthal.

Baron von, wird geſtrafet, weil er die privative Jagd prætendiret 56.

Mit wie vielen Nullitäten die wider ihn vorgenommene Procedur behaftet iſt? 57.

Demſelben iſt nicht bewußt, daß ſeine Anteceſſores Sachfällig worden 59.

Kann keine Inſpectionem actorum erhalten 59.

Der Kayſerl. Reichshofrath mißbilliget die wider ihn vorgenommene Procedur 59. 60.

Staats-

Staatsgeſchäfte.

Gehören vor die Regierung 24.

Steuren.

Wurden vor Alters ſelten aufgebracht. 97. 98.

Der heutigen Urſprung. 97. 98.

T.

Turbatio.

Iſt nicht zu beſtrafen, als wenn ſie vorſetzlich wider beſſer Wiſſen geſchehen 54. 57.

V.

Verbrechen.

Iſt es nicht, den Fürſtl. Aemtern eine Befugniß auf dem Wege Rechtens ſtreitig machen 46. 53.

wird nimmer ſine dolo begangen 53.

Iſt daher nicht zu præſumiren 53. 54.

W.

Wolfenbüttel.

Daſiger Landesherrſchaft Verordnung von den vor die Geheimte-Raths-Stube, Canzley und Cammer gehörigen Sachen 25.

Das Hofgericht hat daſelbſt auſſer einigen der Canzley ausdrücklich vorbehaltenen Sachen mit dieſer in contentioſis gleiche Gewalt 27.

Beſonders in den Proceſſen der Landesfürſtl. Cammer und Aemter 42. 45.

Auch denjenigen ſo Jurisdictional-Grenzen betreffen 106. 107.

Hauptregiſter
über ſämtliche
fünf Theile
der
Rechtlichen Bedenken.

(Die erſte gröſſere Zahl deutet den Theil und die Kleinere die Seite an.)

A.

Abgeſandte.

Ob ſelbige, wenn ſie ſich in eines anderen Herrn Lande befinden, aus einem Contract von der Obrigkeit belanget werden können III. 31.

Ablage.

Nach dem Lübiſchen Recht verlieren die abgelegte Kinder alles Erbrecht an der Eltern übriger Habſeligkeit II. 199.

Nicht aber an den Orten, allwo die Römiſche Rechte eingeführet ſind II. ibid.

Bey Erbenzins- und Meyerleuten machet der Brautſchatz und die Mitgift den ganzen Erbtheil der abgefundenen Kinder aus III. 64.

Sie ſind daher ſo wenig zu enterben, als zu Erben einzuſetzen III. 64.

Abzugsrecht.

Ob es in den Chur-Hannöverſchen Landen den Unterobrigkeiten zuſtehet IV. 273.

Ob es bey den auſſer Landes belegten Capitalien und beym Brautſchatze ſtatt finde V. 226.

Actio judicati.

Ob ſolche verlohren gehe, wenn ſie in 30 Jahren nicht angeſtellet worden V. 56.

Actio Pauliana.

S. Pauliana actio.

Actio Pignoratia.

Ob ſie wider den dritten Beſitzer angeſtellet werden kann V. 115.

Achtsleute.

Ihre Zeugniſſe ſind nach der Eröfnung des Rotuli zuläſſig IV. 50.

Sie ſind keine Schiedsrichter IV. 94. 95.

Adel.

Ob denen von Adel das Beneficium competentiæ angedeihen muß, wenn ſie keine Lehne beſitzen I. 13. 14.

Die adeliche Güther ſind im Fürſtenthum Calenberg der Königlichen Aemter peinlichen Gerichtbarkeit nicht unterworfen I. 92. 93.

Die von einem Reichsgrafen in der Ehe mit einer Stiftsmäſſigen von Adel erzeugte Kinder ſind von der Succeſſion in die Grafſchaft nicht auszuſchlieſſen II. 374.

Eine ſolche Ehe war vor Alters eine Mißheyrath II. ibid.

Nicht aber ſeit 3. 400 Jahren II. 375.

Die vom Ritterſtande, welche zu Schild und Helm, Ritter- und Stiftsmäſſig gebohren, werden im Reichshofrath denen Grafen und Herren gleich geachtet II. ibid.

Die adeliche Freyheit iſt auf die Güther einzuſchränken, welche der Adel zur Zeit der eingeführten Steuren ſelbſt in der Cultur hatte I. 11. 26. IV. 69.

Adespota.

Nicht alle ungebauete Gründe gehören der Landesherrſchaft IV. 221.

S. Herrenloſe Güther.

Adjudication.

Vor ſelbiger kann ein öffentlich gethanes höchſtes Gebot zurück genommen werden V. 43.

Adoption.

Kann in Teutſchland geſchehen II. 179.

Die minus plena iſt ein Actus voluntariæ jurisdictionis II. ibid.

Einer Frau wird ſie nur mit Landesherrlicher Genehmigung erlaubet II. ibid.

Der Adoptirte erlanget ein unwiderrufliches Erbrecht, wenn ihm ſolches verſprochen worden II. ibid.

Advocaten.

Müſſen die Partheyen ſchadlos halten, wenn ſelbige wegen ihrer Unwiſſenheit oder Faulheit einen Proceß verlohren haben I. 99.

Ihnen gedeihet nur Reſtitutio in integrum an, dafern ſie ſich an den Advocaten nicht erholen können I. 99.

Ob dieſen Palmaria verbindlich ausgelobet werden mögen I. 183.

Pacta de quota litis ſind verbothen I. 183. 184.

Wer vorgiebet, daß ſein Advocat in einer Schrift etwas irriges angeführet hat, muß nach Ablauf der dreytägigen Friſt den Irrthum erweiſen I. 238.

Von den Belohnungen der Advocaten. I. 305.

Aenger.

Die gemeinen gehören nicht nur den Bauren, ſondern auch denen in den Dörfern befindlichen Herrſchaftlichen Vorwerken und adelichen Güthern III. 334.

Agnat.

Der nächſte ſchließt die entferntere von der Lehnsſucceſſion in den Braunſchweig. Lüneb. Landen aus V. 87.

Alimente.

Ob die über die Alimentirung einer Frau, die ihr der Mann verweigert, entſtandene Streitigkeit vor das Conſiſtorium gehöret II. 239.

Den Gaſtwirthen wird wegen der gereichten Alimenten in der vierten Claſſe der Gläubiger eine Stelle angewieſen III. 48.

Wer Alimentgelder in ſchlechter Münze angenommen, kann keine beſſere fordern, wenn es nicht zur Zeit des Münzverfalls geſchehen III. 143.

Wie viel zu ſolchem Behuef der Mann, währenden Rechtsſtreits, einer Frau reichen muß, die ihn verlaſſen hat IV. 104.

Alimenten begreifen mehr unter ſich, als die Speiſekoſten IV. 104. 105.

Wer jemand durch Unvorſichtigkeit getödtet hat, muß deſſen Kinder ernähren IV. 137. 140.

Der Befugniß künftig unentbehrliche Alimente zu fordern kann niemand auſſer gerichtlich entſagen. V. 80.

Ob die Alimente, welche ein Kind ſeiner Mutter ſchuldig geblieben, eingeklaget werden können V. 178.

Welche ein Sohn ſeinem Vater zu reichen ſchuldig V. 212.

Alt.

Wiefern alte Urkunde erweiſen I. 132.

Was alt zu nennen I. 133.

Amt.

Bedeutet vielfältig eine Graf- oder Herrſchaft V. 16.

L. Anaſtaſiana.

S. Ceſſion.

Anerbrecht.

Solches ſtehet in der Grafſchaft Diepholz dem jüngſten Sohn zu III. 277.

Anwartſchaft.

Der Lehnträger iſt nicht befuget, ohne die Genehmhaltung aller Mitbelehnten, Anwartſchaften und Afterlehne zu ertheilen III. 275.

Wohl aber verbinden ihn ſolche mit ſeinem Antheil des erledigten Lehns den expectivirten zu belehnen III. 277.

Eine ertheilte Anwartſchaft verhindert den Lehnsherrn nicht, in die Veräuſſerung des Lehns zu willigen, auch es zum Beſten des Beſitzers in Erben zu verwandeln I. 199. III. 223.

Wann ſie widerrufen werden können V. 1. 2.

Appellation.

Ob von drey gleichförmigen Urtheilen appelliret werden mag II. 93.

Ob die Interpoſition vor dem Oberrichter geſchehen kann II. 364.

L. Aquilia.

Wer aus dem L. Aquilia belanget wird, darf nur diejenige Culpam präſtiren, wozu ihn der Contract verbindet III. 150.

Die Action fällt ganz hinweg, wenn dem Kläger gleichfalls einige Schuld beyzumeſſen III. 151.

Armuth.

Muß derjenige erweiſen, welcher ſich darin gründet IV. 175.

Ob ſie die Strafe des Diebſtahls mildert IV. 164.

Arreſt.

Ein Miſſethäter mag auch von demjenigen in ſichere Verwahrung gebracht werden, dem keine Gerichtbarkeit zuſtehet I. 94.

Wenn ein Arreſt in bürgerlichen Sachen zu verhängen I. 133.

Ob Schulden halber eines fremden Fürſten Güther, zum Beſten der Unterthanen des Landes, mit Arreſt beleget werden können III. 32.

Ein zur Sicherheit erkannter Arreſt begründet das Forum eines incompetenten Richters in der Hauptſache nicht V. 142.

Atteſtat.

Wie dadurch ein Herkommen zu erweiſen V. 144.

Auslegungsreguln.

S. Erklärungsreguln.

Ausſteuer.

Iſt ein Theil des Brautſchatzes I. 100.

Austräge.

Die Hildesheimiſche Canzley iſt kein Auſtregalgericht I. 331. 332.

B.

Bach.

Geringe Bäche gehören demjenigen, durch deſſen Grund und Boden ſie flieſſen IV. 11.

Durch deren Stauung kann der Beſitzer einer höher liegenden Wieſe der unten liegenden das Waſſer nicht nehmen IV. 16.

Banquier.

S. Wechsler.

Baulebung.

Der Beſitzer zweyer Häuſer darf keine gedoppelte Baulebung entrichten IV. 108.

Wiefern ſie ein Onus reale iſt IV. 108.

Der neue Wirth zahlet ſie nicht überall vor dem Tode des Alten IV. 109.

Wenige Meyer entrichten dieſelbe IV. 185.

Bauren.

Entſchuldiget die Unwiſſenheit der Rechte in Sachen, worin ſie keinen Advocaten zu gebrauchen pflegen I. 91. 300. IV. 26.

S. Contracte.

Bauermeiſter.

Wer ihn beſtellen und abſetzen kann V. 37. IV. 62.

Bediente, Beſoldungen.

Ob der Herr den durch ſeine Bediente verurſachten Schaden erſetzen muß II. 242.

Ihren Erben gebühret keine Beſoldung von dem ganzen Jahr, worin ſie geſtorben ſind II. 354.

Die Rückſtändige muß aus des Landesherrn nachgelaſſenen Allodio, und in deſſen Ermangelung von dem Regierungsnachfolger aus der Cammer bezahlet werden II. 9.

Der Bedienten unbeſchwornes Zeugniß, in Sachen die ihr Amt angehen, verdienet völligen Glauben III. 195.

Nicht aber, wenn ſie als Privatleute etwas bezeugen III. 196.

Ihre Rechnungen müſſen ſelbige beſchwören, wenn ſie die Ausgabe damit erweiſen wollen II. 132. III. 196.

Ob ihnen der Landesherr ohne erhebliche Urſachen den Abſchied geben kann III. 333.

Es findet wider ſelbige keine Actio ſubſidiaria Platz, wenn ſie ſich weder Dolum, noch Culpam zu Schulden kommen laſſen III. 340.

Ihnen iſt die begehrte Dimiſſion nicht zu verſagen IV. 255.

Sie können ſich alſo einen Dritten verbindlich machen, ſelbige zu begehren IV 255.

Die Vermuthung eines Doli fällt nur alsdenn hinweg, wenn der Bediente eine vernünftige gläubliche Urſach ſeines Betragens anführet IV. 282.

Er muß ſich die ihm von den Unterthanen verurſachte Mühe nicht mit Geſchenken vergelten laſſen IV. 283.

Derſelbe

Derſelbe begehet ein Crimen concuſſionis oder doch repetundarum, wenn er zu ſeinem Vortheil von ſelbigen etwas unter dem Vorwand beytreibet, daß es landesherrliche Præſtationes ſind IV. 283.

Auch iſt es eine Concuſſion, wenn er jemand durch Drohungen zum Verkauf des Seinigen nöthiget IV. 285.

Ein Crimen de reſiduis begehet derjenige, welcher die empfangene Einkünfte der Herrſchaft nicht treulich berechnet IV. 284.

Bergbediente von Leder werden wegen begangener Untreue härter beſtrafet, als die peinliche Halsgerichtsordnung es erfordert IV. 287.

Bedingung.

Wird vermuthet, wenn auf einen künftigen Fall etwas verſprochen iſt I, 228.

Beeden.

Nothbeeden wurden erleget, wenn es die gemeine Wohlfahrt erforderte. II. 8.

Jahrbeeden waren ſtändige Gefälle, welche auch manche Edelleute von ihren Hinterſaſſen empfingen II. ibid.

Die Beeden ſind von den Unterthanen nicht ſelten verweigert II. 8. 9.

Begnadigung.

Ob mit der Execution inne zu halten, wenn der Verurtheilte um landesherrliche Gnade anſuchet II. 348.

Die Begnadigung iſt mit der authentiſchen Auslegung der Geſetze nicht zu verwechſeln II. 349.

Beyſchläferin.

S. Concubine. Schenkung. Teſtament.

Bekenntniß.

Wer eine Schrift ohne Widerſpruch annimt, geſtehet deren ihm nachtheiligen Inhalt I. 131.

Wenn ſie keine vorgängige mühſame Prüfung erfordert I. 131.

Läſſet die Parthey im Proceß etwas erhebliches unbeantwortet, ſo iſt ihr aufzuerlegen, ſich darüber deutlich zu erklären I. 165.

Oder wenigſtens die Nothdurft vorzubehalten I. 165.

Iſt an der Erheblichkeit des Umſtandes nicht zu zweifeln, und der andere Theil hat das Stillſchweigen gerichtlich acceptiret, ſo wird daraus ein Bekenntniß gefolgert I. 165.

Ein auſſergerichtliches Bekenntniß erweiſet vollkommen, wenn es im Ernſt und wohl überleget geſchehen I. 285.

Ob deſſen Acceptation nöthig iſt. I. 256.

Ob nach entſtandenem Concurs des Ehemanns Bekenntniß erweiſet, was ſeine Frau eingebracht hat II. 80.

Ob ein Inquiſit, der das durch die Folter erpreſſete und einige Tage nachher ratificirte Bekenntniß widerruft, mit der Todesſtrafe beleget werden kann III. 78. 194.

In welchem Fall die Einwendung ein Bekenntniß enthält IV. 23.

Wegen eines widerrufenen Bekenntniſſes iſt niemand zum Tode zu verdammen V. 226.]

Beneficium competentiæ.

S. Competenz.

Beneficium excuſſionis.

Wann es dem Beſitzer einer Hypothek zu ſtatten komme V. 34.

Beneficium inventarii.

Wem es nicht angedeihen könne V. 3.

Bentheim.

Das Schloß daſelbſt wird von dem Biſchof zu Münſter beſetzet I. 366.

Die Grafen verlangen der Münſterſchen Garniſon Abführung I. 366.

Die Grafſchaft iſt dem Stift Münſter nimmer unterworfen geweſen I. 370.

Bergtheile.

Deren Zuſchreibung im Bergbuch wird für richtig gehalten, bis das Gegentheil erwieſen iſt IV. 65.

Sie vererben auf Töchter und Söhne IV. 66.

Wer den Bergbau aus Saumſeligkeit oder Unvermögen nicht fortſetzet, wird ſeines Rechts verluſtig IV. 66.

Beſatzungsrecht.

Stehet den Craysausſchreibenden Fürſten in der Craysſtände Lande nicht zu I. 371.

Beſcheinigung.

Derſelben Erforderniſſe V. 31.

Beſitz.

Ein beſtändiger auſſergerichtlicher Widerſpruch des Gegentheils verhindert, daß man ihn erlange I. 43.

Wie ſolcher zu vertheidigen I. ibid.

Wer ſich in dem Beſitz der natürlichen Freyheit gründet, muß ihn erweiſen I. 57.

Die Spolienklage kann in ſumariiſſimo angeſtellet werden I. 244.

Den verlohrnen Beſitz mag man nicht eigenmächtig wieder erlangen I. ibid.

Das Poſſeſſorium retinendæ läſſet ſich mit dem Petitorio nicht cumuliren IV. 360.

Ein Actus poſſeſſorius wird durch eine Proteſtation nicht entkräftet, wenn ſie nicht in continenti geſchehen, oder auch ohne Wirkung geblieben V. 162.

Beſoldungen.

S. Bediente.

Beute.

Gehöret den Unterthanen, welche ſie dem Feinde abgenommen haben II. 75.

Bevorab wenn ſelbige jemanden bey ſeiner Vertheidigung, oder von ohngefehr in die Hände gerathen II. ibid.

Beweiß.

Der Terminus probatorius fängt an zu laufen, ſo bald das den Beweiß erfordernde Urtel rechtskräftig worden I. 209.

Das Zeugniß eines Anverwandten machet einen halben Beweiß, wenn Adminicula vorhanden I. 234. III. 348.

Die Römer erforderten jedesmal einen vollkommenen Beweis, und wußten weder von einer Beſcheinigung, noch von der Probatione ſemiplena etwas I. 59. II. 271. III. 348. 349.

Viele an ſich nichtige Beweisthümer erlangen durch ihre Vereinigung keine Kraft III. 263.

Bey uns hat der halbe Beweiß die Wirkung, daß eine Parthey zum Erfüllungseide zu laſſen iſt I. 59.

Ein zugelaſſener und geführter Beweiß kann verworfen werden, wenn ſich deſſen Unerheblichkeit entwickelt IV. 145.

Nach dem Ablauf des Termini probatorii iſt niemand mit fernern Beweiß zu hören, dafern es nicht blos an des geführten Formalität fehlet, oder eine Urſach der Reſtitutionis in integrum vorhanden iſt IV. 266.

Bey der Hannöverſchen Juſtitz Canzley iſt kein terminus probatorialis legalis beſtimmet V. 174.

Vom Beweiſe der Bezahlung durch Zurückgabe der Empfangſcheine V. 213.

Vom Beweiſe durch teſtes ſingulares V. 116.

Vom Beweiſe eines unverſöhnlichen Haſſes V. 135.

Wem er oblieget, daß die Güther eines Adminiſtratoris poſt contractum cum fiſco initum erworben ſind V. 155.

Vom Beweiſe durch Bücher der Kauf- und Handwerksleute V. 166.

Bigamie.

Von der Verjährung dieſes Laſters IV. 58.

Billard.

Das darauf gewonnene Geld darf nicht eingeklagt werden V. 13. IV. 259.

Biſchof.

Er kann ſich ohne des Domcapituls Zuziehung über losgefallene Lehn mit den Expectivirten vergleichen II. 261.

Ob ihn ſeine Wahlcapitulation verbindet II. 376.

In den mittlern Zeiten durfte er, vor erlangter Kayſerl. Belehnung, keinen Vaſallen belehnen II. ibid.

S. Domcapitul. Kayſer. Lehn.

Blödſinnigkeit.

Mildert die Strafe V. 119. 120.

Blutrunſt.

Von der Bedeutung dieſes Worts I. 306.

Blutſchande.

Des Vaters mit der leiblichen Tochter, wie ſelbige zu beſtrafen IV. 47.

Ob beyder Verbrecher Geſtändniß nothwendig, um das Corpus delicti auſſer Zweifel zu ſetzen IV. 47. 48.

Der Vater iſt ſchwerer zu beſtrafen, als die Tochter IV. 48.

Bodenſtein.

Von der geiſtlichen Gerichtbarkeit über ſolches Winzingerödiſche Gericht II. 48.

Bothenlaufen.

Die zu Herrendienſt ſich Bothenweis müſſen ſchicken laſſen, dürfen keine Laſten tragen IV, 173.

Braugerechtigkeit.

Der Unterthanen kann zum Beſten der landesherrlichen Domainen nicht eingeſchränket werden I. 75.

Im Stift Hildesheim iſt ſolches beſonders verboten I. ibid.

Wer daſelbſt bisher nur einen Krug verleget hat, mag allen, die es von ihm verlangen, Bier verkaufen I. 76.

Von der dem Calenbergiſchen Adel zuſtehenden Braugerechtigkeit IV. 123.

Von der Braugerechtigkeit der Königlichen Aemter im Fürſtenthum Calenberg V. 168.

Braunſchweig und Lüneburg.

Die Braunſchweigiſche Lande ſind im Zweifel für Lehn zu halten I. 199.

Und die erweisliche Erbſtücke mit Fideicommiſſen beleget I. ibid.

Dieſe unterſagen jedoch dem Landesherrn nicht alle Veräuſſerungen erworbener Güther I. 118.

Dem Hauſe Braunſchweig und Lüneburg ſtehet zu die edle Vogtey des Stifts Corvey I. 357.

Die Schutzherrſchaft über die Stadt Hörter I. 357.

Und über die Stadt Hildesheim I. 358.

Die Princeſſinnen aus dieſem Hauſe ſuccediren in den Reichslehnen nach Abgang des Mannsſtammes II. 138. 139.

Die Erbfolge wurde ihnen bey der Lehnsauftragung ausdrücklich bedungen II. 139.

Deswegen haben ſie dieſelbe einigemal den männlichen Nachkommen ſtreitig gemachet II. ibid.

Brautſchatz.

Was währender Ehe die Eltern ihrer Tochter geſchenket haben, iſt im Zweifel für Paraphernalguth zu halten I. 14.

Nicht aber die zur Zeit der ſchon vollzogenen Ehe eingebrachte Güther I. 14.

Ein Fundus dotalis kann mit der Frauen eidlicher Genehmhaltung veräuſſert werden I. 47.

Die Ausſteuer iſt ein Theil des Brautſchatzes I. 100.

Von dem Brautſchatz, welcher den Töchtern aus dem Lehn gereichet wird I. 109.

Ob es zum Beweis des Eingebrachten hinreichet, wenn der Frauen Schweſtern eine gleiche Summe erhalten haben I. 212.

Eine Geſchwächte iſt zu dotiren, wenn ſie gleich auf des Mannsbilds Einladung, zu ihm ins Bette kommen I. 289.

Und wenn er gleich wenig oder nichts übrig behält I. ibid.

Von dem Quanto eines ſolchen Brautſchatzes I. ibid.

Ob zu vermuthen, daß dasjenige, ſo die Frau dem Mann zugebracht, ihm verkaufet iſt, wenn deſſen Werth in der Eheſtiftung beſtimmet worden II. 236.

Ob die über den Brautſchatz und die Alimenten entſtandene Streitigkeiten vor die geiſtliche Gerichte gehören II. 238.

Den vom Vater ſeiner Tochter mitgegebenen Brautſchatz kann er nach deren Tode nicht wieder fordern, wenn ſie Kinder hinterlaſſen, oder davon diſponiret hat III. 65. ſeq.

Was ein Ehemann wegen ſeiner Frauen Paraphernalgüther ohne ihre Vollmacht im Gericht vornimt, iſt nichtig III. 68. V. 17.

Bey den Bauren bedeutet der Brautſchatz den ganzen Erbtheil eines Kindes III. 64.

Eine Geſchwächte mag nur denjenigen Brautſchatz fordern, welchen ſelbige zu der Zeit gehabt, als ſie klagen können III. 279.

Auch überall keinen von dem zweyten Stupratore III. 337.

Von der Exceptione non numeratæ dotis IV. 214.

Ob der Frauen Brautſchatz für das debitum primipilare haftet V. 19.

Ob die Gläubiger des Cridarii Kindern Brautſchatz zu geben ſchuldig V. 50.

Ob den rückſtändigen die Lehnsfolger oder Landerben bezahlen müſſen V. 93.
Zinſen davon ſind nur a tempore moræ zu entrichten V. 93.
Ob davon Abſchoß zu entrichten V. 226.
S. Bekenntniß.

Bremen Herzogthum.

Ob daſelbſt der Neubruch dem Landesherrn gehöret IV. 220.

Brüchtengerichte.

Sind die heutige Landgerichte I. 58.

Buden.

Dazu gehöret in den Städten gemeiniglich kein Hofraum. *III.* 177.

Bürge. Bürgſchaft.

Ob demjenigen das Beneficium excuſſionis zuſtehet, der ſich als Selbſtſchuldner verſchrieben hat *I.* 77.
Frauen, die nebſt ihren Männern Schuldverſchreibungen ausgeſtellet haben, ſind für Bürgen zu halten *I.* 136.
Wenn ſie nicht mit denſelben in Gemeinſchaft der Güther leben *I.* 138.
Die Bürgſchaft iſt gültig, welche eine Frau in einer Privatſchrift eidlich übernommen *II.* 213.
Jedoch nicht genug, daß dieſelbe ſich der weiblichen Gerechtigkeit begeben, ohne ſie auszudrücken, und zu wiſſen, worin ſie beſtehet *II.* 214.
Es wäre denn, daß ihr aus der Bürgſchaft kein Schade entſtünde *II.* 215.
Wer ſich jemanden nicht für das Capital, ſondern für die Zinſe verbürget, iſt aller Verbindlichkeit entlediget, wenn jenes verlohren gehet *IV.* 89.
Bürgſchaften ſind ſo viel thunlich im engſten Verſtande zu nehmen *IV.* 90.
Sie verbinden niemand, wenn die übernommene Obligation durch die Geſetze entkräftet iſt *IV.* 260.
Des Bürgen Recht wider den Schuldner kömmt keinesweges einem Gläubiger wider den andern zu ſtatten. *V.* 95.

Bürgerliche Güther.

An ſelbigen kann in den Hannöverſchen Landen niemand ein dingliches Recht erlangen, ohne vorgängige Anmeldung bey der Stadtobrigkeit *I.* 38.
Was bürgerliche Güther ſind *I.* 39.
Auch die Uebertragung der Güther an die Kinder muß gemeldet werden *I.* 265.

Bürgerrecht.

Unterobrigkeiten dürfen ohne erhebliche Urſachen ſolches niemand verſagen *III.* 36.
Die Erheblichkeit der Verweigerung hat die Landesregierung zu beurtheilen *III.* ibid.

Bürgerſchaft.

Ob ſie die Communication der Cämmereyrechnungen zu fordern befugt iſt *IV.* 19.

Ein Bürger iſt ſtrafbar, wenn er zum Schaden der Stadt etwas vornimt *V.* 149.

Burgfeſte.

Sind zum Bau und Erhaltung der Schlöſſer beſtimmet *III.* 332.

Werden zum Caſernenbau geleiſtet *IV.* 135.

Burgmänner.

Ob es geiſtliche ſeyn können *I.* 296.

C.

Cammer.

Bedeutung des Worts *II.* 1.

Welche Dienſtſachen vor ſelbige gehören *II.* 115.

Die Königl. Cammer hat keine geſetzgebende Macht *V.* 4.

Wohl aber Jurisdictionalem foreſtalem *V.* 4.

Ob ein Cammerbedienter ein Herrſchaftliches Vorwerk in Geſellſchaft mit andern pachten könne *V.* 129.

Cammergüther.

Der Teutſchen Könige fanden ſich in allen Provinzen *II.* 2.

Sie durften ſelbige veräuſſern *II.* 2.

Die Cammergüther der Reichsſtände ſind theils Kayſerl. Lehne und theils Erbgüther *II.* 5.

Von den Aufkünften der Lehne wurden die zu Ausübung ihrer Aemter nöthige Koſten genommen *II.* ibid.

Auch von den Aufkünften der Allodialherrſchaften, was deren Vertheidigung erfordert *II.* 6.

Die Cammergüther ſind keinesweges allein zum Unterhalt des Hofſtaats, gewidmet *II.* 9.

Aus denenſelben darf der Regierungsnachfolger keine Schulden bezahlen, wenn es mit dem hinterlaſſenen Erbe ſeines Vorfahren geſchehen kann *II.* 10.

Die Cammergüther, welche Reichslehne ſind, können ohne des Kayſers und der Mitbelehnten Conſens nicht veräuſſert werden *I.* 2. *II.* 10.

Wohl aber die Erbgüther *II.* 11.

Ob das im Kriege erworbene den Domainen beyzuzählen *II.* 117.

Welche Veräuſſerungen die Erbverträge den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landesherrn unterſagen *II.* 118.

Cammer-

Cammerſachen.

Sind ihrem Weſen nach keine gerichtliche Händel *I.* 326. 327.

Canonici.

Der evangeliſchen Rechte in Capitulis mixtis I. 352.

Statuten, ſo ihrer Religion zuwider, verbinden ſie nicht I. 354.

Cavillereygerechtigkeit.

Ob ſie allein der Landesherrſchaft zuſtehet *II.* 204.

Cauſa debendi.

Braucht nur wahrſcheinlich dargethan zu werden *V.* 41.

Cautio uſufructiaria

Ob eine Frau ſolche zu leiſten ſchuldig, die der Mann zur Erbin eingeſetzet, und ihr auf Lebenszeit den Genuß ſeiner Güther vermachet hat *II.* 234.

Ceſſion.

Wem der Beweiß oblieget, wenn dem Ceſſionario die Exceptio L. Anaſtaſianæ entgegen geſetzet wird *IV.* 381.

Citation.

Sub pœna præcluſi bringet Minderjährige und Abweſende nicht um ihr Recht *III.* 69.

Was vorzunehmen, wenn eine Obrigkeit ſich weigert, in ſubſidium juris eine Citation inſinuiren zu laſſen IV. 380.

S. Edictalcitation.

Collation.

Kann nicht gefordert werden, wenn der Vater ſein ganzes Vermögen unter die Kinder vertheilet hat *II.* 269.

Wohl aber auch alsdenn, wegen desjenigen, ſo der Sohn vom Vater nicht als Vater überkommen, ſondern dieſer ihm geborget hat *II.* ibid.

Wenn Abgelegte ſich mit der Ablage nicht vergnügen wollen, ſo müſſen ſie das Empfangene conferiren *II.* 270.

Zinſe vom Brautſchatz ſind nicht zu conferiren, wenn der Tochter kein Verzug beyzumeſſen *III.* 136.

Ein Enkel muß ſich anrechnen laſſen, was ſein Vater empfangen, wenn er ſchon deſſen Erbe nicht worden IV. 170.

Es wäre denn, daß es ohne des Sohnes Schuld verlohren gegangen *IV.* 171.

Collegium.

Deſſen Mitglieder dürfen die Fehler ihrer Vorfahren nicht büſſen *I.* 129.

Ob zu Abfaſſung eines Collegialſchluſſes erfordert wird, daß zwey Drittheile der Mitglieder gegenwärtig geweſen I. 142.

Commiſſarius.

Sein Bericht und Protocoll verdienet Glauben, wenn er gleich nicht darauf beeidiget iſt *IV.* 208.

Comparatio litterarum.

Nur in Ermangelung anderen Beweiſes iſt ſelbige vorzunehmen *III.* 118.

Das bloſſe Gutachten der Schreibmeiſter machet keinen halben Beweiß *III.* 119.

Compenſation.

Iſt zu erkennen, wenn ſie gleich nicht eingewandt worden *IV.* 78.

Competenz.

Wem ſolche gebühret *IV.* 133.

Ob den Kindern eines Lehnmannes *I.* 14.

Wiefern den Bedienten *I.* 15.

Wer durch üppiges Leben in Armuth geräth, dem wird ſie billig verſaget IV. 42.

Der darum Anſuchende muß ſein Vermögen eidlich manifeſtiren *IV.* 42.

Die Competenz iſt nach dem Ertrag der Güther zu beſtimmen IV. 43.

Selbige gebühret den Kriegsleuten, die wirklich in Dienſten ſind *IV.* 133.

Auch einer Frau, welche roß-dienſtpflichtige Güther beſitzet *IV.* 133.

Die Competenz kann nur wegen der nach entſtandenem Concurs gemachten Schulden des Cridarii angegriffen werden IV. 391.

Compromiß.

Wer in ſelbiges williget, kann keine Meſſung der Ländereyen begehren, wenn er vermeynet, es hätten die Schiedsleute die Gröſſe des Landes unrecht beſtimmet *IV.* 249.

Concubinen.

Ob ihnen und ihren Kindern von denjenigen, mit welchen ſie Unzucht getrieben, etwas geſchenket oder vermachet werden kann *IV.* 257.

Concurs.

Ein Verkäufer, welcher ſich das Eigenthum der verkauften Sache auf den Fall vorbehalten, wenn das Kaufgeld nicht bezahlet würde, iſt nach entſtandenem Concurs vor allen Gläubigern des Käufers aus dem verkauften Guth zu befriedigen *I.* 68.

Der Fiſcus gehet den ältern Gläubigern nur wegen der Güther vor, welche der Schuldner nach dem mit ihm errichteten Contract erworben *I.* 73.

Wem lieget der Beweiß ob, daß die Erwerbung vor oder nach ſolcher Acquiſition geſchehen *I.* 74.

Wer vor entſtandenem Concurs zur Verbeſſerung der Güther etwas herleihet, und ſich eine Hypothek beſtellen läſſet, gehet ältern Gläubigern vor *I.* 123.

Ein präcludirter Gläubiger, der Reſtitutionem in integrum erlanget hat, fordert billig das ihm gebührende von den bezahlten jüngern Gläubigern *I.* 127.

Wenn ſich ſo viele Gläubiger melden, daß nicht alle befriediget werden können, ſo muß der Schuldner keinen bezahlen, ehe der Richter die Güther vertheilet hat *I.* 186.

Ob in foro domicilii des Schuldners deſſen auſſer Landes belegene Güther zu vertheilen ſind *I.* 208. *V.* 42.

Im Concurs komt ein Privilegium perſonale dem Ceſſionario des Schuldners zu ſtatten, ſo lange dieſer lebet *I.* 211.

Im Concursproceß ſind Exceptiones altioris indaginis zuläſſig *IV.* 63.

Der Concurs nimt ſeinen Anfang, ſobald ein Gläubiger vor dem andern bezahlet ſeyn will *IV.* 64.

Der Verkäufer, welcher ſich eine Hypothek vorbehalten hat, gehet nur alsdenn andern Gläubigern vor, wenn es geſchehen, ehe das Guth dem Käufer übergeben iſt *IV.* 405.

Einer Frauen bewegliche oder unbewegliche Güther ſind dem Fiſco wegen ihres Ehemannes Debiti primipilaris verhaftet *IV.* 261. *V.* 93.

Die Erben des Cridarii können eine Activſchuld ihres Erblaſſers einklagen, wenn ihnen vermuthlich, nach Bezahlung der Gläubiger, etwas übrig bleibet *IV.* 400.

Pflegbefohlene gehören in die dritte Claſſe der Gläubiger, wenn über das Vermögen ihres Vormunds ein Concurs entſtehet, obgleich die Schuld nicht aus der Vormundſchaft herrühret *IV.* 279.

Curator bonorum wird von den Gläubigern gewählet *V.* 39.

Er iſt nicht ſchuldig, ſich auf Klagen einzulaſſen, die das Corpus bonorum nicht betreffen *V.* 41.

Ob des Cridarii Gläubiger deſſen Kindern Brautſchatz zu geben ſchuldig *V.* 50.

Wer nicht zum Contradictor beſtellet werden mag *V.* 39.

Einer verſchwenderiſchen Ehefrau kommen die beneficia juris nicht zu ſtatten *V.* 125.

Ehe concurſus formalis entſtanden, kann der Cridarius etwas gültig veräuſſern *V.* 146.

S. Edictalcitation.

Condictio indebiti.

Findet wider keinen Dritten, ſondern nur wider denjenigen Platz, der das ohne Schuldigkeit Bezahlte empfangen hat *I.* 128.

Confirmation.

S. Contracte.

Conſiſtoria.

Der Evangeliſchen Poteſtas in Catholiſcher Herren Landen iſt nicht delegata *I.* 221.

Der Landesherr mag ihnen aber Einhalt thun, wenn ſie wider die Verträge handeln *I.* 222.

Und in ihren eigenen Sachen denen Partheyen Transmiſſionem actorum verſagen *I.* ibid.

Das Hildesheimiſche Conſiſtorium beſtellet die Superintendenten *I.* 345.

Mag allein in der Evangeliſchen Eheſachen diſpenſiren *I.* 349.

Conſiſtorialſachen der Evangeliſchen gehören nicht vor die Reichsgerichte *II.* 20. 24.

Noch können ſie ſelbſt ſich für competente Richter erklären *II.* 29.

Die Evangeliſche Conſiſtoria ſind an Statt der Catholiſchen geiſtlichen Gerichte angeordnet *II.* 238.

Sie können einen Ehemann anhalten, ſeine Frau zu alimentiren *II.* 239.

Geiſtliche werden wegen ſtarken Verdachts eines begangenen Verbrechens mit Recht ihrer Aemter entſetzet *II.* 250.

Dem Hildesheimiſchen Conſiſtorio gebühren die Strafgelder, welche ſelbiges dictiret *IV.* 8.

Wiefern es vom Biſchof abhänget *IV.* 8. 9.

Solches kann die Präſentationszeit der Patronen verlängern *IV.* 9. 10.

Von der Conſiſtorialjurisdiction über den Clerum minorem in den Chur-Hannöverſchen Landen *IV.* 127.

Sie erſtrecket ſich gemeiniglich ſo weit, als die Jurisdiction der catholiſchen geiſtlichen Gerichte *IV.* 127.

Das Conſiſtorium kann weltliche Perſonen zu Ablegung eines Zeugniſſes unmittelbar verabladen IV. 172.

Conſtitutum.

Iſt heutiges Tages eine Bürgſchaft *IV.* 261.

Continentia.

Ob deswegen Ausländer wider ihren Willen für ein Gericht gezogen werden können *I.* 208.

Ob ſie in Lehnsſachen die Jurisdiction der Obergerichte begründet *I.* 197.

Ob die Unterthanen verſchiedener Reichsſtände mit untheilbaren Klagen in erſter Inſtanz vor einem höchſten Reichsgericht belanget werden können *II.* 82.

Nach Erledigung des Poſſeſſorii, muß derſelbe Richter das Petitorium entſcheiden IV. 367.

In

In continenti.

Was dadurch zu verſtehen *V*. 31.

Contrabande.

Ob der Handel mit dem Feinde Freunden verbothen werden kann *II*. 69. 70.

Contracte.

Der Bauren müſſen im Gericht geſchloſſen, oder doch den Amtsbüchern einverleibet werden I. 38. 102. 105.

Ein erlaubter Contract iſt für denjenigen zu halten, wofür ihn die Contrahenten ausgeben I. 42.

Ob das ganze Verſprechen nichtig, wenn die in den Landesgeſetzen erforderte Confirmation deſſelben mangelt I. 105.

Von welchem Richter ſolche zu ertheilen I. 106.

Ob in vim ultimæ voluntatis errichtete Eheſtiftungen gerichtlich zu beſtätigen ſind I. 105.

In welchen Fällen die Erforderung der Confirmation nützlich, und wie deren Verſäumniß zu ahnden wäre I. 105. 106.

Wer wider einen Contract handelt, machet ſich des ihm daraus zuſtehenden Rechts nicht verluſtig, ſondern er muß zu deſſen Erfüllung angehalten werden IV. 55.

Der Contract behindert keine Veräuſſerung IV. 56.

Der Bauren Contracte beſtehen ohne gerichtliche Confirmation, wenn ſie vollſtrecket worden IV. 248.

Ein gefaſſeter, aber nicht geäuſſerter Entſchluß verbindet niemand IV. 324.

Zur Vollkommenheit des Contracts wird keine Schrift erfordert, es wäre denn ausdrücklich verabredet IV. 328.

Die Obrigkeit welche ihn beſtätiget, iſt nicht ſchuldig zu unterſuchen, ob er wahr iſt, und dem Gläubiger hinlängliche Sicherheit giebt, wenn es nicht verlangt worden V. 5.

Daß zur Vollkommenheit deſſelben deſſen ſchriftliche Verfaſſung nothwendig, kann, wenn es gleich nicht ausdrücklich verabredet iſt, aus den Umſtänden geſchloſſen werden *V*. 111.

Contribution.

Hieſſe ehemals eine Steuer, die der Feind erpreſſet hat I. 27.

Von der Contribution im Fürſtenthum Calenberg II. 107.

Corpus delicti.

Zu deſſen Gewißheit wird nicht erfordert, daß ſich eine Verletzung am Körper des Ermordeten, befunden, die den Tod nothwendig verurſachet *IV*. 353.

Corvey.

Von dieſes Stifts edler Vogtey I. 357.

Es will des Biſchofs zu Paderborn geiſtliche Gerichtbarkeit nicht erkennen II. 104.

Die Kaiſer haben ſolche den Aebten mitgetheilet II. 105. 106.

Craysſachen.

Welche Craysſachen vor die Reichsgerichte nicht gehören II. 54.

Culpa.

Wer ex L. Aquilia belanget wird, darf nur diejenige Culpam präſtiren, wozu ihn der Contract verbindet III. 150.

Dieſe Action fällt ganz hinweg, wenn dem Kläger gleichfalls einige Schuld beyzumeſſen III. 151.

Wem etwas geliehen iſt, der muß ſolches bey entſtehender Gefahr eher retten, als das Seinige III. ibid.

Nicht aber wer etwas in Verwahrung genommen III. 152.

Es wäre denn ſolches freywillig geſchehen, ohne daß der Eigenthümer darum angeſuchet hat III. ibid.

Culpa leviſſima iſt allemal vorhanden, wenn kein unvermeidlicher Unglücksfall ſich begeben V. 65.

Curatel.

Einer blödſinnigen Ehefrau iſt ihrem Ehemann nicht anzuvertrauen IV. 80.

Ob ein Vater ſeinem Großjährigen Sohn im Teſtament einen Curator beſtellen kann IV. 272.

D.

Debitum primipilare.

Ob der Frauen Brautſchatz dafür haftet V. 19.

Delegation.

Iſt eine Art der Novation IV. 387.

Denunciant.

Wiefern deſſen Zeugniß Glauben verdienet III. 96.

Inſonderheit wenn er geſtehet, eine Miſſethat mit begangen zu haben III. 259.

Depoſitum.

S. Culpa.

Devotio domeſtica.

S. Hausandacht.

Der Diebſtahl iſt vollkommen verübet, wenn gleich der Dieb die geſtohlene Sache noch nicht in ſeine Gewahrſam gebracht I. 31.

Die widrige Meynung iſt in praxi angenommen I. 32.

Die freywillige Zurückgabe des Geſtohlenen mildert die Strafe I. 159.

Wie derjenige zu beſtrafen, welcher Herrſchaftliche Gelder angreifet I. 210.

Auch andere die ihnen anvertrauete Sachen unterſchlagen II. 258.

Ein gefährlicher Diebſtahl iſt mit dem Strang zu beſtrafen II. 297.

Auch derjenige, welcher dreymal geſtohlen, und deswegen einmal geſtrafet iſt. II. 305.

Wenn gleich alle Diebſtähle kein Furtum magnum ausmachen II. ibid.

Ob die Lebensſtrafen der Diebe der gemeinen Wohlfahrt und Billigkeit gemäß ſind II. 307. IV. 159.

In welchen Fällen ſie gemildert werden II. 299. 304. 307. IV. 159. 160.

Wie man gemeine Diebſtähle beſtrafet II. 310.

Von Hausdieben II. 311. V. 57.

Es mildert die Strafe, wenn jemand das Entwandte in Anſpruch genommen II. 312. IV. 126. 166.

Von Felddieben II. 313.

Von Wilddieben II. 314.

Von der Strafe desjenigen, der in der Einöde ein Pferd gefunden, und es mitgenommen II. 410.

Jeder Diebſtahl machet den Dieb Ehrlos III. 70.

Der Richter kann die Pœnam infamiæ in eine andere verwandeln III. ibid.

Wer Schweine geſtohlen, die er im Felde angetroffen, wird nicht härter beſtraft, als wenn ſie aus dem Stall geholet worden III. 72.

Ein ſolches Furtum primum, magnum, & reſtitutum verdienet die Karrenſtrafe auf einige Monathe III. 73.

Es mildert die Strafe des Diebſtahls nicht, daß der Beſtohlene kein wahrer Eigenthümer der geſtohlenen Sache geweſen III. 83.

Wohl aber daß ſie der Dieb mit ſeinem Willen zu ſich genommen, und veruntreuet hat. III. ibid.

Wenn zu vermuthen, daß der Eigenthümer eine Sache weggeworfen, ſo kann derjenige, welcher dieſelbe findet, ſie behalten, ohne ſich eines Diebſtahls theilhaftig zu machen III. ibid.

Hat der Beſtohlene das Seinige nachläſſig bewahret, alsdenn iſt der eingeſtiegene Dieb mit dem Tode nicht zu beſtrafen III. 58.

Noch wenn er in eine Wand gebrochen, ohne in des Beſtohlenen Haus zu kommen III. 58.

Wohl aber wenn der Einbruch mit Verwegenheit in niedrige Häuſer und leimerne Wände geſchehen III. 59. IV. 160.

Und wenn dazu Werkzeuge, und nicht die bloſſe Hände gebrauchet worden III. 60.

Ein mehrmalen wiederholter groſſer Diebſtahl iſt mit dem Tode zu beſtrafen III. 60.

Strafe eines zwölfjährigen Hausdiebes III. 236.

Strafe desjenigen, der bey einer entſtandenen Feuersbrunſt geſtohlen III. 280.

Bey gewiſſen Umſtänden mildert die Armuth des Diebes die Strafe III. 319. IV. 164. 401.

Einen ausländiſchen Hausdieb entſchuldiget die Unwiſſenheit der harten Landesgeſetze IV. 46. 164.

Nicht aber einen Pferdedieb IV. 46.

Derjenige iſt peinlich zu befragen, bey dem man geſtohlene Sachen findet, und der nicht darthun kann, wie er daran kommen, wenn keine beſondere Vermuthung der Ehrlichkeit für ihn waltet IV. 70.

Die Blödigkeit des Verſtandes mildert die Strafe des Hausdiebſtahls IV. 126.

Nicht aber daß die geſtohlene Sachen dem Hausdieb anvertrauet worden IV. 126.

Ob der Diebſtahl für gefährlich zu halten, der an einem Ort verübet iſt, wo ſich keine Menſchen befunden IV. 163.

Wiefern die Strafe zu mildern wegen der Minderjährigkeit IV. 165.

Der geendigten Dienſtzeit IV. 165.

Wer zu einem Hausdiebſtahl Anlaß giebet, aber nicht in des Beſtohlenen Koſt und Lohn iſt, wird als kein Hausdieb beſtrafet IV. 166.

Es entſtehet die ſtärkſte Vermuthung eines begangenen Diebſtahls wider denjenigen, deſſen Sachen man an dem Ort findet, wo er begangen worden IV. 177.

Zur Vollführung eines Diebſtahls wird nur erfordert, daß der Dieb die geſtohlenen Sachen an einen ſolchen Ort gebracht, wo er geglaubet, auſſer Gefahr zu ſeyn, ertappet zu werden IV. 191.

Ein Furtum qualificatum wird nicht nur begangen, wenn der Dieb hinauf, ſondern auch wenn er hinunter ſteiget IV. 202.

Ob zu einem Furto magno die Gewisheit der Quantität des Geſtohlenen erfordert wird IV. 202.

Ob ein Dieb für beſtrafet zu halten, und deswegen mehrerer begangener kleiner Diebſtähle halber den Strang verdienet, der durch ſeine Flucht die Strafe vermieden, zu welcher er verdammet war IV. 265.

Zwey an einem Tage begangene Diebſtähle werden für einen gehalten IV. 402.

Es mildert die Strafe, wenn, ohne vorgängige Ueberlegung, eine unvermuthete Gelegenheit den Diebſtahl veranlaſſet hat. IV. 402.

Dienſt-

Dienſtbarkeit.

S. Servitus.

Dienſtbothen.

Darf der Dienſtherr mäſſig züchtigen, jedoch nicht ohne Urſach ſchelten und ſchlagen III. 101.

Es wird kein Animus injuriandi vermuthet III. 102.

Kindern, welche ihren Eltern ſolche Dienſte leiſten, daß ſie eines Knechts oder Geſellen entrathen können, gebühret ein Lohn III. 120.

Ein Dienſtbothe iſt nur Culpam levem zu präſtiren ſchuldig, wenn er gleich ex L. Aquilia belanget wird III. 149.

Verhindert ihn eine Krankheit die ſchuldige Dienſte zu leiſten, ſo kann er den völligen Lohn nicht fordern III. 163.

Es iſt aber hart ihm ſolchen zu verſagen, dafern die Krankheit nicht lange dauret III. 165.

Er wird nur in der erſten Claſſe der Gläubiger ſeines Herrn befriediget, wenn er in deſſen Koſt und Lohn geſtanden III. 241.

Oder auch Koſtgeld empfangen III. ibid.

Dafern er dem Herrn ſich zu allen möglichen Dienſten verbindlich gemachet hat III. ibid.

Wenn gleich anfangs kein gewiſſes Lohn beſtimmet wäre III. 242.

Das verſprochene Quantum kann in Ermangelung anderen Beweiſes mit der Dienſtbothen Eide dargethan werden III. 242.

Ein Dienſtbothe kann wegen groſſer Nachläſſigkeit zur Unzeit abgeſchaffet werden V. 157.

Dienſte.

Der wöchentliche Herrendienſt wird in den Fürſtenthümern Calenberg und Wolfenbüttel, auch im Stift Hildesheim gemeiniglich dem Gerichtsherrn, und nicht dem Guthsherrn geleiſtet I. 206. II. 392.

Wie er zu neuern Zeiten eingeführet iſt I. 206. 207.

Die Dienſte ſind, ſo viel möglich, gleich den Steuren zu vertheilen, wenn ſie zum gemeinen Beſten erfordert werden II. 41.

Vom Richter muß die Vertheilung dem Herkommen gemäß geſchehen II. 41.

Eine völlige Gleichheit zu beobachten iſt unmöglich. II. 41.

Der ſeit langen Jahren geleiſtete Dienſt wird vermuthet aus Schuldigkeit verrichtet zu ſeyn II. 42.

Wenn die hergebrachte Eintheilung zum Verderben der Unterthanen gereichet, ſo kann ſie der Geſetzgeber, nicht aber der Richter verbeſſern II. ibid.

Welche Dienſtſachen vor die Königl. Hannöverſche Cammer gehören II. 115.

Dienſtpflichtige müſſen an manchem Ort, ſtatt der Behuf des Haushalts zu leiſtenden Dienſte, Reiſefuhren verrichten II. 124.

Vom

Vom Dienſtzwang II. 126.

Ein Dienſtpflichtiger iſt gemeiniglich zu leiſten ſchuldig, was andere in der Gegend thun IV. 124.

Wenn der Dienſtherr nicht zugleich Guthsherr iſt, ſo muß man ſein Recht im engſten Verſtande nehmen IV. 124. 384.

Er kann alsdenn nicht begehren, daß der Dienſtpflichtige, anſtatt den Acker zu beſtellen, Reiſefuhren verrichte, es wäre denn hergebracht IV. 123. 124.

Welchergeſtalt der Herrendienſt zu verrichten V. 127.

Iſt auch in der Saat- und Erntezeit zu leiſten, nicht aber zu halben Tagen zu fordern V. 150.

Strafe der zum Dienſt geforderter aber ausgebliebener Dienſtpflichtigen V. 219.

Ungemeſſene Dienſte werden dadurch nicht eingeſchränket, daß ſie bisher zu gewiſſen Zeiten nimmer gefordert worden IV. 174.

Es iſt vielmehr zu vermuthen, daß für das erlegte Dienſtgeld der wirkliche Dienſt verpachtet, als gänzlich erlaſſen ſey IV. 33.

Bothenlaufen iſt eine auf den Häuſern liegende Laſt IV. 70.

Wer keine Pferde hat, thut keine Kriegerfuhren IV. 70.

Der Dienſtpflichtige muß alle zum Haushalt erforderte Arbeit leiſten, wenn ſie gleich bisher nicht geſchehen IV. 389.

Dienſtherr.

Ihm ſtehet nicht die mindeſte Guthsherrſchaft an den Höfen zu, wovon ihm nur der Dienſt geleiſtet wird V. 5.

Dienſtleute.

Worin ihre Pflichten beſtanden II. 116. IV. 188.

Doctores.

Ihre Meynungen ſind ohne Beweiß nicht zu befolgen, wohl aber ihre Zeugniſſe I. 149. IV. 327.

Sie hatten im Kayſerl. Cammergericht vor Alters den Rang vor den adelichen nicht promovirten Aſſeſſoren III. 289.

Ihre Würde iſt zu neuern Zeiten ſehr gemindert III. 289.

Ob ſie den Superintendenten und Regierungs-Secretarien vorgehen III. 290. ſeq.

Documente.

Daß ſie durch einen Unglücksfall verlohren gegangen, muß erwieſen werden II. 271.

Der Beklagte iſt in alten und ſchwer zu erweiſenden Sachen nicht verbunden, dem Kläger Documente herauszugeben, wenn dieſer daran Schuld, daß ihm andere Beweisthümer mangeln III. 266.

Welchen Glauben Hausbücher verdienen III. 301.

Auch die Handelsbücher der Banquiers IV. 79.

Das bloſſe Siegel iſt zu Beglaubigung eines Documents unzulänglich IV. 154.

Unerhebliche Documente ſind nicht zu ediren IV. 314.

Von Herausgabe der Lehnsducumenten IV. 385.

Ein Document, worin geſagt wird, daß man von jemand Geld empfangen, iſt nur alsdenn von einem Anlehn zu verſehen, wenn es nicht eben ſowohl eine Quittung ſeyn kann V. 170.

S. Urkunden.

Domcapitul.

Ob deſſen Conſens nöthig, wenn ein ſtiftiſches Lehn in Erbe verwandelt werden ſoll II. 109.

Es kann Sede vacante keine Biſchöfliche Pfarren vergeben II. 360.

Noch auch Sede impedita, wenn Leute vorhanden, welche ſie bis zur Beſetzung des Biſchöflichen Stuhls verſehen wollen II 360.

Die Stiftiſche Vaſallen ſind nicht verbunden, beym Domcapitul um die Erneuerung der Inveſtitur anzuſuchen II. 371.

Ihm ſtehet keine Erb- und Grundherrſchaft zu II. ibid.

Zur Veräuſſerung der Kirchengüther wird nicht erfordert, daß alle abweſende Domherren zuſammen berufen ſind III. 329.

Noch auch aller Anweſenden einmüthiger Conſens III. 329.

Ebenwenig mehrere Tractatus III. 331.

Ob die Domcapitularen bezeugen können, daß es bey der Einwilligung tumultuariſch zugegangen III. 331.

Domprobſt.

Hat gemeiniglich keinen Sitz und Stimme in den ordentlichen Verſammlungen des Capituls II. 112.

Noch geſchiehet die Ausfertigung der Capitularſchlüſſe in ſeinem Namen II. 113.

Es führet das Directorium in Abweſenheit des Dechants nicht II. 114.

Dorf.

Was dadurch in den mittlern Zeiten verſtanden worden I. 190. 191.

Durchfuhr.

Ein Landesherr kann, zu ſeinem und ſeiner Unterthanen Beſten, die Durchfuhr fremder Waaren verbiethen II. 68.

Durchzüge.

Unſchädliche, müſſen fremden Kriegsvölkern verſtattet werden II. 64.

Vielmehr alſo den Kayſerlichen II. ibid.

Jedoch gegen geleiſtete Caution und Rottenweiſe auf den Straſſen die man ihnen anweiſet II. 65.

Dafern das Kriegsvolk zur Vertheidigung gebrauchet werden ſoll II. 66.

Nicht aber wenn es dem Feinde und deſſen Bundesgenoſſen dienet II. 67.

Noch auch wenn zu befürchten, daß der Durchzug dem Lande groſſen Nachtheil verurſachen werde II. ibid.

E.

Edelmann.

Beſtrafung einer demſelben von einem geringern zugefügten Realinjurie V. 104.

Edictalcitation.

Wenn ſelbige vom Schuldner veranlaſſet worden, um ſich mit ſeinen Gläubigern zu vergleichen, und wider die Ausgebliebene ein Decretum præcluſivum erkandt iſt, ſo ſind ſie nach entſtandenem Concurs nicht weiter zu hören IV. 263.

Ehe.

Ob die Ehe mit der Mutter Bruders Wittwe im Moſaiſchen Geſetz verbothen iſt III. 115.

Eine Frau, die vor Ablauf des Trauerjahrs zur zweyten Ehe ſchreitet, verlieret nicht, was ihr in der Eheſtiftung verſchrieben worden III. 61.

Ungleiche Ehen waren den alten Teutſchen ſehr verhaſſet III. 129.

In Eheſachen findet nur ein Poſſeſſorium mixtum Platz III. 295.

Sie ſind vielmehr nach den päbſtlichen als römiſchen Rechten zu entſcheiden III. 296.

Die catholiſche geiſtliche Gerichtbarkeit über evangeliſche Unterthanen iſt in Eheſachen ſuſpendiret IV. 318.

Wer ſeiner Frauen Schweſter ohne Diſpenſation heyrathet, begehet keine Blutſchande IV. 318.

Der L. 6. Cod. de Secundis nuptiis findet auf Teſtamenta und Donationes reciprocas keine Anwendung IV. 379.

Die Ehen der Meyere kann der Guthsherr ohne erhebliche Urſache nicht hindern V. 62

S. Bigamie. Ehebruch. Geburt.

Ehebruch.

Wie er zu beſtrafen II. 316.

Ein Kind wird für ehelich erzeuget gehalten, wenn gleich die Mutter des Ehebruchs überführet iſt, und den Ehebrecher zum Vater des Kindes angiebet III. 123.

Eine

Eine Ehebrecherin verlieret ihren Brautſchatz nicht, wenn dem Ehemann ihre Untreue zu keiner Wiſſenſchaft gelanget iſt *III.* 139.

Deren Strafe mildert die Verſagung der ehelichen Pflicht nicht, wenn ſolche die Frau durch ihre üble Aufführung veranlaſſet hat *IV.* 273.

S. Denunciation.

Eheleute.

Grund des Rechts, daß ſie einander erben I. 86.

S. Gemeinſchaft der Güter. Wittwe. Wittwer.

Eheſtiftung.

Ob widerrufen werden kann, was den Kindern erſter Ehe darin verſprochen iſt *I.* 123.

Ob die in vim ultimæ voluntatis errichtete Eheſtiftungen gerichtlich zu beſtätigen ſind *I.* 105.

Man mag ſie nicht widerrufen, wenn gleich darin verſehen, daß ein Ehegatte den andern erben ſoll *II.* 181. *IV.* 327.

Ein ſolches Verſprechen wird irrig als eine Donatio mortis cauſa angeſehen *II.* 181. *IV.* 326.

Wenn dem Ueberlebenden etwas gewiſſes verſchrieben worden, und er ſich anheiſchig gemacht hat, das übrige des zuerſt verſtorbenen Anverwandten heraus zu geben, ſo führet ſolches einen Verzicht auf die Portionem ſtatutariam mit ſich II. 275.

Nicht aber wenn einem Ehegatten nur die freye Diſpoſition von gewiſſen Güthern bedungen worden *II.* ibid.

Ein Ehegatte, der dem andern ein Erbrecht an ſeinen Güthern mittheilet, begiebet ſich der Befugniß nicht, ſie mit Schulden zu beſchweren *IV.* 55.

Wem vermöge der Eheſtiftung eine Erſchaft anfällt, der iſt ein wahrer Erbe *IV.* 56.

In welchen Fällen zu vermuthen, daß dasjenige, ſo zugleich in der Eheſtiftung und im Teſtament dem überlebenden Ehegatten vermachet iſt, ihm doppelt gebühret *IV.* 370.

S. Gemeinſchaft der Güther.

Ehrenerklärung.

Sie hat nach den Römiſchen Rechten keine Wirkung *IV.* 102.

In Sachſen muß ſie vor der Litisconteſtation geſchehen *IV.* 103.

Dieſelbe befreyet nicht von der Erſtattung der Unkoſten *IV.* 103.

Eichelnleſen.

Wem es zukomme V. 113.

Eigenbehörige.

Frauensperſonen müſſen ſich frey kaufen, wenn ſelbige auf keine mit der Leibeigenſchaft behaftete Stellen heyrathen III. 76.

Sie dürfen ohne ihres Herren Conſens ſich nicht verehelichen *III.* 76.

Auch iſt ein Eigenbehöriger nicht befugt, ohne ſeines Herrn Genehmhaltung, ein Teſtament zu machen III. 278.

Eigenthum.

Zu deſſen Erlangung erfordert das Recht der Natur keine Tradition III. 125.

Wohl aber die bürgerliche Rechte III. 125.

Dieſe wirket nichts, wenn ſich ein anderer in dem Beſitz der übergebenen Sache befindet III. 126.

Der Beſitz einer Sache erweiſet deſſen Eigenthum, dafern kein anderer ein beſſers Recht darthut *IV.* 221.

Wem die Bäume gehören, der iſt für den Eigenthümer des Grundes und Bodens zu halten, worauf ſie ſtehen *IV.* 147. 148.

Den Miteigenthümer verbindet die Mehrheit drr Stimmen nicht V. 45.

Einfältige Leute.

Können von dem ihrigen diſponiren *I.* 241.

Worin ſie von unklugen Leuten unterſchieden ſind *I.* 240.

Endelſtiegen.

Sind im Chur-Hannöverſchen und Stift Hildesheim nicht Zehendfrey *I.* 360.

Ob deren Zehendfreyheit durch die Verjährung erlanget werden kann *I.* 365.

Entführung.

Einer Jungfer ob ſie nach den Römiſchen Rechten zu beſtrafen, wenn dieſelbe mit ihrem Willen geſchehen IV. 156. 157.

Ob die Entführte dem Entführer etwas ſchenken kann IV. 156.

Erbe. Erbſchaft.

Wer ſich einer Erbſchaft zu jemandens Beſten begiebet, hat ſie angetreten I. 67.

Nicht aber wer ſelbige in eines andern Händen läſſet I. *ibid.*

Der Kinder Immixtio iſt zu vermuthen I. 84.

Daß Eheleute einander erben, iſt keine Wirkung der Gemeinſchaft der Güther *I.* 87.

Uneheliche Kinder ſind des Erbrechts unfähig *I.* 89.

Wem auferlegt iſt, ein eidliches Verzeichniß der empfangenen Erbſchaftsſtücke heraus zu geben, thut ſeiner Obliegenheit ein Genügen, wenn er ſchwöret, deren keine unter ſich zu haben *I.* 118.

Was aus Liebe und Barmherzigkeit geſchiehet, erweiſet nicht, daß jemand eine Erbſchaft angetreten *I.* 186. 187.

Von den rechtlichen Vermuthungen, daß ein Miterbe empfangen, was ihm gebühret *IV.* 92.

Ein Vergleich über die Erbſchaft gilt nicht wenn der wahre Betrag verheelet werden V. 23.

Güther ſind im Zweifel für ererbte zu halten V. 155.

Erbeinſetzung.

Sie erfordert keine gewiſſe Worte III. 65.

Iſt aber nicht geſchehen, wenn der Vater im Teſtament ſaget, einige Kinder wären abgeleget, und deswegen nur die andere zu Erben eingeſetzet III. 65.

Nach den Teutſchen Rechten entkräftet es kein Teſtament, wenn gänzlich abgelegte Kinder darin übergangen worden III. 66.

Erbenzins.

Ob der Erbe eines Erbenzinsmanns Lehnwaaren entrichten muß, wenn er ſeine Miterben davon abgeleget III. 270.

Dem belaſteten Erbenzinsmanne gebühret Remiſſion V. 214.

S. Meyer.

Erbfolge.

Den Brautſchatz einer verſtorbenen Tochter erbet der Vater nicht, wenn ſie Kinder hinterlaſſen, oder davon disponiret hat III. 65.

Dem zweyten Ehegatten gebühret der Kinder erſter Ehe Pflichttheil, wenn ſie gleich nach dem Willen der Eltern weniger empfangen ſollen *III.* 178.

Von dem Anerbrecht des jüngſten Kindes in der Grafſchaft Diepholz III. 277.

Erbgelder.

Das Vorrecht der Erbgelder fällt hinweg, wenn die Erbgüther verkaufet worden IV. 213.

Und das Erbgeld in ein Darlehn verwandelt iſt *IV.* 214.

Ihre weſentliche Eigenſchaft V. 3.

Erbregiſter.

Vom Beweiß durch dieſelbe II. 243.

Erbtheilung.

Wer dabey verkürzet worden, kann immer das ihm mangelnde fordern *I.* 282.

Wenn aber der Schade aus einer fehlſamen Taxation entſtehet, nur alsdenn, wenn er mehr als die Hälfte zu wenig bekommen I. 283.

Kein Erbe iſt ſchuldig ſich mit Gelde abfinden zu laſſen, wenn eine Theilung in natura thunlich II 90.

Die Sachen ſind nicht theilbar, deren Werth durch die Theilung vermindert wird II ibid.

Kann einer den andern mit Gelde nicht abfinden, ſo muß zur Subhaſtation geſchritten werden II. 91.

Wegen einer Verletzung können die vom Richter beſtätigte Erbtheilungen angefochten werden V. 222.

Erbverträge.

Mittelſt ſelbiger kann jemand des Erbrechts theilhaftig werden *II.* 181.

Wenn ſie gleich nicht beſchworen worden II. 190.

Erklärungsregeln.

Exempel ſchränken kein Geſetz ein II. 160.

Die Landesgeſetze ſind den Rechten gemäß zu erklären, woraus ſie hergefloſſen II. 275.

Die Particulæ maxime, etiam, zumahlen verſtatten keine Einſchränkung auf einen Fall III. 9

Landesherrliche Begnadigungen ſind nur zum Nachtheil desjenigen, der ſie ertheilet hat, nicht aber eines dritten zu erklären III. 38.

Reſcripta muſſen nicht auf die Fälle eingeſchränket werden, wovon ſie handeln *III.* 45. 46. 54.

Verba relativa partis, welche in den Reſcriptis enthalten, ſind nicht diſpoſitiva des Geſetzgebers III. 53.

Die Geſetze behalten ihre Kraft, wenn gleich in einem beſondern Fall deren Urſach hinweg fällt III. 159.

Ob ein letzter Wille vor oder wider den Erben zu erklären III. 177.

Auch Jura ſingularia verſtatten eine Interpretationem extenſivam *III.* 268.

Wenn in dubiis das Minimum zu vermuthen *IV.* 245.

Sub nomine generis werden alle ſpecies begriffen IV. ibid.

Die Worte bis an haben nicht immer einen ausſchlieſſenden Verſtand IV. 329.

Worte die eine gedoppelte Auslegung verſtatten, müſſen aus andern deutlichern Worten des Verfaſſers erkläret werden *IV.* 330.

Nicht allemal nach der Worte Eigenſchaft, ſondern nach deren Gebrauch IV. 336.

Eviction.

Muß derjenige leiſten, welcher eine im Streit befangene Sache verkauſet III. 237.

Nicht aber wenn der Käufer gewußt, daß ſie einem andern gehöre III. 238.

Exceptio non numeratæ pecuniæ.

Dieſe mag keine Verkäufer einwenden III. 62.

Ein zweyfaches Bekenntniß ſchlieſſet ſie aus IV. 215.

Execution.

Execution.

Derſelben ſind ohne Landesherrlichen Special-Befehle keine Beſoldungen unterworfen *I.* 15.

Wohl aber Gnaden-Penſiones I. 16.

Was vorzunehmen, wenn ein auswärtiger Richter verweigert, in ſubſidium juris eine Execution zu verrichten IV. 380.

Kann kein Richter über ſeinem Gerichtszwange nicht unterworfene ſelbſt vollſtrecken V. 44.

Executiviſcher Proceß.

Wider denjenigen, welcher einen letzten Willen anfechtet, kann daraus nicht executive geklagt werden IV. 52.

Executor.

Des Teſtaments, kann die Capitalien, wovon den Armen die Zinſe vermachet ſind, gegen Empfang des Geldes jemand cediren *IV.* 379.

Die Obrigkeit mag ſeine Gewalt ohne erhebliche Urſachen nicht einſchränken IV. 380.

Expectanzen.

Die von dem Landesherrn ertheilte Anwartſchaften verbinden die Nachfolger in der Regierung *I.* 201. 202.

Und erlöſchen im Chur-Braunſchweigiſchen, wenn das Lehn bey des Expectivirten, oder ſeiner Söhne Lebzeiten nicht eröffnet wird I. 203.

Wenn ſie widerrufen werden können V. 1. 2.

S. Anwartſchaft.

Eid.

Beſchworne Verzichte der Weiber ſind verbindlich *I.* 47.

Wenn gleich kein ſolenner Eid geleiſtet worden I. 49. 50.

Auch wenn der Verzicht an Eides Statt geſchehen I. ibid.

Ein Kläger der die Schuld, nicht aber wie hoch ſie ſich beläuft, erwieſen, iſt zum Erfüllungseide nimmer zu laſſen, wenn die Quantität erweislich I. 70.

Oder der Mangel des Beweiſes ihm beyzumeſſen I. ibid.

Und ſeine Angabe nicht glaubwürdig iſt *I.* 71.

Auch wenn von groſſen Summen die Fragen entſtehen I. 71.

Wegen des verweigerten Eides iſt ein Document pro edito zu halten, wenn deſſen Inhalt angeführet worden I. 81. 82.

Wer ſeine Unwiſſenheit eidlich beſtärken will, muß ſchwören, daß er allen Fleiß angewandt, gründlichen Unterricht zu erlangen *I.* 126.

Von demjenigen, welcher zum Erfüllungseide gelaſſen werden will, iſt die angeblich gethane Auslage auf das genaueſte zu verzeichnen *II.* 139.

Vom

Vom Juramento Zenoniano I. 164.

Die Eidesdelation kann nach Ablauf des Termini probatorii geſchehen *I.* 290.

Vom Juramento credulitatis I. 3000. III. 148.

Wer eine Sache wiſſen können, muß wenigſtens ſchwören, daß er ar ihrer Wirklichkeit zweifelt I. 301.

Wenn dem, welchem der Beweis oblieget, ſtarke Vermuthungen zu ſtatten kommen, ſo wird er zum Erfüllungseide gelaſſen II. 271.

Von dem Juramento in litem veritatis *II.* 256.

Wer jemand einen Betrug beymiſſet, kann ſelbigem darüber einen Eid zuſchieben III. 62.

Ein ohne des Competenten Richters Geheiß geleiſteter Eid hat nur alsdenn keine rechtliche Wirkung, wenn man billig denjenigen, der geſchworen hat, dazu nicht laſſen ſollen III. 89.

Kein Procurator darf, ohne beſondere Vollmacht, jemanden einen Eid zuſchieben III. 153.

Ein Eid wird für geleiſtet gehalten, wenn der, welcher ſich dazu erbothen, durch einen Zufall verhindert wird, ihn zu leiſten, III. 187. IV. 4.

Ob derjenige zum Erfüllungseide zu laſſen, der ſemiplene erwieſen hat III. 347. ſeq.

Ein Eid kann widerrufen werden, wenn der Deferent neue ihm vorhin unbekannt geweſene Beweisthümer beybringet IV. 4.

Er iſt keinesweges pro præſtito zu halten, wenn derjenige, welcher ihn leiſten wollen, verſtorben, bevor die Frage entſchieden worden, ob der Widerruf geſchehen können, und dieſer vom Richter verſtattet iſt *IV.* 4. 5.

Nicht nur der Parthey, ſondern auch denen, welche ihre Geſchäfte beſorgen, kann ein Eid zugeſchoben werden IV. 57.

Dieſe müſſen den Erfüllungseid leiſten IV. 57. 58.

Juramenta promiſſoria mögen Privatleute auſſergerichtlich ſchwören IV. 93.

Die Eidesdelation iſt zuläſſig, wenn gleich der Deferent den Beweis durch Zeugen führen kann IV. 107.

Der Eid, welcher in Abweſenheit des Gegners geleiſtet worden, iſt keinesweges für nichtig zu halten *IV.* 207.

Von Dienſteiden *IV.* 208. 209.

Ein Commiſſarius darf nicht beeidiget werden *IV.* 210. 212.

Noch auch deſſen Actuarius *IV.* 210.

Wer verſpricht eine Ausſage dergeſtalt zu thun, daß er ſie beſchwören könne, bezeuget nichts an Eidesſtatt *IV.* 263.

Wiefern ein referirter Eid in forma delata zu leiſten IV. 368.

Ein irrelevanter und ſalvo jure tertii angenommener Eid hat keine rechtliche Wirkung V. 65. 67.

Ein zugeſchobener und acceptirter Eid ob er widerrufen werden könne V. 143.

Von Weigerung einiger Glieder der Gemeine, den ihnen zugeſchobenen Eid zu leiſten V. 170.

Wenn für beyde Theile Vermuthungen ſtreiten, ſo iſt derjenige zum Eide zu laſſen, welcher de veritate ſchwören kann V. 213.

Welchergeſtalt wider eine Kindermörderinn zu verfahren, welche ſich weigert den Reinigungseid zu ſchwören V. 220.

F.

Factor.

Niemand kann ihm ſicher Geld leihen, ohne ſeine Inſtruction zu ſehen I. 114.

Er wäre denn mit einem Geſchäft beladen, welches, ohne Geld aufzunehmen, nicht auszurichten iſt I. ibid.

Selbiger iſt nicht in der erſten Claſſe der Gläubiger zu befriedigen III. 242.

Wer für einen ſolchen zu halten III. 245.

Fatalien.

Wie viele Tage auf einen Monath zu rechnen ſind *I.* 88.

Feind.

Wenn er ſich eines Landes bemächtiget, ſo werden dadurch die Unterthanen der Homagialpflichten nicht entlediget, womit ſie ihrem Landesherrn zugethan ſind I. 52.

Was zu des Feindes Befriedigung hergegeben worden, müſſen diejenige erſetzen, deren Haabſeligkeit dadurch gerettet iſt I. 85 147.

Das gemeine Weſen iſt unverbunden den vom Feinde erlittenen Schaden jedwedem zu vergüten *I.* 147. 148.

Doch erfordert ſolches die Billigkeit, wenn es füglich geſchehen kann *I.* ibid.

Die vom Feinde aus erheblichen Urſachen erlaſſene Steuren kann der Landesherr nicht beytreiben I. 287.

Wiefern jenes richterliche Ausſprüche Kraft haben *I.* 338.

Feſtung.

Die auf den Glacis einer Feſtung angelegten Gärten dürfen zur Kriegeszeit weggeräumet werden, ohne daß die Beſitzer eine Indemniſation begehren können IV. 278.

Feuersbrunſt.

Für den daraus entſtandenen Schaden muß der Hauswirth nur einſtehen, wenn er auf Feuer und Licht nicht gebührend Acht gehabt *I.* 334.

Oder nachläſſige Bedienten angenommen *I.* 335.

Fideicommiß.

Von deſſen Aufhebung durch Verträge *I.* 55. III. 99. IV. 152.

Der Fideicommiſſarius kann wider den Beſitzer eines Fideicommißguts die Reivindication anſtellen III. 99.

Fideicommißgüther können vertauſcht werden, wenn es ohne der Nachfolger Schaden geſchiehet IV. 269.

Deren Veräuſſerung iſt unerlaubet, wenn ſie gleich im Teſtament nicht ausdrücklich verbothen worden IV. 390.

Fiſcus.

Ob dem Fiſco Geldſtrafen vorbehalten werden mögen III. 103.

Die Teutſche Könige haben es vielfältig gethan III. 104.

Auch die Landesherren III. 104.

Die Fiscaliſche Rechte ſtehen den Landescaſſen nicht zu IV. 31.

Das den Huren und Hurkindern Vermachte bekommt der Fiſcus IV. 258.

Jura fiſci können nur gegen Unterthanen exerciret werden V. 154.

Ihm muß der Beklagte Inſtrumente ediren, wenn er ein Unterthan iſt V. 154.

Nur dem Landesherrlichen Fiſco ſtehet hypotheca tacita in bonis adminiſtratorum zu V. 153.

S. Herrenloſe Güther.

Fiſchereygerechtigkeit.

Ob ſie den Regalien beyzuzählen II. 245.

In öffentlichen Flüſſen iſt die Fiſcherey gewöhnlich erlaubt V. 29.

Flehungsgerechtigkeit.

S. Bach.

Flucht.

Ob ſie einen Inquiſiten verdächtig machet III. 176. IV. 178.

Ob ein Dieb für beſtraft zu halten, welcher, mittelſt ſelbiger, die ihm zuerkandte Strafe vermeidet IV. 265.

Derjenige iſt der Flucht verdächtig, der keine unbewegliche Güther beſitzet und mehr verzehret, als er einzunehmen hat IV. 333.

Flüſſe.

Schifbar zu machen, kann kein Unterthan den Landesherrn behindern II. 247.

Forſten.

Ein Holzdieb muß dem Gerichtsherrn die Strafe, und den Beſtohlenen den Werth des Holzes bezahlen IV. 45.

Vielfältig begreifet jedoch die Strafe den Werth des Holzes unter ſich IV. ibid.

Der Landesherr mag ſeinen Unterthanen verbiethen, ohne Anweiſung der Forſtbedienten, ihr eigenes Holz zu hauen IV. 84. 85.

Dieſelbe muß ihnen aber nur verſaget werden, wenn ſie unforſtmäſſig hauen wollen IV. 86.

Ob ſolches geſchehen, darüber erkennet der Forſtherr IV. ibid.

Forſtſachen wiefern ſie Regierungs- oder Juſtitzſachen ſind V. 3.

Von Beſtellung der Holzknechte V. 105.

Forſtgerechtigkeit.

Worin ſie beſtehet *I.* 94.

Ihr klebet die Holzgerechtigkeit nicht an *I.* 95. 274. 380.

Wie dieſe vom Forſtamt zu erweiſen *I.* 97. 98.

Ob der Forſtherr das Holz in Zuſchlag legen mag *I.* 186.

Er kann die Eigenthümer nicht behindern es zu theilen *I.* 321.

Auch eines jeden Theil mit Grenzſteinen zu bezeichnen *I.* ibid.

S. Forſten.

Forſtregiſter.

Ob ſie einen Beweiß machen *I.* 98.

Forum.

Der Pächter Landesherrlicher Vorwerke V. 121.

Das Forum eines incompetenten Richters wird durch einen zu Sicherheit erkannten Arreſt nicht begründet V. 142.

S. Gerichte.

Frau.

Iſt für eine Bürgin zu halten, wenn ſie ſich mit ihrem Mann als Selbſtſchuldnerin verſchrieben *I.* 136.

Sie kann den Mann im Gericht nicht vertreten, und dem Gegentheil einen Eid zuſchieben III. 152.

Frauensperſonen entſchuldiget die Unwiſſenheit der Rechte, wenn ſie gleich Rechtsgelehrte zu Rath ziehen können III. 246.

Was durch den Handel erworben iſt, gehöret dem Mann, wenn ihm gleich die Frau Hülfe geleiſtet, nicht aber wenn ſie ſelbigen allein und mit ihren eigenen Mitteln geführet hat IV. 44.

Die Curatel einer blödſinnigen Frau iſt ihrem Ehemann nicht anzuvertrauen IV. 80.

Was für Alimente der Mann ihr zu reichen ſchuldig, wenn ſie nicht bey ihm wohnet IV. 104.

Einer Frau, welche Geld geliehen, um damit ihres Ehemanns Schulden zu bezahlen, komt das SCtum Vellejanum zu ſtatten, wenn der Gläubiger gewußt, wozu ſein Geld gebraucht werden ſollen IV. 405.

Freyheit.

Von den Steuren genieſſen gemeiniglich nur diejenige Beſitzer der Güther, welche zur Zeit ihrer Einführung von der Geiſtlichkeit und dem Adel ſelbſt cultivirt worden *I.* 11. 26.

Wer ſich in dem Beſitz der natürlichen Freyheit gründet, muß ihn erweiſen I. 57.

Fräuleinſteuer.

Gebühret der Enkelin eines regierenden Herrn, deren Herr Vater als Erbprinz verſtorben IV. 267.

Früchte.

Eines erſtrittenen Guths können nicht begehret werden, wenn ſie in einem rechtskräftigen Urtel übergangen ſind I. 121.

Die nach der Kriegesbefeſtigung empfangene gebühren dem obſiegenden Theile V. 98.

S. Poſſeſſion.

Fuhrmann.

Darf die ihm anvertrauete Sachen nur ſo gut bewahren, als die Seinige I. 130.

Fündlinge.

Wer ſie zu unterhalten ſchuldig *I.* 302.

Fürſten.

Müſſen ihrer Vorfahren Verheiſſungen erfüllen *I.* 1.

Auch deren ohne Verſchwendung gemachte Schulden bezahlen *I.* 2.

Es iſt zu vermuthen, daß die von ihnen angeliehene Gelder wohl verwendet worden *I.* 3. 6.

Veräuſſerungen der Reichslehne ſind denenſelben nicht erlaubet *I.* 3.

Des Landesherrn Allodialerben müſſen ſeine Schulden mit bezahlen, wenn ſie gleich zur Erhaltung des Staats gemachet ſind *I.* 5.

Auch rückſtändige Salarien, welche abzutragen, dem Lehnsfolger nur in ſubſidium oblieget *I.* 6.

Dieſer muß jedoch den Landerben vergüten, was ihr Erblaſſer zur immerwährenden Verbeſſerung des Staats aufgewendet hat *I.* 6.

Der Gläubiger aber die Verſion erweiſen *I.* 6.

Fürſten können ihre Nachkommen ſowohl durch Verträge als Teſtamente verbinden *I.* 199.

Ob das ihrige Schulden halber in anderer Herren Landen mit Arreſt beleget werden kann III. 32.

Ob ihr Aufenthalt in denſelben ſie, und die in ihrem Namen handelnde Bediente der Gerichtbarkeit des Orts unterwirft III. 32.

Fundus dotalis.

Kann von dem Manne nicht veräuſſert werden, wenn gleich die Frau mehrmal darin gewilliget hat V. 159.

G.

Garantie.

Der Garant mag in den Fällen, wenn die Selbſthülfe erlaubet iſt, demjenigen helfen, dem die Garantie verſprochen *I.* 224.

Ihm kömt aber keine richterliche Gewalt zu *I.* ibid.

Noch müſſen die Partheyen ſich ſeine Auslegung der Verträge gefallen laſſen *I.* ibid.

Gärtner.

Daß ſie in einem Lande eine Zunft haben, muß derjenige erweiſen, welcher ſich darin gründet *IV.* 121.

Geburt eheliche.

Iſt im Zweifel zu vermuthen III. 293. 296.

Eltern können ihr Geſtändniß von der Kinder ehelicher Geburt nicht widerrufen III. 296.

Ob ein von Verlobten vor der Prieſterlichen Trauung erzeugtes Kind vor ehelich zu halten ſey III. 298.

Geiſtliche.

S. Conſiſtorium.

Geiſtliche Gerichtbarkeit.

Ob ſie den Catholiſchen weltlichen Reichsſtänden ehemals zugeſtanden *II.* 23. 24.

Indem von den Kayſern begehret worden, daß ſie die Reformation der Kirche bewirken mögten, hat man ihnen dieſelbe nicht eingeräumet *II.* 28.

Woher es rühret, daß einige Evangeliſche Fürſten ſich 1624. in deren Beſitz über Evangeliſche auſſer ihren Landen wohnende befunden I. 171. II. 25. 49.

Der Catholiſchen geiſtliche Gerichtbarkeit über die Catholiſche Unterthanen Evangeliſcher Reichsſtände iſt ſuſpendiret III. 179.

Deswegen kann der päbſtliche Nuncius und die Biſchöfe keinen catholiſchen Unterthanen derſelben unmittelbar verabladen III. 180.

Geiſtliche Rechtshändel der Evangeliſchen ſind in keine weltliche verwandelt, und gehören nicht für die Reichsgerichte *V.* 116.

Geldwechſeley.

Es iſt ſtrafbar, das im Lande befindliche gute Geld mit auswärtigen ſchlechtern zu verwechſeln *II.* 322.

Auch das letztere einzuführen II. 325.

Wenn es gleich annoch nicht ausgegeben wäre II. 327.

Geldzinſe.

S. Kornzinſe.

Geleit.

Ertheilte in den mitlern Zeiten jede Landesobrigkeit in ihren Landen IV. 73.

In fremden Herren Landen aber diejenige, denen ſolches Recht der Kaiſer verliehen hatte IV. 74.

Gemeinde. Gemeinheit.

Ob bey Abfaſſung eines Schluſſes derſelben zwey Drittheile ihrer Mitglieder vorhanden ſeyn müſſen I. 142.

Die Aecker, auch Hud und Weide vor den Dörfern gehören nicht der ganzen Gemeinde, ſondern jedem Mitgliede ſein Theil I. 214.

Dieſes darf ſelbiges nicht ſchmälern laſſen, wenn gleich alle andere darin willigen I. 215.

Die Vertheilung der gemeinen Weide und Holzungen, welche den Dorfſchaften zuſtehen, muß dem Herkommen gemäß geſchehen III. 42.

Billig ſollte man dieſelbe nach Proportion der gemeinen Laſten machen, welche die Leute tragen müſſen III. 42.

Von Weigerung einiger Glieder der Gemeine den ihnen zugeſchobenen Eid zu leiſten V. 170.

S. Aenger.

Gemeinſchaft der Güther unter den Eheleuten.

Darin leben dieſe gemeiniglich in Weſtphalen IV. 105.

Sie iſt aber nicht überall univerſal IV. 106.

Ob dieſelbe in der Grafſchaft Lippe unter Landesherrlichen Bedienten eingeführet iſt IV. 106. 294.

Ob ſie aufgehoben wird, wenn die Eheleute, welche darin bisher gelebet, ſich in einem Lande niedergelaſſen, worin die gemeinen Rechte gelten IV. 134.

Welchergeſtalt dieſelbe in der Grafſchaft Lippe hergebracht iſt IV. 294.

Einer kann den Erbtheil, den er in die zweyte Ehe zu bringen befugt, durch einen lezten Willen ſeinen Kindern entziehen IV. 302.

Gerichte.

Peinliche der Königlichen Aemter erſtrecken ſich nicht über die Canzleyſäſſige adeliche Güther *I.* 92. III. 340.

Von

Von den verſchiedenen Schranken der ungeſchloſſenen Gerichte *I.* 106. II. 284. 387. IV. 60.

Fürſtl. Räthe ſind wegen ihrer Bürgerlichen und Baurengüther vor dem Unterrichter in erſter Inſtanz zu belangen, wenn ſie Exceptionem primæ inſtantiæ vorſchützen *I.* 120.

Die Eheſtiftungen iſt derjenige zu confirmiren befugt, dem die Gerichte im Dorf zuſtehen *I.* 190.

Dem die Feldgerichte gehören aber, wenn jemand ein dingliches Recht an denen in der Feldmark belegenen Güthern erwerben will I. ibid.

In den Lehnbriefen ſind ſelten die Feldgerichte den Vaſallen ausdrücklich mitgetheilet I. 192.

Zaun- und Pfahlgerichte erſtrecken ſich nicht über die auſſer dem Zaun belegene Aecker *I.* ibid.

Im Zweifel iſt dafür zu halten, daß die Feldmarken den adelichen Gerichten unterworfen ſind I. 193.

Ob herrenloſe Güther dem peinlichen Richter anfallen I. 306. 307.

Dieſem war vor Alters vielfältig nur die Todesſtrafe zu erkennen vorbehalten *I.* 306.

Oder einige grobe Verbrechen zu ahnden *I.* 308.

Und ſchwere Verwundungen I. 311.

Zu neuern Zeiten offene Wunden *I.* ibid.

Warum die Gewalt der peinlichen Richter vergröſſert worden *I.* 313.

Ueber die Güther und weltliche Rechte der Cleriſey hat in Teutſchland der weltliche Richter zu erkennen *I.* 340.

Mißbrauch der geiſtlichen Gerichtbarkeit *I.* 341. ſeq.

Wie er abgeſtellet worden *I.* 343.

Ob vor den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Gerichten diejenige mit Perſonalklagen belanget werden können, welche im Lande Braunſchweig Lüneburgiſche Lehne beſitzen, aber auſſer demſelben wohnen *II.* 85.

Wer in mehreren Ländern einen Sitz hat, iſt in ſolchen allen ein Unterthan, und denen Gerichten unterworfen II. 86.

Auch derjenige, welcher den Huldigungseid zu leiſten ſchuldig, wenn er gleich keinen Sitz hätte *II.* 86. 89.

Ein Abweſender kann in foro contractus belanget werden, wenn er daſelbſt Güther hat *II.* 89.

Die Befreyung von der ordentlichen Richter Gewalt führet in den mitlern Zeiten eine Conceſſion der Gerichtbarkeit mit ſich II. 106.

In der Grafſchaft Hoya ertheilen nur die Gerichte Trauſcheine II. 111.

Und alſo die Adeliche und Freye denjenigen nicht, welche auf adelichen Freyheiten Feuer und Heerd haben, ſondern die Aemter, deren Gerichtbarkeit ſie unterworfen ſind *II*, ibid.

Nicht

Nicht aber denen in der adelichen und freyen Brod und Lohn ſtehenden Bedienten, als welche unter ihrer Herrn Gerichtzwang leben II. ibid.

Ob die Gerichte dem Landesherrn ihre Rationes decidendi bekannt zu machen ſchuldig II. 120.

Ob die Gerichtbarkeit einer einzigen Perſon anvertrauet werden kann II. 120.

In peinlichen Sachen muß der landesherrliche Beamte noch jemand dazu ziehen II. 222.

In den Patrimonial-Gerichten kann einer des Richters und Actuarii Stelle vertreten II. 223.

Von Straſſen Gerichten II. 228.

Ob ein Gericht die von dem Actuario vergriffene Depoſiten-Gelder zu erſtatten ſchuldig II 241.

Durch das höchſte Recht werden in den mitlern Zeiten die peinliche Gerichte verſtanden II 372.

Ungeſchloſſene Gerichte beſchreiben die Gebäude behuf der Brandaſſecurationscaſſe II. 387.

Nehmen auch die Häuslinge auf II. ibid.

Gerichte dürfen in Policey-Sachen keine neue Verordnungen machen, wenn ſie bey dem Geſetzgeber anfragen können III 102. IV. 323.

Ihnen gebühren gemeiniglich die Geldſtrafen, wenn den Landesherrlichen Verfügungen zuwider gehandelt wird III. 103.

Sie haben jedoch kein Jus fiſci III. 105.

Die Gränzen der alten Teutſchen Land- und Holzgerichte wurden bey deren Hegung durch Fragen und Antworten beſtimmet III. 255.

Pfahlgerichte werden an den mehreſten Orten in dem Bezirk der Häuſer und Höfe, ſo vollkommen, als andere Gerichte geübet IV. 5. 6.

Jeder Gerichtsherr kann die Handlungen verrichten, welche ſeiner Gewalt ankleben, wenn es gleich nimmer geſchehen IV. 62.

Wer auſſer dem Vaterlande in Dienſte tritt, oder ein gepachtetes Guth bewohnet, entziehet ſich dadurch dem Foro domicilii und originis nicht IV. 151.

Wenn er gleich den Huldigungseid der Landesobrigkeit geleiſtet hat, worunter er jetzt wohnhaft IV. 151.

Durch Gerichte werden gemeiniglich nicht nur die Niedergerichte verſtanden IV. 244.

Die Jurisdiction des Oberrichters iſt hinlänglich begründet, wenn nach Einſicht der Acten ohne Appellations-Proceſſe zu erkennen der Appellat angewieſen iſt, auf den libellum appellationis zu verhandeln und er ſolches gethan V. 180.

Voigtding, was es ſey V. 173.

Bruchfällige Sachen gehören vor die Untergerichte IV. 247.

Ein

Ein Gerichtsherr muß in ſeinen eigenen Sachen nichts protocolliren und entſcheiden V. 48.

Unter welche Gerichte die Pächter Landesherrlicher Vorwerke gehören V. 121.

Was Haggerichte ſeyn V. 147.

Ein Gerichtsherr kann die Freyheit der Unterthanen von ihrem Eigenthum willkührlich zu diſponiren nicht einſchränken V. 181.

S. Continentia. Holzgerichte. Juden. Policeyſachen.

Gerücht.

Ein ungewiſſes entſchuldiget den Richter nicht, der deswegen wider einen Unſchuldigen zur Inquiſition ſchreitet V. 130.

Geſetze.

Müſſen nur alsdenn die natürliche Freyheit der Unterthanen einſchränken, wenn dadurch das gemeine Beſte befördert wird II. 123.

Verbinden niemand, wenn ſie in Vergeſſenheit gerathen II. 164.

Einen Ausländer entſchuldiget deren Unwiſſenheit II. 186.

Sie verlieren deren veränderten Umſtände halber nicht immer ihre Kraft II. 268.

Stadtrechte ſind vielfältig die Sammlungen alter hergebrachter Gewohnheiten II. 274.

Die Landesgeſetze müſſen den Rechten gemäß erkläret werden, woraus ſie hergefloſſen II. 275. 369.

Der Richter darf dieſelbe nicht auſſer Acht laſſen, wenn er vermeynet, daß es die gemeine Wohlfarth erfordere II. 291. 351.

Noch auch, wenn in einem beſondern Fall die Urſach nicht vorhanden, warum etwas geboten oder verboten iſt II. 291.

Bey Auslegung der Geſetze iſt deren Hiſtorie zu Rath zu ziehen II. 300.

Das Geſetz iſt für abgeſchaft zu halten, wenn der Geſetzgeber ſeit vielen Jahren nicht geahndet hat, daß demſelben zuwider gehandelt worden III. 159.

Die Niederſächſiſche Statuten ſind gemeiniglich aus dem Sachſenrecht zu erklären III. 56.

Die Päbſtliche Rechte, welche Sünden zu verhüten zum Endzweck haben, gehen bey uns den Römiſchen vor I. 48. III. 62.

Wiefern Unterobrigkeiten neue Policey-Verordnungen machen können III. 102. IV. 323.

Ein Geſetz, welches der Unterthanen unwiderrufliche Rechte ſchmälert, erfordert der Landſtände Einwilligung III. 196.

Nicht aber wenn dadurch, um das gemeine Beſte zu befördern, die natürliche Freyheit eingeſchränket, und ſonſt etwas neues verordnet wird III. 197.

Ob der Landſtände Gutachten jedesmal vor der Promulgation des Geſetzes zu erfordern III. 198.

Ob ein Landesherr den Reichsabſchieden zuwider laufende Geſetze machen dürfe III. 313.

Er kann die ſeinen Unterthanen ertheilte Privilegien ihnen nicht nehmen, wohl aber durch Geſetze deren Mißbrauch verhindern III. 322.

Allgemeine Geſetze heben keine beſondere Rechte auf I. 237. IV. 243.

Wenn nicht der Geſetzgeber nur gewiſſe von der Regul abweichende Befugniſſe ferner gelten laſſen will IV. 243.

Ob der bloſſe Nichtgebrauch ein Geſetz entkräfte V. 154.

S. Gewohnheit.

Geſchwächte.

Ihnen gebühret der Brautſchatz als eine Schadloshaltung, wegen der denenſelben entzogenen Gelegenheit eine gute Heyrath zu thun III. 279.

S. Brautſchatz. Huren.

Geſtändniß.

S. Bekenntniß.

Gewährsleiſtung.

S. Eviction.

Gewohnheiten.

Sind aus den Römiſchen Rechten nicht zu erklären I. 150.

Wie ſie zu erweiſen I. 229. 230.

Es reichen zwey oder drey Handlungen zum Beweis nicht hin I. ibid.

Daß ſie durch Geſetze aufgehoben worden, iſt nicht zu vermuthen I. 237.

Die Obſervantia interpretativa erfordert nur einen einzigen Actum I. 299.

Die Gewohnheit erweiſet ein gerichtliches Zeugniß nicht, wenn keine Fälle darin ausgedrücket ſind II. 165. IV. 123.

Und wenn der Richter damit ſeine Erlaubniß rechtfertigen will II. 165. 166.

Die Verſchiedenheit der Handlungen entkräftet den Beweis des Herkommens II. ibid.

Die Braunſchweig-Lüneburgiſche Gewohnheiten ſind aus den Sächſiſchen Rechten zu erklären III. 221.

Eine beſondere Gewohnheit des Orts oder der Familie gehet der gemeinern des Landes vor III. 301.

Wenn der Landesherr den Gebrauch eines Rechts an vielen Orten erlaubet, ſo iſt zu vermuthen, daß er es auch an andern billiget III. 302.

Eine Gewohnheit kann durch Geſetze aufgehoben werden IV. 143.

Zu deren Beweis findet nicht leicht der Erfüllungseid Platz IV. 323.

Wie ein Herkommen mit Atteſtaten zu erweiſen V. 144.

Giftmiſcherey.

Wie ſie zu beſtrafen II. 334.

Anzeigen einer Vergiftung V. 176.

Strafe einer Frau, welche ihrem Mann mit Fliegenſtein vorſetzlich vergeben hat V. 179.

Gilden.

Können ohne der Landesherrſchaft Genehmigung nichts verordnen, ſo der Unterthanen Freyheit einſchränket, und die gemeine Rechte abändert IV. 116.

Deren Anordnung ſtehet der Landesobrigkeit zu IV. 113. 114.

Welchergeſtalt ſie ſtillſchweigend geſchehen kann IV. 114. 115.

S. Handwerker.

Gläubiger.

Ob ſie ſchuldig, des Cridarii Kinder zu dotiren, zu alimentiren und beerdigen zu laſſen V. 50.

Gnade.

S. Begnadigung.

Göttingen.

Daſiges Statutum vom Näherrecht III. 309.

Grenzen.

Von Grenzbäumen und Grenzſteinen V. 132.

Güther.

Sind im Zweifel für ererbte zu halten V. 155.

H.

Hageſtolzen.

Das Hageſtolzenrecht iſt im Chur-Braunſchweigiſchen abgeſchaffet, ſofern es dem Fiſco zuſtehet II. 182. 183.

Nicht aber das Erbrecht des Eigenthumsherrn an der Hageſtolzen Nachlaß II. ibid.

Haggericht.

Was ſie ſeyn V. 147.

Halseigene.

Von deren Pflichten und Präſtationen IV. 29. 182.

Handwerker.

Dürfen keine Kaufmannſchaft treiben III. 320.

Noch mehrere Handthierungen III. 320. 321.

Ihre Rechte ſind aus dem Gebrauch zu erlernen III. 321.

Der Geſetzgeber kann derſelben Privilegien zur Beförderung des gemeinen Beſtens mindern und aufheben IV. 39.

Man erlaubte den Riemern das Leder zu gärben, welches ſie ſelbſt verarbeiten IV. 40.

Ein Handwerksmann muß nach desjenigen Anweiſung arbeiten, der ihn lohnet IV. 331.

Auch ſo viel liefern, als er zu verfertigen vermag IV. 332.

Hausgeräth.

Deſſen Vermächtniß worin es beſtehe V. 84. ſeq.

Haußandachten.

Dürfen vermöge Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes einige Familien gemeinſchaftlich anſtellen, wenn es gleich 1624 nicht geſchehen I. 28.

Hausbuch.

S. Documente.

Haß.

Vom Beweiſe eines unverſöhnlichen Haßes V. 135.

Hebamme.

Wer ſie zu beſtellen hat II. 220.

Den gebährenden Frauen ſind keine aufzudringen, welche einer andern Religion, als ſie, zugethan II. ibid.

Heckenrecht.

Iſt vor Hannover hergebracht V. 218.

Heerſtraſſe.

S. Straſſe.

Herkommen.

S. Gewohnheit.

Herrenloſe Güther.

Ob ſie der Landesobrigkeit gehören II. 209. 210. IV. 217.

Am wenigſten kann dieſelbe ſich anmaſſen, was ein Unterthan fahren läſſet, ſondern es komt demjenigen zu, der ſich deſſen bemächtiget II. 209.

Hildesheim.

Von dem Kirchenrecht, welches dem Hauſe Braunſchweig und Lüneburg im kleinern Stift Hildesheim zugeſtanden I. 169.

Die

Die Kirchen zu Widela, Steinbruck und Henneckenrode ſind ehemals Evangeliſche Pfarrkirchen geweſen I. 175.

Von dem Hildesheimiſchen Conſiſtorio kann nicht appelliret werden I. 221.

Es muß aber auf der Partheyen Begehren die Acten verſchicken I. 222.

Die das Landesherrliche Cammeral-Intereſſe betreffende Rechtshändel ſind die Hildesheimiſche höhere Gerichte zu entſcheiden befugt I. 321.

Wie das gröſſere Stift Hildesheim denen Herzogen von Braunſchweig und Lüneburg zu Theil, und von ihnen zurückgegeben worden I. 335. ſeq.

Das Hildesheimiſche Conſiſtorium iſt befugt, die evangeliſche Superintendenten zu beſtellen I. 345.

Der Biſchof zu Hildesheim kann in ſeiner evangeliſchen Unterthanen Eheſachen nicht diſpenſiren I. 349.

Dem Hauſe Braunſchweig Calenberg ſtehet die Schutzherrſchaft über die Stadt Hildesheim zu *I.* 358.

Ob die evangeliſche Hildesheimer im Weſtphäliſchen Friedensſchluß vor andern Evangeliſchen Unterthanen catholiſcher Landesherren begünſtiget ſind III. 2. 3. 4.

Das Stift hatte 1624. einen rechtmäſſigen Landesherrn III. 3.

Das Simultaneum iſt darin nicht deswegen aufgehoben, weil den Catholiſchen die neun Klöſter auf dem Lande verblieben III. 4. 5. 6.

Die evangeliſche erhielten durch den Weſtphäliſchen Friedensſchluß mehr, als ihnen der Religions Receß von 1643 entzogen hatte III. 10. 11.

Von der Hildesheimiſchen Capuciner-Sache III. 13.

Nimmer haben die Evangeliſche Landſtände ſich erboten, die Koſten zum Bau neuer catholiſcher Kirchen aus der Landes-Caſſe zu verwilligen III. 15.

Der Weſtfelder Capellenbau iſt nicht verboten, weil er auf der Gemeinde Grund und Boden geſchehen, ſondern weil es der Obſervanz des Jahrs 1624. zuwider lief, an beſagtem Ort die catholiſche Religions-Uebung einzuführen III. 16.

Vom Stift Hildesheimiſchen Erbmeyerrecht III. 283.

Dem Stift Hildesheimiſchen Conſiſtorio gebühren die Strafgelder, welche es dictiret IV. 8.

Es kann die Präſentationszeit der Patronen verlängern *IV.* 9.

Von Hildesheimiſchen Halseigenen IV. 29.

Höfe.

Sind ein ganzes Baurenguth mit allen Zubehörungen II. 391. 392.

Hofſtätte.

Iſt ein Platz, der bebauet werden kann II. ibid.

Hohenſtein.

Damit werden die Grafen von Stolberg vom Hauſe Braunſchweig Calenberg beliehen II. 143.

Dieſen ſtehet die Landeshoheit in der Grafſchaft zu II. 145.

Denen Grafen aber auch anſehnliche Regalien II. ibid.

Holzdieb. Holzknecht.

S. Forſt.

Holzerbſchaften.

Sind im Zweifel nicht für Mannlehne zu halten I. 225. ſeq.

Wie ſie entſtanden I. 226.

Holzgerichte.

Deren Urſprung I. 271.

Von den Oberſten Holzgrefen I. 272.

Von den Unter-Holzgrefen und Holzrichtern I. 276.

Welchergeſtalt die Holzgerichte geheget werden I. 277.

Von Holzbrüchen I. 278.

Verſchiedene Holzgerichte ſind in Abgang kommen I. 279.

Welche Sachen vor das Holzgericht gehören III. 255. ſeq.

Holzgrefenſchaft ſetzet nicht nothwendig ein Eigenthum des Holzes voraus V. 194.

Holzungen.

Wem eine eingeſchränkte Gerechtigkeit darin zuſtehet, der iſt nicht für deren Eigenthümer zu halten *I.* 274.

Wofern nicht aller Intereſſenten Rechte eingeſchränket ſind I. 275.

Wem in einem Holze die Bäume zuſtehen, von dem iſt zu vermuthen, daß er Eigenthümer des Grund und Bodens iſt IV. 147. 148.

Eine Wittwe kann im Leibgedingewalde forſtmäſſig Holz fällen laſſen V. 49.

S. Forſt.

Höxter.

Von der Braunſchweig-Lüneburgiſchen Schutzgerechtigkeit über ſolche Stadt I. 357.

Hoya.

Von den Schatzgefällen und Steuren in dieſer Grafſchaft III. 181.

Hud und Weide.

Die gemeinſchaftliche ſtehet nicht der ganzen Gemeinde, ſondern jedem Mitgliede derſelben ſein Theil daran zu I. 214.

Iſt auf fremden Gründen gemeiniglich unerlaubt, ehe die Früchte ohne des Eigenthümers Schaden abgeerndtet werden können I. 291.

Wenn nicht das Mehen zu einer gewiſſen Zeit geſchehen muß I. 292.

Niemand kann zu deren Beengung aus Ackerland Wieſen machen, und verhindern, daß ſie abgehütet werden IV. 113.

Wenn eine gewiße Zeit beſtimmet iſt, binner welcher die Wieſen nicht abgehütet werden dürfen, ſo mag der Eigenthümer binnen ſolcher Zeit ſie zweimal mehen IV. 291.

Nicht aber wenn auf denenſelben binnen 30 Jahren, nach der erſten Heuerndte, die Hud- und Weidegerechtigkeit geübet worden IV. 292.

Ob jemand Vieh darauf bringen darf, welches nicht mit den Aufkünften ſeines Landes im Winter erhalten werden kann V. 225.

S. Schäferey. Vieh.

Hurerey.

Wie ſolche zu beſtrafen II. 316.

Nicht alle Geſchwächte ſind nach dem Römiſchen Recht Huren *IV*. 257.

Hurenkinder können durch Teſtamente und Schenkungen ihrer Väter Güther nicht an ſich bringen *IV*. 258.

Die Wittwe eines Meyers verliehret die Leibzucht nicht, wenn ſie ſich ſchwängern laſſen V. 224.

S. Concubine. Denunciation.

Hypothek.

Die gerichtliche kann vor einem Richter beſtellet werden, dem die verſchriebene Sachen nicht unterworfen *I*. 38.

Die bloſſe Ingroſſation würket keine Hypothecam publicam *I*. ibid.

Die Hypotheca legalis bedarf derſelben nicht *I*. 40.

Sie gehet der Hypothecæ publicæ poſteriori vor I. 40.

Deren gerichtliche Beſtätigung würket nur alsdenn eine öffentliche Hypothek, wenn ſolches hergebracht iſt II. 321.

Eine tacita ſtehet demjenigen zu, der zu Wiederaufbauung eines Hauſes, auch deſſen Reparation Geld geliehen III. 112.

Iſt es zu deſſen Ankauf verwandt, und das Haus dem Gläubiger verſchrieben, ſo gehet er andern hypothekariſchen Gläubigern vor III. 113.

Den Kindern ſtehet nur wegen des von der Mutter und den mütterlichen Vorfahren geerbten Vermögens eine Hypotheca tacita in den Güthern ihres Vaters zu III. 134.

Ein Arreſt erlanget keine Hypothek III. 51.

Den Pflegbefodlnen ſtehet eine Hypothek an den Güthern des Vormundes wegen der Schulden zu, womit er vor übernommener Vormundſchaft ihnen oder ihren Eltern verhaftet geweſen *IV*. 279.

Wenn

Wenn bey dem Verkauf eine Hypothek nicht vor der Uebergabe des verkauften Guths bedungen worden, ſo gehet der Verkäufer nicht allen andern Gläubigern vor IV, 213.

Dem Beſitzer einer Hypothek kömt das beneficium excuſſionis zu ſtatten V. 34.

Was zu einer hypotheca quaſi publica erfordert werde V. 25.

Demjenigen, welcher zu Bebauung einer wüſten Stelle Geld hergeliehen oder Materialien geliefert hat, ſtehet ein Pfandrecht zu V. 97.

Hypotheca tacita ſtehet nur dem Landesherrlichen Fiſco in bonis adminiſtratorum zu V. 153.

Hypotheca publica poſterior ob ſie der privatæ anteriori legali vorgehe V. 154.

Hypothek unbeweglicher Bürgergüther iſt nichtig, wenn ſie nicht ingroſſiret iſt V. 154.

J.

Jagd.

Auf fremdem Grund und Boden führet die Jagdgerechtigkeit kein Jus prohibendi mit ſich I. 266.

Wer ſolches daſelbſt behaupten will, muß die Actionum finium regundorum anſtellen und erweiſen I. 266.

S. Wildbahn.

Jagdfolge.

Iſt in den alten Teutſchen Rechten gegründet II. 397.

Jedoch in den Bannforſten vielfältig durch beſondere Conceſſionen erlanget *II.* ibid.

Jahrmarkt.

S. Kaufmannſchaft.

Illuſtres.

Waren bey den Römern die gröſte Staatsminiſter III. 296.

Ingroſſation.

S. Bürgerliche Güther. Schulden.

Injurien.

Ob Dienſtbothen, wegen der von ihren Herren empfangenen Schläge, ine Injurienklage anſtellen können III. 101.

Sie ſind zu compenſiren, wenn gleich der Beklagte es nicht ausdrückich verlanget *IV.* 78.

Wer die mehreſte Schläge ausgetheilet hat, muß nichts für die Schmerzen, wohl aber das Arztlohn bezahlen, und mit dem Gefängniß beſtrafet werden IV. 78.

Jede

Jede in gemäſſigten Worten wider jemand bey der Obrigkeit angebrachte Beſchwerde iſt keine Injurie *IV.* 103.

Von Beſtrafung der einem Edelmanne von einem geringern zugefügten Realinjurie V. 104.

Injurienklage wegen eines veränderten Grabmahls und verſagten Tituls *V.* 202.

Inquiſition.

Ob der Inquiſit zum Tode zu verdammen, oder ferner zu foltern, wenn er ein durch die Tortur erzwungenes und ratificirtes Bekenntniß widerrufet III. 78. 191.

Ob die Angabe eines Socii criminis hinreichet, die Tortur zu erkennen IV. 201.

Dazu muß ſich kein Richter durch ein ungewiſſes Gerücht bewegen laſſen *V.* 130.

Inſtrumente.

S. Urkunde.

Intervention.

Die verſpätete iſt ad ſeparatum zu verweiſen *V.* 159.

Inventarium.

Ein Vormundſchaftliches muß von Gerichtsperſonen oder Notariis verfertiget werden *I.* 140.

Deſſen Mängel erſetzet eine eidliche Specification, wenn der Vormund keines Betrugs verdächtig iſt *I.* ibid.

Ein Erbe der behindert worden, es zu errichten, darf die Schulden des Erblaſſers aus dem Seinigen nicht bezahlen III. 205.

Die Specificatio jurata erſetzet nur gegen Miterben, nicht aber gegen Gläubiger und Legatarios den Mangel des Inventarii III. 206.

Wer keines errichtet hat, dem kömt das Beneficium inventarii nicht zu ſtatten *IV.* 195.

Der Erbe ſelbſt muß es thun IV. 196.

Unbewegliche Güther, die jederman bekannt ſind, dürfen nicht darin gebracht werden *IV.* 196.

Man überſiehet billig geringe Fehler *IV.* 196.

Ob ein Inventarium zu Recht beſtändig ſey, wenn gleich der Nachlaß nach des Erblaſſers Tode nicht verſiegelt worden *V.* 10.

Irrthum.

Schadet den irrenden IV. 336.

Juden.

Deren Eheſachen ſind von den ordentlichen weltlichen Richtern zu entſcheiden III. 157.

Jedoch nach ihren Deutungen des Moſaiſchen Geſetzes III. 156.

Den Geſchwächten gebühret alſo nur eine Genugthuung mit Gelde III. 157.

Zwiſchen Chriſten und Juden können auſſergerichtlich verbindliche Contracte geſchloſſen werden III. 158.

Eines Juden Zeugniß beweiſet nicht ſemiplene zum Beſtens ſeines Glaubensgenoſſens wider einen Chriſten III. 160.

Den Jüdiſchen Weibern ſtehet im Concurs kein Vorzugsrecht, gleich den Chriſtlichen, zu III. 162.

Die Juden waren des Kayſers Cammerknechte, und bezahlten ihm deswegen Steuren III. 165. 166. 167.

Auch die Reichsſtände hatten bereits vor dem XIV. Jahrhundert Juden III. 167. ſeq.

Nachdem iſt der Judenſchutz allen Reichsſtänden mitgetheilet III. 169.

Auch wohl mittelbaren Ständen III. 169. 170.

Den Misbrauch dieſes Rechts kann der Landesherr verhindern, nicht aber den rechten Gebrauch III. 170.

Ob derjenige, der den Judenſchutz hergebracht, die Erbauung einer Synagoge, und deren Verlegung erlauben kann III. 171.

Die Juden müſſen in gewiſſen Sachen ſich des Rabiners Erkenntniß in den Chur-Braunſchweigiſchen Landen unterwerfen III. 189.

Dieſes iſt den alten Teutſchen Rechten gemäß III. 189.

Die Rabiner ſind aber nur Arbitri neceſſarii III. 190.

Von ihnen iſt der Recurs an des Beklagten ordentliche Obrigkeit zu nehmen III. 191.

Welchen Beweis machen der Juden Handelsbücher wider Chriſtliche Kaufleute III. 318.

Von den Alimenten, die ein Jude ſeiner bey ihm nicht wohnenden Frau zu reichen ſchuldig IV. 104.

Von der Juden Abſchuungsrecht *IV.* 168.

Von ihrer Beſtrafung, wenn ſie mit Chriſtinnen Unzucht treiben *IV.* 221.

Ob dieſelbe von der Stadtobrigkeiten Gerichtbarkeit befreyet ſind *IV.* 246.

Die davon ausgenommene können wegen bruchfälliger in der Stadt begangener Verbrechen vom Stadt-Magiſtrat nicht beſtrafet werden *IV.* 247.

Im Amt Sternberg kann eines Juden Frau, wenn der Mann einen Concurs erreget hat, das Eingebrachte nicht fordern IV. 320.

In dem Chur-Hannöverſchen darf kein Jude ein Immobile an ſich bringen *IV.* 320.

Juſtitz. Juſtitzſachen.

Die Handhabung der Juſtitz iſt zu hemmen, wenn es die Wohlfarth des Staats erfordert III. 31.

Solches können in Teutſchland die Reichsgerichte nicht behindern III. 32.

Ob der Staat denjenigen ſchadlos halten muß, welchem des gemeinen Beſtens halber rechtliche Hülfe verſaget wird III. 34.

Ob Steuerſachen Juſtizſachen ſind *IV.* 24.

Wenn die Gerichte in Policeyſachen zu erkennen haben *IV.* 40.

S. Regierung.

K.

Kauf.

Von derſelbigen angehängten Conditione reſolutiva I. 19.

Ein Käufer kann die Redhibitoriam anſtellen, wenn er gleich anfangs nur ex emto auf die Verbeſſerung der gekauften Sache geklaget hat *I.* 35.

Die Præſcriptio actionis redhibitoriæ läufet keinen Ignoranti *I.* 37.

Wer Korn auf dem Felde kaufet, muß die Gefahr übernehmen, durch Unglücksfälle darum zu kommen *I.* 41.

Wenn der Kaufcontract eine gewiſſe Morgenzahl benennet, ſo iſt, dafern ſich mehr findet, das Kaufgeld zu erhöhen, und wenn weniger vorhanden, ſolches zu mindern *I.* 167. *IV.* 98.

Ein Kaufcontract iſt nicht zur Vollkommenheit gediehen, bevor der Preis beſtimmet worden *II.* 184.

Auſſer wenn die verkaufte Sache einen gewöhnlichen Preis hat II. 185.

Vor der Uebergabe ſtehet der Verkäufer die Gefahr, wenn ein Genus verkaufet iſt II. 185.

Nicht aber wenn gewiſſe Stücke durch die Abſendung beſtimmet worden II ibid.

Wer auf das Remedium L. 2. Cod. de Reſcindenda venditione Verzicht gethan, kann wegen keiner Verletzung vom Kauf zurück treten III. 67.

Der Käufer darf die Waare ohne Urſach verachten, und der Verkäufer ſie loben III. 67.

Die Exceptionem non numeratæ pecuniæ kann kein Verkäufer gebrauchen, wohl aber die Exceptionem doli III. 62.

Kornhändler ſind Kaufleute, und ihre Handelsbücher machen einen halben Beweis III. 216.

Dazu reichet ein Extract aus denſelben nicht hin III. 216.

Ob derjenige zum Erfüllungseide zu laſſen, welcher eine Verletzung über die Hälfte ſemiplene erwieſen hat III. 262.

Es komt nicht darauf an, welchergeſtalt der Verkäufer das Guth genutzet hat, ſondern wie er es nutzen können III. 263.

Das Pretium commune zur Zeit des Verkaufs muß dargethan werden III. 263. 264.

Wer wiſſentlich zu theuer kauft, kann ſich über keine Verletzung beſchweren III. 265. IV. 250. 251.

Das Recht der Natur erlaubet nicht, jemand im Handel und Wandel zu überſetzen III. 268.

Ob wenn ein Kauf, wegen des ihm angehängten Legis commiſſoriæ rückgängig wird, der Käufer verlieret, was er auf Abſchlag des Kaufgeldes bezahlet hat III. 318.

Wenn etwas für einen gewiſſen Preis zu verkaufen gegen einen bedungenen Lohn aufgegeben iſt, der muß dem Eigenthümer liefern, was er mehr erhalten hat IV. 43.

Ein Kauf mag wegen der Verletzung angefochten werden, wenn es gleich einigermaſſen gewiß war, wer beym Handel gewinnen würde *IV*. 250.

Kauf und Pacht kommen einander ſehr nahe *V*. 156.

S. Hypothek. Pacht. Zinſe.

Kaufmannsbücher

Erweiſen keine groſſe Summen ſemiplene IV. 79.

Vom Beweiſe durch Bücher der Kauf- und Handwercksleute V. 166.

Kaiſer.

Die bey Biſchöflichen Wahlen entſtehende Streitigkeiten entſchied vor Alters der Kayſer mit Zuziehung der Geiſtlichkeit *II*. 49.

Er kann noch heutiges Tages dem erwählten Biſchof die Belehnung verſagen II. 50.

Nicht aber willkührlich, ſondern in den Fällen, wenn ſolches einem weltlichen Reichsſtand mit Recht widerfähret *II*. 52.

Bey den Biſchöflichen Wahlen iſt ein Kayſerl. Commiſſarius gegenwärtig *II*. ibid.

Dem Kayſer ſtehet in Evangeliſchen Stiftern kein Jus devolutionis zu II. 53.

Die Carolingiſche Kayſer haben die Sprengel der Bisthümer beſtimmet, und ſolche nach Gutbefinden verändert II. 105.

Auch andere wichtige Kirchenrechte geübet II. ibid.

Der Kaiſer muß nicht geſtatten, daß die Freyheiten der Stifter vom Päbſtlichen Stuhl geſchmälert werden II. 107.

S. Reichsſtädte.

Kinder.

Unehelichen ſeiner Tochter kann der Großvater nichts vermachen I. 89.

Der Mutter Angabe, daß das Kind auſſer der Ehe gezeiget, iſt ihm unſchädlich I. 246.

Wie auch daß es in der Ehe von einem armen Vater gezeuget worden I. ibid.

Wer ſelbigem den Unterhalt gereichet hat, iſt für den Vater zu halten *I*. ibid.

Dieſem

– Dieſem mag darüber ein Eid deferiret werden *I.* ibid.

Von der Kinder Erbeinſetzung mit den Eltern I. 286.

Von dem Unterhalt armer elterloſer Kinder I. 301.

Wer uneheliche von den Eltern verlaſſene Kinder zu ernähren ſchuldig 304.

Den Kindern erſter Ehe ſtehet eine ſtillſchweigende Hypothek in den Gütern ihres Stiefvaters zu *IV.* 321.

Kinder ſind ſchuldig, ihre arme Eltern zu ernähren V. 80.

Sind nicht ſchuldig, die nach geſchehener Uebergabe eines Meyerhofes auf der Leibzucht gemachte Schulden ihrer Eltern zu bezahlen *V.* 63.

Ein im ſiebenden Monathe gebohrnes vollſtändiges Kind kann nicht ehelich ſeyn V. 138.

Kindermord.

Wird vermuthet, wenn die Mutter das Kind heimlich getragen, und mit Willen ohne anderer Menſchen Hülfe heimlich gebohren *I.* 61. *IV.* 338.

Nicht aber dafern keine heimliche Niederkunft vorſetzlich veranſtaltet worden *IV.* 338.

Noch wenn die Schwangerſchaft nimmer verleugnet iſt I. 62.

Vielweniger wenn die Inquiſitin das Stuprum eingeſtanden I. 63.

Oder die Schwangerſchaft Leuten bekannt gemacht, die keinen Kindermord vertuſchen würden I. 63.

Wegen Verheimlichung der Schwangerſchaft wird kein Kindermord vermuthet, wenn an dem Kinde keine Verletzung, und ſich Blut in deſſen Adern gefunden III 80.

Wenn gleich die Mutter das Kind umbringen wollen, ſo findet dennoch keine Pœna ordinaria Platz, dafern nicht erhellet, daß es lebendig zur Welt gekommen III 90.

Dieſes erweiſen die leere Blutgefäſſe nicht immer III. 93.

Ob die unterlaſſene Verbindung der Nabelſchnur den Tod eines Kindes verurſachet *IV.* 339.

Das Bekenntniß der Inquiſitin, daß ſie ihr Kind um das Leben gebracht, iſt nicht immer hinlänglich, ſie zum Tode zu verdammen *IV.* 340. 344.

Noch auch ihr Conatus 344.

Strafe der Mutter, die ihr Kind von ſich gelegt und dadurch deſſen Tod veranlaſſet hat *V.* 86.

Von einer blödſinnigen Kindermörderin V. 119.

Welchergeſtalt wider eine Kindermörderin zu verfahren, welche ſich weigert, den Reinigungseid zu ſchwören V. 220.

Kirche.

Ihr ſtehet die Beſtellung der Biſchöfe und Kirchendiener zu I. 348.

S. Pfarre. Zinſe.

Kirchengüter.

Die von andern eingethane Kirchengüther ſind nicht immer für Pachtgüther zu halten IV. 118.

Wenn ſolche jemand ſeit langen Jahren eigenthümlich beſeſſen, ſo iſt zu vermuthen, daß bey der Acquiſition die Erforderniſſe des Päbſtlichen Rechts beobachtet ſind IV. 119.

S. Domcapitul.

Kirchenſachen.

Gründe, woraus die Evangeliſchen Reichsſtände ihre Gerechtſame darin herleiten V. 7.

Köhrrecht.

Iſt im Fürſtenthum Grubenhagen hergebracht III. 40.

Vermöge deſſelben verbleibet dem jüngſten Kinde Haus und Hof, welches ſeine Geſchwiſter mit Gelde abfinden muß *III.* 40. 355.

Die letztern können keine Subhaſtation, ſondern nur eine Taxation der Güther begehren III. 41.

Wenn aber einer der ältern Kinder mehr bietet, als der Jüngſte geben will, ſo iſt ſelbigem das Guth zu überlaſſen III. 41.

Das Köhrrecht ſtehet nicht nur den Kindern, ſondern auch den Enkeln nach Abgang ihrer Eltern zu III. 220. 355.

Könige.

Ob ihre Güther Schulden halber in andern Herren Landen mit Arreſt beleget werden können III. 32.

Kornzinſe.

Ob die Ländereyen, wovon ſie entrichtet werden, im Zweifel für Zins-Erbenzins-Meyer- oder Pachtgüther zu halten III. 336.

Krieg.

Was jemand in Kriegeszeiten zur Vertheidigung des Landes hergegeben, muß ihm daſſelbe, und nicht der Landesherr erſetzen I. 147.

Das im Krieg erbeutete gehöret denen Unterthanen, die ſich deſſen bemächtiget haben II. 75.

Ob das Eroberte und im Frieden behaltene der Landesherr veräuſſern mag II. 117.

Wer zu Kriegeszeiten eine der ganzen Stadt vom Feinde aufgelegte Laſt allein getragen, und ſie davon befreyet hat, dem ſtehet die Actio ex Lege Rhodia de jactu zu III. 69.

Er kann aber kein Lucrum ceſſans fordern III. 69.

Der Pächter, welcher alle Unglücksfälle übernommen, begehret dennoch wegen ganz ungewöhnlicher Kriegesſchäden, mit Fug Nachlaß III. 116.

Die Laſt der Lieferungen und Einquartirungen zu Kriegeszeiten muß ſowohl der Pächter, als Verpächter übernehmen III. 207.

Was dem Feinde geliefert wird, ſind Brandſchatzungen III. 208.

Von den dem Feinde geleiſteten Fuhren III. 209.

Von Sauvegarden III. 210.

Den an ſeinen eigenen Sachen vom Feinde erlittenen Schaden muß der Pächter übernehmen III. 343.

Er kann nur einen billigen Nachlaß wegen des ihm entzogenen Genuſſes fordern III. 344. 345.

Die Kriegesjahre ſind bey der Verjährung abzurechnen V. 76. 79.

S. Pacht. Remiſſion.

Kriegscaſſe.

S. Concurs.

Kriegerfuhren.

Wenn ſie der Landesherrſchaft zu leiſten ſind III. 332.

L.

Laboriren.

Iſt auf dem Harz verbothen *IV.* 200.

Ladung.

Sub pœna præcluſi bringet Minderjährige und Abweſende, ſo auſſen geblieben, nicht um ihr Recht III. 69.

Landesherr.

Kann die Statuten der Städte ändern, wenn die gemeine Wohlfarth es erfordert *IV.* 40.

Kann die Freyheit der Unterthanen von ihrem Eigenthum nach Willkühr zu diſponiren einſchränken, nicht aber der Gerichtsherr V. 181.

Landeshoheit.

Ob daraus das jus circa Sacra herzuleiten *V.* 8.

Landfolgen.

Waren ehemals Kriegesdienſte II. 37.

Der Ausſchuß iſt deren Surrogatum II. 37.

Heutiges Tages ſind es auſſerordentliche Dienſte, die dem Landesherrn mit der Hand und dem Spann zu leiſten II. ibid.

Die Unterthanen dürfen von den Beamten, ohne ausdrücklichen Befehl der Obern, damit nicht beläſtiget werden II. 38.

Und

Und ſolche nur in den Fällen leiſten, wenn Steuren aufzubringen ſind II. 39.

Jedoch ohne vorgängige Bewilligung der Landſtände II. ibid.

Inſonderheit werden ſie geleiſtet, wenn Feſtungen zu erbauen ſind III. 232.

Langhiſche Lehne.

Das Haus Savoyen hat die Landesherrſchaft darüber an ſich gebracht II. 140.

Die Vaſallen können vom Reich keine Schadloshaltung fordern, ſondern nur vom Erzhauſe Oeſterreich II. 143.

Landgerichte.

Sind heutiges Tages Brüchtengerichte *I.* 58.

Der Adel iſt ihnen nicht unterworfen *I.* 329.

Zu welchem Ende ſie gehalten werden IV. 60.

Landſtände.

Welche Streitigkeiten derſelben mit dem Landesherrn vor die Reichs- oder Landesgerichte gehören II. 203.

Landtagsabſchiede.

Kann der Landesherr nicht nach Willkühr auslegen *I.* 324.

Landwehr.

Auf ſelbigen haben die Landesherrn denen Städten vielfältig die Gerichtbarkeit mitgetheilet IV. 7.

Sie ſind fürnemlich im XIV. und XV. Jahrhundert erbauet IV. 7.

Legatum.

Iſt im Zweifel dergeſtalt zu erklären, daß es den Erben am wenigſten beſchweret III. 177.

Ob es durch eine vom Teſtirer angegebene irrige Urſach entkräftet werde V. 52.

Legat des Hausgeräths, worin es beſtehe V. 84.

Legatum dotis iſt von der promiſſione dotis zu unterſcheiden V. 85.

Iſt nicht immer der Legatariæ nur alsdenn zureichen, wenn ſie zur Ehe ſchreitet V. 165.

Ob wenn jemand dem einen einen Garten, und dem andern deſſen Genuß auf Lebenszeit vermachet, alsdenn jenem der halbe Niesbrauch gebühret V. 173.

Wurde bey den Römern den negotiis ſtricti juris beygezählet V. 173.

Legitimation.

Erfordert den Beweis, daß nicht mehrere, als die ſich melden, an der Forderung Theil haben I. 44.

Wie die Lehnbarkeit zu erweiſen I. 115.

Das Erbrecht an den Lehnen gieng vor Alters durch deren Theilung verlohren I. 154. ſeq.

Um ſolches zu verhindern, bliebe man in Gemeinſchaft der Lehne, und daher iſt die Mitbelehnſchaft entſtanden I. 155.

Wer dieſe nicht erhalten hat, dem ſtehet kein Recht an dem Lehne zu I. ibid.

Es wäre denn des Lehnträgers Bosheit oder Nachläſſigkeit zuzuſchreiben, daß jemand im Lehnbriefe übergangen worden I. 156.

Inveſtituræ eventuales bedürfen keiner Erneuerung I. 157.

Dieſe behindern den Lehnsherrn nicht, in die Veräuſſerung des Lehns zu willigen, und es in Erbe zu verwandeln I. ibid.

Wiefern rückſtändige Salaria und Lohn Lehnſchulden ſind *I.* 176.

Der Vaſall kann vom Lehnsherrn nicht fordern, was zwar im Lehnbriefe enthalten, aber ſeines Wiſſens andern zuſtehet I. 194.

Auch was er durch die mit dem Lehnsherrn errichtete Vergleiche fahren laſſen I. ibid.

Auswärtige Lehnsherren haben in Lehnſachen zu erkennen *I.* 195.

Von ſelbigen iſt aber nicht an den Oberlehnsherrn, ſondern an die Landesherrliche Gerichte zu appelliren I. 196.

Solcher Lehnsherren Gerichtbarkeit gründet ſich nicht auf den Lehnscontract, ſondern auf die Genehmhaltung des Landesherrn I. ibid.

Das Forum continentiæ iſt in Lehnſachen gegründet I. 197.

Die Chur-Braunſchweigiſche Lehne können zu keinen Tafelgüthern gemacht werden *I.* 200.

Der Lehnsherr mag darauf Anwartſchaften ertheilen I. ibid.

Auch Inveſtituras eventuales I. ibid.

Ob das Geſtändnis eines Vaſallen die Lehnbarkeit erweiſet *I.* 227.

Nach Proportion der beſitzenden Lehne ſind von den Vaſallen die Lehnwaaren zu bezahlen *I.* 229.

Wenn nicht Verträge oder das Herkommen den Lehnträger allein mit dieſer Laſt beſchweren I. ibid.

In welchen Fällen das Geld, womit ein Bruder vom Lehn abgeleget worden, eine Lehnſchuld iſt I. 251.

Der Lehnsfolger, welcher für den verſtorbenen Vaſallen eine conſentirte Schuld bezahlet hat, iſt aus deſſen Erbgüthern ſchadlos zu halten I. 352.

Afterbelehnungen verbinden den Oberlehnsherrn nicht, wenn ſie ohne ſeine Einwilligung geſchehen *I.* 353.

Dafern nicht nach und nach mehreren Familien ein Gut zu Afterlehn gegeben iſt I. ibid.

Ob die Geiſtliche Lehnsfähig ſind *I*. 292.

Lehne waren zu der Carolinger Zeiten nicht erblich II. 3.

Ob den Allodialerben wegen der von ihren Erblaſſer angeführten Schulden der Lehnsfolger etwas vergüten muß II. 13.

Ob Beſitzer Braunſchweig-Lüneburgiſcher Lehne, welche auſſerhalb Landes wohnen, vor den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Gerichten mit Peſonalklagen belanget werden können *II*. 85.

Was das Wort gehorſam in Lehnbriefen bedeutet II. ibid.

Lehne werden vielfältig in Erbe verwandelt, und dem bisherigen Lehnmann erlaubet, davon nach Willkühr zu diſponiren II. 107.

Oder es geſchiebet unter der Bedingung, daß der Beſitzer ferner leiſten ſoll, was er bisher gethan II. 107.

Oder man verwandelt die Lehne in Erbenzinsgüther II. 108.

Auch wohl in Zinslehne *II*. 109.

Erforderniſſe einer Lehnsvererbung II. 108.

Sie iſt den Lehnsherren vielfältig anzurathen II. 109.

In Sachſen erlangen die Allodialerben eine freye Diſpoſition durch die Verträge mit den Lehnsfolgern II. 110.

Von Mannlehnen wird in Teutſchland das weibliche Geſchlecht nicht immer gänzlich ausgeſchloſſen II. 139.

Ob ein Vaſall wegen verſäumter Lehnserneuerung ſich deren verluſtig machet II. 251.

Ein wider den Lehnmann erſtrittenes Recht muß der Lehnsherr gelten laſſen II. 261.

In welchem Fall ein auf gewiſſe Zeit dem Gläubiger des Vaſallen ertheilter Landesherrlicher Conſens, nach deren Ablauf, annoch Kraft hat II. 263.

Ob ein zu Kriegesdienſten Untüchtiger lehnsfähig iſt II. 267.

Ob ein Lehn durch die Verjährung in Erbe verwandelt werden kann II. 295.

Ob die Stiftiſche Lehne anfänglich mit der Domcapitul Conſens ertheilet ſind II. 371.

Fürſten und Fahnen-Lehn, verleihen die Reichs-Vicarii nicht II. ibid.

Den älteren Lehnbriefen iſt keinesweges immer mehr Glaube beyzumeſſen, als den jüngern *II*. 389. ſeq.

Jener Aenderung ſchadet dem Vaſallen wenigſtens, wenn er ihr in 30 Jahren nicht widerſprochen II. ibid.

Warum es den Lehnleuten erlaubet iſt, ein Lehn zu refutiren II. 409. 411.

Die Lehnfrüchte kann der ordentliche Richter einen Gläubiger des Vaſallen zuerkennen, und ihn, um ſolche zu erheben, in den Beſitz des Lehns ſetzen III. 94.

Wenn

Wenn die Frage von der Deterioration des Lehns entſtehet, ſo darf der Lehnsherr ſich kein Erkenntniß anmaſſen III. 95.

Die Fructus pendentes gehören nicht dem Lehnsherrn, ſondern dem Lehnmann III. 95.

Der Lehnmann kann durch die Enterbung ſeinem Sohn das Lehn nicht nehmen III. 121.

Wohl aber durch deſſen Veräuſſerung III. 122.

Mantelkinder ſind von der Erbfolge in Lehngüther ausgeſchloſſen *III.* 128.

Durch das Wort Lehn werden auch wohl unbewegliche Erbgüther verſtanden III. 130. IV. 66.

Ein Vaſall darf das Lehn ohne Lehnsherrlichen Conſens einem Mitbelehnten übertragen III. 205.

Wenn das Lehn auf den abelegten Bruder vererbet wird, ſo muß er die zu ſeiner Ablage gemachte Schulden übernehmen III. 204.

Wer einen Antheil des Lehns von ſeinem Miterben kauft, kann das Kaufgeld, nach Abgang des Verkäufers männlicher Nachkommen, in Ermangelung eines beſondern Vertrages, nicht zurückfordern III. 205.

Der Lehnsherr darf ohne Zuziehung der Lehnleute, nach den gemeinen Lehnrechten, in ſeiner eigenen Sache nicht erkennen III. 210. 211.

Auch in den Chur-Braunſchweigiſchen Landen verſtattet man es keinem Landſäſſigen Lehnmann III. ibid.

Die zwiſchen dem Oberlehnsherrn und ſeinen Vaſallen entſtandene Streitigkeiten beurtheilen daſelbſt die höhere Landesgerichte III. 212

Der Lehnträger iſt nicht befugt, ohne Genehmhaltung der Mitbelehnten, auf die Afterlehne Anwartſchaften zu ertheilen III. 275. 276.

Man vermuthet, daß bey Afterlehnen dasjenige Rechtens iſt, was bey dem Lehn üblich, wovon ſie abhängen III. 276.

Eine ertheilte Anwartſchaft verhindert den Lehnsherrn nicht, in die Veräuſſerung des Lehns zu willigen, auch es zum Beſten des Beſitzers in Erbe zu verwandeln III. 323.

Durch die Inveſtituram eventualem erlanget der Belehnte kein Eigenthum, bevor das Lehn erlediget worden III. 325.

Ob es erlaubet und ratſam iſt, die erledigte Stiftiſche Lehne einzuziehen III. 3 6. 327.

Der Lehnsfolger kann die Meyer, welche er auf den Höfen findet, nicht vertreiben IV. 25.

Dafern die Güther nicht zu neuern Zeiten, ohne rechtliche Nothwendigkeit, vermeyert worden IV. 26.

Welches jedoch keinesweges zu vermuthen IV. 27.

Die Actio revocatoria feudi kann nur nach des Verkäufers und ſeiner männlichen Nachkommen Abgang angeſtellet werden IV. 28.

Von der Bedeutung des Worts Lehn *IV.* 66. 188.

Der Lehnsherr mag durch die Verjährung das völlige Eigenthum eines Lehnſtücks erlangen, welches er über Menſchen Gedenken beſeſſen und genutzet, den Vaſallen aber damit immerhin belehnet hat IV. 193.

Der in einer ohne Diſpenſation mit der verſtorbenen Frauen Schweſter vollzogenen Ehe erzeugte Sohn iſt lehnsfähig IV. 317.

Welche Documente dem Lehnsfolger von den Allodialerben des Vaſallen zu ediren ſind IV. 385.

Bey der Lehnsſucceſſion in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen ſchlieſſet der nächſte Agnat den entfernteren aus V. 87.

Dem Erſtgebohrnen in der Grafſchaft Hoya ſtehet nicht mehr Recht am Lehne zu als dem Jüngern V. 102.

Welchergeſtalt ein Lehn antichretiſch verpfändet werden mag V. 192.

Des Lehnsherrn Conſens wird vermuthet, wenn er 30. Jahre ſtill geſeſſen V. 193.

Leibeigene.

S. Eigenbehörige.

Leibgeding.

Verliehret die Wittwe nicht, wenn ſie zur zweyten Ehe ſchreitet, dafern ihr Brautſchatz in den Lehngüthern bleibet I. 217.

Wohl aber wenn dieſelbe nichts eingebracht hat I. ibid.

Sie hätte es denn mit des erſten Mannes Allodialerben zu thun *I.* 218.

Ein Wittwe kann das Leibgeding fahren laſſen, und den eingebrachten Brautſchatz zurück fordern *IV.* 35.

Nicht aber wenn ſie jenes einmal erwählet hat *IV.* 54.

Gebühret der Wittwe aus dem Lehne, wenn es aus dem Erbe nicht erfolgen kann V. 51.

In dem dazu gehörigen Walde kann die Wittwe forſtmäſſig Holz fällen laſſen *V.* 49.

Wann der Wittwe eines Lehnmannes ein Leibgedinge gebühret V. 110.

Leibrente.

Das Capital, womit ſie erkaufet worden, kann man zurückfordern, wenn der Verkäufer mehrere Renten unbezahlet gelaſſen IV. 54.

Leibzucht.

Ob der auf einem Meyergut wohnende Leibzüchter heyrathen darf *II.* 412.

Wer die Leibzucht genieſſet, kann zwar an manchem Ort das Eingebrachte, nicht aber die Meliorationes fordern III. 223.

Sie verſchlinget den Brautſchatz, wenn die Kinder zweyter Ehe vom Hofe ausgeſteuret werden *IV.* 290. 294.

Er muß aber alsdenn zum Beſten des Hofes verwandt ſeyn IV. 296.
Ob wider einen Leibzuchtscontract die Läſionsklage Platz findet *IV.* 361. ſeq.
Und das Näherrecht *IV.* 250.
Der Leibzuchtscontract kömt dem Verkauf ſehr nahe 63. 112.
Die auf der Leibzucht gemachte Schulden des Vaters iſt der Sohn nicht ſchuldig zu bezahlen *V.* 63. 112.
Des Leibzüchters Erben gebühren gar keine uneingeerndete Früchte V. 50.
Die Leibzucht gebühret der Wittwe eines Meyers, wenn mit ihrem Eingebrachten der Hof erhalten worden V. 110.
Sie kann eines Meyers Wittwe nicht genommen werden, wenn ſie ſich ſchwängern laſſen, noch iſt ſelbige zu vermindern, dafern ihre Kinder in den Stand kommen ihr Brod zu verdienen *V.* 224.

Liquidation.

S. Pfandsinhaber.

Litis denunciatio.

Findet nicht immer wider denjenigen Statt, wider welchen der Regreß genommen werden kann I. 34.

Litones. Laten.

Waren eine gewiſſe Art Knechte, deren Leibeigenſchaft aber gelinder als andere *IV.* 182.
Heutiges Tages heiſſen ſie Meyerdingsleute, Hegerleute, Halseigene *IV.* 182.

Lotterie.

Iſt eine Emtio ſpei IV. 316.
Sie wird mit dem geſchloſſen, der die Lotterie anordnet *IV.* 316.
Dieſer kann alſo belanget werden, wenn keine Zahlung des Gewinnſtes durch Verſchulden der Collecteurs erfolget IV. 316.
Nicht aber wenn ſelbigen kein Verſehen beygemeſſen werden kann *IV.* 317.
Von dem Recht eines Collecteurs an den Douceurgeldern, welche derjenige giebet, der einen groſſen Gewinſt in der Lotterie gethan IV. 346.
Die Lotteriedirection muß für ihre Collecteurs einſtehen, nicht aber für die ohne ihre Schuld betrüglich entwendete Looſe V. 53. IV. 314.

M.

Machtſprüche.

Kann der Landesherr in gewiſſen Fällen thun IV. 88.

Kann per æquipollens vollſtrecket werden, wenn es ohne des Mandanti Nachtheil geſchiehet *IV*. 51.

Nimt mit des Mandatarii Leben ein Ende *IV*. 346.

Seine Bemühung muß nicht umſonſt geſchehen, wenn er dadurch etwas zu erwerben ſuchet IV. 346. 347.

Welches dem Procurator ertheilet iſt, kann willkührlich widerrufen werden V. 51.

Mannthaler.

Deſſen Erhebung ſtehet manchem Gerichtsherrn zu I. 189.

Er iſt der Obſervanz gemäß zu entrichten IV. 81.

Und denen Fructibus jurisdictionis nicht beyzuzählen IV. 82.

Maas.

Der Kornfrüchte, wie ſich das Bremiſche zu dem in Münden verhalte V. 67.

Maſt.

Wer an der vollen Maſt ein Recht hat, dem ſtehet es an der halben Maſt nicht immer zu I. 51.

Was Sprangmaſt und Nachmaſt, auch Faſelmaſt iſt IV 146.

Die Maſtungsgerechtigkeit des Eigenthümers eines Holzes mag der zur Hud und Weide darin Berechtigte nicht auf den Fall einſchränken, wenn Schweine gefeiſtet werden IV. 146.

Sprang- und Nachmaſt kömt dem zur Hud und Weide berechtigten nicht zu, wenn dem Eigenthümer des Waldes das Eichelnleſen erlaubt wird IV. 148.

Meineid.

Wie er zu beſtrafen IV. 155.

Meſſung.

Des Landes erfordert der Partheyen Verabladung IV. 97.

Ein jeder Theil kann begehren, daß ſie wiederholet werde IV. 97.

Metalle.

Durften vor Alters nur die Könige graben laſſen II. 215.

Ob Steine den Metallen beyzuzählen *II*. 217.

Auch die Steinkohlen II. ibid.

Meyer.

Der Guthsherr kann nicht nach Willkühr eines von deſſen Kindern mit dem Guth bemeyern I. 11.

Die Meyer im Fürſtenthum Grubenhagen mögen Zubehörungen des Meyerguths mit guthsherrlichem Conſens veräuſſern, wenn dem Dienſtherrn dadurch nichts entgehet I. 45.

Solche Zubehörungen werden auch durch die Verjährung erworben *I.* 46.

Rottländerey iſt im Zweifel für kein Meyerguth zu halten I. 72.

Wohl aber andere Pertinenzien eines Meyerhofes I. 82.

Es iſt zu vermuthen, daß deren Veräuſſerung von des Meyers Vorfahren geſchehen I. ibid.

Wenn das Kaufgeld oder der Pfandſchilling unbekannt, ſo muß deren jetziger Werth erleget werden *I.* 83.

Auch Eltern und Seitenverwandten ſtehet ein Erbrecht an den Meyergüthern zu I. 254.

Ohne des Guthsherrn Einwilligung iſt dem Meyer kein Ehezettul von den Beamten in der Grafſchaft Hoya zu ertheilen I. 260.

Der Sohn des Meyers muß deſſen Schulden bezahlen, wenn gleich dieſer abgemeyert werden können, und jenem der Guthsherr drn Hof ohne Schuldigkeit eingethan hat *I.* 262.

Ob, mit Vorbeygehung der Kinder, ihrem Stiefvater das Meyerrecht ertheilet werden kann I. 266.

Das Erbrecht an dem Meyerguth mag niemand genommen werden, weil er das halbe Taxatum des Allodii aus dem Seinigen nicht bezahlen kann *I.* 267.

Von zweyen, die ſich das Meyerrecht ſtreitig machen, kann der Guthsherr nicht einen nach Willkühr bemeyern I. 270.

Wohl aber demjenigen den Meyerbrief verſagen, der unvermögend iſt, den Hof im Stande zu erhalten I. 271.

In welchen Fällen es rathſam, den Meyern die Verpachtung ihrer Ländereyen zu unterſagen II. 122.

Bauergüther nicht aber Bürgergüther ſind im Zweifel für Meyergüther zu halten II. 133.

Von der Beſtimmung des aus einem Meyerhof zu entrichtenden Brautſchatzes II. 154. IV. 288.

Die Abmeyerung findet keine Statt, wenn der Meyer durch Unglücksfälle behindert iſt, den Zins abzuführen II. 362.

Inſonderheit, wenn er, weil ihm das Vieh genommen worden, den Acker nicht gebührend beſtellen können II. 364.

Ob demſelben Nachlaß gebühret, wenn er den Guthsherrn zur Beſichtigung der Feldſchaden nicht verabladet hat II. 363.

Zu Kriegszeiten iſt bey Beſtimmung der Remiſſion auch auf die aus der Scheure genommene Früchte das Augenmerk zu richten II. 401.

Imgleichen auf die gethane Lieferungen, ſofern dadurch ein Verluſt des halben Theils der Früchte veranlaſſet worden II. ibid.

Der

Der Meyer kann den Guthsherrn nicht nöthigen, ihm zu erlauben, ſein Meyerrecht einen andern zu übertragen *II.* 411.

Noch auch ihm den Contract aufkündigen *II.* ibid.

Der Meyer kann, ohne guthsherrliche Genehmigung, das Meyerguth keinem Fremden vermachen III. 217.

Er muß die beſte Art des verſprochenen Korns liefern, welches auf dem Meyerlande gewachſen III. 249. V. 68.

Wer zwey Meyerhöfe beſitzet, den kann der Richter nicht nöthigen, einen fahren zu laſſen, am wenigſten zur freyen Diſpoſition des Guthsherrn III. 250.

Daß aber einer neuerlich zwey Höfe an ſich bringe, verſtattet man nicht leicht III. 250.

Der Zins desjenigen, dem adeliche freye Ländereyzu Meyerrecht eingethan iſt, kann durch Verträge erhöhet werden III. 262.

Nicht aber der die gemeine Laſten tragenden Meyer III. 262.

Der Guthsherr aber den Conſens ihm nicht willkührlich verſagen *III.* 254.

Der Meyer darf ohne guthsherrlichen Conſens keine auf ſeinem Hofe und Lande befindliche Bäume hauen III. 253.

Die Stift Hildesheimiſche Meyer haben ein Erbrecht III. 283.

Auch gemeiniglich die Bauersleute in Ober- und Niederſachſen und in Weſtphalen III. 284.

Meyerhöfe cultiviret ſelten der Guthsherr ſelbſt IV. 28.

Die Meyer kommen von den Litonibus nicht her IV. 184. 185.

Sie ſind von den Meyerdingsleuten ſehr unterſchieden IV. 184.

Und keine Erbenzinsleute IV. 186.

Von Meyersweiſe verliehenen Lehnen IV. 188.

Meyergüther ſind keine Lehngüter IV. 189.

In dem Braunſchweigiſchen iſt zu neuern Zeiten die Gewalt der Guthsherrn nicht vermehret, ſondern vermindert IV. 187. 189.

Ob dem Meyer ein Dominium utile zuſtehet IV. 189.

Der Mangel des guthsherrlichen Conſenſes entkräftet die Eheſtiftung des Meyers nicht, wenn ſelbiger ertheilet werden müſſen IV. 226.

Stehet der Hof auf andere Weiſe nicht zu erhalten, ſo kann er dem Stiefvater der Kinder des verſtorbenen Meyers auf mehrere Jahre verſchrieben werden, als es der Mutter Eheſtiftung verſtattet IV. 226.

Der Meyerbrief erweiſet die Pertinenzien des Hofes nicht nur wider den Meyer, ſondern auch wider deſſen Gläubiger IV. 252.

Kein Guthsherr bemeyert jemand mit denen andern zuſtehenden Pertinenzien des Hofes IV. 352.

Des Meyers Geſchwiſtern gebühret keine Ablage aus der Subſtanz des Meyerguths IV. 190.

Eines Meyers Wittwe kann dem zweyten Mann mehr verſchreiben, als die Ablage eines Kindes erſter Ehe beträget IV. 116.

Das Meyerrecht gehet verlohren, wenn des Meyers Schulden halber ſein mit dem Hofe verknüpftes Allodium verkaufet werden muß IV. 289.

Nicht aber wenn die Gläubiger particularem ſolutionem annehmen, und mit den Aufkünften des Hofes bezahlet werden IV. 289.

Obwohl der Hof nicht von ihm herkömt IV. 293.

Des Meyers Kindern zweyter Ehe gebühret ein Brautſchatz aus dem Hofe, wenn ſein Eingebrachtes in ſelbigem verbleibet IV. 290. ſeq.

Der Brautſchatz muß aber alsdenn zum Beſten des Hofes verwandt ſeyn IV. 296.

Die Abmeyerung erfordert eine richterliche aber ſummariſche Unterſuchung IV. 344.

Wenn derjenige, welchem der Meyerhof gebührt, ihm vorzuſtehen nicht vermag, ſo wird er einem andern Kinde zu Theil IV. 361.

Die Meyerhöfe ſind von ſehr unterſchiedener Gröſſe, und einige mehr als andere beläſtiget II. 41. IV. 382.

Ein Guthsherr kann, ohne erhebliche Urſachen, die Ehe ſeiner Meyerleute nicht hindern IV. 383. V. 62.

Von der Abmeyerung wegen übeln Haushalts des Meyers IV. 384.

Unterſchied eines Meyers von einem Colono partiario V. 73.

Ein Meyer iſt nicht verbunden das Verſprechen des Leibzüchters zu erfüllen V. 112.

Von Beſetzung der Meyerhöfe im Fürſtenthum Calenberg, woran mehrere Guthsherren Theil haben V. 215.

Deſſen Wittwe verliehret die Leibzucht nicht, wenn ſie ſich ſchwängern laſſen V. 224.

S. Leibzucht. Pacht.

Meyerding.

Von ſelbigen wird in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen an die Obergerichte appelliret I. 196.

Von dem Meyerdingslande ein Erbenzins entrichtet I. 247.

Selbiges mit Conſens des Erbenzinsherrn veräuſſert I. 248.

Davon die Umſaat bezahlet. I. 247.

Die Baulebung gegeben I. 248.

Wer die darüber entſtehende Rechtshändel entſcheidet I. ibid.

Meyerdingsleute ſind von den Meyern ſehr unterſchieden IV. 184.

Miethcontract.

In Ermangelung eines ſchriftlichen Contracts kann die Hausmiethe, nach abgelaufener Miethzeit, jedesmahl aufgekündiget werden I. 69.

Wenn keine vorgängige Looſe ausdrücklich bedungen iſt. 69.

Dafern dieſe zwar geſchehen, aber nicht angenommen worden, ſo ſtehet zu vermuthen, daß es bey dem verabredeten Contract geblieben *I.* ibid.

Kindern, welche ihren Eltern ſolche Dienſte leiſten, daß ſie eines Dienſtbothen oder Geſellen entrathen können, gebühret ein Lohn III. 120.

Minderjährigkeit.

Wiefern eines Minderjährigen Schuldforderung durch die ſeinem Vormund geſchehene Zahlung erlöſchet III. 77.

Deſſen Veräuſſerungen ſind nichtig, wenn er gleich keinen Vormund gehabt III. 247.

Ob derſelbe nach Ablauf des Quinquennii eine nichtige Veräuſſerung ſeines Vormunds anfechten kann III. 272.

Miniſteriales.

Die Niederſächſiſche ſind nimmer dem Sterbfall unterworfen geweſen IV. 188.

Mißwachs.

S. Pacht.

Moor.

S. Adespota.

Mord.

S. Todtſchlag.

Mühle.

Ein jeder mag ſolche erbauen, wenn dieſe Freyheit nicht durch Landesgeſetze eingeſchränket iſt II. 123.

Anlegung neuer Korn- und Sagemühlen im Fürſtenthum Calenberg V. 35.

Vom Mühlenrechte im Fürſtenthum Grubenhagen V. 136.

Vom Mühlenzwang IV. 371. V. 28.

Er wird durch die Præſcriptionem longiſſimi temporis erlanget IV. 372. 375.

Und durch die Brüchregiſter erwieſen IV. 372. 377.

Münze.

Bey verändertem Münzfuß, muß derjenige, welcher Geldgefälle zu erheben hat, ſo viel Silber bekommen, als ihm vorhin gebührte II. 76.

Die Geldgefälle ſind in groben, nach dem Leipziger Fuß geprägten Sorten zu entrichten II. ibid.

Wie viel Scheidemünze bezahlet werden darf II. ibid.

Wer gangbare Münze verſprochen, muß keine ſchlechtere entrichten, als zur Zeit des gethanen Verſprechens gangbar war II. 79.

Die

Die Münze ſollte billig ſo viel Gold und Silber enthalten, als der Stempel anzeiget III. 17.

Was die Erhöhung des äuſſerlichen Werths veranlaſſet III. 19.

Chur-Braunſchweigiſches erneuertes Münzedict III. 19.

Vermöge deſſen und anderer Braunſchweig-Lüneburgiſcher Verordnungen muß die Wiederbezahlung ausgeliehener Gelder nach dem innerlichen Werth geſchehen III. 21. ſeq.

Dieſes erfordert Recht und Billigkeit III. 23.

Die Ausfündigmachung des Cours iſt auſſer den Handelsſtädten den gröſten Schwierigkeiten unterworfen III. 24. ſeq.

In den Handelsſtädten aber ſelbiger gemeiniglich dem innerlichen Werth gemäß III. 25.

Wenn die empfangene Münzſorte in der Verſchreibung nicht ausgedrücket iſt, ſo muß der Gläubiger die ſchlechteſte annehmen, welche zur Zeit der Auszahlung courſiret hat, nicht aber diejenige, ſo ſich an dem Ort ſelten gefunden III. 26.

Wer Zinſe von in beſſerm Gelde beſtehenden Capitalien und Alimentgeldern zur Zeit des Münzverfalls in ſchlechter Münze angenommen, muß ſich, nachdem ſolche verrufen worden, oder im Werth gefallen, nicht mit ihrem innerlichen Werth vergnügen III. 27.

Wer ſchlechte Münzen ausgeliehen, muß dieſelbe wieder annehmen, obwohl ihr äuſſerlicher Werth gefallen, wenn ſie nicht verrufen ſind *III.* 28.

Wer ſchlechtes Geld eingenommen, und es nicht zu rechter Zeit, ſondern allererſt abgeliefert hat, als ſolches unbrauchbar worden, muß deſſen ehemaligen äuſſerlichen Werth entrichten III. 29.

Durch Edictmäſſige Münzen werden die unverrufene verſtanden III. 29.

Wer ohne Beſtimmung der Münzſorten etwas auf Borg kaufet, muß das Kaufgeld in ſolcher Münze bezahlen, die zur Zeit des Contracts gäng und gebe war III. 29. 30.

Wer ohne Vorbehalt in ſchlechterer Münze, als woraus das Capital beſtehet, Zinſen angenommen, dem gebühret keine beſſere III. 143.

Der Schuldner kann bündig verſprechen, den Gläubiger mit beſſerer Münze zu bezahlen, als er empfangen, wenn ſolchergeſtalt kein ungerechter Zinswucher ausgeübet wird III. 222.

Was durch vollgültige Münzſorten zu verſtehen III. 315.

Wer ſeinen Gläubiger in der zur Zeit der Bezahlung gangbaren Münze zu vergnügen ſich anheiſchig gemachet, muß ſein Verſprechen erfüllen, wenn gleich die Münze ſo er empfangen, viel ſchlechter geweſen, dafern ſolches zur Zeit des Vertrages nicht zu vermuthen war IV. 117.

S. Zinſe.

Münzer.

Falſche ſind mit dem Schwerdte zu beſtrafen, wenn ſie wenig falſches Geld gemünzet und ausgegeben I. 218.

Auch eines fremden Herrn Geld gepräget haben I. 230.

N.

Näherrecht.

Findet in neu erworbenen Güthern keinen Platz III. 56.

Auch nicht in Erbgüthern, wenn ſie ein Anverwandter ſub haſta gekaufet hat III. 56. 308.

Iſt in Teutſchland an den mehreſten Orten hergebracht III. 302.

Beſonders in den Fürſtenthümern Calenberg und Grubenhagen *III.* 303.

Erlöſchet, wenn das Guth in fremde Hände kommen III. 307.

Ob es eine landſäſſige Stadt einführen kann III. 312.

Findet keinen Platz, wenn im Kaufcontract eine Leibzucht bedungen worden IV. 250.

Der Retrahent muß den wahren Werth bezahlen, wenn gleich der Verkäufer dem Käufer einen Theil des Kaufgeldes geſchenket hat IV. 250.

Nebenhocken.

Sind im Chur-Braunſchweigiſchen und Hildesheimiſchen nicht zehendfrey I. 360. 361.

Negotiorum geſtor.

Derjenige, welcher einem andern Vortheil ſchaffet, obwohl er den Vorſatz nicht gehabt, muß von ſelbigem ſchadlos gehalten werden *III.* 35. 184.

Wer eines andern Beſtes befördert, muß von dieſem ſchadlos gehalten werden, wenn gleich ſelbigem am Ende kein Vortheil daraus entſtehet IV. 51.

Nothzucht.

Iſt mit dem Tode zu beſtrafen, wenn es gleich zweifelhaft, ob die Immiſſio ſeminis geſchehen III. 73 74.

Ob eine Weibsperſon ſolche jedesmal behindern könne III. ibid.

Novation.

Wird durch ſolche Handlungen, die nicht anders gedeutet werden können, erwieſen IV. 93. 213. 386.

Wenn die Annahme einer neuen Obligation ſie wirket IV. 213. 387.

Ob jedesmahl die Verzinſung eines Capitals IV. 213.

Kein

Kein Contract, wenn ausdrücklich bedungen worden, daß ſie nicht geſchehen ſolle IV. 213.

Novellen.

Ob deren lateiniſcher Text dem Griechiſchen vorzuziehen iſt II. 160.

Notarien.

Ob ſie zum Vidimiren der Copeyen, Zeugen zuziehen müſſen V. 163.

Nullität.

Es iſt nicht zu vermuthen, daß der Geſetzgeber ſolche Formalitäten ſub pœna nullitatis erfordert, welche immer ohne Nachtheil ergänzet werden können III. 241.

Nunciatio novi operis.

Wodurch ſie geſchehe? V. 32.

O.

Obrigkeit.

Gegen ſie findet die Spolienklage Statt V. 22.

S. Bediente.

Obſervanz.

Die interpretativam erweiſet ein einziger Actus III. 144.

Die Obſervanz würket die Vermuthung eines erlangten unwiderruflichen Rechts IV. 235.

Es wird vermuthet, daß an einem Ort Rechtens, was an den mehreſten im Lande eingeführet worden IV. 82.

Dieſe Vermuthung fällt hinweg, wenn ein anders an einem Orte bisher üblich geweſen IV. 82.

Oſnabrück.

Die daſige Evangeliſche Dommherren haben das Recht, den Biſchof mit zu wählen I. 356.

P.

Pacht.

Vom Nachlaß des Pachtgeldes wegen feindlicher Ueberziehung *I.* 21 144. 145.

Der Pächter mag deßwegen kein Lucrum ceſſans fordern *I.* 21.

Pachtgelder, welche vom Feinde erpreſſet ſind, kann der Pächter dem Verpächter in Rechnung bringen *I.* 78.

Die von dem Landesherrn auf die Güther gelegte Laſten, muß der Verpächter übernehmen *I.* 144. 145.

Was der Feind beygetrieben, aber zugleich der Pächter *I.* 145.

Wie ſolche Abgiften zwiſchen den Pächter und Verpächter zu vertheilen *I.* 144. in fine.

Ob jenen von dieſen die dem Feinde gethane Fuhren und Kornlieferungen zu vergüten ſind *I.* 146. 147.

Dem Pächter gebühret Nachlaß, wenn die Früchte, nachdem ſie abgemähet worden, durch einen Unglücksfall verlohren gegangen *I.* 166.

Iſt im Pachtcontract eine gewiſſe Morgenzahl benannt, ſo muß, dafern ſich mehr findet, das Pachtgeld erhöhet, und wenn weniger fürhanden, ſolches gemindert werden *I.* 167. *IV.* 98.

Wenn dem Verpächter nicht nur ein Vortheil entgehet, ſondern er ohne groſſen Schaden und Beſchwerlichkeit das Seinige nicht entbehren kann, ſo muß ihm ſolches der Pächter, vor Ablauf der Pachtjahre, abtreten II. 99.

Jedoch nur, wenn die Begebenheiten, welche ſolches veranlaſſen, unerwartet geweſen II. 100.

Ob Meyerländerey verpachtet werden könne II. 122.

Bürgergüther ſind im Zweifel für Pachtgüther zu halten II. 133.

Davon wird auch wohl Weinkauf entrichtet II. 134.

Wenn der Pächter die bedungene Anzeige des Mißwachſes unterlaſſen, ſolcher aber erwieſen wird, ſo gebühret ihm dennoch ein Nachlaß *II.* 186.

Er muß das Empfangene deſigniren, und beſchwören, damit man erkenne, ob der Schade unerträglich iſt *II.* 187.

Wer die verſprochene Nutzung zu verſchaffen, oder den Dienſt zu leiſten verhindert wird, kann kein Pachtgeld oder Lohn fordern II. 354.

Auch der Pächter muß von ſeinem Eigenthum und Gewerbe Steuren entrichten II. 401.

Kauf gehet vor Miethe III. 139.

Wer durch einen Tauſch ein verpachtetes Guth an ſich bringet, den verbindet der Pachtcontract ſeines Vorfahren nicht *I.* 139.

Der Eigenthümer kann nach geendigter Pacht das Seinige eigenmächtig zu ſich nehmen, wenn ihm der Pächter keinen thätlichen Widerſtand thut III. 138.

Ein Pachtcontract kann auch ſtillſchweigend geſchloſſen werden *III.* 141.

Ein Miethsmann, der Jure retentionis in dem Guth bleibet, und es bewohnet, muß von ſolcher Zeit Miethe bezahlen III. 141. ſeq.

Ein Pächter und Verpächter kann das Remedium L. 2. Cod. de reſcindenda venditione gebrauchen III. 268.

Wer

Die Münze ſollte billig ſo viel Gold und Silber enthalten, als der Stempel anzeiget III. 17.

Was die Erhöhung des äuſſerlichen Werths veranlaſſet III. 19.

Chur-Braunſchweigiſches erneuertes Münzedict III. 19.

Vermöge deſſen und anderer Braunſchweig-Lüneburgiſcher Verordnungen muß die Wiederbezahlung ausgeliehener Gelder nach dem innerlichen Werth geſchehen III. 21. ſeq.

Dieſes erfordert Recht und Billigkeit III. 23.

Die Ausfündigmachung des Cours iſt auſſer den Handelsſtädten den gröſten Schwierigkeiten unterworfen III. 24. ſeq.

In den Handelsſtädten aber ſelbiger gemeiniglich dem innerlichen Werth gemäß III. 25.

Wenn die empfangene Münzſorte in der Verſchreibung nicht ausgedrücket iſt, ſo muß der Gläubiger die ſchlechteſte annehmen, welche zur Zeit der Auszahlung courſiret hat, nicht aber diejenige, ſo ſich an dem Ort ſelten gefunden III. 26.

Wer Zinſe von in beſſerm Gelde beſtehenden Capitalien und Alimentgeldern zur Zeit des Münzverfalls in ſchlechter Münze angenommen, muß ſich, nachdem ſolche verrufen worden, oder im Werth gefallen, nicht mit ihrem innerlichen Werth vergnügen III. 27.

Wer ſchlechte Münzen ausgeliehen, muß dieſelbe wieder annehmen, obwohl ihr äuſſerlicher Werth gefallen, wenn ſie nicht verrufen ſind *III.* 28.

Wer ſchlechtes Geld eingenommen, und es nicht zu rechter Zeit, ſondern allererſt abgeliefert hat, als ſolches unbrauchbar worden, muß deſſen ehemaligen äuſſerlichen Werth entrichten III. 29.

Durch Edictmäſſige Münzen werden die unverrufene verſtanden III. 29.

Wer ohne Beſtimmung der Münzſorten etwas auf Borg kaufet, muß das Kaufgeld in ſolcher Münze bezahlen, die zur Zeit des Contracts gäng und gebe war III. 29. 30.

Wer ohne Vorbehalt in ſchlechterer Münze, als woraus das Capital beſtehet, Zinſen angenommen, dem gebühret keine beſſere III. 143.

Der Schuldner kann bündig verſprechen, den Gläubiger mit beſſerer Münze zu bezahlen, als er empfangen, wenn ſolchergeſtalt kein ungerechter Zinswucher ausgeübet wird III. 222.

Was durch vollgültige Münzſorten zu verſtehen III. 315.

Wer ſeinen Gläubiger in der zur Zeit der Bezahlung gangbaren Münze zu vergnügen ſich anheiſchig gemachet, muß ſein Verſprechen erfüllen, wenn gleich die Münze ſo er empfangen, viel ſchlechter geweſen, dafern ſolches zur Zeit des Vertrages nicht zu vermuthen war IV. 117.

S. Zinſe.

Münzer.

Falſche ſind mit dem Schwerdte zu beſtrafen, wenn ſie wenig falſches Geld gemünzet und ausgegeben I. 218.

Auch eines fremden Herrn Geld gepräget haben I. 230.

N.

Näherrecht.

Findet in neu erworbenen Güthern keinen Platz III. 56.

Auch nicht in Erbgüthern, wenn ſie ein Anverwandter ſub haſta gekaufet hat III. 56. 308.

Jſt in Teutſchland an den mehreſten Orten hergebracht III. 302.

Beſonders in den Fürſtenthümern Calenberg und Grubenhagen *III.* 303.

Erlöſchet, wenn das Guth in fremde Hände kommen III. 307.

Ob es eine landſäſſige Stadt einführen kann III. 312.

Findet keinen Platz, wenn im Kaufcontract eine Leibzucht bedungen worden IV. 250.

Der Retrahent muß den wahren Werth bezahlen, wenn gleich der Verkäufer dem Käufer einen Theil des Kaufgeldes geſchenket hat IV. 250.

Nebenhocken.

Sind im Chur-Braunſchweigiſchen und Hildesheimiſchen nicht zehendfrey I. 360. 361.

Negotiorum geſtor.

Derjenige, welcher einem andern Vortheil ſchaffet, obwohl er den Vorſatz nicht gehabt, muß von ſelbigem ſchadlos gehalten werden *III.* 35. 184.

Wer eines andern Beſtes befördert, muß von dieſem ſchadlos gehalten werden, wenn gleich ſelbigem am Ende kein Vortheil daraus entſtehet IV. 51.

Nothzucht.

Jſt mit dem Tode zu beſtrafen, wenn es gleich zweifelhaft, ob die Immiſſio ſeminis geſchehen III. 73 74.

Ob eine Weibsperſon ſolche jedesmal behindern könne III. ibid.

Novation.

Wird durch ſolche Handlungen, die nicht anders gedeutet werden können, erwieſen IV. 93. 213. 386.

Wenn die Annahme einer neuen Obligation ſie wirket IV. 213. 387.

Ob jedesmahl die Verzinſung eines Capitals IV. 213.

Kein Contract, wenn ausdrücklich bedungen worden, daß ſie nicht geſchehen ſolle IV. 213.

Novellen.

Ob deren lateiniſcher Text dem Griechiſchen vorzuziehen iſt II. 160.

Notarien.

Ob ſie zum Vidimiren der Copeyen, Zeugen zuziehen müſſen V. 163.

Nullität.

Es iſt nicht zu vermuthen, daß der Geſetzgeber ſolche Formalitäten ſub pœna nullitatis erfordert, welche immer ohne Nachtheil ergänzet werden können III. 241.

Nunciatio novi operis.

Wodurch ſie geſchehe? V. 32.

O.

Obrigkeit.

Gegen ſie findet die Spolienklage Statt V. 22.

S. Bediente.

Obſervanz.

Die interpretativam erweiſet ein einziger Actus III. 144.

Die Obſervanz würket die Vermuthung eines erlangten unwiderruflichen Rechts IV. 235.

Es wird vermuthet, daß an einem Ort Rechtens, was an den mehreſten im Lande eingeführet worden IV. 82.

Dieſe Vermuthung fällt hinweg, wenn ein anders an einem Orte bisher üblich geweſen IV. 82.

Oßnabrück.

Die daſige Evangeliſche Domherren haben das Recht, den Biſchof mit zu wählen I. 356.

P.

Pacht.

Vom Nachlaß des Pachtgeldes wegen feindlicher Ueberziehung *I.* 21 144. 145.

Der Pächter mag deßwegen kein Lucrum ceſſans fordern *I.* 21.

Pachtgelder, welche vom Feinde erpreſſet ſind, kann der Pächter dem Verpächter in Rechnung bringen *I.* 78.

Die von dem Landesherrn auf die Güther gelegte Laſten, muß der Verpächter übernehmen *I.* 144. 145.

Was der Feind beygetrieben, aber zugleich der Pächter *I.* 145.

Wie ſolche Abgiften zwiſchen den Pächter und Verpächter zu vertheilen *I.* 144. in fine.

Ob jenen von dieſen die dem Feinde gethane Fuhren und Kornlieferungen zu vergüten ſind *I.* 146. 147.

Dem Pächter gebühret Nachlaß, wenn die Früchte, nachdem ſie abgemähet worden, durch einen Unglücksfall verlohren gegangen *I.* 166.

Iſt im Pachtcontract eine gewiſſe Morgenzahl benannt, ſo muß, dafern ſich mehr findet, das Pachtgeld erhöhet, und wenn weniger fürhanden, ſolches gemindert werden *I.* 167. *IV.* 98.

Wenn dem Verpächter nicht nur ein Vortheil entgehet, ſondern er ohne groſſen Schaden und Beſchwerlichkeit das Seinige nicht entbehren kann, ſo muß ihm ſolches der Pächter, vor Ablauf der Pachtjahre, abtreten II. 99.

Jedoch nur, wenn die Begebenheiten, welche ſolches veranlaſſen, unerwartet geweſen II. 100.

Ob Meyerländerey verpachtet werden könne II. 122.

Bürgergüther ſind im Zweifel für Pachtgüther zu halten II. 133.

Davon wird auch wohl Weinkauf entrichtet II. 134.

Wenn der Pächter die bedungene Anzeige des Mißwachſes unterlaſſen, ſolcher aber erwieſen wird, ſo gebühret ihm dennoch ein Nachlaß *II.* 186.

Er muß das Empfangene deſigniren, und beſchwören, damit man erkenne, ob der Schade unerträglich iſt *II.* 187.

Wer die verſprochene Nutzung zu verſchaffen, oder den Dienſt zu leiſten verhindert wird, kann kein Pachtgeld oder Lohn fordern II. 354.

Auch der Pächter muß von ſeinem Eigenthum und Gewerbe Steuren entrichten II. 401.

Kauf gehet vor Miethe III. 139.

Wer durch einen Tauſch ein verpachtetes Guth an ſich bringet, den verbindet der Pachtcontract ſeines Vorfahren nicht *I.* 139.

Der Eigenthümer kann nach geendigter Pacht das Seinige eigenmächtig zu ſich nehmen, wenn ihm der Pächter keinen thätlichen Widerſtand thut III. 138.

Ein Pachtcontract kann auch ſtillſchweigend geſchloſſen werden *III.* 141.

Ein Miethsmann, der Jure retentionis in dem Guth bleibet, und es bewohnet, muß von ſolcher Zeit Miethe bezahlen III. 141. ſeq.

Ein Pächter und Verpächter kann das Remedium L. 2. Cod. de reſcindenda venditione gebrauchen III. 268.

Wer

Wer einer Stadt Güther gepachtet hat, darf, nach Endſchaft des Contracts, die Pacht nicht wider ſeinen Willen fortſetzen III. 269.

Ob der Pächter eines Wirthshauſes ſolchen Schaden gelitten, daß ihm etwas an Pachtgelde nachzulaſſen, kann gar wohl ausfündig gemachet werden III. 346.

Die Kriegerfuhren, welche dem Feinde mit des Pächters Pferden geleiſtet ſind, muß ſelbiger übernehmen III. 347. 209.

Der Pächter kann kein Lucrum ceſſans vom Verpächter fordern, wenn der Gebrauch der gepachteten Sachen durch eine Nothwendigkeit behindert worden, wohl aber eine Minderung des Pachtgeldes IV. 98.

Hat der Verpächter ohne ſeine Schuld mehrere Ländereÿ angegeben, als ſich gefunden, ſo iſt er nicht verbunden, dem Pächter das Lucrum ceſſans zu vergüten IV. 98.

Die Güther, ſo ein Bürger dem andern eingethan, ſind vielmehr für Pacht- als Meyergüther zu halten IV. 119.

Starke Vermuthungen reichen hin zu erweiſen, daß jemand vielmehr ein Pacht- als Erbenzinsrecht zuſtehet IV. 33.

Bey Beſtimmung das dem Pächter gebührenden Nachlaſſes müſſen ihm die Beſtellungskoſten zu gute kommen V. 92.

Pächter landesherrlicher Vorwerke, wo ſie ihr Forum haben V. 121.

Ob ein Cammerbedienter ſich bey einer herrſchaftlichen Pachtung intereſſiren könne V. 129.

Wer das auf Wieſen erwachſene Gras kaufet, der iſt kein Pächter V. 156.

Pacht und Kauf kommen einander ſehr nahe V. 156.

S. Kaufcontract, Kirchengüther, Miethe, Remiſſion, Steuren.

Palmarium.

Ob ein Advocat es ſich bedingen mag I. 183.

Paraphernal-Guth.

Das davon Erübrigte gehöret der Frau IV. 17.

Der Mann muß erweiſen, daß deren Aufkünfte zum Beſten der Familie verwandt ſind IV. 18.

S. Brautſchatz.

Patronatus jus.

Die darüber entſtehende Streitigkeiten hat der geiſtliche Richter zu beurtheilen I. 30. IV. 129.

Die Präſentationszeit kann und muß derſelbe aus erheblichen Urſachen verlängern IV. 10.

Pauliana

Ob ſie Statt findet, wenn vom Cridario zum Nachtheil der Gläubiger etwas veräuſſert iſt, ehe concurſus formalis entſtanden V. 146.

Pertinenzien.

Was dafür zu halten III. 178.

Ob ſie von den dienſtpflichtigen Höfen getrennet werden mögen *III.* 292.

Pfands-Inhaber.

Ob ſelbiger mehr als die Reichsübliche Zinſen ſich bedingen mag II. 194.

Ob ihm zu rathen, das verpfändete Guth zu pachten *II.* 195.

Demſelben gebühren nach entſtandenem Concurs keine Früchte, wenn andere Gläubiger keine Zinſe empfangen IV. 199.

Einem gerichtlich immitirten ſind nur die durch ſeine Verſäumniß nicht erhobene Aufkünfte des Pfandguths anzurechnen IV. 239.

Pfandungen.

Setzen niemanden aus dem Beſitz, wenn er ſich daran nicht kehret I. 43. in fine.

Ob die genommene Pfände dem Richter jedesmahl geliefert werden müſſen II. 174.

Von Pfandungen welche nicht auf friſcher That geſchehen V. 150.

Der Exceß einer Pfandung mildert die Strafe des dadurch veranlaſſeten Todtſchlages V. 222.

Pfarre.

Auch die in ſelbiger wohnhafte einer andern Religion zugethane müſſen die jura ſtolæ entrichten, und zum Bau der Kirche und Pfarrgebäude einen Beytrag thun IV. 228. 229. 230.

Pferde.

Zum Beweis, daß ein Pferd zur Zeit des Verkaufs rotzig geweſen, reichen die Zeichen einer alten Krankheit hin IV. 38.

Es läſſet ſich nicht gewiß beſtimmen, ob ſolches mit dieſer Krankheit vor 8 Wochen behaftet geweſen IV. 38.

Pflichttheil.

Deſſen Erfüllung kann derjenige begehren, der das väterliche Teſtament genehmiget hat IV. 197.

Die Actio ſuppletoria verjähret erſt nach 30 Jahren IV. 197.

Ein Kind kann bey der Eltern Lebzeiten den Pflichttheil nicht verſchenken IV. 280.

Policeyſachen.

Welche für die Regierungen und Gerichtshöfe gehören I. 328.

Eine Art derſelben ſind die Forſtſachen II. 287. 388.

Die Vollſtreckung der Policeygeſetze geſchiehet auch von den ungeſchloſſenen Gerichten II. 385.

Wiefern Unterobrigkeiten neue Policeyverordnungen machen können III. 102. IV. 40. 322.

Der Geſetzgeber kann die Policeyverordnungen ändern, wenn ſie ihm der gemeinen Wohlfahrt ungemäß zu ſeyn ſcheinen IV. 40.

Die Beſtimmung der Maas geſchiehet von demjenigen, der das Policeywesen zu beſorgen hat IV. 322.

Wenn eine Unterobrigkeit hierunter ihre Pflicht nicht gebührend beobachtet, ſo muß man ſich darüber beym Geſetzgeber, und nicht beym Richter beſchweren IV. 322.

Natur der Policeyſachen V. 210.

S. Beſitz. Poſſeſſion.

Præjudicia.

Von deren Wirkung *I.* 48. 150.

Die vom Geſetzgeber ausdrücklich genehmigte, haben geſetzliche Kraft *IV.* 156.

Privilegium.

Das durch einen Contract erlangte, wird pro reali gehalten I. 211.

Ob ein ſolches widerrufen werden könne II. 224.

Inſonderheit wegen der veränderten Umſtände II. 227.

Es iſt nicht über den Buchſtaben auszudehnen *IV.* 12.

Und ſtricte zu erklären, wenn dadurch Monopolia eingeführet worden *IV.* 40.

Ob alle Privilegien durch einen zehenjährigen Nichtgebrauch verlohren gehen V. 123.

Procurator.

Wegen ſeines Verſehens wird die Parthey in integrum reſtituiret, wenn er nicht ſolvendo iſt *I.* 99.

Die ihm ertheilte Vollmacht kann widerrufen werden V. 40.

Prorogation.

Die Partheyen können ihre Rechtshändel der Entſcheidung eines Richters übergeben, vor welchen ſonſt dergleichen Sachen nicht gehören *I.* 30.

Ob ein Fürſt verſtatten müſſe, daß ſeine Untrrthanen ihre Rechtshändel ohne Nothwendigkeit ausländiſche Richter beurtheilen laſſen I. 208. 209.

Protectorium.

Erlöſchet durch den Tod des Kaiſers und Protectoris *I.* 369.

Theilet dieſem kein Beſatzungsrecht mit *I.* 370.

Der Schutz iſt niemand wider Willen aufzudringen *I.* 369.

Sutz und Schirm giebet keine Obrigkeit *I.* 371.

Proteſtation.

Entkräftet keinen actum poſſeſſorium wenn ſie nicht in continenti geſchehen, oder auch ohne Wirkung geblieben *V.* 162.

Protocoll.

Läſſet Probationem contrarii zu, auch durch die Eidesdelation *I.* 236. II. 133.

Ob der Amtmann es in Abweſenheit des Amtſchreibers führen kann II. 131.

Wenn ſich Mängel hervorthun, ſo muß der Protocolliſt das Protocoll beſchwören *II.* 133.

Wie viele Zeugen zum Beweis wider daſſelbe erfordert werden *III.* 52. 54.

Wenn das Protocoll den Partheyen nicht vorgeleſen worden, ſo muß der Protocolliſt deſſen Richtigkeit eidlich erhärten III. 55.

In peinlichen Sachen iſt zu deſſen Beglaubigung hinlänglich, wenn der Notarius, welcher es gehalten, ſolches nach der Verfaſſung beſchwöret III. 240.

Die bey den Teutſchen Landgerichten, Holzgerichten ꝛc. gehaltene Protocolle verdienen Glauben III. 256.

Ob den Commiſſarius darauf beeidiget werden muß IV. 208.

R.

Rangſtreitigkeiten.

Wiefern ſie Juſtizſachen ſind III. 288.

Der Rang iſt nach dem Herkommen zu beſtimmen III. 290.

Wenn ſolches weder nach dieſem, noch nach einem Geſetz geſchehen mag, ſo hänget die Beſtimmung von dem Gutbefinden des Landesherrn ab III. 291.

Rath.

Ein gegebener verbindet niemand, wohl aber denjenigen, der in einen dringet, um ihn zu bewegen, jemand Geld zu leihen I. 318.

Raub.

Raub.

Iſt nicht immer mit dem Tode zu beſtrafen I. 283.

Bevorab wenn keine groſſe Gewalt verübet worden I. 284.

Rauchhühner.

Wem ſie zu entrichten III. 282.

Deren Empfang erweiſet im Fürſtenthum Calenberg ſo wenig die Guthsherrſchaft, als die Gerichtsherrſchaft III. 282.

Rechnungen.

Die zu deren Ablage erforderte Koſten muß derjenige übernehmen, dem daran gelegen, daß ſie geſchehe III. 218.

Der Rechnungsführer kann die Ablage in foro domicilii nicht verweigern III. 219.

Rechte.

Man hat in Teutſchland die fremde Rechte ſelten angenommen, welche dem Adel zum Nachtheil gereichen III. 129.

Derjenigen Einführung iſt nicht zu vermuthen, die aus einem in Teutſchland verworfenen Principio herflieſſen III. 248.

Die Brauſchweig-Lüneburgiſche Gewohnheiten ſind aus den Sächſiſchen Rechten zu erklären III. 353.

Die Römiſche Rechte haben auch in peinlichen Sachen ihren Nutzen IV. 222.

Deren Obſervanz iſt in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen zu vermuthen IV. 17.

Rechtskraft.

Stehet demjenigen nicht entgen, deſſen Rechte ein anderer auszuführen übernommen IV. 310.

Recurs.

An den Reichstag wenn er Platz findet. II. 57.

Ob ſelbiger in Juſtitzſachen zuzulaſſen, bis die Reviſionen wieder in den Gang gebracht worden II. 58.

Recuſation des Richters.

Sie kann nur aus erheblichen Urſachen geſchehen IV. 22.

Regalien.

Dadurch werden bisweilen ſolche Hoheitsrechte verſtanden, deren kein Unterthan fähig *I.* 325.

Wohin die darüber entſtandene Streitigkeiten gehören *V.* 212.

Regierung.

Regierungsſachen ſind keine Rechtshändel I, 325.

Die Unterobrigkeiten ſind in Regierungsſachen den Regierungen unmittelbar unterworfen III. 34.

Eine ſolche Regierungsſache iſt die Frage: Ob die gemeine Wohlfahrt erlaubet, eines fremden Fürſten Güther mit Arreſt zu belegen III. 34.

Auch ob aus politiſchen Urſachen jemanden das Bürgerrecht zu verſagen III, 37.

Juſtitzſachen werden zu Staats- und Regierungsſachen, wenn zu befürchten, daß die Execution einer Urtel dem Staat groſſes Unheil zuziehen werde III. 33.

Die Chur-Hannöverſche Regierung übet die geſetzgebende Gewalt *IV.* 237.

Vermöge ſelbiger muß ſie nicht nur Geſetze geben, ſondern auch darüber halten *IV.* 237.

Nicht aber Streithändel entſcheiden, wenn das Jus oder Factum zweifelhaft *IV.* 238.

Dafern nicht die gemeine Wohlfarth ſolches erfordert IV. 238.

Die Frage: Ob ein neuer Anbau jemandes Hud und Weide ſchmälert gehöret ihrer Eigenſchaft nach nicht vor die Regierung IV. 240. 242.

Urſprung der Regierungen V. 11.

Reichsgerichte.

Was ſie in Religionsſachen verfügen können II. 16. ſeq.

Die Streitigkeiten über Religionsverträge, welche von dem Inſtrumento pacis Weſtphalicæ abweichen, ſind ihrer Beurtheilung unterworfen II. 20.

Nicht aber evangeliſche Conſiſtorialſachen II. ibid.

Man hat aus ſelbigen nimmer zugleich geiſtliche Gerichte machen wollen II. 24.

Sie halten aber billig über den Religionsfrieden II. 26.

Können die Frage nicht entſcheiden, ob Evangeliſche Conſiſtorialſachen vor ſie gehören II. 28.

Welche Craysſachen von ihnen zu beurtheilen ſind II. 54.

Ob die Unterthanen verſchiedener Reichsſtände in erſter Inſtanz vor einem höchſten Reichsgericht belanget werden können II. 82.

Bis zu der Entſcheidung des Reichs ſind die Præjudicia des Kayſerl. Cammergerichts zu befolgen II. 84.

Die Reichsgerichte dürfen zu keiner Execution ſchreiten, wenn daraus groſſe Unruhen im Reiche entſtehen könnten, ſondern es ſind dergleichen Sachen an die Reichsverſammlung zu bringen III. 33.

Das Kayſerliche Cammergericht repräſentiret den Kaiſer und das Reich III, 273.

Für ſelbige gehören keine geiſtliche Rechtshändel der Evangeliſchen V. 116.

Reichsritterſchaft.

Iſt nimmer landſäſſig geweſen *II.* 188.

Reichsſtädte.

Auch denjenigen Evangeliſchen, worin einige Catholiſche Bürger wohnen, ſtehet das Reformationsrecht zu III 229.

Das Jahr 1624 und nicht 1648 iſt in den Reichsſtädten das Entſcheidungsjahr zwiſchen den Catholiſchen und Evangeliſchen III. 229. 231.

Von der Kayſer ehemaligen Gewalt in den Reichsſtädten III. 234.

Sie wurden von ſelbigen verpfändet IV. 111.

Der Pfandsinhaber erlangte dadurch die Rechte des Kayſerl. Vogts IV. 111.

Ob eine Reichsſtadt ſich der Unmittelbarkeit begeben kann *IV.* 111.

Reichsſtände.

Warum ein öffentlicher Verkauf ihrer Lande und Leute nicht geſchehe V. 15.

Reitmeyer.

Müſſen die Herrſchaftliche Jäger aufnehmen und beköſtigen IV. 303.

Reivindication.

Wer vom unrechtmäſſigen Beſitzer eines andern Sache gutgläubig kaufet, muß ſie zwar dieſem zurückgeben, ihm aber der Eigenthümer das ausgelegte Kaufgeld erſetzen, wenn er ohne ſolchen Kauf ſchwerlich wieder zu dem Seinigen gelanget wäre III. 34.

Die Reivindication findet wider denjenigen Statt, welcher verſprochen, eine ihm geſchenkte Sache jemanden zu gewiſſer Zeit auszuantworten *III.* 47.

Sie kann nur von demjenigen angeſtellet werden, dem eine Sache übergeben iſt, die kein anderer beſitzet III. 125.

S. Eigenthum.

Religion.

In welcher die Kinder zu erziehen, beſtimmet der Vater I. 248.

Dieſelbe können eine erwählen, wenn ſie die Annos discretionis erreichet haben I. 249. ſeq.

Auch die Väter ſich ihres Rechts begeben I. 250.

In Religions- und Kirchenſachen ſind in keine ordentliche Proceſſe zu verſtatten II. 16. 20.

Die Reichsgerichte mögen aber Mandata S. C. und Local-Commiſſiones erkennen II. 17. 20.

Auch nach der Vorſchrift des Inſtrumenti pacis Weſtphalicæ verfahren II. 17.

Ob die Reviſion in Religionsſachen Effectum ſuſpenſivum hat II. 30.

Durch Verträge kann einer mehrere Kirchenrechte erlangen, als er 1624. gehabt II. 31.

Ob in Kirchenſachen ein Poſſeſſorium ſumariiſſimum Platz findet II. 34.

Die Religionsübung iſt Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landesherren an benachbarten Evangeliſchen Orten zu gönnen, und zu erlauben, daß alten und kranken Leuten an Catholiſchen Orten von Evangeliſchen Geiſtlichen das heil. Abendmahl gereichet werde, wenn es 1624 geſchehen II. 71.

Wenn kurz vor 1624 die Evangeliſche Religion an einem Ort geübet worden, ſo iſt zu vermuthen, daß es in ſolchem Jahr geſchen II. 73.

Unterthanen dürfen, zu Beybehaltung ihrer Gerechtſame in Religionsſachen, Zuſammenkünfte und Collectenſammlungen anſtellen, auch der Evangeliſchen Reichsſtände Hülfe begehren II. 74.

Die Catholiſche Obrigkeit mag ihren Evangeliſchen Unterthanen keine Catholiſche Hebammen aufdringen II. 220.

Catholiſche und Evangeliſche haben in Teutſchland, in Anſehung der Religion, gleiche Rechte III. 235.

Remedium L. fin. Cod. de Edicto Divi Hadriani tollendo.

Ob Legatarii ſich deſſen bedienen können IV. 52.

Wider einen dritten Beſitzer, und den, der dem letzten Willen nicht agnoſciret, findet es nimmer Platz IV. 52.

Remiſſion.

Gebühret dem Pächter, wegen ungewöhnlicher Kriegesſchäden, wenn er gleich alle Unglücksfälle übernommen III. 116.

Auch wenn er währenden Krieges gepachtet hat III. 209.

Ob dabey dem Pächter die Beſtellungskoſten zu gute kommen V. 92.

Gebühret ſo wohl einem mit ſchweren Abgiften belaſteten Erbenzinsmanne als Meyer V. 214.

S. Krieg. Pacht.

Reſtitutio in integrum.

Gedeihet der Parthey, wenn der Advocat und Procurator, welcher etwas verſehen, ſie nicht ſchadlos halten mag I. 99.

Einem Unmündigen, obwohl er ſich an ſeinem Vormund erholen könnte I. 239.

Das Remedium reſtitutionis in integrum erfordert nova, die man entweder nicht ehe beybringen können, oder aus erheblichen Urſachen für unerheblich gehalten IV. 396. 67.

Reviſion.

Reviſion.

Warum ſie bey den Reichsgerichten eingefuͤhret worden II. 58.

Reviſoren ſind unbefugt, die zwiſchen dem Kaiſer und den Reichsſtaͤnden, uͤber die Graͤnzen der Kayſerl. Gewalt entſtandene Zwiſtigkeiten zu entſcheiden II. 57.

Wodurch die Reviſionen in Stecken gerathen II. 59.

Ob vermoͤge Kayſerl. Edicts von 1653 die Anzeige, daß man die geſuchte Reviſion fortſetzen wolle, nur Chur-Maynz, oder auch dem Kayſerl. Cammergerichte geſchehen muͤße II. 60.

Welchergeſtalt eine Sache zu entſcheiden, wenn in dem Collegio reviſorum eine Gleichheit der Stimmen entſtehet III. 272.

Retorſiones.

Injuriarum ſind im Hannoͤverſchen erlaubet I. 149.

Im Zelliſchen aber verboten III. 347.

Jus retorſionis mag kein Richter ohne des Geſetzgebers Erlaubnis wider Fremde ausuͤben V. 82.

Richter.

Wenn er durchgreifen darf I. 124.

Er kann der Parthey mehr zuerkennen, als ſie begehret hat I. 108. IV. 224.

Mag die Unterthanen vor ſeinem Gericht belangen, aber nicht ſelbſt die Urtel abfaſſen *I.* 222.

Deſſen Zeugnis verdienet Glauben, wenn gleich das Bezeugte die Acten nicht enthalten II. 132.

Iſt die Sache zweifelhaft, ſo muß er es beſchwoͤren II. 133.

Abfaͤlle von der Regul *II.* 132.

Die Richter duͤrfen von dem Buchſtaben des Geſetzes nicht abweichen, wenn ſie vermeynen, daß es die Wohlfarth des Staats, oder die Billigkeit erfordert II. 291. IV. 222.

Noch auch wenn dieſelbe glauben, daß die vom Geſetzgeber beſtimmte Strafe zu hart ſey II. 306.

Ein uͤbel erkennender Richter muß die Partheyen ſchadlos halten II. 357.

Wegen Mangel des Zutrauens, mag ihn keine Parthey recuſiren *IV.* 22.

Er kann ſein Erkenntniß nicht aͤndern, wenn kein Rechtsmittel dawider eingewandt worden IV. 34.

Wer den Richter fuͤr ſeinen Feind ausgiebet, und deswegen recuſiret, muß die Feindſchaft erweiſen IV. 23.

Man darf ihm Widerſtand thun, wenn er Via facti verfaͤhret *IV.* 275.

Ob er auf Handbriefe jemanden richterliche Hülfe angedeihen laſſen kann IV. 398. 399.

Deſſen unzulängliche Entſchuldigungen der Protrahirung der Juſtiz IV. 399.

Welcher einen an ſich nichtigen Contract beſtätiget, muß der Parthey den daraus entſtehenden Schaden erſetzen V. 203.

Ritter des Teutſchens Ordens.

Wer dieſelbe beerbet IV. 268.

Rottland.

Iſt im Zweifel für Erbe zu halten I. 72.

S.

Salarium.

Wenn es ein Objectum executionis iſt I. 15.

Ob das rückſtändige vom Lehnsfolger zu bezahlen I. 177.

Iſt keine Schenkung, ſondern wird gleich dem Liedlohn bezahlet I. 305.

S. Bediente.

Salzlecken.

Dürfen in einigen Ländern die zur hohen Jagd berechtigte nicht anlegen II. 143.

In Ermangelung eines Landesherrlichen Verbots iſt es ihnen erlaubt II. 144.

Sattelhöfe.

Sind gemeiniglich nicht frey, wenn ſie verafterlehnet, oder vermeyert worden I. 10.

Schäferey.

Kann im Fürſtenthum Calenberg niemand leicht haben, der dieſe Gerechtigkeit nicht hergebracht I. 213.

Ob der damit verſehene auf die gemeine Weide fremde Schafe bringen darf II. 211. IV. 234.

Kann vermöge des Eigenthumsrechts nicht angeleget werden, an den Orten, wo die Leute ihr Land durch einander liegen haben IV. 231.

Die Schäfereygerechtigkeit iſt kein Regale IV. 232.

Ob ſie zum Nachtheil des Grundherrn vermehret werden mag IV. 232. 233.

Von der Winterhude IV. 236.

Ob

Ob jemand wider das Herkommen einen beſondern Hirten halten darf IV. 236.

Wem nur die Hud und Weide einer gewiſſen Anzahl Viehes eingeräumet wird, muß erweiſen, daß er zu einen mehreren berechtiget iſt IV. 232. 235.

Ob dem Rinderhirten die Vorhude mit dem Rindvieh, und den Schäfer nur der Nachtrieb zu verſtatten IV. 235.

Wem eine Schäfereygerechtigkeit an einem Ort zuſtehet, der kann nicht behindern, daß ein jeder Eigenthümer ſeinen Garten mit eigenen Schafen dünge, wenn er ſie auf öffentlichen Wegen dahin bringen kann V. 106.

Dem Landesherrn ſtehet die Hud und Weide mit ſeinen Schafen auf der Länderey der Unterthanen kraft eines Eigenthums keinesweges zu V. 140.

Eine Anzahl Schafe nach Willkühr darf niemand halten V. 141.

Schenkung.

Es iſt zu vermuthen, daß das Eigenthum desjenigen, ſo der Schwiegervater, ſeiner Tochter wegen, dem Schwiegerſohn geſchenket, jener gewidmet ſey I. 24.

Der Erbe des Schenkers darf es nicht rächen, wenn der Beſchenkte undankbar geweſen IV. 359.

Eine Donatio reciproca erfordert keine gerichtliche Inſinuation IV. 369.

Wem eine Schenkung aller Güther geſchehen, der wird des Schenkers Erbe nicht I. 333.

Nach geſchehener Schenkung kann der Schenker dem Donatario durch gemachte Schulden nichts entziehen I. 334.

Wider denjenigen, welcher eine ihm geſchenkte Sache einen dritten zu gewiſſer Zeit auszuantworten verſprochen, findet nicht nur die condictitia actio, ſondern auch die Reivindicatio Platz III. 47.

Kennzeichen einer Schenkung auf den Todesfall III. 65.

Die Niederlegung einer verſchloſſenen Schenkung im Gericht, iſt keine Inſinuation III. 215.

Wie eine Schenkung von dem Contractu inter vivos de futura ſucceſſione unterſchieden IV. 55.

Was eine Schenkung genannt wird, iſt vielfältig ein Kaufcontract IV. 251. 369.

Der L. 6. C. de ſecundis nuptiis findet auf Donationes reciprocas keine Anwendung IV. 379.

Ob propter inofficioſam donationem die ganze Schenkung oder nur ſo fern ſie den Pflichttheil derjenigen ſchmälert, welchen ſolcher gebühret, übern Haufen geht V. 206.

Ob eine Acceptatio der Schenkung vor des Donatoris Tode erfordert wird, und wann zu vermuthen, daß ſolche bey ſeinem Leben geſchehen ſey V. 209.

Schiffer.

Muß die ihm anvertrauete Sachen liefern, oder dem Eigenthümer vergüthen, er erwieſe denn einen unabwendlichen Zufall V. 64. IV. 355.

Iſt zu einem gröſſern Grade des Fleiſſes als ein bloſſer Conductor verbunden V. 65.

Schulden, Schuldner.

Der Schuldner kann niemand zum Nachtheil derjenigen Gläubiger bezahlen, welche auf ihre Bezahlung dringen *I.* 185.

Eines Landesherrn Schulden ſind nur aus deſſen Lehnen zu bezahlen, wenn kein Erbe vorhanden II. 13.

Ob die Landſtände dafür haften müſſen II. 14.

Ohne des Schuldners Bewilligung dürfen keine Schulden ingroſſiret werden II. 120.

Dieſen befreyet die dem Gläubiger gethane Bezahlung nicht, wenn er gewußt, daß die Schuld von ihm jemanden verhypotheciret ſey III. 45.

Ob er dem Gläubiger die fällige Capitalia und Zinſen liefern, oder dieſer ſie abholen muß III. 106.

Wiefern eines Minderjährigen Schuldforderung durch die ſeinem Vormund geſchehene Zahlung erlöſchet III. 77.

Wegen getheilter Schulden können die Erben pro rata belanget werden, wenn nicht der, welcher die Zahlung übernommen, ſo fort bezahlet V. 46.

Schutzgeld.

Von wem ſolches entrichtet wird IV. 194.

Gehöret ad fructus jurisdictionis IV. 195.

Schutzherr.

Worin der von ihm zu leiſtende Schutz beſtehet I. 356. IV. 275.

Darin können ſich auch Unterthanen begeben, die von Alters Schutz- und Schirmherren angenommen haben I. 359.

Der Erbſchutzherr mag die Schutzverwandte wider ihren Willen vertheidigen I. 369. IV. 276.

Selbſthülfe.

Erlaubet das Teutſche Recht öfter, als das Römiſche I. 150.

Iſt unerlaubet, wenn die Poſſeſſion verlohren gegangen I. 244.

So bald Widerſtand geſchiehet, muß niemand die bedungene Selbſthülfe gebrauchen II. 96.

Wenn gleich nicht zu befürchten, daß dadurch ein Friedensbruch und Aufruhr veranlaſſet werden mögte II. 97.

Selbſt-

Selbſtmörder.

Wie er zu beerdigen IV. 396.

SCtum Macedonianum.

Hat in Teutſchland geſetzliche Kraft I. 280.

Es komt dem Vater zu ſtatten, wenn gleich der Sohn kein Verſchwender iſt I. ibid.

Auch dem Sohn, obwohl er ſich deſſen eidlich begeben I. 187.

Es wird vermuthet, daß die einem in Kriegesdienſten ſtehenden Sohn geliehene Gelder zu Kriegesbedürfniſſen verwandt ſind II. 358. 359.

Dieſe Vermuthung fällt jedoch hinweg, wenn es zu Friedenszeiten unmöglich geſchehen können II. 359.

Separatio bonorum.

Sie komt nur demjenigen zu ſtatten, der darum anſuchet IV. 204.

Servitus.

Wer ſich in deren Beſitz befindet, muß währenden Rechtsſtreits darin geſchützet werden I. 57.

Sie iſt im engeſten Verſtande zu nehmen I. 292.

Der Unterſchied inter ſervitutes continuas & diſcontinuas hat keinen rechtlichen Grund IV. 17.

Die Actionem negatoriam utilem kann derjenige anſtellen, der ein mehreres Recht an dem Grund und Boden hat, als ſein Gegner IV. 211.

Wem die Servitus oneris ferendi zuſtehet, muß die Mauer, worauf ſein Haus ruhet, im Stande erhalten, wenn nicht ein anders verabredet worden IV. 311.

Siegel.

Iſt zur Beglaubigung der Documente nur hinlänglich, wenn ein Collegium hergebracht hat, ſolche nicht auch unterſchreiben zu laſſen IV. 155.

Societät.

In ſelbiger komt nur zur Theilung, was durch der Geſellſchaft Fleiß und Arbeit erworben iſt IV. 347.

Soldaten.

Dürfen nicht mehr bezahlen, als ſie von dem Erblaſſer empfangen, wenn gleich dieſelbe kein Inventarium errichtet haben IV. 196.

Spiel.

Was im Billardſpiel gewonnen iſt, kann nicht eingeklagt werden IV. 260. V. 13.

Die Verordnungen der Römiſchen Rechte von Spielen, ſind bey uns zu befolgen IV. ibid.

Spion.

Begehet das Laſter der beleidigten Majeſtät, wenn er ein Unterthan iſt *II.* 98.

Das Spioniren iſt kein eigentliches Verbrechen, wenn es von andern geſchiehet *II.* 98.

Man ahndet es doch mit Recht, als ein ſolches II. 98.

Hat ein Ueberlaufer Spionirens halber Dienſte angenommen, oder ſich im Lande niedergelaſſen, ſo wird er als ein Unterthan geſtrafet II. 98.

Ein fremder Spion verdienet keine Ahndung, wenn man ihn nicht auf friſcher That ertappet, und er des Feindes Dienſte verlaſſen hat II. 99.

Spolienklage.

Kann in Summariiſſimo angeſtellet werden I. 244. 245.

Auch wenn die præſentanea poſſeſſio ſtreitig I. ibid.

Sie findet nicht Platz, wenn das Petitorium klar iſt III. 139.

Sie findet auch gegen die Obrigkeit Statt V. 22.

Städte.

Der Stadtrath iſt nicht überall ſchuldig, die Cämmereyrechnungen der Bürgerſchaft mitzutheilen, wenn er ſich keines üblen Haushalts verdächtig gemacht hat IV. 19.

In welchen Fällen die Bürgerſchaft ihre Obrigkeit vor der Regierung oder den Landesgerichten in Anſpruch zu nehmen hat IV. 237.

Der den Stadtobrigkeiten zu erlegende Schoß gehöret, nach entſtandenem Concurs, in die erſte Claſſe der Gläubiger IV. 325.

Stadtrechte. Statuten.

Erfordern gemeiniglich die Landesherrliche Genehmigung IV. 115.

Steinbrüche.

S. Metalle.

Steinkohlen.

S. Metalle.

Steuren.

Von der Contribution im Fürſtenthum Calenberg II. 100.

Vom Dorftaxt II. 101.

Nachdem der Licent eingeführet worden, ſind die bürgerliche liegende Gründe im Calenbergiſchen nicht mehr ſteuerbar II. 170.

Es wird aber davon Schoß entrichtet II. 171.

Der

Der Steuerfuß kann geändert werden II. 172.

Die Beytreibung der Steuren geſchiehet nicht immer von dem Judice rei ſitæ II. 173.

Die adeliche Schafe ſind im Fürſtenthum Calenberg ſchatzfrey *III.* 118.

Ob wegen der Steuren Erhöhung das Pachtgeld zu mindern iſt *III.* 221.

Wenn Steuerſachen für die Juſtitz-Collegia gehören IV. 24.

Die adeliche Freyheit iſt auf die Güther einzuſchränken, welche der Adel zur Zeit der eingeführten Steuren ſelbſt nutzete I. II. IV. 69.

Landſteuren ſahe man ehemals als freywillige Geſchenke an IV. 31.

Steuren werden von den Früchten gegeben IV. 69.

Stifter.

Auf den Stiftiſchen Freyheiten duldet man gemeiniglich keine Handwerker II. 114.

Die mehreſte Stifter ſind älter als die Städte II. 114.

S. Biſchof. Domcapitul. Kaiſer.

Stiefvater.

Ihm kann von der Frau ſo viel vermachet werden, als einem ihrer Kinder erſter Ehe, wenn ſolche den Pflichttheil erhalten III. 178.

S. Blutſchande.

Stimmen.

Die Mehrheit derſelben verbindet keinen Miteigenthümer V. 45.

Stipendium.

Wenn es auf gewiſſe Jahre vermachet worden, ſo iſt daſſelbe nur von der Zeit zu begehren, da der Stipendiat auf Univerſitäten geweſen I. 228.

Aus einem Stipendio ad ſtudia iſt kein Legatum alimentorum zu machen V. 89.

Strafe.

Wenn der Inquiſit erhebliche Anſchein habende Entſchuldigungen, beſonderer Zufälle halber, nicht erweiſen kann, ſo wird die Strafe gemildert I. 160.

Ob es rathſam iſt, die Strafen zu ſchärfen *II.* 307. *IV.* 158. 159. 160.

Ob die Unwiſſenheit der in den Geſetzen beſtimmten Strafe, dem Inquiſiten zu ſtatten kömt II. 333. 347. IV. 165.

An vornehmen Verbrechern iſt ohne Königl. Genehmigung im Chur-Braunſchweigiſchen nichts peinliches zu vollſtrecken II. 349.

Wer eines Verbrechens höchſtverdächtig, kann mit der Todesſtrafe nicht beleget werden II. 394.

Ob Geldſtrafen dem landesherrlichen Fiſco gebühren III. 103.

Von den Milderungsurſachen der Strafe des Diebſtahls IV. 126. 158.

Ob der Uebelthäter nach den Geſetzen des Orts zu beſtrafen, allwo er das Verbrechen hat IV. 264.

Ob derjenige für beſtraft zu halten, der durch die Flucht eine Strafe vermieden, zu welcher er verdammt war IV. 265.

Die Albernheit des Inquiſiten mildert die Strafe IV. 353.

Zur Todesſtrafe iſt nur certitudo moralis nöthig V. 101.

Milderungsurſachen der Strafe des Criminis de reſiduis V. 205.

Straſſe.

Was Heerſtraſſen ſind IV. 35.

Manche Landſtraſſen ſind weder Heerſtraſſen, noch Feld- und Nebenwege IV. 36.

Auch der Landſtraſſen Beſſerung erfordert anderer Unterthanen Hülfe IV. 36.

Straſſenraub.

Deſſen Strafe V. 100.

Der Militairperſonen wird härter beſtraft, als wenn ihn andere verübt haben V. 213.

Subhaſtation.

Deren Koſten darf derjenige nicht mit übernehmen, dem das Seinige auſſer dem Concurs gebühret I. 68.

Ein Miterbe muß geſchehen laſſen, daß die Erbſchaftsſtücke ſubhaſtiret werden, wenn er nicht im Stande iſt, den andern herauszugeben II. 90.

Die Subhaſtation iſt in einigen Fällen der Taxation vorzuziehen II. ibid.

Man kann das Gebot auf eine ſub haſta entſtandene Sache vor der Adjudication widerrufen V. 43.

Warum der Reichsſtände Lande und Leute nicht ſubhaſtiret werden V. 15.

Die Subhaſtation kann ein Schuldner anfechten, wenn er über die Hälfte verletzt iſt V. 113.

Subſtitution.

Iſt im Zweifel pro directa zu halten I. 144. 287.

Nicht aber, wenn der Teſtirer verordnet, daß nach ſeines Sohnes Ableben, was er ihm vermachet hat, einem andern zu Theil werden ſoll I. 143.

Succeſſion.

Succeſſion.

Wenn eine Frau, welche Kinder hat, aus des Mannes Nachlaß Quartam begehret, ſo kann ſie ihr Eingebrachtes nicht zurückfordern IV. 225.

Ihr iſt ſolche Quarta nur gegen leiſtende Caution zu verabfolgen IV. 225.

Wem die Verlaſſenſchaft eines deutſchen Ordensritters gebühret *IV*. 268.

S. Erbfolge. Töchter. Wittwe.

T.

Tauben.

Niemand darf fremde Tauben auf ſeinem Lande tödten III. 43.

Billig ſollte ſie keiner halten, der nicht in der Nachbarſchaft Aecker beſitzet III. 44.

Und zwar nach Proportion derſelben, wenige oder mehrere III. 44.

Teſtament.

Darin kann unehelichen Kindern vom Vater nichts vermachet worden I. 89.

Wenn in ſelbigen ein Kind übergangen iſt, ſo beſtehet es nicht als ein Fideicommiß, ob ihm gleich die Clauſula codicillaris angehänget worden I. 151.

Wegen Uebergehung der Mutter iſt es nicht nullum, ſondern inofficioſum I. 231.

Hat dieſe darüber ſich nimmer beſchweret, ſo mögen ihre Erben das Teſtament nicht anfechten I. 232.

Selbiges kann durch einen Gevollmächtigten dem Gericht übergeben werden I. 235. IV. 179.

Dieſer aber muß ein Mandatum ſpeciale beybringen I. 235.

Oder ſonſt erwieſen werden, daß die Uebergabe mit des Teſtirers Willen geſchehen I. 235.

Die Erbeinſetzung der Kinder mit den Eltern wird für eine Subſtitution gehalten, wenn die künftige Kinder Erben ſeyn ſollen I. 287.

Eine Fideicommiſſariſche Subſtitution iſt nicht zu vermuthen I. 287.

Das Teſtament iſt gültig, welches vor einem Beamten errichtet worden II. 128.

Die geäuſſerte Meynung, daß man jemand nach ſeinem Tode etwas widme, hat die Kraft eines letzten Willens nicht II. 134.

Das Verſprechen, jemand etwas zu vermachen, iſt unverbindlich II. 135.

Man kann der Befugniß entſagen, ein Teſtament zu machen *II*. 180.

Ob das Vermächtniß hinwegfällt, wenn der vom Teſtirer angeführte Bewegungsgrund irrig zu ſeyn befunden wird II. 293. V. 52.

Wer ein im Teſtament vermachtes Legatum abführet, agnoſciret jenes nicht in allen Puncten II. 293.

Ein Teſtament iſt nichtig, wenn es durch Schläge und Drohungen erpreſſet worden, obwoh ſolches nicht unmittelbar vor der Errichtung geſchehen *III.* 186.

Jemand kann als Teſtamentszeuge gebrauchet werden, wenn gleich ſein Bruder zum Erben eingeſetzet iſt III. 214.

Auch ein Legatarius mag Teſtamentszeuge ſeyn III. 214.

Wenn die Zeugen, vor welchen ein Teſtament errichtet worden, zur Zeit der Eröfnung deſſelben, nicht am Leben ſind, ſo muß die Richtigkeit ihrer Unterſchriften, dafern man ſie in Zweifel ziehet, erwieſen werden III. 246.

Ein Teſtament der Eltern unter ihren Kindern iſt ungültig, wenn die darin vermachten Summen mit Ziefern geſchrieben ſind IV. 21.

Wer ein ungültiges Teſtament billiget, muß ſich deſſen Inhalt gefallen laſſen IV. 167.

Nicht aber das weibliche Geſchlecht, wenn die Genehmigung aus Unwiſſenheit der Rechte geſchehen IV. 167.

Der Mutter Verordnung, über des Vaters Vermögen, verbindet die Kinder pro rata desjenigen, ſo ſie nach Abzug des Pflichttheils, aus deren Nachlaß erhalten IV. 167.

Ein Teſtament iſt ungültig, welches durch den eingeſetzten Erben dem Gericht übergeben iſt IV. 180.

Dieſer kann auch kein Teſtamentszeuge ſeyn IV. 180.

Niemand kann ſeiner Beyſchläferin etwas vermachen IV. 257.

Noch auch den mit ihr erzeugten Kindern IV. 257.

Die Verſchiedenheit der Handſchrift, Dinte, und des Papiers, erweiſet nicht immer die Verfälſchung eines Teſtaments IV. 319.

Ob ein Teſtamentum reciprocum conjugum widerrufen werden könne IV. 390.

Welchergeſtalt die Succeſſion geſchiehet, wenn darin verſehen, daß nach beyder Eheleute Tode ihre Anverwandte den Nachlaß theilen ſollen *IV.* 390.

Was zum Teſtamento nuncupativo erfordert werde V. 36.

Teichſachen.

Wiefern ſie vor die Gerichte gehören V. 20.

Theilland.

Iſt kein bloſſes Pachtland IV. 192.

Theilung.

S. Erbtheilung.

Töchter.

Vor Alters gebührte ihnen in Teutſchland kein Kindestheil der Väterlichen Allodialverlaſſenſchaft, ſondern ſie wurden davon nur ausgeſteuret *II.* 367.

Heutiges Tages haben ſie mit den Mannsperſonen ein gleiches Erbrecht daran *II.* 367.

Todſchlag.

Der Zaunpfahl iſt ein tödtliches Gewehr III. 135.

Wer, indem er ſich damit vertheidiget, jemand erſchläget, wird nicht am Leben geſtraft III. 136.

Von eines Mannes verübten Todſchlage ſeiner Frau durch den Wurf mit einer Barte III. 172.

Wer in der Abſicht jemand zu verwunden, ihn mit einem tödtlichen Gewehr erſchläget, verdienet die Todesſtrafe IV. 100.

Die Werkzeuge ſind nicht für tödtlich zu halten, deren Gebrauch gemeiniglich keinen Tod verurſachet IV. 101.

Wer einen Knaben zu züchtigen berechtiget iſt, und die Schranken dergeſtalt überſchreitet, daß er ihn erſchläget, wird nicht am Leben geſtraft *IV.* 101.

Die Kinder eines durch Unvorſichtigkeit getödteten Vaters, ſind von demjenigen, der den Tod veranlaſſet hat, zu alimentiren IV. 137.

Das Alimentations-Quantum iſt dem gemäß zu beſtimmen, was der Entleibte zur Erziehung ſeiner Kinder verwenden können IV. 138.

Der Exceß einer Pfandung mildert die Strafe des dadurch veranlaſſeten Todſchlages V. 222.

Torf.

Dürfen nicht alle diejenige graben, denen erlaubet iſt, Heyde und Schollen zu hauen III. 110. 111.

Tortur.

Ob ſie wider diejenige zu erkennen, welche an ihrem Leibe Schaden haben, oder mit der fallenden Sucht behaftet ſind II. 313.

Wie gegen eine des Kindermords Verdächtige damit verfahren worden II. 340.

Ob derjenige, welcher dieſelbe ausgeſtanden, immer in Freyheit zu ſetzen II. 347.

Wer keine Todesſtrafe verdienet hat, iſt damit nicht zu belegen *II.* 410.

Ob es rathſam ſie gänzlich abzuſchaffen II. 396.

Sie iſt zu erkennen, wenn mehrere Indicia remota vorhanden IV. 178.

Auch bey gewiſſen Umſtänden, wegen der genommenen Flucht IV. 178.

Nicht aber wenn keine ſtarke Vermuthungen der böſen Abſicht eines Todſchlägers vorhanden IV. 101.

Trauſchein.

S. Gerichte.

Tucht.

Was es bedeute V. 152.

U.

Uneheliche Kinder.

S. Concubine.

Unkoſten.

Ob und wenn derjenige, welcher in poſſeſſorio ſummariiſſimo unterlieget, in ſelbige zu vertheilen I. 22. 23.

Dieſem können die Unkoſten des ganzen Proceſſes zuerkandt werden, wenn er in petitorio obſieget *I.* 22.

Sind demjenigen nicht allemal abzuerkennen, welcher wegen geleiſteten Erfüllungseides obſieget V. 225.

Unpflichten.

Von der Bedeutung dieſes Worts I. 26.

Unterthanen.

Werden durch die feindliche *Occupation* des Landes der Homagialpflichten, womit ſie dem Landesherrn verwand ſind, nicht entlediget I. 53.

Können aber als keine Verräther angeſehen werden, wenn ſie gezwungen, dem Feinde wider ihn Hülfe leiſten I. 53.

Können ohne Landesherrliche Genehmigung ſich in ein anderes Land begeben, und unter zween Landesherren einen Wohnſitz haben V. 124.

Untreue.

Wird nicht als ein Diebſtahl beſtraft III. 84.

Unzuchtsbrüche.

Gehören dem Richter des Orts, allwo das Kind die Welt beſchreiet II. 44.

Wenn nemlich die Obrigkeit des Orts, wo das Verbrechen begangen worden, ſolche nicht einfordert, bevor die Geſchwächte ſich wegbegeben *II.* 44. 45.

Wem ſie im Fürſtenthum Lüneburg gehören, wegen wiederholter Hurerey II. 46.

Auch wenn dieſe in des Herrn Hauſe verübet worden II. 47.

Unwiſſenheit.

Der Rechte hindert den Lauf der Verjährung, wenn ſie keinen Zweifeln unterworfen IV. 198.

S. Bauren.

Urkunde.

Ob ſie wider einen Dritten etwas erweiſen I. 97. V. 83.

Welchen Beweis alte machen *I.* 132.

Von Forſtregiſtern *I.* 98.

Inſtrumenta muß ein beklagter Unterthan dem Fiſco ediren V. 154.

Wie Copeyen von den Notarien zu fidimiren V. 163.

S. Documente.

Urtheile.

Welchergeſtalt ſelbige abzufaſſen, wenn keine Mehrheit der Stimmen im Collegio zu erlangen III. 172.

Ein rechtskräftiges Urtheil kann des gemeinen Beſtens halber aufgehoben werden IV. 244.

Wenn ſelbiges eine Declaration erfordert, ſo tritt es in keine Rechtskraft IV. 331.

V.

Variation.

Wiefern ſie einen Inquiſiten verdächtig machet III. 176.

Vater.

Bey den Römern waren die Kinder der Väter Eigenthum, nicht aber bey den Teutſchen II. 189.

Daher ſind die Emancipationes überflüſſige Cautelen II. 190.

Sie geſchehen bisweilen nicht ohne Nutzen II. 190.

Ein Vater kann der Kinder unbewegliche Güther zu ihrem Beſten veräuſſern II. 288. V. 94.

Ob dazu ein Decretum magiſtratus erfordert wird *II.* 288.

Ob dem Vater die Exceptio SC. Macedoniani zu ſtatten kömmt, wenn des in Kriegesdienſten geſtandenen Sohns Anlehn unmöglich zu Kriegesbedürfniſſen verwandt ſeyn kann *II.* 358.

Eine Tochter wird durch die Heyrath von der väterlichen Gewalt befreyet III. 66.

Veräuſſerungen.

Unbeweglicher Güther waren vor Alters ohne der Erben Genehmhaltung unerlaubet II. 11.

Dieſes Recht iſt abgeſchaffet *II.* 13.

Ob das im Kriege Erworbene von einem Landesherrn veräuſſert werden kann II. 117.

S. Domcapitul. Vater. Vormund.

Verbrechen.

Ob die Minderjährigkeit die Strafe des Verbrechens mildert III. 74.

Ob ſie nach den Geſetzen des Orts zu beſtraſen, allwo dieſelbe begangen worden IV. 264.

Vergleich.

Die Ueberredungen des Richters entkräften ihn nicht IV. 256.

Noch auch mäſſige Zweifel IV. 256.

Ueber Erbſchaft gilt nicht, wenn der wahre Betrag verheelet worden V. 23.

Muß erfüllet werden, wenn keine ſo wichtige Veränderung ſich begeben, welche ſeine Genehmigung behindert hätte, wenn man ſie vorher geſehen V. 169.

Verjährung.

Durch ſolche erlanget derjenige das Eigenthum einer Sache, welcher ſie von einem kaufet, der der wahre Eigenthümer nicht iſt I. 18.

In præſcriptione longiſſimi temporis wird bona fides vermuthet I, 20. 363. 364.

Ein auſſergerichtlicher Widerſpruch interrumpiret keine Præſcriptionem rerum incorporalium I. 43.

Wenn man nicht den Beſitzer ſeines Unrechts überführet I. 43.

Sie wird durch ein Geſetz interrumpiret I. 237. 365. IV. 142.

Iſt dem Verpächter unſchädlich, wenn des Pächters Verſäumniß oder Bosheit ſolche veranlaſſet hat I. 242.

Wird durch Teſtes ſingulares nicht erwieſen I. 264.

Wohl aber wenn zwey Zeugen den Anfang und das Ende eines Beſitzes bezeugen I. 264.

Die Beſchwerden der Landſtände hemmen den Lauf der Verjährung I. 331.

Zu ſelbiger wird erfordert, daß man etwas als das ſeinige beſeſſen hat I. 364.

Durch die Verjährung erlanget ein Erbe nicht, was ſein Erblaſſer wiſſentlich mit Unrecht an ſich gebracht II. 277.

Ob ein Lehn durch die Verjährung in Erbe verwandelt werden kann II. 295.

Sie laufet nicht währenden Krieges, auch zu der Zeit, wenn es an der Richterlichen Hülfe nicht gänzlich mangelt III. 37. 39.

Jedoch nur wenn im Lande Krieg geführet worden, oder ein baldiger feindlicher Ueberfall zu befürchten geweſen III. 39.

Wer ein Recht nicht übet, weil er des Gebrauchs deſſelben entrathen kann, verlieret es nicht durch den Nichtgebrauch III. 110.

Zum Beweis der Præſcriptionis immemorialis der Freyheit vom Zugezehnden, wird nicht erfordert, daß eine Verweigerung dargethan wurde III. 155.

Wer

Wer wiſſentlich eine Sache von demjenigen gekaufet hat, dem ſie nicht gehöret, erlanget durch die Verjährung kein Recht an ſelbiger III. 272.

Die Verjährung von undenklichen Jahren kann mit Documenten erwieſen werden IV. 1.

Sie iſt eigentlich keine Præſcriptio, ſondern nur legalis præſumtio *V.* 75.

Bey der Verjährung ſind die Kriegesjahre abzurechnen *V.* 76. 79.

Ob Actio judicati verlohren gehe, wenn ſie in 30 Jahren nicht angeſtellet worden V. 56.

Wird durch ein Geſetz interrumpiret V. 216.

Cammergüther erlanget man nur durch einen 40jährigen Beſitz IV. 12. 16.

Wider ein rechtskräftiges Erkenntniß findet, weil der bona fides mangelt, keine Verjährung Platz IV. 15.

Auſſergerichtliche Klagen der Unterthanen über ihre Obrigkeit hemmen deren Lauf nicht IV. 44.

Von der Verjährung des Laſters der zweyfachen Ehe IV. 59.

Zur Verjährung einer Action wird bona fides desjenigen erfordert, wider den man ſie anſtellet IV. 99.

Er iſt in gewiſſen Fällen zu vermuthen IV. 99.

Die Verjährung der Actionis mandati fänget nur von der Zeit zu laufen an, da ſich der Schade hervorgethan, welcher aus der Verſäumniß des Mandatarii entſtanden *IV.* 400.

Der Richter muß die Interruption beobachten, wenn ſie gleich von der Parthey nicht bemerket worden IV. 142.

Ob gegen einen Legem prohibitivam die Präſcription etwas wirket IV. 145.

Die Unwiſſenheit der Rechte hindert nur alsdenn den Lauf der Verjährung einer Action, wenn ſie keinen Zweifeln unterworfen ſind IV. 198.

Der Lehnsherr kann das völlige Eigenthum eines Lehnſtücks durch die Verjährung erlangen, wenn er gleich den Vaſallen damit beliehen hat *IV.* 193.

S. Obſervanz.

Verletzung.

Darüber kann niemand klagen, der mit Vorſatz darin gewilliget hat IV. 98. 250. 251.

Wohl aber wenn es zweifelhaft iſt, ob ein contrahirender Theil Vortheil oder Schaden haben werde IV. 98.

S. Kaufcontract. Pacht.

Vermuthungen.

Wenn dem, welchem der Beweis oblieget, ſtarke Vermuthungen zu ſtatten kommen, wird er zum Erfüllungseide gelaſſen II. 271.

Die Evidenz des Gegentheils entkräftet die ſtärkſte Vermuthungen II. 359.

Sie reichen bisweilen zum Beweis hin IV. 371.

Hat der Zehendherr für ſich V. 84.

Wenn die Acceptation einer Schenkung zu vermuthen V. 209.

Wenn für beyde Theile Vermuthungen ſtreiten, ſo iſt der zum Eide zu laſſen, welcher de veritate ſchwören kann V. 213.

Venia ætatis.

S. Vormund.

Verſchickung der Acten.

Iſt den Partheyen in des Richters eigenen Sachen nimmer zu verſagen I. 222.

Noch auch wenn die Sachen inappellable ſind I. 314.

Im Stift Hildesheim niemals ohne erhebliche Urſachen I. 314.

Sie muß von den peinlichen Gerichten der Landſaſſen in zweifelhaften Fällen geſchehen II. 121.

Warum die peinliche Halsgerichtsordnung ſolches erfordert II. 329.

Sie geſchiehet von den Chur-Braunſchweigiſchen Juſtiz-Collegiis in peinlichen Sachen gemeiniglich nicht II. 330. ſeq.

Noch auch von wohlbeſetzten Stadtgerichten II. 332.

Verträge.

Ob die veränderte Umſtände ſelbige entkräften II. 227.

Dadurch kann ein Dritter ohne ſein Zuthun ein Recht erlangen *III.* 49.

S. Contracte. Erbverträge.

Verzeichniß.

S. Erbe. Inventarium.

Vieh.

Wie viel man auf gemeine Weide bringen darf *V.* 225.

Viehſchatz.

Ob er von der Länderey entrichtet wird *V.* 171.

Völlerey.

Entſchuldiget den Verbrecher nur, wenn er ſinnlos geweſen III. 74.

Alſo denjenigen nicht, der die Umſtände der That erzählet III. 74.

Voigtding.

Was es ſey. V. 183.

Vollmacht.

S. Mandatum.

Vormund.

Wie das Inventarium von ihm zu errichten *I.* 140.

Ob ein eidliches Verzeichniß der Güther des Mündlings denſelbigen rechtfertiget *I.* 141.

Er iſt ob levem culpam ſeines Amts nicht zu entſetzen *I.* 148. *II.* 352.

Wenn derſelbe jemand verleitet, mit ſeinem Mündling Contracte einzugehen, die nicht beſtehen können, ſo muß er ihn ſchadlos halten II. 92.

Ob er der Mündlinge unbewegliche Güther veräuſſern kann, wenn es ihnen nützlich iſt II. 288.

Ob eine Schweſter ihres blödſinnigen Bruders Vormünderin ſeyn kann II. 350. ſeq.

Oder ein Agnat, der deſſen Schuldner iſt *II.* 351.

Ob jedweder zum Beſten des Mündlings deſſen Vormund belangen kann II. 352.

Die ſelbigen geſchehene Zahlung befreyet des Mündlings Schuldner von der Schuld III. 77.

Der Mündling iſt aber in integrum zu reſtituiren, wenn ſolche nicht erweislich, ihm nützlich geweſen III. 77.

Ob auch alsdenn, wenn das Geld durch einen Unglücksfall verlohren gegangen III. 77.

Ob derjenige, welcher Veniam ætatis erlanget hat, eines andern Vormund ſeyn kann III. 86.

Zwiſchen der Tutel und Curatel iſt in Teutſchland kein weſentlicher Unterſchied III. 248.

Wer den Vormund einer Nachläſſigkeit beſchuldiget, muß ſolche erweiſen IV. 41.

Es gereichet zu ſeiner Rechtfertigung, wenn er demjenigen der Pupillen Gelder geliehen, welcher auch bey andern guten Haushältern Credit gefunden IV. 41.

Bey Abfaſſung einer Obligation muß er Rechtsgelehrte zu Rathe ziehen IV. 41.

Selbiger iſt nicht an dem Ort zu beſtellen, wo ſich der Pupille aufhält, ſondern allwo ſein Vater wohnhaft geweſen, und deſſen Vermögen befindlich iſt *IV.* 215.

Eine Wittwe die zur zweyten Ehe zu ſchreiten gewillet, iſt zur Vormünderin nicht zu beſtellen IV. 215.

ein Vater ſeinem großjährigen Sohn im Teſtament einen Curator beſtellen kann IV. 272.

Dem Pflegbefohlenen ſtehet an den Güthern des Vormundes eine Hypotheca tacita, auch wegen der Schulden zu, womit er vor übernommener Vormundſchaft ihnen und ihren Eltern verhaftet geweſen IV. 279.

Ob eine Tutela pactitia vorhanden? V. 11.

Ein Vormund, welcher nicht angegeben hat, daß er ſeines Mündels Gläubiger iſt, verlieret ſeine Forderung V. 12.

S. Minderjährige.

W.

Wachte.

Strafe derjenigen, welche ſie beleidigen IV. 357.

Warten.

Der Städte ſind im XIV. und XV. Jahrhundert erbauet IV. 7.

Waſſer.

S. Bach.

Wechsler. Wechſel.

Wechsler ſind Handelsleute IV. 79.

Ihre Bücher verdienen nicht ſolchen Glauben, als die Kaufmannsbücher IV. 79.

Wenn jedoch ſtarke Adminicula vorhanden, ſo wird der Wechsler zum Erfüllungseide gelaſſen IV. 79.

Eigene Wechſel ſind Schuldverſchreibungen IV. 79.

Wege.

Von Heerſtraſſen, andern öffentlichen, auch Feld- und Nebenwegen IV. 35.

Die Chur-Hannöverſche Wegordnung hebet, wenn von Hauptreparationen die Frage entſtehet, die ältere Obſervanzen, Verträge und richterliche Erkenntniſſe auf IV. 243.

Weiber.

S. Bürgſchaft.

Weichbild.

Alſo heiſſet die Feldmark einer Stadt II. 171.

Weinkauf.

Weinkauf.

Iſt nach des Guthsherrn Tode gemeiniglich vom Meyer nicht zu entrichten I. 90.

Woher es rühret, daß einige Meyer einen gröſſern Weinkauf entrichten, als andere III. 300.

Wenn der Guthsherr einmal wenig genommen, ſo iſt er nicht verbunden, ſich künftig immer damit zu befriedigen III. 300. 301.

Einige Meyer entrichten den Weinkauf auch nach Abgang des Guthsherrn III. 301.

Weinſchank.

Ob er eine bürgerliche Nahrung iſt II. 35.

Weſtphäliſcher Friedensſchluß.

Theilet den Evangeliſchen mehrere Rechte mit, als der Religionsfriede III. 8. 227.

Verſtattet die Interpretationem extenſivam & reſtrictivam III. 227.

Handelt auch von den mittelbaren Gliedern des Reichs III. 228.

Wiefern vermöge deſſelben in politica alles in dem Stande bleiben muß, worin es 1624 geweſen III. 232.

Er iſt aus der Vorrede und dem Context zu erklären III. 234.

Verbeſſerung des Art. 5. §. 29. aus dem Original III. 236.

Wieſen.

Wer das darauf gewachſene Gras kauft, iſt kein Pächter V. 156.

Widerruf.

Ertheilter Anwartſchaften, wenn er ſtatt finde V. 2.

Eines Geboths bey einer Subhaſtation iſt vor der Adjudication zuläſſig V. 43.

Eines acceptirten Eides, ob er zuläſſig V. 143.

Des Bekenntniſſes hindert die Todesſtrafe V. 226.

Wildbahn.

Wem ſolche zuſtehet, der mag im Walde Jagdhäuſer bauen, Vogelheerde anlegen, und zum Behuf der Jagd Zweige von den Bäumen hauen II. 145.

Auch das Wild hegen II. 157.

S. Forſtgerechtigkeit. Jagdgerechtigkeit. Jagdfolge.

Wildeshauſen.

Von dieſer Stadt angemaſſeter Gerechtigkeit Torf zu ſtechen III. 108.

Das Amt gehörte ehemals den Grafen von Waſaburg III. 260.

n Willkühr.

Willkühr.

Hieſſen auch mit Landesherrlicher Genehmigung gemachte Statuten IV. 115.

Wittwer und Wittwe.

Was einer Wittwe von der Verlaſſenſchaft ihres verſtorbenen Mannes gebühret II. 159 ſeq.

Welche für arm zu halten II. 161 ſeq.

Ihr kömt in der Stadt Hannover nicht immer Kindestheil zu II. 163.

Eheleute erben einander zu Oſterode II. 272.

Die Quarta einer Wittwe kann mit keinem Fideicommiß beleget werden II. 364.

Einer Wittwe gebühret ein Wittum alsdann aus dem Lehne, wenn es aus dem Erbe nicht erfolgen kann V. 51.

Die Wittwen und Kinder der Pfarrer ſind nicht ſchuldig im Gnadenjahre die vicariirende Geiſtliche abholen und zurück bringen zu laſſen V. 145.

Die Wittwe eines Meyers verliehret die Leibzucht nicht, wenn ſie ſich ſchwängern laſſen, noch iſt ſelbige zu vermindern, wenn ihre Kinder in den Stand kommen, ihr Brod verdienen zu können V. 224.

Ob eines Bauren Wittwe von dem geführten Haushalte Rechnung ablegen muß V. 227.

Z.

Zahlung.

Ob der Schuldner dem Gläubiger das Geld in ſeine Wohnung bringen muß III. 106.

Die einem unrechten geſchehene Zahlung befreyet den Schuldner, wenn er Urſach zu glauben gehabt, daß ſelbigem das gezahlte gebühre IV. 28.

Ob ein zehenjähriges Stillſchweigen die Vermuthung wirket, daß ſie geſchehen III. 87.

Wenn ſtarke Vermuthungen fürhanden, daß jemand bezahlet hat, ſo iſt er zum Erfüllungseide zu laſſen IV. 50.

Ob die vermöge eines ungerechten richterlichen Erkenntniſſes geſchehene Zahlung den Schuldner wider ſeinen wahren Gläubiger in Sicherheit ſtellet IV. 360.

Die Zurückgabe der Empfangſcheine beweiſet nicht immer die Bezahlung des Kaufgeldes V. 213.

S. Bezahlung.

Zehende.

Den Rottzehenden ziehet in dem Fürſtenthum Calenberg und Grubenhagen der ordentliche Zehendherr des Orts I. 178.

Nach

Nach den Päbſtliche Rechten gehöret er der Cleriſey I. ibid.

Ob der Fleiſchzehende von dem Vieh zu entrichten, welches nach der Zählung umkommen I. 180.

Das Zehendrecht wird durch einen 30jährigen Beſitz erworben I. ibid.

Wenn der Zehendpflichtige von undenklichen Jahren mit dem Einfahren nicht gewartet, bis alle Früchte gebunden geweſen, ſo iſt ihm ſolches nicht anzumuthen I. 237.

Ueber die Zehenden hat vor Alters in Teutſchland der weltliche Richter erkandt I. 339.

Endelſtiege und Nebenhocken ſind im Chur-Hannöverſchen und Hildesheimiſchen nicht zehendfrey I 360.

Wohl aber im Chur-Hannöverſchen einige übrig bleibende Garben I. 362. *IV*. 142.

Ob die Zehendfreyheit der Endelſtiegen durch die Verjährung erlanget werden könne I. 362.

Ob der Zehendherr den Zehendpflichtigen nöthigen kann, den Fleiſchzehenden mit Gelde zu bezahlen II. 118.

Wenn dieſer gewiſſe Jahre in einem, und nachmals in einem andern Zehenddiſtrict wohnet, ſo müſſen ihn die Zehndherrn pro rata theilen II. 119.

Wer die zwiſchen Catholiſchen und Evangeliſchen entſtandene Zehendſtreitigkeiten zu entſcheiden hat II. 248.

Wenn von undenklichen Jahren kein Zehende gezogen, ſondern eine gewiſſe Quantität reines Korns entrichtet worden, ſo iſt vielmehr eine Erbleihe, als eine bloſſe Pacht zu vermuthen III. 155.

Dieſe Vermuthung fällt hinweg, wenn der Kornzehende in natura gezogen worden, und nur vom Flachs eine gewiſſe Pfundezahl geliefert iſt III. 156.

Zum Beweis der Præſcriptionis immemorialis der Freyheit von Zugzehenden, wird nicht erfordert, daß eine Denegatio dargethan werde III. 156.

Ob jemand vom Zehendherrn genöthiget werden kann, ſeine Zehendpflichtige Ländereyen zu ackern III. 185.

Contribuabler Unterthanen Zehenden ſind mit Steuren zu belegen IV. 69.

Jedoch nur mit denen, die von liegenden Gründen entrichtet werden IV. 69.

Der Gänſezehnde wird nicht überall von Jahren zu Jahren aufgezählet IV. 83.

Im Herzogthum Bremen gehöret der Rottzehende jedem Zehendherrn des Orts IV. 220.

Der Kornzehende iſt nicht immer ein Sackzehende IV. 313.

Noch gebühret dem Zehendherrn überall der zehende Theil der Früchte *IV*. 334, 335.

An einigen Orten kann der Zehendherr von zehen Kälbern ein Stück nach dem Beſten ausſuchen *IV*. 393.

Wenn keine Ferken oder Gänſe vorhanden, ob alsdann der Zehende mit Geld zu bezahlen *IV*. 393. 394.

Zu welcher Zeit die Lieferung geſchiehet *IV*. 394.

Der Zehendherr hat die Vermuthung für ſich *V*. 84.

Zeugen.

Glieder einer Gemeinde mögen nicht für dieſelbe zeugen *I*. 8.

Wohl aber wenn ihnen aus dem Proceß weder Vortheil, noch Schaden entſtehet *I*. 7.

Eine mäſſige Zuneigung ſchlieſſet vom Zeugniß nicht aus *I*. ibid.

Aber ein kleiner erwartender Vortheil oder Schade *I*. 8.

Wenn gleich keine andere Zeugen vorhanden ſind *I*. 9.

Viele verwerfliche Zeugen machen keinen Beweis *I*. ibid.

Ob zwey Teſtes non omni exceptione majores ſemiplene probiren *I*. 59. *III*. 54.

Zeugen von Hörſagen beweiſen alte Sachen *I*. 132.

Bejahende Zeugen verdienen nicht immer mehreren Glauben, als die verneinende *I*. 138. *III*. 54.

Unbeſchworne Zeugniſſe wirken eine Vermuthung *I*. 234.

Des Richters Zeugniß erweiſet ſo viel, als zweyer Zeugen Auſſagen *I*. 236.

Wie viele Zeugen zur Entkräftung eines Protocolls erfordert werden *III*. 52.

Eines Zeugen Auſſage beweiſet nicht ſemiplene, wenn der geringſte Verdacht gegen ihn vorhanden III. 52.

Wenn ein Minderjähriger in peinlichen Sachen zum Zeugniß zu laſſen IV. 177.

Zeugen, welche mit den Producenten Geſchwiſter Kind ſind, verdienen keinen völligen Glauben IV. 203.

Die Mängel des Zeugenverhörs hindern nichts, wenn es mit beyder Theile Genehmhaltung alſo aufgenommen worden IV. 211.

Was die Zeugen von einer Parthey und deren Vorfahren gehöret haben, verdienet keinen Glauben IV. 303. 304.

Ob eine ungefraget geſchehene Auſſage des Zeugen Glauben verdienet IV. 394.

Der Producent kann den Glauben eines von ihm vorgeſchlagenen Zeugen in Zweifel ziehen, wenn er, nach der Benennung, deſſen gegen ihn geäuſſerte Feindſchaft in Erfahrung gebracht IV. 403.

Zeugen, ſo vom Notarius abgehöret, kann der Richter nach Eröfnung des Rotuls über dieſelben Articul eidlich vernehmen V. 81.

Teſtes

Teſtes ſingulares wie ſie beweiſen V. 116.

S. Bediente. Beweiß. Denunciant. Richter. Protocoll. Teſtament.

Ziegen.

Wem im Fürſtenthum Calenberg erlaubet iſt, ſie zu halten I. 179.

Zinſen.

Einem Negotiorum geſtori gebühren Zinſen I. 108.

Es können keine unbedungene Zinſen begehret werden, wenn ſie in dem rechtskräftigen Urtel übergangen ſind. I. 121.

Obwohl der Kläger ſein Geſuch nicht ausdrücklich auf ſelbige gerichtet hat I. ibid.

Zinſe von rückſtändigen Kaufgeldern ſind in dem Prioritätsurtel an dem Ort mit den Capitalien zu ſetzen, allwo ſie ſonſt nach den Landesverordnungen, vor aller dieſer Abführung, niemand empfänget I. 187.

Werden ultra alterum tantum nicht bezahlet I. 215.

Es hätte denn der Gläubiger alles mögliche gethan, um ſie beyzutreiben I. 216.

Und der Schuldner keine probabilem litigandi cauſam gehabt I. ibid.

Sie müſſen nicht jedesmal ex judicato entrichtet werden I. 216.

In welchen Münzſorten ausgelobte Zinſen zu bezahlen ſind I. 298.

Ein Kaufmann kann nur Zinſe fordern, wenn er ſich ſofort baare Zahlung bedungen hat III. 84.

Sonſt laufen ſie von Zeit der Anmahnung, welche der Kaufmann erweiſen muß III. 85.

Was die Römiſche Rechte von den Zinſen über das Alterum tantum verordnen, iſt bey uns nicht eingeführet III. 88.

Den Kirchen ſtehet, wegen ſolcher Zinſen, kein Vorrecht zu III. 88.

Selbige laufen jedoch über das Alterum tantum nicht, wenn der Schuldner aus einer wahrſcheinlichen Urſach keine Zinſen bezahlet hat III. 88.

Oder der Schuldner dem Gläubiger die Zinſen bringen, oder dieſer ſie abholen müſſe III. 106.

Ob Zinſe vom Brautſchatz zu conferiren ſind III. 136.

Zinſen vom Brautſchatze ſind nur a tempore moræ zu entrichten V. 93.

Uſuræ uſurarum werden nur actione mandati gefordert V. 96.

Der Gläubiger darf keine Zinſe beym Schuldner in Capital verwandeln V. 107.

Ob von einem ſäumigen, ſachfälligen Schuldner Zinſen von der Zeit zu bezahlen ſind, da die Schuld noch illiquide war V. 133.

Einem Kaufmanne gebühren nicht mehr als 5 pro Cent V. 209.

Ob ein Gläubiger, dem nur 4 pro Cent Zinſe verſprochen, 5 pro Cent fordern kann, wenn das Capital nicht zu gehöriger Zeit abgeführet worden V. 223.

Wer jemand Geld leihet, ohne Zinſe zu bedingen, kann ſolche von dem Schuldner nicht fordern, wenn gleich dieſer ſich mit dem Anlehn bereichert hätte III. 137.

Der Käufer muß das unbezahlt gebliebene Kaufgeld vom Tage der ihm geſchehenen Uebergabe der gekauften Sache verzinſen, wenn er gleich nicht darum gemahnet worden III. 213.

Ob ſchon wegen beſorglicher Eviction die Zahlung unterblieben III. 213.

Den Minderjährigen gebühren auf ihre ausgeliehene Gelder Zinſe, wenn ſie gleich nicht verſprochen, noch die Bezahlung des Capitals gefordert worden III. 217.

Ob ein Reichsſtand den Juden erlauben darf, mehr als 5 pro Cent Zinſe zu nehmen III. 313.

Wer über 5 pro Cent Zinſe bezahlet hat, kann ſie nicht wieder fordern III. 314.

Die Landescaſſen müſſen Zinſe entrichten, wenn ſie mit der Zahlung ſäumig ſind, nicht aber der Fiſcus IV. 31.

Sie dürfen von einem mit Arreſt belegten Capital nicht entrichtet werden, wenn es gleich der Schuldner genutzet hat IV. 205.

S. Münze.

Zölle.

Wie der zollbaren Sachen Verheelung zu beſtrafen I. 181.

Wenn der Zollherr ſich mit einem wenigern, als die verheelten Sachen werth ſind, vergnüget, ſo beſtimmet er deſſen Quantum I. ibid.

Warum die Zölle eingeführet ſind II. 202. 203.

Wozu dieſelbe verwendet werden II. 203. 204.

Sie ſind auch in der Reichsſtände Landen vielfältig durch Kaiſerliche Conceſſionen erlanget IV. 72. 73. 74.

Die Zollſtrafen gebühren demjenigen, der in anderer Herren Landen Zölle hat IV. 75.

Sie werden an Statt des Commiſſi erleget IV. 75.

Zubehörungen.

Eines Guths, wenn ſie für untrennbar zu halten. I. 136.

Zunft.

S. Gilde.

Anzeige

von der

vollſtändigen und auserleſenen

Sammlung

der brauchbarſten

Juriſtiſchen Schriften.

Unter dem Schutz der zu dieſer Unternehmung erforderlichen Privilegien, kündigen wir hiemit dem gelehrten Publikum eine vollſtändige Sammlung der beſten und brauchbarſten juriſtiſchen Schriften an. Nicht Geldbegierde und Eigennutz, ſondern allein die Abſicht kernhafte und dabey wolfeile Werke in die Hände des Wisbegierigen zu liefern, iſt die Triebfeder unſeres Unternehmens. Mancher, der ſich der Rechtsgelehrſamkeit gewidmet, und darinnen ſchöne Fortſchritte gethan hat, wünſchte ſeinem eigenen Urtheil die Urtheile mehrerer verdienſtvoller Männer an die Seite zu ſetzen, ward aber durch die auſſerordentlichen theuren Preiſſe ſolcher Bücher abgeſchrecket; ſein geringes Vermögen, oder ein nicht ſehr beträchtlicher Gehalt verbot ihm den Ankauf, und mit äuſſerſten Schmerzen ſahe er ſeiner edlen Begierde, ſeine Kenntniſſe zu erweitern, unüberſteigbare Schranken geſetzet. Der Schade, der im einzeln ſowohl als im allgemeinen ſich von daher ergab, iſt zu offenbar, als daß es eines weitläuftigeren Beweiſes hierüber bedürfe; da im Gegentheil der Nutzen, der aus dieſem unſerem Unternehmen entſpringet, überaus groß ſeyn, und die Zukunft die herrlichſten Früchten davon verſpühren wird.

Um die Pflichten eines guten Sammlers zu erfüllen, wird man immer die ſtrengſte Auswahl beobachten, und ſich angelegen ſeyn laſſen, alle gute und nützliche Werke, die von der Rechtsgelehrſamkeit handeln, nach und nach zu liefern. Die Anzahl der Bände, welche dieſe Sammlung ausmachen ſollen, kann daher nicht genau beſtimmet werden. Den Anfang hat man mit Puffendorfs Obſervationen in 4 Bänden gemacht. Von Strubens Rechtlichen Bedenken, 5 Bände, ſind noch Exemplare à 6 fl. zu haben. Strubens Nebenſtunden ſind bereits unter der Preſſe. Nach Vollendung dieſes Werks, welches 6 kleine Theile enthalten wird, ſo zuſammen nicht viel mehr als 3 fl. bey uns zu ſtehen kommen, wird dem gelehrten Publikum ein anderes folgendes angekündiget werden.

Man kann ſich alſo ſehr theure Werke um einen äuſſerſt geringen Preiß anſchaffen. Bücher, deren Ankauf auf 18 bis 20 fl. zu ſtehen komt, kann man hier um höchſtens 6 fl. haben. Dieſer geringe Preiß ſetzet auch einen mit Glücksgüthern nicht zum beſten verſehenen Mann in den Stand, das Nöthigſte anzuſchaffen, und ſo in kurzer Zeit zu einer artigen Bibliothek von Büchern, die in ſein Fach einſchlagen, mit geringen Koſten zu kommen.

Papier, Format und Druck iſt wie bey dieſem Avertiſſement; man wird auch die äuſſerſte Sorge anwenden, daß jedes Buch, ſo viel es immer möglich iſt, ohne Druckfehler geliefert werde. Alle 2 Monate ſoll, wo möglich, ein Band auf den andern folgen.

Nach dieſem vorhergehenden Plan, muß das gelehrte Publikum zeigen, ob es unſer Unternehmen billigen und unterſtützen wolle. Unſer Vorhaben iſt wichtig und eben ſo koſtſpielig; um uns alſo an keine mißliche oder gar verderbende Sache zu wagen, wovon wir am Ende nichts als Köſten und den Verdruß eines mißrathenen Unternehmens zu erwarten hätten, ſchlagen wir den Weg der Subſcription ein. Kein Geld verlangt man zum voraus, ſondern bey Ablieferung eines jeden Bandes wird ſogleich deſſen geringer Preiß à 30 kr. pr. Alphabet bezahlet. Wer alſo unterſchreibt, bezeuget hierdurch, daß er ein Werk ganz und biß es geendiget iſt, aushalten wolle. Wenn das Werk, worauf jemand ſubſcribirt, zu Ende iſt, ſtehet es ihnen frey, von der Subſcription abzutreten. Wer 10 Exemplare nimt, bekomt eins frey, oder das Geld dafür. Wer nicht ſubſcribirt, zahlt doppelt. Diejenige Herren, welche diesfalls eine Subſcriptions-Kollecte übernehmen wollen, belieben ſich an die Krämeriſche Buchdruckerey und Handlung zu wenden.

Unſer Unternehmen zwecket allein auf den Vortheil des Publikums, beſonders von jenem Theile deſſelben ab, der ſich der Rechtsgelehrſamkeit gewidmet hat; man erwartet daher von dieſen Männern warmen Dank und thätige Hülfe, da Ihnen dadurch Mittel angebothen werden, mit wenigem Gelde die nothwendigſten und nützlichſten Bücher von der Wiſſenſchaft ihres Berufes anzuſchaffen. Den lauten Klagen wegen den theuren Preiſſen dieſer Art von Büchern wird dadurch auf einmal abgeholfen.

Die Gewißheit, daß wir durch unſer Unternehmen Nutzen im allgemeinen und beſondern ſtiften, wird uns die viele Mühe und Köſten, die wir darauf verwenden müſſen, verſüſſen, und wir werden ſtets die Beruhigung empfinden, etwas Gutes verbreitet zu haben.

Darmſtadt, den 20. Octobr.
1788.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Die Herausgeber der beſten Juriſtiſchen Schriften.

X IV/98

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Strube, David Georg, 1694-1776

David Georg Struben Königl. Großbritannischen und Churfürstl. Braunschweig-Lüneburgischen Vicekanzlers Rechtliche Bedenken

Bd.: Fünfter Theil

Darmstadt 1788

4 Jur.opp. 48 n-5
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10521775-7
VD18 90912381